

**Die tschechoslowakische Auswanderung in die Sowjetunion in
der Zwischenkriegszeit (1921-1939)**

**Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Phi-
losophischen Fakultät III (Geschichte, Gesellschaft und Geo-
graphie) der Universität Regensburg**

vorgelegt von

Miroslav Schneider

aus

Domažlice

Regensburg 2007

Erstgutachter: Prof. Dr. Peter Haslinger

Zweitgutachter: Prof. Dr. Marek Nekula

Disputation: 5.12. 2007

Inhalt

Vorwort	5
I. Einleitung	6
II. Forschungs- und Quellenlage	14
MIGRATIONSTRADITION UND MIGRATIONSPOLITIK.....	23
III. Geschichte der Tschechoslowaken in Russland (19. Jh.)	23
III.1. Charakteristika der tschechoslowakischen Auswanderung nach Russland im 19. Jahrhundert.....	23
III.2. Tschechen und Slowaken in Russland an der Jahrhundertwende	27
III.3. Die Idee eines gemeinsamen tschechoslowakischen Staates und die Remigration von Tschechoslowaken aus Sowjetrußland in die ČSR	29
III.4. Die „Weißen“ und die wechselseitige Migration	35
IV. Die ČSR und ihre Auswanderungspolitik	39
IV.1. Die Suche nach einem Konzept der Auswanderungspolitik	39
IV.2. Das tschechoslowakische Auswanderungsgesetz 1922 und die Rolle des Staates.....	40
IV.3. Die Ziele und die Ausmaße der tschechoslowakischen Auswanderung in den 1920er Jahren.....	43
IV.4. Die Frage der Auswanderung in die UdSSR im Spiegel der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen (20er Jahre des 20. Jahrhunderts)	47
IV.5. Die Anfänge der Auswanderungsbewegung und die Auswanderungsagitation.....	54
V. Migrationsformen und ihre Charakteristika	58
V.1. Wirtschaftliche Auswanderung	58
V.2. Politische Emigration	60
V.3. Legale und illegale Auswanderung	62
V.4. Weitere „Einwanderungsformen“ und die sekundäre Einwanderung von Tschechoslowaken	63
VI. Die sowjetische Immigrationspolitik der Nachkriegszeit.....	66
VI.1. Die Festigung der sowjetischen Herrschaft und die Immigration	66
VI.2. Die Ständige Kommission für die landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat (KomSTO).....	69
VI.3. Die Anfänge der Einwanderung nach Sowjetrußland und in die UdSSR.....	73
VI.4. Die sowjetische Einwanderungspolitik und die Landwirtschaft.....	76
WIRTSCHAFTLICHE AUSWANDERUNG	81
VII. Die Tschechoslowakische landwirtschaftliche Auswanderung in die UdSSR.....	81
VII.1. Die Konstituierung der tschechoslowakischen Auswanderungskollektive und der Auswanderungsprozess	81
VII.2. Die Kommune „Kladno“	84
VII.3. Interhelpo	91
VII.4. Die Kommune „Slovácko“	97
VII.5. Reflektor.....	103
VII.6. Andere oder erfolglose landwirtschaftliche Auswanderergruppen	108
VII.6.1. Pflug/Pluh	108
VII.6.2. Interhelpo – Proletár	110
VII.6.3. Verein zur Gründung einer tschechoslowakischen Kolonie auf Rus´ (Čechocentr)	113
VII.6.4. Solidarita.....	114
VIII. Charakteristik der tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Auswanderung	117
VIII.1. Die Zusammensetzung der Kommunen und die Auswanderungsgründe	117
VIII.2. Die KomSTO und der Misserfolg der tschechoslowakischen Kommunen	118
VIII.3. Die Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR in den 1920er Jahren.....	124
IX. Die industrielle Emigration in die UdSSR	128

IX.1. Die Neue ökonomische Politik, die sowjetische Industrie und die tschechoslowakische Einwanderung	128
Exkurs: Pragomašina.....	133
IX.2. Der Fünfjahresplan und die tschechoslowakische Auswanderungsbewegung in die UdSSR	135
IX.3 Die tschechoslowakischen Facharbeiter in der UdSSR. Eine Darstellung.....	143
X. Die tschechoslowakischen Einwanderer in der Sowjetunion in den 1930er Jahren	148
X.1. Die Lage der industriellen Einwanderer in den 20er und in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts	148
X.2. Veränderung der Lage der industriellen Einwanderer in der UdSSR in den 30er Jahren.....	150
X.3. Politisches Klima in der UdSSR in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts und die Einwanderer (in Zahlen)	154
X.4. Die tschechoslowakischen UdSSR-Auswanderer und die Haltung der tschechoslowakischen Staatsorgane	157
POLITISCHE AUSWANDERUNG	165
XI. Zur Rolle der KSČ.....	165
XI.1 Die wirtschaftliche Auswanderung aus der ČSR und die Kommunistische Partei	165
XI.2. Die Beteiligung der KSČ am Auswanderungsprozess	167
XII. Die Formen tschechoslowakischer politischer Auswanderung in die UdSSR.....	171
XII.1. Temporäre (politische) „Auswanderung“	171
XII.2. Die tschechoslowakischen Hörer der Internationalen Lenin-Schule	173
Biografischer Exkurs: Josef Salinger	179
XII. 3. „Überführungssekretariat“ – ein latenter Einwanderungskanal	180
Biografischer Exkurs: Eduard Balaštiak.....	184
XII.4. Die Internationale Rote Hilfe im Einwanderungsprozess	184
XII.4.1. MOPR: Geschichte einer Institution	184
XII.4.2. Tschechoslowakische MOPR-Immigranten in der UdSSR	188
XII.4.3. Die Jahre 1938 und 1939 und die tschechoslowakischen Politemigranten	190
XII.4.4. Die sudetendeutsche Emigration und die Evakuierungspläne der Komintern	199
XII.4.5. Die „Tschechoslowaken“ im sowjetischen Exil.....	202
DIE TSCHÉCHOSLOWAKEN UND DIE UDSSR	214
XIII. Die Emigration aus der ČSR: eine multinationale Migration	214
XIII.1. Die Zahlenmäßigkeit der „tschechoslowakischen“ Auswanderung in die UdSSR und deren „nationale Elemente“	214
XIII.2. Der österreichische Schutzbund: Beispiel einer sekundären Emigration.....	217
XIII.3. Der „deutsche“ Anteil an der „tschechoslowakischen“ Auswanderung	221
XIV. Die Tschechoslowaken in der UdSSR (1921-1939)	226
XIV.1. Die tschechoslowakischen Einwanderer noch einmal in Zahlen: die sowjetischen Volkszählungen	226
XIV.2. Die Auswanderer selbst im Rückblick	230
XIV.3. Ein ausgeklammertes Problem: Repressionen gegen die tschechoslowakischen UdSSR-Auswanderer der Zwischenkriegszeit. Ein Ausblick.....	233
XV. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung.....	238
ARCHIVQUELLEN	248
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	250
LITERATUR	251

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung hatte – wie es wohl viele Dissertationen zunächst haben – in ihrer Anfangsphase noch viel breitere Ambitionen. Erst mit der fortschreitenden Erforschung der Archivlandschaft, die sich als ergiebiger als gedacht erwies, setzte sich die Ost-Migration von Tschechoslowaken in der Zwischenkriegszeit durch. Während all dieser Phasen betreute Prof. Dr. Ekkehard Völkl (†) die Arbeit. Er tat dies nicht nur in zahlreichen persönlichen Gesprächen, sondern auch auf elektronischem Wege während meines einjährigen Forschungsaufenthaltes an der Lomonosov-Universität Moskau (MGU) – unermüdlich und engagiert. Ihm gebührt mein herzlichster Dank.

Zu einem ganz besonderen Dank bin ich Dr. Zoja Sergejevna Nenaševa vom Institut für Geschichte der Süd- und Westslawen der Historischen Fakultät der MGU verpflichtet. Sie arbeitete sich mit bewundernswerter Energie in die Problematik ein, unterstützte mich durch wissenschaftliche Konsultationen und gewährte mir zahlreiche wertvolle Hinweise zum Aufbau der Arbeit. Darüber hinaus weiß ich sie für ihre menschliche Art zu schätzen, für ihre unzähligen Hilfestellungen bei der Beschaffung von Literatur, Archiv- oder Bibliotheksausweisen usw. Dem Leiter desselben Instituts, Prof. Dr. Genadij Filipovič Matvejev, danke ich für die zahlreichen Archivhinweise und Interventionen, die er in meinem Namen unternahm, um mir Zugang zu einigen Moskauer Archiven zu ermöglichen.

Die Betreuung der Dissertation übernahm im Jahr 2006 Prof. Dr. Peter Haslinger. Ihm gehört mein Dank für seine Bereitschaft, den Wagen, der auf halbem Wege stehen blieb, bis ans Ziel zu schieben, das Thema mit mir zu konsultieren und sich in ein neues Themenfeld einzuarbeiten. Genauso danke ich auch meinem Zweitgutachter, Herrn Prof. Dr. Marek Nekula, der bereits in der Anfangsphase an das Gelingen dieser Untersuchung glaubte und mich nicht nur durch wissenschaftlichen Rat, sondern auch durch seine Empfehlungen und Gutachten förderte.

Frau Dr. Anne Hartmann und Herrn Dr. Frank Hoffmann vom Promotionskolleg Ost-West „Migrationen. Menschen und Ideen unterwegs im Europa der Moderne“ danke ich stellvertretend für das gesamte Kolleg an der Ruhr-Universität Bochum für die Möglichkeit, mein Dissertationsthema in einem internationalen und interdisziplinären Doktoranden-Kolleg zu erörtern, zu diskutieren und zu entwickeln.

Last but not least danke ich meiner Frau Sarah für die zahlreichen inhaltlichen Denkanstöße und Korrekturen sowie ihren Eltern Rose und Winfried Scholl, die sich in langen Wochen mit dem Redigieren des Manuskriptes beschäftigten. Ohne ihre Hilfe und Unterstützung wäre diese Arbeit nie fertig geworden.

Miroslav Schneider

Augsburg, den 30.9.2008

I. Einleitung

Die Tatsache, dass es während der Zwischenkriegszeit eine Auswanderung aus der Tschechoslowakei in die Sowjetunion gegeben haben könnte, muss – zumindest in der breiten Öffentlichkeit – auf Erstaunen stoßen. Von vielen von uns wird die Sowjetunion durch einen Filter betrachtet, der sich über mehrere Jahrzehnte hinweg nicht abnehmen ließ und uns manchmal auch heutzutage keinen vorurteilsfreien Zugang zur Geschichte der Sowjetunion möglich macht. Dabei ist es nur ein Denkfehler, den heutigen Wissensstand für eine Zeit vor vielleicht mehr als achtzig Jahren vorauszusetzen, davon auszugehen, die Sowjetunion hätte nie einen Anziehungspotenzial gehabt und dass es somit keine Einwanderung gegeben haben kann. Bewegende Schicksale von Menschen aus aller Welt, die ihr Leben (und dies manchmal wortwörtlich) in den Dienst des Sozialismus stellten, belegen, dass die UdSSR durchaus eine magische und nicht immer für jeden sichtbare Anziehungskraft besaß. Der norddeutsche Jugendstilkünstler Heinrich Vogeler, dessen Leben bereits vor der Auswanderung mehrere Berührungspunkte mit Russland und dem Sozialismus aufwies und dessen Abreise in die UdSSR keineswegs als eine Tat eines psychisch kranken Mannes angesehen werden darf, ist nur ein Beispiel von vielen. Vogelers Kunst wurde durch die Auswanderung auch nicht zum Kitsch, wie man heute vielleicht salopp behaupten würde, sondern sie erlebte einen stilistischen Wandel, welcher dem inneren Leben des Künstlers entsprach.

Die Thematik der Migration in Europa während der Zwischenkriegszeit blieb bis heute nur wenig beachtet. Die Migrationsbewegungen zwischen den beiden Weltkriegen wurden von anderen „großen“ Ereignissen überschattet. Aus diesem Schatten trat sie bis heute nicht heraus, weil sie von zwei anderen großen Migrationen eingeschlossen blieb, wenn wir so das historiographische Interesse bezeichnen dürfen. Die Migrationsbewegungen des 19. Jahrhunderts und diejenige nach dem Zweiten Weltkrieg mussten zwangsläufig die „kleinere“ und möglicherweise „langweiligere“ Migration der Zwischenkriegszeit in den Hintergrund drängen.¹ Selbst die tschechoslowakische und tschechische Geschichtsforschung wandte sich den großen Migrationen (19. Jahrhundert) und denjenigen der Jahre 1948 und 1968 lieber zu; der wissenschaftliche Ertrag war vorhersehbar hoch.

Die Erforschung der Migration aus der Tschechoslowakei in die UdSSR (1921-1938) stellt jedoch ein während der Zwischenkriegszeit einzigartiges Phänomen einer Migration aus dem Westen in den Osten dar, also eine Migrationsbewegung, die bis in die heutige Zeit ohne Parallelen blieb. Nicht nur die damaligen Migrationsströme, sondern auch die heutigen gingen immer in die entgegengesetzte Richtung. *Brain Gain* aus dem Osten für den Westen – und wenn dieser Westen zum Osten wird, dann geht's immer noch ein Stück westlicher. Wenn man die funktionierende Demokratie der Ersten Tschechoslowakischen Republik verließ und sich in ein erst in Formung begrif-

¹ Siehe zum Stand der Migrationsforschung: Oltmer J. 2005: Migration und Politik in der Weimarer Republik. Göttingen, 12ff.

fenen politisches System begab, dann muss die Frage, welche die Hintergründe dieser unerwarteten West-Ost-Migration waren, umso interessanter klingen.

Der Auswanderung aus Sowjetrußland zur Zeit der Revolutionsbewegung und der darauf folgenden Bolschewisierung Russlands wurde ab den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zunehmend wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt. Insbesondere dem Verlust der intellektuellen Elite (Stichwort *Brain Drain*) und deren europäischen Zufluchtsorten und Exilzentren wandten sich Historiker vielfach zu. Die ereignisreiche Epoche der Zwischenkriegszeit hingegen – mit all ihren Umbruchprozessen im sowjetischen und gesamteuropäischen Maßstab, mit all ihren gegensätzlichen Migrationsströmungen – wartet jedoch noch immer auf eine grundlegende Erforschung: In der europäischen Historiographie wurde der Thematik Einwanderung in die UdSSR nur äußerst wenig Platz eingeräumt, wobei sich die russische und die ausländische Geschichtsforschung in diesem Hinblick eindeutig autonom und inhaltlich ungleichmäßig entwickelten. Das Thema des eigentlichen Einwanderungsprozesses und die Kategorie der Immigranten in der UdSSR ist allerdings höchst einzigartig: Sie veranschaulichen das Eindringen von verschiedenen Kulturen, Mentalitäten, Traditionen, Arbeits- und Lebensgewohnheiten in die sowjetische Gleichheitsgesellschaft und die daraus resultierenden Konflikte. In vorliegender Arbeit wurden die Auswanderer aus der Tschechoslowakei als Beispielnation gewählt, um die Frage nach dem Hintergrund einer Einwanderung in die Sowjetunion zu beantworten.

Die vorliegende Arbeit stellt ein Aus- und ein Einreiseland gegenüber und thematisiert die Migration zwischen West und Ost, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen bürgerlicher und sozialistischer Gesellschaft. In vier großen thematischen Abschnitten behandelt der Verfasser, eingebettet in einen breiteren sozialpolitischen Kontext, die Migrationspolitik der beiden Länder, berücksichtigt dabei die zeitgenössischen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen und Umbrüche sowie deren Auswirkungen auf die Migrationsbereitschaft. Eine derartige Untersuchung stellt für die Historiographie ein Novum dar, indem, unbelastet von marxistischer Geschichtsforschung, alle zugänglichen Archivbestände – und dies insbesondere auf russischer Seite – erforscht und berücksichtigt werden konnten.

Am Beispiel der Tschechoslowaken können unter Einbeziehung umfangreicher Archivbestände einige Fragen zur sowjetischen Immigrationspolitik beantwortet werden: Welches Interesse hatten die Sowjets an ausländischer Immigration, welches Konzept der Einwanderungspolitik entwickelten sie in der Zwischenkriegszeit und unter welchen Einflüssen formierte es sich? Wie wurde die Einwanderung in die UdSSR rechtlich und verwaltungstechnisch geregelt? Welche Ausmaße erreichte die tschechoslowakische Einwanderung in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit und was waren die Auslöser? Welche wirtschaftlichen und politischen Bedingungen fanden die Immigranten in der UdSSR vor und wie entwickelten sich diese in den zu untersuchenden knapp 20 Jahren?

Die sowjetische Immigrationspolitik entwickelte sich in direkter Abhängigkeit zur sowjetischen Innenpolitik und deren mehr oder minder erfolgreichen Tendenzen, die zaristische Gesell-

schaft zu einer sowjetischen Gesellschaft „sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit“ umzuformen. Hierbei wurden Einwanderer bevorzugt, die bereit waren, am wirtschaftlichen und politischen Aufbau der Sowjetunion teilzunehmen und sich gleichzeitig mit diesem Prozess und dessen Zielen zutiefst zu identifizieren. Dass dabei Traum und Wirklichkeit miteinander in Kollision geraten mussten, liegt auf der Hand: Die Immigranten voller Erwartungen revolutionären Idealismus wurden in der UdSSR mit trockenem Praktizismus konfrontiert.

Der Fokus auf die Einwanderer aus der Tschechoslowakei wurde auch aus dem Grund gewählt, weil deren Auswanderung nach Russland kein Novum in der Geschichte darstellt: Bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erreichte die Auswanderung aus Böhmen und Mähren in den Südwesten Russlands ihren Höhepunkt. Diese Wirtschaftsemigration in die Ukraine und insbesondere Wolhynien (südwestlicher Rand Russlands) im 19. Jahrhundert wurde von derjenigen der Zwischenkriegszeit zwar quantitativ nicht übertroffen, jedoch bleibt Letzterer der „landwirtschaftliche“ und „kolonisatorische“ Charakter erhalten. Ein knapper Abriss der tschechischen Kolonisierung Russlands und der Geschichte der Tschechen und Slowaken in Russland am Anfang des 20. Jahrhunderts wird im ersten Teil der vorliegenden Arbeit Platz finden, genauso wie das Teilthema der Remigrationsbewegung aus Sowjetrußland und die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik (im Folgenden ČSR). Ein interessanter Aspekt ist die „wechselseitige Emigration“. Auf der einen Seite die „weiße“, politische aus Sowjetrußland in die ČSR, und auf der anderen Seite die zeitgleiche Auswanderung in die UdSSR aus der Tschechoslowakei.²

Nachdem wir das Thema der Auswanderung aus der Tschechoslowakei gewählt haben, muss auch die Suche nach dem Konzept der tschechoslowakischen Auswanderungspolitik und die Anfänge der Auswanderungsbewegung aus der ČSR dargestellt werden. Hierbei sollen nicht nur die Hauptziele der Emigration aus der Tschechoslowakei erwähnt und begründet werden, sondern es soll zunächst verstärkt auf Sowjetrußland und die UdSSR als Ziel der Auswanderung aus der ČSR eingegangen werden, und zwar im Lichte sowohl der tschechoslowakisch-sowjetrussischen/sowjetischen Beziehungen als auch einer womöglich in der Tschechoslowakei stattfindenden politischen Auswanderungsagitation.

Ein gewisser Erklärungsbedarf besteht auch bei der Auslegung der Termini „Auswanderung“, „Einwanderung“, „Emigration“, „Immigration“, sowie der – in dieser Einleitung bereits vorgekommenen – Attribute „wirtschaftlich“ und „politisch“. Bei den Einwanderern in die UdSSR haben wir es mit verschiedenen Sozialgruppen zu tun, darunter z.B. ehemalige Remigranten und Repatrianten aus Sowjetrußland – seien es Altansässige oder k. u. k.-Kriegsgefangene – landwirt-

² Sicherlich ist die in dieser Einleitung bereits mehrmals verwendete und vielleicht etwas umständliche Wendung „Auswanderung aus der ČSR“ aufgefallen. Der Grund, wieso sie der Verfasser nicht einfach durch „tschechoslowakische Auswanderung“ ersetzt, liegt in einer weiteren besonderen Eigenschaft der „Auswanderung aus der ČSR“, nämlich in ihrem multinationalen Charakter. Sollte also in vorliegender Arbeit bedingt durch des Verfassers Suche nach synonymischen Lösungen plötzlich von einer „tschechoslowakischen Auswanderung“ oder „tschechoslowakischen Migration“ etc. die Rede sein, so versteht sich darunter die Migration von Tschechen, Deutschen, Slowaken und Vertretern anderer Nationalitäten aus der Tschechoslowakei, sofern die nationale Zuordnung in einem konkreten Fall oder Beispiel nicht möglich sein wird.

schaftliche Kolonisten, Facharbeiter und industrielle Spezialisten, Parteimitglieder und -funktionäre u.a. Und obwohl die Grenze zwischen dem „Wirtschaftlichen und „Politischen“ oft verschwommen und undeutlich ist, soll in diesem Abschnitt ein Versuch unternommen werden, die Einwanderer in der UdSSR zu kategorisieren. Hilfreiches Mittel und wichtiger Gesichtspunkt hierfür sind die einzelnen Einwanderungskanäle – wie reisten die Einwanderer ein und durch wen wurde die Einreise geregelt? Handelte es sich hierbei um eine legale oder illegale Einreise? Reisten die tschechoslowakischen Staatsbürger in die UdSSR aus der ČSR oder über ein Drittland ein: Die sekundäre Emigration – am Beispiel der Tschechen und Russlands ebenfalls kein Novum mehr – soll im ersten Abschnitt Erwähnung finden.

Es waren allerdings nicht die Einwanderer aus der Tschechoslowakei, unter deren Zulauf sich eine eigenständige sowjetische Immigrationspolitik entwickelte: Zu den ersten Einwanderern zählten etliche russische Remigranten, die ihr Glück im „neuen“ Russland suchten. Welchen Charakter hatte die Einwanderung in die UdSSR in den 1920er Jahren und wie flexibel reagierte die sowjetische Immigrationspolitik darauf? Am Anfang der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts bestanden in der UdSSR mehrere Kommissionen mit dem Anspruch, die Einwanderung in die UdSSR regeln zu können. Der Weg von mehreren, auf die Bedürfnisse einzelner Einwanderergruppen zugeschnittenen Kommissionen zu einer einzigen Ständigen Kommission markiert die Bemühungen der Sowjets, die Einwandererströme aus aller Welt einem einzigen Organ zu unterstellen und die Immigrationspolitik zu zentralisieren. Die Existenz der Ständigen Kommission für die landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat (KomSTO) deckt sich zeitlich mit einer bestimmten Form der wirtschaftlichen Einwanderung in die UdSSR und trägt zugleich für die Bezeichnung der Kommission Rechnung: Die Rede ist von der landwirtschaftlichen Kolonisierung der UdSSR.

Was man darunter versteht, wird im zweiten Abschnitt der vorliegenden Arbeit erklärt. Die Einwanderung von landwirtschaftlichen Kollektiven stellte ein kurzzeitiges, quantitativ jedoch bedeutendes Migrationsphänomen dar. Der Verfasser geht auf die Entstehungsgeschichte dieser Gruppen, deren Ausreise und ihre weitere Betätigung auf dem Staatsterritorium der UdSSR im Einzelnen ein. Dabei wird versucht – da es sich um mehrere Kollektive handelte – bei der Behandlung jedes einzelnen auf möglichst unterschiedliche Details einzugehen, um ein komplettes Bild von den tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektiven zu gewinnen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei denjenigen Gruppen gewidmet, welche – ohne dem Leser hierdurch etwas vorwegnehmen zu wollen – bei ihrer Landwirtschaftsführung in der UdSSR zumindest einen geringen Erfolg verzeichnen konnten. Aber auch diejenigen Kollektive, die noch vor der Ausreise aus der Tschechoslowakei auseinander fielen oder aus anderen Gründen die Auswanderung nicht verwirklichten, werden hier nicht vergessen. Von Interesse ist auch die soziale Zusammensetzung der Auswanderungskollektive sowie die objektiven und subjektiven Auswanderungsgründe. Hierbei wird man wiederholt mit dem Problem konfrontiert, inwieweit es sich in diesem Fall um eine Wirt-

schaftsemigration handelte, auch wenn sie eindeutige Spuren eines politischen Hintergrundes trug. Und obwohl die Auswanderungskollektive aus der ČSR der Zwischenkriegszeit zu den stärksten gehörten, waren sie zum Scheitern verurteilt – die Gründe hierfür und die Rettungsversuche der sowjetischen Zentral- und Lokalorgane sollen ebenfalls im zweiten Abschnitt erläutert werden.

Neben der landwirtschaftlichen Emigration hatte die Ständige Kommission auch die industrielle Einwanderung zu regulieren. Der Bedarf der sowjetischen Industrie an erfahrenen Fachleuten und Spezialisten wuchs während der 20er Jahre an und kulminierte zur Zeit des Fünfjahresplanes. Die Sowjetunion war jedoch nicht im Stande, dieses Bedürfnis entsprechend zu stillen, sodass sie auf industrielle Immigranten angewiesen war. Wie die Einwanderung dieser Immigrantengruppe geregelt und wie diese in den Industrialisierungsprozess einbezogen wurde, sind Themen des zweiten Abschnittes, welcher der Wirtschaftsemigration gewidmet ist. Daneben soll jedoch auf das Beispiel der industriellen Einwanderer aus der ČSR verstärkt eingegangen werden, auf den Einwanderungsprozess und auf die Arbeitsaufnahme in der UdSSR. Wenn bei der landwirtschaftlichen Einwanderungsform eine quantitative Erfassung möglich ist, so lassen sich die Fachleute und Spezialisten nur schwerlich und versuchsweise in Zahlen wiedergeben – nach den Gründen hierfür muss ebenfalls gesucht werden.

Das Ende des Fünfjahresplanes brachte nicht nur zahlreiche wirtschaftliche Veränderungen, sondern zog auch eine deutliche Verschlechterung des politischen Klimas nach sich. Eine Atmosphäre des Misstrauens schloss die Ausländer nicht aus: Ihre Lebensbedingungen in der UdSSR verschlechterten sich ab den 30er Jahren zunehmend, gefolgt von zahlreichen Ausweisungen aus der Sowjetunion und politischen Prozessen gegen die Ausländer. Gerade sie – gestern zwar noch mit Blaskapelle am Bahnhof in Empfang genommen, heute jedoch als verdächtige politische Deserteure und Spione angesehen – bekamen die stalinistische Politik der 30er Jahre besonders zu spüren. Das Jahr 1932 markierte sowohl das Ende des organisierten Zuflusses von industriellen Einwanderern als auch die immer häufiger werdenden Repatriierungs- und Remigrationsfälle: Stalinismus und Parteiwesen drangen in alle Lebens- und Arbeitsbereiche durch, viele Ausländer sahen in der Heimkehr die ersehnte Erlösung. Welche Veränderungen die Industrieimmigranten besonders schwer trafen, wie sie selbst mit dieser neuen Lage zurechtkamen und wie sie von sowohl den Landsleuten in der Heimat als auch den offiziellen politischen Kreisen in der ČSR reflektiert wurden, soll zum Abschluss des zweiten Abschnittes geklärt werden.

Ein immer wieder auftauchendes Teilthema ist die Suche nach dem Charakter der Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit: Zwar wurde der zweite Abschnitt der Dissertation als Wirtschaftsemigration bezeichnet, doch immer wieder wurde auf einen möglichen ideologischen Hintergrund hingewiesen. Nachdem also die einzelnen Formen der Wirtschaftsemigration – die landwirtschaftliche und die industrielle – vorgestellt wurden, kann nun verstärkt auf die Rolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) im Auswanderungsprozess eingegangen werden. Erneut werden die angesprochenen Einwanderungskanäle zur Klä-

rung dieser Frage herangezogen und es wird geklärt, welche Formen der Unterstützung den Auswanderern aus der ČSR in die UdSSR seitens der KSČ zu Teil wurden und welche politischen Intentionen dahinter standen. Dieses Kapitel leitet zum dritten Abschnitt hin, welcher der politischen Migration gewidmet ist.

Am Beispiel der Emigranten aus der Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit sollen das politische Interesse und die politischen Ziele des Aufnahmelandes UdSSR dargestellt werden. Es sollen Migranten vorgestellt werden, die mittels der KSČ, der Komintern, der Gesamtsowjetischen kommunistischen Partei/Bolschewiki (VKP/b/) oder deren Organe und verwandter Einrichtungen in die Sowjetunion auswanderten. Dabei treffen wir auf eine neue Gruppe von temporären Migranten, die zu Bildungszwecken in die UdSSR „abkommandiert“ wurden und sich – in einigen Fällen sogar über ganze Jahre hinweg – in sowjetischen politischen Bildungsanstalten aufhielten. Die Internationale Lenin-Schule (oder deren kürzere Internationale Lenin-Kurse) fungierte als Brutstätte für den tschechoslowakischen politischen Nachwuchs. Der Sektor „B“ dieser Schule (d.h. der tschechoslowakische Sektor) soll dem Leser an dieser Stelle näher gebracht werden. Der Träger dieser Schule, die VKP/b/ bot jedoch auch andere Einwanderungsmöglichkeiten für „politisch zuverlässige Elemente“ aus der ČSR. Sie nahm nicht nur zu kurzfristigen Studienzwecken hohe Parteifunktionäre aus der ČSR auf, sondern betrieb eine Überführungskommission, die Auswanderungswillige „parteiintern“ aus der KSČ in die VKP/b/ transferierte. Welche Rolle spielte dieser Einwanderungskanal im Auswanderungsprozess aus der ČSR?

Eine besondere Gruppe von Emigranten stellten politische Flüchtlinge aus der ČSR dar – mehrere Organisationen auf dem Staatsgebiet der UdSSR waren mit deren Aufnahme beschäftigt. Um welche Emigrantengruppen es sich hierbei handelte, bzw. wie sich die Gruppen im Laufe der zu untersuchenden 20 Jahre veränderten, ist ein weiterer Bestandteil dieses Abschnittes. Eine besondere, national und politisch heterogene Gruppe von Emigranten waren die Flüchtlinge aus der ČSR am Ende der 30er Jahre, darunter sudetendeutsche Antifaschisten oder Kommunisten und die tschechoslowakischen Kommunisten, die nach dem Verbot der KSČ 1939 in die UdSSR flüchteten. Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, ob es sich bei den „politischen“ Einwanderern, d.h. Personen, die über politische Einwanderungskanäle in die UdSSR gelangten, tatsächlich um politische Emigranten oder Exilanten handelte. Die Klärung der Terminologie schließt den dritten thematischen Abschnitt ab.

Einige ausgeklammerte Probleme und Teilthemen finden im letzten Abschnitt Platz. Sie sollen nicht als Randbereiche angesehen werden, sondern als spezielle Migrationsfälle, die eine isolierte Betrachtung verdienen. Hierbei wird erneut der nationalen Zusammensetzung der Emigranten aus der ČSR Aufmerksamkeit gewidmet und auf die Auswanderer deutscher Nation im Einzelnen eingegangen. Unter den tschechoslowakischen Wirtschaftsemigranten, die in der Zwischenkriegszeit in die UdSSR ausreisten, finden sich etliche Staatsbürger der ČSR deutscher Nation. Ab dem Jahr 1933 steigt der Anteil deutscher KPD-Mitglieder an, die über die Drehscheibe Prag wei-

ter gen Osten reisten, und am Ende der 30er Jahre verließen zahlreiche sudetendeutsche Antifaschisten die ČSR in Richtung UdSSR. Diesen beiden Migrationssegmenten soll eine besondere Beachtung geschenkt werden, da sich an deren Beispiel sowohl die Form einer sekundären Emigration als auch die Zunahme an politischen Emigranten in den 30er Jahren demonstrieren lässt. Einen weiteren Fall einer sekundären Emigration stellten die Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes (Mitglieder des sozialdemokratischen Wehrverbandes/Österreich) dar, die vor dem Dollfuß-Regime zuerst in die ČSR und von hier aus 1934/1935 in mehreren Personentransporten weiter in die UdSSR flüchteten. Auf ihren Zwischenstopp „ČSR“ mit all seinen Aspekten soll in diesem Abschnitt eingegangen werden.

Ein weiterer Bestandteil dieses Teilbereiches ist auch der Versuch, die zahlenmäßige Stärke der Tschechoslowaken auf dem Staatsterritorium der UdSSR unter Berücksichtigung des Zuwanderungsstromes der Zwischenkriegszeit darzulegen. Die sowjetischen Volkszählungen liefern zum einen ein ungenaues Bild von der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung in der UdSSR, zum anderen weisen sie zahlreiche Rechendefizite auf.

Der gesamte letzte Abschnitt der vorliegenden Arbeit ist den Tschechoslowaken in der Sowjetunion gewidmet. Neben dem Blick auf die sowjetischen Volkszählungen soll ein Blick auf die Tschechoslowaken in der UdSSR im Allgemeinen geworfen werden, und zwar unter Einbeziehung einiger biografischer Erfahrungsberichte von Vertretern unterschiedlicher Auswanderungsgruppen (wirtschaftliche und politische Emigranten, Altansässige und erst nach dem Ersten Weltkrieg Emigrierte, Verbliebene und Rückkehrer). Wie werten sie ihren UdSSR-Aufenthalt, wie äußern sie sich zu ihrem sozialen Umfeld und zu den politischen Verhältnissen, wie sehen sie sich selbst in der Rückblickperspektive, warum remigrierten sie in die Tschechoslowakei? Dass politische Erwägungen oder gar Angst vor politischer Verfolgung der Auslöser für die Remigration waren, liegt auf der Hand. Daher möchte der Verfasser das Thema Repressionen gegen die Tschechoslowaken anschneiden und den aktuellen Forschungsstand präsentieren.

Die vorliegende Arbeit ist eine auf Archivquellen basierende Untersuchung. Ihre theoretisch-methodologische Grundlage beinhaltet in sich Prinzipien einer hermeneutischen historischen Herangehensweise, eine kritische Quellenanalyse und –interpretation, eine Systematisierung und Vergleichsanalyse von Informationen und historische Unvoreingenommenheit. Das Phänomen der Auswanderung aus der Tschechoslowakei in die UdSSR wird nicht als ein isolierter historischer Gegenstand betrachtet, sondern wird in einen breiteren sozialpolitischen Rahmen eingefasst. Die narrative Darstellungsform erläutert in einem logischen Aufbau die einzelnen Teilthemen und erklärt die historischen und politischen Zusammenhänge.

Durch diese Arbeit wird keine biographische Forschung betrieben.³ Sie stellt zwei Länder während der politisch und wirtschaftlich spannungsreichen Epoche der Zwischenkriegszeit gegen-

³ Eventuelle Nachlässe, autobiographische Selbstzeugnisse oder gar Oral-History-Quellen wurden nicht in die Untersuchung mit einbezogen. Die wenigen biographischen Exkurse in vorliegender Arbeit basieren auf institutionellen Dokumenten, die mehr Einsicht in die Lebenswelt der Auswanderer bieten, jedoch keine Selbstzeugnisse sind.

einander und untersucht die Migrationsprozesse, die zwischen ihnen in diesem Zeitraum bestanden – unter besonderer Berücksichtigung des West-Ost-Bezuges. Sie wird die Auswanderer untersuchen und sie nach unterschiedlichen Gesichtspunkten mehreren Kategorien zuweisen. Daraufhin soll – ausgehend von der Quellenlage – ein Kollektivschicksal der Auswanderergruppen nachgezeichnet werden. In Gestalt von biografischen Exkursen tritt am Rande zwecks Visualisierung der Migrationsprozesse auch das Individuum mit seinem Auswandererschicksal aus einer Masse von knapp 10.000 tschechoslowakischen Sowjetunion-Auswanderern in den Vordergrund.

II. Forschungs- und Quellenlage

Das Thema der tschechoslowakischen Auswanderungsbewegung in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit scheint kein wissenschaftliches Interesse zu wecken. Die Geschichtswissenschaft wendet ihre Aufmerksamkeit lediglich den „großen“ Themen zu, welche mit der Thematik der Auswanderung in die UdSSR nur bedingt zusammenhängen. Somit konzentrieren sich die vorhandenen Studien zur tschechoslowakischen Ost-Migration in erster Reihe auf die Auswanderung und das Leben der Tschechen in Wolhynien am südwestlichen Rand Russlands: ab der Auswanderung nach 1861, über die Teilung dieses ukrainischen Gouvernements zwischen Polen und der UdSSR nach dem Ersten Weltkrieg, bis in die heutige Zeit. Die umfangreiche dreibändige Monografie von Vaculík⁴, welche sich ausführlich den Tschechen in der Ukraine widmet, liefert lediglich wieder einen Beleg dafür, dass sich die Historiographie der zahlenmäßig starken tschechischen Minderheit⁵ zuwendet. Vaculíks Arbeit geht jedoch nicht auf die Auswanderungsgeschichte während der Zwischenkriegszeit ein. Auch die tschechische Besiedlung anderer Regionen Russlands wurde – wenngleich in einem minimalen Umfang – bereits reflektiert.⁶

Die tschechische Massenauswanderung nach Russland im 19. Jahrhundert wurde in allen Einzelheiten untersucht: Wissenschaftliches Interesse galt sogar den gescheiterten Projekten sekundärer Emigration (Umsiedlung der Tschechen und Slowaken aus den USA in das Gebiet des Amur in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts⁷). Zur Geschichte der Tschechen und Slowaken in Sowjetrußland – auf das große Thema der Tschechoslowakische Legionen in Sowjetrußland muss an dieser Stelle gar nicht eingegangen werden – erschienen einige sehr knappe Studien in der Zeitschrift des Tschechoslowakischen Auslandsinstituts „Naše zahraničí“.⁸ Diese Skizzen thematisieren

⁴ Vgl. Vaculík J. 1997/1998/2000: Dějiny Volyňských Čechů I./II./III. [Die Geschichte der wolhynischen Tschechen I./II./III.]. Praha; eine knappe Skizze der Geschichte der wolhynischen Tschechen auch: Hofman J. 1995: Češi na Volyni. Základní informace [Tschechen in Wolhynien. Grundinformationen]. Praha.

⁵ Vaculík 1998: 81: Die Volkszählung von 1926 ergab eine tschechische Minderheit von ca. 27.000 (Nation), bzw. 25.100 (Muttersprache). Vgl. Kap. XIV.1., Tabelle 9.

⁶ Šedý R. 1923: České osady na Ukrajině a Krymu I. [Tschechische Siedlungen in der Ukraine und auf der Krim I.]. In: Naše zahraničí 3, 121-123; ders. 1923: České osady na Ukrajině a Krymu II. [Tschechische Siedlungen in der Ukraine und auf der Krim II.]. In: Naše zahraničí 4, 172-178; Španihel J. 1921: České osady na Sibiři I. [Tschechische Siedlungen in Sibirien I.]. In: Naše zahraničí 1, 30-34. Ders. 1921: České osady na Sibiři II. [Tschechische Siedlungen in Sibirien II.]. In: Naše zahraničí 2, 87-95; Valášková N. 1996: Češi v Rusku [Tschechen in Russland]. In: Češi v cizině 9, 26-47.

⁷ Vgl. Valášková N. 2000: Z Čech do Ameriky, z Ameriky do Ruska. Nerealizovaný projekt druhotné emigrace [Aus Böhmen nach Amerika, aus Amerika nach Russland. Unverwirklichte Projekte sekundärer Emigration]. In: Hrubý K., Brouček S. (ed.): Češi za hranicemi na přelomu 20. a 21. století. Symposium o českém vystěhovalectví, exulantství a vztahu zahraničních Čechů k domovu [Tschechen jenseits der Grenzen an der Wende des 20. und 21. Jahrhunderts. Symposium über tschechische Auswanderung, Exil und die Beziehungen der Auslands tschechen zur Heimat]. Praha, 67-73; Robek A. 1987: K problematice českého vystěhovalectví do Ruska v druhé polovině 19. století I. [Zur Problematik der tschechischen Auswanderung nach Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts I.]. In: Češi v cizině 2, 64-97; Doubek V. 2002: Česká emigrace do Ruska v druhé polovině 19. století [Die tschechische Emigration nach Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. In: 150 let Slovanského sjezdu (1848). Historie a současnost. Sborník referátů z vědeckého kolokvia 11. června 1998 v Praze [150 Jahre Slawischer Kongress (1848). Geschichte und Gegenwart. Sammelband mit Referaten des wissenschaftlichen Kolloquiums am 11. Juni 1998 in Prag]. Praha, 171-194.

⁸ Ambrož V. 1922: Češi a Slováci v Rusku I. [Tschechen und Slowaken in Russland I.]. In: Naše zahraničí 3, 97-100, ders. 1923: Češi a Slováci v Rusku II. [Tschechen und Slowaken in Russland II.]. In: Naše zahraničí 4, 151-155, Grund L. 1922: Úkoly našeho vystěhovalectví v Rusku [Die Aufgaben unserer Auswanderung in Russland]. In: Naše zahraničí 2, 69-74, Martínková M. 1926: Život českých vesnic v USSR [Das Leben tschechischer Dörfer in der USSR]. In: Naše zahraničí 4, 177-185; Svatoš J. 1927: Československá emigrace na Kavkazu I. [Die tschechoslowakische Emigration im Kaukasus I.]. In: Naše zahraničí 1, 15-21; eine kurze Übersicht der in Russland bestehenden tschechischen Kolonien auch bei: Klíma S. 1925: Čechové a Slováci za hranicemi [Tschechen und Slowaken jenseits der Grenzen]. Praha.

die Frage der AuslandsTschechen vom Standpunkt des Auslandsinstituts aus: Es sind Übersichten über die im Ausland lebenden Tschechen und Slowaken mit dem Ziel, kulturelle Kontakte mit ihnen zu pflegen. Interesse der Historiker fanden auch die Rückkehrer aus Sowjetrußland und der UdSSR.⁹

Die tschechoslowakische landwirtschaftliche Gruppenauswanderung in die Sowjetunion in den 1920er Jahren wurde von den Historikern bereits entdeckt. Während Pollák in den 1950er Jahren in die damalige Stadt Frunze reiste, um an seiner Monografie zur Geschichte einer tschechoslowakischen Kooperative zu arbeiten, wurden die übrigen landwirtschaftlichen Kollektive in einigen wenigen Studien lediglich erwähnt und anhand weniger tschechoslowakischer Archivbestände bearbeitet. Polláks Arbeit stellte den ersten zu Ende geführten Versuch dar, wenigstens einem Segment der tschechoslowakischen Auswanderung in die UdSSR nachzugehen.¹⁰ Seine Monografie trägt den Zeitgeist in sich und behandelt das Thema aus der ideologischen Perspektive.¹¹

Wie aus dieser knappen Aufstellung ersichtlich, konzentrierte sich die tschechoslowakische Historiographie auf einige auch quellentechnisch gut greifbare Fragen. Das Problem der weiten Streuung der Archivalien verursachte wohl, dass sich die Historiker der tschechoslowakischen Auswanderung in die UdSSR noch nicht zuwandten. Diese Thematik blieb gänzlich unbeachtet, obwohl dazu Quellenmaterial in Prag und Moskau reichlich vorhanden ist. Die tschechischen Archivbestände sind breit gefächert, jedoch zum Großteil im Prager Nationalarchiv (NA) und im Archiv des tschechischen Außenministeriums auffindbar (AMZV).¹² Dass jedoch die Erforschung der

⁹ Zur Frage der finanziellen Entschädigung der russischen Tschechen und Slowaken: Sládek Z. 1966: Odškodňovací akce Čechoslováků z Ruska [Die Entschädigungsaktion für die Tschechoslowaken aus Russland]. In: Slovanský přehled 3, 257-263; Šedivý J. 1988: Sdružení Čechů a Slováků z Ruska a československá vláda 1919-1929 (podpory, dotace, subvence, odškodnění) [Die Vereinigung der Tschechen und Slowaken aus Russland (Hilfen, Zuwendungen, Subventionen, Entschädigungen)]. In: ČSČH 2, 212-237. Literatur zur Remigration der „russischen“ Tschechen nach dem Zweiten Weltkrieg in die ČSR: Vaculík J. 1977: K některým otázkám reemigrace, osídlování a asimilace volynských Čechů na Moravě a ve Slezsku v letech 1945-1952 [Zu einigen Fragen der Remigration, Ansiedlung und Assimilierung der wolhynischen Tschechen in Mähren und Schlesien in den Jahren 1945-1952]. In: Sborník prací FF UJEP (řada spol. věd.) 8, 7-26; ders. 1984: Reemigrace a osídlování volynských Čechů v letech 1945-1948 [Die Remigration und Ansiedlung der wolhynischen Tschechen in den Jahren 1945-1948]. Brno; ders. 1993: Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků v letech 1945-1950 [Die Remigration von AuslandsTschechen und –slowaken in den Jahren 1945-1950]. Brno; Valášková N. 1992: K adaptaci současné reemigrační vlny Čechů z Ukrajiny [Zur Adaptation der gegenwärtigen Remigrationswelle von Tschechen aus der Ukraine]. In: Český lid 3, 193-206; Uherek Z., Valášková N., Brouček S. 1997: Češi z Běloruska [Die Tschechen aus Weißrußland]. In: Český lid 3, 177-190. Remigration im Allgemeinen: Heroldová I. 1986: Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků po 2. světové válce [Die Remigration der AuslandsTschechen und –slowaken nach dem Zweiten Weltkrieg]. In: Češi v cizině 1, 153-164; dies. 1992: Reemigrace po druhé světové válce [Die Remigration nach dem Zweiten Weltkrieg]. In: Češi v cizině 6, 44-47.

¹⁰ Pollák P. 1961: Internacionalná pomoc československého proletariátu národom SSSR. Dejiny československého robotníckeho družstva Interhelpo v sovietskej Kirgízii [Die internationale Hilfe des tschechoslowakischen Proletariats für die Völker der UdSSR. Die Geschichte der tschechoslowakischen Arbeitergenossenschaft Interhelpo im sowjetischen Kirgisien]. Bratislava; Eine Erwähnung der tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektive bei: Fano Š. 1983: Internacionalna pomoc československého proletariátu mladému sovietskemu štátu pri obnove národného hospodárstva [Die internationale Hilfe des tschechoslowakischen Proletariats für den jungen sowjetischen Staat beim Aufbau von dessen Volkswirtschaft]. In: Slovanské štúdie 1, 56-70.

¹¹ Eine nicht unideologische Skizze der Einwanderung (darunter der tschechoslowakischen) in die UdSSR in den 1920er Jahren: Pollák P. 1969: Die Einwanderung in die Sowjetunion in den zwanziger Jahren. In: Bohemia 10, 287-311.

¹² Neben den Beständen des Nationalarchivs gibt es auf tschechischer Seite noch Nachlässe, die sich im Náprstek-Museum (Prag) und im Archiv des Instituts für Ethnographie und Folkloristik der Akademie der Wissenschaften (ÚF AV ČR) befinden. Hier sind z.B. Nachlässe privater Provenienz zu finden, wie Korrespondenz oder handschriftliche Berichte von Einzelpersonen. Im Archiv des ÚF AV ČR wird auch der erste Versuch einer Darstellung der Einwanderung der Tschechen nach Russland aufbewahrt: Es handelt sich hierbei um eine unpublizierte Dissertation von K. A. Puškarevič (Čechi v Rossii. Očerki po istorii immigracii. St. Peterburg. [Tschechen in Russland. Ein Abriss der Immigrationsge-

tschechoslowakischen Migration in die UdSSR als eins der Ziele moderner Geschichtsforschung betrachtet wird, belegen einige am Ende der 1980er Jahre vorgenommene Versuche, die entsprechende Archivlandschaft aufzuzeichnen.¹³

Eine bedeutende historiographische Stütze bei der Behandlung des gewählten Themas stellen die aktuellen deutschsprachigen Untersuchungen zur Migrationsthematik dar. Stellvertretend sind die Arbeiten von Jochen Oltmer¹⁴ und Klaus J. Bade¹⁵ besonders hervorzuheben. Während die Arbeiten von Bade bis auf Ausnahmen¹⁶ vielmehr die durch den Zweiten Weltkrieg bedingten oder ausgelösten Migrationstendenzen fokussieren, bieten die Forschungen von Oltmer eine gute Orientierung in der Migrationsthematik vor dem Hintergrund gesamteuropäischer sozialer, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen. Obwohl für die beiden Forscher eine besondere Berücksichtigung Deutschlands bzw. „deutscher“ Migranten der gemeinsame Nenner ist, so stellen ihre Forschungen und Ansätze eine hilfreiche Anleitung zum Umgang mit der Materie.

Neben den generellen Untersuchungen, wie bei Bade und Oltmer, finden sich im deutschsprachigen Raum auch Migrationsforschungen, welche die Migrationsprozesse der Zwischenkriegszeit thematisieren. In der von Oltmer und Michael Schubert zusammengestellten umfassenden „Bibliographie zur historischen Migrationsforschung“¹⁷ (2005, 184 Seiten) kann man im Abschnitt „Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis 1950“ unzählige Hinweise auf Literatur vor allem moderneren Datums zu den Migrationprozessen der Zwischenkriegszeit nachlesen. Bis auf eine Schrift des Simon-Dubnow-Instituts¹⁸ bestätigt sich die Annahme, dass die Ost-West-Migration noch nicht aus dem Schatten anderer „großer“ Migrationen des 20. Jahrhunderts herausgetreten ist.

schichte]), welche die Immigration der Tschechen ab dem Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg thematisiert. Im Hinblick auf die jüngste zitierte Literatur muss diese Abhandlung etwa Mitte der 1920er Jahre entstanden sein. Ein zweites Exemplar befindet sich im Archiv der Akademie der Wissenschaften, St. Petersburg. Die beiden Exemplare unterscheiden sich voneinander: Puškarevič soll die Arbeit zur Begutachtung nach Prag zu Prof. Z. Nejedlý geschickt haben, welcher sich nie wieder bei ihm gemeldet haben soll. Über den vermeintlichen Verlust der Dissertation und über ihren Weg bis in das Archiv sind keine Einzelheiten bekannt. Daraufhin soll Puškarevič eine neue Fassung der Dissertation vorgelegt haben. Diese Angaben verdanke ich Herrn Gorjainov A. N. vom Slawischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation, Moskau.

¹³ Vaculík J. 1990: Archivní prameny k problematice českého vystěhovalectví do Ruska a SSSR [Archivquellen zur Problematik der tschechischen Auswanderung nach Russland und in die UdSSR]. In: Kordiovský E. (Red.): XIX. Mikulovské sympozium (11.-12.10.1989) [XIX. Symposium von Mikulov]. Brno, 251-254; Šisler S. 1987: Přehled archivních pramenů k problematice vystěhovalectví z českých zemí v letech 1848 – 1938, uložených ve Státním ústředním archívu v Praze [Übersicht über die Archivquellen zur Problematik der Auswanderung aus den böhmischen Ländern in den Jahren 1848-1938, die im Staatlichen Zentralarchiv in Prag archiviert werden]. In: Češi v cizině 2, 281-334.

¹⁴ Oltmer J. 2003: Migration steuern und verwalten: Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen; ders. 2004: Normalfall Migration. Bonn (zusammen mit K. J. Bade); ders. 2005: Migration und deutsche Außenpolitik. Der deutsch-polnische Wanderungsvertrag von 1927 und die mitteleuropäischen Migrationsverhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 54/3, 399-424; ders. 2006: Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs. Paderborn.

¹⁵ Bade K. J. 1990: Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster; ders. 1993: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart. Cambridge; ders. 1994: Ausländer – Aussiedler – Asyl: eine Bestandsaufnahme. München; ders. 1999: Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück.

¹⁶ Ders. 2001: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. München.

¹⁷ Online verfügbar unter: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de/BibliographieMigration.pdf> (Zugriff am 15.1.2007).

¹⁸ Freitag G. 2004: Nächstes Jahr in Moskau! Die Zuwanderung von Juden in die sowjetische Metropole 1917-1932 Göttingen.

Ebenfalls in den letzten Jahren sind auch zahlreiche Arbeiten zur sowjetischen Innenpolitik und zu Stalinismus – darunter in Deutschland – erschienen, die eine gute Orientierung über die Prozesse und politischen Abläufe in der UdSSR der Zwischenkriegszeit ermöglichen. Dank dieser modernen Untersuchungen¹⁹ ist es möglich, genauer auf die Folgen und Auswirkungen der sowjetischen Innenpolitik auf die ausländischen Arbeiter in der UdSSR einzugehen. Zu den gegenwärtigen deutschen Stalinismus- und Sowjetzeitexperten zählen insbesondere Jörg Baberowski und Manfred Hildermeier, auf deren Arbeiten im Kontext der vorliegenden Arbeit noch speziell Bezug genommen wird.

Am ertragsreichsten erwiesen sich für die Durchdringung des zu untersuchenden Themas die unpublizierten Archivquellen. Im tschechischen Nationalarchiv werden in zahlreichen Beständen Materialien aufbewahrt, welche für die Erforschung des Themas von besonderer Bedeutung sind. Zu den wichtigsten von ihnen gehört der Bestand „Ministerium für soziale Fürsorge“ (MSP) und vor allem diejenige seiner Auswanderungsabteilung (Abteilung H). Hier befinden sich Archivalien zur Auswanderungsstatistik, ministerielle Informationsmaterialien zu den Auswanderungschancen in die einzelnen Länder und zur verwaltungstechnischen Abwicklung der Auswanderung. Dazu gehören die legislativen Regelungen des Auswanderungswesens und Berichte über die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Sowjetunion sowie Angelegenheiten tschechoslowakischer Auswanderer in die UdSSR, darunter derjenigen, die in großen landwirtschaftlichen Gruppen die Tschechoslowakei verließen.

Wertvolle Erkenntnisse über die tschechoslowakische Auswanderungsbewegung liefert der Bestand „Vorstand des Ministerrates“ (PMR). Der Vorstand hatte zur Aufgabe, die Entscheidungsfindung der Regierung durch Ausarbeiten von Verordnungen und legislativen Entwürfen zu erleichtern; er unterrichtete außerdem die Regierung über aktuelle gesellschaftspolitische Phänomene und hielt den Kontakt zu anderen Ministerien und Behörden aufrecht. Somit befinden sich in diesem Bestand Archivalien bezüglich der unerlaubten Agitation und Anwerbung von Auswanderern, Materialien zur den Tschechoslowaken in der UdSSR und zu deren Repatriierung in die ČSR. Es kommen statistische Berichte und verschiedene Anweisungen der Regierung hinzu.

Der Archivbestand „Innenministerium I – Alte Registratur“ (MV I-SR) enthält Archivalien zur Umsetzung des Auswanderungsgesetzes und zur Praxis der Ausstellung der Reisepässe (Durchführungsbestimmungen, Ermittlungen gegen illegale Agitatoren, Maßnahmen gegen die illegale Auswanderung) sowie zur Anwerbung von Arbeitern. In diesem Bestand befinden sich ebenfalls Berichte über die Lage der tschechoslowakischen Auswanderer in der UdSSR. Ähnliche Angaben

¹⁹ Plaggenborg S. 1998: Stalinismus: Neue Forschungen und Konzepte. Berlin; Rogovin V. Z. 1998: 1937: Jahr des Terrors. Essen; Weber H. 2001: Terror. Stalinistische Parteisäuberungen: 1936 – 1953. Paderborn. Zu den älteren verlässlichen Arbeiten zählen: Urban G. R. 1986: Stalinism: its impact on Russia and the world. Cambridge; Conquest R. 1988: Ernte des Todes: Stalins Holocaust in der Ukraine 1929-1933. München; Erler G. 1982: Stalinismus: Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg. Frankfurt/M. Fachübergreifende Untersuchungen und Vergleichsanalysen z.B.: Faulenbach B. 1993: Diktatur und Emanzipation: zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991. Essen; Dahlmann D. 1999: Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation: Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Essen Goehrke C. 2005: Russischer Alltag. Sowjetische Moderne und Umbruch. Zürich.

können auch im Archivbestand „Justizministerium“ (MS) recherchiert werden. Die hier aufbewahrten Archivalien geben außerdem Auskunft über die während der Zwischenkriegszeit in der UdSSR verhafteten Tschechoslowaken und über das Vorgehen der tschechoslowakischen Regierung in diesen Fällen.

Das Tschechoslowakische Auslandsinstitut (Bestand ČÚZ I) wurde am Ende der 1920er Jahre errichtet und war die zentrale Organisation für Auswanderer und emigrierte Landsleute. Das Institut unterstützte die nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte zwischen den ausgewanderten Tschechoslowaken und ihrer Heimat und förderte ihre weitere kulturelle und soziale Entwicklung. Am Institut wurde die komplexe Thematik der Auswanderung wissenschaftlich verfolgt; dabei arbeitete das Institut mit unterschiedlichen Institutionen zusammen. Die Archivalien entsprechen seinem Aufgabenbereich: zahlreiche Vorträge über das Schicksal der Tschechoslowaken außerhalb der Heimat, Verzeichnisse tschechoslowakischer Vereine und kultureller Einrichtungen im Ausland, Berichte über die Auswanderungsbewegung aus der ČSR.

Weitere interessante Bestände nur im Überblick: Der Bestand „Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung“ (MZd) bietet Einblick in die Formen der tschechoslowakischen Regierungshilfe für die Tschechoslowaken in der UdSSR und im Bestand „Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe“ (MPOŽ) finden sich Angaben zu den Themen Auswanderung hochqualifizierter Fachleute und Auswanderungseinschränkungen. Das Ministerium achtete nämlich darauf, dass besonders qualifizierte Spezialisten und Vertreter bestimmter Berufe nicht ins Ausland abreisten.

Im Archiv des tschechoslowakischen Außenministeriums (AMZV) befinden sich in zwei Beständen („II. sekce“ und „V. sekce“) bunt gemischte Archivalien zu tschechoslowakischen Auswanderern in die UdSSR, insbesondere dann Berichte der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau. Diese beinhalten Angaben über die Reisen tschechoslowakischer Staatsbürger in die Sowjetunion, über Passangelegenheiten und Berichte über die Lage der Tschechoslowaken in der Sowjetunion, darunter Fälle von Ausweisung aus der Sowjetunion oder die Frage der Staatsbürgerschaft. Speziell in der „V. sekce“ können dann allgemeine Angaben zu den unterschiedlichen Formen der Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR gefunden werden.

Die Problematik der internationalen Migration im Allgemeinen erfährt ab den 1990er Jahren auch in der Russischen Föderation zunehmend verstärkte Aufmerksamkeit. Seit der Öffnung der russischen Archive wird insbesondere an der Untersuchung der russischen Auswanderer aus der UdSSR gearbeitet und an der Erforschung ihrer Lage und des historischen Schicksals. Die Thematik der Einwanderung wird vergleichsweise weniger beachtet. Es fehlt an grundsätzlichen Untersuchungen zur Immigrationspolitik der sowjetischen Macht, zu den Aufnahmebedingungen (aus wel-

chen Ländern reisten die Einwanderer ein und was waren ihre Gründe) oder dazu, welches Ausmaß die Einwanderung in die Sowjetunion erreichte.²⁰

Die sog. „Arbeitsimmigration“ in die UdSSR der Zwischenkriegszeit wurde von der sowjetischen Historiographie bereits in den 1960er und 1970er Jahren thematisiert und die erschienenen Arbeiten berührten dieses Problemfeld mit unterschiedlicher Intensität. Einen entscheidenden Schritt in der Erforschung der Einwanderungspolitik tat G. Ja. Tarle²¹, welcher zuerst die unterschiedlichen Einwanderungsformen – landwirtschaftliche und industrielle – definierte und beschrieb. Die Quellengrundlage seiner Arbeit verdient bis heute Beachtung.

Jedoch sowohl Tarle als auch andere sowjetische Historiker konnten sich nicht von den ideologisch-methodischen Vorgaben lösen. Dementsprechend werden alle Einwanderungsformen in einem unkritischen Licht betrachtet: Die Einwanderung – unabhängig von ihrer Form – wurde ausschließlich als Form proletarischer Solidarität gepriesen, als Symbol eines proletarischen Internationalismus oder als Wunsch gewertet, am sozialistischen Staatsaufbau teilnehmen zu wollen. Derartige Aspekte beeinträchtigten sowohl die Quellenanalyse als auch die Schlussfolgerungen.

Die Arbeiten einiger gegenwärtiger Historiker in der Russischen Föderation widmen sich der Formierung und der Tätigkeit der ausländischen industriellen „Kolonien“ in der sowjetischen Gesellschaft. Eine herausragende Rolle spielt dabei S. V. Žuravlëv, welcher in seinen Arbeiten den soziologischen Mikrokosmos der ausländischen Kolonie in einem Moskauer Elektrizitätswerk untersuchte.²² Außerdem stellte Žuravlëv eine ganze Anzahl von Ansätzen betreffend des methodischen und methodologischen Umgangs mit der Materie auf.

Die wichtigste Quellenbasis auf russischer Seite stellt der Bestand der sowjetischen „Ständigen Kommission für die landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat“ (KomSTO) dar (R-364): Hier finden sich die Sitzungsprotokolle der Kommission, ihre Projekte und Entwürfe von Anweisungen, Verträgen, Beschlüssen. Etliche Korrespondenz zwischen den Einwanderern und der KomSTO und zwischen der KomSTO und anderen sowjetischen Institutionen, welche an der Abwicklung der Einwanderung beteiligt waren, Korrespondenz bezüglich der Festlegung der finanziellen Erleichterungen für die Einwanderer und

²⁰ Eine Pionierarbeit auf dem Gebiet der sowjetischen Einwanderungspolitik von: Fel'stinskij Ju. 1991: K istorii našej zakrytosti. Zakonodatel'nyje osnovy sovjetskoj immigracionnoj i emigracionnoj politiki [Zur Geschichte unserer Geschlossenheit. Legislative Grundlagen der sowjetischen Immigrations- und Emigrationspolitik]. Moskva. Eine Skizze der Einwanderung in die UdSSR in den 1920er Jahren und die Formierung der Einwanderungskollektive bei: Danilova E. N. 2002: Immigracionnaja politika i sozdanije trudovych kommun iz immigrantov i reemigrantov v SSSR v 1920-e gody [Die Immigrationspolitik und die Gründung der aus Immigranten und Remigranten bestehenden Arbeitskommunen in der UdSSR in den 1920er Jahren]. In: Vestnik Moskovskogo universiteta, serija 8, Istorija 1, 3-20.

²¹ Tarle G. Ja. 1968: Druz'ja strany sovjetov. Učastije zarubežnych trudjaščichsja v vosstanovlenii narodnogo chozjajstva SSSR v 1920 – 1925 gg [Die Freunde des sowjetischen Landes. Die Teilnahme ausländischer Arbeiter am Wiederaufbau der Volkswirtschaft der UdSSR 1920-1925]. Moskva.

²² Žuravlëv S. V. 2000: Inostrancy v Sovjetskoj Rossii v 1920-e – 1930-e gg. Istočniki i metody socialno-istoričeskogo issledovanija [Ausländer in Sowjetrußland in den 1920er-1930er Jahren. Quellen und Methoden der sozial-historischen Forschung] (Diss.). Moskva; ders. 2002: Inostrancy v Sovjetskom obščestve 1920-1930-ch godov [Ausländer in der sowjetischen Gesellschaft der 1920er-1930er Jahre]. In: Trudy instituta rossijskoj istorii RAN 1999-2000/3. Moskva; Ders. 2003: „Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion“: Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Berlin.

Einreiseinstruktionen, weiter Dokumente zur Auswahl der landwirtschaftlichen Einwanderergruppen und zu ihrer Ansiedlung in der UdSSR sind in diesem Bestand vorhanden. Hier befinden sich auch Schriftstücke einer interministeriellen Einwanderungskommission, welche noch vor der Gründung der KomSTO bestand, und andere Archivalien.

Weitere Archivbestände des Staatsarchivs der Russischen Föderation, welche für die Erforschung der Einwanderungsbewegung in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit eine besonders wichtige Rolle spielen, sind die Bestände R-382 (Volkskommissariat für Arbeit/RSFSR) und R-5451 (Gesamtsowjetische Zentralunion der Gewerkschaftsräte). Die Abteilung des Volkskommissariates für Arbeit, „Arbeitsmarkt“, hatte eine eigene Einwanderungssektion. Hier finden sich heute Dokumente der Sektion bezüglich der Einwanderungserlaubnis für ausländische, darunter tschechoslowakische industrielle Einwanderer, Berichte über deren Auswanderung und Ankunft in der UdSSR, Formblätter mit persönlichen Angaben zahlreicher ausländischer Fachleute. Außerdem wird in diesem Bestand die Korrespondenz zwischen dem Volkskommissariat und anderen sowjetischen Behörden hinsichtlich der Einwanderung archiviert. Im Bestand R-5451 befinden sich die Dokumente des „Ausländerbüros“ (heute Findbuch 39) bezüglich der industriellen Einwanderer: Korrespondenz zwischen den ausländischen Interessenten und dem Ausländerbüro und weiteren Behörden, Verträge mit ausländischen Fachleuten und unterschiedliche Anfragen ausländischer Fachleute (Unterkunft, Versorgung, unterschiedliche Beschwerden, Anfragen etc.)

Speziell für die Fragen der landwirtschaftlichen Einwanderung in die Sowjetunion sind die Bestände 478 (Volkskommissariat für Landwirtschaft/RSFSR) im Russischen Staatlichen Wirtschaftsarchiv (RGAE) von Bedeutung. Das Volkskommissariat hatte eine eigene Umsiedlungs- und Kolonisierungssektion. In ihrem Bestand finden sich heute Angaben zu den Umsiedlungsaktionen innerhalb der UdSSR und zur Kolonisierung der Sowjetunion von außen. Darunter zahlreicher Schriftwechsel, Berichte, Entwürfe von Projekten und Verträgen, Richtlinien und Anweisungen zur Landvergabe, zur Freistellung von Land für die Zwecke der ausländischen Kolonisierung u.a.

Die bisher vorgestellten Archivquellen und die Sekundärliteratur geben Auskunft über die Formen der wirtschaftlichen Einwanderung in die UdSSR, die im damaligen Sprachgebrauch als „Arbeitsmigration“ bezeichnet wurde. Während der Sichtung dieser Quellen wurden jedoch zahlreiche Hinweise auf eine tschechoslowakische politische Einwanderung in die Sowjetunion festgestellt. In den Archivbeständen des Russischen Staatsarchivs der Sozialpolitischen Geschichte (RGASPI) in Moskau konnten weitere Informationen zu dieser Einwanderungsform gewonnen werden. Die Sekundärliteratur beachtete dieses Problemfeld so gut wie gar nicht. Eine methodische Stütze in dieser Hinsicht stellten die analogen Untersuchungen zur österreichischen politischen Auswanderung in die Sowjetunion dar. Hierbei sind besonders die Arbeiten von H. Schafranek und B. McLoughlin hervorzuheben.²³

²³ McLoughlin B. 1999: Österreicher im Exil – Sowjetunion: 1934-1945; eine Dokumentation. Wien; ders., Schafranek H. 1997: Aufbruch – Hoffnung – Endstation: Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion, 1925-1945. Wien; dies.

Die Recherchen im RGASPI haben ergeben, dass auch eine tschechoslowakische politische Einwanderung in die Sowjetunion existierte und welche Formen sie hatte. Dabei geht es insbesondere um die Benennung der Auswanderungsabsichten und der Migrationszwecke. Hierbei konnte festgestellt werden, dass an der Abwicklung der politischen Emigration aus der ČSR in die UdSSR unterschiedliche sowjetische parteinahe Einrichtungen beteiligt waren. Die komplexe Durchdringung dieses Untersuchungsgegenstandes machte es möglich, mehrere Einwanderungskanäle zu erkennen und die politische Einwanderung im Allgemeinen zu kategorisieren.

Neben den großen Beständen „17“ (Zentralkomitee der KPdSU, beinhaltet Archivalien noch aus der Periode des VKP/b/) und „495“ (Exekutivkomitee der Komintern), welche einige grundlegende Informationen zum politischen Hintergrund der Einwanderung in die Sowjetunion und zur Teilnahme dieser Institutionen am Auswanderungsprozess bietet, sind weitere eher kleinere Bestände im RGASPI von besonderer Bedeutung. Zu den unterschiedlichsten Formen der tschechoslowakischen politisch motivierten Einwanderung in die Sowjetunion ist der Bestand „539“ (Internationale Hilfsorganisation für Revolutionshelden – MOPR) relevant. Hier werden Maßnahmen der Hilfsorganisation für politisch Verfolgte in unterschiedlichen Ländern, einschließlich deren Überführung in die UdSSR dokumentiert. Hier finden sich Sitzungsprotokolle, Beschlüsse (Legitimierungskommission) und Untersuchungen der unterschiedlichen Sektionen der MOPR bezüglich der Einwanderung von politischen Emigranten. Im Bestand „531“ (Internationale Lenin-Schule) werden dagegen Materialien zu Personen archiviert, welche zu einem kurzfristigen politischen Ausbildungsaufenthalt kamen, darunter aus der Tschechoslowakei.

Im bereits erwähnten Bestand „539“ können Informationen zur politisch motivierten Auswanderung aus dem Protektorat Böhmen und Mähren in die UdSSR recherchiert werden. Die Thematik der (politischen) Emigration aus der ČSR am Ende der 1930er Jahre wurde von der Forschung bereits reflektiert²⁴, wenngleich dem Zielland Sowjetunion keine entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Wege der politischen Emigranten – vor allem über die Zwischenstation Polen – bis in die UdSSR im Jahre 1939 wurden noch nicht ausreichend beleuchtet, genauso fehlt es auch an einer Untersuchung zu den sowjetischen Einwanderungskonzepten und zu der Aufnahmebereitschaft der UdSSR in dieser Zeit.²⁵ Zu dem Teilthema tschechoslowakische politi-

1996: Die österreichische Emigration in die UdSSR bis 1938: Horvath T., Meyer G.: Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, 163-185, u.a.

²⁴ Eine umfangreiche Monographie hierzu: Heumos P. 1989: Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938-1945. Politisch-soziale Struktur, Organisation und Asylbedingungen der tschechischen, jüdischen, deutschen und slowakischen Flüchtlinge während des Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumentation. München; Brandes D. 1988: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran. München; auf tschechoslowakischer Seite siehe auch eine ältere Darstellung: Křen J. ²1969: Do emigrace. Západní zahraniční odboj 1938-1939 [In die Emigration. Der westliche Auslandswiderstand 1938-1939]. Praha.

²⁵ Einige, nicht unideologische Versuche, sprechen auch die Emigration in die UdSSR an: Hájková A. 1975: Strana v odboji. Z dějin ilegálního boje KSČ v letech 1938-1942 [Die Partei im Widerstand. Aus der Geschichte des illegalen Kampfes der KSČ in den Jahren 1938-1942]. Praha, und andere kleinere Studien.

sche Einwanderung in die UdSSR während der Zwischenkriegszeit sind auch einige Bestände im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) von Nutzen.²⁶

Insgesamt bot sich also eine quantitativ betrachtet disparate Forschungs- und Quellenlage. Die nur in groben Zügen dargestellte Forschungslage erwies sich für die Behandlung des gegebenen Themas zunächst als nicht gerade günstig. Eine grundlegende Erforschung der tschechischen und russischen Archivbestände zeigte jedoch bald die Forschungsmöglichkeiten auf. Bereits die Erschließung des Archivmaterials brachte äußerst wertvolle Erkenntnisse. Für den Untersuchungsgegenstand erwies sich als unabdingbar, nicht nur die neuen – zum Teil erst in den letzten Jahren zugänglich gemachten russischen Archivalien – sondern auch die sich bereits im wissenschaftlichen Umlauf befindlichen Dokumente²⁷ noch einmal genauer zu analysieren, um sie nun – entideologisiert und entidealisiert – wissenschaftlich zu verwerten. Die Migrationsprozesse zwischen der UdSSR und der ČSR zeigten sich nämlich viel komplizierter, voller uneindeutiger und widersprüchlicher Phänomene und nicht so geradlinig, wie sie von der sozialistischen Geschichtsforschung dargestellt wurden.

²⁶ Insbesondere die Bestände „R-8265“ (Zentralkomitee der MOPR) und „R-1249“ (Amt des Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der politischen Emigranten beim Gesamtrussischen zentralen Exekutivkomitee).

²⁷ An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass sich die Forschungsbedingungen in den russischen Archiven – insbesondere für ausländische Forscher – in letzter Zeit verschlechterten und ein umgekehrter Prozess einsetzt: Während ab den 1990er Jahren die Archivbestände praktisch flächendeckend eröffnet und zugänglich gemacht wurden, erleben wir nach etwa fünfzehn Jahren, wie manche Bestände erneut gesperrt werden. In Form von unterschiedlichen „verwaltungs-technischen“ Schwierigkeiten wird dem Forscher die Einsicht in manche Akten erschwert bis unmöglich gemacht. Der für die vorliegende Untersuchung relevante Nachlass der sowjetischen Vertretung in Prag wird im Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation archiviert (Bestand 138 und 0138-früher geheim). Trotz der relativ ausführlichen Angaben in der publizierten Bestandsaufnahme des Archivs wurde seitens der Archivmitarbeiter mehrere Male betont, die von mir zur Einsicht verlangten Bestände würden keine für meine Untersuchung relevanten Informationen enthalten. Da für die Recherchen im Archiv des Außenministeriums eine Sondererlaubnis des russischen Außenministeriums erforderlich ist, liegt es auf der Hand, dass mir der Zugang zu den Archivalien verwehrt blieb. An dieser Stelle sei dem Dekan der Historischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonosov-Universität und dem Leiter des Instituts für die Geschichte der West- und Südslawen gedankt, die mehrere Male in meinem Namen beim Außenministerium und beim Archiv selbst schriftlich und mündlich intervenierten – dennoch ohne Erfolg.

Migrationstradition und Migrationspolitik

III. Geschichte der Tschechoslowaken in Russland (19. Jh.)

III.1. Charakteristika der tschechoslowakischen Auswanderung nach Russland im 19. Jahrhundert

Die Auswanderung aus der ČSR in die Sowjetunion während der Zwischenkriegszeit knüpfte an eine Auswanderungstradition des 19. Jahrhunderts an. Eine solche Tradition bedeutet, dass Russland für die Auswanderer aus der ČSR nach 1921 nicht neu entdeckt werden musste, sondern als Zielland einer Einwanderung bereits ausreichend bekannt war. Die Bezeichnung Tradition bezieht sich hierbei nicht auf die Rahmenbedingungen dieser Auswanderung, die sich deutlich voneinander unterschieden: Im Gegensatz zu der tschechischen Auswanderung nach Russland im 19. Jahrhundert trug die tschechoslowakische Auswanderung in die UdSSR im Zeitraum 1921 bis 1939 – ohne hierdurch etwas vorwegnehmen zu wollen – gewisse ideologische Aspekte. In einigen Zügen stimmen die beiden „Auswanderungen“ wiederum gut überein.

Die Auswanderung nach Russland im 19. Jahrhundert war ein Phänomen, welches durch die politischen Entwicklungen sowohl des Entsendelandes Österreich-Ungarn als auch des Aufnahmelandes Russland im entscheidenden Maße mitbestimmt wurde. Diese parallelen politischen Entwicklungen schufen in den 1860er Jahren migrationsgünstige Bedingungen, welche sich in einer steil anwachsenden Auswanderung von Tschechen nach Russland niederschlugen. Auf der Seite Russlands begünstigte insbesondere die Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahr 1861 die Einwanderung. Die Entbindung von Leibeigenen vom Land löste eine Verselbstständigung und eine Migration von Bauern aus. Dies hatte zur Folge, dass großer Grundbesitz – zuvor in den Händen des Adels – von nun an neu gepachtet und vergeben werden durfte. Die Unfähigkeit des Adels seinen Grund zu bewirtschaften lockte unter anderem ausländische Pächter nach Russland. Ein besonders wichtiger Faktor war ebenfalls die Niederschlagung des polnischen Aufstandes durch das zaristische Regime im Jahr 1863. Daraufhin wurden die polnischen Großbauernhöfe zum Großteil von der russischen Regierung konfisziert und standen nun günstig neuen Pächtern zur Verfügung.²⁸ Dass gerade der Südwesten Russlands – die Ukraine und insbesondere Wolhynien – zu einem besonders starken Anziehungspunkt für Einwanderer aus Österreich-Ungarn wurde, war somit kein Zufall, denn die Entfernung zum Einsiedlungsziel und die günstigen Pachtbedingungen spielten eine entscheidende Rolle für die tschechischen Einwanderer.

²⁸ Hierin liegt eine innere Diskrepanz: Die russische Regierung unterstützte ab den 1860er Jahren die Einwanderung von assimilierbaren Personen, darunter Tschechen. In Wirklichkeit ging es der russischen Verwaltung vielmehr darum, das polnische antirussische katholische Element am südwestlichen Rand Russlands durch Einsiedlung von der russischen Bevölkerung verwandten Einwanderern zu schwächen. Auf einer Seite wurden die Tschechen für derartige Einwanderer gehalten, auf der anderen Seite konnte durch die Ansiedlung von Tschechen von keinem Gegenpol zur polnischen Bevölkerung gesprochen werden. Die Tschechen vertraten im Allgemeinen – z.B. während der polnischen Aufstände im 19. Jahrhundert – konsequent eine propolnische Haltung. Vgl. hierzu z.B.: Robek A. 1988: K problematice českého vystěhovalectví do Ruska v druhé polovině 19. století II. [Zur Problematik der tschechischen Auswanderung nach Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts II.] In: Češi v cizině 3, 4f.

Eine Veränderung der Reisefreiheit in der k. u. k.-Monarchie brachte das sog. Reisegesetz von 1867²⁹. Es lockerte die Migrationsbeschränkungen der Bürger des österreichischen Teils der Doppelmonarchie: Eine freie Migration wurde allen garantiert, sofern männliche Auswanderer ihren Wehrdienst ableisteten. Dieses Gesetz erstreckte sich nicht über das Gebiet Ungarns, wo eine repressive und migrationshemmende Politik weiterhin ausgeübt wurde. Dadurch ist auch die wesentlich geringere Anzahl von Slowaken unter den Russland-Einwanderern im 19. Jahrhundert zu erklären.

Ein ebenfalls wichtiger Faktor war die Einschränkung der Migration in die USA in den 1860er Jahren. Infolge des amerikanischen Bürgerkrieges wurde der starke Migrantenstrom aus Böhmen deutlich eingeschränkt, sodass die potenziellen Auswanderer nach Alternativen suchten. Zu einer solchen Möglichkeit entwickelte sich unter den veränderten und von nun an günstigen Einreisebedingungen auch das zaristische Russland. Alle drei Faktoren – die günstigen Ansiedlungsbedingungen, die Reisefreiheit und die natürliche Lenkung des Auswandererstromes – spielten bei der tschechischen Auswanderung nach Russland mit. In Böhmen begünstigten noch weitere volkswirtschaftliche Aspekte die Auswanderung nach Russland: Eine relative Überbevölkerung, eine Bodenknappheit und eine Migration aus den Gebieten mit rückständiger Industrie der ČSR hatten eine international ausgerichtete wirtschaftliche Migration zur Folge³⁰.

Der Auswanderung aus Böhmen nach Russland wurde im Jahr 1867 eine besondere, mitunter „politische“ Aufmerksamkeit geschenkt. Im Rahmen der Moskauer Ethnographischen Ausstellung, welche den Panslavismusgedanken thematisierte, sprachen sich die tschechischen Vertreter František Palacký und Ladislav Rieger für die Gründung einer Institution aus, welche sich die tschechischen Auswanderungschancen nach Russland zu Eigen machen sollte. Die „Kommission für die Einführung tschechischer Emigration nach Russland“³¹ entstand noch im selben Jahr. Die politische Haltung der beiden Politiker in der Frage der Russland-Migration entsprach nicht derjenigen der politischen Mehrheit. Die meisten tschechischen Politiker im österreichischen Parlament befürworteten eine Migration lediglich im Rahmen der Doppelmonarchie. Wenn sie der tschechischen Auswanderung nach Russland dennoch positiv gegenüber standen, dann taten sie dies ausschließlich inoffiziell. Für prorussisch gesinnte Politiker bedeutete nämlich eine tschechische Auswanderung nach Russland eine Stärkung des slawischen Elementes in seiner breiten Dimension, während die Auswanderung in die USA in ihren Augen die Schwächung desselben herbeiführte.

Die Veränderung der Aufnahmebedingungen in Russland lockte natürlich zahlreiche auswärtige Interessenten zur Einwanderung. Unter ihnen fand sich eine beträchtliche Zahl an Deutschen, welchen die russische Administrative nicht sonderlich positiv gegenüberstand, weil die deutsche Einwanderung seit jeher die Entstehung von isolierten nationalen, sprachlichen und reli-

²⁹ In dem Gesetz RGBL 1867, S. 157f („Reisegesetz“), vom 29.5.1867 wurden die früheren, die Bewegungsfreiheit betreffenden Rechtbestimmungen vom Jahre 1857 (Nr. 31 und 116 RGBL) zusammengeführt und erweitert.

³⁰ Vgl. hierzu: Robek 1987: 64.

³¹ Im tschechischen Original: „Komise pro uvedení české emigrace do Ruska“.

giösen Inseln im russischen Territorium mit sich brachte. Der tschechischen Einwanderung standen die russischen Behörden dagegen aufgeschlossen gegenüber, denn die Tschechen wurden sowohl im national-sprachlichen als auch im religiösen³² Sinne als slawische Verwandte betrachtet. Die slawischen Einwanderer standen auch in kultureller Hinsicht der Umfeldbevölkerung nahe, sodass eine Assimilierung der Einwanderer in mittelfristiger Sicht zu erwarten war.

Das Einwanderungsland Russland sollte jedoch nicht nur von den Tschechen in Österreich-Ungarn, sondern auch von den Tschechen in Übersee neu entdeckt werden. Die Öffnung Russlands sollte die in den USA lebenden Tschechen und Slowaken zu einer Übersiedlung – zu einer sekundären Migration – nach Russland bewegen. Dies hätte sowohl den Intentionen der zaristischen Regierung (assimilierbare Personengruppen) als auch denjenigen der tschechischen pro-russischen Politiker (Stärkung des europäischen Slawentums im Ganzen) entsprochen. Nachdem im Jahr 1861 die Regeln für die Besiedlung der Gebiete des Amur verabschiedet worden waren, wurden in den USA von halbprivaten Personen etliche Versuche unternommen, um eine sekundäre Auswanderung in das Amur-Gebiet zu befördern. Die Übersiedlungskosten, welche die russische Seite hätte tragen sollen, ließen dieses Auswanderungsprojekt im Sand verlaufen³³.

Die tschechische Auswanderung nach Russland im 19. Jahrhundert lässt zwei größere Auswanderergruppen erkennen. Die erste Gruppe stellte die tschechische Landbevölkerung dar, welche den verlockenden russischen Angeboten Folge leistete und nach Russland mit dem Ziel auswanderte, sich eigenständig der Landwirtschaft zu widmen. Diese Personen reisten in kleineren Personentransporten ein, nachdem sie ihr Grundstück vom russischen Besitzer gekauft oder von der zaristischen Administrative auf Erbpachtbasis zugewiesen bekommen hatten. Diese landwirtschaftliche Auswanderung steuerte insbesondere die Ukraine an. Für die Wahl sprachen die preiswerten Pachtzinsen, die für die Landwirtschaft besonders geeignete klimatische Lage und letztendlich auch die geographische Entfernung zwischen dem Heimatort und dem Ziel, welche sich mit einem Pferdegespann innerhalb einiger weniger Wochen zurücklegen ließ.

Das zweite Auswanderersegment waren Angehörige unterschiedlicher intellektueller Berufe, welche sich aus der Stadtbevölkerung rekrutierten und wiederum fast ausschließlich Städte in Russland zum Ziel hatten. Es handelte sich um Vertreter des Handelsgewerbes, der Wirtschaft, der Industrie bis hin zu künstlerischen Berufen. Im Gegensatz zu der zuerst genannten landwirtschaftlichen Auswanderung erfolgte die „intellektuelle“ Auswanderung fast ausnahmslos in individueller Form, was eine logische Folge der nur begrenzten Arbeitsstellenangebote für Ausländer in Russland war.³⁴

³² Sie wurden als Nachfahren von Jan Hus („hussitische Katholiken“) und somit als der orthodoxen Kirche nahe stehend betrachtet: Vgl. hierzu: Valášková 1996: 28.

³³ Vgl. hierzu im Einzelnen: Valášková 2000: 67-73. Andere erfolglose Umsiedlungsexperimente untersucht z.B. von: Nenaševa Z. S. 2003: Američtí Češi a Rusko. Nerealizované projekty [Die amerikanischen Tschechen und Russland. Unverwirklichte Projekte]. In: Slovanský přehled 1, S. 87-96.

³⁴ Valášková 1996: 27f.

In den Auswanderungsprozess wurden unterschiedliche Agenten oder Mittler involviert, welche oft von unterschiedlichen Institutionen in Russland nach Böhmen mit der Aufgabe entsendet wurden, die tschechische Auswanderungsbereitschaft im Hinblick auf Russland zu erkunden bzw. die Ausreise samt aller mit ihr zusammenhängenden Formalitäten abzuwickeln. Zu diesen Institutionen gehörten tschechische (bzw. tschechoslowakische) Vereine und Gruppierungen in Russland (erst zu Ende des 19. Jahrhunderts), wie auch der Tschechische Hilfsverein in St. Petersburg, dessen Verwicklung im Auswanderungsprozess von A. Robek belegt wurde³⁵.

Von den tschechischen Auswanderern wurden jedoch nicht nur günstig gelegene Gebiete im Westen Russlands aufgesucht. Einige von ihnen wagten einen weiten Weg in den russischen Osten und siedelten sich in Sibirien ein. Unter ihnen waren einige Handwerker, Metzger und Braumeister vertreten. Ihre Siedlungen konzentrierten sich an der Transsibirischen Eisenbahnlinie. Einige der Tschechen siedelten sogar eigens aus Wolhynien nach Sibirien um.³⁶ Einige kleinere Gruppen von Tschechen wanderten in das Kaukasus-Gebiet aus. Sie ließen sich in der Region der Stadt Noworossijsk nieder³⁷.

Die russische Verwaltung versprach den Einwanderern in den eigenen Gemeinden eine Selbstverwaltung, die Errichtung von eigenen tschechischsprachigen Schulen, die freie Ausübung ihrer Religion und unterschiedliche steuertechnische Erleichterungen. In der Anfangsphase der tschechischen Einwanderung und Niederlassung in Russland wurden diese Versprechen auch größtenteils eingelöst. In russischen Gebieten mit dem stärksten tschechisch-nationalen Anteil – in der Ukraine – wurden tschechische Schulen unterhalten und tschechische Vereine und Zirkel gegründet. In der Ukraine boomte dank der tschechischen Einwanderer der Hopfenanbau, es entstanden Brauereien und andere große Betriebe für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Die tschechische Bevölkerung wuchs in der Ukraine zu einer sozialen Mittelschicht heran.

Einleitend wurde die tschechische Auswanderung nach Russland im 19. Jahrhundert als eine wirtschaftliche Migration bezeichnet. Dies verdient nun eine geringfügige Berichtigung: Unter den landwirtschaftlichen und intellektuellen Auswanderern aus Böhmen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts finden sich etliche Personen, welche ihrem Hass auf die Monarchie durch die Auswanderung nach Russland eine konkrete Form gaben. Unter den Auswanderern nach Russland finden sich einige Monarchiegegner, Personen, die an den Ereignissen der Jahre 1848 und 1849 politisch aktiv beteiligt gewesen waren, Arbeiter, die aktiv an großen Demonstrationen teilgenommen hatten bis zu Sozialismuspionieren in den 1880er Jahren³⁸. An der tschechischen Auswanderung nahmen somit sowohl wirtschaftlich als auch politisch motivierte Personen teil.

³⁵ Robek 1987: 66ff.

³⁶ Španihel 1921: 30f.

³⁷ Svatoš 1927: 15ff.

³⁸ Robek 1988: 68 und Anm. 9.

III.2. Tschechen und Slowaken in Russland an der Jahrhundertwende

Die tschechische Auswanderung nach Russland erreichte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Ausmaße einer Massenabwanderung. Insbesondere die Ukraine mit ihrem preiswerten Grundbesitz lockte die Einwanderer aus Böhmen. Selbst ins ukrainische Wolhynien wanderten im Zeitraum 1862 bis 1886 einigen Schätzungen zufolge an die 20.000 Tschechen ein, die sich in 65 eigenständigen Kolonien niederließen.³⁹ Die im Jahr 1897 unter Nikolaus II. durchgeführte Volkszählung – die erste in der Geschichte des Zarenreiches überhaupt – bezifferte die Zahl der Tschechen und Slowaken im Zarenreich auf 50.388 Personen⁴⁰. Dabei wurden die beiden Nationen zusammen berechnet, sodass es uns heute nicht mehr möglich ist, die Anzahl der Slowaken, die weit unter der Zahl der eingewanderten Tschechen liegen musste, genauer zu rekonstruieren.⁴¹ Das Ergebnis der Volkszählung gab eindeutig die Einwanderungswellen wieder.

In den klimatisch günstigen Bedingungen der Ukraine errichteten die Tschechen eine beträchtliche Anzahl von Bauernhöfen und Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Auch hier war es der Hopfenanbau – bis dahin in der Ukraine weitgehend unbekannt – der unter der Ägide der tschechischen Einwanderer enorme Erfolge feierte. Am Anfang des 20. Jahrhunderts arbeiteten allein in Wolhynien 16 Brauereien, 32 Molkereien, 113 Mühlen, 37 Großwerkstätten, fünf Zuckerfabriken und eine Zementfabrik unter tschechischer Leitung. Daneben bestanden etliche größere Ziegelproduktionsstätten und mechanische Werkstätten.⁴² In einigen ukrainischen Gebieten mit einer besonders hohen tschechischen Bevölkerungsdichte schlossen sich die Bauern zu Kolonien zusammen, in denen kollektive Landwirtschaft betrieben wurde.⁴³

In zahlreichen Gemeinden entstanden tschechische kulturelle Einrichtungen, Vereine oder Schulen. Außer in der Ukraine formierten sich in zahlreichen russischen Großstädten wichtige kulturelle Zentren der Auslandtschechen. Zu den größten zählten natürlich St. Petersburg und Moskau. In Moskau fungierte der „Tschechische Zirkel“ und der tschechische „Gesangverein Lumír“. In der russischen Hauptstadt bestand wiederum der „Tschechische Hilfsverein“, dem der Großteil der Petersburger Tschechen angehörte⁴⁴. Die meisten Vereine bestanden in der Ukraine und Kiew war das eigentliche Zentrum der gesamtrussischen tschechischen Einwanderer in Russland. Hier wur-

³⁹ Dluhošová H. 1996: Vystěhovalectví na Ukrajinu [Die Auswanderung in die Ukraine]. In: Češi v cizině 9, 49.

⁴⁰ Valášková 1996: 30.

⁴¹ In russischen Großstädten wurden eigenständige Volkszählungen bereits ab der Mitte des 19. Jahrhunderts durchgeführt. Um die geringe Anzahl von Slowaken in Russland zu demonstrieren, können wir auf die Zählungen der Stadtbevölkerung von St. Petersburg zugreifen: 1869 lebten in der russischen Hauptstadt 86 Tschechen und 24 Slowaken – übrigens nur Männer (St.-Peterburg po perepisi 1869 goda [St. Petersburg nach der Volkszählung von 1869]. Vypusk I. St.-Peterburg 1872, S. 43.), im Jahr 1890 bereits 220 Tschechen und 98 Slowaken (St.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1890 goda [St. Petersburg nach der Volkszählung vom 15. Dezember 1890]. Vypusk I. St.-Peterburg 1891, S. 51ff.), zehn Jahre später 351 Tschechen und 58 Slowaken (St.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1900 goda [St. Petersburg nach der Volkszählung vom 15. Dezember 1900]. Vypusk I. St.-Peterburg 1903, S. 52.), und 1910 stieg die Zahl der Tschechen auf 512, die der Slowaken auf 70 Personen (Petrograd po perepisi 15 dekabnja 1910 goda [Petrograd nach der Volkszählung vom 15. Dezember 1910]. Vypusk I. St.-Peterburg 1911, S. 10ff.).

⁴² Hofman 1995: 12.

⁴³ Nach Angaben einer von dem ukrainischen Rat für nationale Minderheiten im Sommer 1925 durchgeführten Untersuchung waren diese Zusammenschlüsse lediglich für das Land Žitomir eine typische Erscheinung: NA, MSP, k. 3887, s. H8-d29-b4.

⁴⁴ Vgl. hierzu auch Valášková 1996: 33.

den auch die meisten Zeitschriften und Periodika herausgegeben. „Tschechischer orthodoxer Kalender“ und „Čechoslovan“ sind nur einige von einer ganzen Reihe. In Regionen mit hohem Anteil an Tschechen gab es Schulen mit Tschechischunterricht oder sogar komplettem tschechischsprachigen Unterricht. Zu diesem Zwecke reisten Lehrer aus Böhmen ein.⁴⁵

Die Auswanderung von Tschechen nach Russland wurde zwar von tschechischer offizieller politischer Repräsentation nie offen gefördert, sie wurde allerdings mit der wachsenden Zahl der ausgewanderten Tschechen als ein Faktum akzeptiert und dementsprechend thematisiert. Etwa ab den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde den Auswanderern zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt. Der Alltag und die Lebensweise der Tschechen in Russland rückten nun immer stärker in das öffentliche Bewusstsein und wurden immer wieder von der tschechischen Presse aufgegriffen. In unterschiedlichen Zeitungen – darunter „Národní listy“, „Pokrok“ oder „Vlast“⁴⁶ – wurden Berichte aus Wolhynien veröffentlicht, manchmal in einer separaten Beilage. Einige Kulturvereine pflegten einen regen Kontakt zu den Auslandstschechen in Russland.⁴⁷

Die großzügige Haltung und Aufgeschlossenheit den ausländischen Einwanderern gegenüber seitens der russischen Regierung war allerdings nicht uferlos. Ab den 1890er Jahren stiegen die Grundstückspreise in Russland dermaßen, dass die Einwanderung von Tschechen zahlenmäßig zunehmend abnahm. Zu einer weiteren Einschränkung des Einwanderungsstromes führten einige legislative Schritte der russischen Regierung. Diese hatten zum Ziel, die eingewanderte Bevölkerung zur Assimilierung zu bewegen. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung war die Russifizierung des Schulwesens. Die tschechische Bevölkerung Russlands konnte sich dank ihres überlegenen Wirtschaftsstatus innerhalb der Gesellschaft überwiegend erfolgreich gegen jegliche Russifizierungstendenzen abschotten und die eigene Sprache, Kultur und Religion wahren. Das am 8.10.1887 verabschiedete Gesetz jedoch bedeutete die Aufhebung tschechischer Schulen innerhalb einer dreijährigen Frist. Die tschechische Sprache wurde somit zu einem fakultativen Unterrichtsstoff, dem ausschließlich in der Freizeit nachgegangen werden durfte.⁴⁸ Dieses Gesetz beabsichtigte eine vollkommene Assimilierung der Einwanderer. Im Kreise der starken tschechischen Gemeinde in Wolhynien hatte diese Regelung einen steigenden Analphabetismus zur Folge⁴⁹.

⁴⁵ Ein anderer, nichthistorischer Blick auf die Tschechen in Russland in einer Paralleldarstellung von: Savický I. 1999: *Osudová setkání. Češi v Rusku a Rusové v Čechách. 1914-1938* [Schicksalhafte Begegnungen. Tschechen in Russland und Russen in Böhmen]. Praha.

⁴⁶ In deutscher Übersetzung: „Nationale Blätter“, „Fortschritt“ (eine unter dem politischen Einfluss der Altschechen stehende Zeitung), „Heimat“ (druckte gelegentlich eine Sonderbeilage unter dem Titel „Russkij Čech“)

⁴⁷ Vgl. hierzu Robek 1988: 12.

⁴⁸ Robek 1987: 87.

⁴⁹ Hofman 1995: 14.

III.3. Die Idee eines gemeinsamen tschechoslowakischen Staates und die Remigration von Tschechoslowaken aus Sowjetrußland in die ČSR

Der Gedanke eines gemeinsamen tschechoslowakischen Staates gewann auch unter den im Zarenrußland lebenden Tschechen und Slowaken einen lebhaften Widerhall. Er glich einer Demonstration eines starken Slawentums und bekam nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs einen noch viel deutlicheren Charakter. Die Vereine und Organisationen von Tschechen und Slowaken strebten nach einem gemeinsamen Standpunkt und wünschten sich, diesen durch einen Interessenverband zu vertreten. Zu diesem Zwecke schlossen sich die größten tschechischen Vereine in Rußland zu einer „Union tschechischer Vereine in Rußland“ zusammen, welche auch Mitgliedern slowakischer Nation offen stand. Dementsprechend wurde auch die Bezeichnung „tschechisch“ später zu „tschechoslowakisch“ umgeändert.

Die „Union“ sollte zwar den Tschechen und Slowaken in Rußland eine gemeinsame Stimme geben, die angenommenen Statuten (10.12.1914) spiegelten allerdings Differenzen hinsichtlich einiger wichtiger politischer Fragen wider. So wurde unter den Zielen der Union von der Idee eines tschechoslowakischen Staates nichts erwähnt, sondern man einigte sich lediglich auf einige allgemeine Formulierungen. Somit gehörte es zu den Aufgaben der Union, die Liebe der in Rußland lebenden Tschechen zum Slawentum und zu ihrer Nation zu fördern, finanzielle Mittel zur Unterstützung von tschechischen Opfern des Krieges bereit zu stellen und zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung aller Slawen in Rußland beizutragen.⁵⁰ Im Laufe des Krieges jedoch kristallisierte sich innerhalb der Vereine eine deutliche protschechoslowakische Haltung aus, welche die Forderung nach einem neuen Staat ČSR nach sich zog. Zu einem konkreten Ausdruck der Tätigkeit der Union gehörte die Aufstellung einer aus altansässigen Tschechen und einigen wenigen Slowaken bestehenden militärischen Einheit („Družina“), zu deren Aufgaben Spionage⁵¹ und Propaganda unter den Soldaten an der Front⁵² gehörte.

Die im März 1915 entstandene Union profilierte sich – einschließlich der Umbenennung zur „tschechoslowakischen“ Union – als eine den Tschechoslowakismus auf russischem Boden pro-

⁵⁰ Ustav' Sojuza češskich občestv v' Rossii [Die Satzung der Union der tschechischen Vereine in Rußland]. Kiev' 1915. S. 3f. Zu den Begründern der Union zählte der Tschechische Hilfsverein in St. Petersburg, das Tschechische Komitee in Moskau und zwei Vereine aus Kiew – der Komenský-Verein und das Tschechische Komitee zur Unterstützung der Kriegsoffer. Der Tschechische Hilfsverein formulierte jedoch eigenständig seine klare politische Haltung in einer veröffentlichten Sonderschrift im Winter 1914. Darin forderte er die Entstehung eines eigenständigen tschechischen [sic!] Staates unter der Unterstützung des russischen Zaren. Der Verein forderte die Vereinigung mit den Südslawen, um den deutschen „Drang nach Osten“ zu verhindern und erhob einen „historisch begründeten“ Anspruch auf die Lausitz (diese beiden Gedanken setzte übrigens auch Beneš auf der Pariser Friedenskonferenz um und forderte die Errichtung eines Gebietskorridors zu den Südslawen und die Eingliederung der Lausitz in die ČSR). Über einen Zusammenschluss mit den Slowaken (hier als Südslawen aufgefasst) wurde lediglich spekuliert: Dokladnaja zapiska o čechoslovackom voprose. Izdanije Češskago vspomogatel'nago občestva v S.-Peterburge [Aktennotiz zur tschechoslowakischen Frage. Eine Publikation des Tschechischen Hilfsvereins in St. Petersburg]. St. Petersburg 1914.

⁵¹ Angaben über die vermutliche Spionage bei: Grund L. 1920: Česká Volyň a problém českých kolonií v Rusku [Das tschechische Wolhynien und das Problem der tschechischen Kolonien in Rußland]. In: Naše zahraničí 1, 125.

⁵² Družina zählte über 700 Soldaten (davon 16 Slowaken) und gehörte der III. Russischen Armee der südwestlichen Front an. Die tschechische Einheit beabsichtigte allerdings, sich als eigenständige militärische Truppe zu etablieren: Pichlík K. 1995: Čeští krajané v Rusku a první československý odboj [Die tschechischen Landsleute in Rußland und der erste tschechoslowakische Widerstand]. In: Češi v cizině 8, 63.

pagierende Institution. Freilich bestanden auch Verbände, welche dieser Idee nicht folgten: So entstand im Laufe des Ersten Weltkrieges ein nach L. Štúr benannter russisch-slowakischer Verein, welcher den Anschluss der Slowakei zu Russland politisch proklamierte.⁵³ Dieser Verein blieb ein Alleingänger. Die Union bekräftigte noch einmal, dass sie im Namen aller tschechoslowakischen Vereine in Russland spreche und die Entstehung einer Tschechoslowakischen Republik unterstütze.

Die Union mit allen ihren beteiligten tschechoslowakischen Mitgliedern hatte eine wichtige politische Aufgabe. Seitdem die politischen Intentionen hinsichtlich der Gründung eines neuen gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken zu den Kriegszielen erklärt wurden, musste die Einstellung der russischen Macht gegenüber dieser westslawischen Minderheit geändert werden. Einen besonderen Anteil daran trugen gerade die tschechischen oder tschechoslowakischen Vereine in russischen Großstädten. So durfte z.B. der Tschechische Hilfsverein in St. Petersburg im Einvernehmen mit dem russischen Ministerialrat spezielle Bescheinigungen („udostoverenije“) ausstellen, in welchen deren Besitzern bescheinigt wurde, dass sie nicht an der Seite Österreichs gegen das Zarenreich, sondern für die Zerschlagung der Doppelmonarchie und für die Entstehung einer unabhängigen Tschechoslowakei kämpfen⁵⁴. Unmittelbar vor dem Kriegsausbruch und während des Ersten Weltkriegs verschlechterte sich nämlich die Lage der in Russland lebenden Tschechen und Slowaken drastisch. Die meisten von ihnen (sofern sie die russische Staatsbürgerschaft nicht annahmen) wurden natürlich als österreichische Reichsbürger betrachtet und Repressivmaßnahmen – so etwa Deportationen in östliche Gouvernements – ausgesetzt.⁵⁵

Die Verankerung des Tschechoslowakismusgedankens im Bewusstsein der russischen Tschechen und Slowaken geschah durch alle politischen Spektren hindurch und spiegelte sich in zahlreichen Proklamationen des Slawentums wider. Während des Ersten Weltkriegs brach diese Stimmung auch unter den durch die Kriegsgeschehnisse plötzlich auf dem russischen Staatsterritorium erschienenen Soldaten tschechischer und slowakischer Nation aus. Gerade unter den aus aller Herren Länder stammenden Soldaten und Kriegsgefangenen brach eine starke Bewegung aus, die eine revolutionäre Umgestaltung der Welt zum Ziel hatte. Diese internationale Bewegung, an der auch Tschechen und Slowaken lebhaft teilnahmen, sympathisierte mit der sozialistischen Weltanschauung und revoltierte gegen den Kapitalismus. Die kommunistisch oder sozialdemokratisch gesinnten Tschechoslowaken formierten sich in zahlreichen politischen Gruppierungen, die ihren politischen Intentionen einen konkreten Ausdruck verliehen.

Zu diesen Gruppen gehörte die „Sozialdemokratische Organisation tschechischer Gefangener und Emigranten in Petrograd“, eine zahlenmäßig nicht besonders starke Vereinigung, die

⁵³ Ebd.: 64.

⁵⁴ Allein im Jahr 1914 wurden 1.500 solcher Bescheinigungen ausgestellt: Otčet češskago vspomogatel'nago občestva v St. Peterburge za 1914g [Bericht des Tschechischen Hilfsvereins in St. Petersburg für das Jahr 1914]. St.-Peterburg 1914, S. 101.

⁵⁵ Vgl. zum Thema tschechische und slowakische Emigration und die Entstehung einer unabhängigen Tschechoslowakei im Einzelnen z.B. Polišenský J. 1989: Česká a slovenská emigrace a nezávislost Československa [Die tschechische und slowakische Emigration und die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei]. In: Češi v cizině 4, 35-39.

aus den vorrevolutionären Mitarbeitern der Schriftsetzerei der Zeitung „Čechoslovák“ hervorging.⁵⁶ Die Moskauer sozialdemokratische Gruppe von Tschechen und Slowaken („Tschechoslowakische sozialdemokratische Gruppe“) publizierte in einer eigenen Zeitung „Průkopník“. Durch den Zusammenschluss der beiden lokalen Vereinigungen entstand die „Tschechoslowakische Sektion der RKP/b/“ (Russische kommunistische Partei/Bolschewiki).⁵⁷ Diese beiden bedeutenden Gruppen werden an dieser Stelle nur stellvertretend für zahlreiche unterschiedliche politische Zusammenschlüsse von Tschechoslowaken in Russland während des Krieges genannt. Die diversen Komitees, „Parteien“ und Gruppen unterschieden sich in der Intensität, in der sie den politischen Vorgaben des Tschechischen Nationalrates folgten und inwiefern sie der politischen Linie Masaryks treu waren. Die kommunistisch oder sozialdemokratisch profilierten Gruppierungen verurteilten jedoch scharf das Vorgehen der tschechoslowakischen Legionen und ihre „antisowjetische Haltung“.⁵⁸ Auch diese kommunistischen Gruppen forderten die Errichtung eines eigenständigen Staates ČSR und bekannten sich zur Idee des Tschechoslowakismus. Sie riefen zur Rückkehr in die Heimat und zur aktiven Teilnahme am Aufbau der Tschechoslowakei auf: „Dies ist die Aufgabe jedes einzelnen tschechoslowakischen Kommunisten in Rusʹ, in Sibirien und in der Ukraine“⁵⁹.

Die Rückkehr in die nun entstandene ČSR beschränkte sich natürlich nicht nur auf bestimmte politische Richtungen. Die Rückkehrwelle erfasste Vertreter von unterschiedlichen politischen und sozialen Gruppierungen. Aus Sowjetrußland kehrten im Zeitraum 1918 bis 1921 mindestens 10.000 Tschechen und Slowaken in die ČSR zurück, darunter insbesondere Vertreter von wohlhabenderen Sozialschichten, die aus Angst vor den Folgen der Revolution ihr gesamtes Vermögen in Sowjetrußland hinterließen und auswanderten.⁶⁰ Andere kehrten einfach in die ČSR zurück, weil der Krieg ihre Existenz in Russland zerstörte und sie in eine schwierige Lebenslage

⁵⁶ Klevanskij A. Ch. 1987: Učastije čechoslovackich internacionalistov v borʹbe za vlastʹ Sovjetov v Rossii [Die Teilnahme der tschechoslowakischen Internationalisten im Kampf der Sowjets um die Macht in Russland]. In: Manusevič A. Ja. Internacionalisty. Učastije trudjaščichsja stran centralʹnoj i jugo-vostočnoj Evropy v borʹbe za vlastʹ v Rossii [Internationalisten. Die Beteiligung der Arbeiter aus den Staaten des zentralen und südöstlichen Europas im Kampf um die Macht in Russland]. Moskva, 176. Zu den Gründern gehörten K. Knoflik und F. Beneš zusammen mit anderen Kriegsgefangenen aus dem sozialdemokratischen politischen Spektrum.

⁵⁷ Ebd.: 189ff. Diese Sektion gehörte der „Föderation ausländischer Gruppen bei RKP/b/“ an, an deren Spitze B. Kun stand.

⁵⁸ Vgl. hierzu sehr ausführlich auch die anderen Arbeiten von Klevanskij, insbesondere: Klevanskij A. Ch. 1965: Čechoslovackie internacionalisty i prodannyj korpus. Čechoslovackije političeskije organizacii i vojskije formirovanija v Rossii. 1914-1921 [Die tschechoslowakischen Internationalisten und das verkaufte Korps. Die tschechoslowakischen politischen Organisationen und militärischen Formierungen in Russland]. Moskva; ders. 1962: Iz istorii čechoslovackich političeskich organizacij v Rossii (1914-fevralʹ 1917g.) [Aus der Geschichte der tschechoslowakischen politischen Organisationen in Russland (1914-Februar 1917)]. In: AN SSSR. Učennyye zapisky Instituta slavjanovedenija 25. Moskva, 60-102; ders. 1963: K istorii čechoslovackich političeskich organizacij i formirovanij v Rossii. (fevralʹ-oktjabr 1917g.) [Zur Geschichte der tschechoslowakischen politischen Organisationen und Formierungen in Russland (Februar-Oktober 1917)]. In: AN SSSR. Učennyye zapisky Instituta slavjanovedenija 26. Moskva, 226-269.

⁵⁹ Aufruf aus der zweiten Ausgabe eines tschechisch verfassten Flugblatts „Pravda“ vom 15.6.1920. Die volle Bezeichnung des kostenlosen „Flugblatts“ lautete in deutscher Übersetzung: „Flugblatt des Zentrabüros tschecho-slowakischer Kommunisten beim Zentralkomitee der RKP/b/“. Die erste Ausgabe erschien am 1.5.1920 unter der redaktionellen Leitung von J. Salát.

⁶⁰ Vgl. Heroldová 1999: 662ff.

gerieten. Viele der Rückkehrer ließen sich je nach Berufsprofil in Böhmen nieder. Die Bauern suchten geeignetes Land zur Fortsetzung der Landwirtschaft.⁶¹

Die Frage nach der Einsiedlung der Rückkehrer wurde insbesondere im Hinblick auf die amerikanischen Tschechen und Slowaken aktuell, die zu Zehntausenden in die ČSR kehrten. Wenngleich die Zahl der Rückkehrer aus Sowjetrußland vergleichsweise geringer war, bereiteten die Organisation und die Abwicklung der Rückreise den tschechoslowakischen Ministerien und Behörden zahlreiche Schwierigkeiten. Die Repatriierungsaktion der tschechoslowakischen Regierung verlief planmäßig bis Ende des Jahres 1922. In den nächsten Jahren wurden die Heimtransporte aus Rußland zwar von tschechoslowakischer Seite aus gefördert, allerdings nicht mehr organisiert. Das Sozialministerium, in dessen Kompetenz die Repatrianten fielen⁶², achtete darauf, dass die Nationalität der Remigranten in den organisierten Transporten streng kontrolliert wurde und keine Ausländer von den Repatriierungskosten profitierten. Dieser Regelung wurde regelmäßig wiederholt, so noch am 24.5.1921, nachdem im Transport aus Sowjetrußland, der am 17.5. in Pardubice⁶³ ankam, einige Ukrainer aus Ostgalizien entdeckt worden waren⁶⁴.

Solche Fälle waren keine Seltenheit. Die Tschechoslowakische Mission in Moskau wies darauf hin, dass es unmöglich sei, genügend auf die Nationalität der Repatrianten zu achten, da deren Kontrolle von russischen Behörden durchgeführt werde. Die Mission war für derartige strenge Kontrollen sowohl technisch und personell nicht ausgestattet als auch legislativ nicht berechtigt. Dazu fehlte ein entsprechendes zwischenstaatliches Abkommen⁶⁵. Und obwohl die organisierte Repatriierung 1923 für abgeschlossen erklärt wurde, gab es bis in die 1930er Jahre einzelne Fälle von Remigranten aus Rußland.

Die von der tschechoslowakischen Regierung getragene Repatriierungsaktion erreichte ihren zahlenmäßigen Höhepunkt im Zeitraum 1919 bis 1921. Die Rückreise in die ČSR erfolgte auf unterschiedlichen Wegen: Manche Rückkehrer mussten die Reise mit dem Zug absolvieren und somit mit einer langen Reisezeit rechnen, weil die Personentransporte unterwegs mehrmals zusammen gelegt wurden. Wie aus einigen Berichten russischer Tschechoslowaken hervorging, war eine Reisedauer von sieben Wochen keine Seltenheit⁶⁶. Die Züge, wenn sie nicht direkt in die Tschechoslowakei geleitet wurden, endeten in St. Petersburg, wo die Repatrianten ihre Reise mit

⁶¹ Die von der tschechoslowakischen Regierung formulierten Aufnahme- und Ansiedlungsbedingungen von Rückkehrern orientierten sich an den Bedürfnissen insbesondere der amerikanischen Tschechen und Slowaken, die zu Hunderttausenden erwartet wurden. Dabei mussten in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Katasteramt Prag zahlreiche neu zu besiedelnde Grundstücke vergeben werden. Dies erwies sich bei den russischen Tschechen und Slowaken als kein größeres Problem: Sie kehrten oft in ihre „Urheimatgemeinden“ zurück und sofern sie eine Sonderzuweisung vom Land forderten, so taten sie dies in einem minimalen Maß.

⁶² Für Soldaten-Repatrianten war das Verteidigungsministerium zuständig.

⁶³ In Pardubice befand sich ein Auffanglager, in dem die Repatrianten einer medizinischen Untersuchung unterzogen wurden. Mehreren Warnungen zufolge, insbesondere von der Botschaft der ČSR in Polen, bestand die Gefahr, dass aus Rußland Flecktyphus eingeschleppt werden könnte. In diesem Sinne hatten die Sammellager auch die Funktion einer Quarantäne: NA, MV I-SR, k. 194, s. 9/166/356.

⁶⁴ NA, PMR, k. 209, s. 437.

⁶⁵ NA, PMR, k. 224, s. 525.

⁶⁶ Bericht von František Šauer, in welchem auf die Missstände während der Repatriierungstransporte hingewiesen wurde. Seinen Angaben zufolge reisten die Repatrianten aus Charkov sieben Wochen lang durch die Ukraine und Rußland: NA, MSP, k. 3905, s. H8-e5 (1922).

dem Schiff fortsetzten. Ihre Reise führte sie zu einem der deutschen Häfen und anschließend mit der Bahn in die Sammellager in der ČSR.

Die subventionierte Repatriierung aus Russland sollte bereits zum 1.1.1923 beendet werden, doch dagegen wehrte sich die Tschechoslowakische Repatriierungsmission in Moskau vehement mit der Begründung, die Repatriierung habe sich verzögert, weil eine Repatriierung unter den Bedingungen der russischen Gegebenheiten anders als in anderen Ländern durchzuführen sei.⁶⁷ Auch auf die Information, dass die Repatriierungsaktion der Regierung der ČSR nun also bis zum 30.6.1923 abgeschlossen werden sollte, reagierte die mittlerweile bestehende Auslandsvertretung der ČSR in Moskau mit Empörung: Sie bezeichnete die eingeräumte Frist als zu kurz und forderte, dass zur Erledigung außerordentlicher Fälle diese Frist mindestens bis zum Ende des Jahres 1923 verlängert werden müsse. Der Grund hierfür waren die Fälle von vereinzelt russischen Tschechoslowaken, die ohne ihr eigenes Verschulden nicht im Stande waren, sich den durchgeführten Personentransporten anzuschließen. Diese Personen wussten weder von der Existenz einer Vertretung der ČSR noch von der bestehenden Regierungshilfe. Daraufhin legte der Vorstand des Ministerrates den 31.12.1923 als Endtermin fest.⁶⁸

Neben den genannten Einzelfällen war eine Verlängerung der russischen Repatriierungsaktion schon aus dem Grund notwendig, dass sich die Repatriierung von Tschechen und Slowaken schlicht in einem Zwischenstadium befand. Die russischen Tschechoslowaken wurden an einen fremden Ort gebracht, wo ihre Reise erst nach Ablauf längerer Zeit fortgesetzt werden konnte. Somit gerieten diese Personen in eine schwierige materielle Lage. Václav Müller, ehemaliger Vorsitzender des Tschechischen Hilfsvereins, berichtete über die Lage der tschechoslowakischen Kolonie in St. Petersburg: „...wir waren hier etwa 1.000 Leute, [...] heute weilen hier die etwa 150 überlebenden Personen, vielleicht auch mehr. [...] Viele von ihnen sind russische Staatsbürger infolge der Massenkonzentration zum Kriegsausbruch, wo sie auf diese Art und Weise ihre Loyalität signalisierten, als ihnen versprochen wurde, nach dem Krieg wieder zu der Staatsangehörigkeit ihres Landes zurückzukehren. Die Lage der Ausländer in St. Petersburg ist überhaupt sehr schlecht.“ Müller eröffnete weiter die gemeinsamen Pläne der Ausländerkolonie in St. Petersburg: Am 21.11.1921 habe eine Ausländerversammlung stattgefunden, die über die Gründung einer Produktionsgemeinschaft beraten habe. Da das durch die gezeichneten Anteile zu entstehende gemeinsame Kapital zu niedrig gewesen sei, seien die Ausländer beauftragt worden, bei ihren Nationalregierungen nachzufragen, ob diese die geplante Produktionsgemeinschaft finanziell unterstützen würden.⁶⁹

Auch die Nachrichten aus dem tschechoslowakischen Außenministerium befürworteten die Verlängerung der Frist und zugleich eine verstärkte Zügigkeit im Repatriierungsablauf. Im März 1923 teilte das tschechoslowakische Außenministerium (im Folgenden MZV) mit, dass die Armut

⁶⁷ Aus einem Schreiben der Tschechoslowakischen Repatriierungsmission in Moskau (20.12.1922) an MSP: Ebd.

⁶⁸ MSP an den Ministerrat (23.5.1923): NA, PMR, k. 2825, s. 460.

⁶⁹ Bericht von Müller an die Tschechoslowakische Repatriierungsmission Moskau (23.11.1921): AMZV, II.sekce, k. 332.

unter den russischen, auf die Repatriierung wartenden Tschechoslowaken unerträglich gestiegen sei, vor allem im Kreise der Frauen und Kinder. Insbesondere in den entlegenen Gebieten der UdSSR, wie hier in Vladivostok, ginge die Repatriierung stockend voran. Das MZV bat das MSP um 50.000 Kronen für die unmittelbare Unterstützung der Bedürftigen.⁷⁰ Die Repatriierung verzögerte auch die Befreiung von tschechoslowakischen Gefangenen, deren Entlassung aus den sowjetischen Gefängnissen zeitlich aufwändig war.

Die tschechischen und slowakischen Repatrianten gehörten den wohlhabenden Kreisen insbesondere in den russischen Städten an. Unter ihnen waren zahlreiche Kaufleute, Unternehmer, Gewerbetreibende und qualifizierte Arbeiter vertreten. Sie gehörten in Russland zu den kräftigsten Befürwortern der ČSR-Gründung und glaubten, durch deren besondere Stellung in Russland davon wirtschaftlich profitieren zu können, indem sie z.B. an den Handelskontakten der ČSR zu Russland partizipierten. Politisch neigten die Tschechoslowaken zu einem Rechtskonservatismus und einige tschechoslowakische Organisationen in Sowjetrußland pflegten Kontakte zum Denikin-Milieu. Nach den Misserfolgen der Denikin-Aktion bedeutete für sie diese politische Haltung eine Gefahr, sodass für viele eine Rückkehr in die ČSR die einzige Möglichkeit darstellte.⁷¹

Die tschechoslowakischen Rückkehrer aus Russland gründeten in der ČSR einige eigene Organisationen. Zu den wichtigsten zählte die „Vereinigung der Tschechen und Slowaken aus Russland“⁷². Sie setzte sich als Hauptaufgabe, für die Entschädigung der Rückkehrer zu sorgen. Die Vereinigung ging aus einer öffentlichen Versammlung russischer Tschechen und Slowaken am 17.1.1919 in Prag hervor, welche eigentlich der Entschädigungsfrage auf der Pariser Friedenskonferenz gewidmet war.⁷³ Nach Angaben der Vereinigung, veröffentlicht in der Abendausgabe von „Národní listy“ am Freitag, den 28.4.1922, hinterließen die Remigranten und Repatrianten in Sowjetrußland ein Vermögen in einem Gesamtwert von 2,5 Milliarden Kronen⁷⁴.

Die Vereinigung vertrat die finanziellen und materiellen Interessen der Repatrianten und stand in direkter Verbindung zu den zuständigen tschechoslowakischen Ministerien. Dabei forderte sie insbesondere den Umtausch russischer (zaristischer und revolutionärer) Rubel zu günstigeren Konditionen. Das hierfür zuständige Finanzministerium führte diesen Umtausch im großzügigen Maße durch, bis sich herausstellte, dass einige Spekulanten die abgewerteten revolutionären Rubel aufkauften und mittels der Vereinigung umtauschten.⁷⁵ Nachdem England und Frankreich die UdSSR de jure anerkannt hatten, wuchsen in der Vereinigung die Sorgen, dass auch die ČSR ei-

⁷⁰ Eine handschriftliche Notiz an der Mitteilung lautet „soll angewiesen werden“. MSP an den Ministerrat (10.4.1923): NA, MZd, k. 135, s. XV-V-62-1-2.

⁷¹ Vgl. hierzu: Sládek 1966: 258.

⁷² Im tschechischen Original: „Sdružení Čechů a Slováků z Ruska“.

⁷³ Šedivý 1988: 213.

⁷⁴ NA, PMR, k. 279, s. 781: Der von der Vereinigung berechnete Schaden in Höhe von 2.529.646.562 Kronen (Immobilien und Sonstiges) setzte sich folgendermaßen zusammen: Während der Zarenregierung entstandener Schaden in Höhe von 238.325.413 Kronen, während der Kerenskij-Regierung 27.225.086 Kronen und während der Sowjetregierung 2.261.251.654 Kronen. Davon in Moskau: 387.104.238 Kronen, Petrograd 316.040.248 Kronen, Kiew 333.529.863 Kronen, zentrales Russland 399.713.346 Kronen, Ukraine 718.356.841 Kronen, Kuban, Don, Kaukasus 261.160.478 Kronen, Turkestan 46.872.554 Kronen, Sibirien und Ferner Osten 66.869.996 Kronen.

⁷⁵ Šedivý 1988: 214f.

nen ähnlichen Schritt wagen und die Entschädigungsansprüche der russischen Tschechoslowaken somit annullieren würde. Doch auch nach dem Jahr 1924 ging die Auszahlung unterschiedlicher Subventionen zügig voran, sodass es zunächst keinen Grund zur Sorge gab. Auf die Vereinigung wurde seitens unterschiedlicher Ministerien sogar die ausschließliche Zuständigkeit für die Verteilung der Entschädigungen und Subventionen übertragen.

Die Auszahlung von Entschädigungen dauerte die gesamte Zwischenkriegszeit an und die tschechoslowakische Regierung zahlte an die Tschechen und Slowaken aus Russland mehrere Millionen Kronen. Die Repatriierungsaktion wurde zwar von der tschechoslowakischen Regierung offiziell für abgeschlossen erklärt, die Zahlung an aus der UdSSR zurückkehrende Tschechoslowaken dauerte jedoch weiter an. Empfänger dieser finanziellen Beihilfen wurden auch tschechoslowakische Staatsbürger, die erst während der Zwischenkriegszeit in die UdSSR ausgewandert waren und nach einiger, in der Regel nicht allzu langer Zeit, wieder in die ČSR remigrierten. Auch diesem Personenkreis kamen Gelder aus dem Repatriierungsbudget zugute. Die freigestellte Summe für die Überführung von Tschechen und Slowaken aus Sowjetrußland war 50 Millionen Kronen. Allein im Jahr 1919 kaufte das tschechoslowakische Finanzministerium für drei Millionen Kronen die mitgebrachten Rubel auf. Im Zeitraum 1920 bis 1922 wurden Ersatzleistungen für 652 Personen in einer Gesamthöhe von 3.385.362 Kronen ausgezahlt. Die Mitglieder der „Družina“ erhielten 150.000 Kronen, zwischen 1923 und 1927 zahlte das MSP an Rückkehrer aus der Sowjetunion 2,6 Millionen Kronen aus und weitere 50 Millionen wurden für eine Förderaktion in den beiden darauf folgenden Jahren freigestellt. Daraus wurde auch die Kreditaktion für die Tschechoslowaken in der UdSSR in einem Gesamtvolumen von 15 Millionen Kronen finanziert. Die tatsächlichen und geplanten Gesamtausgaben für die finanzielle Unterstützung von Tschechen und Slowaken aus Russland und der Sowjetunion beliefen sich in der Zwischenkriegszeit auf etwa 74.135.000 Kronen.⁷⁶

III.4. Die „Weißen“ und die wechselseitige Migration

In den vorausgehenden Kapiteln wurde verstärkt auf die Aspekte Migration eingegangen und dabei besonders die Rückkehrwelle von Tschechen und Slowaken aus Sowjetrußland in die neu entstandene Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg berücksichtigt. Diese Remigration erreichte etwa im Jahr 1921 ihren zahlenmäßigen Höhepunkt, wenngleich sie bis in die 1920er Jahre in einem geringeren Maß andauerte. In diesem Kapitel soll nun sehr knapp ein weiterer Migrationsaspekt eine Erwähnung finden, der sich zeitlich mit der Remigration russischer Tschechoslowaken zusammenlegen lässt. Es wird hier als wechselseitige Migration bezeichnet, weil sich während der Phase der Remigration aus Sowjetrußland bereits Fälle einer tschechoslowakischen

⁷⁶ MZV an PMR (8.10.1936), NA, PMR, k 497, s. 1131.

Auswanderung nach Sowjetrußland und in die Sowjetunion häuften. Unter dem besonderen Migrationsaspekt versteht sich die Emigration von Bürgern Sowjetrußlands, die vor der sich nun anbahnenden Machtübernahme der Bolschewiki ins Ausland flüchteten. Eins ihrer Ziele war die ČSR. Zwar nahm die Tschechoslowakei nicht die größte Masse der „weißen“ Emigranten aus Sowjetrußland auf, die Aufnahmebedingungen der ČSR gehörten allerdings zu den großzügigsten überhaupt.

Es wird von der so genannten „ersten Welle“ der Emigration aus Rußland gesprochen⁷⁷. Sie läßt sich chronologisch am Ende des sowjetischen Bürgerkrieges festmachen und findet somit zu einem Zeitpunkt statt, in dem bereits einzelne Auswanderer aus der ČSR in die UdSSR ausreisten. Wir haben es hier mit einer Massenauswanderung aus Sowjetrußland zu tun, an der maßgeblich die weiße Armee und viele nationale Armeeeinheiten, Menschewiki, Anarchisten, Kosaken und Widerständler aus den breiten Reihen der Bevölkerung teilnahmen. Die Emigration aus Sowjetrußland nahm ungeheure Maße an und stellte wohl die stärkste politische Migrationsbewegung des 20. Jahrhunderts dar.⁷⁸

Die Wege der „Weißen“ waren äußerst vielfältig. Sie führten in die Türkei und von da aus weiter auf den Balkan, und in die ČSR und Frankreich und in das übrige Westeuropa. Einige reisten über das Baltikum nach Nordeuropa aus, sehr viele wanderten über verschiedene Zwischenstationen nach Asien, Amerika und bis nach Australien aus. In ganz Europa bildeten sich bedeutende Zentren russischer Emigration: in Sofia, Belgrad, Paris, Berlin, Stockholm und Prag.⁷⁹ Nach seriösen historiographischen Schätzungen verließen mindestens zwei Millionen Emigranten Sowjetrußland (UdSSR). Selbst die ČSR nahm etwa 30.000 russische⁸⁰ Emigranten auf.⁸¹

Die größten Emigrantengruppen aus Sowjetrußland reisten in den beiden Jahren 1920 und 1921 in der ČSR ein. Viele kamen aus Konstantinopel, wo im Sommer 1921 200.000 Personen, darunter die Wrangel-Armee, evakuiert worden waren. Wegen der schwierigen Versorgungslage konnten sie nicht länger in der Region bleiben und stellten einen Einreiseantrag bei der ČSR. Nicht alle „Weißen“ reisten jedoch offiziell ein, eine illegale Einreise in die Tschechoslowakei stellte keine

⁷⁷ Die „erste Welle“ der Emigration war die erste politische Massenauswanderung aus Rußland. Die politische Emigration brach jedoch noch viel früher in Rußland aus. Seit dem Anfang des Ersten Weltkrieges wanderten politische Kriegsgegner aus Rußland aus, nur kurze Zeit später folgten ihnen neue Emigranten: Bereits nach der Februarrevolution und später nach der Oktoberrevolution und der Machtübernahme durch die Bolschewiki setzte eine starke politisch motivierte Emigration ein. Aristokraten und Diplomaten kehrten kurzerhand nicht nach Rußland zurück, in die Emigration folgten ihnen zaristische Politiker und Staatsbedienstete, Unternehmer und die Intelligenz überhaupt. Zahlreiche Kriegsgefangene und Internierte kehrten nie in ihre russische Heimat zurück und verblieben in der Emigration.

⁷⁸ Vgl. zur Geschichte und Vorgeschichte der weißen Emigration: Serapionova Je. P. 1995: *Rossijskaja emigracija v Čechoslovackoj respublike (20 – g 30-e gody)* [Russische Emigration in der Tschechoslowakischen Republik]. Moskva, 15ff.

⁷⁹ Zu den Zentren der russischen Emigration im Einzelnen z. B.: Schlögel H. (Hg.) 1994: *Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917-1941*. München. Darin: Sládek Z.: Prag: das „russische“ Oxford, 218-233.

⁸⁰ Im Allgemeinen wird von einer russischen Emigration gesprochen, wenngleich sie Emigranten vieler unterschiedlicher Nationalitäten des ehemaligen Zarenrußlands umfasste.

⁸¹ Die Erfassung der russischen Emigranten war nicht nur in der ČSR, sondern ganz allgemein sehr schwierig. Unterschiedlichen Angaben zufolge befanden sich in der ČSR im Jahr 1926 etwa 30.000, im Jahr 1928 an die 24.000 und ein Jahr später nur noch 13.640 Emigranten aus Sowjetrußland (UdSSR). Für den plötzlichen Zahlenschwund war die sekundäre Migration verantwortlich, die unter den russischen Emigranten sehr hoch war. Zit. nach Serapionova 1995: 18.

Seltenheit dar. Die tschechoslowakische Regierung führte zur Steuerung der Einwanderung aus Sowjetrußland eine Regelung ein, dass alle russischen Immigranten, die – egal ob legal oder illegal – bis zum 1.10.1923 in die ČSR eingereist waren, eine Aufenthaltsgenehmigung erhielten. Alle nach diesem Datum Eingereisten sollten abgeschoben werden.⁸²

Was die soziale Zusammensetzung der russischen Immigranten angeht, so stellten Landwirte und Bauern das stärkste Segment dar, gefolgt von Studenten, Bediensteten und Vertretern der Intelligenz und schließlich von gesellschaftlich und politisch aktiven Personen. Sie organisierten sich auf dem tschechoslowakischen Staatsterritorium zu Berufs- und Interessenverbänden, zu politischen und gesellschaftlichen Organisationen, es entstanden Universitäten, Schulen und wissenschaftliche Akademien. Diese russischen Initiativen wurden seitens der Regierung der ČSR stets finanziell unterstützt.

Außenpolitisch vertrat die ČSR gegenüber Sowjetrußland und der UdSSR eine abwartende Haltung. Auch im Hinblick auf die russischen Emigranten in der ČSR war eine entscheidende Wendung in dieser Position kaum zu erwarten: Die „Burgführung“ wollte sich auf das „Neue Rußland“ – ohne die Bolschewiki – politisch orientieren. Der Zustand in der Sowjetunion wurde als ein Provisorium ohne längere Haltbarkeit betrachtet, welches durch einen raschen politischen Wechsel beendet wird. Man sah die russischen Emigranten in der Tschechoslowakei als einen potenziellen politischen Nachwuchs für das „Neue Rußland“ an. Auch aus diesem Grund wurden die russischen Emigranten in der ČSR lange Zeit gefördert und unterstützt. Dementsprechend fiel es der tschechoslowakischen Regierung auch sehr schwer, die UdSSR de jure anzuerkennen.

Doch die Großzügigkeit der ČSR war nicht uferlos. Die steigende Arbeitslosigkeit am Ende der 1920er Jahre und die kritische ökonomische Entwicklung zeitgleich mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise in der ČSR ließen für eine weitere großzügige Förderung der fremdnationalen Immigranten nur wenig Spielraum. Ein wachsender Unmut der tschechoslowakischen Bevölkerung gegenüber dieser in gewisser Hinsicht privilegierten Personengruppe und das sinkende Interesse seitens der Regierung der ČSR führten zu einer deutlichen Einschränkung der Finanzhilfen. Dazu trug ebenfalls die Tatsache bei, dass die Zahl der russischen Immigranten in der ČSR infolge einer sekundären Migration kontinuierlich sank und die Emigranten als Gruppe kein Politikum in der tschechoslowakischen Gesellschaft mehr darstellten, bzw. mehr darstellen sollten.

Die Summen, welche die tschechoslowakische Regierung den russischen Emigranten gewährte, nahmen astronomische Ausmaße an: Allein im Jahr 1923 zahlte sie den russischen Emigranten fünf Millionen Kronen monatlich, ein Jahr später sieben Millionen im Monat aus. Im Zeitraum 1921 bis 1931 beliefen sich die Ausgaben auf 500 Millionen Kronen, eine Summe, welche die Ausgaben in anderen europäischen Ländern für die russische Emigration deutlich überstieg.⁸³

Die Emigration russischer Sowjetgegner in die ČSR stellte ein zeitlich kurzes Migrationsphänomen von gewaltiger Stärke dar. Diese Migration verstärkte um Einiges den Rückkehrer-

⁸² Ebd.: 20.

⁸³ Ebd.: 22.

strom von russischen Tschechen und Slowaken. Und als die Einwanderungswellen in die ČSR im Jahr 1921 ihren Höhepunkt erreichten, häuften sich bereits Einzelfälle einer gegenläufigen Auswanderung: aus der ČSR in die Sowjetunion. Die Ausreisebedingungen in der Tschechoslowakei und die Anfänge einer Auswanderung nach Sowjetrußland und die UdSSR werden im Folgenden genauer untersucht. Diese Teiluntersuchungen leiten in das eigentliche Thema ein.

IV. Die ČSR und ihre Auswanderungspolitik

IV.1. Die Suche nach einem Konzept der Auswanderungspolitik

Die Emigration aus der ČSR unmittelbar nach ihrer Entstehung wurde seitens des Staates nicht eindeutig geregelt. Die tschechoslowakische Regierung sah sich mit dem Ausbruch der neuen Emigrationsbewegung 1921 mit einigen Problemen konfrontiert. Es fehlten die klare Kompetenzaufteilung und die Übertragung von Zuständigkeiten auf die konkreten Behörden. Außerdem fehlte ein rechtlicher Rahmen für die Regulierung und Einschränkung der Auswanderung, der zugleich eine Steuerung der Migrationsbewegung unter Berücksichtigung staatlicher Interessen ermöglicht hätte. Die von der Regierung der ČSR verabschiedeten Rechtsnormen in den ersten Nachkriegsjahren widmeten diesen Aufgaben keine ausreichende Beachtung.

Aus Gründen der Staatssicherheit und Aufrechterhaltung der Wehrkraft des Staates wurde noch im Jahre 1921 die Auswanderung stark eingeschränkt. Hiervon waren insbesondere Männer im Alter von bis zu 40 Jahren betroffen, die im Falle einer Mobilisierung hätten einrücken müssen.⁸⁴ Nachdem diese Gründe weggefallen waren, konnte mit der Entwicklung eines neuen Auswanderungskonzeptes begonnen werden. Dieses Konzept sah eine Berücksichtigung bestehender und potenzieller Einbindung der ČSR in bilaterale und internationale Abkommen vor und musste zugleich die außenpolitische Haltung der ČSR und ihre politischen und sozialen Standpunkte widerspiegeln.

Die Tschechoslowakei als ein neuer eigenständiger Staat musste dieses Konzept neu definieren und orientierte sich dabei an der im Ausland bereits bestehenden Gesetzgebung. Es wurde nach einem Kompromiss zwischen einer starken Einschränkung und einer völligen Reisefreiheit von Auswanderern gesucht.⁸⁵ Ein Auswanderungskonzept hieß jedoch nicht nur die Verabschiedung eines neuen Auswanderungsgesetzes und eine klare Zuordnung von Zuständigkeiten, sondern auch die Übernahme von Verantwortung für die tschechoslowakischen Auswanderer und die Sorge für ihre weitere soziale, politische und kulturelle Anbindung an die Heimat.

Die Tschechoslowakei übernahm im Zuge der Rezeptionsnorm das veraltete österreichische Auswanderungsgesetz von 1867⁸⁶, welches für die neue ČSR nicht mehr ausreichend war und sowohl aus politischen als auch ganz pragmatischen und praktischen Gründen dringend geändert werden musste. Es regelte nicht nur das Reisen ins Ausland, sondern auch innerhalb der Doppelmonarchie und legte z.B. eine ganze Reihe von Dokumenten, darunter in einigen Fällen

⁸⁴ Vgl. die Verordnung der tschechoslowakischen Regierung vom 26.10.1921 (Nr. 381/1921), welche jedoch nur zwei Wochen später aufgehoben wurde (Verordnung Nr. 392/1921 vom 5.11.1921).

⁸⁵ Vgl. hierzu Brouček S. 1999: Vystěhovalecká politika meziválečného Československa [Die Auswanderungspolitik der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit]. In: Valenta J., Horáček E. (ed.): Československo 1918-1938. Osudy demokracie ve střední Evropě [Tschechoslowakei 1918-1938. Das Schicksal der Demokratie in Mitteleuropa]. Praha, 644.

⁸⁶ In dem Gesetz RGBL 1867, S. 157f („Reisegesetz“), vom 29.5.1867 wurden die früheren die Bewegungsfreiheit betreffenden Rechtbestimmungen vom Jahre 1857 (Nr. 31 und 116 RGBL) zusammengeführt und erweitert.

sogar die Arbeitsbücher, als Reisedokumente fest. Derartige Regelungen, welche veraltet waren und im Prinzip keine Einheitlichkeit mehr garantierten, konnten in der ČSR keinen weiteren Bestand haben. In den früheren ungarischen Gebieten – der Karpatoukraine und der Slowakei –, die nun an die ČSR fielen, galt dagegen das transleithanische Gesetz von 1909 und in den angeschlossenen deutschen Gebieten (Hultschiner Ländchen u.a. kleine Gebiete) das deutsche Reichsgesetz von 1887.

Das neu auszuarbeitende Gesetz sollte diese legislative Zersplitterung beseitigen. Besonders wichtig war auch die Bestimmung eines für die Auswanderung zuständigen Ministeriums. Dabei wurde insbesondere an das tschechoslowakische Sozialministerium gedacht, welches bereits als für die Rückkehrer aus dem Ausland zuständiges Organ etliche Erfahrungen im Umgang mit Migranten und Auswanderern sammeln konnte. In Zusammenarbeit mit anderen Ministerien sollte es seine Aufgabe werden, Informationen über die verschiedenen Zielländer zu sammeln, Interessenten zu informieren und mit anderen internationalen Institutionen zusammen zu arbeiten. Andere Ministerien sollten in die tschechoslowakische Auswanderungspolitik ebenfalls eingebunden werden und dafür sorgen, dass z.B. kein Abgang von Vertretern einer bestimmten Berufsgruppe zur Schwächung der einheimischen Wirtschaft führen würde und dass Personen aus Mangelberufen und Vertreter wichtiger Industriezweige – auch aus Gründen von Staatssicherheit und Schutz von Technologien – nicht ins Ausland auswanderten.

Unter dem Druck der einheimischen Emigrationsbewegung mussten diese Aufgaben sehr schnell gelöst werden. An einem neuen Auswanderungsgesetz wurde bereits ab 1920 gearbeitet und auch die weiteren, mit einer tschechoslowakischen Auswanderung ins Ausland in allen ihren Formen verbundenen Schritte wurden ebenfalls sehr schnell getätigt. Mit dem neuen Auswanderungsgesetz von 1922 wurde allerdings kein neues Konzept der tschechoslowakischen Auswanderungspolitik geschaffen. Es wurde lediglich der wichtigste legislative Schritt getan, von dem aus sich die weitere Ausformung eines ganzen Konzeptes erst abwickeln konnte. Während der gesamten Zwischenkriegszeit erlebte die Auswanderungspolitik einige Wandlungen, welche, auch im Hinblick auf das Zielland UdSSR, auf die aktuelle Entwicklung der Migration aus der ČSR reagierte und die volkswirtschaftlichen Tendenzen berücksichtigte.

IV.2. Das tschechoslowakische Auswanderungsgesetz 1922 und die Rolle des Staates

Das neue tschechoslowakische Auswanderungsgesetz wurde nach zweijähriger legislativer Ausarbeitung 1922 verabschiedet⁸⁷; es formulierte den Begriff Auswanderer folgendermaßen: „Unter Auswanderer gemäß dieses Gesetzes wird sowohl derjenige verstanden, der das tschechoslowakische Staatsgebiet verlässt und ins Ausland reist, um dort nach einem Lebensunterhalt zu su-

⁸⁷ Gesetz 71/1922 Sb. (15.2.1922).

chen, oder mit der Absicht, nie zurückzukehren, als auch Angehörige seiner Familie, die ihn begleiten oder ihm folgen“⁸⁸. Diese großzügige Formulierung versteht somit unter einem Auswanderer alle Personen, die ihre Heimat verlassen – egal ob dauerhaft oder übergangsweise – und sich ins Ausland begeben. Für den Begriff Auswanderer spielten auch die Auswanderungsgründe keine Rolle. Die Terminologie der alten österreichischen Gesetzgebung war in dieser Hinsicht konkreter und definierte den Auswanderer als eine Person, die nicht beabsichtigt, nach Österreich zurück zu kehren⁸⁹.

Durch die freie Formulierung des Auswanderungsgesetzes behielt sich der tschechoslowakische Staat die Möglichkeit vor, durch zusätzliche Verordnungen die Auswanderung in ein konkretes Land zu untersagen oder zu einem bestimmten Zeitpunkt die Auswanderung einzuschränken. Die Praxis bei der Ausstellung der Pässe zeigt, dass das Auswanderungsgesetz auch den Ausstellungsbehörden genügend Spielraum bot und diese auf Grund von internen Verordnungen die Ausstellung von Reisepässen verhindern oder verzögern konnten. So wurde am Ende der 1920er Jahre z.B. gerade auch die Auswanderung nach Russland reguliert, d.h. es wurden Versuche unternommen, diese einzuschränken.

Am 8.6.1922 verabschiedete die tschechoslowakische Regierung eine Durchführungsbestimmung⁹⁰ zu dem Auswanderungsgesetz, welche den Begriff Auswanderer leicht korrigierte. Demnach verstand man unter dieser Bezeichnung nicht denjenigen, der zur Kur, zum Studium, zu Handelszwecken (Dienstreisen), als Zeitungskorrespondent oder zu einer künstlerischen Tournee ins Ausland reist. Die Durchführungsbestimmung brachte noch eine geringfügige Veränderung: Das eigentliche Auswanderungsgesetz sah eine Ausreise mit einem sog. „Auswanderungspass“ vor. Ab Juni 1922 erfolgte eine Auswanderung mit einem üblichen Reisepass, welcher lediglich – und nicht zwingend – den handschriftlichen Vermerk „Auswanderungspass“ tragen konnte.

Die tschechoslowakische Regierung formulierte also – in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage im Land – das Auswanderungsgesetz sehr liberal.⁹¹ Auch die Ausstellung von Reisepässen wurde sehr freizügig gehandhabt. Die Regierung der ČSR übertrug somit die eigentliche Migrationsregulierung auf die einzelnen Aufnahmeländer. Dies geschah durch die Einführung von Aufnahmequoten für die Einwanderer (wie z.B. in den USA) oder durch die Einführung einer Visumspflicht, wie dies auch die Sowjetunion tat, nachdem sie eine eigene Landesvertretung in Prag errichtet hatte.

Das Gesetz hinderte keinen Interessenten an einer Auswanderung, stellte jedoch formale Ausreisebedingungen auf, darunter z.B. die Ableistung eines Wehrdienstes bei Männern, die Entrichtung aller Steuern, außerdem verbot das Gesetz die Auswanderung von mittellosen, überalter-

⁸⁸ §1 z. 71/1922 Sb.

⁸⁹ Definition nach Auerhan J. 1922: Několik poznámek k zákonu o vystěhovalectví [Einige Anmerkungen zum Auswanderungsgesetz]. In: Naše zahraničí 2, 64.

⁹⁰ Verordnung 170/1922 Sb. (8.6.1922).

⁹¹ Siehe hierzu einige historisch-anthropologische Überlegungen von: Dubovický I. 1993: Právo a vystěhovalectví (Pokus o historicko-antropologickou interpretaci práva) [Das Recht und die Auswanderung. (Versuch um eine historisch-anthropologische Rechtsinterpretierung)]. In: Češi v cizině 7, 67-92.

ten Personen und Kindern. Das Gesetz untersagte ausdrücklich eine Anwerbung von Kolonisten fürs Ausland (§6) und eine illegale – d.h. vom tschechoslowakischen Sozialministerium nicht ausdrücklich bewilligte – Auswanderungsagitation. Unter §33, Absatz 4 des Auswanderungsgesetzes wird diesbezüglich Folgendes besagt: „Derjenige, der öffentlich Flugblätter oder Schriftstücke verbreitet, welche die wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder sozialen Verhältnisse eines anderen Landes loben, ohne dafür eine glaubwürdige Grundlage zu haben, und damit die Auswanderung in dieses Land befürwortet oder gar auslöst, kann zu einer strengen Freiheitsstrafe von einem bis zu sechs Monaten verurteilt werden“. Die illegale Auswanderungsagitation wurde vom tschechoslowakischen Staat als ablehnenswert betrachtet, denn sie versprach den Bürgern unrealistische Aussichten. Insbesondere in der Slowakei und in der Karpatoukraine gab es zahlreiche Auswanderungsagenten.

Einzig das Sozialministerium hatte gemäß dem Gesetz das Recht, über die Auswanderungsbedingungen in die einzelnen Länder zu unterrichten. Im tschechoslowakischen Sozialministerium konzentrierte sich das komplette Auswanderungswesen. Zu diesem Zwecke wurde eine spezielle Auswanderungsabteilung errichtet⁹², welche die Aufgabe hatte, Informationen über die Zielländer zu sammeln und Information an Interessenten weiter zu geben. Diese Abteilung arbeitete auch mit ausländischen Institutionen oder Verbänden zusammen. Eine derartige Aufgabe konnte durch den Sozialminister auf private akkreditierte Einrichtungen übertragen werden, bzw. überhaupt genehmigt werden. Die im MSP bestehende Abteilung „E“ konnte den tschechoslowakischen Interessenten sogar eine Arbeitsstelle im Ausland vermitteln.

Die einzige Regulierungsfunktion des Gesetzes beschränkt sich auf die Überwachung der Überseeauswanderung. Diesem Migrationsaspekt wurde eine enorme Aufmerksamkeit geschenkt und unterschiedliche Maßnahmen zum Schutze der Auswanderer wurden im Auswanderungsgesetz verankert. Dies war die Reaktion auf die hohe Auswanderungsquote nach Amerika und nach Übersee im Allgemeinen. Somit regelte das Gesetz die Art und Weise des Schiffstransportes, die Arbeit der Reedereien, die Gesundheitsfürsorge der Schiffspassagiere und vieles mehr.

Das Auswanderungsgesetz von 1922 schuf einen rechtlichen Rahmen der Auswandererpflege, vor dem sich weitere Aufgaben und Ideen entwickelten. So entstand im Jahr 1923 das Institut für wirtschaftliche Migrations- und Kolonisierungskontakte⁹³ an der Masaryk-Arbeitsakademie⁹⁴. Dieses Institut etablierte sich sehr rasch als ein Zentrum für unterschiedliche ideelle Strömungen, die eine Novellierung des Auswanderungsgesetzes anstrebten. Hier wurde dafür plädiert, dass die Auswanderungspolitik stärker die wirtschaftlichen Staatsinteressen berücksichtigen und die Auswanderung in diejenigen Länder lenken müsse, in welchen der tschechoslowakische Staat wirtschaftlich zur Geltung käme. Die Ideen beinhalteten eine stärkere Einbindung des Staates in den

⁹² Diese Abteilung trug im Sozialministerium die Ziffer „H“, unter dieser Ziffer wurden auch die Dokumente der Abteilung archiviert.

⁹³ Im tschechischen Original: „Ústav pro hospodářské styky emigrační a kolonizační“.

⁹⁴ Im tschechischen Original: „Masarykova akademie práce“.

Kolonisierungsprozess, wie z.B. durch den Kauf vom Land im Ausland, durch finanzielle Aushilfen u.ä.

Im Laufe der 1920er Jahre wuchsen ebenfalls die Bemühungen, den Auswanderungsprozess durch den Staat zu zentralisieren, d.h. einer einzigen Institution zu unterstellen, welcher auch die Pflege der Kontakte zu den Auslandstschechen und –slowaken obliegen würde. Als das Ergebnis dieser Bestrebungen entstand im Winter 1928 das Tschechoslowakische Auslandsinstitut⁹⁵, welches ab diesem Zeitpunkt die Aktivitäten unterschiedlicher sowohl staatlicher als auch privater Institutionen und Zentren koordinierte. Dabei arbeitete es mit den tschechoslowakischen Auslandsvertretungen und tschechoslowakischen Landsmannschaften im Ausland zusammen. Sein Ziel war es, die kulturellen, gesellschaftlichen oder auch politischen Aktivitäten der Landsleute zu bündeln.⁹⁶

Die Verabschiedung des Auswanderungsgesetzes reagierte auf eine wachsende Auswanderungstendenz der tschechischen und besonders stark auch der slowakischen Bevölkerung. Das Gesetz selbst schränkte die Auswanderung im Allgemeinen nicht ein, der Staat behielt sich durch die Formulierung das Recht vor, es unterschiedlich auszulegen und umzusetzen. Der tschechoslowakische Staat selbst trug nur indirekt zur Regulierung und Lenkung des Auswanderungsstromes bei, indem er Institutionen unterstützte, die für ihn diese Aufgabe übernahmen. Sein wichtigstes Instrument war das Tschechoslowakische Auslandsinstitut (finanziert aus den MSP-Mitteln), in dessen Händen sich die Heimatpflege konzentrierte. Daneben ergriffen zahlreiche weitere Institutionen – darunter auch religiöse und politische – die Sorge für die Auswanderer und Personen, die in der Auswanderung ein Mittel zur Durchsetzung der volkswirtschaftlichen Politik der ČSR sahen. Das Konzept der tschechoslowakischen Auswanderungspolitik war unplanmäßig und zeichnete sich durch die Delegierung der mit der Auswanderungspolitik verbundenen Aufgaben an nicht-staatliche Institutionen aus.

IV.3. Die Ziele und die Ausmaße der tschechoslowakischen Auswanderung in den 1920er Jahren

Das 1922 verabschiedete Auswanderungsgesetz reagierte insbesondere auf die bestehende Auswanderung nach Übersee und ergriff daher Maßnahmen insbesondere zum Schutze dieses Migrationssegmentes. Die Auswanderung nach Amerika und in die USA war in den 1920er Jahren und besonders in deren erster Hälfte sehr stark; auch lockten die großen Reedereien die Bevölkerung mit günstigen Transportpreisen. Auf dem Gebiet der ČSR – insbesondere in der Slowakei und in der Karpatoukraine – brachen regelrechte Auswanderungswellen aus. In diesen Gebieten der Tschechoslowakei wurden zahlreiche Fälle unerlaubter Agitation festgestellt, die im Sinne des Ge-

⁹⁵ Im tschechischen Original: „Československý ústav zahraniční“.

⁹⁶ Zu den Institutionen und ihren Aufgaben siehe im Einzelnen: Brouček 1999: 649f.

setzes zur Auswanderung aufforderten und mit unterschiedlichen, oft gänzlich unrealistischen Angeboten lockten.

Genauere Angaben über die Auswanderer aus der ČSR sind ab dem Jahr 1922 verfügbar. Bereits ab dem 1.7.1921 bestand für die Ausstellungsbehörden die Pflicht, die Angaben über die Zahl der ausgehändigten Reisepässe an das Tschechoslowakische statistische Staatsamt weiterzuleiten. Ab dem 1.1.1922 wurde eine neue Regelung eingeführt, der zufolge noch umfassendere statistisch verwertbare Informationen über jeden einzelnen Auswanderer aufzunehmen waren.⁹⁷ Indem der Reisepass jeweils für die Reise in ein konkretes Land bzw. mehrere im Reisedokument eingetragene Staaten ausgestellt wurde, verfügen wir heute über relativ⁹⁸ zuverlässige Angaben über die Zahl der Auswanderer sortiert nach Land, oder auch nach dem letzten Wohnort, nach Alter, Religion, Nationalität oder nach dem zuletzt ausgeübten Beruf.

Die Auswanderungsbewegung in die USA gehörte zu den stärksten in der ČSR in der Zwischenkriegszeit überhaupt. Doch die Vereinigten Staaten begannen sehr rasch, die Einwanderung durch die Einführung von Zuwanderungsquoten einzuschränken. Diese Quoten legte ein bereits im Mai in den USA verabschiedetes Gesetz fest. Als eine Konsequenz des Gesetzes wanderten in die USA im Jahr 1923 insgesamt nur noch 6.700 Personen aus, was einen extremen Zahlenverfall gegenüber dem Vorjahr mit 18.291 ausgewanderten Tschechoslowaken bedeutete. Im Jahr 1924 stieg die Zahl der tschechoslowakischen USA-Auswanderer wieder auf 30.846 Personen, verursacht durch den Zuzug von Verwandten und Familienangehörigen und durch die Lockerung der Einreisebedingungen für einige Berufsgruppen.⁹⁹

⁹⁷ Vgl. NA, PMR, k. 282, s. 823.

⁹⁸ Diese Relativität besteht darin, dass die statistischen Angaben lediglich die Zahl der für ein bestimmtes Land ausgestellten Reisepässe wiedergeben, nicht jedoch die Zahl der tatsächlich ausgereisten Personen.

⁹⁹ Alle Zahlenangaben berechnet nach: Mitteilungen 1922/1923/1924.

Tabelle 1: Ziele tschechoslowakischer Auswanderung (1922-1925)¹⁰⁰

Nach	Davon	Im Jahr 1922	Im Jahr 1923	Im Jahr 1924	Im Jahr 1925
<i>letztem Wohnort</i>	Böhmen	13.469	9.278	10.673	6.081
	Mähren	6.282	5.387	5.218	3.052
	Schlesien	1.138	767	787	1.027
	Slowakei	16.737	16.596	35.202	8.715
	Karpatoukraine	1.803	313	2.493	475
Σ		39.429	32.341	54.373	19.350
<i>Zielgebiet</i>	europ. Aus-land	17.935	16.369	19.057	14.510
	Übersee	20.761	15.889	35.180	4.791
	ohne Angabe	733	83	136	49
Σ		39.429	32.341	54.373	19.350
<i>Zielland</i>	1.	18.291 (USA)	6.700 (USA)	30.846 (USA)	7.279 (Frankr.)
	2.	5.208 (Dtld.)	5.957 (Frank.)	12.525 (Frank.)	2.565 (Dtld.)
	3.	4.214 (Öster.)	5.974 (Argent.)	3.059 (Kanada)	1.735 (Argent.)

Im Jahr 1924 erreicht die Auswanderung nicht nur in die USA, sondern überhaupt in der gesamten Zwischenkriegszeit ihren Höhepunkt: 54.373 Personen wanderten aus der ČSR aus, die meisten von ihnen – 35.180 Personen – steuerten Länder in Übersee an. Dagegen brach die tschechoslowakische Auswanderung in die USA unter dem Druck der amerikanischen Regulierungsmaßnahmen im Jahr 1925 ganz ein. An die erste Stelle der Beliebtheitsskala der tschechoslowakischen Auswanderungszüelländer rückte nun Kanada auf. In den 1930er Jahren nahm wiederum Frankreich die meisten tschechoslowakischen Auswanderer auf. Doch auf der Rankinglist figurierten auch andere, manchmal sogar sehr exotische Länder: Neben den üblichen Ländern wie Deutschland oder Belgien zog z.B. auch Argentinien sehr stark an.

Was die Gebiete der Tschechoslowakei mit der stärksten Abwanderungsquote anbelangt, so gehörte die Slowakei während der Zwischenkriegszeit ausnahmslos zu den Spitzenreitern. Von der Gesamtzahl der Auswanderer aus der ČSR im Zeitraum 1922 bis 1938 (337.360 Personen) stellten die Auswanderer aus der Slowakei die Mehrheit von mindestens 51 Prozent (170.402 Personen)¹⁰¹ dar. Die Ursachen für die hohe Abwanderungsrate aus der Slowakei lagen unter anderem an der Investitionspolitik der tschechoslowakischen Regierung. Die Slowakei war nach der Entstehung der ČSR eine landwirtschaftliche Region mit einer unterentwickelten industriellen Infrastruktur. In den 1920er Jahren wurden die Investitionen des tschechoslowakischen Staates so getätigt, dass die traditionell starken Industriekonzerne in Böhmen gefördert wurden, während die

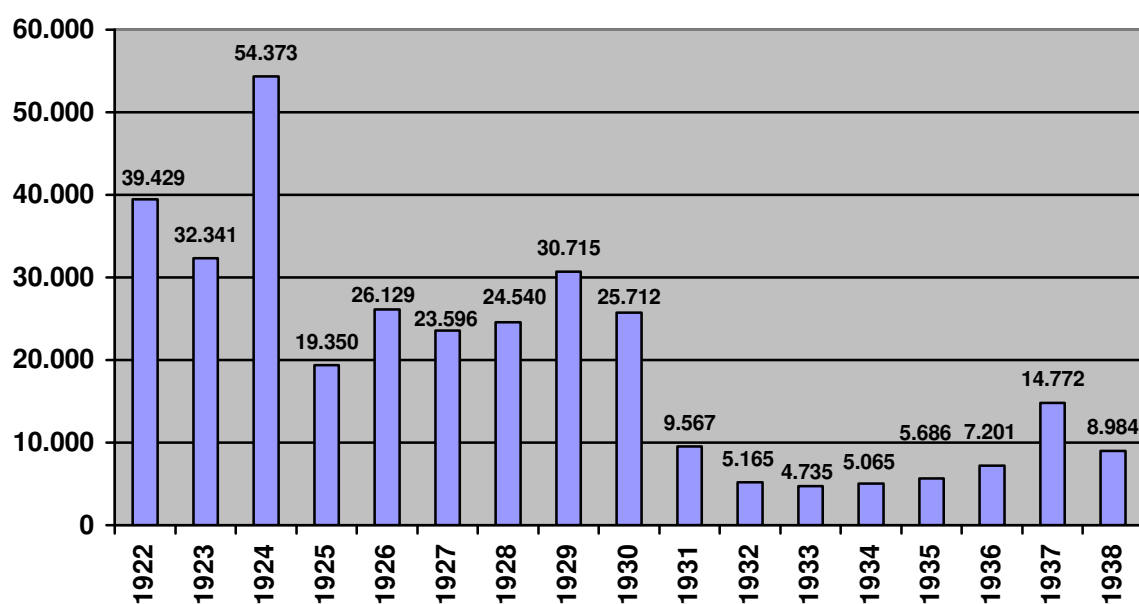
¹⁰⁰ Alle Zahlenangaben berechnet nach: Mitteilungen 1922/1923/1924/1925.

¹⁰¹ Die Gesamtzahl aller tschechoslowakischen Auswanderer aus der Slowakei mag noch etwas höher gelegen haben. In der Gesamtaufstellung wurden die Auswanderer aus der Slowakei im Jahr 1929 nicht mit gerechnet, da in diesem Jahr der letzte Wohnsitz der Auswanderer statistisch nicht erfasst wurde.

kleinen Industriebetriebe der Slowakei weichen mussten. Die Investitionspolitik der tschechoslowakischen Regierung hinsichtlich der Förderung industriell rückständiger Regionen der ČSR – Slowakei und Karpatoukraine – änderte sich erst merklich in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre.

Während der Zwischenkriegszeit (1922 bis 1938) verließen 337.360 Personen die Tschechoslowakei. Die meisten von ihnen steuerten Länder in Westeuropa an. Das Zielland UdSSR trat lediglich zwei mal in der Beliebtheitsskala der tschechoslowakischen Auswanderungszielländer auf: an zweiter Stelle im Jahr 1931 mit 2.208 und im Jahr 1932 mit 1.258 Personen. Es handelte sich um ein kurzfristiges Migrationsphänomen der beiden Jahrgänge. In den 1930er Jahren ging die Auswanderung aus der ČSR gegenüber dem vorausgehenden Jahrzehnt deutlich zurück. Die sinkende Tendenz der Auswanderung aus der ČSR in der Zwischenkriegszeit bewirkten unterschiedliche Faktoren. Zum einen lag dies an der Einführung unterschiedlicher Regulierungsmechanismen durch die Aufnahmeländer, zum anderen an der Verschärfung der Ausreisebedingungen in der ČSR. Sicherlich kam auch die positive wirtschaftliche Entwicklung in der ČSR als entscheidender Faktor einer Selbstregulierung hinzu.

Grafik 1: Entwicklung der tschechoslowakischen Auswanderung (1922-1938)¹⁰²



¹⁰² Tabelle zusammengestellt nach: Mitteilungen 1922/1923/.../1938.

IV.4. Die Frage der Auswanderung in die UdSSR im Spiegel der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen (20er Jahre des 20. Jahrhunderts)

Die Beziehungen zwischen der nun neu gegründeten ČSR und Sowjetrußland entwickelten sich ab den 1920er Jahren nur sehr langsam. Einer der Faktoren, die diese Beziehung belasteten, stellten die tschechoslowakischen Legionen dar, welche sich – aus unterschiedlichen Gründen – in gewisser Hinsicht auf dem sowjetrussischen Territorium „verselbstständigten“ und gegen die Bolschewiki antraten. Dies war natürlich kein Zufall, denn es lag ganz im Sinne der Entente-Mächte, die Tschechoslowaken in Sowjetrußland zur Verteidigung der Verbündeteninteressen einzusetzen. Die misslungene Entwaffnung der Legionen durch die Bolschewiki und deren beinahe zweijährige militärische Aktion, darunter die Kontrolle über die Transsibirische Eisenbahn waren alles Aspekte, die noch weit in die Nachkriegszeit die tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen kennzeichneten.

Die Legionen waren eine wichtige militärische und politische Kraft, welche gegen die Bolschewiki „rebellierte“; sie taten dies allerdings zu einem Zeitpunkt, zu dem der eigentliche Ausgang des sowjetischen Bürgerkrieges noch im Dunklen lag.¹⁰³ Die Legionen selbst hielten die bolschewistische Bewegung (ebenso wie die tschechoslowakische Regierung) lediglich für eine aus dem Weltkrieg resultierende temporäre Erscheinung. Die Festigung der bolschewistischen, nun sowjetischen Macht, ergab allerdings völlig neue politische Konstellationen und rief zu klaren Standpunkten auf. Die tschechoslowakische Regierung war jedoch nicht bereit, die neue Macht in der UdSSR anzuerkennen. Hierbei ging es zunächst nicht darum, sie als einen neuen Staat *de jure* zu akzeptieren, sondern vielmehr darum, die Sowjetunion als eine neue politische Kraft im europäischen Osten anzusehen.

Die Regierung der ČSR hielt die UdSSR jedoch – und dies mindestens zehn Jahre lang – für ein politisches Provisorium. Angeführt von Masaryk und Beneš nahm sie an, dass die Verhältnisse in der UdSSR sich weiter entwickeln bzw. ändern würden, und nahm von Anfang an eine abwartende Haltung ein. Und genauso passiv wie zur Zeit des sowjetischen Bürgerkrieges verhielt sich die Regierung der ČSR auch in der Nachkriegszeit – sie lavierte zwischen wirtschaftlichem Profit und einer breiten politischen Dimension der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen.¹⁰⁴

Die ganze politische Dimension schloss viele politische Teilaspekte ein, welche die tschechoslowakischen regierenden Kreise an einer aktiveren Sowjetpolitik teilzunehmen hinderten. Selbst die offene Haltung der ČSR und die großzügige Aufnahme von politischen „weißen“ Emigranten aus Sowjetrußland muss als ein belastendes Element der gegenseitigen Beziehungen an-

¹⁰³ Zur Geschichte der Legion vor dem Hintergrund der Unabhängigkeit der Tschechoslowakei: Thunig-Nittner G. 1970: Die tschechoslowakische Legion in Rußland. Ihre Geschichte und Bedeutung bei der Entstehung der 1. Tschechoslowakischen Republik. (Marburger Ostforschungen 30). Wiesbaden.

¹⁰⁴ Überlegungen zu einigen Aspekten der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit auch bei: Dejmek J. 1999: K československo-sovětským politickým vztahům ve druhé polovině třicátých let [Zu den tschechoslowakisch-sowjetischen politischen Beziehungen in der zweiten Hälfte der 30er Jahre]. In: ČCH 1, 80-105.

gesehen werden. Die Beziehungen, welche die beiden Staaten am Anfang der 1920er Jahre zueinander knüpften, waren rein formell und eher pragmatischer Art.

Einer der ersten politischen Schritte war die gegenseitige Entsendung von Repatriierungsmissionen. Dieser wurde im Juli 1920 getan¹⁰⁵. Diese wichtige Tat brachte etwas Bewegung in die Beziehungen. Nachdem die Repatriierungsmissionen in dem jeweiligen Partnerland eingetroffen waren, wurden die Verhandlungen über den gegenseitigen Handel eingeleitet. Das Resultat dieser Bestrebungen – die Entsendung von gegenseitigen Handelsmissionen¹⁰⁶ – war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem diplomatischen Abkommen. Die Handelsmissionen selbst spielten zu dem Zeitpunkt eine viel bedeutendere Rolle: Sie ersetzten gewissermaßen die noch nicht bestehenden diplomatischen Vertretungen. Die tschechoslowakische Regierung richtete neben Moskau noch eine Handelsvertretung in der Ukraine ein.

Ein besonders positives politisches Signal entsendete die tschechoslowakische Regierung, indem sie sich aktiv an der Hilfe für Hungerleidende in Sowjetrußland beteiligte. Im Jahr 1921 erreichte die Hungersnot in Rußland ungeheure Ausmaße. Selbst Lenin wandte sich im Sommer 1921 an die Weltöffentlichkeit und bat um Hilfe für die hungerleidende Bevölkerung Sowjetrußlands. In der ČSR entstanden daraufhin diverse Ausschüsse und Kommissionen, welche Geld von Privatpersonen und Institutionen sammelten. Auf der Staatsebene koordinierte ein besonderer Regierungsausschuss die Hilfsaktion, welche ein Bestandteil der weltweiten sog. Nansen-Aktion¹⁰⁷ war.

Die Hilfe für Sowjetrußland hatte unterschiedliche Formen. Eine besondere Unterstützung kam speziell den russischen Gelehrten in St. Petersburg und Moskau zugute (darunter eine Spende Masaryks in Höhe von einer Million Kronen). Speziell für sie wurden nach St. Petersburg fünf Güterwagons mit 218 Kisten verschiedenster Lebensmittel, Kleidung, Wäsche und Arzneimittel geschickt und vor Ort den einzelnen Gelehrten entweder direkt oder mittels des „Gelehrtenhauses“ überreicht.

Der ständige Ministerialausschuss für die tschechoslowakische Rußland-Hilfe verfolgte zwei Ziele. Die direkte Wohltätigkeitshilfe sollte der hungernden Bevölkerung Lebensmittel, Wäsche und Gegenstände täglichen Gebrauchs bringen. Die Mittel hierfür in Höhe von 14 Millionen Kronen gingen aus den Wohltätigkeitssammlungen und den Beihilfen des tschechoslowakischen Staates hervor. Die technische Hilfe sah dagegen zudem die Entsendung technisch ausgerüsteten landwirtschaftlichen Personals nach Rußland zur Unterstützung der dortigen Bevölkerung vor. Darüber hinaus wurden Kinder aus den Hungerregionen in tschechoslowakische Pflegefamilien

¹⁰⁵ Die sowjetische Repatriierungsmission kam am 10.7.1920 in Prag an, sie unterstand Dr. Gillerson. Major Skála wurde dagegen für die tschechoslowakische Seite nach Moskau geschickt: Amort Č. (u.a.) 1975: *Přehled dějin československo-sovětských vztahů v údobí 1917-1939* [Ein Überblick über die Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen im Zeitraum 1917-1939]. Praha, 115.

¹⁰⁶ Die Handelsvertretung der ČSR in Moskau führte V. Ambrož, diejenige in Charkov J. Girska an. An der Spitze der sowjetischen Handelsmission in Prag stand P. Mostovenko. Mehr dazu z.B. in: Dejmek J. 2001: *Edvard Beneš a fenomén Ruska mezi světovými válkami* [Edvard Beneš und das Phänomen Rußland in der Zwischenkriegszeit]. In: *Slovenský přehled* 2, 173.

¹⁰⁷ Benannt nach dem Polarforscher Fridtjof Nansen.

gebracht.¹⁰⁸ Ein Sonderzug aus dem Wolga-Gebiet und Moskau transportierte vor Weihnachten 1921 439 Kinder in die ČSR zu einem Genesungsaufenthalt von einem Jahr Dauer.¹⁰⁹

Die Auswanderungspolitik des tschechoslowakischen Sozialministeriums spiegelte in sich die tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen im Allgemeinen wieder. Da sich das MSP bereits am Ende des Jahres 1920 mit einer großen Anzahl an Anfragen betreffend der Auswanderung nach Sowjetrußland konfrontiert sah, musste es darauf entsprechend reagieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte die ČSR noch keine diplomatische Vertretung in Moskau und musste auf Informationen aus zweiter Hand zugreifen, um die Vielzahl von eingegangenen Anfragen beantworten zu können. Also benutzte es zunächst die Auszüge aus einem Interview mit dem sowjetrussischen diplomatischen Vertreter in Berlin, Kopp, in der deutschen Zeitschrift „Freiheit“, in dem die oft verbreitete Vermutung dementiert wurde, Sowjetrußland wäre an ausländischen Einwanderern interessiert. Sowjetrußland sei Kopps Aussage zufolge kein Land, welches eine Massenimmigration aufnehmen könne, sondern brauche vielmehr eine nur sehr geringe Anzahl an bestens geschulten Facharbeitern und Fachtechnikern. In diesem Sinne greife Sowjetrußland jedoch zuerst auf die noch in Deutschland stationierten 250.000 russischen Gefangenen zurück.¹¹⁰

Auch nach der Beendigung des sowjetischen Bürgerkrieges und fortschreitender Stabilisierung im Land riet das tschechoslowakische Sozialministerium jedem, die Ausreise ernsthaft abzuwägen, da die Lage in Sowjetrußland noch zu unruhig sei. Es wies darauf hin, dass es noch so gut wie keinen Handel gebe, eine Arbeitsstelle zu finden fast unmöglich sei. Zudem könne die tschechoslowakische Mission in Rußland keinen entsprechenden Schutz gewähren, so wie sie es in anderen Ländern vermochte. Die Ausreise erfolge auf eigenes Risiko, der Auswanderer müsse davon ausgehen, dass kein Repatriierungsanspruch mit finanzieller Unterstützung des tschechoslowakischen Staates bestehen werde¹¹¹. So reagierte das MSP auf die Anfragen der tschechoslowakischen Interessenten. Es argumentierte dabei zwar mit unterschiedlichen Informationen, blieb allerdings im Endeffekt völlig passiv und hinderte keinen an einer Auswanderung nach Sowjetrußland.

Mit der Absicht, aktiver an der Gestaltung der Auswanderungspolitik Teil zu haben und insbesondere über konkretere Informationen über die Auswanderungsmöglichkeiten nicht nur nach Sowjetrußland/UdSSR, sondern auch in andere in Frage kommende Länder zu verfügen, beauftragte das tschechoslowakische Außenministerium seine Auslandsvertretungen, regelmäßige Berichte unter Betonung des Kolonisierungs- und Einwanderungsaspektes anzufertigen. Diese wurden bei der Auskunftserteilung dann seitens des Sozialministeriums zu Grunde gelegt.

¹⁰⁸ Aus einem Bericht über die tschechoslowakische Hilfe der hungernden Bevölkerung Sowjetrußlands vom 18.2.1922: NA, MSP, k. 3905, s. H8-e5 (1922).

¹⁰⁹ Aus dem Bericht der Landeszentrale für Jugendpflege Prag vom 24.5.1934 geht hervor, dass viele der 1921 aufgenommenen Kinder aus den Hungerregionen Sowjetrußlands zum Teil in der ČSR in Pflegefamilien oder Pflegeheimen aufwuchsen, Schul- oder Berufsbildung erhielten und aus unterschiedlichen Gründen nie in die UdSSR zurückkehrten. Manche von ihnen beantragten erst in den 1930er Jahren eine Repatriierung in die Sowjetunion: AMZV, II.sekce, k. 525A, s. 7

¹¹⁰ NA, MV I-SR, k. 245, s. 11/2/40.

¹¹¹ NA, MSP, k. 2885, s. H8-d11b.

Diese Aufgabe übernahmen die tschechoslowakischen Vertretungen in Moskau und später in anderen Städten der Sowjetunion. Die gegenseitige Errichtung von diplomatischen Vertretungen bedeutete keineswegs eine Anerkennung der UdSSR seitens der ČSR. Das am 15.6.1922 abgeschlossene vorläufige Abkommen zwischen der RSFSR und der ČSR¹¹² stellte jedoch trotzdem einen entscheidenden Schritt zur Normalisierung der gegenseitigen zwischenstaatlichen Beziehungen dar. Es brachte eine Stabilisierung nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der wirtschaftlichen Ebene, denn es ermöglichte die Stärkung und den Ausbau der doch nur beschränkten Handelskontakte.

Die frisch gegründete Vertretung der ČSR in Vladivostok ließ also im Jahr 1922 einen Einwanderungs- und Kolonisierungsbericht ausarbeiten, in dem von einer Kolonisierung des Verfügungsbereiches der Vertretung – also das Gebiet des Amur, Sachalin und Kamčatka – dringend abzuraten sei. Die dortigen klimatischen Bedingungen und der Anbau von Industriegewächsen (Leinen, Hanf, Tabak, Mohn, Futterpflanzen) seien den tschechoslowakischen Kolonisten zu fremd¹¹³. Aus der Moskauer diplomatischen Vertretung der ČSR kamen in der ersten Hälfte der 1920er Jahre zahlreiche Berichte über die trostlose Lage am sowjetischen Arbeitsmarkt, in denen vor allem die extreme Arbeitslosigkeit angesprochen wurde. Im Bericht des Botschafters J. Girsas vom 13.7.1924 wurde auf die offiziellen sowjetischen Arbeitslosenstatistiken hingewiesen, die mit höchster Vorsicht zu genießen seien: Diesen Aufstellungen zufolge sei die Arbeitslosenrate zwischen dem 1.6. und dem 1.10.1924 von 1.340.000 auf 775.000 Arbeitslose gesunken. Diese Angaben seien jedoch künstlich durch eine „Säuberung“ innerhalb der Arbeitslosen erzielt worden.¹¹⁴ Außerdem wurde vor den gesundheitlichen Verhältnissen und vor der erhöhten Gefahr einer ansteckenden Erkrankung gewarnt – die Zahl der Malariakranken erreichte im Jahr 1924 5,5 Millionen¹¹⁵.

Das tschechoslowakische Sozialministerium, konfrontiert mit einer bedeutsamen Zahl von Anfragen, musste in der Frage der Auswanderung einen viel aktiveren und auch politisch korrekten Part übernehmen. Der Durchbruch in der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern erforderte auch seitens des MSP eine konkrete Veränderung. Das MSP konnte der anlaufenden Auswanderung nicht mit einer passiven Haltung entgegentreten, sondern musste nun Maßnahmen ergreifen, um erstens objektiv über das Zielland UdSSR zu berichten und zweitens geeignete Auswanderungsformen für die Tschechoslowaken zu finden. Die tschechoslowakische Regierung wandte sich daher am 14.7.1923 an das sowjetische Volkskommissariat des Äußeren (im Folgenden Narkomindel) mit der Bitte um Mitteilung, welche Ländereien die sowjetische Seite den tschechoslowakischen Einwanderern anbieten könne. Nach Absprache mit der Ständigen

¹¹² Abkommen veröffentlicht im tschechoslowakischen Gesetzesbuch unter: 258/1922 Sb.

¹¹³ NA, MSP, k. 3887, s. H8-d29-b4.

¹¹⁴ In der Statistik wurden nur offizielle Arbeitslose erfasst, die einen Schutz und eine finanzielle Zuwendung seitens des Staates genossen, die sog. Staats- und Klassenfeinde wurden dagegen von der Staatshilfe ausgeschlossen und in der Statistik auch nicht erfasst. Außerdem gäbe es noch Arbeitslose, die als solche gar nicht registriert seien: Ebd.

¹¹⁵ NA, MSP, k. 3905, s. H8-e5 (1922).

Kommission für landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat schlug das Narkomindel mehrere klimatisch günstige Gebiete im Gouvernement von Astrachan' und am linken Wolgaufer vor. Das angebotene Land verfügte über ein Gesamtvolumen von 10.000 Desjatine¹¹⁶, die zur Ansiedlung von 200 tschechoslowakischen Bauernfamilien à 50 Desjatine Land ausreichen müssten. Die sowjetischen Behörden signalisierten jedoch die Bereitschaft, nach Bedarf den tschechoslowakischen Einwanderern insgesamt bis zu 40.000 Desjatine Land zur Verfügung zu stellen.¹¹⁷

Die tschechoslowakische Regierung erhielt somit eine konkrete Antwort, wusste jedoch nicht, wie sie mit ihr umgehen soll. Die Zuweisung einer konkreten sowjetischen Parzelle bedeutete für das MSP allerdings auch die Ausarbeitung eines Kolonisierungsplanes. Das MSP hatte jedoch nicht vor, eine organisierte Auswanderung aus der ČSR in die Sowjetunion zu unterstützen, geschweige selbst zu organisieren, also begnügte es sich damit, die Informationen aus Moskau zu schematisieren und bei der Auskunftserteilung auf die konkrete Möglichkeit zur Kolonisation sowjetischen Gebiets hinzuweisen. Für weitere Einzelheiten verwies das tschechoslowakische MSP auf die sowjetische Einwanderungsbehörde KomSTO. Bereits dieser Schritt bedeutete allerdings eine klare Wendung der Auswanderungspolitik gegenüber der Sowjetunion, indem nicht mehr ausschließlich von einer Auswanderung abgeraten wurde (wegen unzuverlässiger materieller und politischer Lage), sondern ab jetzt verfügte das MSP über konkretere Informationen, welche den bereits entschlossenen Auswanderern in der ČSR zugute kommen konnten.

Die zahlreichen tschechoslowakischen Rückkehrer aus Sowjetrußland nach dem Ersten Weltkrieg bedeuteten eine zusätzliche wirtschaftliche Belastung für den gerade neu gegründeten tschechoslowakischen Staat. Die wirtschaftliche Lage blieb in der ČSR bis in die Mitte der 1920er Jahre angespannt¹¹⁸. Im Anschluss an die Hilfsaktion für die Hungerleidenden Russlands wurde von der tschechoslowakischen Regierung eine sog. Kreditaktion gestartet, die nun für die tschechoslowakischen Landsleute in der UdSSR bestimmt war. Mit der Unterstützung der Tschechen und Slowaken in der UdSSR wurden zwei wesentliche Ziele verfolgt. Zum einen konnte dadurch eine weitere Remigration von Tschechen und Slowaken aus der UdSSR in die ČSR unterbunden werden, zum anderen bedeutete dies eine Möglichkeit für die Industrie der ČSR, auf den sowjetischen Markt vorzudringen. Die Kreditaktion bedeutete die Gewährung von zinsfreien Krediten in Form von Maschinen und Geräten. Die tschechoslowakischen Altansässigen konnten sich selbst die Firmen oder den konkreten Hersteller in der ČSR aussuchen und die Ware abnehmen. Inner-

¹¹⁶ Altes russisches Flächenmaß, entspricht 1,09 ha.

¹¹⁷ 14.9.1923, Narkomindel an den Vertreter der ČSR in Moskau: Amort Č., Klevanskij A. Ch., Vorob'ëva Je. D. (Hg.) 1977 : Dokumenty i materialy po istorii sovjetsko-čechoslovackich otnošenij. T. 2 (avgust 1922-ijun' 1934 gg) [Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen. Bd. 2. (August 1922-Juni 1934)]. Moskva, Dokument 46/Seite 66 (im Folgenden abgekürzt).

¹¹⁸ Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei erreichte in den Jahren 1922 und 1923 ihren Höhepunkt. Am Anfang des Jahres 1923 wurden in der ČSR 440.000 Arbeitslose registriert. Unter diesen Umständen wurde eine Einwanderung von russischen Tschechen und Slowaken nicht unbedingt begrüßt.

halb von fünf Jahren mussten sie den Wert der Ware zinsfrei an die tschechoslowakische Regierung abzahlen.¹¹⁹

Die Kreditaktion wurde durch den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der ČSR und UdSSR besiegelt¹²⁰. Die ersten Warentransporte verließen am 11.3.1924 die ČSR. Die Aufnahme in das Kreditprogramm wurde ebenfalls den gemischten tschechoslowakisch-sowjetischen Gemeinden und Kollektiven ermöglicht. Aus dem Kreditrahmen von insgesamt 15 Millionen Kronen wurden letztendlich auch Beihilfen für die neu in den 1920er Jahren in die UdSSR ausgewanderten tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektive gewährt, deren Förderung ursprünglich nicht vorgesehen war. Die Kreditaktion der tschechoslowakischen Regierung förderte somit neben den alteingesessenen Tschechen oder Slowaken auch die neuen tschechoslowakischen Auswanderer in der Zwischenkriegszeit.

Zu einer weiteren Wandlung der Auswanderungspolitik des MSP führte wohl die Auswanderung von mehreren tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektiven in der ersten Hälfte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts in die UdSSR. Das MSP hatte nur einige bruchstückhafte Informationen über die Kommunen und hielt – auch im Hinblick auf die offiziellen Informationen aus Moskau – die Auswanderung in einer Kollektivform für die günstigste Variante. Zur Änderung der rigoros ablehnenden Haltung des MSP gegenüber den UdSSR-Auswanderern trug auch die politische Entwicklung in Europa bei und insbesondere die fortschreitende Einbindung der UdSSR in die europäischen diplomatischen Strukturen – darunter die Anerkennung de jure durch Frankreich und England –, die Öffnung der Sowjetunion gegenüber dem westlichen Ausland und ein stärkerer Zufluss von mehr oder weniger objektiven Informationen seitens der sowjetischen Behörden. Die sowjetischen Organe stellten eine unmittelbare Informationsquelle für die Emigranten dar und sahen sich ab den 1920er Jahren mit einem wachsenden Interesse der tschechoslowakischen Auswanderer konfrontiert. Indirekt, zuerst mittels der diplomatischen Vertretung der RSFSR (später der Vertretung der UdSSR), oder auf direktem Wege, beantworteten verschiedene sowjetische Institutionen die unterschiedlichsten Anfragen der potenziellen Auswanderer in der Tschechoslowakei.

Das MSP betrieb in Wirklichkeit keine Auswanderungspolitik, sondern stellte lediglich eine regulierende Kraft dar. Nachdem das MSP am Anfang der 1920er Jahre von einer Auswanderung nach Sowjetrußland grundsätzlich abgeraten hatte, bot es zwei, drei Jahre später den interessierten Tschechoslowaken bereits geeignete Auswanderungsformen¹²¹ an, wenngleich mit dem Hinweis, dass die Auswanderung in die UdSSR gut zu durchdenken sei. Die Kreditaktion der tsche-

¹¹⁹ Aus einem Bericht über den Verlauf der Kreditaktion: AMZV, V. sekce, k. 510, s. Rusko.

¹²⁰ Das Abkommen über die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und Werkzeugen aus der ČSR in die UdSSR für die Kolonisten tschechoslowakischer Herkunft (6.11.1923): Dokumenty 1977: D. 54/S. 72.

¹²¹ Der tschechoslowakische Diplomat in Moskau J. Girska glaubte am Ende des Jahres 1924 daran, dass die UdSSR in Kürze zu einer „neuen Heimat“ der Tschechoslowaken werden könnte, natürlich nachdem sich die Situation in der Sowjetunion stabilisiert haben werde. Eine solche Kolonisierung Russlands setze allerdings eine gute Organisation, eine erfahrene fachliche Leitung, eine strenge Auswahl von Kolonisten und schließlich ein gutes Landstück voraus. Infoblatt der MSP (1925), NA, MV I-SR, k. 985, s. 5/245/23.

choslowakischen Regierung und deren Ausdehnung auf die tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektive der Mitte der 1920er Jahre weist darauf hin, dass bei der Regulierung der Auswanderung der wirtschaftliche Aspekt eine bedeutsame Rolle spielte: Somit wurde zwar an einen Gewinn für die einheimische Industrie gedacht, gleichzeitig befürchtete man durch die Rückkehr gescheiterter Tschechen und Slowaken zusätzliche Kosten.

Der Anfang der tschechoslowakischen Auswanderung in die UdSSR brachte jedoch auch bestimmte politisch-ideologische Aspekte ins Spiel. In den Regierungskreisen herrschte Besorgnis, die tschechoslowakischen Auswanderer könnten nach ihrer Rückkehr aus der UdSSR politisch gefährliches Gedankengut in die ČSR transferieren. Eine diesbezügliche Diskussion entfachte im Frühling 1924 im tschechoslowakischen Innenministerium (im Folgenden MV). Doch sie beruhigte sich schnell durch die Überlegung, dass ein solcher ideologischer Transfer nur in dem Fall zu erwarten wäre, wenn die Tschechoslowaken mit positiven Erfahrungen in die ČSR zurückkehren würden, was nicht vorauszusehen sei.¹²²

Unter die politischen Aspekte fiel auch die Festigung der sowjetischen Macht und die Besorgnisse vor der Anwendung ihrer Mechanismen gegen die tschechoslowakischen Staatsbürger in der UdSSR. Anlass dazu lieferten die Nachrichten aus der Sowjetunion vom Winter 1924, dass die sowjetischen Zentralbehörden ihre Lokalbehörden angewiesen haben sollten, die Vermögensverhältnisse fremdnationaler Bürger zu erheben. Dahinter verberge sich die Absicht, dieses Vermögen in Kürze zu konfiszieren.¹²³

Die Haltung des MSP, welches einzig in den Auswanderungsprozess regulierend eingreifen konnte, veränderte sich von einer ablehnenden, allerdings ganz passiven am Anfang der 1920er Jahre innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu einer aktiveren Haltung. Die Errichtung der gegenseitigen diplomatischen Vertretung brachte ein positives Signal in die Beziehungen zwischen der UdSSR und der ČSR und schlug sich im Standpunkt des MSP in der Auswanderungsfrage nieder. Das Sozialministerium der ČSR konnte nun aus politischen und wirtschaftlichen Gründen heraus keine ablehnende Position einnehmen, sondern musste vielmehr nach geeigneten Auswanderungsmöglichkeiten für die interessierten Tschechoslowaken suchen. Eine solche – und in den 1920er Jahren einzige – Möglichkeit stellte die Auswanderung von durchorganisierten Kollektiven dar.

¹²² NA, MV I-SR, k 198, s. 9/166/864.

¹²³ Aus dem Bericht des Vertreters der ČSR in der UdSSR J. Girsá vom 3.11.1924 an MZV: NA, PMR, k. 279, s. 781.

IV.5. Die Anfänge der Auswanderungsbewegung und die Auswanderungsagitation

Bereits am Ende des Jahres 1920 und im Jahr 1921 wurde seitens unterschiedlicher Ministerien von einem wachsenden Interesse für das Einwanderungsland Sowjetrußland berichtet. Mit der steigenden Anzahl von Bitten um Auskunftserteilung wandten sich Tschechen und Slowaken an die Ministerien, welche jedoch zunächst nicht in der Lage waren, darauf entsprechend zu reagieren. Die Auswanderungsabteilung „H“ des tschechoslowakischen Sozialministeriums bestand noch nicht, auch die Zuständigkeit des MSP für Migrationsfragen stand noch nicht fest. Die Situation in Sowjetrußland – der Bürgerkrieg und die starken Auswanderungsströme – sorgte für Besorgnisse im tschechoslowakischen Innenministerium, welches eine der ersten Staatsinstitutionen der ČSR war, die sich der Auswanderungsfrage zuwandte. Doch die Anfänge waren schwer: Es fehlte an kompletten Informationen sowohl über die Lage in Sowjetrußland als auch über die Aufnahmebedingungen der Sowjets. Man begnügte sich also zuerst mit Informationen aus zweiter Hand.

Eine hohe Auswanderungsbereitschaft wurde besonders in industriell stark unterentwickelten Gebieten der ČSR – der Karpatoukraine und der Slowakei – gemeldet. Hier brach die revolutionäre Begeisterung in den ersten Nachkriegsjahren besonders stark aus. Dies brach allerdings nach kurzer Zeit wieder ein und in den Regionen kehrte (auch der politische) Alltag ein. Die Bevölkerung einiger Gebiete der ČSR fühlte sich um ihre politischen Intentionen und Wünsche betrogen, sie forderte mehr soziale Sicherheiten und Maßnahmen zur Festigung des Arbeitsmarktes und Teile von ihr wählten eine Auswanderung als die einzige Alternative. Besonders in der Slowakei brach eine regelrechte Auswanderungsbewegung aus. Diese steuerte jedoch viel stärker die Überseeländer als die Sowjetunion an. In der Karpatoukraine brach ebenfalls eine starke Auswanderungsstimmung aus. Viele Bewohner schrieben die schlechte Wirtschaftslage den ungarischen Juden zu und der Antisemitismus breitete sich in der Region aus.¹²⁴ Wegen der geographischen Nähe häuften sich besonders hier die individuellen Auswanderungsfälle in die Sowjetunion.

Während die Auswanderungsbewegung in der Slowakei und in der Karpatoukraine jeweils beinahe das ganze Land erfasste, wurde in den böhmischen Ländern jeweils nur von lokalen Auswanderungstendenzen in die Sowjetunion berichtet. Zu den frühesten registrierten Fällen gehörte eine Arbeitslosenaktion in Schlesien. Am 14.5.1921 fand in Moravská Ostrava eine große Versammlung von Arbeitslosen statt, die eine Forderung an die Regierung richteten, sie möge keine Hindernisse zur Auswanderung nach Sowjetrußland stellen. Daraufhin wurden Listen von Auswanderern erstellt¹²⁵. Nach Angaben des MV trugen sich etwa 40 Personen in die Listen ein. Das Innenministerium beabsichtigte, dieser Gruppe bei der Auswanderung nicht im Wege zu stehen,

¹²⁴ Siehe hierzu zahlreiche antisemitisch formulierte Berichte, die beim Vorstand des Ministerrates der ČSR eingingen: NA, PMR, k. 2825, s. 460, s.8.

¹²⁵ Angaben dem Bericht in Lidové noviny vom 22.5.1921 entnommen. Archiviert in: NA, MV I-SR, k. 245, s. 11/2/40.

sondern mit der sowjetischen Seite über die Übernahme von Haftung für Vermögens- und Personensicherheit für diese Tschechoslowaken zu verhandeln.¹²⁶

In einigen Regionen der Tschechoslowakei formierten sich bereits im Jahr 1921 Gruppen von Schulabgängern und Hochschulabsolventen mit dem Ziel, aus wirtschaftlichen Gründen in die UdSSR auszureisen. An das tschechoslowakische Schul- und Aufklärungsministerium wurden aus den Regionen der ČSR Namenslisten dieser Personen gerichtet. So teilte nach dem Ablauf des Schuljahres 1921 z.B. die Staatsfachschole für Weberei in Rumburg mit, dass vier ihrer Absolventen nun zur Arbeit in die Sowjetunion abzureisen wünschten. Die Industriefachschulen in Plzeň meldeten insgesamt 31 Leute, die Staatliche Industriefachschule in Jaroměř 48, die Staatliche Fachschule für Holzverarbeitung in Chrudim lediglich fünf Interessenten. Nach den Sommerferien kamen neue Gruppen hinzu, darunter nun auch von Hochschulabsolventen: Von der Staatsgewerbeschule in Chomutov wollten acht Personen in die UdSSR auswandern, von der Deutschen Staatsfachschole für Installateure in České Budějovice 17, von der Tschechoslowakischen staatlichen Industriefachschule in Košice 74 Personen und von der Prager Technischen Universität wollten 33 Absolventen in die Sowjetunion auswandern.¹²⁷

Der wirtschaftliche Missstand in der ČSR in den frühen 20er Jahren des 20. Jahrhunderts bewegte einige mittel- und arbeitslose Tschechoslowaken zur Auswanderung. Die Proklamation einer Auswanderungsabsicht in die UdSSR wie am Beispiel von Moravská Ostrava u.a. glich nicht automatisch einer Ausreise. Vielmehr handelte es sich um demonstrative Ablehnung der tschechoslowakischen Sozial- und Arbeitspolitik oder des bestehenden politischen Regimes als Ganzes. Dass die Personen letztendlich doch nicht auswanderten, lag unter anderem daran, dass es für sie in der UdSSR schlicht gar keine Arbeitsmöglichkeiten gab. Die sowjetischen Volkskommissariate waren zunächst einmal damit beschäftigt, eigene Leute – darunter junge demobilisierte oder kriegsgefangene Soldaten – in der sowjetischen Industrieproduktion zu unterbringen. Selbst für ausländische Absolventen technischer Berufe gab es in der Sowjetunion keine Arbeitsmöglichkeit. Außerdem blieb Ausländern der Zugang zu einigen Posten in der UdSSR – so z.B. zum Staatsdienst – am Anfang der 1920er Jahre ganz verwehrt.¹²⁸

In der ersten Hälfte der 1920er Jahre war eine individuelle Einwanderung nach Sowjetrußland (UdSSR) fast unmöglich. Auf sowjetischer Seite bestand zu dem Zeitpunkt keine Regulierungsbehörde, die Volkskommissariate wehrten sich gegen eine Arbeitereinwanderung und das tschechoslowakische MSP riet von einer Auswanderung ab. Unter solchen Umständen wagten einige Abenteurer den illegalen Weg in die Sowjetunion. Die tschechoslowakische Vertretung in Moskau berichtete noch im Jahr 1924 über ein auffällig häufiges illegales Grenzpassieren von Tschechoslowaken in die Ukraine. Diesen Leute drohte eine Gefängnisstrafe und eine hohe Geld-

¹²⁶ Ein Bericht der Politischen Bezirksverwaltung Moravská Ostrava vom 9.9.1921: Ebd., s. 11/2/94.

¹²⁷ Stand zum 4.10.1921. AMZV, II.sekce, k. 546, s. 2. Die Angaben über die auswanderungswilligen Absolventen wurden aufgrund des Ministerialerlasses vom 5.6.1921 erhoben.

¹²⁸ Aus dem Bericht der Vertretung der ČSR in Moskau an das MSP (28.2.1924): NA, MSP, k. 3887, s. H8-d29-b4.

strafe. Die mittellosen Tschechoslowaken würden sich danach an die Vertretung wenden und um Hilfe bitten. Die Vertretung verfüge jedoch über keine entsprechenden Ressourcen.¹²⁹

Viele der lokalen Auswanderungsbewegungen in die UdSSR waren das Ergebnis einer illegalen Auswanderungsagitation bzw. Auswanderungspropaganda. Privatpersonen lockten – aus unterschiedlichen Motivationen heraus – die Bevölkerung zur Auswanderung in die UdSSR und versprachen ihnen unrealistische Bedingungen. Sie versorgten die Bevölkerung mit falschen oder verschönerten, wenngleich unrealistischen Berichten aus dem Alltagsleben der Sowjetunion.

Das Recht, über die Verhältnisse in den Zielländern Auskunft zu geben – in diesem Falle Sowjetrußland/UdSSR – stand ausschließlich dem Sozialministerium oder einer akkreditierten Einrichtung zu. In der ČSR existierten keine speziellen Institutionen – im Gegensatz z.B. zu Deutschland – die speziell über das Einwanderungsland Rußland hätten Informationen erteilen können. So waren die interessierten Tschechen und Slowaken auf die Informationen des Sozialministeriums oder auf zweifelhafte Informationen von illegalen Agitatoren angewiesen. Registrierte Fälle einer unerlaubten Agitation mit dem Ziel, eine Auswanderungsbewegung nach Rußland auszulösen, gab es nicht viele. Der Grund liegt darin, dass Sowjetrußland/die UdSSR nach dem Ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg völlig zerrüttet war und kaum als attraktives Ziel wirtschaftlicher Einwanderung galt. Eine enorm hohe Anzahl an Fällen unerlaubter Agitation ist dagegen am Beispiel der tschechoslowakischen Auswanderung nach Amerika zu verzeichnen. Die tschechoslowakischen Behörden reagierten auf die Agitationsvorfälle jedoch stets höchst sensibel, sei es für die Auswanderung in die USA oder in die UdSSR.

Die Fälle unerlaubter Rußlandagitation wurden in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit registriert. Agitationsfälle gab es sehr häufig in der Karpatoukraine, einem kaum industrialisierten, landwirtschaftlich unterentwickelten Gouvernement der Tschechoslowakei. Das hiesige mittlere und niedere Bauerntum stellte ein anfälliges Objekt prosowjetischer Agitation dar. Einen Fall illegaler Anwerbung registrierte die karpatoukrainische Zivilverwaltung im Laufe des März 1924 in Velké Běrezná. Ein vermutlich polnischer Staatsbürger Mikula Peťák lockte die hiesige Bevölkerung zur Auswanderung in die UdSSR. Seinen Versprechungen zufolge sollte jeder Einwanderer Land und Vieh erhalten, um eine eigene kleine Landwirtschaft betreiben zu können. Dafür müsste er lediglich unentgeltlich für den sowjetischen Staat arbeiten. Peťák kassierte von Interessenten einen Vorschuss in Höhe von 30 bis 50 Kronen für die Passausstellung¹³⁰. Höchstwahrscheinlich ist dies kein Fall tatsächlicher unerlaubter Agitation, sondern eher ein einfacher Betrug, indem leichtgläubigen Bauern Geld entlockt wurde. Der „vertrauenswürdige“ Agitator entlarvte sich als Student und Tagelöhner Vladimír Mandulák. Bei der Hausdurchsuchung wurden entsprechende beweiskräftige Schriftstücke sichergestellt, Mandulák selbst ist untergetaucht.¹³¹

¹²⁹ Die Vertretung der ČSR an das tschechoslowakische Außenministerium am 15.1.1924: AMZV, II.sekce, k. 332.

¹³⁰ NA, MV I-SR, k. 989, s. 5/245/65.

¹³¹ Ebd.

Im Frühling 1925 ermittelte die Polizei in der Karpatoukraine gegen einen weiteren Fall unerlaubter Agitation: Kommunistische Funktionäre aus der Užhorod-Region – der Bezirkssekretär P. Němčuk und der Vorsitzende einer lokalen kommunistischen Parteizelle Ivan Seninc unter Mithilfe von J. Michajluk – agitieren für die Auswanderung in die UdSSR. Nach deren erfolgreicher Agitation stellte der kommunistische Abgeordnete Šafranko in Užhorod eine Liste von Interessenten zusammen und präsentierte sie auf der regionalen Parteiversammlung am 8.6.1925. Diese Liste soll nach Angaben des tschechoslowakischen Innenministeriums 120 Familien enthalten haben. Den Auswanderern wurde zugesagt, dass sie für insgesamt 6.000 Kronen günstig Land, ein Haus, ein paar Pferde oder Stiere, Kühe und Werkzeug kaufen können. Die Bedingung dabei war die Mitgliedschaft in der KSČ.¹³²

Die vom tschechoslowakischen Innenministerium registrierten Fälle unerlaubter prosowjetischer Agitation und Auswanderungspropaganda instrumentalisierten sowohl die in der ersten Hälfte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts stark verbreitete Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen Regime und der politischen Lage als auch die revolutionäre Nachkriegsstimmung. Die Agitatoren, oft aus den Reihen der lokalen KSČ-Führung, boten als Ausweg die „Alternative Sowjetunion“ an. Die Agitation wurde zu einem Zeitpunkt geführt, zu dem die Aufnahmebedingungen der Sowjets noch nicht klar umrissen werden konnten – zumindest für die individuelle Einwanderung – und zu dem die Verhältnisse in der Sowjetunion nicht ausreichend publik waren. Während die individuelle Einreise in die UdSSR in der ersten Hälfte der 1920er Jahre schwierig blieb, arbeiteten die sowjetischen Institutionen an den Aufnahmebedingungen für monoprofessionelle Einwanderergruppen. Etwa in den Jahren 1924 und 1925 wurde der Weg schließlich für eine landwirtschaftliche Gruppeneinwanderung geebnet.

¹³² NA, PMR, k. 176, s. 330.

V. Migrationsformen und ihre Charakteristika

V.1. Wirtschaftliche Auswanderung

In der vorliegenden Arbeit wird von dem Terminus „Auswanderer“ ausgegangen, so wie er im tschechoslowakischen Auswanderungsgesetz formuliert wurde, nämlich als Bezeichnung für eine Person, die ihre Heimat vorläufig oder dauerhaft, ungeachtet der Auswanderungsgründe, verlässt. Eine Auswanderung, das Verlassen der eigenen Heimat, hatte jedoch immer einen Grund. In diesem Kapitel wird dargestellt, was unter der „wirtschaftlichen Auswanderung“ verstanden wird.

Die Begriffe „Auswanderung“ bzw. „Auswanderer“ lassen sich nach unterschiedlichen Kriterien kategorisieren: Je nach Aufenthaltsdauer kann zwischen einer temporären und dauerhaften Auswanderung unterschieden werden, je nach Auswanderungsgründen zwischen einer politischen und wirtschaftlichen Auswanderung, je nach Auswanderungsart kann zwischen einer illegalen und legalen Auswanderung differenziert werden. Die politische Emigration kann wiederum unterschiedliche Facetten haben, je nach dem politischen Lager, dem der eine oder andere Emigrant entstammte.

Bereits der Begriff „Emigrant“ kann Auslegungsschwierigkeiten bereiten, denn er enthält in sich – wenngleich er im rein sprachlichen Sinne dem Begriff „Auswanderer“ gleicht – eine Hintergrundinformation über das Auswanderungsmotiv. So wird die Bezeichnung „Emigrant“ vornehmlich für Auswanderer verwendet, die aus politischen oder religiösen Bewegungen heraus ihre Heimat verlassen und ins Ausland reisen. Dagegen scheint der Begriff „Auswanderer“ neutraler und in gewisser Hinsicht dem „Emigranten“ übergeordnet zu sein und eignet sich wegen der inhaltlichen Neutralität eher zur Bezeichnung von Auswanderern, die ins Ausland abreisen, um eine neue Lebensgrundlage und eine neue Ernährungsquelle zu suchen.

Auch in dieser Arbeit werden die beiden Begriffe – „Auswanderer“ bzw. „Auswanderung“ und „Emigrant“ bzw. „Emigration“ – auf diese Art ausgelegt und verwendet. Wirtschaftliche Auswanderung bedeutet dementsprechend eine Abreise ins Ausland, die durch die ungünstige wirtschaftliche Lage des Auswanderers ausgelöst wird. Unbeachtet bleiben andere Faktoren, die eine derartige schlechte individuelle Wirtschaftslage herbeiführten, wie z.B. eine politische Instabilität, die eine allgemeine Wirtschaftskrise und eine wachsende Arbeitslosigkeit verursachen konnte. Es liegt auf der Hand, dass sich nicht immer eine klare Grenze zwischen einer wirtschaftlichen und politischen Auswanderung ziehen lässt. Wenn allerdings die primäre Entscheidung eines Auswanderers auf wirtschaftlichen Gründen basiert, so wird er in vorliegender Arbeit als wirtschaftlicher Auswanderer betrachtet.

Die wirtschaftliche Auswanderung kann unterschiedliche Formen haben. Dabei geht es insbesondere um eine konkrete Form der Auswanderung in die Sowjetunion. Gerade am Beispiel der tschechischen Auswanderer nach Russland im 19. Jahrhundert konnte festgestellt werden,

dass sie aus zwei wesentlichen Zweigen bestand: Als eine Auswanderung von Personen mit dem Ziel, sich in Russland der Landwirtschaftsführung zu widmen (oder von Landwirten selbst), und als eine Auswanderung von Intellektuellen (darunter Industriefachleuten), die in Russland einem „akademischen“ Beruf nachzugehen vorhatten. Auch während der Zwischenkriegszeit hatte die tschechoslowakische wirtschaftliche Auswanderung in die Sowjetunion unterschiedliche Ausprägungen.

Auch in der Form, in der die wirtschaftliche Auswanderung abgewickelt wurde und welche sowjetische Institutionen an der Einwanderung beteiligt waren, unterscheidet sie sich von einer politischen Emigration. Mit der „landwirtschaftlichen“ Einwanderung befasste sich die Übersiedlungs- und Immigrationsabteilung beim Volkskommissariat für Landwirtschaft (im Folgenden Narkomzem). Sie prüfte in Zusammenarbeit mit der Ständigen Kommission für die landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat die finanzielle Situation der Einwanderer und wies ihnen nach Bedarf ein geeignetes Grundstück aus dem staatlichen Kolonisationsfonds zu. Die Ländereien konnten an diejenigen ausländischen Interessenten vergeben werden, die unter der Kontrolle der sowjetischen Macht eine Kollektivlandwirtschaft aufbauen wollten. Es wurden ausschließlich landwirtschaftlich profilierte Gruppen unterstützt; an Einzelpersonen wurde kein Land vergeben.

In der Immigrationsabteilung des Volkskommissariats für Arbeit (im Folgenden Narkomtrud) liefen die Informationen über die personellen Defizite auf dem sowjetischen Arbeitsmarkt zusammen. Die einzelnen Industriezweige, beim Narkomtrud durch eigene Abteilungen vertreten – z.B. das Referat für elektrotechnische Industrie, die Abteilung für Metallindustrie u.a. – oder durch die Gewerkschaften, leiteten entweder ihre Anfragen an das Narkomtrud weiter, oder – falls sich ein ausländischer Arbeitnehmer selbst um eine Stelle in der sowjetischen Industrie bemühte – teilten dem Narkomtrud mit, ob dieser Interessent gebraucht werden konnte. Diese Instanzen berichteten der Immigrationsabteilung beim Narkomtrud regelmäßig über den aktuellen Bedarf an ausländischen Spezialisten und Fachleuten. Die Immigrationsabteilung informierte darüber mittels des Narkomindel die sowjetischen Auslands- und Handelsvertretungen, die je nach Land mit verschiedener Intensität die Anwerbung von ausländischen Arbeitern betrieben.

Wandten sich die Ausländer direkt an das Narkomtrud, so konsultierte die Immigrationsabteilung die Arbeitsmarktabteilung und die eigenen Vertretungen der Industriezweige. Die Anfragen einfacher Arbeiter – d.h. ohne eine spezifische Qualifikation – wurden in der Regel ohne solche Konsultation abgelehnt, denn die UdSSR war in der Zwischenkriegszeit ausschließlich an erfahrenen Fachleuten und Technikern interessiert. Als höchste Instanz fungierte bei den wirtschaftlichen Einwanderungsformen (landwirtschaftliche und industrielle) ausschließlich die KomSTO; ihr wurden nach der Untersuchung durch das Narkomtrud oder das Narkomzem die Anträge und Akten zur endgültigen Entscheidung weitergeleitet.

Die Entscheidung über die Einreiserlaubnis konnte auch leicht anders herbeigeführt werden, je nachdem, welche sowjetische Institution zuerst mit der Anfrage aus dem Ausland konfron-

tiert war. Wandte sich ein ausländischer Interessent direkt an die KomSTO, so wurde lediglich das für den Fachbereich zuständige Volkskommissariat konsultiert.

V.2. Politische Emigration

Im Gegensatz zu der wirtschaftlichen Einwanderung, die durch die offiziellen sowjetischen Staatsbehörden und Regulierungsämter (KomSTO) abgewickelt wurde, stand die politische Emigration in die UdSSR unter dem Patronat der kommunistischen Parteien und ihrer verwandten Subjekte sowohl im Aufnahme- als auch im Entsendeland. Anders als die wirtschaftliche Auswanderung wurde die politische Emigration durch politische Faktoren ausgelöst oder bewirkt.

Unter dem Begriff „politischer Emigrant“ werden in vorliegender Arbeit alle Personen verstanden, die wegen der politischen Lage im Heimatland ins Ausland – in die UdSSR – reisten. Als politischer Emigrant wird derjenige verstanden, der dem politischen Druck seitens der offiziellen politischen Staatsmacht nicht mehr widerstehen möchte, der einer Opposition gegen diese Staatsmacht angehört, der einer Verfolgung oder gar Haft seitens des bestehenden politischen Regimes ausgesetzt wird und keine andere Möglichkeit eines weiteren Verbleibens im Heimatland sieht und deswegen emigriert.

Unter dieser Emigrationsart werden auch andere, ebenfalls politisch motivierte Auswanderer zusammengefasst. Die Rede ist hierbei von kommunistischen Parteifunktionären oder einfachen Parteimitgliedern, die zu unterschiedlichen „dienstlichen“ Zwecken in die Sowjetunion abkommandiert wurden, zur Ausbildung in die UdSSR reisten oder anderweitig, mit Hilfe der kommunistischen Partei oder der Komintern in die Sowjetunion auswanderten. Ebenfalls unbeachtet für die Zuordnung zur politischen Emigration bleibt hierbei die Aufenthaltslänge.

Es wurde gesagt, dass als politische Emigration eine Auswanderung betrachtet wird, die mit Hilfe der VKP/b/, ihrer Subjekte oder auch der Komintern abgewickelt wurde. Der Verfasser ist sich dessen bewusst, dass die Verflechtung der Parteistrukturen und der Staatsverwaltung derartig fortgeschritten war, dass eine exakte Trennung der Administrative von der Partei gar nicht möglich ist. Vielmehr wird hierbei an sowjetische Einwanderungskanäle gedacht, die außerhalb der Zuständigkeit der KomSTO und der einzelnen Volkskommissariate standen und einzig und allein von der VKP/b/ oder der Komintern getragen wurden.

Somit werden die Begriffe „politische Emigration“ und „politischer Emigrant“ in einem besonders breiten Sinne aufgefasst. Denn darin werden nicht nur Personen, die in die Sowjetunion abreisen mussten, zusammengefasst, sondern auch Personen, für welche die UdSSR ein starkes ideologisch-politisches Anziehungspotenzial darstellte. Die Sowjetunion versprach – und dies bereits im Laufe der 1920er Jahre – mit ihrer geschickt geführten Propaganda attraktive Lebensbedingungen und gute materielle Versorgung. In einigen Phasen lockte sie ausländische Einwanderer mit hohen Gehältern und bedeutete für sie somit eine „neue Welt“. Hierbei befinden wir uns an

einer Schnittstelle zwischen den wirtschaftlichen und politischen Auswanderungsgründen, welche nicht klar voneinander zu trennen sind. Denn auch für Einwanderer, die aus wirtschaftlichen Gründen die ČSR verlassen haben, spielte die ideologische Anziehungskraft der Sowjetunion eine Rolle.

Die Uneindeutigkeit verhält sich auch bei den Auswanderern ähnlich, die aus Wirtschaftsgründen zu einem temporären Aufenthalt in die UdSSR gereist waren, die Sowjetunion allerdings nie wieder verließen. Entweder war für sie eine Rückkehr ins Heimatland nicht mehr möglich, da sie als ideologisch „kontaminiert“ galten und nur schwerlich eine neue bzw. ihre ursprüngliche Arbeitsstelle hätten einnehmen können, oder manche Einwanderer kehrten nach dem Vertragsablauf nicht mehr zurück, da sie sich zu dem Zeitpunkt bereits so stark mit dem politischen Regime der UdSSR und der stalinistischen Ideologie identifizierten, dass sie lebenslang in ihrer neuen Heimat zu verbleiben wünschten. Solche Einwanderer wurden in einigen Fällen von der sowjetischen Administrative von diesem Zeitpunkt an als politische Einwanderer betrachtet und dementsprechend behandelt.

Derartige Wandlungen im Emigrantenstatus – von wirtschaftlich zu politisch – können in dieser Arbeit nur äußerst beschränkt berücksichtigt werden. Für unsere Untersuchung sind lediglich die primären Auswanderungsgründe relevant und werden im Folgenden auch näher betrachtet. Eingestuft als tschechoslowakischer politischer Emigrant wird in vorliegender Arbeit derjenige, der von der Kommunistischen Partei der ČSR für die Ausreise in die UdSSR bestimmt wurde oder derjenige, der die Partei- und Kominternstrukturen für die Realisierung der Ausreise nutzte. In den nachfolgenden Kapiteln wird ebenfalls dargestellt, auf welche parteinahen sowjetischen Institutionen der Transfer von tschechoslowakischen politischen Emigranten während der Zwischenkriegszeit übertragen wurde.

Nicht nur, dass man am Emigrantenstatus eine Gratwanderung beobachten kann – es kommt zwischen der wirtschaftlichen und politischen Auswanderungsform auch noch zu anderen Verschiebungen: Bei den wirtschaftlichen Auswanderern ist der aktive und „freie“ Part des Auswanderers an der Realisierung der Ausreise bemerkbar, indem der Auswanderer aus freiem Willen heraus die ČSR verließ. Der Emigrant, der durch einen äußeren (politischen) Druck die Heimat verlassen musste, handelte dementsprechend nicht mehr frei. Die Auswanderung der politischen Emigranten im klassischen Sinne war mehr erzwungen als freiwillig.¹³³

¹³³ Zur Terminologie vgl. Oltmer 2005: 15f.

V.3. Legale und illegale Auswanderung

Die Frage der Legalität bzw. Illegalität der Auswanderung aus der Tschechoslowakei in die UdSSR kann von zwei Standpunkten aus betrachtet werden. Eine legale Auswanderung aus der ČSR erfolgte mit einem gültigen tschechoslowakischen Reisepass bzw. mit einem sowjetischen Einreisevisum. Es konnte festgestellt werden, dass im Allgemeinen die wirtschaftliche Auswanderung auf legalen Wegen erfolgte. Die Auswanderer traten mit sowjetischen Behörden in Kontakt und wickelten eine Ausreise aus der ČSR ab. Unmittelbar vor der Ausreise wurde ihnen auf Anweisung des Narkomindel bei der sowjetischen Vertretung in Prag ein entsprechendes Individual- oder Gruppenvisum erteilt. Es handelte sich somit um eine legale Ausreise aus der Tschechoslowakei und eine legale Einreise in die Sowjetunion.

Ein tschechoslowakischer Auswanderer, der ohne gültigen Reisepass (und Visum) und somit illegal die ČSR verließ, konnte trotzdem von den Sowjets als legaler Einwanderer betrachtet werden. Ein solcher Fall trat ein, wenn die Einreise durch die Organe der VKP/b/ oder der Komintern abgewickelt wurde und die Person zu einem geheimen, meistens ideologisch oder politisch motivierten Aufenthalt reiste. Die Einreise geschah somit im Einverständnis mit der sowjetischen kommunistischen Partei und wurde von ihr als legal angesehen.

Ein Fall sowohl illegaler Aus- als auch Einreise trat dann ein, wenn ein tschechoslowakischer Staatsbürger arbeitssuchend ohne einen gültigen Reisepass und ein Einreisevisum illegal die Grenze zur Sowjetunion passierte. Solche Fälle wurden verstärkt in den 1920er Jahren registriert¹³⁴. Diese illegalen Grenzpassierungen wurden von den sowjetischen Behörden mit äußerster Schärfe verfolgt, besonders dann, wenn für die individuellen illegalen Einwanderer in der Sowjetunion keine Beschäftigungschance bestand, was in den 1920er Jahren der Regelfall war. Falls es sich bei den Einwanderern um Vertreter gesuchter Berufe handelte, konnte ihr illegaler Einwandererstatus zu einem legalen Aufenthalt umgeändert werden.

Es existierten Fälle, in denen ein tschechoslowakischer Staatsbürger mit einem touristischen Visum in die UdSSR reiste, wenngleich seine primäre Absicht darin bestand, sich in der Sowjetunion dauerhaft niederzulassen und dort zu arbeiten. Wie bei der oben genannten Gruppe wurde auch er nach dem Ablauf seines Besuchervisums als ein illegaler Einwanderer betrachtet und aus der UdSSR ausgewiesen. Nur in äußerst seltenen Fällen konnte für ihn eine geeignete Arbeitsstelle gefunden werden.

Die beiden einleitend genannten Standpunkte handeln von der Legalität bzw. Illegalität der Migration sowohl von tschechoslowakischer als auch von sowjetischer Seite. Die UdSSR legte jedoch andere Einwanderungsprinzipien fest, um den illegal eingereisten Personen eine Beschäftigung anzubieten. Besonders diejenigen, die in den 1920er Jahren (noch vor dem Fünfjahresplan)

¹³⁴ Einige solche illegalen Grenzpassierungen in die Ukraine beschrieben und archiviert z.B. unter: NA, MZV-RPA, k. 422, s. Vystěhovalectví do SSSR 1925-1935.

in die Sowjetunion individuell illegal einreisten, hatten in der sowjetischen Industrie oder Landwirtschaft kaum eine Chance.

V.4. Weitere „Einwanderungsformen“ und die sekundäre Einwanderung von Tschechoslowaken

An dieser Stelle sind noch einige weitere Einwanderungsformen zu erwähnen, die außerhalb der bereits dargestellten Migrationskanäle standen. Ihre Erfassung ist aus unterschiedlichen Gründen im Rahmen vorliegender Arbeit nicht möglich oder gar nicht notwendig. Neben einer direkten Auswanderung aus der Tschechoslowakei in die Sowjetunion existierte nämlich in einem offensichtlich sehr geringen Umfang auch eine sekundäre Einwanderung von Personen tschechischer und slowakischer Nation oder gar tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft aus einem Drittland in die UdSSR.

In den Archivquellen tauchen einige wenige Beispiele der Einwanderung von amerikanischen Tschechen und Slowaken in die Sowjetunion auf. Anscheinend veranlasst durch die starke Rückwanderung von amerikanischen, aus Zarenrußland vertriebenen oder ausgewanderten Russen, wählten ebenfalls einige Tschechen und Slowaken den Weg in die UdSSR. Dementsprechend finden sich in unzähligen russischen Archivquellen Hinweise auf aus Amerika eingewanderte Tschechen oder Slowaken. Eine kanadische landwirtschaftliche Kommune, die das ehemalige Gut „Migaevo“ in der Ukraine pachtete, bestand größtenteils aus remigrierten Russen, allerdings gehörten auch drei Tschechen zu ihrer Mitgliedschaft¹³⁵. Diese Kommune gehörte zu den ersten überhaupt, die nach Sowjetrußland auswanderten.

Neben den Tschechen und Slowaken, die sich dem Auswanderungsstrom aus den USA in die UdSSR anschlossen, gab es vereinzelte Beispiele österreichischer Tschechen, die in die Sowjetunion ausreisten. Diese Fälle tauchen häufiger am Anfang der 1930er Jahre im Zusammenhang mit der Industrialisierung der Sowjetunion auf. Zu dieser Zeit wurde oft aus Europa die maschinelle Einrichtung für industrielle Betriebe in die Sowjetunion exportiert. Oft wurde auch das fachkundige Personal mit in die UdSSR entsandt, um die reibungslose Inbetriebnahme der Geräte zu gewährleisten. Unter den Technikern aus Österreich treten manchmal tschechoslowakische Staatsbürger in Erscheinung, wie am Beispiel der Wiener Firma „W. Kupka, säurefeste Auskleidungen“, welche ihre drei ursprünglich aus Horní Radouň stammenden Techniker ins europäische Rußland entsendete.¹³⁶

Neben diesen Fällen von „Dienstreisen“ konnten auch Fälle von tschechoslowakischen Staatsbürgern festgestellt werden, die sich während eines Arbeitsaufenthalts in Österreich mittels der sowjetischen Handelsvertretung in Wien selbst eine Arbeitsstelle in der UdSSR besorgten. Das

¹³⁵ Mitgliedsverzeichnis vom März 1922: GARF, f. R-364, op. 1, d. 7, l. 354-360.

¹³⁶ Die Techniker sollten am Bau von Holzöfen beteiligt sein. Es waren: Václav Brus, Šimon Přibyl, Ludvík Vacek: NA, MSP, k. 1792, s. E3-e30.

regelmäßige Auftreten dieser Fälle führte in den tschechoslowakischen Regierungskreisen eine Diskussion herbei, welche Behörde für die Ausstellung der Reisepässe oder Abänderung der Eintragungen zuständig ist und ob die tschechoslowakische Vertretung in Wien dies vornehmen kann.¹³⁷ Derartige Fälle einer sekundären Migration können in vorliegender Arbeit nicht genauer untersucht werden. Zum einen können diese Personen in den Archivquellen nicht systematisch ausfindig gemacht werden, zum anderen handelte es sich um einige wenige Einzelpersonen, deren Nichtberücksichtigung keineswegs die Gesamtuntersuchung beeinträchtigen kann.

Ebenfalls weitgehend unbeachtet müssen einige weitere Formen der „Einwanderung“ aus der ČSR in die Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit bleiben. Hiermit sind die Versuche tschechoslowakischer Unternehmer gemeint, welche durch die Errichtung von Zweigstellen, Niederlassungen und Konzessionen auf den sowjetischen Markt vorzudringen versuchten. Auch im Sinne des tschechoslowakischen Auswanderungsgesetzes von 1922 handelte es sich um keine Auswanderung, sondern lediglich um Entsendung von einigen tschechoslowakischen Führungskräften und Technikern in die Sowjetunion zu einem zeitlich klar beschränkten Aufenthalt.

Die Durchsicht der Archivakten des Hauptkonzessionskomitees (Glavkonceskom) zeigte, dass derartige Versuche tschechoslowakischer Unternehmer bereits ab dem Anfang der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts getätigt wurden. Insbesondere in Form von Konzessionen¹³⁸ wollten entweder bestehende Betriebe in der ČSR oder auch individuelle Interessenten industrielle Betriebe in der UdSSR übernehmen¹³⁹. Zahlreiche von den individuellen Konzessionären in der ČSR entstammten ursprünglich der tschechischen Minderheit in Russland, sie kannten die Bedürfnisse der russischen, von nun an sowjetischen Landwirtschaft bzw. der Industrie, und gehörten zu den ausländischen Pionieren im sowjetischen Konzessionswesen.

Dabei muss erwähnt werden, dass nur selten tschechoslowakische Unternehmer tatsächlich auch eine Konzession in der UdSSR übernahmen. In der ersten Hälfte der 1920er Jahre war dies nur sehr schwer möglich, obwohl die Ära der Neuen ökonomischen Politik eine leichte Verbesserung für ausländische Konzessionäre brachte.

Eine besonders schwer greifbare Gruppe von tschechoslowakischen Einwanderern in die UdSSR stellten diejenigen Personen dar, die – und dies wurde bereits angesprochen – mit einem Touristenvisum in die UdSSR ausreisten, wenngleich sie primär die Absicht hegten, sich in der Sowjetunion dauerhaft niederzulassen. Reisten die Tschechoslowaken am Anfang der 1930er Jahre ein, so hatten sie eine geringe Chance, in der UdSSR zu verbleiben. Die Fälle einer Einreise in die Sowjetunion mit einem Visum des staatlichen Tourismusmonopols „Inturist“ häuften sich gerade zur Zeit des Fünfjahresplanes. Die sowjetische Verwaltung reagierte mit einer einfachen Rege-

¹³⁷ Mehr hierzu archiviert auch in: NA, MZV-RPA, k. 422, s. Vystěhovalectví do SSSR 1924-1935 A.

¹³⁸ Vgl. hierzu Kap. IX.1.

¹³⁹ Überliefert sind insbesondere zahlreiche Konzessionsanträge auf Bierbrauereien in der Ukraine, weiter auf Holzbearbeitungsbetriebe und auf Betriebe für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produktion. Siehe: GARF, f. 8350, op.1, d. 2828, d. 2830 u.a.

lung: Hochqualifizierte Industriefachleute und Menschen mit guten Fremdsprachenkenntnissen konnten unter bestimmten Auflagen in der UdSSR verbleiben und beschäftigt werden.

Die hier geschilderten Einwanderungskanäle und Fälle sekundärer Migration konnten in vorliegender Arbeit wegen geringer Anzahl und unübersichtlicher Archivlage nicht berücksichtigt werden. Sie sollten an dieser Stelle jedoch eine Erwähnung als latente Einwanderungsmöglichkeiten in die Sowjetunion finden. Diese Einwanderungskanäle standen außerhalb aller Kontroll- und Regelungsmechanismen der tschechoslowakischen Behörden und die auf diesen Wegen ausgewanderten Personen konnten daher auch in keiner tschechoslowakischen offiziellen Statistik erfasst werden.

VI. Die sowjetische Immigrationspolitik der Nachkriegszeit

VI.1. Die Festigung der sowjetischen Herrschaft und die Immigration

Weder die sowjetische/russische noch die internationale Historiographie schenkte der Frage der sowjetischen Aus- und Einwanderungspolitik die verdiente Beachtung. Es existieren zweifellos zahlreiche publizistische oder populär-wissenschaftliche Abhandlungen, welche die beiden Problemfelder thematisieren. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei der „weißen“ russischen Emigration aus Russland geschenkt, bzw. deren Remigration. Wie sich jedoch die sowjetische Immigrationspolitik gestaltete, welche Rolle dabei die sozialistische Ideologie spielte und wie diese Politik von den volkswirtschaftlichen Interessen und aktuellen Entwicklungen beeinflusst wurde, muss erstmals an dieser Stelle erläutert werden.

Die sowjetische Regierung verabschiedete von ihren Anfängen an eine enorme Fülle von Rechtsnormen, welche gezielt oder beiläufig auch die Einwanderung in die UdSSR regulierten. Eine unübersichtliche Masse von Verordnungen der Volkskommissariate, Anweisungen der einzelnen Behörden und der unterschiedlichen interministeriellen Rundschreiben lassen erkennen, dass die sowjetische Immigrationspolitik – wenigstens in den Anfangsjahren – im Grunde mehr eine selbstspeisende undurchschaubare bürokratische Maschinerie als ein auf klaren Grundlagen basierendes politisches Konzept war. Hinzu kommt, dass viele der aufgezählten Normen nie ordnungsgemäß publiziert wurden, was lediglich von dem rein formellen und bürokratischen Charakter der zahlreichen Normen zur Regulierung der Einwanderung zeugt.

Die sowjetische Einwanderungspolitik stand unmittelbar nach den Revolutionsergebnissen des Jahres 1917 unter einem entscheidenden Einfluss von ideologischen und politischen Aspekten und unter dem Stern des „Internationalismus“. Unmittelbar nach den beiden Revolutionen lässt sich ein klares Interesse der sowjetischen Machthaber an politisch aktiven internationalen Einwanderern feststellen, die als eine Stärkung des sowjetischen Bolschewismus verstanden wurden und zugleich als eine zusätzliche Kraft zur Durchsetzung der Idee einer weltweiten Revolution. Von dieser Intention zeugt ein bereits im Dezember 1917 verabschiedetes Gesetz der RSFSR, welches eine Einreise von politisch motivierten Immigranten ermöglichte. Keine drei Monate später wurde dies in einem neuen Gesetz¹⁴⁰ (März 1918) bestätigt und das Einreiserecht wurde nicht nur politischen, sondern auch religiösen Immigranten eingeräumt. Die Aufnahme von aus religiösen Gründen eingewanderten Personen wurde jedoch zu einem kurzlebigen Ereignis: Nur eine kurze Zeit darauf – im Zusammenhang mit dem harten Kurs der Sowjets gegen die orthodoxe Kirche – wurden derartige Personen nicht mehr aufgenommen und die Definition eines politischen Immig-

¹⁴⁰ Die hier genannten Rechtsnormen wurden in der RSFSR verabschiedet. In der Ukraine wurden sie analog „kopiert“ und angewendet.

ranten schrumpfte auf eine „Person, die wegen ihrer gesellschaftlichen Betätigung verfolgt wird“ zurück.¹⁴¹

Doch die liberale Haltung und hohe Aufnahmebereitschaft, begleitet von einer großzügigen Vergabe der sowjetischen Staatsbürgerschaft, blieben nach wie vor erhalten. Die Einreise – die Rede ist von den oben genannten „politischen“ Einwanderern – war zu dem Zeitpunkt sehr einfach und wurde auch bürokratisch sehr schnell gemeistert. Eine wirtschaftliche Einwanderung gab es in den Jahren 1917 und 1918 nicht. Dies durfte sich erst im Laufe der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den volkswirtschaftlichen Belangen der UdSSR ändern.

Die Einreisebedingungen nach Sowjetrußland zur Zeit des Bürgerkrieges orientieren sich zunächst eindeutig an den politischen oder militärischen Interessen der bolschewistischen Macht. Jedoch wurde sowohl bei den neu eingereisten Personen als auch bei den in Sowjetrußland bereits wohnenden Ausländern deren Wirtschaftskraft erkannt. Um die noch bestehenden geringen Privilegien für Ausländer aufzuheben und sie der Arbeitspflicht zu unterstellen, wurde ab Ende 1919 eine Registrierung der Ausländer geführt. Diese Praxis wies auf eine sich verändernde Politik gegenüber den ausländischen Einwanderern und fremden Staatsbürgern im Allgemeinen hin.

Ab den 1920er Jahren und besonders stark dann ab der Verkündung der Neuen ökonomischen Politik sollte der wirtschaftliche Aspekt an Bedeutung gewinnen. Die Abwendung vom militärischen Kommunismus und die Orientierung am wirtschaftlichen Wiederaufbau des Staates brachte auch eine Betonung des Sozialismusaufbaus im eigenen Land anstelle der weltweiten proletarischen Revolution. Die bolschewistische Macht sagte von nun an den Revolutionsgegnern einen verstärkten Kampf an und stellte die wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion deutlicher in den Mittelpunkt.

Ab 1920 änderte sich die Einstellung den Einwanderern gegenüber, die aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus in die UdSSR einreisen wollten. Diese Art von Einwanderung wurde als „Arbeitsmigration“ bezeichnet. Diese Arbeitsmigration wurde als ein Zeichen des proletarischen Internationalismus gewertet und als Beleg dafür, dass das sozialistische System dem Kapitalismus vorgezogen wird. Die Sowjetunion war zu dem Zeitpunkt an hochqualifiziertem Fachpersonal für die angeschlagene sowjetische Industrie interessiert. Doch zu einem Aufschwung in der industriellen Einwanderung konnte es nicht kommen: Die Sowjetunion war nicht im Stande, die Einwanderer entsprechend materiell abzusichern. Nur noch wenige industrielle Einwanderer – darunter einige aus der ČSR – reisten tatsächlich am Anfang der 1920er Jahre in die Sowjetunion aus.

Die katastrophale Versorgungslage und die zerstörte sowjetische Landwirtschaft waren die schwierigsten Aufgaben, welche die sowjetische Regierung zu diesem Zeitpunkt zu lösen hatte. Daher begrüßte sie die Einwanderung von amerikanischen Bauern (darunter zahlreiche russische Emigranten und aus Zarenrußland geflüchtete Juden). Ihre Niederlassung auf dem Staatsterritorium der Sowjetunion bedeutete zugleich die Einfuhr moderner landwirtschaftlicher Methoden und

¹⁴¹ Zit. nach: Fel'stinskij 1991: 16.

Technologien. Die amerikanischen Einwanderer reisten in größeren Personengruppen ein und wählten die klimatisch günstigen Regionen der Ukraine als Ziel. Am 10.5.1921 wurde ein Gesetz zur Förderung landwirtschaftlicher Einwanderung verabschiedet, welches auf die Bedürfnisse gerade der amerikanischen Einwanderer zugeschnitten war.¹⁴² In mehreren ukrainischen Großstädten und Häfen wurden spezielle „Emigrantenhäuser“ errichtet, welche für die erste Aufnahme der Einwanderer bestimmt waren.

Es wurde ein Anstieg der Arbeitsmigration erwartet. Doch auch die Neue ökonomische Politik (im Folgenden NEP) konnte die Einwanderung nicht fördern. Die ersehnten industriellen Fachleute reisten nur in einer äußerst begrenzten Anzahl ein und spätestens die Hungersnot in einigen Regionen 1921/1922 brachte eine individuelle Einwanderung gänzlich zum Erliegen. Die Erfolge der NEP waren noch nicht zu spüren: Der Zustand der sowjetischen Landwirtschaft änderte sich nicht und auch in der Industrie fehlte es an allem: Vieh, Saat, landwirtschaftliche Geräte bzw. das notwendige Material für die Industrie. Die sowjetische Regierung entschied sich also, künftig nur die Einreise von organisierten und finanziell abgesicherten ausländischen Gruppen zuzulassen. Eine individuelle Arbeitseinwanderung wurde entscheidend erschwert.

Durch den Beschluss des Arbeits- und Verteidigungsrates vom 22.6.1921 wurden die Einwanderungsbeschränkungen in die Tat umgesetzt. Die Einwanderung wurde damit entscheidend eingedämmt, lediglich Einwanderer, für die eine Anstellungsgarantie bestand, durften in die Sowjetunion einreisen. Praktisch konnten nur die amerikanischen Bauern weiterhin einreisen, da deren Ansiedlung in der Sowjetunion für die Behörden keine großen Kosten bedeutete. Nur eine beschränkte Einwanderung von Arbeitern aus den USA hielt an. Doch auch die kam in den Jahren 1923 und 1924 zum Erliegen: Eine Krise in der ohnehin bescheidenen industriellen Produktion – Mangel an Heiz- und Rohstoffen – und eine hohe Arbeitslosigkeit¹⁴³ machte eine Einwanderung von Ausländern schlicht unerwünscht.

Im Jahre 1922 wurde durch die Einführung der KomSTO ein Versuch unternommen, das Ein- und Auswanderungswesen einer einzigen Aufsichtsinstitution zu unterstellen und die Regelung der Einwanderung zu zentralisieren. Zu ihrem Betätigungsfeld gehörte insbesondere die Abwicklung der Einreise und die Betreuung der eingewanderten ausländischen landwirtschaftlichen Kollektive, deren Einreise in den Jahren 1923 und 1924 im Gegensatz zur industriellen Einwanderung unter strengen Auflagen möglich war. Doch auch die landwirtschaftliche Gruppeneinwanderung war von der katastrophalen Lage in der UdSSR gekennzeichnet: Wenn die sowjetischen Behörden früher den Gruppen die Kosten für die Bahnreise erlassen und sie am Anfang mit Saatgut

¹⁴² Ebd.: 31.

¹⁴³ Die Arbeitslosigkeit erreichte zum 1.6.1924 die Zahl von 1.340.000 Personen. Zum 1.10.1924 sank sie wegen der Säuberungen unter den Arbeitslosen auf 775.000 Personen. Zum 1.5.1926 ist die Zahl der „offiziellen“ Arbeitslosen von 775.000 auf eine Million gestiegen, d.h. es handelte sich um eine Zunahme von 30 Prozent. Davon waren 62 Prozent Industriearbeiter und Tagelöhner, 29 Prozent waren Vertreter intellektueller Berufe: Aus einem Bericht des tschechoslowakischen Außenministeriums an das MSP vom 13.7.1925. NA, MSP, k. 3887, s. H8-d29-b4. Im Jahr 1924 hatte die Sowjetunion 8,5 Millionen Arbeiter; dementsprechend war fast jeder siebte Arbeiter ohne Beschäftigung: Fel'stinskij 1991: 34.

und Vieh ausgestattet hatten, mussten sich die Einwanderer im Jahr 1924 lediglich mit einer Ermäßigung der sowjetischen Bahntarife begnügen.

Im September 1926 unternahm die sowjetische Regierung weitere Schritte zur Einschränkung der Einwanderung: Infolge einer vermeintlichen „Kapitalisierung“ des sowjetischen Dorfes wurde die Einreise von landwirtschaftlichen Einwanderern deutlich begrenzt und auch die bestehenden landwirtschaftlichen Gruppen in der Sowjetunion gerieten als „Kulaken-Kollektive“ ins Visier der sowjetischen Behörden. Und indem auch die NEP langsam ausklang, nahm die sowjetische Regierung einen neuen Kurs ein: Zahlreiche Bestimmungen bezüglich der landwirtschaftlichen Einwanderung aus den früheren Jahren wurden aufgehoben und letztendlich wurde auch die Tätigkeit der KomSTO eingestellt. Die Regelung der Einwanderung in die Sowjetunion ging in die Zuständigkeit unterschiedlicher sowjetischer Volkskommissariate und Volkswirtschaftsinstitutionen über. Dieser Wechsel bedeutete ein Aufeinanderprallen von unterschiedlichen spezifischen Interessen, darunter auch diejenigen bezüglich der Einwanderungsfragen.

Die erste Hälfte der 1920er Jahre bedeutete in der UdSSR eine Abkehr von ideologischen hin zu ökonomischen Interessen. Die sowjetische Einwanderungspolitik entwickelte sich somit parallel zu den Entwicklungen, welche die Neue ökonomische Politik mit sich brachte. Das Resultat – mit dem Ende dieser Ära wurde auch die Arbeitseinwanderung eingestellt – bereitete lediglich den Boden für weitere Maßnahmen in der sowjetischen Gesellschaft: die Kollektivierung. Die industrielle Einwanderung wurde besonders stark im Jahr 1921 beschränkt, in den Folgejahren war sie auch nur im begrenzten Ausmaß möglich. Im Jahr 1927/1928 wurde die Einwanderung für eine kurze Zeit gestoppt, um sich während des Fünfjahresplanes den ausländischen Einwanderern neu zu öffnen.

VI.2. Die Ständige Kommission für die landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat (KomSTO)

Durch den Beschluss des Arbeits- und Verteidigungsrates der RSFSR vom 25.10.1922 wurde die „Kommission zur Regulierung der industriellen Remigration aus Amerika“ gegründet, eine institutionelle Reaktion auf die steigende Zahl der amerikanischen Einwanderer. Ein knappes Jahr später wurde die Kommission unbenannt und trug seitdem die Bezeichnung „Ständige Kommission des Arbeits- und Verteidigungsrates für industrielle Emigration“. Am 17.2.1925 änderte sie ihren Namen erneut in „Ständige Kommission für die landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat“. Sie übernahm – egal welche Bezeichnung sie hatte – die Sorge für die Regelung der Einwanderung, die Verantwortung für die Zulassung von landwirtschaftlichen und industriellen Einwanderern in die UdSSR und die Aufgabe, die Einwanderer über das Staatsterritorium der Sowjetunion zu verteilen. Der erste Vorsitzende der Kommission

war A. Ejduk (Januar bis Mai 1923), V. A. Smol'janinov leitete dann die Kommission bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1927.¹⁴⁴

Die Entstehung einer einzigen Kommission brachte eine Zentralisierung in die sowjetische Einwanderungspolitik. Die KomSTO konnte als höchstes Organ der Einwanderungspolitik der Immigration in die UdSSR eine klare Linie vorgeben, sie konnte die Einwanderung unter Berücksichtigung der sowjetischen staatlichen politischen und volkswirtschaftlichen Interessen einschränken bzw. verbieten, sie konnte eine illegale Einwanderung eindämmen und dem Einwandererstrom in die UdSSR einen ordnungsgemäßen Charakter geben. Zu diesem Zwecke waren in der KomSTO Bevollmächtigte unterschiedlicher Volkskommissariate vertreten.

Doch nicht nur die bloße Aufnahme ausländischer Einwanderer gehörte zu den Aufgaben der KomSTO. Sie trug auch nach der Einsiedlung der Immigranten für ihre weitere Entwicklung in der Sowjetunion Verantwortung. Sie musste den Einwanderern oft finanzielle Hilfe leisten, sie bei der Suche nach einer Unterkunft unterstützen und ihnen verschiedene bürokratische Hürden z.B. bei der Materialversorgung überwinden helfen. Die KomSTO klärte, ob die Einwanderer zu einem dauerhaften Aufenthalt in die Sowjetunion kamen oder zurückzukehren wünschten und sorgte gegebenenfalls für deren Überführung ins Heimatland, je nach den Vertragsmodalitäten auch auf Kosten des Arbeitgebers. Sie fungierte praktisch während des gesamten Aufenthaltes der Ausländer in der UdSSR als ihr Ansprechpartner.

An die KomSTO konnten sich sowohl Gruppen von Einwanderern als auch Einzelpersonen wenden. Je nach Schwerpunkt der auszuübenden Tätigkeit in der UdSSR waren die Einreiseanträge in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Volkskommissariat beraten worden, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wurde. So war das Volkskommissariat für Landwirtschaft für die Fragen der Einwanderung von landwirtschaftlichen Kollektiven zuständig, das Volkskommissariat für den Bergbau wiederum in die Einreise von Bergbauleuten eingebunden. In den Entscheidungsprozess konnten auch andere Institutionen eingebunden werden, so z.B. der Oberste Volkswirtschaftsrat, die Gewerkschaften oder die großen industriellen Staatsmonopole.

Wir verfügen über keine absoluten Zahlen der Einwanderer in die Sowjetunion. In den Archivquellen sind unterschiedliche Angaben anzutreffen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass ausländische Einwanderer nicht sorgfältig erfasst wurden, zum anderen kann ebenfalls angenommen werden, dass auch die Volkskommissariate – z.B. in einem Eilverfahren – ihre Angaben nicht immer vorschriftgemäß an die KomSTO weiterleiteten. Im Zeitraum 1922 bis 1924 gingen bei der KomSTO zahlreiche Anträge von Kollektiven auf die Erteilung einer Einreiseerlaubnis in die UdSSR ein: 40 davon waren aus Deutschland, 13 aus der ČSR (bestehend aus insgesamt 1.926 Personen – 289 für die sowjetische Industrie, 1.637 für die Landwirtschaft), 18 aus den USA, einer aus Kanada, drei aus der Türkei und acht andere. Von Einzelpersonen erhielt die KomSTO

¹⁴⁴ Angaben übernommen aus: Mironenko S. V. (Red.) 1997: Putevoditel'. Tom 3. Fondy Gosudarstvennogo archiva Rossijskoj Federacii po istorii SSSR [Archivführer, Bd. 3. Bestände des Staatsarchivs der Russischen Föderation zur Geschichte der UdSSR]. Moskva, 98ff.

797 Anträge aus Deutschland, 469 aus den USA, 435 aus der ČSR (davon waren 407 Einwanderer, 28 Remigranten; davon 416 für die Industrie, 19 für die Landwirtschaft), 177 aus Österreich, 113 aus Litauen, 752 andere. Eine positive Antwort erhielten lediglich 34 Einzelpersonen aus der ČSR (davon nur sieben Einwanderer und 27 Remigranten).¹⁴⁵

In den Jahren 1922 bis 1926, also nahezu während der gesamten Existenz der Kommission, erhielt die KomSTO Einreiseanträge von insgesamt 416.000 Personen, davon erhielten etwa 20.000 Personen eine Einreiseerlaubnis. Und obwohl die sowjetische Regierung eine Einwanderung in Gruppenform bevorzugte, wurde in dem genannten Zeitraum nur 35 Gruppen die Einreise erlaubt (insgesamt etwa 6.000 Personen), während 123 Gruppen die Einwanderung beantragt hatten. Eine individuelle Einreise beantragten 14.900 Personen, wovon 4.850 letztendlich einwandern durften.¹⁴⁶ Daran ist eindeutig erkennbar, mit welcher Stärke die Selektion von Anträgen in der KomSTO geführt wurde.

Die meisten Anträge kamen aus dem westlichen Europa: Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Schweiz, Ungarn u.a. Dies macht deutlich, dass die Auswanderungsbereitschaft in die UdSSR am höchsten in denjenigen Ländern war, welche wegen des Ersten Weltkriegs in eine tiefgehende wirtschaftliche Krise geraten waren. Ein ebenfalls starker Strom von Einwanderern kam auch aus den USA und Kanada. Es waren in erster Linie Remigranten – Russen, Ukrainer, Weißrussen, Finnen u.a. – welche im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts das Zarenrussland aus wirtschaftlichen und politischen Gründen verlassen hatten. Einreiseanträge aus Südamerika oder Australien traten auch nicht gerade selten in Erscheinung.

Die angeführten Zahlen, insbesondere diejenigen der tschechoslowakischen Einwanderer, lassen die bereits erwähnte Relativität der Zahlen deutlicher erscheinen. Im Zeitraum 1922 bis 1924 reiste keine landwirtschaftliche Kommune in die UdSSR aus, lediglich eine Gruppe von 80 Arbeitern („Pragomašina“¹⁴⁷) ließ sich in der UdSSR nieder. Den Angaben des tschechoslowakischen Statistischen Staatsamtes zufolge wurden insgesamt 1.182¹⁴⁸ Russland-Pässe im selben Zeitraum ausgestellt. In diesem Licht muss die genannte Zahl der von der KomSTO ausgestellten Einreisebewilligungen für insgesamt nur 34 Personen aus der ČSR extrem niedrig erscheinen. Dazu muss noch bedacht werden, dass nicht jeder Auswanderer, nachdem er alle notwendigen Reiseformalitäten geklärt hatte, die Tschechoslowakei auch tatsächlich verließ. Diese unglaublich niedrige Zahl, über welche die KomSTO verfügte, kann zwei äußere Ursachen haben. Zum einen – dies erklärt die Differenz zwischen den beiden Zahlenangaben nur schwerlich – waren die Zahlen schlicht unzuverlässig. Zum anderen, und diese Erklärung muss in diesem Fall zutreffend sein, reisten diese 1.182 Personen in die Sowjetunion auf anderen Kanälen als über die KomSTO ein.

Dies würde bedeuten, dass es sich bei der Gesamtzahl der Einwanderer um individuelle Reisende gehandelt haben muss, denn eine Gruppeneinreise wäre von der KomSTO kaum unbe-

¹⁴⁵ RGAE, f. 478, op. 7, d. 2118, l. 132.

¹⁴⁶ Zit. nach Danilova 2002: 8.

¹⁴⁷ Siehe hierzu im Einzelnen Kap. IX.1. – Exkurs Pragomašina.

¹⁴⁸ Angaben berechnet nach Mitteilungen 1922/1923/1924.

achtet geblieben. Dies ist auch gut möglich, bedenken wir, wie viele Volkskommissariate in der Sowjetunion existierten und wie viele von ihnen über eine Einwanderungsabteilung verfügten. Anscheinend muss ein Teil der Personen mittels dieser Volkskommissariate eingereist sein, ohne die KomSTO darüber zu unterrichten. Eine andere Erklärung wäre die Rückreise von Personen russischer bzw. sowjetischer Herkunft, die mit einem tschechoslowakischen Reisedokument in die UdSSR zurückkehrten. Die Vermutung, es könnte sich um ehemalige Kriegsgefangene oder demobilisierte Soldaten handeln, bietet sich ebenfalls an. Als Nationalität gaben von den 1.182 Personen etwa 16 Prozent (insg. 196) die russische an.¹⁴⁹ Eine weitere Erklärung wäre, dass unter den über Tausend tschechoslowakischen Auswanderern in die Sowjetunion tschechische oder slowakische Altansässige waren, die nach dem Ersten Weltkrieg und zur Zeit des sowjetischen Bürgerkrieges Sowjetrussland verlassen hatten und nun zurückkehrten. Der Prozess der Familienzusammenführung bzw. die Rückkehr auf das eigene Grundstück in der Sowjetunion wurde von der KomSTO nicht ausreichend kontrolliert, da in die Transferabwicklung andere sowjetische Institutionen und Behörden involviert waren.

Der Zustrom der industriellen und insbesondere landwirtschaftlichen Einwanderer zwang die KomSTO, sich konkreter auf deren Einsiedlung auf dem Staatsterritorium der UdSSR vorzubereiten. Während die Einwanderung von Fachleuten für die sowjetische Industrie sehr beschränkt war und die Anweisung jedes einzelnen industriellen Einwanderers ohne einen allzu großen bürokratischen Aufwand möglich war, musste für die zahlenmäßig sehr starken landwirtschaftlichen Gruppen das erforderliche Land reserviert werden. Es wurde nach Absprache mit anderen sowjetischen Volkskommissariaten (insbesondere Narkomzem) ein „Kolonisationsfonds“¹⁵⁰ ins Leben gerufen, aus welchem den Einwanderern Land zugewiesen wurde. Doch die landwirtschaftliche Einwanderung blieb nur für die 1920er Jahre eine typische Einwanderungsform.

Die KomSTO wurde durch Beschluss des Volkskommissariatsrates am 21.1.1927 aufgelöst. Das letzte schriftliche Dokument der Kommission trägt das Datum 14.2.1927.¹⁵¹ Die Auflösung der KomSTO war das Resultat ideologisch-politischer und wirtschaftlicher Überlegungen. Die sowjetische Regierung konzentrierte sich von nun an auf das sowjetische Dorf und die Kollektivierung. Die ausländischen Kollektive sollten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr einreisen, um nicht den vermeintlichen Kapitalismus auf dem sowjetischen Lande zu stärken. Die Fragen der Ein- und Auswanderung und deren Lösung zersplitterten von nun an in die Kompetenz der einzelnen Volkskommissariate und verwandter Einrichtungen. Die Zeit der großen Einwanderung – die Ära des Fünfjahresplanes – musste ohne ein zentrales Regulierungsorgan auskommen.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Siehe Kap. VI.2. und VI.4.

¹⁵¹ Angaben aus: Mironenko 1997: 98ff.

VI.3. Die Anfänge der Einwanderung nach Sowjetrußland und in die UdSSR

Die Einwanderung nach Sowjetrußland in den unmittelbaren Nachkriegsjahren stieß auf einige grundlegende Schwierigkeiten. Eine davon stellte das zerstörte sowjetrussische Transportwesen dar, die zweite eine katastrophale Versorgungs- und Unterkunftslage. Chaos herrschte ebenfalls in der Zuständigkeitsaufteilung der sowjetrussischen Institutionen und Behörden, sodass die Einwanderer oft über unterschiedliche, teils widersprüchliche Angaben verfügten. Doch dies alles schien die ausländischen Interessenten nicht abzuschrecken, denn bereits ab dem Jahr 1919 erhielten die sowjetrussischen Volkskommissariate zahlreiche Anfragen und Einwanderungsgesuche.

Unter den frühesten Interessenten machten die deutschen Einwanderer einen großen Anteil aus. In Deutschland formierte sich eine landwirtschaftliche Auswanderungsunion „OST“, welche die Interessen der Auswanderer vertrat. Sie kündigte ihre Absicht an, nach Sowjetrußland auszuwandern, doch unterblieb dies zunächst wegen des anhaltenden sowjetischen Bürgerkriegs. „OST“ schloss sich mit anderen deutschen Auswanderungskollektiven zu einer „Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland“ zusammen, welcher im Frühjahr 1920 über 5.000 Menschen in zwölf Organisationen angehörten. Die organisatorischen Zentren der Gemeinschaft waren Berlin, Duisburg und Leipzig. „OST“ verhandelte mit Moskau jedoch über eine Einwanderung von 50.000 Menschen.¹⁵² Die Einreise einer derartig großen Personengruppe war natürlich nicht möglich; „OST“ wurde jedoch Land in den östlichen und südöstlichen Gouvernements Sowjetrußlands versprochen.

Ein vergleichbar hohes Interesse an Sowjetrußland brach auch in den USA aus. Angeführt von den amerikanischen Russen¹⁵³ gewann dieses Interesse sehr rasch die Ausmaße einer Massenbewegung. Dazu trug die Kommunistische Partei der USA bei, deren Mitgliedschaft zu 50 Prozent aus ehemals eingewanderten Russen bestand. Die Partei unterstützte diese Bewegung. Mitte des Jahres 1920 waren bereits 2.000 Personen aus Amerika nach Sowjetrußland eingewandert, abfahrtbereit standen 20.000.¹⁵⁴ Auch unter der Last der amerikanischen Einwanderer sahen sich die sowjetrussischen Behörden gezwungen, die Einwanderung zu regulieren und zu kontrollieren. Die Kontrollpunkte in den USA und die Aufnahmestellen in Sowjetrußland waren überfüllt und diesem Einwandererstrom nicht gewachsen. Es häuften sich Fälle, in denen die Einwanderer illegal nach Sowjetrußland reisten und den sowjetrussischen Behörden zur Last fielen: Es fehlten Unterkünfte, es konnte kein Transport für die Einwanderer organisiert werden, sie konnten nicht mit Lebensmitteln versorgt werden. Mitte des Jahres 1921 waren in Moskau 10.130 amerikanische Einwanderer registriert. Lediglich 2.636 von ihnen waren qualifizierte Arbeiter, die übrigen waren

¹⁵² Tarle 1968: 35-38. Die Zahl der Mitglieder der Interessengemeinschaft stieg zum Ende des Jahres 1920 auf 10.000 Personen.

¹⁵³ Hier nicht im nationalen Sinne zu verstehen. Gemeint sind die Bürger des Zarenreiches.

¹⁵⁴ Tarle 1968: 63. Es ist berechtigt, die amerikanischen Einwanderer eigens hervorzuheben: In demselben Zeitraum, d.h. bis Ende des Jahres 1920 reisten nach Angaben des Volkskommissariats für Arbeit aus Westeuropa nur 429 Arbeiter ein (skandinavische Länder dabei nicht berücksichtigt): Ebd.: 98.

einfache Arbeiter¹⁵⁵. Bei den meisten der amerikanischen Einwanderer handelte es sich um Individualreisende.

Im Laufe des Jahres trafen die ersten Einwanderergruppen in Sowjetrußland ein. Die erstaunlich hohe Zahl der amerikanischen Einwanderer und die Unentschlossenheit der sowjetischen Behörden, dieser „wilden“ Einwanderung entgegenzutreten, lässt sich einzig damit erklären, dass die Einwanderer der Jahre 1919 und 1920 als politische Einwanderer betrachtet wurden, die in der Auswanderung ihre politische Gesinnung gegenüber dem sowjetischen System manifestierten. Die angeführten Zahlen zeigen deutlich, dass die Einwanderung dieser Jahre – im Hinblick auf die beruflichen Qualitäten der Einwanderer – nicht unbedingt einen volkswirtschaftlichen Nutzen für Sowjetrußland brachte. Zwar wurden die Betriebe von den entsprechenden Volkskommissariaten im Herbst 1920 aufgefordert, genauere Angaben über den personellen Bedarf, welcher mit ausländischen Facharbeitern gedeckt werden sollte, möglichst zügig aufzustellen, doch auch dieses erwies sich als ein Problem. Die Archivquellen lassen erkennen, dass manche Betriebe gar nicht an ausländischen Arbeitnehmern interessiert waren, manche konnten ihnen keine entsprechende Unterkunft und Versorgung bieten.

Die Ausreise aus den USA bedeutete für die meisten Auswanderer eine komplizierte Angelegenheit. Nach einigen Angaben signalisierte eine Million Amerikaner (vor allem amerikanische Russen) ihre Auswanderungsbereitschaft, die Regierung der USA fing jedoch erst Mitte 1920 an, die Remigrierungsanträge systematisch zu untersuchen. Ein weiterer Faktor waren die fehlenden diplomatischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den USA: Um eine Ausreise nach Sowjetrußland zu verwirklichen, musste – so der ordnungsgemäße Ablauf – der Interessent in ein anderes Land abreisen, in welchem sich eine sowjetische Vertretung befand.¹⁵⁶

Das wachsende Chaos in Moskau 1920/1921 – die stockende Weiterbeförderung der amerikanischen Einwanderer zum Zielort, der knappe Wohnraum und weitere Faktoren – erforderten ein schnelles Handeln. Die sowjetische Regierung stellte für die Finanzierung und Organisation der Einwanderer einen Betrag von 350 Millionen Rubeln zur Verfügung und rief eine interministerielle Kommission zusammen, der die Zuständigkeit für die Angelegenheiten der Einwanderung übertragen wurde.

Die Einwanderung von Ausländern wurde zunächst sehr einfach geregelt: Erwünscht war die Einreise von kleinen Personengruppen, welche während ihres Aufenthalts in Sowjetrußland beisammen blieben und arbeiteten. Bevorzugt wurden ledige Einwanderer oder kleine Einwandererfamilien. Die Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen der Einwanderer unterschieden sich nicht von denjenigen der Einheimischen. Die Sowjets konnten während des Bürgerkrieges den ausländischen Einwanderern keine besonderen Privilegien zusprechen. Die Einwanderer mussten vor der Auswanderung eine schriftliche Erklärung abgeben, dass sie sich der Lage in Sowjetruß-

¹⁵⁵ Ebd.: 66.

¹⁵⁶ Danilova 2002: 6ff.

land bewusst waren und ausreichende materielle und finanzielle Mittel einführten, um wenigstens für die Dauer eines Jahres davon leben zu können.¹⁵⁷

Die Ursachen für die steigende Auswanderungsbewegung insbesondere in den USA, aber auch im Westeuropa nach dem Ersten Weltkrieg und am Anfang der 1920er Jahre, sind in dem Wunsch zu suchen, das sowjetische Proletariat durch die Einwanderung nach Sowjetrußland konkret zu unterstützen und am sozialistischen Staatsaufbau teilzuhaben. Die Revolution in Rußland erweckte bei den amerikanischen Russen die Absicht, nun nach Rußland zurückzukehren. Dieser ideologische Aspekt wurde in der sowjetischen Historiographie gerne betont. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass in diesen Jahren die Vereinigten Staaten in eine schwere wirtschaftliche Lage geraten waren.

Im Jahr 1921 brach die Hungersnot in zahlreichen Regionen Sowjetrußlands aus und die Einwanderung in die UdSSR ging zu Ende des Jahres zurück. Auch zwei weitere Faktoren trugen zum Rückgang der Zahlen bei: Erstens fühlten sich die Auswanderer wegen der „politischen“ Nachrichten über die „weißen“ Emigranten in den USA desorientiert, zweitens häuften sich auch Fälle, in denen die amerikanischen Russen selbst in die USA zurück kehrten und über die Lebensbedingungen in Sowjetrußland berichteten. Drittens wurden Regulierungsmaßnahmen verabschiedet. Doch die Einwanderung nach Sowjetrußland brach damit nicht ganz ein. Bereits ein Jahr später machte sich eine neue amerikanische Auswanderungsbewegung nach Sowjetrußland bemerkbar.

Das Jahr 1922 führte zu einigen Veränderungen in den sowjetischen Aufnahmebedingungen: Von nun an wurden die Migrationsangelegenheiten der KomSTO unterstellt und die Regelung der Einwanderungsangelegenheiten wurde wieder in Angriff genommen. Doch die neuen Regelungen orientierten sich stärker an den Bedürfnissen der sowjetischen Landwirtschaft als an denjenigen der sowjetischen Industrie. Zur Zeit der NEP wurde zwar der Wiederaufbau sowohl der Landwirtschaft als auch der Industrie betont, aber die sowjetischen Behörden blieben wählerisch in der Aufnahme der Einwanderer. Es wurden strengere Maßstäbe angelegt und stark auf die politische Haltung und die berufliche Qualifizierung der Einwanderer geachtet. Es wurden nur diejenigen Ausländer aufgenommen, die in Sowjetrußland auch eine Beschäftigung finden konnten.

Gleichzeitig wurden Maßnahmen ergriffen, um die Anziehungskraft der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft zu steigern. In der ersten Jahreshälfte 1922 wurden neue Zollbestimmungen verabschiedet, welche den persönlichen Besitz jedes einzelnen Einwanderers von der Verzollungspflicht befreite. Die Einwanderer konnten somit ihre Bekleidung, Gebrauchsgegenstände und Arbeitsgeräte zollfrei einführen. Als Reaktion auf dieses Entgegenkommen von sowjetischer Seite reisten im Laufe des Jahres 13 Produktionsgruppen ein. Sechs von ihnen waren allerdings in der sowjetischen Landwirtschaft tätig.¹⁵⁸

¹⁵⁷ Tarle 1968: 136.

¹⁵⁸ Zit. nach ebd.: 156.

War eine individuelle industrielle Einwanderung in den Jahren 1922 und 1923 nach der Unterbrechung am Ende des Jahres 1921 wieder begrenzt möglich, so handelte es sich nur um ein kurzlebiges Phänomen. Am Ende des Jahres 1923 trat eine schwerwiegende Wirtschaftskrise in der Sowjetunion ein, es fehlte an Roh- und Heizstoffen. Die ununterbrochen seit einigen Jahren anwachsende Arbeitslosigkeit erreichte infolge der Stilllegung der industriellen Betriebe oder der Betriebseinschränkung ungeheure Ausmaße.¹⁵⁹ Die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft ließ die industrielle Einwanderung nur in Ausnahmefällen zu. Die landwirtschaftliche Einwanderung dauerte jedoch weiter an.

VI.4. Die sowjetische Einwanderungspolitik und die Landwirtschaft

Unter den Einwanderergruppen in den Nachkriegsjahren hatten die landwirtschaftlichen Kollektive die höchsten Chancen in die UdSSR auszuwandern. Mit dem Phänomen der landwirtschaftlichen Einwanderung sahen sich die sowjetrussischen Behörden bereits in den Jahren 1919 und 1920 konfrontiert. Die ersten Anfragen kamen aus Deutschland von der Interessengemeinschaft „OST“ und aus Amerika, wo die Auswanderungsbewegung mit größter Intensität ausbrach. Die sowjetische Regierung betrachtete das Auswanderungsinteresse in Amerika als ein willkommenes Mittel zur Modernisierung der sowjetrussischen Landwirtschaft. Die Idee dieser freiwilligen, technisch gut ausgerüsteten landwirtschaftlichen Gruppen schien der sowjetischen Regierung ein praktischer Weg zu sein, der einheimischen Bevölkerung neue und progressive Arbeitsformen nahe zu bringen.

Den tatsächlichen Anfang der landwirtschaftlichen Einwanderung nach Sowjetrussland markierten an der Jahreswende 1920/1921 zwei amerikanische landwirtschaftliche Gruppen. Die Kollektive trugen die Bezeichnung „Družba“ [Freundschaft] und „Put“ [Weg] und sie ließen sich in der Nähe von Tambov nieder.¹⁶⁰ Sie reisten zu einem Zeitpunkt ein, zu dem die genauen Einreisebedingungen für größere Gruppen noch nicht geklärt worden waren. Die beiden Kollektive und die Signale der Auswanderungsbereitschaft in den USA bewegten die sowjetischen Behörden zu einer schnelleren Ausarbeitung genauer Einreisebestimmungen. Im Gegensatz zu der in der Regel individuellen industriellen Einwanderung, deren Abwicklung immer mit den zuständigen Volkskommissariaten abgesprochen werden musste und somit individuell zu lösen war, bedeutete die Aufnahme und Einsiedlung von großen ausländischen Gruppen eine Aufgabe, die ein konkretes Konzept der Landzuteilung erforderlich machte.

Die Ausarbeitung der Einreisebedingungen wurde im Einzelnen nach einer kurzen Unterbrechung durch das Missernte- und Hungersnotjahr 1921 wieder in Angriff genommen. Als Entscheidungsgremium fungierte die KomSTO, welche an dem Einwanderungskonzept maßgeblich

¹⁵⁹ Vgl. hierzu auch Fel'stinskij 1991: 34.

¹⁶⁰ Tarle 1986: 112.

beteiligt war. Die volkswirtschaftlichen Faktoren spielten dabei eine entscheidende Rolle. Während die industrielle Einwanderung wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Krise der sowjetischen Industrie nur beschränkt möglich war, wurden die landwirtschaftlichen Einwanderer weiterhin zugelassen. Bei der Ausarbeitung der Aufnahmebedingungen wurde insbesondere darauf geachtet, dass die landwirtschaftlichen Einwanderer dem sowjetischen Staat finanziell nicht zu Last fallen konnten und dass sie auch das notwendige maschinelle Inventar einführten. Die sowjetische Landwirtschaft war hinsichtlich der technischen und maschinellen Ausstattung unterentwickelt und die sowjetische Industrie war zu dem Zeitpunkt nicht annähernd im Stande, die Landwirtschaft mit notwendigen eigenen Geräten zu beliefern.

Die in den Jahren 1922 bis 1925 verabschiedeten Richtlinien hatten den Charakter von internen Anweisungen, erst im Jahr 1925 erlangten sie eine Gesetzesform. Zu den wichtigsten Schritten der KomSTO gehörte die Errichtung eines „Kolonisationsfonds“, aus welchem den Einwanderern Grund und Boden zugewiesen wurde: 200.000¹⁶¹ Desjatine Land im Süden der UdSSR wurden für die ausländischen Einwanderer freigestellt. Die Verwaltung dieses Bodenfonds wurde dem Volkskommissariat für Landwirtschaft der RSFSR zusammen mit dem Rat der Volkskommissare der einzelnen Sowjetrepubliken übertragen. Diese Institutionen hatten die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der KomSTO das Land zu verwalten und an ausländische Einwanderer zu vergeben. Ausschließlich hatte die KomSTO dann zur Aufgabe, die Mindesthöhe des einzuführenden Kapitals zu bestimmen und vertraglich mit der jeweiligen Einwanderergruppe festzulegen, welche Art von Landwirtschaft auf dem zugewiesenen Land betrieben werden durfte. Die Größe und der Ort dieser Ländereien wurden nur nach Absprache mit der KomSTO vergeben. Die KomSTO arbeitete einen Mustervertrag aus, welcher die Einzelheiten des Pachtverhältnisses regelte. Ein besonderes Augenmerk widmete sie hierbei dem Pachtzins. Dieser sollte für die ersten Laufjahre niedrig sein und den geplanten Investitionen der landwirtschaftlichen Gruppe entsprechen, d.h. er sollte die Gruppe zunächst nicht unnütz belasten.¹⁶²

Die landwirtschaftliche Einwanderung sollte das Niveau der einheimischen Landwirtschaft steigern. Dies sollte durch eine kollektive Landwirtschaftsführung geschehen; die landwirtschaftliche Einwanderung von Einzelpersonen könnte dieses Ziel nicht erfüllen und sollte nur in Ausnahmefällen genehmigt werden, z.B. nur dann, wenn diese Einzelperson einer bereits in der UdSSR bestehenden Gruppe beitreten wollte.¹⁶³

Weitere von der KomSTO ausgearbeitete Richtlinien und Bestimmungen betrafen einige finanzielle Erleichterungen für die Einwanderer. So wurde ihnen für die Beförderung (von Personen und Gut) mit der Bahn ab der polnisch-sowjetischen Grenze ein ermäßigter Tarif angeboten, Kinder bis zu zehn Jahren durften sogar kostenlos einreisen. Die Bahntarife regelten den Transport

¹⁶¹ Stand Anfang 1922: RGAE, f. 478, op. 7, d. 709, l. 10.

¹⁶² Diese Regelungen gingen auf das Dekret des Rates der Volkskommissare der RSFSR vom 2.2.1925 Nr. 134 über die landwirtschaftliche Immigration ein. Zit. nach NA, MSP, k. 3797, s. H8-d1.

¹⁶³ Zusammengefasst im Dekret Nr. 171 vom 11.4.1925 über die landwirtschaftliche Einwanderung (Ausführungsbestimmungen zum Dekret Nr. 134). Zit. nach ebd.

von Tieren, Material und Maschinen. Die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen konnten außerdem zollfrei in die Sowjetunion eingeführt werden. Weitere Vergünstigungen und Erleichterungen erhielten die Einwanderer bei der Entrichtung der Steuern sowie bei den Verwaltungsgebühren.¹⁶⁴

Die Einwanderungsbestimmungen für landwirtschaftliche Gruppen entstanden kontinuierlich und reagierten gewissermaßen auf die bestehende Einwanderungspraxis. Während der Arbeit am Konzept der Einwanderungspolitik traten einige Mängel auf, auf welche die KomSTO nicht immer reagieren oder sie berücksichtigen konnte. So konnte die KomSTO nicht effektiv Einfluss auf die Auswahl der ausländischen Gruppenmitglieder nehmen und konnte damit nicht sicherstellen, dass tatsächlich nur erfahrene und eingearbeitete Landwirte einreisen würden. Das Land aus dem Kolonisationsfonds befand sich in warmen südlichen Regionen der Sowjetunion, deren Klima sich von demjenigen z.B. in der ČSR unterschied, wodurch die landwirtschaftliche Arbeit eine stärkere physische Anstrengung erforderte. Außerdem fehlte es in den Regionen generell an medizinischen Anlagen und sanitäre Einrichtungen.

Als problematisch wurde die Verbindung der ausländischen Kollektive untereinander betrachtet. Es wurde reflektiert, dass die über eine Region verstreuten Gruppen durch engere Kooperation und Austausch zu einer größeren Wirtschaftseinheit heranwachsen könnten. Dies war jedoch wegen der fehlenden Infrastruktur kaum möglich. Dieser Gedanke kam auch erst später, nachdem sich die Gruppen in der UdSSR bereits angesiedelt hatten. Ein solches von oben aufgesetztes Netzwerk konnte schon auf Grund der unterschiedlichen Produktionsprofile der Kollektive kaum realisiert werden.

In der ersten Hälfte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts (bis August 1925) erhielt die KomSTO Einreiseanträge von 83 landwirtschaftlichen Gruppen (insgesamt 410.689 Personen). Die meisten von ihnen kamen aus Deutschland – 35 Gruppen (23.022 Personen) und den USA – 14 Gruppen (1.505 Personen). Aus der Tschechoslowakei meldeten zehn landwirtschaftliche Kollektive (2.019 Personen) ihr Einreiseinteresse an.¹⁶⁵ Von den 83 Gruppen erhielten 22 Kollektive eine Einreiseerlaubnis (2.689 Personen): 14 aus den USA (1.505 Personen), drei aus Kanada (248 Personen), eins aus Deutschland (382 Personen), zwei aus der ČSR (446 Personen), eins aus der Schweiz (89 Personen) und eins aus Australien (19 Personen). Insgesamt 50 Anträge wurden in dem Zeitraum zurückgewiesen, über das Schicksal der übrigen elf Gruppen wurde erst im Herbst 1925 entschieden.¹⁶⁶

Zusammen mit der legislativen Kodifizierung der Einwanderungsbestimmungen für landwirtschaftliche Kollektive aus dem Ausland, wurden im Jahr 1925 unter der enormen Menge an

¹⁶⁴ Beschluss der Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 26.6.1925, Nr. 303 über das Recht der Ausländer, Land zur Arbeitsnutzung zu erhalten – Erweiterung des Dekretes Nr. 134. Zit. nach Ebd.

¹⁶⁵ Andere Antragsteller: Kanada (5 Gruppen/8.248 Personen), Österreich (4/890), Italien (4/1.421), Schweiz (2/99), Türkei (2/20.150), Bulgarien (1/700), Australien (2/29), Uruguay (1/2.300), Polen (1/306), Litauen (1/150.000) und 200.000 potentielle Einwanderer aus anderen Ländern. Tarle 1968: 188.

¹⁶⁶ Ebd.

Einwanderungsanträgen neue Ländereien für die landwirtschaftlichen Einwanderer freigestellt. Es handelte sich um Teile der Gouvernements von Saratov, Samara und Stalingrad, wo bis zu 50.000 Personen angesiedelt werden konnten, und Gebiete in Sibirien (ebenfalls für 50.000 Einwanderer gedacht) in den Regionen von Omsk, Novo-Nikolaevsk, Tomsk, Irkutsk. Bis zu 30.000 Personen konnten in den freigestellten Gebieten des Fernen Ostens eine neue Heimat finden.¹⁶⁷

Die Bestimmung der neuen Gebiete zur Ansiedlung der ausländischen landwirtschaftlichen Einwanderung war die Begleiterscheinung einer kleinen Wende in der Landzuweisung. Während in der ersten Hälfte der 1920er Jahre darauf geachtet wurde, die Einwanderergruppen in bewohnten Gebieten der Sowjetunion anzusiedeln, wurde ab 1925 eine neue Tendenz deutlich. Die ausländischen Gruppen sollten künftig auch in die unbewohnten Regionen der UdSSR entsandt werden. Der sowjetische Wunsch, nun auch die menschenleeren Gebiete kolonisieren zu lassen, konnte natürlich nicht nur durch eine ausländische landwirtschaftliche Kolonisierung verwirklicht werden. Vielmehr war die Ansiedlung der Ausländer z.B. in Sibirien der Bestandteil eines komplexen Kolonisierungsplanes der sowjetischen Regierung.

Die innere Kolonisierung Sibiriens und des sowjetischen Ostens hatte verstärkt zur Zeit der Hungersnot 1921/1922 eingesetzt, als die Bevölkerung auf der Suche nach einer neuen Zukunft die zentralen Gebiete Sowjetrusslands verlassen hatte und nach Sibirien gezogen war. Nach einigen Schätzungen waren es an die 500.000 Menschen, wenngleich eine offizielle Statistik fehlt. Spätestens im Jahr 1924 war die Migration nach Sibirien gestoppt worden und die Migration war umgeschlagen: An die 220.000 Menschen waren aus Sibirien zurückgekehrt.¹⁶⁸ Ab der Mitte der 1920er Jahre wurden vom sowjetischen Staat neue Kolonisierungspläne für Sibirien ausgearbeitet, welche eine Migration von mehreren Millionen Menschen vorsahen.

Der staatliche Kolonisierungsplan rechnete für den Zeitraum 1927 bis 1931 mit einem Bevölkerungszuwachs von 13 Millionen Menschen, davon mit vier Millionen in den Städten und mit neun auf dem Lande. Die Staatliche Plankommission berücksichtigte gleichzeitig die Zahl der in den Jahren 1925 und 1926 in der UdSSR gezählten 6.820.000 „überflüssigen“ Menschen, die von der Landwirtschaft lebten. Der Kolonisierungsplan glich einer Mobilisierung des Landes: Hunderttausende Personen sollten ihre Häuser verlassen und nach Vorgaben des Staates, organisiert in riesigen Personentransporten, wochenlange Reisen an ihren neuen Wohnort antreten. Die innere Kolonisierung der UdSSR sah die Besiedlung auch anderer Regionen vor: Bereits im Jahr 1924 wurden 7.000 Menschen in die Gouvernements von Samara und Saratov umgesiedelt; gerechnet wurde allerdings mit 39.000 Personen.¹⁶⁹

¹⁶⁷ RGAE, f. 478, op. 7, d. 2913, l. 2.

¹⁶⁸ Jakušev J. A. 1933: Stěhování do Sibiře v době porevoluční [Die Wanderung nach Sibirien in der Nachrevolutionszeit] In: Statistický obzor 1+2, 72.

¹⁶⁹ Das Programm der inneren Kolonisierung (1927-1931) rechnet mit der Umsiedlung von insgesamt 4.714.000 Personen, davon 1.145.000 in den Fernen Osten, 1.812.000 nach Sibirien, 500.000 in die Ural-Region, 314.000 an die Wolga, 395.000 in die Nordgebiete des europäischen Russlands. Für die Realisierung wurden von der sowjetischen Regierung 326 Millionen Rubel bereitgestellt. NA, MSP; k. 3960, s. H2-b5.

Der sowjetischen Regierung kam es daher äußerst gelegen, die zu kolonisierenden Gebiete ebenfalls mit technisch gut ausgerüsteten ausländischen Gruppen zu besiedeln. Gleichzeitig wurden Maßnahmen ergriffen, um die Einwanderung sowohl ausländischer als auch einheimischer Kolonisten in die Ukraine zu stoppen. Die Ukraine gehörte von Anfang an zu den begehrtesten Zielen der Einwanderung. Neben den amerikanischen Einwanderern wurde die Ukraine zum Ziel einer spezifischen Einwanderergruppe. Bereits in den frühen 1920er Jahren setzte die jüdische Kolonisierung an. Diesen Einwanderern stand die sowjetische Regierung positiv gegenüber, weil sie die Juden für zuverlässige Regimeanhänger hielt. Die Juden – ehemalige Flüchtlinge aus dem Zarenrussland – schlossen sich in den USA in kleineren Gruppen zusammen und verhandelten mit den sowjetischen Behörden über eine Landzuweisung in der Ukraine und über die Übernahme von großen leerstehenden Bauernhöfen. Die sowjetische Regierung wünschte sich eine kompakte und in sich geschlossene jüdische Siedlung im Süden des Landes und wies den jüdischen Einwanderern bis zum Jahr 1925 etwa 100.000 Desjatine Land zu (für bis zu 6.000 Familien). Es entstanden auf der Krim 45 zunächst kleinere jüdische Siedlungen. Weil sich auf der Krim ein Widerstand der tatarischen Bevölkerung anbahnte (die Einheimischen befürchteten, die sowjetische Regierung wolle sie aussiedeln und an deren Stelle ein jüdisches autonomes Gebiet entstehen lassen), wurde ein spezielles Komitee errichtet, das die jüdische Kolonisierung organisierte und lenkte.¹⁷⁰

Die geregelte Zulassung der landwirtschaftlichen Einwanderung aus dem Ausland in die UdSSR wurde zum Bestandteil eines „nationalen Mobilisierungsplanes“. Das ganze Land war noch im Laufe der 1920er Jahre „mobilisiert“. Dies bedeutete, dass verschiedene Migrationsformen nebeneinander existierten. Während die demobilisierten Soldaten in ihre Heimatdörfer zogen und die verarmte ländliche Bevölkerung in andere Regionen wechselte, schmiedete die sowjetische Regierung weitere Kolonisierungspläne unter der Beteiligung ausländischer Kolonisten. Und während die „sowjetische Nation“ selbst unterwegs war und nach einer neuen „Heimat“ suchte, trafen bereits die ausländischen Einwanderer ein.

¹⁷⁰Die tschechoslowakische Vertretung in Moskau an das MSP am 1.12.1925: NA, MSP, k. 3887, s. H8-d29-b4.

Wirtschaftliche Auswanderung

VII. Die Tschechoslowakische landwirtschaftliche Auswanderung in die UdSSR

VII.1. Die Konstituierung der tschechoslowakischen Auswanderungskollektive und der Auswanderungsprozess

Die Konstituierung der tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektive lässt sich an den Jahren 1923 und 1924 festmachen. In diesen Jahren wurden durch Zeitungsanzeigen und mündliche Propaganda in verschiedenen industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben Auswanderer für die UdSSR gesucht und in zahlreichen Fällen auch erfolgreich angeworben. Nicht immer ging jedoch aus den Zeitungsannoncen deutlich hervor, dass hierbei zu einer Auswanderung ins Ausland gelockt wurde: Um nicht gegen das tschechoslowakische Auswanderungsgesetz zu verstoßen (illegale Auswanderungsagitation), war in der Regel die Rede nur von einem Zusammenschluss von Menschen und Kapital mit dem Ziel, eine landwirtschaftliche Kommune zu gründen. Dies war auch der Grund, warum die Kommunen nicht bereits zum Zeitpunkt ihrer Entstehung, sondern erst unmittelbar vor deren Ausreise ins Visier des tschechoslowakischen Innenministeriums gerieten. Es bestand ein aus unserer heutigen Sicht sicherlich völlig berechtigter Verdacht, dass die Kommunenleitungen eine illegale Anwerbung von Kolonisten für die UdSSR betrieben. Diese Feststellung wurde jedoch erst zu dem Zeitpunkt gemacht, als die Kommunen ihre tatsächlichen Ausreiseabsichten offen legten, d.h. als die Verhandlungen mit der sowjetischen Seite abgeschlossen waren und die Kommune zur Verwirklichung der Ausreise antrat. Trotzdem wurden zu diesem späten Zeitpunkt den Gruppen seitens der tschechoslowakischen Organe Steine in den Weg gelegt – in einigen Fällen wurde die Ausstellung der Reisepässe verzögert oder in erster Instanz gar abgelehnt. Zahlreiche der Kommunenmitglieder gaben in späteren Jahren zu, die Kollektive hätten nie vorgehabt, in der ČSR landwirtschaftlich tätig zu sein, sondern hätten sich als registrierte Genossenschaften ausschließlich mit der Absicht formiert, in die UdSSR auszureisen. Dass derartige Bekenntnisse erst nach einer Rückkehr in die ČSR erfolgten, muss an dieser Stelle nicht besonders ausgeführt werden: Viele ehemalige Kommunenmitglieder kehrten mittellos und verarmt in die Tschechoslowakei zurück und wandten sich an das Sozialministerium mit Bitten um finanzielle Unterstützung.

Da eine landwirtschaftliche Auswanderung in die UdSSR nur in einer Kollektivform möglich war und somit eine Entsendung von mehreren Hundert Personen geplant und vorbereitet werden musste, gingen der eigentlichen Ausreise monatelange Verhandlungen mit der KomSTO und dem Narkomzem voraus. Die Kommunen wählten aus ihrer Mitte einen Vertreter, der als Bevollmächtigter des Kollektivs in die Sowjetunion reiste und vorläufige Pachtverträge schloss. Er durfte sich die zur Pachtung von sowjetischer Seite angebotenen Ländereien vor Ort ansehen und über die Modalitäten des Pachtvertrages sowohl mit der KomSTO als auch mit Narkomzem, dem eigentlichen

Eigentümer und Vertragspartner, verhandeln. Wenn zwischen dem tschechoslowakischen Kollektiv und den sowjetischen Organen eine Einigung erzielt worden war und die Gruppe sich auf die Abreise vorbereitete, beantragte die KomSTO durch das Narkomindel die Ausstellung der Einreisevisa bei der sowjetischen Vertretung in Prag. Zu diesem Zeitpunkt mussten sich die Kommunarden die für die Auswanderung notwendigen Pässe und Transitvisa für Polen besorgen und die letzten Vorbereitungen für die Ausreise treffen. Von den Kommunen wurden Sonderzüge bestellt, sodass eine ganze Personengruppe gemeinsam abreisen konnte.

Die eigentlichen Reisevorbereitungen begannen jedoch lange vor der Ausreise in die UdSSR: Die Kommunen formierten sich als ein Zusammenschluss von Menschen und Kapital, was in der Praxis hieß, dass jede Familie oder Einzelperson Kommunenanteile in unterschiedlicher Höhe zeichneten. Der Wert der Anteilscheine variierte je nach Kommune und je nach Status des jeweiligen Mitglieds: Es unterschieden sich die Anteile von Erwachsenen von denjenigen der Kinder, auch „preiswertere“ Familienanteile waren möglich. Das somit zusammengelegte Kapital diente zum Ankauf von landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Werkzeugen, die nach der Ankunft in der Sowjetunion eingesetzt werden sollten. Allerdings nicht nur die Kommunenanteile, sondern noch weitere finanzielle Posten kamen hinzu: Die Bahnreise, die sich über mehrere Wochen hin erstreckte und oft von dramatischen und tragischen Zwischenfällen gekennzeichnet war, musste von den Reisenden zum Großteil selbst gezahlt werden und wurde nicht durch das gemeinsame Startkapital gedeckt. Auch die Verpflegung während der langen Reise stellte zusätzliche Kosten dar, mit denen von Anfang an gerechnet werden musste. Alle diese Posten zusammen überstiegen die finanziellen Möglichkeiten zahlreicher Interessenten. Viele von ihnen verkauften bereits in der Entstehungsphase der Kommune ihre Häuser oder ihr Land, um überhaupt einer Kommune beitreten zu können. Tragische Schicksale, die sich aus dem Verlust des Zuhause ergaben, reichen von Reiseabsagen bis zu Trennungen ganzer Familien. Die angespannte psychische Stimmung der Auswanderer und die finanzielle Notlage, welche die Zeit vor der Auswanderung begleiteten, führten bei dem Einen oder Anderen zu Schwankungen und Umentscheidungen, sodass die Kommunenföhrung in einem permanenten Anwerbungsprozess begriffen war, um die von der KomSTO geforderten Mitgliederzahlen der Auswanderungskommune einzuhalten.

Neben den Auswanderungskollektiven, deren Geschichte sowohl vor der Auswanderung als auch nach deren Ankunft in der UdSSR verfolgt werden kann, finden sich in den russischen Archiven auch Hinweise auf tschechoslowakische Gruppen, die aus Gründen verschiedenartiger formeller Mängel ihre Ausreise nicht verwirklichten oder auch solche, die nicht auf die „traditionelle“ Weise entstanden. Die Angaben über die bei der KomSTO eingegangenen Anfragen und Einreiseanträge lassen erkennen, dass nur ein kleiner Bruchteil der interessierten Kollektive tatsächlich in die Sowjetunion einreisen durfte. Als häufigstes Hindernis galt eine unzureichende finanzielle Absicherung und eine allzu geringe Mitgliederzahl, also Gesichtspunkte, die in Augen der

KomSTO ganz oben standen und eine eigenständige Landwirtschaftsführung auf dem Staatsterritorium der UdSSR überhaupt möglich machten.

Im Juni 1923 traf der tschechoslowakische Staatsbürger J. Blažej in Moskau ein, um als Vertreter einer aus neun Erwachsenen bestehenden Gruppe in einer Auswanderungsangelegenheit mit der KomSTO zu verhandeln. Die Gruppe, bestehend aus fünf Männern, vier Frauen und drei Kindern wollte in die UdSSR mit dem Ziel ausreisen, dort eine „kommunale landwirtschaftliche Kolonie“ zu gründen. Sie wünschten sich ein Grundstück im Süden Russlands mit einem kleinen Waldanteil; ein Fluss und ein Bahnhof sollten sich in der Nähe befinden. Um ihre Gesonnenheit zum politischen System der UdSSR zu bekunden, war ihr Einreiseantrag vom Vertrauensmann der lokalen kommunistischen Parteiorganisation in Hořice unterzeichnet und mit einem Siegel versehen worden¹⁷¹. Die Reise von Blažej blieb erfolglos¹⁷² – sein Antrag wurde zwei Monate später von der KomSTO zurückgewiesen¹⁷³. Dass Anträge wegen unzureichender finanzieller Absicherung abgelehnt wurden, gehörte zu den Regelfällen, und längst nicht jede Kommune, deren Einreise einst bewilligt wurde, betrat je das Staatsgebiet der UdSSR: Ein Kommunenzерfall auf Grund schon in Vorfeld verunsicherter Mitglieder wurde bereits angesprochen.

Einen Sonderfall eines tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektivs stellten Zusammenschlüsse österreichisch-ungarischer Staatsbürger tschechischer oder slowakischer Nation direkt auf dem Staatsterritorium der Sowjetunion dar. Sie dürfen als Vorläufer der eigentlichen tschechoslowakischen Kolonisten angesehen werden. Ihre Entstehungsgeschichte lässt sich jedoch kaum nachzeichnen, da sie nur eine sehr kurze Zeit bestanden oder gar bereits im Entstehungsstadium untergingen. Die Rede ist von ehemaligen Kriegsgefangenen, die sich noch in der UdSSR befanden. Im August 1923 wurde von der KomSTO der Plan der tschechoslowakischen Regierung bezüglich einer vorläufigen Unterstützung tschechoslowakischer Kriegsgefangener in der UdSSR behandelt. Die Regierung erbat von der KomSTO eine Hilfe bei einer Kommunengründung und beauftragte die Vertretung der ČSR in Moskau, die Erfolgsaussichten einer solchen zu prüfen. Die KomSTO billigte die Entstehung einer derartigen Kolonie und beschloss, den Tschechoslowaken ein geeignetes Landstück auf dem linken Wolgaufer zur Verfügung zu stellen (Astrachan'-Gouvernement, "El'tonskij soljanyj trakt")¹⁷⁴. Die Kommission musste sich mit diesem Antrag jedoch nie wieder befassen – dieser Plan wurde offenbar nie realisiert. Offensichtlich handelte sich um einen Versuch der tschechoslowakischen Regierung, die noch in der UdSSR verbliebenen Kriegsgefangenen materiell abzusichern, bevor man sie nach Hause holte. Die Repatriierung er-

¹⁷¹ RGAE, f. 478, op. 7, d. 697, l. 32.

¹⁷² Die Reise wurde offensichtlich von unglücklichen Umständen begleitet: Die KomSTO hatte vorläufig beschlossen, dieser tschechoslowakischen Auswanderergruppe kein Land zuzuweisen. Aus unerklärlichen Gründen wurde Blažej jedoch in der ČSR ein Ausreisevisum für die UdSSR ausgestellt. KomSTO plädierte bei Narkomzem dafür, Blažej ein kleines Stück Land zuzusprechen, welches sich mit dem angegebenen Kapital von 18-20.000 Kronen bewältigen ließe; da er bereits unterwegs war, sollte er nicht in die ČSR mit "leeren Händen" zurückkehren: RGAE, f. 478, op. 7, d. 697, l. 31.

¹⁷³ RGAE, f. 478, op. 7, d. 1511, l. 102. Als Grund wurde eine unzureichende Finanzierung angegeben.

¹⁷⁴ Sitzungsprotokoll KomSTO vom 13.8.1923: Ebd., l. 101.

folgte jedoch viel zügiger, als zunächst angenommen, und alle repatriierungswilligen Tschechoslowaken konnten während der ersten Nachkriegsjahre Sowjetrußland verlassen.

In den 1920er Jahren formierten sich in der Tschechoslowakei zahlreiche Kollektive, die in der sowjetischen Landwirtschaft eine neue Existenz aufbauen wollten, von denen jedoch nur einige letztendlich die ČSR auch verließen. Die tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kommunen, die „erfolgreich“ aus der ČSR gen Osten ausreisten, waren: „Interhelpo“, „Kladno“, „Slovácko“¹⁷⁵ und „Reflektor“, wobei ein unterschiedlicher Grad ihres jeweiligen landwirtschaftlichen Profils bestand. Auch waren diese vier nicht alle. Es kamen noch einige Sonderformen – auch aus nationalem Gesichtspunkt heraus – hinzu und solche, die sich in einem fortgeschrittenen Aufbau stadium befanden und erst unmittelbar vor der Ausreise ihre Pläne änderten oder ändern mussten¹⁷⁶.

Die Entstehungsgeschichte der genannten Kollektive weist zahlreiche Parallelen auf. Im Folgenden werden diese Geschichten nachgezeichnet: vom Zeitpunkt vor der Auswanderung bis zu ihrer Ankunft in der UdSSR. Dabei wird auf unterschiedliche Details ihrer Geschichte eingegangen, um ein Gesamtbild über die tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektive in der UdSSR zu vermitteln.

VII.2. Die Kommune „Kladno“

Im Winter 1923 behandelte die Umsiedlungs- und Kolonisierungskommission beim Narodkom den Antrag einer tschechoslowakischen Gruppe, die unter der Bezeichnung „Žehrotínské zemědělské družstvo“¹⁷⁷ auftrat¹⁷⁸. Während sich die Kommission mit dem Antrag befasste, stellte die an dem Bewilligungsverfahren ebenfalls beteiligte KomSTO fest, dass eine Einreise dieser Personengruppe in die UdSSR unerwünscht sei: Die Mitgliedsbasis bildeten lediglich sechs zahlende Mitglieder, wenngleich das Kapital der Gruppe bereits ziemlich hoch war, nämlich 150.000 Kronen. Die KomSTO war der Auffassung, die Erfolgsaussichten der Gruppe in der sowjetischen Landwirtschaft seien zu gering, und riet an, die Mitgliedschaft zunächst zahlenmäßig deutlich zu erweitern; erst danach sei eine Übersiedlung denkbar¹⁷⁹. Als dieser Beschluss den Genossenschaftsvorstand in der ČSR im März 1924 erreichte, gab es in dieser Hinsicht bereits erste Erfolge:

¹⁷⁵ Im tschechischen Original lauteten die Bezeichnungen „Kladenská komuna“ und „Slovácká komuna“.

¹⁷⁶ In den Archivbeständen sowohl in der Russischen Föderation als auch in der Tschechischen Republik finden sich immer wieder Hinweise auf eine tschechoslowakische landwirtschaftliche Kommune in der UdSSR – dabei handelt sich in einigen Fällen um schlichte Verdoppelungen, indem man für eine und dieselbe Kommune zwei unterschiedliche Bezeichnungen verwendete, oder weil die Kommune in ihren verschiedenen Entstehungsphasen selbst unterschiedliche Namen trug. So findet sich in den Archivalien auch z.B. die Bezeichnung „Vsetína“, was wohl eine andere Bezeichnung für die Kommune „Slovácko“ war u.ä.

¹⁷⁷ Landwirtschaftliche Genossenschaft von Žehrotín

¹⁷⁸ Erstmalige Erwähnung dieser Gruppe im November 1923: RGAE, f. 478, op. 7, d. 2176, l. 39.

¹⁷⁹ GARF, f. R-364, op. 7, d. 12, l. 10.

Die Gruppengröße war stetig angestiegen, neue Mitglieder wurden weiterhin angeworben und das Startkapital hatte sich laufend vergrößert.

Im Juni 1924 hatte die Genossenschaft 27 zahlende Mitglieder, d.h. Familienväter oder Einzelreisende, die ihre Anteile in der Gruppe in verschiedener Höhe zeichneten: Die Beträge variierten von 5.000 Kronen bis zu 40.000 Kronen¹⁸⁰. Somit wurde auch das notwendige Kapital erbracht, um sich erneut an die KomSTO in Moskau zu wenden. Zu diesem Zwecke ließ sich die Genossenschaft am 20.6.1924¹⁸¹ beim Handelsgericht Prag registrieren und trug erst seitdem offiziell die Bezeichnung „Kladenská komuna“. Einen Monat später überbrachte der Kommunenvorstand der sowjetischen Vertretung in Prag den neuen Einreiseantrag. Die Mitgliederzahl betrug zu diesem Zeitpunkt 35 Anteilseigner, die ihre Anteile in einer Gesamthöhe von 400.000 Kronen, d.h. etwa 22.800 Rubel, in die Kommunenkasse investierten¹⁸². Die finanzielle Absicherung war somit gegeben und es blieb nur noch die Entscheidung der KomSTO abzuwarten. Ab dem Zeitpunkt der Eintragung der Kommune in das Handelsregister begann auch erst ihre eigentliche Existenz: Auf diese Art und Weise wurde ihr offizielles Bestehen offenbart, sie trat in allen ihren Rekrutierungszentren aus dem Untergrund hervor. Die Kommunarden waren insbesondere in den Städten Kladno, Louny, Český Brod, Kolín und Přerov rekrutiert worden.

Der Vorsitzende der Kommune Jan Kámeš begleitete die Gruppe von ihren Anfängen bis zur Ansiedlung auf dem Staatsterritorium der Sowjetunion. Er wurde im Jahr 1883 in Petrovice geboren, wanderte jedoch noch vor dem Ersten Weltkrieg in die Vereinigten Staaten von Amerika aus, wo er über mehrere Jahre hinweg auf einer Farm arbeitete; später siedelte er nach Chicago um. Nach dem Krieg kehrte er in die ČSR zurück und engagierte sich politisch in der Sozialdemokratischen Partei, später in der KSČ. Seinem persönlichen Bekenntnis zufolge, konnte er wegen seiner politischen Tätigkeit und Teilnahme an revolutionärer Bewegung in der Tschechoslowakei keine Arbeit finden; also entschied er sich, eine Auswanderergruppe für die Sowjetunion zu organisieren und zusammen mit ihr sein Heimatland zu verlassen.¹⁸³ Er war auch derjenige, der sich auf Einladung der KomSTO das angebotene Land im Auftrag der Kommune vor Ort ansah und den vorläufigen Pachtvertrag abschloss. In diesen Angelegenheiten traf er zusammen mit dem Buchhalter der Kommune Josef Kniha am 29.9.1924 in Moskau ein¹⁸⁴.

Die KomSTO verfügte zu diesem Zeitpunkt bereits über alle notwendigen Unterlagen bezüglich der Mitgliedschaft und des Kapitals der Kommune Kladno, um den beiden Vertretern konkrete Vorschläge unterbreiten zu können. Es wurde zuerst eine Sowchosa (der ehemalige Gutshof „Pančenko“) im Don-Gebiet in Erwägung gezogen¹⁸⁵; in Anbetracht der Größe der Kommune wur-

¹⁸⁰ Der Anteil in Höhe von 40.000 Kronen gehörte dem Vorsitzenden der Genossenschaft Jan Kámeš: Ebd., I. 7

¹⁸¹ Registriert unter der Signatur: sub. Firm. 9254/24 Dr. XXIX 284/1. Ebd., I. 3

¹⁸² Ebd., I. 1. Davon waren 330.000 Kronen bei der Allgemeinen Genossenschaftsbank Prag deponiert und somit mittels der Staatsbank Moskau auf dem Staatsgebiet der Sowjetunion jederzeit abrufbar: Ebd., I. 5.

¹⁸³ RGAE, f. 478. op. 7, d. 3179, I. 4.

¹⁸⁴ GARF, f. R-364, op. 7, d. 12, I. 19, die Visaausstellung für die beiden Kommunenbevollmächtigten wurden am 20.8.1924 durch die KomSTO veranlasst.

¹⁸⁵ Ebd.

de jedoch von dieser Variante schnell abgesehen. Die Kommune bestand im Oktober 1924 aus 56 Männern, 64 Frauen und 40 Kindern¹⁸⁶, sodass es notwendig war, ihr ein größeres Landstück zuzuweisen. Kniha und Kámeš besichtigten zwei benachbarte Sowchosen im Süden Russlands (Armavir-Kreis) und bestimmten sie als Zielort der tschechoslowakischen Auswanderergruppe. Der vorläufige Pachtvertrag wurde von der KomSTO in Zusammenarbeit mit der Landschaftsverwaltung von Armavir ausgearbeitet. Nachdem alle Schwierigkeiten um die Modalitäten¹⁸⁷ des Vertrages aus dem Wege geräumt worden waren, konnte er am 27.10.1924 unterzeichnet werden.

So wie bei allen vorausgegangenen Pachtverträgen mit ausländischen landwirtschaftlichen Kollektiven, wurde auch Kladno der Pachtzins für die ersten Jahre erlassen, in ihrem Fall konkret bis zum 1.10.1927¹⁸⁸. Nach Ablauf dieser knapp drei Jahre wurde ein Goldrubel pro eine Desjatine Land im Jahr erhoben und dieser Preis stieg jedes Jahr um einen Rubel an. Die beiden Sowchosen – ehemalige Gorban´ und Nikolenko – verfügten über eine Gesamtfläche von 1.200 Desjatine und wurden den Pächtern für zwölf Jahre übergeben. Die Kommune verpflichtete sich, die vorhandenen Bauten auf dem Grundstück auf eigene Kosten zu erneuern und alle baulichen und anderen Maßnahmen durchzuführen, um eine beispielhafte Landwirtschaft führen zu können. Ihre Sowchosen sollten gemäß Vertrag zum Versorgungspunkt für das weite Umland werden, wo sich die einheimische Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eindecken können sollte. Die Kommune hatte die Landwirtschaft im Einklang mit den Weisungen der örtlichen Verwaltung zu führen, derselben regelmäßige Berichte vorzulegen und die üblichen Steuern und Abgaben zu entrichten.

Nachdem der Pachtvertrag geschlossen worden war, begann Kladno in der Tschechoslowakei mit den Abreisevorbereitungen. Dazu gehörte die Anschaffung von notwendigem landwirtschaftlichem Inventar – Werkzeugen, Geräten und Maschinen – um technisch ausgerüstet vor Ort einzutreffen. Es wurde die komplette Einrichtung einer Schmiedewerkstatt, einer Bautischlerei, einer Werkstatt für den Wagenbau, einer Schuhmacherwerkstatt und einer Schneiderwerkstatt angeschafft. Außerdem wurde die komplette Einrichtung einer Gemeinschaftsküche, ausgelegt für 150 Kostgänger, die Einrichtung einer Wäscherei, Büro- und Schuleinrichtung und die Ausstattung einer Weberei besorgt, alles in einem Gesamtwert von 210.000 Kronen.¹⁸⁹ Hinzu kamen verschiedene Vorräte, Material für die Arbeit, Saatgut und Vieh.

Die Kommunarden waren nun mit dem Verkauf ihres Besitzes und mit der Klärung der Reiseformalitäten beschäftigt. Dies bedeutete für viele von ihnen, beim Polizeikommissariat in der Stadt Kladno, dem eigentlichen Zentrum der Kommune, persönlich zu erscheinen und Angaben über die bevorstehende Reise zu machen. Es konnte allerdings nicht nachgewiesen werden, dass

¹⁸⁶ RGAE, f. 478, op. 7, d. 2176, l. 4.

¹⁸⁷ Die Landschaftsverwaltung forderte in dem ersten Vertragsentwurf einen Pachtzins in Höhe von vier Rubeln für eine Desjatine Land im Laufe der ersten Pachtjahre. Die KomSTO wies darauf hin, dass üblicherweise den Immigrationskommunen in den ersten Jahren eine deutliche Ermäßigung des Pachtzinses gewährt werde, so wie es für die eingewanderten ausländischen Kommunen bisher praktiziert wurde, d.h. in den ersten Jahren – den Aufbaujahren – wurde das Land kostenfrei zur Verfügung gestellt, nach Ablauf dieser „Schonjahre“ wurde ein Pachtzins erhoben, welcher in der Regel von Jahr zu Jahr stieg. Ebd., l. 7.

¹⁸⁸ Pachtvertrag archiviert in: GARF, f. R-364, op. 7, d. 12, l. 38-41.

¹⁸⁹ RGAE, f. 478, op. 7, d. 2176, l. 3.

die Kommunenorganisatoren eine unerlaubte Agitation im Sinne des Auswanderungsgesetzes (1922) betrieben hätten, und dass die beiden Hauptakteure Kniha und Kámeš durch die Formierung einer Auswanderungsgruppe persönlichen materiellen Profit erzielt hätten¹⁹⁰. Somit wurden den Mitgliedern der Kommune Kladno ohne Verzögerungen ihre Auswanderungspässe für das Zielland UdSSR ausgestellt. Die Kommune stand abfahrtbereit, die Abreise der 128 Kommunarden¹⁹¹ wurde für den 21.1.1925 angesetzt.

Ein Sonderzug, bestehend aus vier Passagierwagons und zwei Güterwagen, startete am Bahnhof Prag-Holešovice seine zehntägige Reise durch die ČSR und Polen in die UdSSR. Am Bahnhof in Kolín schloss sich der zweite Teil der Gruppe mit fünf Güterwagen an, in Přerov wurden fünf weitere Wagen angekoppelt¹⁹². Die Vertreter der sowjetischen Botschaft und kommunistische Senatoren erschienen zur Abreise des Zuges am Bahnhof, um den Kommunarden Glück für die Zukunft in der Sowjetunion zu wünschen. Der sowjetische Vertreter in der Tschechoslowakei überbrachte dem Kommunenvorstand ein Geleitschreiben in ukrainischer und russischer Sprache, welches den nur über sehr geringe Russischkenntnisse verfügenden Kommunarden den Weg erleichtern sollte¹⁹³. Der Personenzug¹⁹⁴ passierte am Grenzpunkt Voločisk am 23.1.1925 die sowjetische Grenze – hier wurden die Passagiere und ihre Güter in einen sowjetischen Zug umgeladen – und setzte über Lemberg in Richtung Nord-Kaukasus-Gebiet die Fahrt fort. Er erreichte seine Zielstation – den Ort Ovečka – am 1.2.1925. Gleichzeitig mit ihnen traf in der Region die deutsche Kommune Krasnaja Germanija ein¹⁹⁵.

In den Folgetagen, vom 1. bis zum 7.2.1925, fand die Grundstücksübergabe statt: Die Landschaftsverwaltung des Landes Nordkaukasus übergab die beiden Sowchosen „Gorban“ und „Nikolenko“ den Kommunarden¹⁹⁶. Die beiden verlassenen Sowchosen befanden sich in der Nähe des Dorfes Uspensk (14 Werst¹⁹⁷ Entfernung) im Kreis von Armavir im Nordkaukasischen Gebiet und lagen zwölf Werst von der nächsten Eisenbahnstation (Ovečka) an der Vladikavkaz-Linie entfernt. Gorban (alte, vorrevolutionäre Bezeichnung), auch „Železnodorožnik“ genannt, war das größere Gut von beiden: Es verfügte über eine Fläche von 850 Desjatine, 300 davon stellten ein Ackerfeld von hoher Qualität dar. Die benachbarte Sowchose Nikolenko war 350 Desjatine groß.¹⁹⁸

Die meisten der auf dem Land von Nikolenko vorhandenen Bauten waren im Zeitraum 1903-1905 entstanden, jedoch durch Sturm stark beschädigt, sodass einige, in vielen Fällen für die Kommune unerwartet kostspielige Reparaturen notwendig waren. Die beiden Wohnhäuser waren

¹⁹⁰ AMZV, II. sekce, k. 525A, s. 7.

¹⁹¹ Zum Zeitpunkt der Abreise änderte sich die Zusammensetzung der Kommune folgendermaßen: 36 Männer, 32 Frauen, 60 Kinder: RGAE, f. 478, op. 7, d. 2144, l. 8.

¹⁹² Bericht aus Rudé právo vom 21.1.1925: Ebd., l. 15.

¹⁹³ Das Schreiben war allen russischen oder ukrainischen Zoll- oder Polizeibeamten vorzulegen. Hierin stand, dass es sich bei der Gruppe um ausländische Kolonisten handele und es wurde um eine größtmögliche Unterstützung gebeten: GARF, f. R-364, op. 7, d. 12, l. 79, 80.

¹⁹⁴ Die tschechoslowakische Regierung gewährte den Auswanderern eine Ermäßigung für den Bahntarif in Höhe von 50 Prozent: RGAE, f. 478, op. 7, d. 2144, l. 13.

¹⁹⁵ Ebd., l. 11.

¹⁹⁶ Telegrafisch von der Landschaftsverwaltung des Landes Nordkaukasus an das Narkomzem: Ebd., l. 16.

¹⁹⁷ Altes russisches, bzw. sowjetisches Längenmaß, entspricht 1,0668 km.

¹⁹⁸ RGAE, f. 478, op. 7, d. 2176, l. 24ff.

ohne Fenster und bestanden aus insgesamt sieben Räumen. Sie waren jedoch in einer ganz einfachen Ausführung errichtet (nicht fundamentiert und mit Lehm beschichtet) und in ihrem aktuellen Zustand nicht zum Wohnen geeignet. Nur für die Renovierung der Bauten war nach Berechnungen der KomSTO mit mindestens 1.557 Rubeln zu rechnen.

Tabelle 2: Nikolenko¹⁹⁹

Bautyp	Tauglichkeit	Reparatur-Kosten ²⁰⁰
Holzwohnhaus	50%	250
Holzwohnhaus	50%	100
Holzpferdestall	30%	250
Holzviehscheune	40%	500
2-Räume-Küche	60%	50
Keller	75%	25
Holzspeicher	50%	100
Holzspeicher	40%	300

Die Sowchose Gorban´ war im Verhältnis zu Nikolenko stärker bebaut und alle Bauten befanden sich in einem besseren baulichen Zustand; auch waren die meisten der Gebäude erst in den Jahren 1912-1914 errichtet worden. Aber auch auf diesem Grundstück gab es in den beiden Wohnhäusern nur insgesamt zehn Wohnräume, sodass die Unterkunft zu Wünschen übrig ließ. Die Kommunarden fanden vor Ort äußerst schwierige Wohn- und Arbeitsbedingungen vor und es fiel ihnen daher schwer, sich auf ihre Aufgaben zu konzentrieren.

Tabelle 3: Gorban²⁰¹

Bautyp	Tauglichkeit	Reparatur-Kosten
Ziegelhaus+Keller	80%	250
Seitenbau Holz	50%	150
Kuhstall	50%	130
Holzpferdestall	80%	50
Ziegelscheune	80%	50
Dreiteilige Scheune	60%	100
Holzschweinestall	60%	25
Geflügelstall	50%	150
Darrhaus	40%	200
Holzscheune	80%	0
Arbeiterküche Holz	0%	300 (Neuaufbau)
Holzspeicher	75%	0
Holzspeicher	75%	0
Speicher klein	60%	0
Keller	80%	0
Holzabort	40%	10
Sommerküche Holz	40%	15

¹⁹⁹ Sowchoseneinrichtung nach: Ebd.

²⁰⁰ Wert in goldenen, vorrevolutionären Rubeln angegeben.

²⁰¹ Sowchoseneinrichtung nach: RGAE, f. 478, op. 7, d. 2176, l. 22,23.

Gemäß dem Pachtvertrag sollten die Kommunarden möglichst rasch nach ihrer Ankunft vor Ort mit den Feldarbeiten anfangen, um für eine Nahrungsquelle für die ganze Kommune zu sorgen. Parallel zu dieser Arbeit, in die möglichst viele der Mitglieder einbezogen werden mussten, sollten auf dem Gebiet der beiden Sowchosen die Werkstätten errichtet werden, deren Einrichtung aus der ČSR mitgebracht worden war: Auf diese Art und Weise sollte sich die Kommune nicht nur verselbstständigen, indem alle notwendigen, mit der Landwirtschaftsführung verbundenen Aufgaben innerhalb der Kommune verrichtet wurden, sondern sich durch Annahme von Aufträgen aus dem Umland finanziell absichern. Die Werkstätten waren mit bester Technik ausgestattet, die weit über dem technischen Niveau der gesamten Region stand und somit prädestiniert waren, zum Anziehungspunkt für Auftraggeber zu werden.

Für die Arbeitsverrichtung wurde den Kommunarden gemäß der Kommunenstatuten kein Lohn ausgezahlt. Es bestand das Prinzip einer gemeinsamen Kasse, aus welcher der Ankauf notwendigen Arbeits- und Baumaterials finanziert oder auch die Gemeinschaftsküche betrieben wurde. Diese wurde in der Sommerküche, einem zu einer Seite hin offenen Bau mit Lattendach, untergebracht. Einen Speiseraum gab es jedoch nicht, sodass die Mahlzeiten im Freien eingenommen werden mussten. Auf dem Speiseplan stand von Anfang an viel Gemüse, welches leicht selbst produziert werden konnte, Fleisch gab es strikt nur zweimal wöchentlich²⁰². Zucker gab es in der Region nicht zu kaufen und die mitgenommenen Vorräte neigten schnell dem Ende zu. Es herrschte jedoch nicht nur Mangel an Verpflegung und Trinkwasser, sondern auch Mangel an allen weiteren in der Landwirtschaft erforderlichen Gütern.

Bereits im Laufe des ersten Frühlings bekamen die tschechoslowakischen Kommunarden die Mängel des sowjetischen Versorgungssystems deutlich zu spüren: Die Kommune Kladno war, genauso wie alle anderen landwirtschaftlichen Kollektive und Genossenschaften in der Sowjetunion, auf zentral gesteuerte, planmäßige Zuweisung von Motor- und Heizöl oder Benzin angewiesen, welches für die mitgebrachten Pflüge der Marken Hanomag und Praga unabdingbar war²⁰³. Zwar hatte die KomSTO auf Antrag von Kladno die Benzinzuteilungen um zwei Prozent anheben lassen, doch die notwendige Menge wurde dadurch nicht erreicht. Kladno musste also bereits in den ersten Aufenthaltsmonaten einen kerosinbetriebenen Traktor „International“ im Wert von 4.300 Rubeln auf Kredit kaufen²⁰⁴.

Die Kommunarden widmeten sich von Anfang an der Reparatur ihrer Wohnhäuser und insbesondere auch der Sommerküche, welche ihren Gemeinschaftsbetrieb möglichst schnell aufnehmen sollte, außerdem wurden leichtere Säuberungsarbeiten im Obstgarten vorgenommen. Ende März fing man mit der Feldbestellung und Aussaat an (Hafer). Durch die Streuung von Arbeitskräften und wegen einiger bereits erfolgter Austritte aus der Kommune war ein Mangel an

²⁰² Bericht über die Anfänge in der UdSSR: GARF, f. R-364, op. 7, d. 12, l. 232.

²⁰³ Ebd., l. 109. Benzin, Heiz- und Motoröl waren zu vom Staat festgelegten günstigeren Preisen in Versorgungspunkten des Staatsmonopolnetzes „Neftesindikat“ zu beziehen und durften sogar in Raten abbezahlt werden. Treibstoffe waren auf dem freien Markt schwer erhältlich und sehr teuer.

²⁰⁴ GARF, f. R-364, op. 7, d. 12, l. 120.

Feldarbeitern entstanden. Die Kommunenleitung hoffte, dass sich die Kommune bald auf 200 Mitglieder erweitern würde, wodurch auch zusätzliches Kapital in die Gemeinschaftskasse einfließen sollte. Neben den organisatorischen Fragen wurden auch finanzielle Angelegenheiten immer brennender. Wegen des Mangels an Trinkwasser musste ein neuer artesischer Brunnen ausgehoben werden, wofür die Kommune einen Kredit in Höhe von 15.000 Rubeln von der Kaukasischen Agrarbank aufnahm. Für die Führungs- und Finanzangelegenheiten entstanden in Kladno neue Gremien: Am 21.2.1925 wurde eine Vollversammlung einberufen, die einen Kommunerrat aus fünf Mitgliedern und eine dreiköpfige Revisionskommission wählte²⁰⁵.

Die schlechten Wohn-, Arbeits- und Versorgungsbedingungen erscheinen um so gravierender, wenn man bedenkt, dass die Kommune Kladno nicht mit ihrer kompletten Personenzahl eingereist war. Sie hinterließ in der Tschechoslowakei eine zweite Gruppe, die sog. Zweite Kommune Kladno, einen zusätzlichen Personentransport, bestehend aus erst zu einem späteren Zeitpunkt hinzugekommenen Mitgliedern, die nicht mit dem ersten Transport abreisen konnten, und aus Kommunarden, deren Abreise sich wegen der Klärung verschiedener privater und familiärer Gründe verzögert hatte. Die zuerst eingereiste Gruppe geriet nämlich bereits innerhalb der ersten Monate in finanzielle Knappheit, weil sie ihr Kapital in die Renovierung und Instandhaltung der vorhandenen Unterkünfte und die Besorgung von zusätzlichem Inventar zur angebrochenen Feldarbeit investierte. Darüber hinaus war es notwendig, zusätzliche landwirtschaftliche Maschinen, die es in der UdSSR nicht zu kaufen gab waren, wieder in der Tschechoslowakei zu besorgen. Zu diesem Zwecke reisten zwei Kommunenmitglieder zurück in die ČSR, um das gewünschte Inventar zusammen mit der Kommune „Kladno II.“ in die Sowjetunion einzuführen²⁰⁶.

Die zweite Personengruppe bestand aus 34 Erwachsenen und 25 Kindern. Sie verließ die ČSR erst am 8.11.1925 in Richtung UdSSR in einem Sonderzug wegen einer Verzögerung bei der Ausstellung des polnischen Transitvisums²⁰⁷. Am Grenzpunkt Voločisk zwischen Polen und der Sowjetunion traf ihr Zug zeitgleich mit einer anderen tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Auswanderergruppe – der Kommune Slovácko ein²⁰⁸. Hier wurden beide Gruppen vom KomSTO-Vertreter Kučeruk in Empfang genommen und es wurden Vorkehrungen für die Weiterreise zum Bestimmungsort getroffen. Kladno II. traf Ende November in der Bahnstation Ovečka an. Zu dem Zeitpunkt brach in der Region bereits der Winter ein, bevor die Quartiere renoviert waren. Zudem wurde bereits im Laufe des Jahres 1925 Kladno I. von zahlreichen Mitgliedern verlassen, die der finanziellen Not und dem täglichen Überlebenskampf nicht gewachsen waren. Sie entschieden sich entweder in die ČSR zurückzukehren, oder sich eine Arbeit im nahen oder fernen Umland zu

²⁰⁵ Ebd., I. 132

²⁰⁶ Ebd., I. 125: Die Kommunarden Kusý und Vencel verließen am 16.10.1925 die UdSSR und kehrten einen Monat später zusammen mit dem zweiten Personentransport zurück.

²⁰⁷ Ebd., I. 129

²⁰⁸ Bei der Erledigung der Grenzformalitäten wurde festgestellt, dass Kladno II. entgegen der Einfuhrerlaubnis von KomSTO einen PKW der Marke Ford und einen kleinen LKW mitführte, die offensichtlich nicht für die Kommune selbst gedacht war, sondern für Privatpersonen der lokalen Landesverwaltung. Beide Wagen wurden konfisziert, wodurch der Kommune erneut ein erheblicher finanzieller Schaden entstand: Ebd., I. 165.

suchen – eine Arbeit, für die sie auch bezahlt wurden. Nicht jedes Mitglied fand die Regelung gerecht, während der ersten drei Wirtschaftsjahre auf die Lohnauszahlung zu verzichten. Außerdem entflammten innerhalb der Kommune starke Differenzen bezüglich der kollektiven Lebens- und Arbeitsweise. Auf einer Seite standen Enthusiasten, begeisterte Kommunisten und Befürworter der kommunistischen Lebensart, auf der andere enttäuschte Kommunarden, die an der Richtigkeit der kommunistischen Theorien und an der Landwirtschaftsführung in Kommunenform zu zweifeln begannen.

Der Verlust von Mitgliedern führte dazu, dass etliche Arbeitskräfte zur Erledigung der innerhalb von Kladno anfallenden Tätigkeiten fehlten. Der Kommunenvorstand sah sich gezwungen, einheimische Arbeitskräfte anzuwerben, um den Kommunenlauf über Wasser zu halten. Da diese Arbeitskräfte zu vergüten waren und es an diesen Mitteln mangelte, wurde ein umfangreicher Kreditplan für das Jahr 1926 ausgearbeitet: Er sah eine Kreditaufnahme in Höhe von 21.665 Rubeln vor, welche für den Ankauf von sechs Pferden, sechs landwirtschaftlichen Wagen, zwei Bindmähern, zehn Melkkühen u.a. bestimmt waren. Außerdem sollten aus dem zinsfreien Kredit die einheimischen Lohnarbeiter und der Wiederaufbau von Schweineställen und Wohnhäusern finanziert werden.²⁰⁹ Die Ankunft der zweiten Kladno bedeutete zwar einen neuen Zufluss an Arbeitskräften und neuem Kapital; die bevorstehenden Ausgaben und Tätigkeiten konnten damit jedoch längst nicht verrichtet werden. Die Kommune befand sich in finanzieller Not, die Austrittswelle ganzer Familien setzte sich fort. Auch ein dritter Personentransport konnte die Lage in Kladno nicht ändern, sondern bedeutete für immer mehr Menschen den Verlust ihrer Ideale, eine Enttäuschung, eine eindeutige Verschlechterung des Lebensstandards, Mangel an materieller und ideeller Versorgung, Ratlosigkeit, für einige sogar den Tod infolge von Unterernährung oder Infektion.

VII.3. Interhelpo

Die tschechoslowakische Auswanderungsgruppe Interhelpo war eher eine Produktionsgenossenschaft als eine typische landwirtschaftliche Kommune. Dies belegt auch die kleine Fläche des ihr zugestandenen Grundbesitzes (600 Desjatine), welcher lediglich als eine Ernährungsgrundlage für die Kolonisten gedacht war und weniger als zentraler Gewinn bringender Punkt ihrer Wirtschaft. Die Gruppe verstand sich als eine Produktionsgruppe, d.h. ein Zusammenschluss von Menschen verschiedenen professionellen Hintergrunds, die sich erst innerhalb der Gruppe zu unterschiedlichen Industriezweigen ausdifferenzierten. Ihr Ziel in der UdSSR war es, unter Einfuhr modernster Technik aus der Tschechoslowakei im Süden der Sowjetunion eigenständige Produktionsbetriebe und -werkstätten aufzubauen und somit lokalen Belangen entgegenzutreten und in gewisser Hinsicht eine „Marktlücke“ zu schließen. Auch das ungewöhnlich hohe Anfangskapital (in

²⁰⁹ Ebd., I. 199.

bar oder an Inventar) zeugt eindeutig davon, dass es zum Aufbau von umfangreich ausgestatteten industriellen Produktionsstätten in dem nicht industrialisierten Kara-kirgisischen autonomen Gebiet dienen sollte und nicht zur Errichtung und Aufrechterhaltung einer lokalen Landwirtschaft. Die Tatsache, dass diese Genossenschaft hier zusammen mit den anderen landwirtschaftlichen Kommunen besprochen wird, ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass sie im Einwanderungsprozess wie eine landwirtschaftliche Kommune behandelt wurde und darauf, dass Interhelpo der lokalen Landwirtschaftsadministrative unterstellt war (Landschaftsamt des Kara-kirgisischen autonomen Gebietes). Deswegen wird sie als ein Sonderfall landwirtschaftlicher Immigration an dieser Stelle angeführt.

Die Entstehung und die Organisierung von Interhelpo wird mit dem Namen Rudolf (Pavlovič) Mareček verbunden. Sein Name tritt im Zusammenhang mit mehreren, darunter auch tschechoslowakischen Auswanderungskommunen, auf. Der kommunistische Parteisekretär nahm während seines Russlandaufenthaltes am Revolutionsgeschehen teil und baute die sowjetische Macht in Kasachstan (Alma-Ata) mit auf. Somit kannte er das russische Mittelasien und glaubte, in dieser rückständigen Region ausländische Kolonistengruppen effektiv platzieren zu können.²¹⁰ Mit landwirtschaftlichen Kollektiven und deren Gründung hatte er bereits einige Erfahrungen gemacht: „Seine“ erste Kommune in der UdSSR hieß „Novaja Žizň“²¹¹.

Das organisatorische Zentrum von Interhelpo lag in der Slowakei: In der Stadt Žilina formierte sich im Jahr 1923 eine Mitgliederbasis im Zirkel der Schüler der Ido-Sprache. Auch die Bezeichnung Interhelpo wurde von dieser esperantoähnlichen Sprache abgeleitet – International laboristal helpo. Die Enthusiasten um Mareček setzten ihren Auswanderungsgedanken auf dem Wege geheim gehaltener Agitationen um: Sie hielten Vorträge und Ansprachen in verschiedenen Städten, insbesondere in der Slowakei und in der Karpatoukraine. In den unteren und mittleren Schichten fanden ihre begeisterten Schilderungen des sowjetischen Alltags den stärksten Anklang. Besonders stark lief die Agitation in den kommunistischen Parteizellen und -organisationen; auch zeigt die Tatsache, dass viele der Interhelpo-Mitglieder der KSČ entstammten, wie stark der Gedanke der Beteiligung am sozialistischen Staatsaufbau in den Parteistrukturen präsent war. Die Formierung der Auswanderergruppe verlief in den ersten Monaten geheim. Erst als eine stabile Mitgliederbasis vorhanden war, die Auswanderungsidee immer konkretere Umriss bekam und die Verhandlungen mit den Sowjets aufgenommen wurden, wandte sich der Interhelpo-Vorstand an die tschechoslowakische Regierung und an die Öffentlichkeit²¹². Ab diesem Zeitpunkt wurden die

²¹⁰ Fano 1983: 63.

²¹¹ Dokumenty 1977: D. 23/S. 47.

²¹² Dies geschah durch ein offizielles Schreiben von Interhelpo an die Regierung der ČSR am 23.10.1923: Pollák 1961: 19.

Vorstandsmitglieder verstärkt von der tschechoslowakischen Polizei observiert²¹³, verhört, ihre Wohnungen wurden durchsucht und Informationsmaterial beschlagnahmt²¹⁴.

Jeder, der Mitglied in Interhelpo werden wollte, zahlte eine Einschreibungsgebühr von 200 Kronen und zeichnete einen Anteil an der Genossenschaft in Höhe von 3.000 Kronen. Die Fahrtkosten mussten gesondert entrichtet werden: 2.000 Kronen pro Erwachsenen für die 7.000 Kilometer lange Zugfahrt.²¹⁵ Die Anwerbung von Mitgliedern verlief zufriedenstellend: Die „Kooperative Interhelpo“, wie ihre offizielle Bezeichnung lautete, zählte am Anfang des Jahres 1925 an die 117 Personen, sodass man zur Ausdifferenzierung der Mitglieder nach Qualifikation und professionellen Fertigkeiten schritt, um personell ausreichend besetzte Produktionszweige innerhalb der Gruppe zu bilden. Es waren Folgende: Metallbearbeitungs-, Holzbearbeitungs- und Hornbearbeitungszweig, außerdem die Textilabteilung und die Landwirte. Die in der Anfangsphase beabsichtigte kleinere Werkstattproduktion wurde zu diesem Zeitpunkt durch einen Industrieproduktionsplan ersetzt.²¹⁶ Parallel zu dieser Aufteilung verliefen auch bereits die Verhandlungen mit den sowjetischen Organen. Mareček wurde von der Kooperative bevollmächtigt, im Namen von Interhelpo die Verhandlungen mit der KomSTO zu führen. Unterstützung leistete ihm der tschechoslowakische kommunistische Senator Václav Chlumecký²¹⁷.

In dem am 20.10.1924 bereits abgeschlossenen Pachtvertrag²¹⁸ (zwischen Narkomzem und Mareček) wurde das Ziel der tschechoslowakischen Auswanderergruppe festgelegt: zwei Landstücke im ersten Bezirk des Kara-kirgisischen autonomen Gebietes, in der Gegend von Pišpek. Das zugeteilte Grundstück war reich an Ton und eignete sich daher besonders gut für die Ziegelproduktion; die Ziegel waren wiederum für den Bau von Werkstätten und Betrieben notwendig. Der Pachtvertrag wurde mit einer Laufzeit von zwölf Jahren geschlossen, innerhalb welcher sich die Kooperative verpflichtete, eine Ziegel-, Dachziegel-, Hornbearbeitungs- und Schmiedewerkstatt einzurichten (während des ersten Wirtschaftsjahres). Innerhalb der ersten drei Jahre waren Wohnhäuser und die geplanten Betriebe aufzubauen. Die Landwirtschaftsführung war nach dem Muster der in der ČSR üblichen Art zu tätigen. Für alle diese Tätigkeitsbereiche hatte die Kooperative einen Jahresbericht zu erstellen, welcher der zuständigen Landschaftsverwaltung vorzulegen war. In den eingerichteten Werkstätten und Betrieben waren außerdem Ausbildungsplätze für die einheimische Bevölkerung zu schaffen, die ein Zehntel der Arbeitsplätze der Tschechoslowaken ausmachen sollten. Die Zahlung eines Pachtzinses setzte erst im Jahr 1928 ein und zwar,

²¹³ Siehe Anweisung des Innenministeriums vom 29.5.1924: NA, MV I-SR, k. 245, s. 11/2/94.

²¹⁴ Im Fall von Interhelpo wäre die unerlaubte Agitation leicht nachzuweisen gewesen – Mareček kassierte für die Organisation von Interhelpo, die Anwerbung von neuen Mitgliedern und die Verhandlungen mit der KomSTO ein Monatsgehalt von 1.600 Kronen: Pollák 1961: 34.

²¹⁵ Dokumenty 1977: D. 124/S. 153.

²¹⁶ Pollák 1961: 41ff.

²¹⁷ Dies waren nicht die ersten Verhandlungen zwischen der Kooperative Interhelpo und den Sowjets: Bereits 1923 stellte Mareček im Auftrag von Interhelpo einen Antrag auf die Erteilung einer Einreiseerlaubnis in die UdSSR, eingereicht beim Vertreter der RSFSR in Prag. Hierin bat er um die Landzuweisung in der Stadt Karakol, Gebiet von Semirečensk. Mareček selbst war davor Mitglied des Semirečensker Exekutivkomitees: Dokumenty 1977: D. 23/S. 47.

²¹⁸ Wortlaut des Vertrages publiziert in: Ebd.: D. 91/S. 115.

wie in allen anderen Fällen auch, nach Jahren aufsteigend gestaffelt. Das Land war von den Kolonisten spätestens zum 1.7.1925 zu beziehen.

Die Abfahrt der Kooperative war wieder auf mehrere Personentransporte verteilt. Der Erste von ihnen verließ am 29.3.1925 die Slowakei. Die Abfahrt des Zuges wurde von einer kommunistischen Manifestation begleitet, an welcher Vertreter der KSČ und der sowjetischen Vertretung in Prag teilnahmen. Ein Sonderzug bestehend aus zehn Personen- und 14 Güterwagons mit 303 Insassen erreichte am 1.4.1925 den Grenzpunkt Voločisk. Hier wurde die Gruppe vom KomSTO-Vertreter Boborykin in Empfang genommen und die Güter auf einen sowjetischen Zug umgeladen. In diesen Tagen wurde ebenfalls beschlossen, Mareček von Interhelpo auszuschließen, weil er der Kooperative einen materiellen und moralischen Schaden zugefügt habe; besonders eklatant war die Tatsache, dass Mareček in der Tschechoslowakei zurück blieb.²¹⁹ Die Reise nach Kirgisien erfolgte also ohne den wichtigsten Mann und Organisator. Interhelpo erreichte ihr Ziel nach einer fast einmonatigen Reise am 24.4.1925.

Die Ankunft der großen Gruppe sorgte für ein enormes Aufsehen in der Region – sie lockte sowohl organisiert als auch spontan Einheimische zum Bahnhof. Zum Zug wurden Vertreter der Berufsverbände und der Parteiorganisationen abkommandiert²²⁰, spontan versammelten sich Schaulustige und beobachteten tagelang neugierig die Neuankömmlinge und die mitgebrachten Maschinen und Geräte. Viele der Zuschauer sahen dies erstmals. Die Gruppe logierte einige Tage lang im Zug, bis die Notunterkünfte bezogen werden durften. Die Region war von Nomaden geprägt, die Stadt Pišpek²²¹ ähnelte eher einem Dorf als einer Hauptstadt des Kara-kirgisischen autonomen Gebietes, sie verfügte über keine Strom- und Wasserleitung. Auch die zu beziehenden Grundstücke stellten keine bewohnbare Siedlung dar: Als die Kolonisten den Zug Anfang Mai verlassen konnten, wurden die Familien im naheliegenden ehemaligen Gefangenenlager untergebracht, ledige Interhelpo-Mitglieder hoben sich Erdhütten aus.

Unmittelbar nach der Ankunft geriet auch Interhelpo in eine schwierige Lage – die Mitglieder wurden mit einer unzureichenden Versorgung konfrontiert und waren den örtlichen klimatischen Bedingungen nicht gewachsen. Der Temperaturunterschied zwischen Tag und Nacht und die mangelhafte Verpflegung spiegelte sich in zahlreichen Erkrankungen und Todesfällen wider: Innerhalb der ersten drei Aufenthaltsmonate starben in der Kooperative alle Kinder im Alter bis zu drei Jahren.²²² Diese Umstände führten innerhalb des Kollektivs zu einer schwerwiegenden psychischen und moralischen Zersetzung und zum sofortigen Austritt einiger Familien.

Trotz aller traurigen und negativen Geschehnisse und Erfahrungen bemühte sich die Interhelpo-Leitung um die Arbeitsaufnahme. Die Aufteilung in berufliche Abteilungen ermöglichte vor

²¹⁹ Pollák 1961: 50ff.

²²⁰ Anweisung des Exekutivbüros des kara-kirgisischen Gebietskomitees der RKP(b) vom 25.4.1925: Dokumenty 1977: D. 123/S. 152.

²²¹ Pišpek, ab 1926 als Frunze Hauptstadt der Kirgisischen autonomen Republik, ab 1936 Hauptstadt der kirgisischen SSR.

²²² Pollák 1961: 91. Die üblichsten Erkrankungen waren Malaria und Typhus.

Ort eine gute Arbeitsteilung – während die Landwirte für die Feldbestellung und die Ernährung sorgten, konnten die anderen Zweige mit der Herstellung von Ziegeln und dem Aushub von Fundamenten beginnen. Unter den zuerst fertiggestellten Werkstätten waren die Lederbearbeitungswerkstatt, die Schlosserwerkstatt, außerdem nahm eine mittels Generator betriebene Säge ihren Betrieb auf und einiges mehr. Aber auch die ersten Aufgaben wurden von finanziellen Engpässen begleitet: Die Kooperative kaufte nämlich in der Tschechoslowakei für ihr gesamtes Kapital Maschinen und Geräte und kam mit nur 332 Rubeln in der Gemeinschaftskasse in der Sowjetunion an. Ihre Tätigkeit wurde also von Anfang an durch Kredite finanziert, wovon der erste in Höhe von 20.000 Rubeln von Kirgtorgsyrjo kam.²²³

In der Tschechoslowakei formierten sich währenddessen weitere Interhelpo-Transporte, so wie es dem Plan entsprach: Ein Zwischentransport aus 63 Mitgliedern²²⁴ verließ im Oktober 1925 die ČSR. Ihm folgten noch mehrere Interhelpo-Gruppen in den 1920er und auch 30er Jahren: Im Juli 1926 reisten 587²²⁵ Interhelpo-Mitglieder nach Kirgisien. Unter ihnen auch zahlreiche Textilarbeiter, die erst nach der Errichtung der Textilfabrik ankamen. Personell war dieser Transport besser auf die Bedürfnisse von Interhelpo in Kirgisien zugeschnitten – es kamen auch einige Agronomen, zwei Ärzte sowie zwei Lehrer²²⁶. Unter der Leitung von František Bedřich kamen im März 1928 24 Personen und vier Jahre später, im April 1932 noch weitere 36 Familien (85 Einzelpersonen)²²⁷. Insgesamt verließen während der Zwischenkriegszeit 1.062 Interhelpo-Mitglieder verteilt auf mehrere Transporte die ČSR gen UdSSR. Es war die größte tschechoslowakische Kooperative, welche jemals in die UdSSR aus der ČSR auswanderte.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, waren diese Ergänzungstransporte zur Erhaltung des tschechoslowakischen Charakters der Kooperative notwendig – Interhelpo wurde während ihrer ganzen Geschichte von Hunderten seiner ursprünglichen Mitglieder verlassen. Allein im Zeitraum April 1924 bis 1.1.1928 waren es 551 Personen.²²⁸ Dieser Trend war für alle tschechoslowakische Genossenschaften in der UdSSR typisch: Viele wollten in die ČSR zurückkehren oder sich woanders in der UdSSR eine neue Existenz aufbauen. Während ihrer Existenz wuchs in der Kooperative allmählich der Anteil der einheimischen Bevölkerung, während derjenige der ursprünglichen Mitglieder sank. Bedenkt man die Personentransporte von 1925 bis 1928, so muss die Anzahl der Interhelpo-Mitglieder am Ende des Jahres 1928 erschreckend niedrig erscheinen: 202 Personen²²⁹.

²²³ Ebd.: 99.

²²⁴ Die Zahlenangaben unterscheiden sich in der Regel von Quelle zu Quelle. Die zahlenmäßigen Differenzen bleiben jedoch in jedem einzelnen Fall nur geringfügig und können das Geschichtsbild jedes einzelnen Kollektivs nicht verzerren. In diesem Fall gibt Pollák (S. 106) 60 Personen an, eine andere Quelle dagegen 63 (RGAE, f. 478, op. 7, d. 2950, l. 64.)

²²⁵ Ebd. Nach Pollák 1961: 111 waren zu diesem Transport 744 Menschen angemeldet. Der Leiter dieses Transportes war Eduard Héger.

²²⁶ Ebd.: 116.

²²⁷ Ebd.: 154ff.

²²⁸ Ebd.: 135.

²²⁹ Ebd.: 206.

Zu den Stärken von Interhelpo zählte insbesondere das in die Region eingeführte äußerst wertvolle Maschineninventar aus dem Ausland und die Aufteilung der Mitglieder nach Berufsgruppen, die auch in aufeinander folgenden Transporten nach Kirgisien reisten. Somit standen die Textilarbeiter den Maurern nicht im Wege, als die ersten Werkstätten errichtet wurden. Die mitgebrachten Maschinen und Geräte stellten für die gesamte Region einen Schatz dar. Diese konnten den Aufbau der Hauptstadt Frunze deutlich beschleunigen, bedient von fachkundigem Personal mit oft langjähriger Erfahrung in der maschinellen Produktion. Auch aus diesem Grund wurden Interhelpo ständig neue und neue Kredite und Darlehen²³⁰ gewährt, nur damit die Interhelpo-Werkstätten ihren Betrieb nicht aufgaben. Durch diese Finanzierung konnten alle Werkstätten und Betriebe aufgebaut und eingerichtet werden, die in der Folgezeit die Hauptstadt mit ihren Erzeugnissen belieferten – Baumaterial, Kleider, Möbel und vieles mehr.

Mit dem Jahr 1928 setzte ein entscheidender Veränderungsprozess von Interhelpo ein. Die Vorbereitungen für den Strukturumbau wurden von einer Sonderkommission des Obersten Volkswirtschaftsrates bereits am Ende des Jahres 1927 eingeleitet: Zur Sanierung der Kooperative wurden die Kreditzahlungsfristen verlängert, die nicht rentablen Werkstätten wurden geschlossen, Interhelpo wurde in das sowjetische Planwirtschaftssystem aufgenommen. Mit dem Einzug von sowjetischen Fachleuten in Interhelpo wurde der Umbau zu einer sowjetischen Produktions-Genossenschaft vollzogen. Das Grundstück der Kooperative wurde an die benachbarte Lenin-Kommune abgegeben.²³¹ Doch damit war der Prozess nicht ganz abgeschlossen – auch in den Folgejahren änderte sich die Interhelpo-Struktur gravierend. Die Kooperative wurde am Anfang der 30er Jahre zu einer Industriekommune umgewandelt, welche man 1932 in sieben eigenständige Genossenschaften zersplitterte. Diese sollten nur jeweils eine Monoproduktion nach staatlichem Plan betreiben.

Wie bei anderen tschechoslowakischen Kommunen dürfte auch bei Interhelpo das Übergangsdatum viel früher angesetzt werden, als aus offiziellen sowjetischen Quellen hervorgeht – durch die Aufteilung der Industriekommune Interhelpo in mehrere monoproduktive Industriezweige, welche auch nur noch unter einem eigenen Namen in der kirgisischen und sowjetischen Planwirtschaft figurierten, und durch den Verlust seiner Mitglieder verlor Interhelpo am Anfang der 1930er Jahre den Charakter einer eigenständigen tschechoslowakischen Einwanderungsgenossenschaft. Ihre ursprünglichen Mitglieder blieben jeweils nur eine kurze Zeit und verließen Interhelpo nach ein paar Monaten. Somit wuchs der Anteil der einheimischen Arbeitskräfte in Interhelpo, welche am Ende der 1930er Jahre bereits über vier Fünftel der Gesamtbelegschaft von Interhelpo ausmachten²³². Der Name Interhelpo verschwand offiziell erst nach dem Ausbruch des faschistisch-sowjetischen Krieges, als die einzelnen Abteilungen den staatlichen sowjetischen Staatsmonopolen zugeordnet wurden. Dass die Bezeichnung Interhelpo – ab spätestens 1932 – nur noch formell

²³⁰ Die Schulden von Interhelpo betrugen im Sommer 1928 nach Angaben des Kooperativenvorsitzenden F. Švolík 271.000 Rubel: Dokumenty 1977: D. 297/S. 367ff.

²³¹ Pollák 1961: 126f. Vgl. auch Dokumenty 1977: D. 297/S. 366.

²³² Vgl. die Belegschaftstabelle nach Nationalitäten bei Pollák 1961: 206.

die ehemals tschechoslowakischen Arbeiter benannte, ist auf die sowjetische Propagandapolitik zurückzuführen, die – mit zeitgenössischer Ironie – Interhelpo nie fallen ließ, die vermutlich tschechoslowakischen Erfolge und Errungenschaften stets mittels der lokalen Presse der breiten Bevölkerung präsentierte und sie dauernd als Träger der sozialistischen Ideen und der sozialistischen Verbundenheit pries.

Damit sollen keineswegs die Erfolge der Kooperative Interhelpo herabgewürdigt werden, denn während ihrer gesamten Existenz trug sie, sei es als tschechoslowakisches Einwanderungskollektiv oder später als einheimische Industriekommune, maßgeblich zur Entwicklung der Stadt und der gesamten Region bei: An ihre Präsenz erinnern etliche Gedenktafeln in der heutigen Stadt Biškek. Dass das Element Interhelpo zum Bestandteil der kirgisischen Geschichte wurde, bezeugt auch ihr eigener Internetauftritt²³³.

VII.4. Die Kommune „Slovácko“²³⁴

Die tschechoslowakischen Staatsorgane beobachteten am Anfang des Jahres 1924 eine erhöhte Auswanderungsstimmung infolge einer unerlaubten Agitation im Vsetín-Bezirk. Als Resultat der Stilllegung der Möbelbetriebe (Thonet) in den politischen Bezirken Holešov und Vsetín stieg die ohnehin bereits hohe Arbeitslosigkeit in der Gegend und somit auch die Anfälligkeit der Arbeiter gegenüber den politischen Agitatoren an. Im Frühjahr 1924 formierte sich hier eine Gruppierung von Arbeitslosen, die einen Antrag beim Volkskommissariat für Arbeit in Moskau auf Landzuweisung stellten. Nach Angaben des tschechoslowakischen Sozialministeriums wurde diese Auswanderungsgruppe von der KSČ organisiert, genauer gesagt von ihrem Parteisekretär in Vsetín²³⁵ – auch sollte ein Großteil der Gruppenmitglieder der Kommunistischen Partei angehören.

Beim tschechoslowakischen Sozialministerium ging beinahe zeitgleich auch ein Antrag auf einen finanziellen Existenzgründungszuschuss für 109 Familien (518 Personen) für die Anschaffung von landwirtschaftlichen Werkzeugen und Geräten ein, außerdem eine Bitte um die Ausstellung eines Sammelreisescheines und um die Gewährung eines kostenlosen Transportes auf dem tschechoslowakischen Staatsgebiet²³⁶. Die Anträge wurden abgelehnt mit der Begründung, die Gruppe sei nicht durchorganisiert und eine Existenzgründung in der UdSSR sei kaum zu realisieren²³⁷. Es handelte sich allem Anschein nach um die landwirtschaftliche Kommune „Vsetína“, deren Antrag von der KomSTO Ende Mai 1924 mit einem positiven Ergebnis behandelt wurde²³⁸. Vsetína als solche reiste den Archivquellen zufolge nie ein.

²³³ Stand 20.04.2006: <http://interhelpo.host.net.kg/>

²³⁴ Im tschechischen Original trug sie den Namen „Slovácká komuna“. Im Folgenden wird sie als „Slovácko“ bezeichnet.

²³⁵ NA, MV I-SR, k. 245, s. 11/2/94.

²³⁶ NA, MV I-SR, k. 198, s. 9/166/864.

²³⁷ NA, MSP, k. 3797, s. H8-d1 (1924).

²³⁸ KomSTO beschloss, der Kommune ein Land von 2.400 Desjatine zuzuteilen und erteilte einem Vertreter der Auswanderer die Einreiseerlaubnis für die UdSSR: GARF, f. R-364, op. 1, d. 34, l. 13.

Offensichtlich auf Grund von Differenzen innerhalb der Kommune bereits während ihrer Konstituierungsphase fiel die Kommune entweder auseinander, wie es auch andere Beispiele in der ČSR belegen, oder sie wurde aus anderen Gründen lebens- und auswanderungsunfähig. Das Beispiel anderer tschechoslowakischer Auswanderungskollektive lässt jedoch erkennen, dass sich die verbliebenen Pro-Auswanderer einer anderen Kommune anschlossen, bzw. ein eigenes Kollektiv bildeten. Auf Grund des geographischen Vsetína-Mittelpunkts liegt die Vermutung nahe, dass sich die Vsetína-Mitglieder der sich ab 1925 neu konstituierenden „Slovácká komuna“ (wegen ihres organisatorischen Zentrums gelegentlich auch Kommune „Hodonín“ genannt) anschlossen oder in größeren Gruppen in sie übergingen.

Die Formierung von Slovácko begann im März 1925 in Hodonín, wo sich lokale Landwirte und Arbeiter zusammentrafen und über die Realisierung eines Auswanderungskollektivs diskutierten. Sie forderten bei der noch in der ČSR weilenden Kooperative Interhelpo ihre Statuten an, um einen Kommunenaufbau nach ihrem Vorbild durchzuführen. Beeindruckt von den Nachrichten über das neue Leben der Kommune Kladno wurde in Hodonín ein Vorbereitungskomitee ins Leben gerufen, welches die Gründung einer Auswanderungsgenossenschaft übernehmen sollte.²³⁹ Die eigentliche Gründungsversammlung der neuen Genossenschaft, ab diesem Zeitpunkt Slovácká komuna genannt, fand in der zweiten Aprilhälfte statt: Hier wurde beschlossen, die Anteilhöhe auf 3.000 Kronen festzumachen, nebst einer Einschreibungsgebühr von 200 Kronen. Ebenfalls auf dieser Versammlung wurden der Vorstand, der Aufsichtsrat und der Kommunensekretär gewählt.

Ab April 1925 lief die agitatorische Arbeit von Slovácko: Die Mitgliederbasis erweiterte sich rasch, der Vorstand wurde mit Anfragen aus allen Regionen der ČSR regelrecht bombardiert. Das organisatorische Zentrum mit seinem Sitz in Prag nahm die ersten Verhandlungen mit der KomSTO auf. Otto Rýdlo und Josef Jirava waren in der Anfangsphase der Kommune Slovácko für die Kommunikation zuständig. Die KomSTO forderte den Kommunenvorstand auf, Vorschläge für das Niederlassungsziel in der UdSSR zu unterbreiten. Die Kommunerversammlung sprach sich im Juni 1925 für den Nordkaukasus aus.²⁴⁰ Es wurde vereinbart, zwei Vertreter von Slovácko nach Moskau und in die gewünschten Gebiete der Sowjetunion mit der Aufgabe zu entsenden, geeignetes Land für die Niederlassung der Kommune zu finden und einen vorläufigen Pachtvertrag mit den sowjetischen Behörden zu schließen. Jakub Hřebačka und František Moudrý verließen am 5.8.1925 die Tschechoslowakei in Richtung UdSSR.

Parallel zu den Verhandlungen in Moskau liefen auch in der ČSR die Auswanderungsvorbereitungen weiter. Sie wurden lediglich von einem Ermittlungsverfahren gestört, als gegen den Kommunenvorstand wegen unerlaubter Agitation und illegaler Anwerbung von Kolonisten fürs Aus-

²³⁹ NA, MZV, RPA, k. 448.

²⁴⁰ Seitens der KomSTO wurde der Slovácká komuna angedeutet, dass ihre Auswanderung in die Sowjetunion von der politischen Lage zwischen der UdSSR und der ČSR abhängig gemacht werden könnte: KomSTO wies darauf hin, dass die sowjetische Regierung von der Regierung der ČSR noch nicht de jure anerkannt wurde und eine Einwanderung von tschechoslowakischen Staatsbürgern nicht unbedingt erwünscht sei. Erst nach persönlicher Fürsprache des Bezirkssekretärs der KSČ beim Vertreter der Sowjetunion in der Tschechoslowakei Antonov-Ovsejenko wurden die Verhandlungen zwischen KomSTO und Slovácko wieder aufgenommen: NA, MZV, RPA, k. 448.

land eine Anzeige erstattet wurde²⁴¹. Zu den brennendsten Problemen zählte das finanzielle Kapital der Kommune: Den Forderungen der KomSTO zufolge, die während der Anwesenheit der Kommunenvertreter in Moskau eintrafen, musste die Kommune ein Mindestkapital in Höhe von 900.000 Kronen in die Sowjetunion einführen. Bei einer Anleihe von 3.000 Kronen pro Person hätte die Kommune Slovácko jedoch 300 zahlende Mitglieder zählen müssen. Es war jedoch die Praxis, dass nur eine Anleihe pro Familie und nicht pro Einzelperson gezeichnet werden musste. Also wurde beschlossen, die Anteile auf 5.000 Kronen aufzustocken und die Zahl der Anteilseigner auf mindestens 150 Personen anzuheben. Das somit erzielte Kapital von 750.000 Kronen sollte noch um 150.000 Kronen aus Krediten erhöht werden.²⁴²

Hřebačka und Moudrý verhandelten währenddessen mit sowjetischen Vertretern in Moskau über ein geeignetes Landstück im Kaukasus oder Kuban'. Aus politischen Gründen wurden diese Gebiete von der KomSTO abgelehnt; dafür wurden ihnen jedoch Sowchosen in dem Stalingrader Gouvernement angeboten. Die Kommunarden durften die Sowchosen Rozdolnojevo und Krasnyje sady besichtigen. Erstere war eine Sowchose von über 4.500 Desjatine Fläche, welche von einer ausländischen Kommune bereits erfolglos bewirtschaftet wurde – die ungarische Kommune verließ sie in einem sehr verwahrlosten Zustand. Eine weitere stellte eine Sowchose von etwa derselben Fläche dar, welche von nur wenigen Einheimischen in Betrieb gehalten wurde. Der Hof befand sich in einem besseren Zustand und war mit einigen wenigen Maschinen ausgestattet. Auch die Bauten auf dem Grundstück sagten den Kommunarden zu. In der unmittelbaren Umgebung lebten Kalmyken in Schafsfellzelten, wie die beiden Tschechoslowaken beeindruckt notierten.²⁴³

Problematisch schien ihnen die Infrastruktur: In beiden Fällen war die Wolga die einzige Verkehrsader. Auch die riesige Gesamtfläche der beiden Sowchosen machte Hřebačka und Moudrý Sorgen. Daher baten sie, weitere in Frage kommende Sowchosen besichtigen zu dürfen. Stepnoje Privolžije, allerdings etwa gleichen Ausmaßes, lag unweit der Bahnlinie Moskau-Stalingrad. Auch diese war in einem schlechten Zustand und außerdem bereits von Landwirten bewirtschaftet. Also fuhren sie am 23.8.1925 zur Sowchose Bělousovskij in unmittelbarer Nähe einer deutschen Kommune und am nächsten Tag zur Sowchose Solěnnje prudy. Diese hatte 1.184 Desjatine Gesamtfläche, wovon 80 Desjatine auf die Teiche, acht Desjatine auf den Obstgarten und 17 Desjatine auf den Wald entfielen; den Rest bildete das Ackerland. Obwohl sich dort kein Inventar und keine Nutztiere befanden und die 22 zugehörigen Bauten in einem schlechten Zustand waren, entschieden sich die beiden Vertreter von Slovácko nun für sie.²⁴⁴

Der Pachtvertrag wurde zu folgenden üblichen Optionen geschlossen: Slovácko pachtet die Sowchose Solěnnje prudy für die Laufzeit von 24 Jahren, sie führt finanzielle Mittel in Form von lebendigem und totem Inventar in einem Gesamtwert von 50.000 Rubeln (850.000 Kronen) ein und

²⁴¹ Ein Verstoß gegen das Auswanderungsgesetz 1922 konnte jedoch nicht nachgewiesen werden: NA, MV I-SR, k. 989, s. 5/245/65.

²⁴² NA, MZV, RPA, k. 448.

²⁴³ Ebd.

²⁴⁴ Ebd.

errichtet auf dem zugewiesenen Land eine vorbildliche Landwirtschaft nach westeuropäischem Vorbild. Weiterhin verpflichtete sich Slovácko vertraglich, eine Elektrostation, eine Mühle und eine Ziegelwerkstatt aufzubauen und außerdem die Zucht von Pferden, Vieh, Schafen und Schweinen zu führen. Alle diese Aspekte einer westeuropäischen Landwirtschaftsführung sollen die tschechoslowakischen Kommunenmitglieder der Umlandbevölkerung vermitteln und sie im kulturellen und kommunistischen Geist „erziehen“²⁴⁵. Im ersten Jahr wurde kein Pachtzins erhoben, danach gestaffelt nach Jahren.

In der ČSR kamen die Ausreisevorbereitungen in die entscheidende Phase: Der Kommunenvorstand wandte sich an verschiedene Ministerien bezüglich der Ausreiseformalitäten. Es ging insbesondere um die Ausfuhrerlaubnis für Maschinen und Tiere und um die Ermäßigung bei der Bahnbeförderung. Es wurde erwogen, die Gruppe in mehrere Personentransporte aufzuteilen, wobei die erste und kleinere Gruppe vor Ort das Land für die Niederlassung der übrigen Mitglieder vorbereiten sollte. Dieser Vorschlag stieß jedoch auf Widerstand der meisten Kommunarden und es wurde beschlossen, als eine geschlossene Gruppe abzureisen. In dieser Endphase kam es auch zu erheblichen Differenzen innerhalb der Kommune sowie innerhalb des Kommunenvorstandes. Zahlreiche Mitglieder klagten wegen der allzu hohen Fahrtkosten (1.000 Kronen) und baten um Ermäßigung, d.h. um die Deckung der Reisekosten aus der Gemeinschaftskasse; einige zahlten ihre Anteile sogar in Raten ab. Dadurch sank das Kommunenkaptal beträchtlich. Einige der Mitglieder entschieden sich auch in diesem Augenblick, die Kommune zu verlassen und forderten die Rückzahlung ihrer Anteile.²⁴⁶ Ein großer Konflikt entbrannte auch im Vorstand selbst: Es kam zu Differenzen zwischen Hřebačka und Moudrý, in deren Folge Moudrý Slovácko verließ²⁴⁷.

In angespannter Stimmung, die aus dem Austritt einiger Mitglieder und den damit verbundenen finanziellen Einbußen resultierte, wurde die Ausreise für den 8.11.1925 festgelegt. Die letzten Maschinen, Tiere und Lebensmittel für die Fahrt und für die ersten Wochen in der UdSSR wurden besorgt. An den Sonderzug für die Kommune wurden Wagen des Roten Kreuzes mit einer mobilen Küche angekoppelt. Der Zug verließ um 20 Uhr abends Hodonín und fuhr über die Slowakei und Polen in die Sowjetunion ab. Es waren nach Angaben der KomSTO insgesamt 385 Personen, davon 228 Erwachsene und 157 Kinder²⁴⁸. Ende November kam die Gruppe auf dem ehemaligen Staatsgut Solénnyje prudy im Bezirk Ust'-Medvedeck des Gouvernements von Stalingrad an. Am 29.11.1925 wurde der vorläufige Pachtvertrag durch die KomSTO bestätigt.

Unmittelbar nach der Ankunft mussten die tschechoslowakischen Kommunarden feststellen, dass das Grundstück und die dazugehörigen Bauten von sowjetischer Bevölkerung besetzt waren, und dass diese sie nicht aufgeben wollte. Sie mussten erneut Verhandlungen mit der Gou-

²⁴⁵ Ebd.

²⁴⁶ Ebd.

²⁴⁷ Moudrý bezichtigte Jakub Hřebačka, den Leiter der Auswanderungskommune, er sei ein Lügner und notorischer Alkoholiker und nicht im Stande, die Kommune zu führen. Moudrý forderte seinen Anteil zurück. Zu diesem Zeitpunkt (September 1925) betrug die Zahl der Kommunenmitglieder nach Moudrýs Angaben 120 Mitglieder (480 Personen, davon waren 314 arbeitsfähig). Ebd., s. Vystěhovalectví do SSSR-Slovácká komuna.

²⁴⁸ RGAE, f. 478, op. 7, d. 2950, l. 59.

vernementadministration aufnehmen, um das Land rechtmäßig übernehmen zu können. Bis zur Entscheidung mussten sie in einer naheliegenden verlassenen Kaserne Quartier nehmen oder bei der Dorfbevölkerung Zimmer mieten. Dass diese Unterkunft, zumal der Winter bereits ausgebrochen war, keineswegs ausreichend war und Unzufriedenheit stiftete, liegt auf der Hand. Zudem kamen Kleider und Wäsche mancher Kommunarden auf unerklärliche Weise abhanden.²⁴⁹

Kurz nach der Übersiedlung – im Winter 1925 – sah sich die Kommune Slovácko mit gravierenden Schwierigkeiten konfrontiert: Für den Großteil ihres Kapitals waren noch vor der Auswanderung in der Tschechoslowakei landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Saatgut gekauft und in einem unzureichenden Maße daran gedacht worden, wie die Kommune die vorstehende Winterzeit überstehen sollte. Wegen der unerwarteten, mit der Unterkunft der Mitgliedschaft zusammenhängenden Ausgaben, der verzögerten Übernahme des gepachteten Landes sowie durch die jahreszeitlich bedingte Untätigkeit der Tschechoslowaken kam es innerhalb der Kommune zu heftigen Streitigkeiten und einer Suche nach Schuldigen. Die Kommune sah sich gezwungen, Kredite von lokalen Bankinstituten aufzunehmen – doch reichten die ersten beiden Anleihen in einer Gesamthöhe von 27.000 Rubeln gerade zur Versorgung der Mitglieder.²⁵⁰ Um weitere Kredite erhalten zu können, musste Slovácko die sowjetischen Genossenschaftsstatuten annehmen. Während einer zu diesem Zwecke einberufenen Vollversammlung wurde Hřebačka der Konterrevolution beschuldigt und für die entstandene Misslage verantwortlich gemacht. Die Mitglieder der Kommune – ausschließlich Mitglieder der KSČ – forderten einen Eingriff der VKP/b/ und eine parteiinterne Bestrafung der Kommunenleitung. Die Kommune war in zwei Lager gespalten – eine Gruppe von etwa 30 Personen forderte die Liquidierung der Kommune, die andere, parteitreue, verlangte die Bestrafung der „Liquidatoren“. Zu diesem Zeitpunkt war die Situation in Slovácko bereits zum öffentlichen Geheimnis geworden – der Vollversammlung, auf welcher eine Lösung herbeigeführt werden sollte, wohnten die Vertreter der lokalen Parteiorganisationen bei.²⁵¹ Die Schiedskommission entschied, die Liquidatoren von der Kommune auszuschließen und gleichzeitig deren Ausschluss aus der KSČ zu veranlassen. Samt dem Kommunenvorstand verließen Slovácko 76 Einzelpersonen, 18 davon kehrten sofort in die ČSR zurück.²⁵²

Mit der Konfliktsituation in Slovácko musste sich auch die KomSTO befassen. In einer Sondersitzung der Kommission am 1.3.1926 wurde ein umfangreiches Sanierungsprogramm für die Kommune verabschiedet: Das Narkomzem RSFSR wurde beauftragt, der Kommune eine finanzielle Hilfe in Höhe von 2.000 Rubeln zu gewähren, die zur Frühjahrsbestellung der Felder gedacht war und, zusammen mit dem Stalingrader Exekutivkomitee, einen langfristigen zinsfreien Kredit in Höhe von 10.000 Rubeln für die vorstehenden Renovierungsarbeiten einzuräumen. Die KomSTO selbst gab der Kommune die Möglichkeit, aus einem speziellen Immigrantenfonds Geld bis zum Höchstbetrag von 3.000 Rubeln zu schöpfen, zinsfrei und zahlbar innerhalb eines Jahres. Der

²⁴⁹ AMZV, II. sekce, k. 526, s. 7.

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Ebd.

²⁵² RGAE, f. 478, op. 7, d. 2950, l. 59.

Pachtvertrag zwischen dem Narkomzem und Slovácko sollte so abgeändert werden, dass die Kommune zu einer Kommune sowjetischen Typus umgeändert werden könnte und somit keinen Pachtzins zahlen müsste. Das Stalingrader Exekutivkomitee erhielt zudem die Aufgabe, einen eigenen russischsprachigen Vertreter zu Slovácko zu entsenden, welcher als Vermittler zwischen der Kommune und der Lokalverwaltung fungieren sollte.²⁵³

Die Nachsichtigkeit bei der Zahlung bzw. der Nichtzahlung der Mitgliederanteile wurde der Kommune zum Verhängnis: Ihr Startkapital verringerte sich somit bereits vor der Auswanderung in die Sowjetunion. Als Slovácko im Jahr 1926 in eine schwierige finanzielle Lage geriet, wurde diese Tatsache zum Streitpunkt unter den Kommunenmitgliedern, indem man die Schuld an der Lage den nicht-zahlenden Kommunarden bzw. der Kommunenführung zuschrieb. Ein gravierender Fehler war ebenfalls, dass die Kommunenleitung – ohne eine ausreichende Kenntnis der Landwirtschaftsführung in der UdSSR – für ihr Kapital landwirtschaftliche Maschinen und Geräte anschaffte, die sich vor Ort als nutzlos erwiesen. 1926 war die Kommune bereits in einem Zerfallsstadium vergriffen.

Das im März 1926 von der KomSTO gestartete Rettungsprogramm wandte sich in den Folgemonaten der politischen Sanierung von Slovácko zu. Eine Sonderkommission durfte feststellen, dass am Zerfall der Kommune einige „ungesunde Elemente“²⁵⁴ Schuld trugen, welche die Autorität der Partei in Frage stellten: Es wurde daher beschlossen, alle derartigen „Elemente“ aus der Kommune auszuschließen ohne ihnen – wie bei allen Kommunen üblich – ihre Anteile zurück zu zahlen. Die Schwierigkeiten in der Kommune wurden zu einer Parteiangelegenheit: Die VKP/b/ wurde eingeschaltet, die Kommunenmitglieder wandten sich an die Tschechoslowakische Sektion beim Komintern-Exekutivkomitee und an verschiedene tschechoslowakische kommunistische Abgeordnete. B. Šmeral erklärte jedoch aus Moskau, die Angelegenheit sei nicht politisch und unternahm keine Schritte²⁵⁵.

Außerdem wurde der Kommune Slovácko von der KomSTO auferlegt, das ungeeignete mitgebrachte Inventar zu verkaufen, um Umlaufmittel in Höhe von mindestens 10.000 Rubeln zu gewinnen. Im Laufe des Jahres verließen jedoch 98 Personen die Gruppe, sodass eine Landwirtschaftsführung nicht mehr möglich war. Zwar wurden im ersten Jahr der Existenz der Kommune weitere Kredite und Darlehen aus unterschiedlichen staatlichen Fonds gewährt – ihr Weiterbestehen konnte dadurch jedoch nicht sichergestellt werden. Im Jahr 1927 verschwindet von Slovácko jegliche Spur: Sie wurde unter den umliegenden sowjetischen Sowchosen aufgeteilt.²⁵⁶

²⁵³ Dokumenty 1977: D. 181/S. 225ff.

²⁵⁴ Daher wurde das Gouvernementkomitee der Partei beauftragt, diese „Elemente unter die Lupe zu nehmen“: RGAE, f. 478, op. 7, d. 2950, l. 60.

²⁵⁵ AMZV, II. sekce, k. 526, s. 7.

²⁵⁶ Dokumenty 1977: D. 181/S. 225ff.

VII.5. Reflektor

Reflektor war die personenstärkste tschechoslowakische landwirtschaftliche Auswanderungskommune (abgesehen von der produktionsgemischten Kooperative Interhelpo), deren Entstehungszeit sich im Frühling 1924 festmachen lässt. Ihr organisatorisches Herz war Prag, auch wurden die meisten Mitglieder in Mittelböhmen angeworben. Reflektor nahm viele der Mitglieder der auseinandergefallenen landwirtschaftlichen Kommune Čechocentr²⁵⁷ auf. Dank der Tatsache, dass ganze kleine Personengruppen von einer zur anderen Kommune gewechselt haben, schritt der Formierungsvorgang rasch voran, sodass sich einer Anwerbung von gänzlich neuen Mitglieder nicht so intensiv gewidmet werden musste, wie es bei den anderen Kommunenneugründungen der Fall war.

Als Bevollmächtigter von Reflektor in Moskau figurierte im Mai 1925 wiederum Rudolf Mareček, dessen Name bereits im Zusammenhang mit Interhelpo in Erscheinung getreten war. Seine Rolle im Formierungsprozess von Reflektor ist unklar; immerhin war er es, der den vorläufigen Pachtvertrag im Namen von Reflektor unterzeichnete. Marečeks Name kam im Zusammenhang mit Reflektor oder dessen Führung eigentlich nie vor. Der Reflektor-Vorsitzende hieß Rudolf Křepinský und unter seiner Leitung arbeitete die Kommune bis zum Sommer 1926.

Der Einwanderungsantrag von Reflektor wurde auf einer KomSTO-Sondersitzung am 27.7.1925 behandelt. Ein vorläufiger Pachtvertrag wurde für Reflektor bereits von Mareček geschlossen, also konzentrierte sich die KomSTO auf ihrer Sitzung auf die Ausarbeitung der Reise-modalitäten und die Vorbereitung des endgültigen Pachtvertrags, der erst nach der Ankunft der Kommune unterzeichnet werden sollte. Das versprochene Grundstück im Saratov-Gebiet blieb für Reflektor reserviert. Es wurde beschlossen, die Ankunft der Kommunenvetreter in Moskau und deren Stellungnahme abzuwarten.²⁵⁸ Diese trafen Ende August 1925 in der UdSSR ein, zeitgleich mit den Vertretern einer anderen tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kommune – Slovická komuna²⁵⁹. Nach einwöchiger Verhandlung zwischen der KomSTO und Reflektor kam ein Pachtvertrag zustande, der Reflektor ein Grundstück für 30 Jahre einbrachte. Die KomSTO billigte ebenfalls eine Erweiterung der Mitgliederbasis um die Mitglieder der zerstrittenen Kommune Čechocentr²⁶⁰. Neben dem Vertrag wurden weitere, die Kommunenfinanzen betreffende Einzelheiten vereinbart: Die KomSTO forderte ein Startkapital in Höhe von zwei Millionen Kronen. Zu diesem Zeitpunkt zählte die Kommune an die 120 zahlende Mitglieder, von ihnen trug jeder mit 7.600 Kronen in die Kollektivkasse bei. Somit überstiegen die Forderungen der KomSTO die finanziellen Möglichkeiten der Kommune beträchtlich²⁶¹. Dieser Bedingung konnte Reflektor nur damit Folge leisten, indem die Mitgliederbasis erweitert wurde – die Forderung nach hohem Startkapital um-

²⁵⁷ Siehe Kap. VII.6.3.

²⁵⁸ Dokumenty 1977: D. 140/S. 173

²⁵⁹ Nach Informationen der Vertretung der Tschechoslowakei in Moskau, 20.8.1925: AMZV, II. sekce, k. 525A, s. 7.

²⁶⁰ Dokumenty 1977: D. 142/S. 174.

²⁶¹ NA, MZV-RPA, k. 448, s. Vystěhovalectví do SSSR-Reflektor.

fasste die gesamte Kommune, egal ob sie über mehrere Personentransporte verteilt in der UdSSR eintraf.

Das zugewiesene Grundstück Nr. 40 befand sich im Gouvernement von Saratov im Kreis Novouzensk, Gebiet Eršovsk.²⁶² Mavrinka hieß die nächste Bahnstation, die nächste Siedlung Michajlovsk. Die Gesamtfläche des Landes betrug 2.012 Desjatine. Reflektor verpflichtete sich in Paragraf fünf, während der ersten beiden Jahre die notwendigen Landwirtschaftsbauten zu errichten und gleichzeitig ein Gemeindehaus, ein Krankenhaus, eine Schule, einen Getreidespeicher, eine Getreidemühle und eine Molkerei (Butterproduktion) zu bauen, die innerhalb der ersten drei Jahre betriebsbereit sein sollten. Von dem zugewiesenen Land sollten mindestens 1.200 Desjatine landwirtschaftlich bearbeitet werden²⁶³, 300 Desjatine davon bereits im ersten Wirtschaftsjahr. Weiterhin wurde im Pachtvertrag vereinbart, dass auf dem gepachteten Land innerhalb des ersten Pachtjahres eine Reparaturwerkstatt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte entstehen sollte, die – neben den Kommunarden selbst – von den benachbarten Landwirten gegen Entgelt in Anspruch genommen werden konnte. Die Zahlung eines Pachtzinses wurde für das erste Wirtschaftsjahr ausgesetzt, ab dem 1.9.1926 bis 1.9.1931 wurde die Zahlung von 0,50 Rubeln pro Desjatine Land vereinbart. Der Pachtzins verdoppelte sich alle fünf Jahre. Nach Ablauf der dreißigjährigen Vertragslaufzeit, wenn sie nicht verlängert werden sollte, war die gesamte Wirtschaft an den sowjetischen Staat ersatzfrei zu übergeben.

Die Kommune machte sich in der ČSR zur Abreise bereit. Es wurde beschlossen, dass im Herbst der erste Personentransport in die UdSSR reisen sollte und der zweite ihm erst im Frühjahr 1926 folgen würde: Nur durch eine zwischenzeitliche Anwerbung neuer Mitglieder in der ČSR konnten die finanziellen Forderungen der KomSTO erfüllt werden. Es wurden verschiedene Geräte und Tiere gekauft, darunter zwei Autos, drei Traktoren der Marke Praga, Dieselmotoren, die Einrichtung für die Errichtung einer Walzenmühle, ein Generator, neun Elektromotoren und weitere Geräte und Werkzeuge für die Betriebsaufnahme von Werkstätten; außerdem ein Pferd, vier Kühe, Schweine, Ziegen und Geflügel²⁶⁴.

Die Abreise der Reflektor-Mitglieder wurde auf Ende September 1925 gelegt. Zum Zeitpunkt der Auswanderung bestand die Kommune – die Angaben gehen hierbei auseinander – aus 184 Einzelpersonen, davon 113 Erwachsene und 71 Kinder²⁶⁵. Der am 27.9.1925 in Prag gestartete Personentransport erreichte sein Ziel nach einer mehr als zweiwöchigen Fahrt, also mit einer im Widerspruch zu dem Pachtvertrag stehenden Verspätung von beinahe zwei Monaten. Das in einer

²⁶² Vorläufiger Pachtvertrag vom 26.5.1925 archiviert in NA, MSP, k. 3797, s. H8-d1.

²⁶³ Der Pachtvertrag sah vor, dass Reflektor die Feldarbeiten spätestens zum 1.8.1925 aufnahm (§6, Abs. d), damit ein landwirtschaftlicher Ertrag im nächsten Jahr sichergestellt werden konnte. Durch die allzu späte Einreise – fast zwei Monate später – war eine Feldbestellung nicht mehr möglich. Obwohl sich die KomSTO dessen bewusst war (Kommunenvetreter kamen Ende August nach Moskau), hinderte sie Reflektor nicht daran, im Herbst einzureisen.

²⁶⁴ Über die Ausstattung von Reflektor berichtete die Zeitung Zavol'žskij pachar' am 13.12.1925. Zit. nach: Dokumenty 1977: D. 155/S. 194.

²⁶⁵ So die Angaben der KomSTO: RGAE, f. 478, op. 7, d. 2950, l. 62. Josef Lakomý, ein in „České slovo“ regelmäßig kritische Berichte publizierendes Reflektor-Mitglied sprach von 57 Familien: NA, MZV-RPA, k. 448. Nach Angaben des tschechoslowakischen Außenministeriums betrug der erste Personentransport von Reflektor in die UdSSR 58 Familien (192 Mitglieder): NA, MZV-RPA, k. 422, s. Vystěhovalectví do SSSR 1925-1935.

kahlen Steppe liegende Land verfügte über keine Wohnbauten, sondern nur über wenige alte Lehmhütten. Viele der Neuankömmlinge weigerten sich, derartige Unterkünfte zu beziehen und mieteten Quartiere im naheliegenden Ort Michajlovka. Josef Lakomý berichtete von seinen ersten Eindrücken am Reflektor-Zielort: „Wie konnten uns unsere Leiter bloß hierhin führen, in eine einer Wüste ähnelnden Steppe, wo nur der Kirgise wohnen kann?“²⁶⁶

Die Kommunarden waren die örtlichen klimatischen Verhältnisse nicht gewohnt – gekoppelt mit den schlechten hygienischen Bedingungen führten sie zu schweren Erkrankungen und zahlreichen Todesfällen. Es stellte sich heraus, dass das zugewiesene Grundstück als Nahrungsquelle – so die Berechnungen der KomSTO – für nur 43 Familien ausgelegt war. Außerdem wurde den Mitgliedern vom Kommunenvorstand der wahre Zustand des Grundstückes verheimlicht. Vor Ort ließen sich keine Lebensmittel kaufen, das nächste Krankenhaus war im Ort Dergači etwa 20 km entfernt. Den Herbst und den Winter 1925/1926 überstanden nur 35 Familien; alle anderen haben die Kommune verlassen.²⁶⁷ Die Krankheiten innerhalb der Kommune und der Mitgliederabgang waren auch die Gründe für die kaum voranschreitenden Feldarbeiten.

Mit der Situation bei Reflektor befasste sich im Frühjahr 1926 auch die KomSTO. Zwei Vertreter, die Herren Koš und Vostrák, wurden nach Moskau geladen, um die Lage der Kommune zu erläutern. Sie schilderten die Situation und den Mangel an Umlaufmitteln sowie an Arbeitskräften für die Bewirtschaftung des zugeteilten Landes. Sie baten um eine finanzielle Unterstützung und um die Einreiseerlaubnis für die zweite Reflektor-Gruppe, die zu dem Zeitpunkt in Prag ihre letzten Abreisevorbereitungen traf. Auf diese Sitzung hin entstand ein Untersuchungsausschuss, in dem Vertreter der KomSTO, des Gouvernementexekutivkomitees von Saratov, des VKP/b/- Gouvernementkomitees, des Kolonisationsfonds für das Wolgagebiet beim Narkomzem, der Kolonisierungs- und Umsiedlungsabteilung beim Narkomzem und Bevollmächtigte von Reflektor saßen. Es wurden nachstehende Maßnahmen vereinbart und in den Folgemonaten umgesetzt:

- 1) Das Narkomzem und das Gouvernementexekutivkomitee von Saratov sollten der Kommune Reflektor gemeinsam einen Kredit in Höhe zwischen 15-30.000 Rubeln mit günstigen Zinsen gewähren. Diese Mittel sollten aus dem gemeinsamen Fonds für die Melioration trockener Gebiete genommen werden. Dieses Darlehen war für den Aufbau von landwirtschaftlichen Bauten und zum Ankauf von lebendigem Inventar bestimmt.
- 2) Im Hinblick auf die bevorstehende Einreise des zweiten Reflektor-Transportes wurde angeordnet, kein Inventar mehr in die UdSSR einzuführen, sondern nur bares Geld mitzunehmen, und zwar in einer Mindesthöhe von 10.000 Rubeln, welche Reflektor vor Ort als Umlaufmittel dienen sollten.
- 3) Die Meliorierungskommission für das Wolgagebiet sollte in Übereinkunft mit dem Gouvernementexekutivkomitee von Saratov den Inventarbestand von Reflektor prüfen und bestimmen, was verkauft werden dürfte, um notwendiges Umlaufkapital zu gewinnen.

²⁶⁶ Den Angaben von Lakomý zufolge: NA, MZV-RPA, k. 448.

²⁶⁷ Ebd.

- 4) Aus dem KomSTO-Sonderfonds sollte Reflektor ein zinsfreier Kredit in Höhe von 5.000 Rubeln gewährt werden, um damit die notwendigsten unmittelbar vorstehenden Ausgaben abzudecken.²⁶⁸

Der Kommunenvorstand selbst ließ sich währenddessen von der katastrophalen Lage in Reflektor nicht beirren – er versorgte die sich in der ČSR formierende zweite Reflektor-Gruppe mit beschönigenden Berichten über „blühende Landschaften und preiswerte Lebensmittel“. Die Aufgabe der ersten Reflektor-Gruppe – die notwendigen Reparaturen und Vorkehrungen für die Ankunft eines zusätzlichen, personenstärkeren Transportes zu treffen – konnte aus Finanz- und Personal-mangel in Wirklichkeit gar nicht mehr erfüllt werden. Von den wahren Problemen wurde die zweite Reflektor-Gruppe nicht wahrheitsgemäß unterrichtet. Zum Zeitpunkt des Erlassens der KomSTO-Sanierungsmaßnahmen beantragte die zweite Gruppe beim tschechoslowakischen Außenministerium in Prag bereits die Ausstellung der Reisepässe: Zu diesem Zeitpunkt (30.3.1926) zählte die Gruppe 299 Personen (105 Familien)²⁶⁹. Bis zur tatsächlichen Abreise aus der ČSR wuchs die Mitgliederzahl um 76 Einzelpersonen an.

Die Auswanderung erfolgte in einem vom Roten Kreuz bereitgestellten Sonderzug, der am 14.5.1926 um 15 Uhr Prag verließ. Die Abreise von Reflektor wurde von etwa 500 Manifestanten begleitet, die sich am Bahnhof versammelten. Die Kommunarden und ihre Begleiter brachten sowjetische Flaggen mit und schmückten mit ihnen den Zug. Außerdem sprachen auf dem Bahnhof einige kommunistische Senatoren und Abgeordneten zu den Anwesenden, das der Versammlung beiwohnende Orchester spielte die Internationale und die Abreise von Reflektor ähnelte einer kommunistischen Manifestation.²⁷⁰ Die Euphorie der Abreise änderte sich bereits während der Fahrt: Die Tschechoslowaken machten sich ein eigenes Bild über das Leben auf dem sowjetischen Lande und sammelten die ersten Eindrücke. Sie erreichten ihr Ziel: die menschenleere Bahnstation Mavrinka, ihre Genossen verteilt auf ihre Quartiere in Michajlovka.

Die angekommenen 120 Familien wurden vom Kommunenvorstand in Empfang genommen. Hier erfuhren sie auch erst, in welcher schwierigen Situation sich die bestehende Kommune befand. Es folgte eine enorme Enttäuschung, als die Neuankömmlinge ihre Quartiere – einen Kuhstall und einige Erdhütten – beziehen mussten. Zu dem Zeitpunkt ähnelte das Kommunengrundstück einem Krankenhaus: kranke Menschen, ohne ausreichende Verpflegung und medizinische Versorgung. Aus dem nahe gelegenen Krankenhaus kehrte kaum jemand lebendig zurück und die in der Kommune Verstorbenen wurden in der Nähe auf dem sog. „Schindanger“ bestattet²⁷¹. Von den noch etwa 30 verbliebenen Familien des ersten Transportes waren 15 davon gerade im Begriff, Reflektor zu verlassen. Auch vom zweiten Transport entschieden sich viele sehr schnell, von

²⁶⁸ Sitzungsprotokoll archiviert in: RGAE, f. 478. op. 7, d. 2950, l. 62.

²⁶⁹ NA, MZV-RPA, k. 448, s. Vystěhovalectví do SSSR-Reflektor.

²⁷⁰ Das tschechoslowakische Eisenbahnministerium wies in diesem Zusammenhang auf die Untätigkeit der anwesenden Polizisten hin und bat die Politische Landesverwaltung Prag, künftig bei ähnlichen Anlässen ein großes Polizeiaufgebot zu bestellen und die Schmückung der Züge verhindern zu lassen: AMZV, II. sekce, k. 525A, s. 7; vgl. auch Dokumenty 1977: D. 197/S. 244.

²⁷¹ Nach Angaben von Josef Lakomý, publiziert in der ČSR: NA, k. MZV, RPA, k. 448.

der Kommune auszuscheiden, darunter auch die Familie Trnobranský, die komplett an Malaria erkrankt war: „Diejenigen, die Kinder haben und daher weniger arbeiten können, werden als „faule Kühe“ beschimpft. Arbeiten kann man hier nur nachts, da tagsüber die Temperatur 35-40 Grad erreicht. [...] Wir müssen unsere eigenen Kleider verkaufen, weil wir Hunger haben“²⁷².

Ein viel gravierenderes Problem bestand darin, dass das Grundstück für eine zusätzliche Gruppe von 375 Personen nicht ausgelegt und die Einreise einer so zahlenmäßig starken Gruppe von der KomSTO gar nicht bewilligt worden war. Die Zahl der Neuangekommenen überschritt um 140 Einzelpersonen (84 Erwachsene und 56 Kinder) die von der KomSTO bewilligte Personenhöchstzahl. Es war unmöglich, für eine Gruppe von fast 400 Personen in der Region Unterkunft oder Beschäftigung zu finden. Die KomSTO entschied, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen und die überzähligen Tschechoslowaken über die Region zu verteilen. In einer Kommissions-Sondersitzung am 19.7.1926 wurde beschlossen, dass diejenigen Arbeitskräfte, die bei Reflektor keine Verwendung fanden, auf die industriellen Betriebe des Saratov-Gouvernements verteilt werden sollten. Die KomSTO forderte eine Liste aller Betroffenen an. Für die Umsetzung der Umverteilungsaktion war das Gouvernementexekutivkomitee von Saratov zuständig. Auch die Eventualität einer Ausweisung aus der UdSSR wurde in Betracht gezogen. Die Vertreter der kommunistischen Zelle (VKP/b/) in Reflektor, Novikov und Švarc, führten noch parallele Verhandlungen mit der Leningrader Arbeitsbörse, um für einige Reflektor-Mitglieder eine Arbeit im dortigen Gebiet zu finden. Es gelang ihnen relativ schnell: 35 Familien durften praktisch sofort in das Leningrader Gebiet anreisen – für ihre Überführung in den Norden kam die KomSTO mit 2.000 Rubeln auf.²⁷³

Die Kommune war im Zerfall begriffen: Das Ausscheiden von Mitgliedern nahm kein Ende, groß war die Enttäuschung derjenigen, die an die Auszahlung der Mitgliedsanteile glaubten. Das Verlassen von Reflektor – einer Kommune, die keine verlässliche Unterhaltsquelle darstellte – bedeutete für viele noch eine zusätzliche finanzielle Last: Sie mussten ihre persönlichen Gegenstände und Kleider verkaufen, um – entweder zur tschechoslowakischen Vertretung nach Moskau oder direkt in die ČSR – abreisen zu können. Den eigentlichen Vorbildcharakter von Reflektor – eine Landwirtschaftsführung unter Anwendung moderner Maschinen und Geräte – erfüllte Reflektor nur nach außen: Die lokale Presse, Zavolžskij Pachar´ eingeschlossen, lieferte regelmäßige Berichte aus dem „Alltag“ von Reflektor: „Für die umliegende Bevölkerung hat die Genossenschaft Reflektor eine enorme Bedeutung. Sie errichtet hier [...] eine solche Landwirtschaft, die [die einheimischen Landwirte] noch nie gesehen haben.“²⁷⁴

Die Geschichte der tschechoslowakischen Auswanderungskommune Reflektor endete eigentlich im Jahre 1928: In diesem Jahr wurde die Kommune zu einem sowjetischen Artel umgewandelt, dessen Abteilungen (Brigaden) in den 30er Jahren auf die umliegenden Kolchosen verteilt wurden. Somit wurden die finanziellen Sorgen der Kommune gelöst, da sie sich ab diesem Zeit-

²⁷² NA, MSP, k. 3960, s. H2-b5.

²⁷³ RGAE, f. 478. op. 7, d. 2950, l. 63. Außerdem wurde eine Untersuchung im Narkomindel eingeleitet, um die Verantwortlichen für die Ausstellung von zusätzlichen, von der KomSTO nicht bewilligten Visa für die Kommunarden zu suchen.

²⁷⁴ Zavolžskij Pachar´ zit. nach: Fano 1983: 62.

punkt finanziell nicht selbst tragen und nicht zwingend Gewinn erzielen musste. Sie wurde in das sowjetische System der Planwirtschaft aufgenommen und mit Finanzspritzen subventioniert²⁷⁵. In der Praxis wurde Reflektor dem Zentralverband der Konsumgesellschaften eingegliedert, Reflektor öffnete sich für die einheimischen Arbeitskräfte. Ab 1929 wuchs der Anteil der Einheimischen im Artel Reflektor regelrecht an und markierte somit den Prozess der „Entfremdung“ der ehemals tschechoslowakischen Auswanderungskommune. Ähnlich wie am Fall der Kladenská komuna trug auch der Artel Reflektor die eigene, mitgebrachte Bezeichnung noch weiter, die auf die faktische Weiterexistenz der Kommune hinwies, obwohl ihre Insassen bereits über die gesamte Region oder über das ganze Land verteilt und zum Teil auch schon in die ČSR zurückgekehrt waren.

VII.6. Andere oder erfolglose landwirtschaftliche Auswanderergruppen

VII.6.1. Pflug/Pluh

Nicht jede der tschechoslowakischen Kommunen musste den langen Weg – mühselige und langwierige Verhandlungen mit den sowjetischen Organen – absolvieren, um in die Sowjetunion ausreisen zu können. Viel einfacher schien die Möglichkeit, sich einer bereits in der UdSSR bestehenden Kommune anzuschließen. Wenn dies deren materielle Lage ermöglichte bzw. erforderte, wurden nur kürzere Beitrittsverhandlungen geführt. Die beizutretende Kommune konnte auf die aktuelle Situation in der jeweiligen Kommune in der Sowjetunion reagieren und ihr Kapital und die mitzubringenden Güter entsprechend anpassen.

Die schlechte wirtschaftliche und finanzielle Lage der Kommune Kladno ließ sich nur durch Zufluss von neuem Kapital verbessern. Weil die Kommune jedoch nicht endlos aus Bankkrediten wirtschaften konnte, also auf Staatskosten der Sowjetunion, blieb als einzige Möglichkeit zur Verbesserung ihrer finanziellen Lage, neue Kommunarden anzuschließen und ihre Finanzanteile aus der Tschechoslowakei zur Sanierung zu verwenden. Auch die KomSTO geriet in eine schwierige Entscheidungslage: Ein neuer Personentransport würde zwar eine wesentliche finanzielle Hilfe bedeuten, doch auf der anderen Seite standen für diese Personen keine Quartiere zur Verfügung. Nach einer eingehenden Prüfung der personellen Zusammensetzung der bestehenden Kommune Kladno in der UdSSR wurde jedoch festgestellt, dass sie (November 1926) nur noch aus 54 arbeitsfähigen Mitgliedern bestand und somit nicht nur das neue Kapital, sondern auch zusätzliche Arbeitskräfte eine Rettung für die Kommune darstellen würden. Die KomSTO kam zu dem Be-

²⁷⁵ Reflektor als eine ausländische Kommune konnte nicht mehr über Kredite oder Darlehen finanziert werden. Bereits die Umwandlung zum sowjetischen Artel brachte Reflektor eine staatliche finanzielle Unterstützung in Höhe von 26.000 Rubeln ein: Aus dem Bericht der Politischen Verwaltung Prag vom 14.6.1927: NA, MSP, k. 3948, s. H1-h1.

schluss, eine Erweiterung auf 90 Arbeiter zu befürworten und stimmte der Einreise einer neuen „Kommune Kladno“ zu.²⁷⁶

In der ČSR konstituierte sich bereits im Herbst 1926 die neue Gruppe. Sie stellte insofern einen Sonderfall dar, als dass es sich um einen Zusammenschluss tschechoslowakischer landwirtschaftlicher Auswanderer deutscher Nation handelte – und schloss sich einer nur aus Tschechen und Slowaken bestehenden Kommune an. Diese deutsche Kommune wurde in Liberec und im Umland von Wilhelm Rüffler organisiert, welcher die Gruppe auch in den Verhandlungen mit der KomSTO und mit der Kladenská komuna in der Sowjetunion vertrat²⁷⁷. Die Kommune trat unter der deutschen Bezeichnung „Pflug“ auf, das tschechische Äquivalent „Pluh“ trug sie dagegen eher gelegentlich. Eine weitere Besonderheit war die Höhe der zu zahlenden Anteile: Offensichtlich unter dem Eindruck der Misserfolge der in der UdSSR bestehenden tschechoslowakischen Kommunen zahlte jede Familie 10.000 Kronen. Ledige Mitglieder dagegen durften eine „Familie bilden“, indem sie sich jeweils zu dritt zusammenschlossen. Auch durfte sich ein einzelnes lediges Mitglied einem kinderlosen Ehepaar anschließen. Die Fahrtkosten waren zusätzlich zu entrichten.²⁷⁸

Die Kommune Pflug zählte zum Zeitpunkt ihrer Abreise 101 Personen, davon 29 Familien und sieben ledige Einzelpersonen (68 Erwachsene mit Kindern). Die Gruppe war noch unmittelbar vor der Auswanderung zahlenmäßig kleiner geworden, da, wie aus den Archivmaterialien des Staatsarchivs der Russischen Föderation hervorgeht, die KomSTO die Einreisebewilligung eigentlich für insgesamt 35 Familien (108 Personen) ausstellen ließ. Unter den erwachsenen 37 Männern waren 15 Bauern, vier Bergbauarbeiter, drei Schweißer, vier Zimmermänner und andere Berufe vertreten; insgesamt reisten noch 30 Frauen aus.²⁷⁹ Die Gruppe hatte vor, die ČSR am 28.2.1927 zu verlassen; wegen einer Verzögerung bei der Visaausstellung verspätete sich deren Abreise um etwa einen Monat. Pflug traf erst im Mai 1927 in Ovečka ein.

Die gemeinsame Geschichte beider Kommunen, Kladenská komuna und Pflug, dauerte nicht lange. Es stellte sich erneut heraus, dass sich die bestehenden, aus schlechter materieller Versorgung herrührenden finanziellen Schwierigkeiten von Kladno durch den Zufluss neuer Mitglieder nicht bewältigen ließen. Das Jahr 1927 stellte eine besondere Wende in ihrer Geschichte dar – die Schulden der Kommune erreichten erschreckende Ausmaße, die Kommune war außerdem auch professionell nicht im Stande, effektiv auf ihrem Grundbesitz zu wirtschaften; sie wurde 1927 von der Mehrzahl ihrer Mitglieder aus dem ersten und zweiten Transport verlassen. Durch die Ankunft von Pflug brachen innerhalb der Genossenschaft zusätzliche – bis zu diesem Zeitpunkt gänzlich fremde – nationale Konflikte aus. Diese führten letztendlich dazu, dass die gesamte

²⁷⁶ Aus der Korrespondenz zwischen Narkomzem und der KomSTO: RGAE, f. 478. op. 7, d. 3179, l. 2. Es wurde beschlossen, dass die neue Gruppe Kapital in Höhe von 45 Rubeln pro eine Desjatine Land einführen soll. Bei einer Landfläche von 1.200 Desjatine ergibt sich ein Gesamtbetrag von 55.000 Rubeln (in bar oder an Inventar).

²⁷⁷ Ebd., l. 1.

²⁷⁸ Ebd., l. 49. Die Höhe der Fahrtkosten: Erwachsene: 2.000 Kronen, Kinder 1.000 Kronen, Kinder bis 5 Jahre: kostenlos.

²⁷⁹ Ebd., l. 17.

Gruppe der Reichenberger Deutschen aus der Kommune Kladno austrat und an die Schwarzmeerküste zog.²⁸⁰

VII.6.2. Interhelpo – Proletár

Eine Sonderform, die an dieser Stelle ebenfalls zu erwähnen ist, stellte die Spaltung existierender Kommunen in der Sowjetunion in mehrere eigenständige Kollektive oder die Abspaltung einer bestimmten Berufsgruppe dar, wie dies im Folgenden dargelegt wird. Es war zugleich die Sonderform einer Neugründung ohne einen besonderen administrativen Aufwand. Es war das Ergebnis des Strebens zur Steigerung der Arbeitseffizienz der tschechoslowakischen Einwanderer: Bei allen tschechoslowakischen Kommunen und Kollektiven trat nämlich sehr rasch das Problem auf, dass nur wenige der Mitglieder Erfahrung in der Landwirtschaft hatten. Es stellte sich oft sehr schnell heraus, dass einige Berufe in der Kommune oder in der Kooperative nicht nach tatsächlicher Qualifizierung und somit ineffektiv eingesetzt wurden. Bei der Aufnahme der Mitglieder spielte das berufliche Profil zunächst eine sekundäre Rolle. Solche Mitglieder mussten in der Genossenschaft verschiedene manuelle Tätigkeiten verrichten.

In der Kooperative Interhelpo waren Dutzende von Bergleutefamilien vertreten. Auch sie sahen sich mit dem beschriebenen Problem konfrontiert und auch die Kooperativeleitung sah ein, dass deren Arbeitskraft anderswo sinnvoller eingesetzt werden konnte. Es wurde im Herbst 1926 beschlossen, dass die Bergleute die Kooperative verlassen und sich nach Südkirgisien begeben sollten. Es waren insgesamt 106 Personen, darunter 26 Familien. Die Zeit war für Bergleute zu dem Zeitpunkt sehr günstig: Die Bergbauindustrie und die Förderung von Brennstoffen zur NEP-Zeit und am Vorabend des Fünfjahresplanes und des Industrialisierungs-Booms erlebten gerade eine Renaissance. Die großen Förderbecken – Donbass oder Kusbass – waren riesige Kolonien ausländischer Bergleute, die maschinenbasierte Methoden der Kohle- und Erzförderung in der Sowjetunion in die Praxis umsetzten. Somit war die Zukunft jedes Bergmanns in der UdSSR in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts gesichert.

Die Interhelpo-Bergleute ließen sich im Jahr 1927 in Kemerovo nieder. Einige von ihnen schlossen sich im darauf folgenden Jahr zu einer eigenen tschechoslowakischen Kommune zusammen, welche die Bezeichnung „Proletár“ [Proletarier] trug. Sie bekamen ein Grundstück in der Gegend von Kemerovo zugewiesen, auf welchem sie eine eigene Landwirtschaft betrieben. Das notwendige Startkapital erbrachte ihre Arbeit in den Kohlegruben. Von der Geschichte der Kommune und ihren Erfolgen berichtet Pollák: Innerhalb des ersten Wirtschaftsjahres errichteten sie

²⁸⁰ Ebd., I. 142.

auf ihrem Grundstück Wohnhäuser für 14 Familien und Stallungen für 100 Kühe. Im Jahr 1929 wurde Proletár mit der benachbarten Kolchose vereinigt.²⁸¹

Nicht alle Kommunen, die sich in der Zwischenkriegszeit in der ČSR formierten, konnten ihre Auswanderungsabsichten auch in die Tat umsetzen. Sie entstanden als ein Zusammenschluss enthusiastischer Menschen, die in der Auswanderung eine Realisierung ihrer Lebensträume sahen. Oft beachteten sie jedoch nicht die äußeren Umstände, die ein Hindernis für die Umsetzung ihrer Absichten darstellten. Darunter verstehen sich sowohl die innenpolitischen Bedingungen in der Tschechoslowakei, die nicht immer der Herausbildung eines Auswanderungskollektivs positiv gegenüber standen, als auch die Aufnahmebedingungen der sowjetischen Seite, die zwar von einer liberalen Haltung geprägt sein mochten, jedoch in der Praxis nicht für jedermann realisierbar waren. Ein wichtiger Faktor war die Tätigkeit der Kommune auf dem Staatsterritorium der Tschechoslowakei: Um Auswanderer anzuwerben, wurde eine Auswanderungspropaganda betrieben, wodurch die Kommunen ins Visier der Polizeiorgane gerieten. Wenn sich herausstellte, dass ein Fall illegaler Anwerbung von Kolonisten für das Ausland ohne eine ausdrückliche Genehmigung des tschechoslowakischen Sozialministeriums vorlag, hatte der Kommunenvorstand mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen. Der betroffenen Kommune wurden Steine in den Weg gelegt, gezeichnet von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmung relevanter Akten bis hin zu Verzögerungen bzw. Verweigerungen bei der Visaausstellung. Somit wurden die Bestimmungen des Auswanderungsgesetzes 1922 auf unterschiedlichste Art umgesetzt, um Auswanderer an einer Ausreise in die Sowjetunion zu hindern. Dies konnte seitens der Kollektive – und wurde es in der Regel auch immer – unterschiedlich umgangen werden: Durch die Leugnung des Betätigungsgegenstandes bei der Registrierung am Handelsgericht, durch eine geheime Auswanderungspropaganda und letztendlich auch durch die Akzeptanz getarnter polizeilicher Präsenz.

Die langwierige Behandlung der Einreiseanträge in Moskau brachte auch verschiedene Kommunen ins Schwanken: Die Besichtigung der Grundstücke verzögerte sich, die Modalitäten des Vertragsentwurfes mussten mühsam und auf dem Postweg vereinbart werden, die Forderungen der KomSTO änderten sich im Laufe der Verhandlungen, vor allem im Hinblick auf das einzuführende Kapital. Dies stellte ein gravierendes Problem dar: Das Kommunenkaptal konnte durch die Anhebung der Mitgliederanteile aufgestockt werden. Für zahlreiche Kommunarden war eine Nachzahlung kaum denkbar, nachdem sie bereits oft ihr ganzes Vermögen in die Kommune investiert hatten. Nicht immer gelang es dem Kommunenvorstand noch vor der geplanten Ausreise zusätzliche Mitglieder anzuwerben, um somit das Kapital erhöhen zu lassen. Also sahen sich diejenigen Mitglieder, die für die neuen Anteile nicht aufkommen konnten, gezwungen, die Kollektive zu verlassen, was wiederum zur Folge hatte, dass sie die Rückzahlung ihrer ursprünglich investierten

²⁸¹ Pollák 1961: 132.

Geldsummen forderten. Somit bewegten sich manchmal die Kommunen in einem Kreise, aus dem nicht herauszukommen war. Das Resultat war eine nicht erfolgte Ausreise.

Manchen Kommunen gelang es manchmal nicht, die Bedürfnisse und den aktuellen Stand der sowjetischen Wirtschaft im Auge zu behalten: Die Belange der sowjetischen Landwirtschaft im Hinblick auf die Einwanderer änderten sich sehr schnell und damit logischerweise auch die Auflagen. Die sowjetische Einwanderungspolitik reflektierte wiederum den aktuellen politischen Kurs der Partei. Über derartige Wandlungen holten sie sich in der Tschechoslowakei nicht immer ausreichende und objektive Informationen ein: Die offenen Briefe der tschechoslowakischen Kommunen aus der UdSSR an die Redaktionen links orientierter Zeitungen konnten keine Grundlage für die kommunenrelevanten Entscheidungen bilden. Da es in den tschechoslowakischen Kommunen manchmal sogar zensierten Postverkehr gab, waren die in der ČSR eingegangenen Informationen relativ monoton und boten keinen Aufschluss über die reale Lage der Landwirtschaftsführung in der Sowjetunion. Doch diese beiden Informationsquellen führten zu regelrechten Kettenreaktionen und Kommunenneugründungen. Das tschechoslowakische Sozialministerium lieferte zwar auf Anfrage Auskünfte über die Arbeitsbedingungen in der UdSSR, gestützt auf die Informationen von den Vertretungen der ČSR in Moskau, Vladivostok oder Charkov, doch von ihnen ließen sich die Kommunen kaum beeindruckten. Wenn sie die Realität erkannten, war es für einige der Mitglieder bereits zu spät: Sie verloren ihr Zuhause, doch ein neues gewannen sie nie.

VII.6.3. Verein zur Gründung einer tschechoslowakischen Kolonie auf Rus' (Čechocentr)

Am 24.10.1924 wurde bei der Politischen Landesverwaltung Prag ein Registrierungsantrag des Vereins zur Gründung einer tschechoslowakischen Kolonie auf Rus' eingereicht. Den Vereinsstatuten zufolge bestand das Ziel dieser Vereinigung darin, eine aus Tschechoslowaken bestehende landwirtschaftliche Kolonie zu gründen, die zu einem geeigneten Zeitpunkt in die UdSSR auszureisen plante. Zum Vereinsvorsitzenden wurde Josef Lukeš, zu seinem Stellvertreter Josef Hrabák gewählt. Gerade Hrabák stellte die treibende Kraft dar, denn sein Vater war mit der Produktionsgemeinschaft Pragomašina²⁸² bereits 1923 in die Sowjetunion ausgewandert und versorgte nun seinen Sohn mit allen notwendigen Informationen.²⁸³ Zudem richtete sich die Auswanderungspropaganda auch an diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zusammen mit Pragomašina abgereist waren. Die Anwerbung wurde durch Zeitungsanzeigen und mittels persönlicher Kontakte realisiert.

Bei dem Verein handelte es sich in gewisser Hinsicht um die Vorstufe einer Auswanderungskommune, denn der Verein schloss in erster Linie Interessierte zusammen, die über die künftige, neu zu registrierende Auswanderungskommune entscheiden sollten. Ende November 1924 trat jedoch ein Problem auf, das im Endeffekt zur Auflösung des Kollektivs beitrug: Die Vereinsstatuten wurden vom tschechoslowakischen Sozialministerium zurückgewiesen und die Registrierung wegen Verstoßes gegen das Auswanderungsgesetz abgelehnt. Hier war also schnelles Handeln gefragt: Die Vereinsinitiatoren entschieden, die überarbeiteten Statuten unter der neuen Bezeichnung Čechocentr erneut beim Sozialministerium vorzulegen. Sie planten jedoch fest, die Entscheidung des Ministeriums nicht abzuwarten, sondern rasch die Kommunenformierung zu vollziehen und auszuwandern. Den tatsächlichen Grund der Umwandlung teilte der Vorstand seinen Mitgliedern allerdings nicht mit – um Austritte aus der Kommune zu verhindern.

Čechocentr sollte neben der Landwirtschaft noch einige Werkstätten und einen Handel mit Metallerzeugnissen betreiben. Um diese Vorstellung verwirklichen zu können, war ein hohes Startkapital notwendig, an dem sich jedes Mitglied mit 10.000 Kronen beteiligen musste²⁸⁴. Im Januar 1925 hatte Čechocentr an die 70 Mitglieder, der im Januar vorgestellte Finanzplan rechnete mit einem Kapital von mehr als 800.000 Kronen. Davon mussten allerdings noch die finanziellen Bezüge der Vorstandsmitglieder sowie die Spesen für die Kommunenvertreter in der UdSSR und für deren Frauen gedeckt werden.²⁸⁵ Es waren drei Personen, die im Namen von Čechocentr im Sommer 1925 in die Sowjetunion reisten, darunter Hrabák. In Moskau wartete ihr Vertrauensmann

²⁸² Siehe hierzu Kap. IX.1. – Exkurs Pragomašina.

²⁸³ AMZV, II. sekce, k. 525A, s. 7. Hrabáks Vater verließ die Tschechoslowakei zusammen mit Pragomašina im Jahr 1923. Die Zuverlässigkeit seiner Informationen darf in Frage gestellt werden: Seine Produktionsgenossenschaft war schon zum Zeitpunkt der Vereinsgründung in der ČSR so gut wie zerfallen.

²⁸⁴ Nebst einer Einschreibgebühr von 175 Kronen: Ebd.

²⁸⁵ Ebd.

auf sie – Rudolf Mareček²⁸⁶, dessen Name bereits im Zusammenhang mit Interhelpo und Reflektor genannt wurde.

Mareček schloss auch für Čechocentr den vorläufigen Pachtvertrag ab²⁸⁷. Dieser garantierte der Kommune – im Vertrag jedoch Artel´ genannt – ein ungewöhnlich großes Stück Land von 3.727 Desjatine Fläche mit einer Vertragslaufzeit von 30 Jahren. Das Land befand sich im Gouvernement von Saratov im Novouzensker Kreis, also in unmittelbarer Nähe des Grundstückes für Reflektor, dessen Vertrag gleichzeitig und ebenfalls von Mareček ausgehandelt worden war.

Čechocentr erlebte jedoch im Frühling und im Sommer 1925 einen inneren Zerfall, sodass zum Entstehungszeitpunkt des Vertrages nicht mehr an eine Ausreise gedacht werden konnte. Die Mitgliederschaft fühlte sich umgangen, weil ihr die abgelehnte Vereinsregistrierung verheimlicht wurde. Doch nachdem auch die Registrierung von Čechocentr vom zuständigen Ministerium nicht durchgeführt und Ermittlungen wegen illegaler Auswanderungspropaganda und Kolonistenanwerbung eingeleitet worden waren, entschieden sich viele Mitglieder, die Kommune zu verlassen. Beim Kommunenvorstand wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und dabei gefälschte Dokumente sichergestellt. Außerdem wurden Mängel in der Buchführung festgestellt.²⁸⁸ Zahlreiche Mitglieder wurden im Laufe der Ermittlungen zu Vernehmungen geladen, in denen sie über Čechocentr aussagen mussten. Dabei äußerten sie die Vermutung, über den Stand der Verhandlungen mit der sowjetischen Vertretung in Prag und mit der KomSTO in Moskau nicht wahrheitsgemäß unterrichtet worden zu sein und vom Vorstand nur gefilterte, inkomplette Informationen bekommen zu haben.²⁸⁹

Čechocentr – personell unterbesetzt und ohne Leitung, konnte die geplante Auswanderung nicht verwirklichen. Auch die Ausstellung von Reisepässen wurde wegen der Ermittlungen kurzfristig eingestellt. Doch viele der Mitglieder durften die ČSR schließlich verlassen. Die sich parallel formierende Kommune Reflektor, deren Pachtvertrag von Mareček unterzeichnet wurde, nahm diejenigen Mitglieder auf, welche der ČSR dennoch den Rücken kehren wollten.

VII.6.4. Solidarita

Im Winter 1930 formierte sich eine neue landwirtschaftliche Auswanderungsgenossenschaft in Česká Třebová, die unter dem Namen Solidarita auftrat. Auf der von der tschechoslowakischen Polizei observierten Gründungsversammlung der Genossenschaft am 1. und 2.12.1930 nahmen 74 Menschen aus der ganzen Republik teil. Geleitet wurde die Versammlung durch Jan

²⁸⁶ Marečeks Name figuriert nur auf dem vorläufigen Pachtvertrag, der im Sommer 1925 für Čechocentr abgeschlossen wurde, und in einigen frühen Berichten der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau an das MZV: NA, MSP, k. 3797, s. H8-d1 (1924).

²⁸⁷ Text des vorläufigen Pachtvertrages (Juni 1925) archiviert in: NA, MSP, k. 3797, s. H8-d1.

²⁸⁸ Aus dem Bericht des Polizeipräsidiums Prag an das MZV am 4.5.1925: AMZV, II. sekce, k. 525A, s. 7

²⁸⁹ Berichte archiviert in: Ebd.

Šulc aus Náchod, ihr Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender waren František Ducháček bzw. Antonín Novotný. Es wurde über die in Frage kommenden Kolonisierungsgebiete in Russland gesprochen – über den Süd-Ural und den Kaukasus. Die Höhe der Mitgliedsanteile wurde auf 5.000 Kronen festgelegt, darüber hinaus musste noch eine Einschreibgebühr von 250 Kronen und eine Verpflegungspauschale von 1.500 Kronen pro Erwachsenen über 18 Jahre entrichtet werden (1.000 Kronen für Kinder bzw. 300 Kronen für Kleinkinder zwischen vier und 14 Jahren).²⁹⁰ Eine dreiköpfige Gruppe verhandelte zeitgleich mit den Sowjetbehörden, um den Mitgliedern in der Tschechoslowakei eine konkretere Auskunft über die zur Kolonisierung vorgesehenen Landschaften zu geben.

Parallel wurden zwischen Solidarita und einer bereits bestehenden Kommune in der UdSSR Verhandlungen über einen möglichen Zusammenschluss geführt. Ihr Verhandlungspartner war die Stalin-Kommune in der Ukraine. Sie zählte zu diesem Zeitpunkt bereits 260 eigene Mitglieder und verfügte über eine – wie aus dem Solidarita-Bulletin Nr. 6 hervorging – gut funktionierende Landwirtschaft. Die Stalin-Kommune lag in Uspenka, einer 5.000 Bewohner, darunter sechs Genossenschaften und sieben Kommunen zählenden Ortschaft, nur vier Kilometer von einer Bahnstation entfernt. Die Stalin-Kommune plante einen Wirtschaftsausbau und war bereit, die Mitglieder von Solidarita aufzunehmen. Zu diesem Zwecke sollte in Uspenka im Frühling 1931 ein Wohnhaus für 100 Familien entstehen, gedacht auch für die tschechoslowakischen Kommunarden.²⁹¹ Dem Vorstand von Solidarita gefiel dieser Plan und er entschied sich, auf die Entscheidung aus Moskau bezüglich eines eigenen freien Geländes nicht mehr zu warten, sondern die Zusammenschlusspläne weiter zu intensivieren. Ihren ambitionierten Plan – 800 bis 1.000 Mitglieder zur Auswanderung gewinnen zu können – konnte sie jedoch offensichtlich nicht mehr in die Tat umsetzen.

Die Auswanderung wurde für April oder Mai 1931 geplant. Die Mitglieder wurden angewiesen, ihre Häuser und andere Habseligkeiten zu verkaufen, jedoch frühestens zum Ende März. In diesem Moment betrug die Zahl der Mitglieder an die 200 Menschen mit einem vermutlichen Kapital von einer Million Kronen, die Personenzahl sank jedoch stets mit wachsender Verunsicherung. Mitte Mai zählte die Gruppe nur noch 151 Mitglieder – der Grund hierfür war die Weigerung der tschechoslowakischen Passbehörden und des Außenministeriums, den Kommunarden die Reisepässe auszustellen. Es liefen Strafverfahren gegen den Kommunenvorstand wegen illegaler Agitation, Auswanderungspropaganda und illegaler Tätigkeit – die Kommune hatte ihre Existenz beim zuständigen Handelsgericht nicht angemeldet.²⁹² Außerdem standen einige der Kommunenmit-

²⁹⁰ NA, PMV-AMV 225, k. 1209, s. 8. Die Formierung erfolgte von Anfang an auf kommunistischen Prinzipien, als eine rein kommunistische Auswanderungsgenossenschaft. Die Mitglieder sollten Fragebögen ausfüllen, um ihre eigene politische Zuverlässigkeit zu belegen. Diese mussten von den Parteizellen bestätigt und zusammen mit einer Empfehlung zur Auswanderung an die Solidarita gegeben werden. Solidarita verhandelte mit zentralen Organen der UdSSR und holte sich dabei Unterstützung der führenden Funktionäre der KSČ, z. B. von Rudolf Slánský.

²⁹¹ AMZV, II. sekce, k. 525A, s. 7.

²⁹² NA, PMV-AMV 225, k. 1209, s. 8.

glieder und ihre Kontaktpersonen im Verdacht, während ihrer Reisen in die Sowjetunion Kurierdienste für die KSČ geleistet zu haben.²⁹³

In den Archivquellen verschwindet mit den im August 1931 datierten Akten von Solidarita jegliche Spur, in den Archivbeständen russischer Herkunft ist von Solidarita kein Beleg zu finden. So schnell wie die Kommune entstand – die Zeitspanne von der Gründungsversammlung bis zur Konkretisierung des Ansiedlungsortes in der Ukraine betrug keine zwei Monate – so rasch ging sie auch unter. Der Grund dafür ist möglicherweise in den erwähnten Strafverfahren zu suchen, die gegen die Kommune liefen, obgleich dies nur eine Spekulation bleiben muss. Auch der geplante Auswanderungszeitpunkt im Jahr 1931 scheint für eine Ausreise in die UdSSR nicht durchdacht worden zu sein: Sämtliche landwirtschaftlichen Kollektive aus aller Welt reisten in der Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts in die Sowjetunion ein (ausgenommen einige kleinere zusätzliche Personentransporte), auch wurde eine vergleichbare Kolonisierung von Ausländern in den 1930er Jahren seitens der sowjetischen Behörden nicht mehr unterstützt. Die Bedürfnisse und die Lage der sowjetischen Landwirtschaft veränderten sich nämlich drastisch: Durch die flächendeckende Kollektivierung, der in gewisser Hinsicht auch die tschechoslowakischen Kollektive zum Opfer fielen, hatte eingesetzt; de facto aber betrachteten die Kommunen dies als Rettung in einer schwierigen finanziellen und materiellen Lage. Ab dem Anfang der 30er Jahre stieg das Misstrauen der sowjetischen Behörden Ausländern gegenüber; die UdSSR wurde im Hinblick auf Immigration äußerst wählerisch. Die Immigrationspolitik der UdSSR passte sich den Zielen des Fünfjahresplanes und der galoppierenden Industrialisierung des Landes an, wonach nur qualifizierte Fachleute und Vertreter weniger, auf dem sowjetischen Arbeitsmarkt fehlender Berufe, aus dem Ausland geholt werden durften. Die Misserfolge der ausgewanderten tschechoslowakischen Kommunen wurden zu dem Zeitpunkt in der ČSR auch bereits ausreichend publik gemacht und die tschechoslowakischen Behörden reagierten auf Auswanderungswillige mit geringerer Nachsicht. Somit ist auch – aus heutiger Sicht und aus der Kenntnis des tatsächlichen Sachverhaltes heraus – das vergebliche Warten von Solidarita auf eine Nachricht aus Moskau zu verstehen. Die Kommune Solidarita entstand eher als eine enthusiastische Vereinigung Gleichgesinnter, jedoch ohne Wahrnehmung der aktuellen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Gesellschaftslage in der Sowjetunion. Die überstürzten Pläne von Tausenden tschechoslowakischer Auswanderer und einer vor Ort einzurichtenden Großkapazitätsküche scheinen keine realistische Grundlage gehabt zu haben. Neben den erwähnten polizeirechtlichen Strapazen durfte dem Solidarita-Vorstand vielleicht auch klar geworden sein, dass die Zeit der ausländischen landwirtschaftlichen Auswanderungskommunen bereits vorbei war.

²⁹³ Nach vertraulichen Angaben der Polizeidirektion in Brno wurde die Auswanderungsaktion von Solidarita von einigen Interhelpo-Mitgliedern betrieben bzw. mitorganisiert. Unter den Organisatoren und ihren Kontaktpersonen sollten sich einige Personen befinden, die bereits in der UdSSR lebten und zum Zwecke der Organisation einer Auswanderungskommune in die ČSR reisten: AMZV, II. sekce, k. 525A, s. 7.

VIII. Charakteristik der tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Auswanderung

VIII.1. Die Zusammensetzung der Kommunen und die Auswanderungsgründe

In der älteren historiographischen Literatur sowjetischer Provenienz wurden die ausländischen landwirtschaftlichen Kommunen als ein Zusammenschluss von Kleinbauern und Landwirten dargestellt. Das in der vorliegenden Arbeit oft verwendete Adjektiv „landwirtschaftlich“ bezieht sich jedoch nicht auf das Sozial- oder Berufsprofil der Kommunenmitglieder, sondern ausschließlich auf das Ziel ihrer Auswanderung in die UdSSR – nämlich die Landwirtschaftsführung. Die Analyse des Archivmaterials – und dies wurde in den vorangehenden Kapiteln bereits erwähnt – ergab jedoch eindeutig, dass die Kommunen an sich alles andere als „landwirtschaftlich“ waren. Der Großteil der Kommunenmitglieder hatte in der Regel gar keine Erfahrung in der Landwirtschaftsführung, denn die meisten waren Arbeiter.

Reflektor, zugegebenermaßen eine Mischform zwischen einer Landwirtschafts- und einer Produktionskommune, hatte in seinem Kreise zwar einen studierten Agronomen, dafür jedoch nur noch 15 Landwirte²⁹⁴. In der Kommune Kladno soll es dem Einreiseantrag zufolge 40 Landwirte gegeben haben²⁹⁵, Danilova, beziehend auf eine andere Archivquelle, behauptet jedoch, es seien nur sieben Bauern in Kladno vertreten gewesen²⁹⁶. Selbst Kámeš vom Kommunenvorstand erklärte im November 1926, dass die Kommune nicht lebensfähig sei, da es in der Kommune keinen Menschen gebe, der in der Landwirtschaft arbeiten könne, auch der Viehbestand sterbe aus, da keiner dafür zuständig sei²⁹⁷. Schenkt man diesen Angaben Vertrauen und berücksichtigt man die Sanierungsmaßnahmen der KomSTO – die unter anderem die Entsendung von Fachleuten im Bereich Landwirtschaft oder auch Agronomen in die Kommunen beinhalteten, so muss Danilova Recht gegeben werden, dass es zur Realisierung der in den Pachtverträgen festgelegten Vorbildfunktion der Landwirtschaft in den tschechoslowakischen Kollektiven schlichtweg zu wenig erfahrene Landwirte gab. Auf die Tatsache, dass die landwirtschaftlichen Kommunen in Wirklichkeit gar kein Zusammenschluss von Landwirten waren, kann auch am Beispiel österreichischer Kommunen hingewiesen werden; in der Uhlfeld-Kolonie in Kirgisien waren Bauern und Landarbeiter mit nur zehn Prozent Personal beteiligt²⁹⁸.

Die Kommunenorganisatoren orientierten sich bei der Anwerbung neuer Mitglieder an Vertretern der Mittelschicht oder der gehobenen Unterschicht. Denn nur solche Personen konnten die hohen Kommunenanteile zeichnen, die wiederum von der KomSTO gefordert wurden. Es handelte

²⁹⁴ Zeitungsartikel in *Zavol'žskij pachar'* (13.12.1925), zit. nach: Dokumenty 1977: D. 155/S. 194.

²⁹⁵ RGAE, f. 478, op. 7, d. 2176, l. 4. Der Antrag scheint – verräterisch sind die runden Zahlen und die scheinbare Ausgewogenheit – nur pro forma ausgefüllt worden sein. Es ist sicherlich anzunehmen, dass die Anzahl der Landwirte in dem Einreiseformular leicht angehoben wurde, um die Bewilligungschance zu steigern.

²⁹⁶ Danilova 2002: 12. Sie schildert das mangelnde landwirtschaftliche Berufsprofil der Kommunenmitglieder als einen wichtigen Grund für den Misserfolg der ausländischen Kommunen in der UdSSR.

²⁹⁷ RGAE, f. 478, op. 7, d. 3179, l. 5.

²⁹⁸ McLoughlin 1996: 166.

sich hierbei um einen Widerspruch an sich – denn die Staatsdoktrin postulierte die Sowjetunion als ein für die rechtlosen Vertreter der untersten sozialen Schichten jederzeit offenes Land. Auf der anderen Seite wurden diesen Einwanderern vielfach Steine in den Weg gelegt, wie die selbst für Menschen aus der Mittelschicht kaum erfüllbaren finanziellen Auflagen. Die in der sowjetischen Verfassung deklarierte vollkommene Offenheit für Einwanderer – sowohl für wirtschaftliche als auch für politische – hatte mit der praktizierten Immigrationspolitik nur wenig zu tun.

Die tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kommunen stellten in der Tat ein Konglomerat verschiedener sozialer Gruppen und Berufe dar. Ihre Auswanderungsmotivation, anhand der Archivquellen schwerlich belegbar, darf jedoch eine gemeinsame, wenngleich nicht rein wirtschaftliche gewesen sein. Für die Kommunarden stellte die Auswanderung einen Wechsel des Lebensmittelpunktes dar, mit dem Ziel, sich an dem neuen Ort in ein wirtschaftlich günstigeres Umfeld einzugliedern. Der politische Aspekt rückt jedoch ebenfalls stark in den Vordergrund – dieses Umfeld sollte ihren politischen Wertvorstellungen entsprechen, nämlich denjenigen des Kommunismus. Selbst die Kommunenform – Verzicht auf Privateigentum durch die Abgabe desselben an die Kommune – zeugt von einer auf sozialistischen und kommunistischen Werten basierenden Wirtschaftsform. Zwar deklarierten manche der Kommunen ihre Offenheit für das politische Spektrum in seiner ganzen Breite, in Wirklichkeit wurden sie jedoch zur Anlaufstelle für zahlreiche Kommunisten und Enthusiasten aller Art, die in der Ausreise eine Ablehnung des tschechoslowakischen politischen Milieus sahen.

Als Auswanderungsgrund dürfen trotzdem die wirtschaftlichen Motive gelten, denn die Politik – in gewisser Hinsicht eigentlich ein Mittel zum Zweck – prägte nur den neuen Wirtschaftsraum, der die Kommunenmitglieder im Zielland erwartete und in ihrer alten Heimat gänzlich fehlte. Kommunismus lieferte lediglich den politischen Rahmen für die Wirtschaft und stellte zeitgleich die treibende Kraft dar, die sie zur Auswanderung bewog. Auch bedeutete der wirtschaftliche Zerfall der Kommunen für zahlreiche der Tschechoslowaken gleichzeitig einen Zusammenbruch ihrer Hoffnungen in die neue Politik, eine politische Enttäuschung und eine Abwendung vom Kommunismus als einem Mittel zur Schaffung besserer Wirtschaftsverhältnisse.

VIII.2. Die KomSTO und der Misserfolg der tschechoslowakischen Kommunen

Die Schwierigkeiten, mit denen sich die Kommunen vor Ort konfrontiert sahen, gestalteten sich äußerst vielfältig. Die gravierendste von allen war das Finanzierungsproblem. Die Kommunen mussten zwar die finanziellen Auflagen erfüllen, die Form der Kapitaleinfuhr wurde jedoch ihnen selbst überlassen. Somit konzentrierten sich die Kommunen auf den Ankauf von Inventar wie landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten oder Einrichtungen für die geplanten Werkstätten. Dabei behielten sie die lokale Versorgungslage nicht ausreichend im Auge. Zwar wurden die Kommunarden aufgefordert, Bekleidung und Haushaltsgegenstände in einer genügenden Menge

mitzunehmen, an Lebensmittel und unterschiedliche weitere Gebrauchsgegenstände – sowohl für den Bedarf jedes Einzelnen als auch für den wirtschaftlichen Lauf der Kommune – wurde jedoch nur unzureichend gedacht. Somit stellte sich den Kommunenmitgliedern kurz nach ihrem Eintreffen in der Sowjetunion die Frage, was nun? Ihr mitgenommenes Bares mussten sie für eine Notunterkunft und Verpflegung ausgeben, sodass sie beim Kauf von Roh- oder Treibstoffen schon knapp bei Kasse waren. Die fehlende Infrastruktur – d.h. eine nahe liegende Bahnanbindung und Straßen oder auch eine Wasserleitung – erschwerte ihre Lage beträchtlich.

Eine Hilfe aus der finanziellen Notlage stellten die von der KomSTO veranlassten Darlehen und Kredite dar. Allerdings war es natürlich nicht möglich, den Lauf der Kommunen durch eine Vollfinanzierung aus Krediten über Wasser zu halten. Die Finanzspritzen bedeuteten eine unmittelbare finanzielle Aushilfe, brachten jedoch nicht die notwendigen Umlaufmittel, an denen es den Kommunen mangelte. So hatte Kladno am Ende des Jahres 1926 bereits Schulden in Höhe von 50.000 Rubeln. Der vom Kommunenvorstand prognostizierte Gewinn von 80.000 Rubeln in diesem Jahr erwies sich als völlig unrealistisch – die Kommune erwirtschaftete gerade einmal 15.000 Rubel²⁹⁹. Nicht nur, dass diese Kredite praktisch nur die Aufrechterhaltung, nicht jedoch die wirtschaftliche Entwicklung der Kommune förderten, sondern deren kurzfristige Laufzeit erschwerte eine weitsichtige Wirtschaftsplanung; eine Ausnahme in dieser Hinsicht bildete ein zinsfreier Kredit aus der sog. Kreditaktion der tschechoslowakischen Regierung in Höhe von 15.000 Dollar; davon wurde zum 10.5.1927 etwas über die Hälfte abbezahlt³⁰⁰.

In vielen Fällen verordnete die KomSTO den Kommunen, ungeeignetes landwirtschaftliches Inventar zu verkaufen, um so die finanzielle Lage in den Kollektiven aufzubessern. Eine entscheidende Finanzhilfe konnte jedoch durch die neuen Mitglieder in der ČSR aufgebracht werden. Zwar konnten alle tschechoslowakischen Kommunen neues Kapital gebrauchen, die neuen Kommunarden bedeuteten jedoch eine schwere Belastung für die alte Kommune. Denn mit ihrer Ankunft kehrten auch die alten und bekannten Probleme zurück – Notunterkünfte und Versorgungsengpässe. Zu einem besonders schweren Problem wurde dies in der Kommune Reflektor, die in einem viel größeren Personenumfang einreiste als vereinbart. Hier war ein entschlossenes Eingreifen durch die KomSTO – planmäßige Umsiedlung und Verteilung von überzähligen Kommunarden – notwendig.

Eine effektive wirtschaftliche Konsolidierung der Kommunen verlangte jedoch eine Geschlossenheit in den eigenen Reihen. Dies war allerdings in keiner der tschechoslowakischen Kommunen der Fall. Es herrschte Unmut und Unzufriedenheit, der Kommunenvorstand wurde von den übrigen Mitgliedern der schlechten Lage beschuldigt. Dies kulminierte in unzähligen Fällen in einem Kommunenaustritt und der Rückkehr in die ČSR oder an einen anderen Ort der Sowjetunion. Die ausgeschiedenen Mitglieder blieben jedoch mittellos, forderten vergeblich die Auszahlung

²⁹⁹ RGAE, f. 478, op. 7, d. 3179, l. 13.

³⁰⁰ NA, MSP, k. 3948, s. H1-h1-1 und AMZV, II. sekce, k. 262.

ihrer Anteile und wandten sich schließlich mit einem Hilferuf an die tschechoslowakische Vertretung in Moskau.

Die innere Zerrissenheit der Kollektive führte zur Entstehung zweier Fronten – pro und kontra Kommunenerhaltung – und reichte bis hin zu gegenseitigen persönlichen Denunziationen. Zwischen Kniha und Kámeš, die einst die Kommune Kladno ins Leben gerufen hatten, herrschte ein bitterer Kampf. Kámeš beschuldigte Kniha, nur persönliche Interessen zu vertreten und nicht diejenigen der ganzen Kommune. Dies täte er, indem er die Buchhaltung der Kommune manipulierte, um neue Kredite von den Sowjets zu erhalten, die er zum Teil für sich behielt. Nur somit ließe sich sein teurer Lebensstil erklären: „In Armavir hat er [Kniha] im Restaurant eine offene Rechnung. Nach einem guten Abendessen trinkt er vier Flaschen Wein, drei Flaschen Bier und drei Tassen starken Kaffee“, gab Kámeš bei der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau zum Protokoll³⁰¹.

In anderen Fällen schwärzte der Kommunenvorstand schamlos die ausgeschiedenen Mitglieder bei der KomSTO an. Novotný, der Vorsitzende der kommunistischen Zelle der VKP/b/ in der Kommune Kladno teilte der KomSTO die auf der Vollversammlung der Kommune erfahrenen Gründe für den Ausstieg der Mitglieder mit und äußerte unverhüllt die Vermutung, die ausgeschiedenen Mitglieder schlossen sich in der ČSR nur deswegen der Kommune an, um von den ermäßigten Tarifen der sowjetischen Bahn zu profitieren, ohne jemals in der Kommune tatsächlich zu arbeiten vorgehabt zu haben. „Sie betrogen die sowjetische Regierung“, so leitete Novotný zu seinem Vorschlag über, alle Ausgeschiedenen zurück in „in das Bourgeoisie-Land“ auszuweisen. Zur Bekräftigung seiner Vorschläge gab er Äußerungen der ausgeschiedenen Mitglieder wieder, die sie auf der Vollversammlung getan haben sollten. V. Klíma soll sogar geäußert haben, er brauche Geld, „um seine Frau aus diesem Mist herauszuholen.“³⁰²

Die ersten Austritte aus den Kommunen gab es bereits innerhalb der ersten Aufenthaltswochen in der UdSSR. Die Angaben ausgeschiedener Mitglieder wurden auf einzelnen Karteikärtchen an die KomSTO gerichtet. Sie musste sich allerdings bemühen – nach diesen ersten Misserfolgen der ausländischen Kommunen – das Bild der UdSSR in den Augen der ausländischen Welt zu schützen. Veranlasst gerade durch die Austrittsfälle in der Kommune Kladno häuften sich bei der KomSTO die Befürchtungen, einige Tschechoslowaken würden tatsächlich nur aus dem Grund einreisen, um von dem günstigeren Tarif der sowjetischen Bahn zu profitieren. Es wurde also durch die KomSTO im Sommer 1925 die Regelung eingeführt, laut welcher jedes Mitglied in „seiner“ Kommune mindestens sechs Monate ableisten musste. Derjenige, der noch vor Ablauf dieser Frist aus der Kommune austreten wollte, müsse die UdSSR sofort verlassen³⁰³. Außerdem archivierte die KomSTO die angegebenen Begründungen aller Ausgestiegenen. Damit wollte die

³⁰¹ RGAE, f. 478, op. 7, d. 3179, l. 5.

³⁰² GARF, f. R-365, op. 7, d. 12, l. 163.

³⁰³ KomSTO-Beschluss vom 27.7.1925. GARF, R-364, op. 7, d. 12, l. 220.

KomSTO auf einen potenziellen Kampf gegen die „unglaublichen Gerüchte“³⁰⁴ über das Leben der ausländischen Kommunen in der UdSSR vorbereitet sein. Die ausgestiegenen Mitglieder blieben entweder in der UdSSR und suchten sich eine andere Arbeit – oft in unmittelbarer Umgebung –, oder reisten zurück in die ČSR. Oft wandten sie sich an die tschechoslowakischen Vertretungen mit Bitten um einen finanziellen Zuschuss, da sie, den Kommunenstatuten zufolge, in den ersten zwei Jahren keinen Anspruch auf Auszahlung ihrer Beiträge hatten und somit mittellos blieben.

Jedoch nicht nur die KomSTO musste dauernd in das Geschehen in den Kommunen eingreifen. Wie das Beispiel von Slovácko zeigt, wurden die inneren Probleme zu einer Parteiangelegenheit erklärt und dementsprechend behandelt. So wurden alle „Kontra-Kommunarden“ in der Kommune Slovácko direkt von der lokalen VKP/b/-Organisation konsultiert. Die in den tschechoslowakischen Kommunen bestehenden VKP/b/-Zellen wurden auch zum Austragungsort zur Schlichtung von Streitigkeiten aller Art³⁰⁵. Die Parteizugehörigkeit barg in sich für die Kommunarden ein gewisses Risiko, weil sie sich somit freiwillig der Parteiexekutive unterstellten.

Sowjetische Literatur der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts pries die Multinationalität der ausländischen Kommunen sehr hoch³⁰⁶. Der Zusammenschluss von Vertretern verschiedener Nationalität in den ausländischen Einwanderungskollektiven wurde als eine positive Eigenschaft mit einem verborgenen ideologischen Wert betrachtet – denn was für eine ausländische Einwanderungskommune von Vorteil war, musste sich auf die gesamte Sowjetunion übertragen lassen. Die Durchsicht der Archivquellen lässt jedoch keine Erfolge der ausländischen Kommunen in der UdSSR feststellen. Selbst in Kladno, die im Mai 1927 die aus Deutschen bestehende Kommune Pflug aufnahm, brach allem Anschein nach eine national motivierte Auseinandersetzung aus, denn die Deutschen verließen die Kommune geschlossen im nächsten Jahr³⁰⁷.

Die ehemaligen Kommunarden, die eine Rückreise in die ČSR antraten, sahen sich mit zahlreichen neuen Problemen konfrontiert. Die tschechoslowakische Vertretung in Moskau notierte im November 1926, dass die Kolonisten-Rückkehrer die Rückreise ohne eine gültige sowjetische Ausreisegenehmigung wagten. Somit wären sie der Willkür der sowjetischen Grenzwa- che ausgesetzt, könnten verhaftet und mit enormen Geldstrafen belegt werden. Die Vertretung könne ihnen in einem solchen Fall nur marginal behilflich sein, weil es sich hierbei um einen Gesetzesverstoß handele³⁰⁸. Die Zahl der Rückkehrer wurde vom Statistischen Staatsamt der ČSR ebenfalls reflektiert, jedoch handelt es sich um nicht sonderlich verlässliche Angaben. Sie wurden aus Mitteilungen der tschechoslowakischen Vertretungen in Moskau und Angaben der Grenzübergänge zusammengestellt und berücksichtigten somit nicht diejenigen, die eine inoffizielle oder illegale Re-

³⁰⁴ KomSTO-Beschluss vom 2.1.1925. RGAE, f. 478, op. 7, d. 2930, l. 5.

³⁰⁵ So zählte z.B. die Parteizelle in Reflektor 70 Kommunisten, in Kladno 50 (36 Männer, 14 Frauen). Außerdem waren die Kommunemitglieder in anderen parteinahen Organisationen vertreten: 15 Mitglieder der Kommune waren im Kom-somol: Dokumenty 1977: D. 155/S. 194; GARF, f. R-364, op. 7, d. 12, l. 133.

³⁰⁶ Vgl. hierzu Danilova 2002: 15.

³⁰⁷ NA, MSP, k. 3948, s. H1-h1.

³⁰⁸ NA, MSP, k. 3887, s. H8-d29-b4. Nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass eine Geldausfuhr aus der UdSSR verboten war. Der ausfuhrfreie Höchstbetrag lag nach Angaben einiger Rückkehrer im Jahr 1929 bei 50 Rubeln: NA, MSP, k. 3948, s. H1-h1-1.

migration wählten. Bedenken wir, wie dank der kollektiven landwirtschaftlichen Auswanderung die Auswanderergesamtzahl in den Jahren 1925 und 1926 steil anstieg, so verstehen wir, wie sich diese Zahlen auch in der Remigration in den beiden darauf folgenden Jahren 1926 und 1927 widerspiegelten: 393 bzw. 526 Rückkehrer konnten erfasst werden³⁰⁹.

Betrachten wir, wie sich die Einwanderung landwirtschaftlicher Auswanderer tschechoslowakischer Nation an der nationalen Zusammensetzung der jeweiligen Region in der UdSSR widerspiegelte, so kommen wir zu einem interessanten Ergebnis: Die beiden im Jahre 1925 ausgewanderten Kladno-Transporte von insgesamt 197 Personen im Spiegel der sowjetischen Volkszählung vom Winter 1926 dürfen als Beleg für das weit fortgeschrittene Zerfallsstadium der Kommune am Ende des Jahres 1926 herangezogen werden. Im Kreis Armavir, in dem sich Kladno niederließ, wurden nur 127 tschechoslowakische Staatsbürger (darunter offensichtlich Personen nicht-tschechoslowakischer Nation) oder 102 Personen tschechoslowakischer Nation (67 Männer und 35 Frauen) gezählt.³¹⁰

Ein ähnliches Phänomen lässt sich auch bei den übrigen landwirtschaftlichen Kollektiven beobachten: Die Kooperative Interhelpo, deren 953 Mitglieder in den drei Personentransporten in die Kirgisische ASSR (ab 1926) auswanderten, finden sich in der Volkszählung von 1926 nicht wieder: 160 Personen, Bewohner der KASSR, gaben an, tschechoslowakische Staatsbürger zu sein, 212 Männer und 155 Frauen bekannten sich zur tschechoslowakischen Nation. Die Personendifferenz lässt sich nur dadurch erklären, dass die Tschechoslowaken zum Zeitpunkt der Volkszählung die kleine autonome Sowjetrepublik bereits verlassen hatten.

Slovácko war in Form eines einzigen Personentransportes – 385 Menschen – im Oktober 1925 in das Stalingrader Gouvernement eingereist, die Volkszählung ergab hier allerdings nur 134 tschechoslowakische Staatsbürger oder 232 Personen tschechoslowakischer Nation (143 Männer und 89 Frauen). Im Saratov-Gouvernement wurden im Dezember 1926 nur 249 tschechoslowakische Staatsbürger (144 Personen tschechoslowakischer Nation) gezählt – trotz der in den Jahren 1925 und 1926 559 eingereisten Reflektor-Mitglieder.³¹¹

Es waren nicht nur die landwirtschaftlichen Kommunen aus der Tschechoslowakei, die innerhalb weniger Jahre zu existieren aufhörten. Eine solche Entwicklung lässt sich bei vielen anderen Kollektiven aus aller Welt beobachten. Im Zeitraum 1922-1926 entstanden auf dem Staatsterritorium der RSFSR und der USSR mindestens 35 landwirtschaftliche Einwandererkommunen. Es waren insbesondere die strengen finanziellen Bedingungen oder die zahlenmäßige Schwäche der Gruppen, die eine Nichteinreise verursachten. Es waren aber gerade auch die Finanzen, die für den Misserfolg der eingewanderten Gruppen verantwortlich waren. Es wurde am Beispiel der Kommunen aus der ČSR gezeigt, dass das Finanzkapital in erster Linie falsch investiert worden war, sodass nur wenig Bares zum Lebensunterhalt blieb. Daneben waren die Gruppen nicht zur

³⁰⁹ Mitteilungen 1926/1927.

³¹⁰ Die Ergebnisse der sowjetischen Volkszählung zusammengestellt und/oder berechnet nach: Vsesojuznaja perepis 1926go goda. Moskva 1928.

³¹¹ Die Ergebnisse der sowjetischen Volkszählung zusammengestellt und/oder berechnet nach: Ebd.

Landwirtschaftsführung im Ausland vorbereitet – sie waren auf die lokalen klimatischen Verhältnisse nicht eingestellt, es fehlte an erfahrenen Landwirten und Bauern, denn die fachliche Qualifikation war kein entscheidendes Aufnahmekriterium. Die Mitgliedschaft verließ sich auf die Auskünfte des Kommunenvorstandes, die in vieler Hinsicht inkomplett bis irreführend waren. Der Kommunenvorstand, in allen Fällen ausschließlich von Kommunisten besetzt, verfolgte eher eine politische Strategie – unabdingbare Ausreise und Teilnahme am sozialistischen Staatsaufbau – als eine wirtschaftliche, d.h. den Mitgliedern einen verlässlichen neuen Lebensunterhalt zu sichern. Somit bekamen die Differenzen innerhalb der Kommunen oft eine neue Qualität, nämlich eine ideologische. Diejenigen, die mit der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht zurechtkamen, wurden als revolutionär bezeichnet; ihre Gegner, die treuen Kommunisten, wünschten dagegen das Weiterbestehen der Kommune um jeden Preis – als Zeichen für das Einhalten ihrer ideologischen Vorsätze.

Von der in den Pachtverträgen fixierten Aufgabe, eine vorbildliche Landwirtschaft in der Sowjetunion zu gründen, kann keine Rede sein. Keines der Kollektive – mit Ausnahme von Interhelpo – startete in der Sowjetunion eine unabhängige ertragsbringende Landwirtschaft. In der sowjetischen Presse wurden die Immigranten-Kommunen jedoch stets auf das Höchste gepriesen, denn ihre Aufgabe bestand unter anderem auch im ideologischen Bereich: Ausgestattet mit modernen, aus der Heimat mitgebrachten Geräten und Maschinen und finanziell abgesichert, sollten die ausländischen Kommunen ein Muster einer neuen Form der Landwirtschaftsführung in der UdSSR werden. Es scheint kein Zufall zu sein, dass diese Funktion – in keinem Vertrag wörtlich existent – dauernd von der KomSTO unterstützt wurde. Denn die ausländischen Kommunen konnten viel leichter ein positives Bild der kollektiven Landwirtschaftsform vermitteln, als eine unausgerüstete sowjetische Neugründung. Sie wurden auch nur so lange seitens der KomSTO unterstützt, bis die Vorbildfunktion nicht mehr gefragt war – als nämlich die flächendeckende Massenkollektivierung voll im Gange war. Diese Lösung war für die sowjetische Regierung sicherlich günstiger, als eigene Musterkommunen über das Staatsgebiet der Sowjetunion zu verteilen.

Eine derartige Funktion ist sicherlich nicht zu unterschätzen, bedenken wir, dass die Gesamtzahl der ausländischen Kommunen in der UdSSR bei etwa 40 lag. Denn die Kommunen waren zwar präsent, doch sie wurden noch sichtbarer gemacht. Man brachte in der regionalen Presse – in der allsowjetischen war es auch gar nicht notwendig – jedes kleine Alltagsgeschehnis der Kommunen groß heraus – von Einzelheiten über die mitgebrachten Güter über die Aufnahme der Milchproduktion bis hin zur Information über den tschechischsprachigen Unterricht³¹² war stets etwas in der Presse nachzulesen. Denn die am Vorabend der Kollektivierung stehende lokale Bevölkerung wurde mit ideologisch verfärbten Informationen versorgt, aber die Kommune, die gab es wirklich: Viele konnten dies bestätigen, viele sahen sie mit eigenen Augen. Die ausländischen Kommunen waren nichts Erfundenes, nur etwas in gewisser Hinsicht Verschönertes; es entwickelte sich allerdings hin zu einem Mythos, etwas, was scheinbar in der sowjetischen Gesellschaft ei-

³¹² Einige Beispiele aus der Presse des Nordkaukasischen Landes (Kommune Kladno): Sovjetskij Jug vom 23.3.1925, S. 2, und Sovjetskij Jug vom 7.9.1926.

nen festen Platz einnahm. Denn die Kommunen trugen in einigen Fällen die mitgebrachte tschechoslowakische Bezeichnung für einige Jahre weiter, auch wenn sie erstens den Großteil ihrer ursprünglichen Mitglieder verloren hatten, und zweitens – als nächste Untergangsstufe – unter die umliegenden sowjetischen Betriebe verteilt worden waren. Auch dann wurden sie immer wieder in der Presse als erfolgreiche Immigranten-Kommunen und als kollektive Betriebe oder Brigaden gefeiert. Noch 1934 konnte man in der Pravda Saratovskogo kraja von der Dreschbrigade Reflektor lesen, die von den Mitgliedern der sowjetischen Polarexpedition aufgesucht wurde. Anlässlich dieses Besuchs erklärte Reflektor, den Brotplan fristgemäß zu erfüllen³¹³.

In der Tschechoslowakei dagegen waren die Kommunen in der Presse – mit Ausnahme der kommunistischen – den Lesern als ein Desaster bekannt. Die Zeitungen titelten „Rückkehr der Kommune Slovácko aus Russland – enttäuscht, hungrig, schmutzig und zerlumpt...“, als sie von den Rückkehrern berichteten, die ihren Glauben an die kommunistischen Werte verloren hätten³¹⁴. Jedoch auch in einer anderen Hinsicht wurden die Zeitungsseiten mit Kommunengeschichten gefüllt: Die bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs andauernden Forderungen der ehemaligen Kommunarden nach Auszahlung ihrer Anteile wurden ausreichend thematisiert. Weder die tschechoslowakische Regierung noch die Vertretung der ČSR in Moskau konnten jedoch in dieser Sache ein Ergebnis erzielen. Die Nachfolgebetriebe ehemals tschechoslowakischer Kommunen fühlten sich zu keinerlei Zahlungen verpflichtet.³¹⁵

VIII.3. Die Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR in den 1920er Jahren

Die Auswanderung in die UdSSR erlebte 1925 ihren ersten Höhepunkt. Vier landwirtschaftliche Kommunen reisten aus, die Gesamtzahl ihrer Mitglieder betrug im Jahr 1925 1.132 Personen. Berücksichtigen wir die Gesamtzahl aller Ausgewanderten aus der ČSR im Jahr 1925 – 1.613 Personen³¹⁶ – so machten die landwirtschaftlichen Emigranten 70 Prozent aller Auswanderer aus. Da keine weiteren ausgewanderten Personengruppen für das Jahr 1925 nachzuweisen sind, stellten die übrigen 30 Prozent Individualauswanderer dar. Darunter verstehen sich Remigranten – ehemalige russische Kriegsgefangene, die nach dem Ende des sowjetischen Bürgerkrieges in ihre alte Heimat zurückkehrten, oder auch Rückkehrer der ersten Welle der weißen Emigration aus Sowjetrussland; notwendigerweise mit einem tschechoslowakischen Reisedokument. Die Archivquellen belegen, dass unter den Individualauswanderern einige Tschechen oder Slowaken vertreten waren, die zusammen mit der repatriierten Tschechoslowakischen Legion Sowjetrussland einst ver-

³¹³ Zeitungsausgabe vom 6.8.1934, zit. nach Dokumenty 1977: D. 17/S. 41.

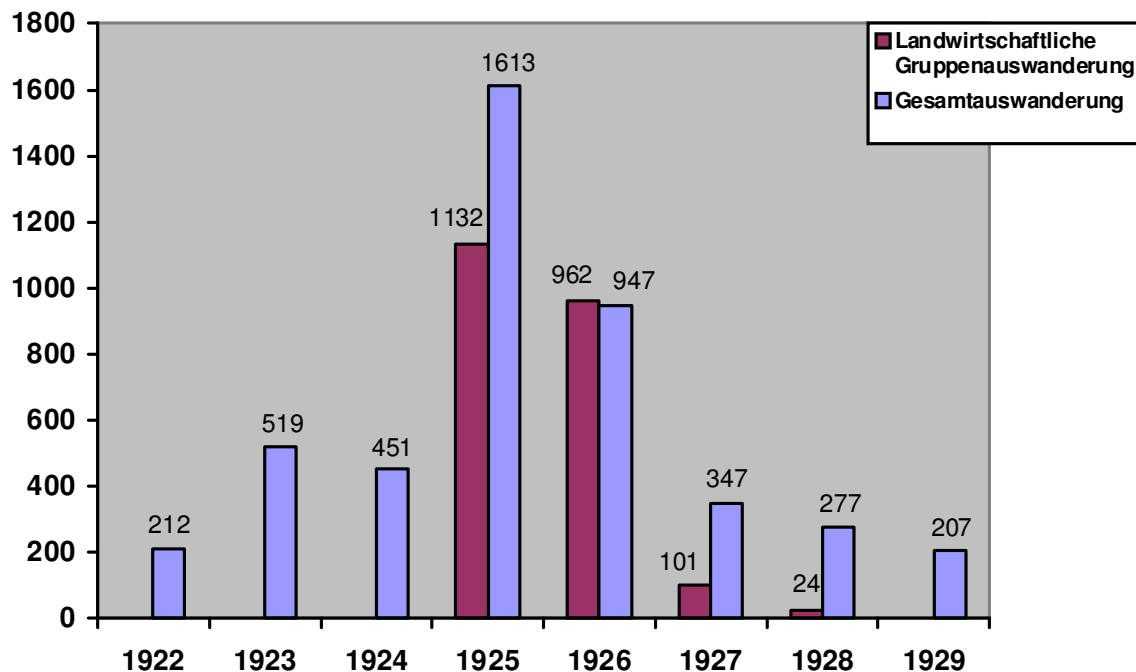
³¹⁴ Zeitungsausschnitte archiviert in: NA, MZV, RPA, k. 448.

³¹⁵ Aktenmaterial hierzu archiviert z.B.: AMZV, II. sekce, k. 526, s. 7. (Kommune Kladno, Interhelpo)

³¹⁶ Alle statistischen Zahlenangaben übernommen bzw. berechnet nach: Mitteilungen des tschechoslowakischen statistischen Staatsamtes plus entsprechender Jahrgang.

lassen hatten und nun – überwiegend aus Gründen der Familienzusammenführung oder der Wiederaufnahme ihres Berufs – zurück in die UdSSR reisten.

Grafik 2: Anzahl der Auswanderer aus der ČSR in die UdSSR (1922-1929)³¹⁷



Im auswanderungsstarken Folgejahr 1926 verließen 962 Personen organisiert in landwirtschaftlichen Kollektiven die ČSR.³¹⁸ In den darauf folgenden Jahren stagnierte die Auswanderung in die UdSSR jedoch deutlich, auch waren die zusätzlichen Personentransporte von Kommunisten zahlenmäßig nicht mehr so groß. Die beiden Jahre – 1925 und 1926 – stellten den ersten Höhepunkt in der Auswanderung in die UdSSR dar und es steht außer Zweifel, dass dies der kollektiven Auswanderung zu verdanken war. Im Zeitraum 1927-1929 sinkt die Auswandererzahl auf vergleichsweise minimale Werte.

Die statistischen Angaben über die Gesamtzahl der in die UdSSR Ausgewanderten lassen sich proportional auf die landwirtschaftliche Auswanderung übertragen. Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen unter den Auswanderern war so gut wie ausgewogen: 855 zu 758 im Jahr 1925 und 514 zu 433 im Jahr 1926. Etwa 50 Prozent aller im Jahr 1925 Ausgewanderten verließen dauerhaft die ČSR, 489 Personen erklärten ihren UdSSR-Aufenthalt für nur vorübergehend (im Jahr 1926: dauerhafte Ausreise von 63 Prozent aller Auswanderer). Was die Nationalität der Aus-

³¹⁷ Ebd.

³¹⁸ Die Angaben des Tschechoslowakischen Statistischen Staatsamtes sind nicht absolut und beruhen auf der Zahl der für die Ausreise in die UdSSR ausgestellten Reisepässe; sie spiegeln nicht die Zahl der tatsächlich Ausgereisten wider. Somit erklärt sich auch die Zahlendifferenz im Jahr 1926: 962 reisten faktisch aus, jedoch wurden nur 947 Reisepässe für die Sowjetunion in diesem Jahr ausgestellt. In der Praxis heißt dies, dass einige der Personen einen im Vorjahr ausgestellten Reisepass für die Ausreise benutzten.

wanderer im Jahr 1925 anbelangt, finden sich folgende Werte: 83 Prozent waren tschechoslowakischer, elf Prozent deutscher und vier Prozent russischer Nationalität, im Jahr 1926 sank der Anteil der Auswanderer tschechischer oder slowakischer Nation auf 73 Prozent, dagegen stieg der Anteil der deutschen auf 15 Prozent und der russischen auf acht Prozent.³¹⁹

Was die Berufsfelder der Auswanderer in den beiden Jahren angeht, stellen wir fest, dass nur sehr wenige in den beiden Jahrgängen – wie bereits erwähnt – Erfahrung in der Landwirtschaft besaßen. Nur 167 der 1.613 Auswanderer im Jahr 1925 waren beruflich in der Landwirtschaft tätig, dagegen die meisten in der Industrie und im Gewerbe – 1.090 Personen. Besonders stark vertreten waren Berufe im Bergbau, der Metallurgie und dem Metallbearbeitungsbereich (darunter Maschinenbau) – insgesamt 561 Personen. Viele der Auswanderer waren vor der Ausreise auch im Baugewerbe (159) oder in der Bekleidungsindustrie (112) beschäftigt. 180 gaben in der Rubrik Beruf Arbeiter und Tagelöhner an. Das Spektrum der genannten Berufe änderte sich auch im Folgejahr nicht wesentlich, lediglich der Anteil der Bekleidungsindustriearbeiter verbuchte einen leichten Anstieg (von sieben auf neun Prozent) auf Kosten der Metallarbeiter.

³¹⁹ Statistische Angaben berechnet nach Mitteilungen 1925 und Mitteilungen 1926.

Tabelle 4: Die tschechoslowakischen Auswanderer in die UdSSR nach Berufen (1922-1929)³²⁰

Berufe und Berufsgruppen	Jahr / Personenzahl							
I. Beschäftigungsbereiche	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Landwirtschaft, Forstwesen, Fischzucht	20	50	67	167	144	38	37	19
Industrie und Gewerbe	128	363	229	1090	615	216	166	147
Handel, Geldwesen und Verkehr	15	37	28	64	25	17	7	0
Öffentlicher Dienst und freie Berufe	7	10	13	15	11	13	1	2
Sonstige oder ohne Angabe	42	59	114	277	152	63	66	39
Gesamt	212	519	451	1613	947	347	277	207
II. Berufsgruppen								
Landwirtschaft, Gartenbau, Tierzucht	20	48	66	166	134	29	37	15
Forst- und Jagdwesen, Fischzucht	0	2	1	1	10	9	0	4
Bergbau und Metallurgie	7	26	35	299	63	8	40	60
Metallverarbeitung	10	55	44	147	88	30	19	6
Maschinen-, Geräte- und Werkzeugbau	20	61	38	115	81	32	23	17
Steinindustrie	0	3	3	11	28	0	1	0
Glasindustrie	0	13	0	10	25	2	0	3
Chemie-, Gas-, Wasser- u. Stromindustrie	0	0	0	5	1	2	5	1
Holzindustrie	5	33	8	58	62	21	10	4
Papierindustrie	0	2	0	5	1	0	0	0
Polygraphie und Kunstgewerbe	1	0	3	4	6	1	0	0
Textilindustrie	5	15	2	45	33	8	4	16
Lederindustrie	0	8	4	19	10	1	2	0
Bekleidungsindustrie	31	53	33	112	87	40	29	9
Reinigungsgewerbe	2	8	3	1	13	1	8	0
Lebensmittelindustrie	22	36	19	59	38	21	6	3
Baugewerbe	18	34	25	159	49	32	17	16
Industrie ohne nähere Angabe	7	16	12	41	30	17	2	12
Warenhandel	4	18	10	26	17	6	1	0
Gaststätten- und Schankgewerbe	9	6	3	2	0	0	0	0
Handelshilfsgewerbe	0	0	2	9	0	0	6	0
Geldwesen	0	1	0	0	1	0	0	0
Post, Eisenbahn u.ä.	0	6	9	22	7	0	0	0
Anderer Verkehr u. Verkehrshilfsgewerbe	2	6	4	5	0	11	0	0
Staatlicher und öffentlicher Dienst	0	0	4	10	4	4	0	1
Freie Berufe	7	10	9	5	7	9	1	1
Hausdienerschaft	10	0	5	17	5	9	9	2
Arbeiter u. Tagelöhner o. nähere Angabe	20	31	62	180	86	11	17	22
Personen ohne Berufstätigkeit	0	7	8	16	10	1	1	1
Andere Berufe oder ohne Angabe	12	21	39	64	51	42	39	14
Gesamt	212	519	451	1613	947	347	277	207

³²⁰ Statistische Angaben zusammengestellt nach Mitteilungen 1922/1923/.../1929.

IX. Die industrielle Emigration in die UdSSR

IX.1. Die Neue ökonomische Politik, die sowjetische Industrie und die tschechoslowakische Einwanderung

Während die landwirtschaftliche Einwanderung – nicht nur von Tschechoslowaken, sondern auch aller anderen Ausländer – ein kurzlebiges Phänomen der 1920er Jahre blieb, war die Einwanderung von Fachleuten und Spezialisten der Industrie in die Sowjetunion eine für die frühen 30er Jahre des 20. Jahrhunderts typische Erscheinung. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Industrialisierung des Landes stark vorangetrieben – auch unter Mitwirkung ausländischer industrieller Einwanderer. Die 1920er Jahre waren hingegen eine für diese spezifische Einwanderergruppe eher ungünstige Zeit, wenngleich auch die Neue ökonomische Politik (im Folgenden NEP) für sie gewisse positive Rahmenbedingungen schuf.

Die Sowjetunion war nach sieben Kriegsjahren und zwei Revolutionen in eine tiefgehende politische und ökonomische Krise geraten. Die industrielle Produktion des Landes bildete im Jahr 1920 lediglich kaum ein Drittel des Vorkriegsstandes. Die Betriebe standen zerstört und leer und warteten vergeblich auf ihre Belegschaft: Die demobilisierten Personen, verstreut über das ganze Land, mussten auf Fußmärschen ihre Wohn- und Arbeitsorte erreichen. Die Bahnverbindung war zusammengebrochen, Güterverkehr nahezu undenkbar. Die russischen Städte standen menschenleer. Eine Abwendung von der Kriegsökonomie hin zu anderen Wirtschaftsformen sollte den Ausweg darstellen.

Die NEP, deren Anfang die auf der X. RKP/b/-Versammlung im März 1921 beschlossene Einführung einer Nahrungsmittelsteuer („prodnałog“) markierte, sollte die Lösung bringen. Die NEP brachte tatsächlich einige, wenn auch kurzfristige, Verbesserungen und Innovationen ins Wirtschaftsleben. Für einige Berufe wurde freier Handel bewilligt, sodass Handwerker ihre Erzeugnisse auf dem „freien“ Markt vertreiben durften. Dies führte zur Entstehung und Eröffnung privater Stände oder Geschäfte. Es wurde die Gründung von Kooperativen und Produktionskommunen ermöglicht, außerdem durften ausländische Konzessionäre sowjetische Betriebe und Fabriken übernehmen. Auch gemischte Formen – Staat und Kooperative, oder einheimisches und ausländisches Kapital – waren in der ersten Hälfte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts keine Seltenheit. Die NEP führte eine gewisse – wenn auch nur geringe – ökonomische Freiheit ein und förderte die Entwicklung insbesondere der leichten Industrie.

Die Epoche der NEP (1921-1925) markierte zugleich die erste drastische Veränderung des innenpolitischen Klimas in Sowjetrußland. Gesundheitlich angeschlagen – ausgelöst durch seinen ersten Schlaganfall 1922 – verfiel Lenin nach und nach einer psychischen Krankheit, aus welcher ein sich steigerndes destruktives Misstrauen seinem Umfeld gegenüber und das Gefühl herauswuchs, von Feinden und politischen Gegnern umgeben zu sein, die seine Autorität und seine Taten untergraben würden. Somit wurde diese Epoche gleichzeitig zur ersten Jagd auf „Unzuverläss-

sige“: Lenin instruierte seine Genossen, darunter Stalin, sich gegen die Sozialrevolutionäre, die Menschewiki und Angehörige von liberalen Parteien zu wenden und sie aus Sowjetrussland zu schaffen. Dieser Aussiedlung fielen insbesondere zahlreiche Vertreter intellektueller Berufe zum Opfer.

Während der NEP wandte sich die sowjetische Politik auch stärker der Frage der orthodoxen Kirche zu. Unter dem Vorwand, finanzielle Mittel zur Linderung der Hungersnot zu beschaffen, wurde mit beispielloser Härte gegen das russische Priestertum und bei der Beschlagnahme des Kirchenvermögens vorgegangen. Die gewonnenen Wertgegenstände wurden freilich zur Realisierung der politischen Ziele der sowjetrussischen Regierung und nicht zur Bekämpfung der Lebensmittelknappheit eingesetzt.

Die NEP-Jahre waren auch der Zeitraum, in dem sich Stalin als eine führungskompetente politische Persönlichkeit zu profilieren mußte. Im Auftritt überzeugend, genoss Stalin eine breite Unterstützung in der Partei und übernahm ab 1923 allmählich diejenigen Aufgaben, die Lenin nach seinem zweiten Schlaganfall nicht mehr ausüben konnte. Der Aufstieg an Stelle Lenins war keineswegs etwas Selbstverständliches, denn Lenin hatte keine Regelungen bezüglich der politischen Nachfolgerschaft vorgenommen. Doch letztendlich besiegelte die Legitimation durch die Mehrheit in der Partei die „Rechtmäßigkeit“ dieser Abfolge. Lenins Kronprinz, wie sich Trotzki verstand, musste Stalin weichen und ins Exil gehen. Doch auch dort holte ihn Stalin ein – 1941 wurde Trotzki in Mexiko umgebracht.

Die fünf Jahre der Neuen ökonomischen Politik bedeuteten also zugleich den politischen Wechsel an der Staats- und Parteispitze. Unmittelbar nach dem Tod Lenins schritt Stalin zur Beseitigung der Oppositionellen in der Partei und zur Festigung seiner Alleinherrschaft. In der NEP-Ära wurde ein Machtwechsel vollzogen, welcher fast drei Jahrzehnte dauerte und welcher einen derartig opferreichen Umbau nicht nur der gesamten sowjetischen Gesellschaft, sondern auch jedes Einzelnen mit sich brachte bzw. bringen sollte. In den Jahren 1921 bis 1925 konzentrierte sich die sowjetische Regierung im Allgemeinen auf zwei Ziele: Auf die innerparteilichen Angelegenheiten (Lenins Nachfolge, Liquidierung von Oppositionellen) und auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaft (NEP). Die Durchsetzung der kommunistischen Staatsideologie wurde in diesem Zeitraum ausgesetzt. Erst die Beendigung der NEP und Stalins ambitionierte Industrialisierungspläne brachten eine neue Rückkehr zum Kommunismus mit sich.³²¹

Die durch die Einführung der NEP geschaffenen wirtschaftlichen Anreize sprachen auch viele Arbeitslose und Verunsicherte in Europa und in der ČSR an. Die Einreisebedingungen für Fachleute und Beschäftigte in der industriellen Produktion blieben jedoch schwierig. In den ersten NEP-Jahren waren in der UdSSR zwar industrielle Spezialisten und Kräfte aus Mangelberufen für die Produktion gefragt, es fehlte allerdings an Mitteln, sie zu bezahlen oder ihnen entsprechenden

³²¹ Vgl. Pipes R. 2003: Kommunismus. Berlin, 85. Zum Thema insbesondere: Baberowski J. 1995: Wandel und Terror: Die Sowjetunion unter Stalin 1928-1941. Ein Literaturbericht. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 43, 97-129; ders. 2003: Der rote Terror: Geschichte des Stalinismus. München, ders. 2004: Stalinismus und Religion. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 52, 482-493.

Wohnraum zur Verfügung zu stellen. So wie bei der landwirtschaftlichen Einwanderung wurden von sowjetischer Seite auch hier Produktionskollektive favorisiert, die eigenes Kapital einbringen und in der UdSSR eine leerstehende Fabrik übernehmen und in Betrieb setzen sollten. Eine Ausreise von Einzelpersonen aus Eigeninitiative war praktisch undenkbar.

Dass jedoch manchmal keine finanziellen Mittel gescheut wurden, um fachpersonelle Mängel auszugleichen, belegt der nachstehende Fall tschechoslowakischer Bergleute. Er repräsentiert zugleich eine andere Einwanderungsform, welche derjenigen der Kommunen in mancher Hinsicht ähneln mag. Die Rede ist von einer Gruppenbildung ohne einen inneren Zusammenhalt, ohne ein gemeinsames Kapital, ohne einen Vorstand und ohne bestimmte Mitgliedsanteile. Hier haben wir es mit einer Gruppe von Vertretern einer bestimmten Berufsgruppe zu tun, mit welcher von der sowjetischen Seite ein Kollektivvertrag geschlossen wurde. Wohl die erste derartige Gruppe und gleichzeitig auch die erste tschechoslowakische Auswanderergruppe in die Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit überhaupt waren 13 tschechische Bergleute aus Kladno. Sie reisten im Juni 1921 mit der Absicht ein, für immer in Sowjetrußland zu bleiben. Jedoch bestand in ihrem kollektiven Arbeitsvertrag die Option, dass sie – falls sie sich umentscheiden sollten – auf Kosten der sowjetischen Regierung zurückkehren könnten, unter der Bedingung, dass sie bis dahin mindestens ein Jahr in der UdSSR abgearbeitet haben.

Bei dieser Gruppe handelt sich um ein Musterbeispiel, welches im Hinblick auf die finanzielle Großzügigkeit russischer Behörden viel eher zum Zeitpunkt des Fünfjahresplanes zu erwarten gewesen wäre: Alle Transport- und Überführungskosten der tschechoslowakischen Fachleute und ihrer Familien trugen die sowjetischen Behörden.³²² Sie kamen in Moskau an, wo sie von den Vertretern des Industriezweiges – in diesem Fall das Hauptverwaltungsamt für die Bergbauindustrie – aufgenommen und untergebracht wurden. Sie erhielten Spesen für ihren Moskauaufenthalt in Höhe von zwei Millionen Rubeln. Da sie sich über die Verpflegung und Unterbringung beschwert hatten, durften sie sich kostenlos in der Kantine des Bergbaurates verpflegen und durften im Wohnheim der Bergbauakademie einziehen³²³. Die Tschechoslowaken erhielten an ihrem Zielort – dem Kohlebecken Donbass – Wohnungen und Arbeitskleidung nach Maßstäben „wie bei den deutschen Immigranten üblich“³²⁴.

Der geschilderte Fall macht gleichzeitig deutlich, dass es die sowjetische Seite war, welche die Einwanderung stimulierte. Die äußerst beschränkten Finanzmittel und die hohe Arbeitslosigkeit im eigenen Land machten es der Sowjetunion unmöglich, beliebige Wirtschaftseinwanderer aufzunehmen. Doch auch während der NEP traten gelegentlich für Auswanderer aus der ČSR interessante Stellenangebote in Erscheinung. Im Winter 1922 wurde die tschechoslowakische Vertretung in Moskau vom Narkomzem kontaktiert, um Arbeitsstellen für 50 Landvermesser und 40 Tierärzte

³²² GARF, f. R-382, op. 4, d. 600, l. 146.

³²³ Ebd., l. 148. Die Gruppe bestand aus: Ingenieure Hugo Křepelka, Gustav Mojžíš, Karel Patera, Václav Drápal und erfahrene Fachleute, Techniker: Anton Adámek, Gottlieb Birnbaum, Karel Erlich, Josef Prokš, Franz Zika, Emil Hrach, Jan Hokr, Václav Souček, Josef Pánek.

³²⁴ Ebd.

mit ausreichenden Russischkenntnissen anzubieten. Das MZV leitete diesen Aufruf an technisch profilierte Fachhochschulen und Universitäten sowie an Einrichtungen, die einen Bezug zu Russland oder der Sowjetunion hatten, weiter.³²⁵

Die Archivquellen belegen, dass die sowjetische Industrie während der NEP und des darauf folgenden Fünfjahresplanes ein deutliches Interesse an erfahrenen Bergleuten und Arbeitern aus der tschechoslowakischen Glasproduktion hegte. Der Musterfall der Bergleute aus Kladno leitet gewissermaßen eine „Tradition“ der Bergleutemigration in die UdSSR ein. Im Archivbestand Volkskommissariat für Arbeit³²⁶ finden sich unzählige Hinweise auf tschechoslowakische Bergleute, doch leider lassen sich ihre Wege in die Sowjetunion nicht verfolgen, sodass eine Feststellung des Vermittlers heute nicht möglich ist. Bei der Anwerbung von Glasarbeitern lässt sich eine Vermittlerrolle der sowjetischen Vertretung in Prag nachweisen. Ein Beispiel aus dem Jahr 1925 lässt den Schluss zu, dass sie angeworben wurden, um neue ausländische Maschinen in der Glasproduktion zu bedienen und Einheimische anzulernen. Auf Anweisung des Obersten Volkswirtschaftsrates sollten 20 Glasarbeiter in der ČSR und in Belgien für den sowjetischen Konzern „Dagogni“ (Dagestanskije ogni) gewonnen werden.³²⁷

Die Prognosen über die aufzunehmenden ausländischen Arbeitnehmer bewegten sich keineswegs im Bereich großer Zahlen. Unter Berufung auf die Angaben des Obersten Volkswirtschaftsrates teilte die tschechoslowakische Vertretung in Moskau z. B. im April 1926 mit, dass die Sowjetunion 544 ausländische Industriefachleute benötigte, davon 252 für die Metallindustrie (darunter 45 Meister), 51 für die Textilindustrie, 51 für die Chemieindustrie, 47 für die Elektroindustrie und 53 Bergbauspezialisten u.a.³²⁸ Haben wir anfangs gesagt, dass eine Auswanderung in die UdSSR aus eigener Initiative so gut wie undenkbar war und dass die Interessenten erst auf Aufforderung sowjetischer Behörden einreisen durften, so verdient dies an dieser Stelle eine geringfügige Berichtigung. Auch die durch die NEP geschaffenen Möglichkeiten ausländischer wirtschaftlicher Betätigung auf dem Staatsgebiet der UdSSR ließen nämlich die tschechoslowakische Seite nicht inaktiv sein. Tatsache ist, dass es auch Auswanderungsprojekte mit tschechoslowakischer staatlicher Unterstützung gab.

³²⁵ AMZV, II. sekce, k. 478, s. 3.

³²⁶ GARF, R-382, op. 4, d. 594 u.a.

³²⁷ GARF, f. 478, op. 7, d. 2930, l. 78. Die zum Ende Februar bereits eingereisten Tschechoslowaken waren: Pilčík Hubert, Pilčík Hubert (offensichtlich Vater und Sohn), Lovčan Karel, Poloni Eduard, Špička Leopold. Die Auswanderung von Glasarbeitern, darunter in die UdSSR, wurde bis in die Mitte der 30er Jahre von der tschechoslowakischen Regierung als ein ernstzunehmendes Problem betrachtet. Ab 1936 mussten Glasarbeiter eine zusätzliche Ausreisegenehmigung beim MV beantragen.

³²⁸ NA, MSP; k. 3887, s. H8-d29-b4. Gleichzeitig teilte die tschechoslowakische Vertretung mit, dass in der sowjetischen Industrie gegenwärtig 85 ausländische Spezialisten arbeiten: zwölf davon in der Elektroindustrie, neun in der Chemie-, 20 in der Metall-, zwölf in der Bergbau-, 24 in der Glas-, drei in der Lebensmittel- und drei in der Lederbearbeitungsindustrie. Die ungewöhnlich niedrige Gesamtzahl lässt sich damit erklären, dass sie nur die Zahl höchstqualifizierter Industriespezialisten wiedergibt, welche von den einzelnen Volkskommissariaten mittels sowjetischer Auslandsvertretungen angeworben wurden. Diese Zahl berücksichtigt keine Ausländer, auch wenn sie hochqualifiziert waren, welche als Mitglieder verschiedener Gruppen (wie z.B. Pragomašina) oder als Privatpersonen (Familienzusammenführung nach dem Krieg) einreisten und nicht als Objekt einer gezielten sowjetischen staatlichen Anwerbung. Im Jahr 1927 arbeiteten in der sowjetischen Industrie bereits 136 Fachleute, darunter 72 Ingenieure und 63 Meister: NA, MSP, k. 3914, s. H1-b5.

Darunter fiel auch der unverwirklichte Vorschlag des tschechoslowakischen Generalkonsuls in Moskau, J. Rixa, in der Sowjetunion landwirtschaftliche Konzessionen zu gewinnen. Es handelte sich hierbei um gemischte landwirtschaftlich-industrielle Produktionskonzessionen, also eine Landwirtschaftsführung verbunden mit einer Produktbearbeitung. Dieser Vorschlag sah Konzessionsgründungen unter tschechoslowakischer staatlicher Garantie in wirtschaftlich besonders gut geeigneten Gebieten der europäischen Sowjetunion vor: Die tschechoslowakische Regierung sollte für die künftigen Einwanderer „kolonisationsartige“ Stützpunkte auf eigene Kosten errichten – in klimatisch warmen Gebieten im Südosten und wegen der Holzverarbeitung im Norden der Sowjetunion.³²⁹

Ein Hinweis darauf, dass der Konzessionsplan des Generalkonsuls Rixa aus dem Jahr 1926 auf die aktuellen Bedürfnisse der sowjetischen Holzproduktion abgestimmt war, sind einige Fälle der Anwerbung von Tschechoslowaken für das sowjetische Forstwesen. Zum Jahresende 1926 kamen zehn durch die sowjetische Vertretung in Prag angeworbene Forstwirte in Moskau an. Sie wurden verwaltungstechnisch dem Narkomzem unterstellt und arbeiteten zu folgenden Bedingungen: 180 Rubel Monatsgehalt, Begleichung der Reisekosten von Moskau weiter zum Einsatzort, Spesen für den Moskauaufenthalt in Höhe von 53 Rubeln. Der Arbeitsvertrag wurde für sechs Jahre geschlossen. Die tschechoslowakischen Arbeitnehmer fanden ihren Einsatz in verschiedenen Gouvernements der Sowjetunion: Kazan', Murmansk, Novgorod u.a.³³⁰

Die Periode der Neuen ökonomischen Politik bedeutete eine spürbare Liberalisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes, wenn auch nur eine kurzfristige. Und obwohl die Erfolge der NEP nur relativ blieben und im Endeffekt sogar sehr zweifelhaft, leitete die NEP eine allmähliche Industrialisierung des Landes ein, die im Fünfjahresplan ihren ersten Höhepunkt erreichte. Diese Industrialisierung wurde mit ausländischen Technologien, neuen Methoden und mit Hilfe ausländischer Fachleute vorangetrieben. Das sowjetische Interesse an Fachleuten aus Industrieländern wuchs während der NEP-Ära nur langsam an; sie wurden jedoch allmählich als entscheidendes Potenzial und als Ersatz für die fehlende eigene technische Elite erkannt. Unter den ersten industriellen Einwanderern, die schon unmittelbar nach dem Ende des sowjetischen Bürgerkriegs die UdSSR als Ziel ihrer Auswanderung wählten, finden sich auch einige Tschechoslowaken. Wie viele zur NEP-Zeit individuell einreisten, können wir heute nicht mehr feststellen. Einige reisten in einer Kollektivform ein, als ein Zusammenschluss von Menschen unterschiedlicher oder auch gänzlich identischer Berufe, ausgestattet mit eigenem Startkapital, ähnlich wie bei den landwirtschaftlichen Kommunen.

³²⁹ Der Entwurf sah eine finanzielle Beteiligung der tschechoslowakischen Regierung in Höhe von fünf Millionen Kronen vor. NA, MV I-SR, k. 989, s. 5/245/65. Diese staatlich unterstützte Kolonisierung wurde nicht verwirklicht. Die Gründe sind am ehesten in den beschränkten Handelsmöglichkeiten und in der unverlässlichen politischen Lage zu suchen.

³³⁰ NA, MSP; k. 3960, s. H2-b5.

Über die sog. Produktionskommunen oder Herstellungskommunen, die aus der Tschechoslowakei in die Sowjetunion auswanderten, blieben nur wenige Nachrichten überliefert.³³¹ Es finden sich bruchstückhafte Hinweise auf unterschiedliche tschechoslowakische Produktionskommunen – darunter z.B. Delta aus Pilsen³³² – die in der ersten Hälfte der 1920er Jahre freistehende Werkstätten oder Fabriken in der UdSSR bezogen. Es gibt jedoch nur eine einzige, deren Geschichte sich ausreichend nachzeichnen lässt: Pragomašína.

Exkurs: Pragomašína

Von einem „abschreckenden Beispiel“³³³ einer Auswanderung in die UdSSR sprach das tschechoslowakische MSP in seinem Antwortschreiben auf die Anfrage eines Interessenten. In der Tat kann man das Auswanderungsprojekt Pragomašína als nicht gerade erfolgreich bezeichnen. Pragomašína, eine bescheiden angelegte Produktionskommune, selbst Arbeitskommune (im Russischen Artel) genannt, fiel nach knapp einem Jahr auseinander³³⁴. Auf ihre Misserfolge wurde in den Folgejahren gerne seitens der tschechoslowakischen Ministerien hingewiesen, um weitere Interessenten von einer Auswanderung in die Sowjetunion abzuhalten.

Die Arbeitskommune Pragomašína wurde im März 1923 als ein Zusammenschluss von sieben Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. Der Kommunenvorsitzende František Volman war auch derjenige, der nach Tiflis in Georgien reiste, um geeignete Werkstätten für die Kommune zu pachten und die Pragomašína-Statuten vor Ort zu registrieren. Pragomašína steckte sich zweierlei Ziele: Sie wollte in der Sowjetunion Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Maschinen pachten und gleichzeitig einen neuen Absatzmarkt für tschechoslowakische industrielle Erzeugnisse erschließen. Zu diesem Zwecke sprach Pragomašína vor der Ausreise verschiedene Industriebetriebe in der ČSR – z.B. Laurint und Klement – mit dem Angebot an, für deren Produkte in der Sowjetunion zu werben und den lokalen sowjetischen Markt zu gewinnen. Sie beabsichtigten, die

³³¹ Dafür gibt es zwei Gründe: In der ersten Hälfte der 1920er Jahre etablierten sich zunächst alle Volkskommissariate und ihre Abteilungen, bzw. befanden sich in einem Entstehungsstadium. Zudem lief die Zentralisierung der sowjetischen Macht mit einem Transfer von Kompetenzen aus der Peripherie nach Moskau. Somit finden sich relevante Archivalien über Dutzende von Beständen verstreut, die eine zufriedenstellende Bearbeitung beinahe unmöglich machen. Außerdem bestanden im Bereich der sowjetischen Industrie Dutzende eigenständige Volkskommissariate und deren Abteilungen oder Kommissionen, verschiedene Räte und Verwaltungen von staatlichen Monopolen und Trusts. An alle genannten Institutionen konnten sich ausländische industrielle Einwanderer wenden und die Einreise abwickeln. Auch dies ist ein Grund für die weite Streuung der Archivquellen. Darin besteht auch der Unterschied zu den landwirtschaftlichen Einwanderern, die sich entweder an die KomSTO oder an das Narkomzem wenden durften, was heute die Quellenforschung erleichtert.

³³² Ein KomSTO-Sitzungsprotokoll vom 10.10.1923 über den Einwanderungsantrag von Delta: Die Kommune darf ihre zwei Vertreter in die UdSSR entsenden, um mit der Metallabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates über ihre Tätigkeit zu verhandeln, insbesondere bezüglich der Pachtung der in Frage kommenden Betriebe. RGAE, f. 478, op. 7, d. 1511, l. 130.

³³³ NA, MSP, k. 3881, s. H8-d19, Korrespondenz vom Februar 1925.

³³⁴ Die sozialistische Geschichtsforschung schrieb den tschechoslowakischen Auswanderergruppen in der Regel ungeahnte Erfolge und eine lange Existenzdauer zu. Fano 1983: 61 z.B. schreibt, die Arbeitskommune Pragomašína wäre erst nach drei Jahren wegen organisatorischer Mängel auseinander gefallen. Es steht jedoch ganz außer Zweifel, dass sie viel früher unterging.

örtliche Produktion zu erkunden und potenzielle, gegen tschechoslowakische Güter tauschbare Erzeugnisse zu ermitteln.³³⁵

Pragomašina zählte zum Auswanderungszeitpunkt 25 Mitglieder mit ihren Familien, alle aus Kladno und Umgebung. Jedes Mitglied kaufte einen Kommunenanteil in Höhe von 4.000 Kronen. Alle Mitglieder waren in der Metallbearbeitung tätig: als Ingenieure, Konstrukteure, Schmiede, Dreher u.ä. Wie der Kommunenvorsitzende in Tiflis während seiner dreimonatigen Reise nach Georgien vereinbarte, sollte Pragomašina einen nicht fertig gestellten und unbelegten Betrieb in der Stadt pachten und dazu kostenlose Unterkunft erhalten. Mit einem solchen Versprechen verließ Pragomašina auch die ČSR.³³⁶

Die Abreise wurde auf den 21.9.1923 gelegt. Die knapp 80 Mitglieder reisen mit der Bahn nach Rumänien und weiter zum rumänischen Hafen Constanța. Ab da wurde die Reise auf dem Schiff einer französischen Reederei in Richtung Batumi mit einem Zwischenstopp in Istanbul fortgesetzt. Die Gruppe traf am 17.10.1923 in Tiflis ein. Hier erwarteten sie die ersten Enttäuschungen: Anstelle der versprochenen Wohnungen fanden die Tschechoslowaken eine verlassene Fabrikhalle vor. Als zweites Problem erwies sich der zugewiesene Betrieb: Es wurde festgestellt, dass das von Volman unterzeichnete Inventarverzeichnis in keiner Weise dem vorgefundenen Bestand entsprach. Während die Frage nach der Unterkunft relativ flexibel gelöst werden konnte, indem Pragomašina einige leere Betriebswohnungen und ein verlassenes Restaurantgebäude zugesprochen wurde, mussten die Kommunarden bezüglich des Betriebs auf einige leerstehende Werkstätten in der Stadt in der Hoffnung ausweichen, zum späteren Zeitpunkt den ursprünglichen Betrieb doch zu beziehen.³³⁷

Doch auch die Ereignisse der nächsten Tage trugen zu keiner positiven Stimmung in der Kommune bei. Etwa eine Hälfte der Tschechoslowaken erkrankte kurz nach der Ankunft an Ruhr, was zwei Tote forderte: die beiden Kinder des Vorsitzenden im Alter von fünf und zehn Jahren. Außerdem stellten sich die Vermittlungspläne zwischen der lokalen Wirtschaft und der tschechoslowakischen Industrie als utopisch heraus. Den Kommunarden wurde nahe gelegt, den Außenhandel nur mittels einer sowjetischen Handelsvertretung in Prag abzuwickeln. Die Absichten, georgischen Tabak und Schafwolle gegen Maschinen und Geräte aus der ČSR einzutauschen, scheiterten somit.³³⁸

Im Frühjahr 1924 kam es zu einer Spaltung innerhalb von Pragomašina. Es bildete sich eine kommunistische oppositionelle Gruppe von acht Mitgliedern, welche dem Kommunenvorstand vorwarf, nicht das Vertrauen der Belegschaft zu genießen und nicht kommunistisch eingestellt zu sein. Außerdem seien die Kommunenstatuten nicht kommunistisch, sondern antisowjetisch. Die Opposition war darüber hinaus nicht mit den Handelsabsichten der Kommune einverstanden und bezeichnete sie als eine bourgeoise, kapitalistische Tätigkeit. Die kommunistische Zelle klagte

³³⁵ AMZV, II. sekce, k. 526, s. 7.

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Ebd.

³³⁸ Ebd.

weiterhin, die Anteile seien für Reisekosten verschwendet worden, sodass Pragomašina vor Ort in eine schwierige finanzielle Situation geraten sei. Der ganze, von Gewalttaten begleitete Streit wurde in der Betriebsleitung von Temza (Elektro-mechanischer Betrieb in Tiflis), dem die Kommune unterstand, ausgetragen.³³⁹

Die Oppositionellen sabotierten den Arbeitsplan, wodurch es zu zeitlichen Verzögerungen bei den Anfertigungen kam und somit zu finanziellen Verlusten. Am 15.6.1924 verließen die acht „Saboteure“ schließlich die Kommune. Es wurden ihnen 50 Prozent ihrer Anteile ausgezahlt, trotz der Regelung einer Auszahlung erst nach Ablauf einer Arbeitsmindestfrist. Infolge der Differenzen und der daraus entstandenen Schwierigkeiten, darunter finanzieller Art, mussten die gepachteten Werkstätten zurückgegeben werden, weil die Betriebskosten bei einer zu geringen Arbeiterzahl zu hoch waren. Die übrigen 15 Mitglieder fanden Beschäftigung in verschiedenen Werkstätten in der Region oder kehrten in die ČSR zurück.³⁴⁰

Mit dem Datum des Austrittes eines Drittels der Mitgliedschaft ist das Ende der Arbeitskommune Pragomašina gleichzusetzen. Der Vorsitzende von Pragomašina wandte sich zwar am 1.6.1924 an das tschechoslowakische Außenministerium mit einer Bitte um einen zinsfreien Kredit in Höhe von 75.000 Kronen zur Finanzierung einer Kommunenneugründung. Das MZV war allerdings der Auffassung, dass eine finanzielle Zuwendung für die Auszahlung der Anteile ausgeschiedener Mitglieder missbraucht werden könnte und nicht zur Wiederbelebung der Kommune; der Antrag wurde am 24.7.1924 zurückgewiesen.³⁴¹ Somit endete auch das beinahe einjährige Bestehen von Pragomašina in der Sowjetunion.

IX.2. Der Fünfjahresplan und die tschechoslowakische Auswanderungsbewegung in die UdSSR

Dass zur Zeit der NEP das Interesse am Einwanderungsland UdSSR insbesondere unter den tschechoslowakischen Industriearbeitern und -fachleuten wuchs, belegt auch die erhöhte Aktivität der Vertretung der ČSR in Moskau. Sie sammelte offiziell zugängliche Informationen über die Defizite des sowjetischen Arbeitsmarktes und leitete sie an unterschiedliche Ministerien in der Tschechoslowakei weiter. Solche Informationen wurden von den sowjetischen Behörden im ausreichenden Maße erst zum Zeitpunkt der sich anbahnenden NEP-Krise und in der Planungsphase des ersten Fünfjahresplanes systematisiert und in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Die Zahlen der aufzunehmenden Facharbeiter wuchsen von Jahr zu Jahr an, wenngleich es sich um keine gewaltigen Ziffern handelte.

Erst die Epoche des sowjetischen Fünfjahresplanes brachte einen entscheidenden Schwung in die Einwanderungsbewegung. Der Sowjetunion gelang es im Laufe der NEP hinsicht-

³³⁹ Aus dem Bericht der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau an das MSP vom 22.4.1924: NA, MSP, k. 3887, s. H8-d29-b4.

³⁴⁰ AMZV, II. sekce, k. 526, s. 7.

³⁴¹ Ebd.

lich der Industrialisierung des Landes den Vorkriegsstand zu erreichen. Dieser bedeutete allerdings zugleich einen entscheidenden Rückstand gegenüber den anderen kapitalistischen Industrieländern. Zur Lösung dieser Situation wurden im Dezember 1927 von der XV. VKP/b/-Parteiversammlung die „Direktiven zur Erstellung eines fünfjährigen Volkswirtschaftsplanes“ angenommen, an welchem unter anderem einige Ökonomen der Vorrevolutionsepoche teilnahmen. Die zwei ausgearbeiteten Pläne – ein minimalistischer (gerne auch opportunistischer genannt) und ein maximalistischer – sollten die UdSSR in ein industrielles Agrarland umwandeln. Die Leistungsdifferenz der beiden Varianten betrug etwa 20 Prozent.

Der erste Fünfjahresplan (1928/1929 bis 1932/1933) beinhaltete große Bauprojekte zur Elektrifizierung des Landes und sah dementsprechend eine enorme Steigerung der Kohleförderung vor. Das Gebiet der Sowjetunion wurde mit Baustellen überzogen, wo industrielle Betriebe und Fabriken entstehen sollten. Der Plan der Industrialisierung betraf sowohl bereits entwickelte industrielle Gegenden als auch gänzlich menschenleere Landstriche. Bestehende Fabriken und Betriebe wurden ausgebaut und mit ausländischen Geräten und Maschinen ausgestattet. Zahlreiche Betriebe wurden nach Projekten gebaut und eingerichtet, die im Ausland, überwiegend in den USA und in Deutschland, entworfen worden waren.

Die Errichtung neuer Betriebe, die Inbetriebnahme neuer ausländischer Maschinen, die Einführung progressiver Arbeitsmethoden oder die Anwendung fremder Technologien stieß in der UdSSR auf einen deutlichen Mangel an erfahrenen Arbeitskräften, welche den Fünfjahresplan mit all seinen Schwierigkeiten umzusetzen gewusst hätten. In der UdSSR fehlte es noch an eigenem technisch hochqualifiziertem Personal, sodass die Anwerbung von Fachleuten im Ausland den einzigen Ausweg bot. Auf den VKP/b/-Kongressen im April und im Juni 1929 wurden die konkreten Entscheidungen getroffen, welche Gruppen von ausländischen Arbeitnehmern für die sowjetische Industrie gewonnen werden mussten. Die Rede war hierbei von besonders erfahrenen und ausgebildeten Fachleuten und Spezialisten, denen von sowjetischer Seite äußerst lukrative Vertragsangebote unterbreitet wurden. Wie einige Archivbestände erkennen lassen, hatten einfache Arbeiter in der sowjetischen Industrie während des Fünfjahresplans – zumindest in seiner ersten Phase – keinen Platz. Erst am Anfang der 1930er Jahre setzte ein begrenzter Bedarf an erfahrenen Meistern und Arbeitern mittlerer Qualifikation ein, als mitten im Fünfjahresplan ein enormer Mangel an Arbeitskräften aufkam. Er war die Folge der Einführung von Schichtarbeit und ununterbrochener Betriebsproduktion, um die Ziele des Fünfjahresplanes rechtzeitig zu verwirklichen. Während in den ersten beiden Jahren des Fünfjahresplanes von sowjetischer Seite tatsächlich eine strenge Auslese der industriellen Einwanderer betrieben wurde, wurde die Einwanderungspolitik im Hinblick auf die industriellen Arbeiter in den drei Folgejahren deutlich liberalisiert.

Direkt im Laufe des ersten Fünfjahresplanes wurden gleich zwei Migrationseffekte sichtbar: Während der ersten Phase waren die Sowjets bemüht, mangelnde Kräfte für die eigene Industrie im Ausland anzuwerben – durch die Auslands- und Handelsvertretungen sowie andere sowjetische

Einrichtungen. Durch interessante finanzielle Angebote zur Absicherung des gewohnten Lebensstandards konnten sie auch erfahrene Spezialisten gewinnen. Wir sprechen von einer Pull-Migration. In der zweiten Phase des Fünfjahresplanes, in entscheidendem Maße durch die Veränderung der Weltwirtschaft und die Wirtschaftskrise, wurden große Migrationsbewegungen ausgelöst, die unter anderem und in einem viel stärkeren Ausmaß auch die UdSSR ansteuerten. Dieser Effekt, herbeigeführt nicht durch das Aufnahmeland, sondern durch das Entsendeland, wird als Push-Migration bezeichnet.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 fungierte als Katalysator einer neuen Auswanderungsbewegung in die UdSSR. Der Anstieg der Arbeitslosenrate in der Tschechoslowakei zwang viele ihrer Staatsbürger zur Suche nach einem neuen Arbeits- und Lebensort. Das Zielland UdSSR wurde insofern interessant, als das sich alle anderen, für die Zwischenkriegszeit typischen Einwanderungsländer, gegen den Zustrom von Wirtschaftseinwanderern schlossen. Während in den Jahren 1926 bis 1928 Kanada mit insgesamt 45.158 Einwanderern das beliebteste Zielland der tschechoslowakischen Auswanderung³⁴² war, sank im Zeitraum 1929 bis 1932 die Zahl der Auswanderer nach Übersee deutlich und an die erste Stelle rückte Frankreich mit 22.538 tschechoslowakischen Einwanderern. In den beiden Jahren 1931 und 1932 stand die UdSSR sogar an zweiter Stelle betreffend die Anzahl der Einwanderer aus der ČSR.³⁴³

Tabelle 5: Die Arbeitslosenzahlen in der ČSR in den Jahren 1930 bis 1934³⁴⁴

Jahr	Jahresdurchschnitt	Beschäftigungsquote (1929=100%)
1930	105.000	97,6%
1931	291.000	92,4%
1932	554.000	82,6%
1933	738.000	75,4%
1934	677.000	75%

Die Anwerbung ausländischer Industriefachleute verlief in der Tschechoslowakei nicht mit einer solchen Intensität wie in den führenden europäischen Industrieländern wie z.B. Deutschland. Die Vertretung der UdSSR in Prag übermittelte lediglich auf Aufforderung Informationen über die personellen Bedürfnisse des sowjetischen Arbeitsmarktes, einige Angaben konnte sich die tschechoslowakische Vertretung in Moskau auch selbst beschaffen. Außerdem bestanden noch andere

³⁴² Angaben zusammengestellt nach Mitteilungen 1926/1927/1928. Weitere führende Zielländer im Zeitraum 1926 bis 1928 (alphabetisch): Argentinien, Frankreich, Deutschland, USA.

³⁴³ Angaben nach Mitteilungen 1929/1930/1931/1932. Frankreich blieb danach das frequentierteste Zielland der Auswanderer aus der ČSR bis zum Jahr 1937.

³⁴⁴ Zit. nach Kárník Z. 2002: České země v éře První republiky. (1918-1938) II. Československo a České země v krizi a v ohrožení (1930-1935) [Die böhmischen Länder in der Ära der Ersten Republik. (1918-1938) II. Die Tschechoslowakei und die böhmischen Länder in der Krise und Bedrohung]. Praha, 50.

halboffizielle Informationskanäle, durch die eine Anwerbung von Fachleuten für die Sowjetunion betrieben wurde.

Von der Polizeidirektion Prag wurde eine derartige Tätigkeit in den Räumen der „Gesellschaft für wirtschaftliche und kulturelle Annäherung mit dem Neuen Russland“³⁴⁵ gemeldet. Jan Vaněk leitete eine Anwerbungsaktion von tschechoslowakischen Ingenieuren für die sowjetische Industrie. Im Sitz der Gesellschaft richtete er eine Beratungsstelle ein, wo die durch seine Vorträge angesprochenen Ingenieure zu einem persönlichen Gespräch eintrafen. Er versprach denjenigen Interessenten, die eine mindestens sechsjährige Praxis nachweisen konnten, einen Arbeitsplatz in der Sowjetunion. Die Bewerber mussten eine komplette Bewerbungsmappe vorlegen, welche an die sowjetische Handelsmission in Prag und dann an die entsprechenden Betriebe in der UdSSR weitergeleitet wurde. Wenn die Betriebe Interesse bekundeten, war Vaněk berechtigt, mit dem einen oder anderen tschechoslowakischen Bewerber einen Arbeitsvertrag für die sowjetische Seite zu schließen. Zum Zeitpunkt der polizeilichen Ermittlungen führte er Verhandlungen mit mindestens zwölf Interessenten, denen er eine monatliche Vergütung von 200-400 Rubeln zusicherte.³⁴⁶

Allenfalls gehörten die unter offizieller Beteiligung – verstärkt in der Anfangsphase des Fünfjahresplanes – abgeschlossenen Arbeitsverträge zu den „besten“. Mit derselben Sorgfalt, mit welcher die entsprechenden Fachleute ausgesucht wurden, wurden auch die Arbeitsverträge ausgearbeitet. Zu einem „besseren“ Vertrag gehörte, dass er in der sowjetischen Vertretung oder Handelsmission in Prag unterzeichnet wurde und alle Vertragseinzelheiten fixierte; nur so konnte sichergestellt werden, dass auf den Einwanderer nach seiner Ankunft vor Ort keine bösen Überraschungen warteten. Dagegen waren diejenigen Auswanderer, die mittels Privatkontakten oder halboffizieller Vermittlungen eine formale Arbeitsplatzzusage aus der Sowjetunion erhielten, an ihrem Arbeitsplatz in der Regel der Willkür des Arbeitgebers ausgeliefert. Sie unterzeichneten ihren Arbeitsvertrag erst vor Ort und konnten somit nur sehr schwer auf seine Ausgestaltung Einfluss nehmen oder ihn gar ablehnen.

In den Vertretungen der UdSSR und in den bei den sowjetischen Handelsvertretungen abgeschlossenen „Spez-Büros“ wurden die Verhandlungen mit den Interessenten geführt und die Arbeitsverträge unterzeichnet. Diese waren nicht endgültig, denn vor Ort wurde noch ein neuer Arbeitsvertrag mit dem konkreten Betrieb geschlossen; der neue Vertrag durfte für den Arbeitnehmer keine Verschlechterung bedeuten. Vor Ort wurde auch die politische Haltung des einen oder anderen Arbeitnehmers abgefragt, jedoch galt die Regel: Je höher die Qualifikation war, desto weniger wurde die politische Gesinnung des Einwanderers beachtet. Auch die Nationalität des Bewerbers scheint keine Rolle gespielt zu haben, es ist lediglich anhand der Archivquellen anzunehmen, dass bestimmte Arbeitsplatzangebote nur an bestimmte sowjetische Auslandsvertretungen

³⁴⁵ Im tschechischen Original: „Společnost pro hospodářské a kulturní sblížení s Novým Ruskem“.

³⁴⁶ Aus dem Bericht der Polizeidirektion Prag an das MZV vom 10.6.1929. AMZV, II. sekce, k. 539A, s. Rusko. Vaněk selbst weilte mehrere Male in Russland und arbeitete in der Redaktion von *Ekonomičeskij bjuletěn* (1925), später in der sowjetischen Handelsmission in Prag (1926) und dem Exekutivausschuss der „Gesellschaft für wirtschaftliche und kulturelle Annäherung mit dem Neuen Russland“ (1927).

weitergeleitet wurden. Anscheinend wurde also der Entwicklungsgrad eines bestimmten Industriezweiges und dessen Arbeitnehmer in dem jeweiligen Land berücksichtigt. Es können keine Aufnahmequoten für die industriellen Einwanderer z.B. speziell aus der ČSR nachgewiesen werden, lediglich spricht Szevera von 10-15 Prozent Tschechen, 20-25 Prozent Österreichern und 60-70 Prozent aufzunehmenden Deutschen im Jahr 1929³⁴⁷.

Die Anwerbung tschechoslowakischer industrieller Fachleute wurde allem Anschein nach durch die Sowjetische Handelsvertretung in Berlin geführt. Dies hing damit zusammen, dass in Deutschland die Anwerbung industrieller Fachleute mit hoher Intensität lief und die Ausweitung des Betätigungsradius der Handelsmission auf andere Länder Mitteleuropas einen nur minimalen zusätzlichen administrativen und personellen Aufwand darstellte. Ein Vorteil dieser zentralisierten Anwerbung bestand ebenfalls darin, dass ein einziges Organ die Kontrolle über die Zahlen der anzuwerbenden Fachkräfte und ihr berufliches Profil ausübte und es somit zu keiner Zersplitterung und Kollision in der Anwerbekampagne kommen konnte.

Die Sowjetische Handelsvertretung Berlin unterstützte auch eine aus der UdSSR im Jahr 1930 eingereiste Anwerbungscommission, die wiederum in mehrere Subkommissionen gegliedert war. Diese Subkommissionen wurden in die einzelnen Länder Mitteleuropas entsandt, wo sie eigenständig, jedoch nach festen Vorgaben, die Anwerbung von Spezialisten und Fachleuten für die sowjetische Industrie führten. Die Subkommission für die ČSR bestand aus Ing. Vasil Markov (bulgarischer Staatsangehöriger) und dem sowjetischen Staatsbürger Marian Lucyk. Ihre illegale Anwerbungstätigkeit und deren Anbindung an die sowjetische Vertretung in Prag wurde im Sommer 1930 von den tschechoslowakischen Behörden entdeckt, Markov und Lucyk wurden wegen illegaler Auswanderungssagitation festgenommen, die Räume der sowjetischen Vertretung durchsucht und inkriminierendes Schriftgut beschlagnahmt. Den beiden Agitatoren war es jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt gelungen, einige Arbeitsverträge mit tschechoslowakischen Fachleuten zu schließen und sie für die sowjetische Schwerindustrie zu gewinnen.³⁴⁸

³⁴⁷ Ein Quellennachweis hierfür fehlt. Szevera in: McLoughlin 1997: 81.

³⁴⁸ Die beiden Agenten agierten im Raum Moravská Ostrava und Kladno, wo sie sich im August 1930 in den Hotels „National“, bzw. „U bílého Beránka“ sogar ein Büro mieteten. Die Subkommission in der ČSR zeigte ihre Tätigkeit den tschechoslowakischen Behörden nicht an und arbeitete somit illegal. Markov und Lucyk sollten in Oberschlesien und in der Tschechoslowakei Fachleute für die metallverarbeitenden Betriebe im Ural-Gebiet anwerben. Gesucht wurden in der ČSR drei Ingenieure – Verwalter von Hochöfen (Gehalt 900-1.200 Rubel), zwei Meister für die Hochöfen (300-350 Rubel), sechs Meister für die Martinöfen (300-350), Ingenieure – Verwalter der Walzhütten (800-1.000 Rubel), ein Meister in der Walzhütte (400-450 Rubel), vier Ingenieure – Konstrukteure in der metallurgischen Abteilung (400-600), zwei Meister für die mechanische Abteilung (275-350 Rubel), drei Meister für die Kokerei (225-275 Rubel). Markov wurde angewiesen, nur Fachleute mit einer mindestens achtjährigen Berufserfahrung anzuwerben. Nach Auffassung der tschechoslowakischen Behörden machten sich die beiden Agenten strafbar, indem sie eine illegale Anwerbung von Arbeitern fürs Ausland betrieben. Außerdem wurde ihnen zur Last gelegt, sie hätten die Fachleute mit hohen Gehältern gelockt ohne darauf hinzuweisen, dass diese Summen die schwierige Versorgungs-, Wohn- und Lebenslage in der UdSSR nicht ausgleichen können. Die Subkommission habe weiterhin keine arbeitslosen Fachleute, sondern Arbeiter mit einer festen Anstellung auf hohen Positionen in den Betrieben der ČSR angesprochen. Somit habe die Subkommission Wirtschaftsspionage betrieben. Die vorläufigen Arbeitsverträge (sie erforderten die Zustimmung des Obersten Volkswirtschaftsrates) würden nach einer kurzen Verhandlung mit dem Interessenten sofort geschlossen, ohne ihm genug Zeit einzuräumen, sich ausreichend von den Modalitäten des Vertrages zu überzeugen: Die Verträge wurden nur für zwei Jahre geschlossen, was für die Betroffenen hieß, dass sie nach ihrer Rückkehr in die ČSR nicht ihre ursprüngliche Berufsposition zurück erhalten konnten. Dies sei der sowjetischen Vertragsseite bewusst und bedeutete für sie die Möglichkeit, die Arbeitsverträge mit den Tschechoslowaken in der UdSSR zu verlängern – allerdings zu ungünstigeren Optionen. Außer-

In direkter Abhängigkeit zur steigenden Arbeitslosigkeit und eintreffenden Weltwirtschaftskrise in der Tschechoslowakei wuchs auch die Auswanderungsbereitschaft der Staatsbürger der ČSR. Dadurch, dass zahlreiche europäische Länder über ihren Arbeitsmärkten eine Einwanderungssperre verhängten, wurde die UdSSR als Einwanderungsland von vielen Tschechoslowaken neu entdeckt. Die Sowjetunion, deren Wirtschaft und industrielle Entwicklung von der katastrophalen Weltwirtschaftslage unerschüttert blieb, bot zahlreiche Einstellungsmöglichkeiten für ausländische Arbeitslose. Hierbei ist anzuführen, dass die erhöhte Arbeitsmigration der Tschechoslowaken zu dieser Zeit an gewisse Migrationstraditionen in der k. u. k. Monarchie anknüpfte. Denn in ihr gehörte der Wechsel des Lebensraumes auf der Suche nach einem günstigeren wirtschaftlichen Umfeld beinahe zum Alltag. Der kurz- und mittelfristige Auswanderungshorizont, die territoriale Ausdehnung der Doppelmonarchie, die allein den Raum für den Ortswechsel bot, machte die Migration zu einer nahezu alltäglichen Situation, und zahlreiche Arbeiter hatten hierin ihre Erfahrungen. Die Situation zum Zeitpunkt der Wirtschaftskrise, bzw. ihrem Eintreffen in der Tschechoslowakei, bedeutete für viele k. u. k.-Erfahrene eine vertraute Situation in einem ähnlichen territorialen Ausmaß, jedoch über staatliche Grenzen hinweg.³⁴⁹

Bereits ab 1929 und insbesondere ab 1930 brach in der ČSR eine regelrechte Auswanderungsstimmung in Richtung UdSSR aus. Sie spiegelte sich in zahlreichen Formen wider. Eine davon war die steigende Auswanderungsbereitschaft von frischen Absolventen, die, ohne sich länger auf den lokalen Arbeitsmarkt verlassen zu wollen, ihre Ausreiseabsichten verkündeten. Zahlreiche Ausbildungsanstalten in Mähren meldeten Anzeichen für eine Auswanderungsbewegung in die UdSSR. An der Tschechischen Staatlichen Textilgewerbeschule in Brno formierte sich eine Gruppe von 20 ausreisewilligen Absolventen. Die Handelsakademie Prostějov meldete zum 17.7.1929 sieben russischkundige Absolventen an, die Staatliche Gewerbeschule Přerov meldete zum selben Zeitpunkt 34, die Staatliche Fachschule für Holzverarbeitung in Valašské Meziříčí 19 oder die Staatliche Industrieschule Moravská Ostrava drei Absolventen, die in die UdSSR auszureisen planten.³⁵⁰

Dies war nur der Anfang eines längerfristigen Trends unter den Schulabsolventen. Am Ende des nächsten Schuljahres (1930) meldete die Zweite Staatsgewerbeschule Brno 170 Absolventen (Bauzeichner, Bauaufsicht, Montage, Konstruktion) an, die sich zur Abreise in die UdSSR er-

dem seien die vereinbarten Gehälter nicht so hoch, wenn man sie nach dem realen und nicht nach dem offiziellen sowjetischen Kurs in Kronen umrechnet. Die in den Verträgen fixierte Möglichkeit, 40 Prozent des Gehalts in ausländischer Währung auf ein ausländisches Konto zu überweisen, sei für die Tschechoslowaken unzureichend. Nach dem Ablauf ihrer Arbeitsverträge würden sie ihre Ersparnisse nicht mit in die ČSR nehmen können, weil die Ausfuhr von Rubeln nicht erlaubt war – auf diese Tatsache werde jedoch nicht hingewiesen. Einiges von dem beschlagnahmten schriftlichen Material gehörte der sowjetischen Vertretung in Prag. Diese intervenierte mehrere Male beim MZV und forderte dessen Rückgabe. AMZV, II. sekce, k. 525A, s. 7.

³⁴⁹ Vgl. hierzu auch das Beispiel der österreichischen Auswanderer in die UdSSR. Szevera in McLoughlin 1997: 71.

³⁵⁰ AMZV, II. sekce, k. 539A, s. Rusko. Die Aufstellung solcher Angaben wurde durch das MZV mit dem Ziel veranlasst, "Handels- und Wirtschaftskontakte zu Russland" zu knüpfen. Mit Hilfe dieser Verzeichnisse mit genauen Angaben über die Fähigkeiten und die Qualifizierung der Eingetragenen wollte das MZV jederzeit bereit sein, auf die Stellenangebote der sowjetischen Behörden flexibler reagieren zu können.

klärten³⁵¹, vergleichbare Angaben kamen auch aus anderen Regionen. Ein ähnliches Phänomen – Zusammenschlüsse von Auswanderungswilligen in monoprofessionellen Gruppierungen – stellten verschiedene Betriebs- oder Berufsvereine dar. Sie ergriffen die Initiative, nahmen erste Kontakte mit den sowjetischen Volkskommissariaten und anderen Behörden auf und lieferten dann konkrete Informationen über die Arbeitsmöglichkeiten in der UdSSR an ihre Mitglieder weiter. Dies darf wieder am Beispiel der tschechoslowakischen Bergleute verdeutlicht werden, die von der Arbeitslosigkeit in der ČSR äußerst schwer betroffen waren und in der Sowjetunion relativ gute Arbeitschancen hatten. Der „Verein absolvierter Bergschüler – Ortsgruppe Falkenau“ vermittelte an seine Mitglieder konkrete Stellenangebote: Gesucht wurden zu dem Zeitpunkt zehn Reviersteiger, ein Obersteiger, ein Maschinensteiger, zwei Bauingenieure und ein Maschineningenieur. Die Vergütung für Steiger betrug 250 und für Obersteiger 300 Rubel monatlich. Die Arbeitsgesuche waren an den Trust Uralugol in Sverdlovsk zu richten.³⁵²

Dass sich die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Sowjetunion nicht nur auf Bergarbeiter erstreckten, belegt ein Auswanderungsfall im September 1930: Organisiert vom Wiener Tschechen Ladislav Schmidt reisten damals 30 tschechoslowakische Schuhmacherfamilien (insg. 60 Personen) ohne einen kollektiven Arbeitsvertrag, lediglich mit einer Arbeitsstellenzusage, in die UdSSR aus. Nicht nur, dass sie ihre Transportkosten selbst tragen mussten, sondern es erwartete sie auch nicht das versprochene Gehalt von mindestens 250 Rubeln monatlich, sondern nur etwa die Hälfte beim höchsten Einsatz in der Akkordarbeit. Von dieser Summe erhielten sie in bar nur 10 Rubel pro 15 Tage, den Rest in Essensmarken. Sie wurden in Schuhmacherbetrieben im Süden Russlands angestellt – Rostov/Don, Taganrog, Frolov. Da neben den Gehalts- auch die Wohnbedingungen unerträglich waren, entschied sich die Mehrheit von ihnen, die UdSSR wieder zu verlassen.³⁵³

Traditionell stark gefragt blieben jedoch die Bergarbeiter und Metallarbeiter, auch lassen sich in diesen Berufskreisen verstärkt Auswanderungstendenzen feststellen. Am Ende des Jahres 1930 wurde das tschechoslowakische Sozialministerium vom Österreichischen Wanderungsamt auf eine großangelegte Arbeitslosenvereinigung in der Region Olomouc hingewiesen. Das MSP stellte fest, dass es sich um einen Zusammenschluss von 500 meist qualifizierten Metallarbeitern handelte, die in die UdSSR auszureisen beabsichtigten.³⁵⁴

Die Auswanderungsbewegung wurde von der kommunistischen Presse regelrecht angetrieben. Es wurde von einer „tollen“ Lage der unqualifizierten Arbeiter in der Sowjetunion berichtet, welche monatlich fabelhafte 35 Rubel verdienen sollten. Das MSP konterte mit eigenen Gehaltsangaben, geliefert von der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau, wonach das tatsächliche Gehalt eines unqualifizierten Arbeiters zwar 1,10 bis 1,30 Rubel betrüge, die täglichen Ausgaben

³⁵¹ NA, MZV-RPA, k. 422, s. Vystěhovalectví do SSSR 1925-1935. Aus einem Bericht des Landesamtes Brno an das MZV vom 18.7.1930.

³⁵² NA, MSP, k. 1792, s. E3-e30.

³⁵³ NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

³⁵⁴ Ebd.

fürs Essen jedoch bei etwa 1,80 bis 1,94 Rubeln lägen.³⁵⁵ Die steigende Arbeitslosigkeit erweckte auch eine erhöhte Aktivität unter den politischen Agitatoren: Dem MSP wurden einige Fälle kommunistischer Auswanderungspropaganda gemeldet, wie üblich sehr stark in der Karpatoukraine. Einzig dem kommunistischen Parteisekretär Vasil Polovka aus Hrušov (Bezirk Tučovo) gelang es, unter seinen Parteigenossen 200 potenzielle UdSSR-Auswanderer (43 Familien) zu rekrutieren.³⁵⁶

Allerdings nicht nur die kommunistische Presse und kommunistische Parteiagitatoren nutzten die Wirtschaftslage für eigene politische Zwecke aus. Die Situation wurde auch für wirtschaftliche Zwecke genutzt. Als Auswanderungsvermittler schalteten sich Reisebüros ein, die – mit oder ohne Erlaubnis vom MSP – eigene „Reisen“ für Arbeitslose in die UdSSR veranstalteten. Am Samstag, den 8.10.1932, reisten, organisiert durch das Reisebüro Travema in Prag, 70 Bergleute mit ihren Familien aus dem Kohlebecken Ostrau in die UdSSR ab³⁵⁷. Zu weiteren Einrichtungen, die in die Auswanderungsbewegung in die UdSSR involviert waren, egal ob mit dem Ziel, die Auswanderung in die UdSSR tatsächlich zu unterstützen, oder lediglich als einfache Lieferanten von Informationen über den sowjetischen Arbeitsmarkt, sind unterschiedliche Institutionen mit Bezug zu Russland und der UdSSR zu nennen: Die Vereinigung der Tschechen und Slowaken aus Russland, die Tschechoslowakische Legionärsgemeinde und der Zentrale Arbeitsausschuss für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands und der Ukraine zählten zu ihnen.

Die wirtschaftliche Situation in der UdSSR während der Weltwirtschaftskrise bot für zahlreiche Arbeitslose in Europa neue Möglichkeiten. In der Tschechoslowakei lösten diese neuen Chancen eine regelrechte Auswanderungsbewegung aus. Sie spiegelte sich in erhöhter Auswanderungspropaganda sowohl politischen als auch gänzlich apolitischen Charakters wider. Während der Zeit der Weltwirtschaftskrise formierten sich in der ČSR zahlreiche zahlenstarke Auswanderergruppierungen, welche die UdSSR als Zielland ihrer Auswanderung wählten. Eine verstärkte Auswanderungsbereitschaft war insbesondere bei den Metall- und Bergbauarbeitern zu beobachten. Diese Tendenz war verständlich und logisch, denn gerade nach diesen Berufen bestand in der sowjetischen Industrie der größte Bedarf.

³⁵⁵ Ebd.

³⁵⁶ Ein dem MV gemeldeter Fall vom Dezember 1931: NA, MSP, k. 1792, s. E3-e30 (1932).

³⁵⁷ Polizeipräsidium Moravská Ostrava an Landesamtpräsidium Brno vom 11.10.1932. AMZV, V. sekce, k. 532, s. Rusko.

IX.3 Die tschechoslowakischen Facharbeiter in der UdSSR. Eine Darstellung

Während des Fünfjahresplanes stieg die Zahl der ausländischen Industriefachleute entscheidend. Während ihre Gesamtzahl im Jahr 1926 nur 85 Personen betrug³⁵⁸, stieg deren Anzahl im Jahr 1928 auf 1.200, vier Jahre später einigen Angaben zufolge auf 20.000³⁵⁹

Wie viel von dieser Gesamtsumme die Einwanderer aus der ČSR ausmachten ist schwer zu beurteilen. Wegen der enormen Anzahl an Einwanderungskanälen für industrielle Einwanderer finden sich Angaben über die tschechoslowakischen Einwanderer, wie bereits erwähnt, über Dutzende von russischen Archivbeständen verstreut. Auch bestand die KomSTO, wo die meisten Einwanderungsanträge zusammengelaufen waren, während des Fünfjahresplanes nicht mehr. Die Einwanderer wandten sich – direkt oder mittels der sowjetischen Vertretung in Prag – an die verschiedenen Volkskommissariate oder die staatlichen Industriemonopole. Keine der sowjetischen Institutionen, die am Anwerbungs- und Einwanderungsprozess beteiligt waren, führten Statistiken über die sich im Lande befindlichen ausländischen Immigranten. Die einzige Quelle über die Zahl der in die UdSSR ausgewanderten Tschechoslowaken sind die Angaben des Tschechoslowakischen Statistischen Staatsamtes, wenngleich diese mit gewissen Risikofaktoren verbunden sind.

Die fehlenden Angaben über die sich in der Sowjetunion aufhaltenden „Inospecialisten“³⁶⁰ wurde am Anfang der 30er Jahre auch durch zahlreiche sowjetische Behörden bemängelt. Daher wurde durch das Narkomtrud angeordnet, die ausländischen industriellen Arbeiter zu erfassen. Die Erfassung der Ausländer wurde im Frühjahr 1933 in Form einer kleinen „Volkszählung“ in einigen Betrieben durchgeführt. Die Durchführung dieser „Volkszählung“ birgt in sich zwei grundlegende Probleme: Sie stellte Gruppen von industriellen Arbeitnehmern nebeneinander – die Ausländer und die Inospecialisten, also zwei Kategorien, die nicht zusammen gehörten. Der Typus des industriellen Spezialisten bezeichnet zweifelsfrei einen hochqualifizierten ausländischen Industriearbeiter, der zur Zeit des Fünfjahresplanes in die Sowjetunion – in der Regel mit einem zeitlich begrenzten Vertrag – einreiste. Die parallele Kategorie, der ausländische Industriefacharbeiter, erfasste hingegen schlicht nur Personen fremder Staatsbürgerschaft oder einer anderen Nationalität. Die Verwertbarkeit dieser Angaben im Rahmen dieser Untersuchung ist somit sehr gering.

Das zweite Problem – ebenso wie Ersteres auf die unsorgfältige Durchführung zurückzuführen – bestand in der Wahrnehmung der Kategorie „Ausländer“. Einige Belege in den sowjetischen Archiven lassen nämlich erkennen, dass unter „Ausländer“ gerne auch sowjetische Staatsbürger z.B. tschechoslowakischer Nationalität erfasst wurden. Die erhobenen Ergebnisse der „Volkszählung“ weisen darauf hin, dass die Begriffe Staatsbürgerschaft und Nationalität missverstanden und nach Belieben gegeneinander ersetzt wurden. „Neger“ bezeichnete anscheinend so-

³⁵⁸ NA, MSP, k. 3887, s. H8-d29-b4.

³⁵⁹ Del' O. 1997: Ot illuzij k tragedii. Nemeckije emigranty v SSSR v 30-e gody [Von Illusionen zur Tragödie. Deutsche Emigranten in der UdSSR in den 30er Jahren]. Moskva, 9. In deutscher Fassung: Dehl O. 2000: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren. Berlin.

³⁶⁰ Inospecialist = inostrannyj specialist/ausländischer Spezialist

wohl einen Afrikaner als auch einen dunkelhäutigen Amerikaner, „Jugo-Slovak“ stand höchstwahrscheinlich für einen Staatsbürger des Königreichs Jugoslawien, obwohl ein Südslowake oder gar ein Ungar nicht auszuschließen sind³⁶¹.

Die Auswertung der Sammelscheine aus den einzelnen Betrieben der Sowjetunion wurde von ebenfalls zwei gravierenden Schwierigkeiten begleitet. Die in Moskau eingelieferten Sammelscheine wurden nie zu einer wirklichen „Zählung“ zusammengefasst. Man begnügte sich damit, die Aufstellung ausländischer Fachleute (oder Inospecialisten) entweder nur in einigen konkreten Gebieten der UdSSR oder nur in einigen bestimmten Industriezweigen durchzuführen. Das zweite Problem ist die tatsächliche quantitative Überlieferung von Ausländern. Aus einem der Betriebe des Leningrader Gebietes kam ein Sammelschein mit der handschriftlichen Information, die angegebene Anzahl von Tschechen (natürlich unklar, ob es sich hierbei um tschechoslowakische Staatsbürger oder um Personen tschechischer Nation, ob um Inospecialisten oder einen „einfachen“ ausländischen Arbeitnehmer handelte) sei ungenau und die Tschechen in der Rubrik „Andere“ zusammengefasst.³⁶² Dies ist nur ein besonders aussagekräftiger Beleg für die zweifelhafte Qualität der erhobenen Angaben.

Es gibt jedoch im Hinblick auf die tschechoslowakischen Einwanderer der Epoche 1929 bis 1934 weitere Belege für die Unzuverlässigkeit der durchgeführten Zählung. Am Beispiel einiger großer Industriegebiete der UdSSR kann deutlich dargelegt werden, wie wertlos die im Jahr 1933 gewonnenen Zahlen waren. Diesen Zahlen zufolge arbeiteten in den Betrieben und Fabriken des Leningrader Gebietes nur 25 tschechoslowakische Arbeiter und drei Spezialisten³⁶³, in der Moskauer Region arbeiteten hingegen zwei Fachleute, 22 einfache Arbeiter und 18 tschechoslowakische Arbeitnehmer nicht näher bestimmter Qualifizierung³⁶⁴. Dabei muss man sich vor Augen führen, dass die Ergebnisse der Volkszählung von 1926 in den beiden Städten 76 tschechoslowakische Staatsbürger in Leningrad (286 nach der Nationalität) und 335 Staatsbürger der ČSR in Moskau (594 nach der Nationalität) ergaben.³⁶⁵ Da die beiden sowjetischen Gebiete nie Ziel zahlenstarker landwirtschaftlicher Einwanderung waren, ist davon auszugehen, dass die offiziellen Angaben der Zählung des Jahres 1933 deutlich unter dem tatsächlichen Stand lagen³⁶⁶, zumal der eigentliche Ausbruch der industriellen Emigration in die UdSSR zur Zeit der Volkszählung von 1926 erst bevorstand.

³⁶¹ Dies nur als Beispiel dafür, wie wenig Sorgfalt den Kategorien Staatsangehörigkeit und Nationalität bei der Erfassung ausländischer Arbeitnehmer gewidmet wurde. Angaben der Liste einer Betriebsbelegschaft: GARF, f. 5451, op. 39, d. 15.

³⁶² GARF, f. 5451, op. 39, d. 58. l. 6-8.

³⁶³ Ebd., l. 12-120. Die Gesamtzahl aller im Leningrader Gebiet arbeitenden Ausländer betrug 2.322 Personen.

³⁶⁴ Ebd., l. 123-176. Die Gesamtzahl der im Moskauer Gebiet arbeitenden Ausländer betrug 450 Arbeiter und Spezialisten.

³⁶⁵ Angaben zusammengestellt aus: Vsesojuznaja perepis naselenija 1926 goda.

³⁶⁶ Die Zählung von Inospecialisten von 1933 ergab z.B. nur in der UdSSR 141 Tschechoslowaken. Dabei lebten in der Ukraine nach der Volkszählung 1926 1.139 Staatsbürger der ČSR (nach Nationalität 16.091 Personen).

Betrachten wir die Regionen der RSFSR mit einem traditionell starken Anteil tschechoslowakischer Bevölkerung, nämlich das Nordkaukasische Land³⁶⁷ im Hinblick auf die Einwanderung von tschechoslowakischen industriellen Arbeitern, so erfahren wir, dass ihre Gesamtzahl am Anfang des Jahres 1933 50 Personen betrug³⁶⁸. Diese Angabe muss aus bereits geschilderten Gründen allerdings nicht zwingend die Zahl der zur Zeit des Fünfjahresplanes eingewanderten tschechoslowakischen Spezialisten sein. Berücksichtigen wir die Zahl der in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts in dem Land eingetroffenen Kommunarden, die in den Folgejahren ihre Kommune auf der Suche nach einer neuen Arbeit in den Betrieben und Fabriken des Landes verlassen haben, so liegt der Verdacht nahe, dass auch diese Personen in der angegebenen Anzahl von 50 enthalten waren.

Die Ergebnisse der im Jahr 1933 durchgeführten Zählung von Inospezialisten erweist sich somit für unsere Betrachtung der tschechoslowakischen industriellen Einwanderer als kaum verwertbar. Für die sowjetischen Behörden brachte sie jedoch ihren Nutzen, denn die zahlenmäßig stärksten Ausländergruppen wurden von den Volkskommissariaten ins Visier genommen. Es wurden die beiden größten Gruppen – Deutsche und Amerikaner³⁶⁹ – für jedes Volkskommissariat einzeln erfasst und man konnte somit durch Ausarbeitung politischer und propagandistischer Konzepte gezielter auf diese Gruppen eingehen. Einer der Gründe für die Zählung von 1933 war auch, die Ausländergruppen länderorientiert (durch Ausarbeitung oder Übersetzung politischen Unterrichtsmaterials unter Berücksichtigung der Situation z.B. gerade in Deutschland) stärker in die bestehenden Praktiken der sowjetischen Produktion – Rationalisierung, Stachanov-System und Stoßbrigaden³⁷⁰, sozialistischer Wettbewerb – einzubeziehen oder sie überhaupt einer politischen Erziehung und Aufklärung zu unterziehen. Von der Absicht, die erhobenen Zahlen nicht unbedingt zur Förderung der Wirtschaft und der Produktion, sondern zu politischen Zwecken zu nutzen, zeugt auch die Tatsache, dass die Sammelscheine aus den Regionen an die Geheimabteilung des Arbeitsvolkskommissariats und die Propagandaabteilungen der Komintern und der Partei geleitet wurden.

³⁶⁷ Hier lebten den Ergebnissen der sowjetischen Volkszählung von 1926 zufolge 3.780 Personen tschechoslowakischer Nation (davon 1.913 Männer und 1.867 Frauen) und 504 Staatsbürger der ČSR (345 Männer und 159 Frauen): Angaben zusammengestellt nach: Vsesojuznaja perepis.

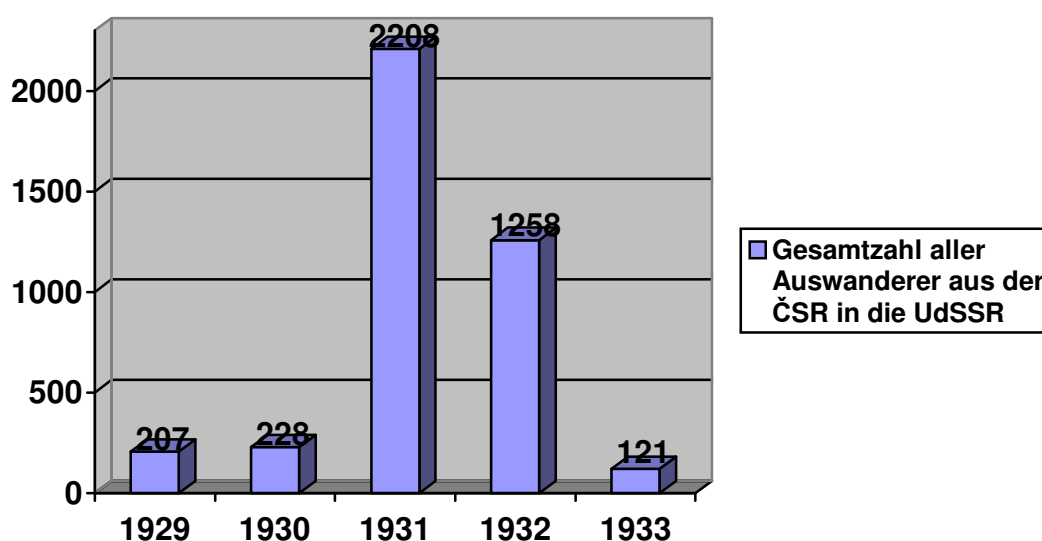
³⁶⁸ GARF, f. 5451, op. 39, d. 60, l. 15.

³⁶⁹ Die Zahl der deutschen und amerikanischen Arbeiter und Spezialisten nach einzelnen Volkskommissariaten sortiert (Auswahl): Volkskommissariat für Schwerindustrie: die Gesamtzahl der Ausländer – 5.601, davon 2.552 deutsche und 287 amerikanische Arbeiter (2.762 andere). Volkskommissariat für Landwirtschaft: Gesamtzahl der Ausländer – 89, davon 24 deutsche und elf amerikanische Arbeiter (64 andere). Volkskommissariat für leichte Industrie: Gesamtzahl der Ausländer – 330, davon 120 deutsche und 30 amerikanische Arbeiter (180 andere, darunter 79 Tschechen). Volkskommissariat für Verkehr: Gesamtzahl der Ausländer – 180, davon 76 deutsche und 41 amerikanische Arbeiter (63 andere). Volkskommissariat für Außenhandel: Gesamtzahl der Ausländer – 93, davon 68 deutsche und drei amerikanische Arbeiter (22 andere). Volkskommissariat für Gesundheit: Gesamtzahl der Ausländer – 27, davon 14 deutsche und zwei amerikanische Arbeiter (elf andere, darunter ein slowakischer Zahnarzt). Volkskommissariat für Versorgung: Gesamtzahl der Ausländer 349, davon 200 deutsche und 50 amerikanische Arbeiter (99 andere). Ebd., I. 2, 12, 16, 19.

³⁷⁰ Zur ideologischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Stachanov-Bewegung in der sowjetischen Gesellschaft: Maier R. 1990: Die Stachanov-Bewegung 1935-1938: Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft. Stuttgart.

Suchen wir in Archivbeständen auf tschechoslowakischer Seite nach Angaben zur zahlenmäßigen Stärke der tschechoslowakischen industriellen Auswanderung in die UdSSR, so ergeben sich die Zahlen des Tschechoslowakischen statistischen Staatsamtes als relativ zuverlässig. Diesen Angaben zufolge – wiederum unter den gewissen, bereits dargestellten Risikofaktoren zu betrachten – verließen in den beiden Jahren 1931 und 1932 insgesamt 3.466³⁷¹ Personen die ČSR in Richtung UdSSR. Die beiden Jahrgänge stellten zugleich den Höhepunkt der tschechoslowakischen Auswanderung in die Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit überhaupt dar.³⁷² Bedenken wir, dass zu diesem Zeitpunkt keine landwirtschaftliche Gruppenauswanderung aus der ČSR mehr stattfand³⁷³ und sich auch die Einreisebedingungen in die UdSSR verändert hatten, so können wir mit relativer Sicherheit behaupten, dass es sich in den beiden Jahren um industrielle Auswanderer gehandelt haben muss, die in den meisten Fällen individuell, gelegentlich mit einem Kollektivvertrag in die Sowjetunion ausgewandert sind.

Grafik 3: Auswanderung in die UdSSR in den Jahren 1929 bis 1933³⁷⁴



³⁷¹ Angaben zusammengestellt nach: Mitteilungen 1931/1932.

³⁷² Unter den 3.466 Auswanderern (1931 und 1932) in die UdSSR waren: 1.971 Männer und 1.465 Frauen; 2.399 Auswanderer aus Böhmen, 449 aus Mähren, 417 aus Schlesien, 187 aus der Slowakei und 14 aus der Karpatoukraine; 2.776 Auswanderer tschechoslowakischer, 52 russischer, 553 deutscher, 38 ungarischer und 46 polnischer Nationalität; 1.971 Personen, die dauerhaft die ČSR verließen. Angaben berechnet nach: Mitteilungen 1931/1932.

³⁷³ Im Jahr 1932 reisten noch 85 Einzelpersonen zu Interheplo in die UdSSR. Vgl. Kap. VII.4.

³⁷⁴ Tabelle zusammengestellt nach: Mitteilungen 1929/.../1933.

Betrachten wir die statistischen Zahlen etwas näher, so wird der industrielle Charakter der Auswanderung in den Jahren 1931 und 1932 bestätigt: 87 Prozent der Ausgewanderten waren in der Industrie und im Gewerbe beschäftigt, davon 1.391 im Bergbau und in der Metallurgie, 559 in der Metallverarbeitung und im Maschinen- und Werkzeugbau. Zu den stärksten Berufsgruppen zählte mit 632 Personen ebenfalls das Baugewerbe.³⁷⁵ Diese Angaben korrespondieren eindeutig sowohl mit dem Facharbeiterbedarf der sowjetischen Industrie als auch mit der erhöhten Auswanderungsaktivität unter den Vertretern dieser Berufsgruppen in der ČSR in der ersten und insbesondere in der zweiten Phase des Fünfjahresplanes.

Die Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR stagnierte im Jahr 1933 und erlebte während der weiteren Jahre keinen Anstieg mehr. Diesem Phänomen lagen unterschiedliche politische Entwicklungen in der Sowjetunion zu Grunde, die im Folgenden noch näher dargestellt werden. Dabei wird gezeigt, wie sich die politischen Aspekte auf die Veränderung der wirtschaftlichen Lage der Einwanderer auswirkten und welche Folgen dies nach sich zog.

³⁷⁵ Angaben nach: Mitteilungen 1931/1932.

X. Die tschechoslowakischen Einwanderer in der Sowjetunion in den 1930er Jahren

X.1. Die Lage der industriellen Einwanderer in den 20er und in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts

In den 1920er Jahren unterscheiden wir zwei Auswanderungsetappen, die wiederum für zwei bestimmte Auswandererprofile typisch waren. In der ersten Etappe, während der NEP, haben wir es mit Auswanderern zu tun, die aus eigener Initiative heraus ihre Auswanderung umsetzten. Sie organisierten kleinere Gruppen, oft durch Zusammenschluss von Personen eines bestimmten Berufs, die mittels der sowjetischen Vertretung in der ČSR oder mittels verschiedener sowjetischer Behörden erste Kontakte zur Industrie der UdSSR knüpften, Verhandlungen führten und, falls Bedarf bestand, ihre Ausreise auch realisierten. In den Fällen, bei denen es sich um eine Gruppe handelte, war auch Startkapital vorhanden. Für die Auswanderer dieser Etappe war, ähnlich wie bei den landwirtschaftlichen Auswanderungskommunen, oft ein ideologisch-politischer Hintergrund prägend. Sie wanderten zwar aus wirtschaftlichen Gründen aus, gleichzeitig traten sie in den Dienst der sozialistischen Sowjetunion und durften sich persönlich am sozialistischen Staatsaufbau beteiligen. Wegen des politischen Auswanderungshintergrundes ist es denkbar, dass es sich um aus dem linken politischen Spektrum stammende Auswanderer handelte.

In dieser Gruppe war auch der Anteil derjenigen, die ihren Arbeitsvertrag erst nach Ankunft in der Sowjetunion mit dem entsprechenden Volkskommissariat oder Trust abschloss viel höher als bei den Auswanderern der zweiten Etappe. Vor Ort konnten die Einwanderer dann nicht mehr so viel Einfluss auf die Ausgestaltung der Vertragsmodalität ausüben, wie diejenigen Auswanderer der zweiten Etappe, die ihre Arbeitsverträge noch vor der Abreise bei der sowjetischen Vertretung in Prag oder bei der sowjetischen Handelsmission unterzeichnet hatten und somit viel stärker die Arbeitsbedingungen selbst ausformulieren konnten. Weil es sich um Einwanderer handelte, die aus eigenem Willen heraus einreisten, mussten sie sich auch an die örtlichen Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen anpassen. Ihre Gehälter waren niedriger als bei den „begehrten“ Fachleuten, sie hatten oft keinen Anspruch auf Teilauszahlung des Einkommens in Devisen oder dessen Überweisung direkt ins Heimatland. Sie konnten nicht in den Insnab-Läden³⁷⁶ ihren Bedarf an Gütern decken, die auf dem russischen Lebensmittelmarkt völlig fehlten, und waren in mancher Hinsicht den einheimischen Arbeitern gleichgestellt. Demnach wurden sie in Betriebswohnheimen zusammen mit vielen anderen Personen in einem Zimmer untergebracht und genossen praktisch keine Privilegien.

Die zweite Auswanderungsetappe, die zugleich die erste Phase des Fünfjahresplanes war, bedeutete eine klare Wendung in der Initiativführung der Migration. In dieser Etappe wandte sich die sowjetische Industrie mittels eigener Behörden oder sowjetischer Vertretungen an die indus-

³⁷⁶ In den Läden der Insnab-Kette konnte eine breite Produktpalette zahlbar in Devisen käuflich erworben werden. In diesen Läden durften nur Privilegierte, darunter viele industrielle Einwanderer der zweiten Etappe, einkaufen, nachdem sie sich mit einem Berechtigungsschein auswiesen.

triellen Fachleute und Spezialisten im Ausland. Es war die sowjetische Seite, welche die Einwanderung von Industriefacharbeitern initiierte. Die angebotenen Verträge waren in der Regel zeitlich befristet – z.B. bis zur Inbetriebnahme einer Fabrik – und die Einwanderer (wenn sie ihren Vertrag nicht um zwei oder drei Jahre verlängerten) verließen nach dem Vertragsablauf die Sowjetunion. Es handelte sich um Fachleute gehobener oder hoher Qualifikation, welche rein aus wirtschaftlichen Gründen auswanderten, indem sie ein finanziell lukratives Vertragsangebot annahmen. Ihr politischer Hintergrund war nicht zwingend kommunistisch, denn allein bei dieser Gruppe von Einwanderern spielte das politische Profil nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidendes Kriterium blieb das gesuchte berufliche Profil. Auch unter den Auswanderern dieser zweiten Etappe war das Segment der Industrie- und Gewerbearbeiter mit 70 Prozent am höchsten³⁷⁷.

Die im Anlauf des Fünfjahresplanes stark gesuchten Fachleute schlossen ihre Verträge in der Regel noch vor der Ausreise in die UdSSR, wo ihnen neben der Bezahlung auch bestimmte Wohn- und Lebensbedingungen garantiert wurden. Dazu gehörten auch die Klauseln über die Bereitstellung eines möblierten Zimmers oder einer möblierten Wohnung für die mitgebrachte Familie, die Teilauszahlung des Gehalts in ausländischer Währung und weitere, den erstgenannten Auswanderern nicht zustehende Privilegien. Der Wohnraum wurde oft kostenlos zur Verfügung gestellt, in einigen Fällen gegen eine geringe im Arbeitsvertrag festgelegte Zahlung.

Die ausländischen Industriefacharbeiter – insbesondere die Ingenieure und hochqualifizierten Fachleute – genossen in der Sowjetunion gewisse Privilegien. Sie wurden als wertvolle erfahrene Fachleute geschätzt, auch aus dem Grund, dass sie ihr Wissen und Können ihren sowjetischen Mitarbeitern vermitteln sollten. Die Eingliederung in den Arbeitsprozess in der UdSSR verlief jedoch nicht immer reibungslos: Oft wurden sie durch die sowjetische Fabrikbelegschaft nicht akzeptiert und beachtet. Dafür gab es mehrere Gründe: Einige der Ausländer wurden in Wohnungen und Zimmern untergebracht, die von den sowjetischen Mietern zuvor geräumt und den Ausländern überlassen wurden. Weitere Konflikte gab es bei der Arbeit, wenn sich die Einheimischen den Weisungen des ausländischen Personals nicht fügen wollten. Dies trifft natürlich für die Einwanderer dieser Etappe besonders zu.

Auch die Industriearbeiter der ersten Phase des Fünfjahresplanes wurden nach ihrer Ankunft vor Ort oft zur Erledigung unqualifizierter Tätigkeiten eingesetzt, in der Regel einfach aus dem Grund, dass die industrielle Produktion im Betrieb stockte oder gerade ein – nicht ungewöhnlicher – Mangel an Rohstoffen herrschte. Die oftmals von den industriellen Einwanderern teuer bezahlten und mitgebrachten Werkzeuge, an denen es gerade in den sowjetischen Betrieben mangelte, wurden häufig von den Einheimischen durch einen unsachgemäßen Gebrauch beschädigt, in einigen Fällen sogar den Einwanderern kurzerhand abgenommen, wie es auch die tsche-

³⁷⁷ Von der Gesamtzahl der Auswanderer der Jahre 1929 und 1930 (435 Personen) ordneten 304 ihren Beruf dem Bereich Industrie und Gewerbe zu: Mitteilungen 1929/1930.

choslowakischen Schuhmacherleute³⁷⁸ schilderten³⁷⁹. Die Ausländer klagten, dass ihre Erfahrungen und Vorschläge nicht umgesetzt wurden, sie klagten über Verschwendung und Schlamperei.

Auch die ausländischen Facharbeiter wurden in das sowjetische Produktionssystem eingebunden. Ab 1929 gehörten die Stoßbrigaden in den Fabriken zum Alltag, sie kämpften um die Normerfüllung bzw. -überschreitung untereinander. Die industriell erfahrenen Ausländer siegten regelmäßig in diesen sozialistischen Wettbewerben; dies führte jedoch oft zur Normanhebung, was wiederum auf Missbilligung bei der einheimischen Arbeiterschaft stieß. Man versuchte die ausländischen Arbeiter in das sowjetische Produktionssystem einzubeziehen, indem man die Rationalisierungsvorschläge von ausländischen Fachleuten bevorzugt behandelte und umsetzen ließ. Auch in der propagandistischen und politischen Arbeit wurden ausländische Arbeiter unter die Lupe genommen: Es wurde dafür gesorgt, dass sie in ihrer Freizeit mit genügend kulturellen und politischen Angeboten versorgt wurden. Der Arbeitstag eines Fachmanns endete somit nicht nach dem Schichtende: Danach eilte er zu verschiedenen Fachrats- und Betriebsratssitzungen, am Abend nahm er an politischen Lesezirkeln oder am russischen Sprachkurs teil. Doch der eigentliche äußere Druck auf Ausländer kam erst ab den 30er Jahren.

X.2. Veränderung der Lage der industriellen Einwanderer in der UdSSR in den 30er Jahren

Im Jahr 1930 trat der Fünfjahresplan in seine zweite Phase. Diese zeichnete sich durch ungeheuren Bedarf an Arbeitskräften aus. Die großen Bauvorhaben der sowjetischen Industrialisierung konnten nur durch Zuzug ländlicher Bevölkerung in die Städte und in die neuen Industriezonen oder durch ausländische Industriearbeiter fertiggestellt werden. In der sowjetischen Großindustrie kam es in der Zeitspanne zwischen 1928 und 1932 zu einer Steigung der Beschäftigtenzahl um mehr als 200 Prozent, im Baugewerbe betrug der Anstiegskoeffizient beinahe 700 Prozent³⁸⁰. Somit bekamen auch Arbeitskräfte mittlerer Qualifikation in der Sowjetunion eine Beschäftigungschance. Das Jahr 1930 markiert zugleich die Wende in der Einwanderungspolitik.

Während es in der ersten Phase des Fünfjahresplanes die sowjetische Seite war, welche die industriellen Einwanderer in die UdSSR lockte, trat mit dem Jahr 1930 eine entscheidende Wende ein, die sich zu Gunsten der Sowjets auswirkte. Die wirtschaftliche Lage in Europa löste eine starke Auswanderungsbewegung aus – insbesondere unter den Arbeitern, welche die Sowjetunion auf der Suche nach einer neuen Unterhaltsquelle ansteuerten. Diese Bewegung belegen die Zahlen der Auswanderer aus der Tschechoslowakei für die Jahre 1931 und 1932.³⁸¹ Der Zeitraum von 1930 bis 1932 stellte die dritte Auswanderungsetappe in die Sowjetunion dar. In ihr, ähnlich wie in der ersten Etappe (NEP), durfte sowohl jeder Einzelne die Auswanderungsinitiative er-

³⁷⁸ Vgl. hierzu Kap. X.2.

³⁷⁹ NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

³⁸⁰ Szevera in: McLoughlin 1997: 118.

³⁸¹ Vgl. hierzu Kap. IX.3., Grafik 3.

greifen als auch die sowjetischen Behörden, die weiterhin auf der Suche nach geeigneten Arbeitskräften waren.

Während im Jahr 1929 – nach offiziellen sowjetischen Abgaben – der Mindestlohn für Ingenieure und Spezialisten bei 200 bis 250 Rubeln lag (für Facharbeiter 100 Rubel³⁸²), riet das tschechoslowakische MSP im Jahr 1932 jedem Auswanderer, sich nicht unter Wert zu verkaufen: Ein erfahrener Meister könne 300 bis 400 Rubel, ein Techniker 400 bis 700 Rubel und ein hochqualifizierter Ingenieur 700 bis 1.000 Rubel fordern.³⁸³ Dies waren natürlich Summen weit oberhalb des offiziellen Existenzminimums, die in einigen Fällen nur durch zahlreiche Zuschüsse oder Prämien in Akkordarbeit zu erzielen waren. Der tatsächliche Fixlohn lag an der unteren Schwelle dieser Gehaltsspanne, wenn nicht sogar unterhalb.

Durch das wachsende Einwanderungsinteresse „verschärfte“ die sowjetische Industrie die Arbeitsbedingungen ab den 1930er Jahren deutlich. Die Anzahl der lukrativen Arbeitsverträge ging zurück, dagegen stieg die Anzahl von Verträgen mit Ausländern, die bezüglich ihrer Stellung in der sowjetischen Gesellschaft denjenigen der einheimischen Arbeiter glichen. Zurückgegangen waren auch die Privilegien der Ingenieure. Der Gehaltsanteil, der in ausländischer Währung ausgezahlt wurde, sank: Während sich ein ausländischer Ingenieur zu Anfang des Fünfjahresplanes noch bis zu 30 Prozent seines Gehalts auf ein ausländisches Konto direkt überweisen lassen durfte, waren es am Anfang der 1930er Jahre kaum 13 Prozent, wobei manche Volkskommissariate nur noch Arbeitsverträge mit denjenigen abschlossen, die auf den Valutaanteil gänzlich verzichteten.³⁸⁴

Auch die Dauer der Arbeitsverträge wurde drastisch gekürzt. Während in der zweiten Etappe noch liberal formulierte Arbeitsverträge mit einer Verlängerungsklausel üblich waren, waren die Arbeitsverträge der dritten Etappe streng zeitlich beschränkt, üblicherweise auf nicht mehr drei³⁸⁵, sondern nur noch zwei Jahre. Die in den Archivakten erhaltenen Schriftstücke lassen erkennen, dass die Ablauffrist der ab 1930 abgeschlossenen Arbeitsverträge etwa mit dem Ende des ersten Fünfjahresplanes und dem Anlauf des zweiten Fünfjahresplanes zusammenfiel. Die Verlängerungsoption gehörte nicht mehr zum Regelfall, im Gegenteil: Ohne Rücksicht auf die privaten Verhältnisse wurden die Verlängerungsanträge der ausländischen Arbeitnehmer zurückgewiesen. Ein Beispiel: Der Tscheche Cyril Chatrný arbeitete seine zwei Jahre in der Sowjetunion ab. Während das Ausländerbüro des Zentralrates der Gewerkschaftsverbände noch seinen Verlängerungsantrag behandelte, wurde er aus der UdSSR kurzerhand ausgewiesen³⁸⁶.

³⁸² Szevera in: McLoughlin 1997: 99.

³⁸³ Informationen des tschechoslowakischen Sozialministeriums über das Einwanderungsland Sowjetunion vom August 1932: NA, MV I-SR, k. 2622, s. 5/261/10/5.

³⁸⁴ Durch Archivquellen belegbar z.B.: GARF, f. 5451, op. 39, d. 47, oder: NA, MV I-SR, k. 2622, s. 5/261/10/5. Außerdem ausdrücklich erwähnt in einem Informationsschreiben (Aussichten für tschechoslowakische Einwanderer in der UdSSR) des MSP: NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

³⁸⁵ Die Regelung der Dreijahresverträge geht auf einen Beschluss des Rates der Volkskommissariate vom 28.1.1927 zurück. Dies wurde in den 1920er Jahren sehr liberal gehandhabt. Text der Einwanderungsinstruktion übermittelt von der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau an das MSP: NA, MSP, k. 3914, s. H1-b5.

³⁸⁶ GARF, f. 5451, op. 39, d. 52, l. 74.

Eine deutliche Verschlechterung der Lage industrieller Einwanderer – insbesondere derjenigen ohne einen Exklusivvertrag – brachte die stufenweise, experimentelle Einführung der Akkordarbeit und eines Prämiensystems. Wenn der Arbeitsvertrag eine Eingliederung in dieses Entlohnungssystem vorsah, so konnte der vom tschechoslowakischen MSP avisierte „gerechte“ Lohn in Wirklichkeit gar nicht mehr erreicht werden. Dieses System betraf jedoch die Arbeiter in der Produktion, Ingenieure und Spezialisten waren davon nicht betroffen.

Dass im Jahr 1933 die Auswanderung in die UdSSR aus der ČSR schlagartig endete und auch die dritte Etappe industrieller Einwanderung ihr Ende nahm, hatte verschiedene Ursachen. Eine von Ihnen waren die bereits geschilderten, immer ungünstiger werdenden Vertragsangebote. Ein entscheidender Faktor war die fortschreitende Verschlechterung der Lebensbedingungen im Laufe des Fünfjahresplanes infolge der rücksichtslosen Durchsetzung des Industrialisierungsplanes: Mangel an Lebensmitteln, Unterernährung, katastrophale Lage auf dem Lande. In einigen Gebieten erreichte die Versorgungslage den Kriegszustand: in der Ukraine, im Kaukasus und an der unteren Wolga. Die Bevölkerung verweigerte die Getreideabgaben und mahlte das Getreide geheim zu Hause in Steinmühlen. Diese Entwicklungen führten zur Skepsis gegenüber den Zentralorganen, zur Abnahme der Parteiautorität und der Regierungsorgane.

Das Regime zog jedoch die Zügel noch stärker an. Die Versorgungsnormen wurden verkleinert. In den Betrieben wurde zu „sozialistischen Hungerwettbewerben“ aufgerufen: Die Stoßbrigaden zweier Betriebe kämpften um die Wette, welche von beiden mehr Brot von den Tagesrationen einspart³⁸⁷. Der Druck auf den Arbeitnehmer wurde immer stärker: Wer einen Arbeitstag aus egal welchen Gründen versäumte, konnte sofort seine Arbeit verlieren und damit auch die Wohnung und die Essensmarken. Die Lohnauszahlungen in den Betrieben und Fabriken verzögerten sich, je nach dem, ob der Plan erfüllt wurde oder nicht. In Betrieben, die den Plan zwar nicht erfüllten, aber die Löhne zu 100 Prozent auszahlten, wurden die Direktoren und Führungskräfte gekündigt und oft sogar mit Freiheitsstrafen belegt.

Die tschechoslowakische Vertretung Moskau erhielt von ihren Landsleuten zahlreiche Berichte und Klagen über die katastrophale Versorgungslage. Der tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nation Johann Lukesch schrieb von der unglaublichen Teuerung am Markt und vom Essensmangel. „Meine Frau kann nicht mehr auf den Füßen stehen, mein Kind starb heute Nacht“. Sein Landsmann, ebenfalls im Nordkaukasus tätig, übermittelte der Vertretung Schrecken einjagende Berichte: „Es häufen sich Fälle, dass Frauen ihre Kinder töten und sie essen. Sie heben verschüttete Gräber aus und essen Leichen von Kindern, die hier seit mehr als einem Monat bestattet liegen, und sterben daraufhin selbst. Kinder verlaufen sich, die Leute jagen sie und essen

³⁸⁷ Aus dem Bericht der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau an das MZV über die Lage in der UdSSR (16.12.1939): NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

sie auf. Meine Nachbarin tötete und verzehrte vom Hunger getrieben ihre drei Kinder.“ Er fügte hinzu, er müsse mit seiner Kuh in einem Zimmer schlafen, damit sie nicht entwendet wird.³⁸⁸

Die schlechte Versorgungslage traf in den 1930er Jahren auch die privilegierten Ausländer. Das Angebot in den Insab-Läden wurde immer dünner, was eine Häufung von Beschwerden seitens der Ausländer zur Folge hatte³⁸⁹. Sich auf dem freien Markt mit Lebensmitteln einzudecken war sowohl wegen des schlechten Angebots als auch der niedrigen Kaufkraft des sowjetischen Rubels sehr schwer. 1932 konnte man auf dem freien Markt ein Kilogramm Butter für etwa 30 Rubel, ein Kilogramm Schweinefleisch für 20 Rubel, ein Ei für 60 bis 70 Kopeken kaufen³⁹⁰. Eine derartige Preisstaffelung stellte auch für Besserverdienende ein Problem dar. Die eingereisten Industriefacharbeiter mussten sich zum Ende des Fünfjahresplanes nicht selten finanziell von ihren Angehörigen im Heimatland unterstützen lassen. Die tschechoslowakische Vertretung Moskau riet an, in die UdSSR keine Ware, sondern Geld mittels der Torgsin-Läden (Äquivalent zu Insab) zu schicken, wofür die Angehörigen in entsprechender Höhe die Ware abholen konnten.³⁹¹ Die Torgsin- und Insab-Läden wurden allerdings mit einem Dekret am 14.11.1935 aufgehoben, die Berechtigungsscheine mussten bis zum 1.2.1936 eingelöst werden³⁹². Die Aufhebung war der Weg zur Konsolidierung des Preisspiegels im Land und zur Vereinheitlichung, d.h. Aufhebung verschiedener Privilegien. Gleichzeitig sollte sich der Rubel als das einzige Zahlungsmittel durchsetzen, das Valutenchaos und der schwarze Valutenmarkt sollten beendet werden.

Neben der sich für industrielle Einwanderer verschlechternden Lage kam noch ein weiterer wichtiger Grund für die Stagnation der Einwanderung in die UdSSR hinzu. Am Anfang der 30er Jahre wuchs bereits die eigene sowjetische technische Elite heran, sodass das Interesse der sowjetischen industriellen Volkskommissariate an ausländischen Arbeitern allmählich sank. Viele Großprojekte und Bauvorhaben des ersten Fünfjahresplanes wurden entweder abgeschlossen oder befanden sich in einem solchen Stadium, welches die Beteiligung ausländischer Fachkräfte nicht mehr erforderte. Die Erziehung technischen Personals wurde bereits von einheimischen Fachleuten und Lehrpersonal übernommen.

Neben diesen regulierenden Aspekten und Einflüssen beeinträchtigte die politische Entwicklung in der UdSSR den Status sowohl industrieller Einwanderer als auch der in der Sowjetuni-

³⁸⁸ Die beiden Berichte der tschechoslowakischen Staatsbürger aus dem Nordkaukasus wurden von der Vertretung der ČSR in Moskau am 16.6.1933 an das MSP weitergeleitet: Ebd.

³⁸⁹ Einige der Beschwerden archiviert in: GARF, f. 5451, op. 39, d. 181.

³⁹⁰ Aus dem Bericht der MSP-Auswanderungsabteilung vom 1.2.1933: NA, MVZTZ, k.816, s. VII-3-22.

³⁹¹ Diese Art der Valutenüberweisung begrüßten die Sowjets, da sie somit ausländische Währung erhielten. Ware und Lebensmittel sollten nicht verschickt werden. Die Lebensmittel konnten den langen Weg nicht überstehen und die Portokosten waren teurer als der Paketinhalt selbst. Die Warensendungen wurden außerdem hoch verzollt. Bares Geld konnte zwar verschickt werden, jedoch nur mit Erlaubnis der Tschechoslowakischen Nationalbank. Durch die Geldannahme aus dem Ausland machten sich die Empfänger verdächtig und konnten wegen antisowjetischer Propaganda sogar bestraft werden. Die Zahlungen an bedürftige Landsleute in der UdSSR mittels der tschechoslowakischen Vertretung Moskau waren zu diesem Zeitpunkt praktisch gar nicht mehr möglich, weil die Empfänger, die zur Geldabholung in die Vertretung kamen, sich einer extremen Gefahr aussetzten. Die Vertretung berichtete von Fällen, wo tschechoslowakische Angehörige deswegen nach Archangelsk oder nach Sibirien zwangsumgesiedelt wurden: AMZV, II. sekce, k. 262 (Bericht der Vertretung an das MZV vom 18.8.1933).

³⁹² Die 390 Läden brachten während ihrer Existenz der UdSSR einen Erlös von etwa 270 Millionen Rubeln in Valuta oder Edelsteinen. NA, MV I-SR, k. 2622, s. 5/261/10/9.

on lebenden Ausländer im Allgemeinen. Der Zustrom industrieller Einwanderer brach mit dem Ende des Fünfjahresplanes ab, der zweite Fünfjahresplan kam mit den noch im Lande verbliebenen Fachleuten aus. Der sowjetische Vizekonsul in Prag, Veršinín, teilte im Oktober 1934 mit, die UdSSR würde keine Arbeitskräfte mehr aufnehmen und wäre auch an keinen industriellen Spezialisten und Fachleuten mehr interessiert³⁹³.

X.3. Politisches Klima in der UdSSR in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts und die Einwanderer (in Zahlen)

Das Ende der 1920er Jahre wurde von zwei grundlegenden innenpolitischen Prozessen geprägt: Zum einen wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt, zum anderen wurden Vorbereitungen zu einer weitgehenden Industrialisierung des Landes getroffen. Die Kollektivierung wurde hierbei als ein für die Industrialisierung der UdSSR notwendiger Schritt betrachtet. Durch die Konzentrierung der finanziellen Mittel des Arbeitskräftepotentials im Bereich der Industrie sollte die einheimische Landwirtschaft diesen Prozessen den Rücken frei halten. Die flächendeckende Massenkollektivierung der Landwirtschaft ab 1929 sollte im entscheidenden Maß zur Versorgungssituation in den neuen Industriezentren und –städten beitragen.

Durch den Zwangszusammenschluß des Bauerntums zu staatlichen Kolchosen und die planmäßige Feststellung der Produktionsquoten und Abgabennormen konnte der Staat nun landwirtschaftliche Erzeugnisse vom Land zu Niedrigstpreisen beziehen und mit ihnen die Städte und die Industriezonen beliefern. Die in der Geschichte beispiellose Enteignung des Bauerntums stieß naturgemäß auch auf Widerstand, den Stalin zu brechen wusste. Durch die physische Liquidierung der besser gestellten Bauern („Kulaken“) oder durch deren Deportation in Arbeitslager³⁹⁴ setzte sich die Staatsmacht gegen die Kolchosen-Gegner durch. Die Kollektivierung, die ein einziges Ziel hatte – die Industrialisierung mitzufinanzieren – wurde mit äußerster Härte durchgeführt, der Hunderttausende Bauern zum Opfer fielen. Die staatlichen Maßnahmen brachten die sowjetische Landwirtschaft zum Zusammenbruch.

Auch die Industrialisierung und der Fünfjahresplan wurden mit ähnlicher Rücksichtslosigkeit vorangetrieben. Die sowjetische Schwerindustrie hatte ambitionierte, doch unverwirklichte Ziele zu erreichen. Durch unterschiedliche, darunter ideologische Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität konnte der erste Fünfjahresplan trotzdem nicht in seinem überzogenen Umfang erfüllt werden. Eine sichere Folge des Industrialisierungsplanes war eine rapide Abnahme des Lebensstandards, der 1933 in der Sowjetunion so schlecht war wie noch nie³⁹⁵. Auch für die Einwanderer sinkt ab diesem Jahr allmählich das Interesse am „Einwanderungsland Sowjetunion“. Die

³⁹³ NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

³⁹⁴ In den Jahren 1930 und 1931 wurden über 1,8 Millionen Bauern nach Sibirien oder in Arbeitslager deportiert. Zit. nach Pipes: 90. Siehe zum Thema: Baberowski J. 1998: Stalinismus "von oben". Kulakendeportationen in der Sowjetunion 1929-1933. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46, 572-595.

³⁹⁵ Ebd.: 88.

Lebensbedingungen verschlechterten sich während des Fünfjahresplanes entscheidend und auch die Verschlechterung des politischen Klimas und der innenpolitischen Lage dienten einer weiteren Einwanderung nicht.

Der Anfang der 1930er Jahre in der UdSSR setzte den bereits eingeleiteten stalinistischen Kurs gegen politische Abweichungen innerhalb der Partei fort. Stalin wandte sich gegen die Gegner der Industrialisierung. Die frühen Kritiker – geleitet vom S. I. Syrcov und V. V. Lominadze – sprachen sich gegen den rücksichtslosen Industrialisierungsvorgang, gegen die Form der Kollektivierung aus und wiesen die Schuld an dem wirtschaftlichen Chaos in der Sowjetunion Stalin zu. Ende 1932 formierte sich eine weitere bedeutende Kritikergruppe unter A. P. Smirnov, dem stellvertretenden Vorsitzenden der RSFSR-Regierung. Alle derartigen Gruppierungen wurden aufgedeckt und Repressionen ausgesetzt.³⁹⁶ Stalin entschied sich, gegen derartige Abweichler radikal vorzugehen und leitete im Jahr 1933 eine grundlegende Parteisäuberung ein. Ihr Ziel war die Liquidierung aller seiner tatsächlichen und vermeintlichen Gegner, die nicht diszipliniert die politische Parteilinie verfolgten.

Auf der XVII. VKP/b/-Parteiversammlung im Winter 1934 stellte sich heraus, dass die Opposition gegen Stalin in Wirklichkeit viel stärker war als angenommen. Durch eine Manipulierung der geheimen Wahl des Zentralkomitees (im Folgenden ZK) setzte sich Stalin durch, er identifizierte jedoch namentlich seine Gegner³⁹⁷. Am 1.12.1934 wurde S. M. Kirov getötet und somit der offene Kampf gegen die Oppositionellen eröffnet. In den Folgejahren fand eine ganze Anzahl öffentlicher politischer Gerichtsprozesse statt, denen die Regimekritiker mit G. Zinov'jev und N. Bucharin an der Spitze zum Opfer fielen. Nach der Liquidierung der politischen Führungspersönlichkeiten wandte sich die Säuberung gegen die Armee und den sowjetischen Staatsapparat.

In der Sowjetunion wurde die Suche nach „Schädlingen“ und „Volksfeinden“ psychotisch verbreitet. Auf der Suche nach politischen Abweichlern wurde die Zuträgerei zum Mittel der Selbstverteidigung: Politische Funktionäre auf allen Ebenen sammelten Informationen über vermutliche Volksfeinde und rühmten sich damit, wie viele „Schädlinge“ sie entdeckten und anzeigten. Auf diese Art schützten sie sich selbst, um nicht in Verdacht zu geraten. Eine sichtbare Suchaktivität von Parteifunktionären konnte durch einen Aufstieg in der Parteihierarchie auch belohnt werden. Millionen von Menschen aus allen Gesellschaftsbereichen und Schichten wurden zu den Opfern der großen Säuberung.³⁹⁸

Die Suche nach „unzuverlässigen“ und „ungesunden Elementen“ begann ab den 1930er Jahren auch innerhalb der Ausländerkolonien. Dabei wurden vor allem Nichtmitglieder der kommunistischen Parteien genauer unter die Lupe genommen. Es wurde versucht, die Masse der Ausländer stärker zu politisieren und enger in den sozialistischen Staatsaufbau einzubinden. Dabei

³⁹⁶ Smirnov wurde im Jahr 1937 erschossen, Lominadze beging Selbstmord.

³⁹⁷ Im Einzelnen hierzu z.B.: Karpačev S. P in: Ušakov A. V. (Red.) 1999: Otečestvennaja istorija. XX vek [Vaterländische Geschichte. XX. Jahrhundert]. Moskva, 305ff.

³⁹⁸ Vgl. zum Thema: Hildermeier M. 2000: Stalinismus und Terror. In: Osteuropa 50, 593-605; ders. 2004: Stalinismus. Göttingen.

wurde bemängelt, dass bei den im Zuge des ersten Fünfjahresplanes eingereisten Ausländern die Parteizugehörigkeit nicht ausreichend geprüft worden war und sie somit politisch nicht ausreichend einzuordnen waren. Bereits im Sommer 1930 wurde vom ZK eine Verordnung verabschiedet: „Über die Arbeit unter den in die UdSSR eingereisten Ausländern“, welche einen stärkeren propagandistischen Druck und Durchführung von politischen und propagandistischen Maßnahmen unter den Facharbeitern vorsah.³⁹⁹

In den einzelnen Betrieben wurden die Betriebsversammlungen und die betrieblichen Parteizellen zum Austragungsort für politische Auseinandersetzungen, propagandistische Maßnahmen und politisch-moralisierende Predigten. Die Betriebsversammlungen wurden zunehmend zum Mittel der Kritik und der Einschüchterung auch von ausländischen Arbeitern. Hier konnten unter dem Deckmantel der politischen Moral ausländische Fachleute kritisiert und bedroht werden.⁴⁰⁰ Das Ziel dieser sich steigernden politischen Arbeit unter den Ausländern – sich ihr verstärktes Engagement im Aufbau sozialistischer Staatsinteressen zu erzwingen – bekam dann erst zum Ende des ersten Fünfjahresplanes konkrete Umrisse. Denn nur der „politisch gesunde Mensch“ zählte im Verständnis der sowjetischen Propaganda. Die politisch doch heterogenen industriellen Einwanderer sollten ideologisch voneinander getrennt werden, um deren politische Behandlung ihren Bedürfnissen entsprechend anzupassen.

Zeitgleich lief die Anwerbung von ausländischen Fachleuten in die VKP/b/. Die ausländischen Fachkräfte schienen jedoch resistent gegen derartige Versuche zu sein, denn am Beispiel der verhältnismäßig kleinen Gruppe tschechoslowakischer industrieller Facharbeiter lässt sich keine kommunistische Bewegung nachweisen. Vielmehr ist anzunehmen, dass sie zu diesem Zeitpunkt, dem Ende des Fünfjahresplanes, eher an die Rückkehr in die ČSR dachten, als an einen Beitritt in die sowjetische kommunistische Partei.

Durch ein breites kulturelles Angebot – Klubs, Kinos, Bibliotheken – sollten die Facharbeiter von der Errungenschaft „Sozialismus“ überzeugt und als Träger dieser Ideologie verwendet werden. Diese Aktionen schlugen bei zahlreichen Ausländern fehl: Viele der in den Jahren der Industrialisierung in die UdSSR Eingewanderten fühlten sich bereits in diesen Jahren unter Druck gesetzt und kehrten in ihre Heimatländer zurück. Die erst ab 1934 auch unter den ausländischen Einwanderern einsetzenden Repressionen wurden dann zum klaren Auslöser einer Remigrationsbewegung. Die Zahlen der ausländischen Fachkräfte in der UdSSR belegen diese Entwicklung. Von 1.200 ausländischen industriellen Arbeitern in der UdSSR stieg die Zahl sprunghaft auf 20.000 Arbeiter (40.000 samt Familien) im Jahr 1932, zwei Jahre später sank die Zahl wieder auf 17.000 Personen; die Tendenz war stagnierend.⁴⁰¹ Diesen Trend können wir auch an den tschechoslowakischen Einwanderern beobachten: Während die Auswanderungsbewegung aus der ČSR in die UdSSR in den beiden Jahren 1931 und 1932 noch anstieg, erreichen aber die Zahlen tschecho-

³⁹⁹ Vgl. hierzu Del’ 1997: 48ff.

⁴⁰⁰ Szevera in: McLoughlin 1997: 109.

⁴⁰¹ Del’ 1997: 9.

slowakischer Remigranten in den Jahren 1932 und 1933 bereits ihren kulminierenden Punkt: 550 und 758⁴⁰² Personen. Ein Blick auf diese zeitlich nur leicht versetzten Zahlen lässt vermuten, dass die Tschechoslowaken nach einer kurzen Erfahrung in der UdSSR – z.B. nach dem Vertragsablauf – zurück in ihre Heimat kehrten. Es steht jedoch außer Zweifel, dass diese Rückwanderung eine Folge der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Sowjetunion war.

Obwohl der tatsächliche Ausbruch der großen Säuberung erst bevorstand, wurden ab 1930 regelmäßige Säuberungen unter den Ausländern vorgenommen. Die tschechoslowakische Vertretung Moskau meldete im Sommer 1931 67 inhaftierte Tschechoslowaken, allesamt wegen vermutlicher antisowjetischer Propaganda und wegen Spionage eingekerkert⁴⁰³. In der ČSR häuften sich ebenfalls Gerüchte, das Vermögen der Tschechoslowaken wäre konfisziert und im Ausland verkauft worden⁴⁰⁴. Ein wichtiges Druckmittel stellte ebenfalls die Einführung des sowjetischen Passgesetzes dar (Dezember 1932), das zur Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft zwang und zahlreiche Ausländer zur Abreise aus der Sowjetunion motivierte. Den entscheidenden Wendepunkt brachte erst das Jahr 1934, das infolge der politischen Entwicklung eine steigende Zahl inhaftierter tschechoslowakischer Staatsbürger markierte und eine bedeutsame Rückkehrerwelle auslöste.

X.4. Die tschechoslowakischen UdSSR-Auswanderer und die Haltung der tschechoslowakischen Staatsorgane

Die steigende tschechoslowakische Auswanderungsbewegung in die Sowjetunion ab dem Jahr 1930 löste bei den tschechoslowakischen Behörden und Ministerien gewisse Sorgen aus. Es herrschte Besorgnis, dass trotz der wachsenden Arbeitslosigkeit, durch die Abwanderung bestimmter Berufsgruppen – darunter Metallarbeiter und Bergleute – in den Industriegebieten der ČSR Mangel an solchen Professionen entstehen könnte. Die tschechoslowakischen Ministerien beobachteten, wie sich die Lage der tschechoslowakischen Angehörigen in der UdSSR veränderte und welchem Druck auch die Altansässigen seitens der sowjetischen Behörden ausgesetzt waren. Auf der sich immer mehr intensivierenden Suche nach „unzuverlässigen“ und „fremden Elementen“ richtete sich deren Fokus auf die in der Sowjetunion lebenden „Ausländer“, wobei die Auslegung dieses Begriffes unterschiedlich gehandhabt wurde.

Das tschechoslowakische Auswanderungsgesetz vom Jahr 1922 verlieh der Auswanderung einen liberalen Rahmen, sodass die tschechoslowakische Regierung im Hinblick auf die Auswanderungsregulierung nur über geringe Lenkungsmittel verfügte. Dazu zählten unterschiedliche administrativ-technische Hindernisse und Verzögerungen bei der Passausstellung, die ab den 1930er Jahren entscheidend häufiger angewendet wurden. So wurden am Anfang des Jahres

⁴⁰² Angaben nach: Mitteilungen 1932/1933.

⁴⁰³ AMZV, II. sekce, k. 332.

⁴⁰⁴ Tschechoslowakischer Zeitungsbericht vom 15.5.1931: NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

1931 die regionalen und lokalen Ausstellungsbehörden angewiesen, die Anträge auf Ausstellung eines Reisepasses für die UdSSR keineswegs positiv zu bescheiden, ohne sich die Einwilligung des entsprechenden Landesamtes einzuholen⁴⁰⁵. Somit konnte das Landesamt in jedem konkreten Fall entscheiden, ob die Auswanderung des einen oder anderen Fachmanns aus volkswirtschaftlicher Sicht erwünscht war. Zugleich konnte, was nicht zum Aufgabenbereich der Ausstellungsbehörde gehörte, auf den Ausreiseinteressenten eingewirkt werden, indem man ihn über die mit der Ausreise in die UdSSR verbundenen Risiken in Kenntnis setzte. Gerne verlangte man von dem Reisenden eine Erklärung: „Ich erkläre hiermit, dass ich zu Arbeitszwecken in die UdSSR auf eigenes Risiko reise und auf eine Repatriierung auf Staatskosten verzichte“. Durch die Rücksprachen mit dem jeweiligen Landesamt konnte sich die Ausreise derartig verzögern, dass der Interessent – z.B. wegen verspäteter Arbeitsaufnahme – von der Ausreise absah.

Das MSP unterrichtete in seinen Informationsblättern die Passbehörden über die einzelnen Zielländer. Es wies auf die unsicheren Lebens- und Arbeitsbedingungen in der UdSSR hin und riet an, die Ausreise in die UdSSR nicht zu verwirklichen. Es häuften sich in den Jahren 1930 und 1931 in Mähren Fälle, bei denen die Passausstellung für die UdSSR mit der Begründung verweigert wurde, der Kommunismus verachte die tschechoslowakische Staatsform und eine Ausreise in die Sowjetunion sei eine Bedrohung der tschechoslowakischen Staatsinteressen. Als Reaktion darauf interpellierte die KSČ den tschechoslowakischen Innenminister, ob er sich dessen bewusst sei, dass die kommunistische Partei eine legale Partei sei, die in der Nationalversammlung der ČSR 45 Sitze belege⁴⁰⁶.

Die abweisende Haltung der tschechoslowakischen Staatsorgane gegen das Einwanderungsland UdSSR trotz der Weltwirtschaftskrise resultierte aus der steigenden Verfolgung von Ausländern in der Sowjetunion ab den 1930er Jahren. Diese traf zuerst insbesondere tschechoslowakische Staatsbürger, die in den 20er Jahren individuell eingereist waren und im sowjetischen Gewerbe tätig waren. Die zweite große Gruppe waren altansässige, noch zur Zarenzeit eingereiste Tschechen oder Slowaken. Diese bauten sich noch am Ende des 19. Jahrhunderts ihre Bauernexistenzen im Süden des damaligen Russlands auf und viele gehörten zu den mittleren, eher wohlhabenden Bauern. Im Zuge der Kollektivierung und der Liquidierung des Privateigentums und des Privathandels wurden diesen Personengruppen zusätzliche „Steuern“ auferlegt, die sie nicht zu zahlen im Stande waren. Auf dem Lande hatten diese „Steuern“ die Form von Naturalabgaben. Diese Auflagen konnten von den Betroffenen nicht erfüllt werden und ihr Vermögen wurde deswegen konfisziert. Gebrandmarkt als Staatsfeinde wurden sie oft zu schweren Haftstrafen oder Verbannungen im Osten der Sowjetunion verurteilt.⁴⁰⁷

Hierzu kamen die ersten politischen monströsen Gerichtsprozesse gegen die Ausländer. In der Ukraine – um wenigstens ein frühes Beispiel zu nennen – kam es zu einer großen Verhaf-

⁴⁰⁵ Interne Unterweisung an alle Bezirks- und Polizeibehörden vom 3.3.1931: NA, MV I-SR, k. 2622, s. 5/261/10/4.

⁴⁰⁶ Interpellation Nr. 1507/IV vom 9.11.1931. Zit. nach. NA, MV I-SR, k. 2623, s. 5/271/15.

⁴⁰⁷ Aus dem Bericht der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau an das MZV vom 3.3.1930: AMZV, V. sekce, k. 510, s. Rusko.

tungsaktion gegen die tschechischen Lehrer. In der zweiten Jahreshälfte 1930 wurden an die 40 Tschechen festgenommen, einer antisowjetischen Propaganda, Spionage zu Gunsten Frankreichs, religiösen Agitation und konterrevolutionären Tätigkeit beschuldigt. Während des Gerichtsprozesses forderte die Staatsanwaltschaft für alle Angeklagten die Todesstrafe, verkündet wurden dann zehn Todesurteile und zahlreiche Arbeitslagerstrafen.⁴⁰⁸

Diese politische Entwicklung löste eine Remigrationsbewegung⁴⁰⁹ unter den zwei genannten Gruppen aus. Den Gewerbetreibenden und den Altansässigen schlossen sich jedoch noch zahlreiche Vertreter der in den 1920er Jahren eingereisten tschechoslowakischen Kommunarden an, die wegen ihres beruflichen Profils in der Zeit der Industrialisierung keine Anstellung fanden und denen die Landwirtschaft keine sichere Unterhaltsquelle bot. Die tschechoslowakische Vertretung Moskau verzeichnete im ersten Viertel des Jahres 1930 250 rückkehrende Tschechoslowaken⁴¹⁰, weitere 250 Personen standen in Moskau abfahrtbereit und fielen der Vertretung finanziell zur Last. Außerdem meldeten sich bei der Vertretung Angehörige von 45 tschechoslowakischen Häftlingen, die unbedingt eine Unterstützung (sowohl für die eigenen Familien als auch die Gefangenen selbst) benötigten. Die Vertretung forderte daher die Ausarbeitung eines Finanzierungsplanes zur Unterstützung der Rückkehrer, da es sich nicht ausschließen ließ, dass sich diese Rückwanderungsbewegung zu einer Massenmigration in die ČSR ausweiten würde.⁴¹¹

Anzeichen für einen Massencharakter tschechoslowakischer Rückwanderung gab es jedoch keine, wenngleich eine Steigerung der Remigrantenanzahl in den Sommermonaten eintrat. Massenabwanderung war schon aus dem Grund nicht möglich, dass dies die sowjetischen Behörden verhindern würden, bzw. gegen die Remigranten vorgehen würden. Erwartet wurde die Rückkehr von Familien oder Einzelpersonen, geschlossen zu kleineren Gruppen, deren Rückreise von der tschechoslowakischen Vertretung Moskau im Bedarfsfall finanziell getragen werden sollte. Ebenfalls sollte den Angehörigen von Häftlingen und mittellosen Tschechoslowaken, die auf eine Repatriierung in Moskau warteten, Hilfe zugute kommen.

Eine interministerielle Konferenz vereinbarte am 2.5.1930 eine konkrete Vorgehensweise für die Repatriierung aus Moskau und bestimmte für diese Aktion einen finanziellen Rahmen. Das Sozialministerium stellte für die Aktion einen Kredit in Höhe von 100.000 Kronen zur Verfügung

⁴⁰⁸ Vgl. dazu im Einzelnen: Filip Z. 1998: Proces s českými učiteli na Ukrajině v roce 1931 [Der Prozess gegen die tschechischen Lehrer in der Ukraine im Jahr 1931]. In: Rýdl K.: *Historia magistra vitae, vita magistra historiae*, Praha, 64f.

⁴⁰⁹ Die Veränderung der politischen Lage in der UdSSR und ihre unmittelbaren Folgen für einige Ausländergruppen führten neben einer Rückwanderungsbewegung auch zu einer sekundären Migration. Die tschechoslowakische Zeitung „Národ“ publizierte im Frühjahr 1930 einige Artikel zur Lage der in der UdSSR weilenden Tschechoslowaken („Tyrannei in Russland. Herzerreißende Klagen unserer versklavten Landsleute“). Der Chefredakteur von „Národ“, Kosmas Veselý, setzte sich in dieser Angelegenheit persönlich ein und wandte sich an die Vertretung der ČSR in Montreal mit der Bitte, bei einer Umsiedlung von 100 russischen Tschechoslowaken nach Kanada behilflich zu sein. Der tschechoslowakische Konsul Karel Moser sprach in dieser Angelegenheit mit dem Leiter des kanadischen Immigrationsdepartements, der jedoch sagte, dass die kanadische Regierung Einwanderung dieser Art nur ungern sehe, da es sich hierbei um unzuverlässige Einwanderer handele. Die Tschechoslowaken dürften einreisen, solange sie die üblichen Einwanderungsbedingungen erfüllten. NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

⁴¹⁰ Der Begriff „Tschechoslowaken“ stand zugleich für die tschechoslowakischen Staatsbürger als auch für Personen tschechischer oder slowakischer Nation. Er bezeichnet z.B. auch ukrainische Tschechen als Tschechoslowaken, obwohl diese zu diesem Zeitpunkt größtenteils keine Staatsbürger der ČSR waren.

⁴¹¹ MSP an PMR (29.5.1930). NA, MZd, k. 816, s. VII-3-19.

neben einer sofortigen Summe von 80.000 Kronen, die der Vertretung der ČSR in Moskau für unmittelbare Ausgaben bereitgestellt wurde, wie z.B. für die Finanzierung der Fahrtkosten aus Moskau in die ČSR (1.500 Kronen pro Person). Außerdem wurde ein Sonderausschuss ins Leben gerufen, welcher die Repatriierungsaktion organisierte und leitete und in welchem Vertreter unterschiedlicher Ministerien einen Sitz hatten. Dieser Ausschuss sollte über ein Budget von insgesamt fünf Millionen Kronen verfügen, die für die mit der Aufnahme⁴¹² der Repatrianten in der ČSR entstandenen Kosten bestimmt waren. Die Ministerialbeamten waren sich einig, dass diese Repatriierungsaktion von keinem Ministerium oder einer Behörde abgesichert werden sollte, sondern vom Tschechoslowakischen Roten Kreuz, um die Beziehungen zur UdSSR nicht weiter zu belasten⁴¹³.

Zum Zeitpunkt der Konferenz verließen acht Familien und zwei Witwen (insgesamt 42 Personen) aus den Reihen der tschechoslowakischen Kommunarden, 40 Familien (150 Personen) aus dem Gewerbesektor und 85 altansässige Tschechen aus Wolhynien die UdSSR. Weitere 150 Personen waren zur Abreise durch die tschechoslowakische Vertretung registriert⁴¹⁴. Genaue Angaben über die tatsächlich repatriierten Tschechoslowaken fehlen. Die offiziellen Angaben des Statistischen Staatsamtes, die jedoch auf den Angaben der Vertretung in Moskau beruhten, gaben 1930 299, 1931 dann 444, im Jahr 1932 550 Personen an, ein Jahr später stieg die Personenzahl auf 758⁴¹⁵ Rückkehrer. Da es sich bei diesen Personen um Repatrianten handelte, die sich hilfesuchend an die tschechoslowakische Vertretung in Moskau wandten, so ist anzunehmen, dass sie gleichzeitig von der Repatriierungsaktion profitierten, d.h. auf tschechoslowakische Staatskosten in die ČSR überführt wurden. Die ganze Aktion hatte nicht den Charakter einer von der Vertretung veranlassten Repatriierung. Die Vertretung arbeitete operativ und in jedem Einzelfall konkret. Auch wurden nur kleine Rückkehrertransporte (fünf bis acht Personen) organisiert, um die Aufmerksamkeit der sowjetischen Organe nicht unnütz zu steigern. Eine organisierte Überführung hätte wohl auch eine Arbeitslosigkeit unter den Repatrianten in der ČSR zur Folge gehabt.

Eine organisierte Repatriierung wäre deshalb nicht durchführbar gewesen, weil in jedem konkreten Fall die Familienverhältnisse eine bedeutende Rolle spielten. So mussten z.B. die Ehepartner der Tschechoslowaken die sowjetische Staatsbürgerschaft abgeben und für die tschechoslowakische optieren. Dieser Vorgang wurde von den sowjetischen Behörden künstlich verzögert und dauerte mehrere Monate. Außerdem mussten die Repatrianten nachweisen, dass sie alle Steuern und Abgaben leisteten, was sich bei den zahlreichen Fällen erfundener zusätzlicher „Abgaben“ als extrem schwierig erwies. Äußerst problematisch war ebenfalls die Lage der tschecho-

⁴¹² Diejenigen Repatrianten, die keine Angehörigen in der ČSR mehr hatten (dies betraf insbesondere die ukrainischen Tschechen, die bereits im 19. Jahrhundert nach Russland ausgewandert waren; aber auch unter den ehemaligen Kommunarden waren einige vertreten, die vor ihrer Auswanderung in die UdSSR ihr Haus und Land verkauft hatten und nun mittellos zurückkehrten), konnten aus dem Staatlichen Besitzfond Land zugewiesen bekommen. So entstanden auch in der ČSR neue Rückkehrergemeinden. So erhielten im Sommer 1930 insgesamt 30 Remigrantenfamilien aus Wolhynien mit Hilfe des Staatlichen Besitzfonds Grund und Boden in Zábřeh und Vikýřovice (30 ha pro Person:); NA, PMR, k. 224, sig. 525.

⁴¹³ NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

⁴¹⁴ AMZV, V. sekce, k. 510, s. Rusko.

⁴¹⁵ Angaben nach Mitteilungen 1930/1931/1932/1933.

slowakischen Altansässigen, die im Regelfall als sowjetische Staatsbürger betrachtet wurden und denen die Ausreise deshalb verweigert wurde. Auch seitens der tschechoslowakischen Behörden wurden sie als ein Problemfall angesehen, da dieser Personenkreis erst im Falle einer Repatriierung für die Staatsbürgerschaft der ČSR optierte. Sie wurden von der Vertretung in Moskau in vielen Fällen als tschechoslowakische Staatsbürger betrachtet, um sie in die Repatriierungshilfe aufzunehmen und ihnen die Ausreise in die ČSR zu ermöglichen.

Unter den Repatriierten finden sich noch zwei weitere problematische Personensegmente: Es handelt sich um ehemalige Kriegsgefangene, die formell die sowjetische Staatsbürgerschaft erlangt hatten, indem sie in die Rote Armee oder den sowjetischen Staatsdienst eingetreten waren. Es war eine aus Sicht der tschechoslowakischen Vertretung Moskau äußerst problematische Personenkategorie, die sich je nach dem als sowjetische oder tschechoslowakische Staatsbürger ausgab. Die ehemaligen Kriegsgefangenen wurden als ein politisch unzuverlässiges Element betrachtet und jeder Repatriierungsantrag dieser Personengruppe musste zusätzlich vom tschechoslowakischen Innenministerium bewilligt werden. Ihre Gesamtzahl betrug an die 150 Personen. Als ebenfalls politisch unzuverlässig galten tschechoslowakische Staatsbürger, die – größtenteils über Deutschland – in die UdSSR zu politischen Bildungszwecken eingereist waren. Es handelte sich um einige wenige Männer im Alter unter 24 Jahren, die auf Kosten der KSČ ausreisten.⁴¹⁶

Einen weiteren Schlag erlitten die in der Sowjetunion lebenden Ausländer mit der Einführung des neuen sowjetischen Pass-Systems. In der Vorphase der Einführung neuer Inlandspässe wurde auch eine Registrierung der in der UdSSR wohnenden Ausländer durchgeführt. Dies bedeutete, dass ein ausländischer Staatsbürger oder einer, der sich für einen solchen hielt, bis zum 1.2.1932 seine Staatsangehörigkeit nachzuweisen hatte. Der Paragraph 3 des Gesetzes über die Unionsstaatsbürgerschaft besagte, dass jeder Bürger, der auf dem Staatsterritorium der UdSSR lebte, als sowjetischer Staatsbürger angesehen wurde, wenn er seine Zugehörigkeit zur Staatsbürgerschaft eines anderen Staates nicht glaubhaft machen konnte. Dies hieß in der Praxis, dass alle Ausländer passiv zu sowjetischen Staatsbürgern werden konnten⁴¹⁷. Indem sie nicht fristgerecht zur Registrierung erschienen, nahmen die Ausländer die sowjetische Staatsbürgerschaft an.

Für viele Tschechoslowaken – darunter ehemalige Kriegsgefangene oder altansässige Bauern – die in abgelegenen Gegenden wohnten und von dieser neuen Regelung nichts ahnten, bedeutete dies ein ernsthaftes Problem, denn sie mussten innerhalb einer knapp bemessenen Zeit bei der Vertretung der ČSR in Moskau die Ausstellung eines tschechoslowakischen Reisepasses beantragen. Die sowjetischen Behörden erklärten außerdem, die fremdnationalen Mitbürger hätten nach der Revolution genügend Zeit gehabt, sich die nationalen Pässe zu besorgen. Wenn sie dies versäumt hätten, bedeutete dies für sie die Aufnahme in die sowjetische Staatsbürgerschaft. Die Vertretung der ČSR notierte, dass es Fälle von Tschechoslowaken gab, die sich in Moskau den

⁴¹⁶ Aus dem am 8.5.1930 dem MZV vorgelegten Bericht einer in der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau einberufenen Unterredung bezüglich der Repatriierungsaktion: AMZV, V. sekce, k. 510, s. Rusko.

⁴¹⁷ Die tschechoslowakische Vertretung Moskau an das MZV am 25.2.1932: NA, MV I-SR, k. 2622, s. 5/261/10/4.

tschechoslowakischen Reisepass besorgten und ihn der sowjetischen Behörde zur Registrierung vorlegten. Daraufhin wurden diese Personen oft gar nicht mehr registriert, sondern erhielten in ihren neuen nationalen Reisepass sofort ein Ausreisevisum aus der UdSSR. In anderen Fällen zog die sowjetische Behörde den tschechoslowakischen Reisepass ganz ein und leitete ihn an die Vertretung der ČSR weiter.⁴¹⁸

Durch die Einführung des sowjetischen „Ausländerpasses“ als Vorstufe einer grundlegenden Reform des sowjetischen Passwesens⁴¹⁹ konnten sowjetische Behörden auf fremde Staatsbürger bezüglich der Annahme der neuen Staatsbürgerschaft Druck ausüben. Diejenigen, die zur Registrierung nicht erschienen oder sich einen neuen tschechoslowakischen Reisepass besorgten, wurden als feindliche und unloyale Elemente betrachtet und in zahlreichen Fällen aus der Sowjetunion ausgewiesen. Diejenigen Tschechoslowaken, die in den 1920er Jahren als Kolonisten oder als Spezialisten zur Zeit des Ersten Fünfjahresplanes in die UdSSR kamen und somit über einen „ordentlichen“ tschechoslowakischen Reisepass verfügten, wurden ebenfalls zur Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft gezwungen. Man drohte, ihnen ansonsten die sowjetische Aufenthaltserlaubnis zu entziehen.⁴²⁰ Der Entzug der Aufenthaltserlaubnis hatte automatisch den Verlust der Arbeitsstelle und somit auch der Wohnung zur Folge und es war nur noch eine Frage der Zeit, bis sich das Volkskommissariat des Inneren (im Folgenden NKVD) für einen zu interessieren begann.

Es gab zwei Arten von Ausländerpässen: Einen rosafarbenen für diejenigen Ausländer, die in der UdSSR dauerhaft ansässig waren und deren Reisepässe aus der Sicht der sowjetischen Behörden gänzlich in Ordnung waren, und grüne Ausländerpässe für diejenigen Ausländer, die sich nur vorläufig in der UdSSR aufhielten oder an denen die sowjetischen Behörden noch bestimmte Zweifel hegten. Hinsichtlich der Registrierungsangelegenheit beim Entzug der ursprünglichen Staatsangehörigkeit fühlte sich die tschechoslowakische Botschaft in ihren Bemühungen von der griechischen und der französischen Botschaft unterstützt. Sie vertraten gemeinsam beim NKVD die Auffassung, dass ein Wechsel der Staatsangehörigkeit nicht durch einen negativen Akt (d.h. Verweigerung der Registrierung und der damit verbundenen Entziehung der Staatsbürger-

⁴¹⁸ Die tschechoslowakische Vertretung Moskau an das MZV am 22.10.1932: Ebd.

⁴¹⁹ Das neue sowjetische Pass-System wurde im Anschluss an die Ausländerregistrierung durchgesetzt. Am 27.12.1932 wurde das Dekret „Über die Einführung des einheitlichen Pass-Systems in der UdSSR und über die Pflicht zur Registrierung der Pässe“ und die „Verordnung über die Pässe“ (Inlandspässe) verabschiedet. Diese Inlandspässe dienten der Kontrolle und der staatlichen Steuerung der Bevölkerungsbewegung. Jeder Ortswechsel war von einer Arbeitsgenehmigung und einer Aufenthaltsbewilligung abhängig. Bei jedem Ortswechsel verlor er die Gültigkeit und konnte nur durch Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses und (davon abhängig) eines Wohnraumes wieder „erneuert“ werden. Ergänzt durch eine Anzahl geheimer Durchführungsbestimmungen wurde die Einführung des neuen sowjetischen Pass-Systems zum Mittel der stalinistischen Herrschaftsfestigung. Mit seiner Hilfe konnten bestimmte Neubaugebiete, Städte oder Arbeitersiedlungen von „Klassenfeinden“ und „gefährlichen Elementen“ befreit werden: Ahlberg 1991: 804f.

⁴²⁰ Als Beispiel wurde der Fall Petr Soška genannt. Er kam als Stipendiat zum Maschinenbaustudium nach Kiew. Er gab seinen Reisepass zur Registrierung im Jahre 1931 ab, bekam ihn aber nicht mehr zurück mit der Begründung, er müsse die sowjetische Staatsangehörigkeit annehmen. Die Vertretung der Tschechoslowakei in Moskau intervenierte beim Kommissariat des Äußeren dreimal verbal und zweimal schriftlich, jedoch erfolglos. Dem Genannten wurde der Reisepass dann zwar zurückgegeben, gleichzeitig allerdings die sowjetische Aufenthaltserlaubnis entzogen. Aus einem Bericht der Vertretung der ČSR in Moskau an das MZV vom 14.3.1933: NA, MV I-SR, k. 2622, s. 5/261/10/3.

schaft) erfolgen dürfe, sondern waren der Ansicht, das dies ausschließlich durch den Willen der entsprechenden Person geschehen müsse.⁴²¹

Die Versuche sowjetischer Behörden, unter den in der UdSSR lebenden Ausländern „politisch unzuverlässige Elemente“ zu entdecken, fanden nur am Beispiel der Registrierung einen konkreten Ausdruck. Wachsendes Misstrauen den Ausländerkolonien gegenüber brach in der Sowjetunion erst mit dem Jahr 1934 mit voller Wucht aus. Viele der in den 1920er und 1930er Jahren eingewanderten Personen kehrten zurück in die ČSR, oft hielten sie nur familiäre Bindungen von einer Remigration ab⁴²². Eine neue Einwanderungswelle in die UdSSR gab es in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre nicht mehr.

In den tschechoslowakischen Regierungskreisen bestand Besorgnis, dass die Anerkennung der UdSSR de jure durch die ČSR als Signal für eine neue Auswanderungsbewegung werden könnte. Aus den Reihen der verschiedenen Institutionen in der ČSR mit einem Russland- oder Sowjetunion-Bezug wurden Stimmen laut nach der Anerkennung der UdSSR. In einigen Fällen hatten diese Forderungen den Hintergedanken, die Auswanderung würde dadurch einfacher und problemloser werden. Dabei wurde jedoch übersehen, dass es nicht das Entsendeland ČSR war, sondern das Aufnahmeland UdSSR, welches die Einwanderung regulierte. Sicherlich wäre nach der Anerkennung de jure eine Liberalisierung der Einreisebedingungen „speziell“ für Einwanderer aus der ČSR denkbar gewesen, doch die Sowjetunion war schlichtweg an keinen neuen Einwanderern mehr interessiert und gegenüber dem Ausland abgeschirmt.

Dies hieß allerdings nicht, dass es keine Auswanderungsprojekte mehr gegeben hätte: Die Tschechoslowakische Legionärgemeinde und das Tschechoslowakische Auslandsinstitut nahmen vor seinem ersten Besuch der UdSSR Kontakt zu E. Beneš auf und baten ihn, ihre Auswanderungsprojekte in Moskau zu erwähnen. Während das Tschechoslowakische Auslandsinstitut gemeinsam mit Vertretern verschiedener Ministerien und Institutionen nur ein formelles Memorandum⁴²³ zur Unterstützung von Auswanderern aus der ČSR ausarbeitete (insbesondere im Hinblick auf Beschäftigungschancen tschechoslowakischer industrieller Arbeiter in der Sowjetunion), stellte die Tschechoslowakische Legionärgemeinde ein aufwendiges Auswanderungsprojekt vor. Dieses sah eine planmäßige tschechoslowakische Kolonisierung der UdSSR ("Wir müssen uns auf Russland verlassen, weil wir keine Kolonien haben") in mehreren Phasen vor. In der ersten Phase sollte

⁴²¹ Das Volkskommissariat des Äußeren teilte im August 1933 der Vertretung der ČSR in Moskau mit, dass diejenigen Tschechoslowaken, denen im Rahmen der Bevölkerungsregistrierung und Passerteilung in der UdSSR die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aberkannt (entzogen) wurde, klagen dürften, und zwar beim Zentralen Exekutivkomitee der UdSSR mittels der Ausländerabteilungen. Ebd.

⁴²² Den tschechoslowakischen Landsleuten in der UdSSR, die infolge der Umregistrierung gemäß den neuen sowjetischen Gesetzen gegen deren Willen zu sowjetischen Staatsbürgern wurden und deshalb in eine schwierige finanzielle Lage gerieten, wurde eine vom MSP im Dezember 1933 an das Tschechoslowakische Auslandsinstitut überwiesene Summe von 30.000 Kronen zugesandt. Im Folgejahr gewährte das MSP dem Auslandsinstitut noch einen Betrag in Höhe von 170.000 Kronen zu demselben Zweck. Das Geld wurde mittels der tschechoslowakischen Vertretung in Moskau an bedürftige Tschechoslowaken vergeben. Weil das Tschechoslowakische Auslandsamt von den 170.000 Kronen im Jahr 1936 noch 159.106 Kronen an das MSP zurückzahlen musste, lässt sich vermuten, dass sich wegen der politischen Lage Zahlungen an tschechoslowakische Staatsbürger nicht mehr verwirklichen ließen. Die Zahlungen aus dem Etat des Auslandsinstituts wurden in diesem Jahr eingestellt. In den Folgejahren gewährte die Vertretung gelegentliche Finanzspenden an bedürftige Landsleute. NA, ČÚZ, k. 67, s. Rusko.

⁴²³ Das Memorandum wurde am 4.5.1935 an Beneš übermittelt: Ebd.

die Kolonisierung mit der sowjetischen Seite diplomatisch geklärt werden, damit in der zweiten Phase tschechoslowakische Ingenieure begleitet von Traktorenkolonnen in die UdSSR entsandt werden konnten. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, sich das zugewiesene Land anzusehen und die Felder zu bestellen, damit die Kolonisten, die erst in der dritten Projektphase ankommen sollten, gleich mit der Saat anfangen könnten. Eine Kolonie sollte jeweils aus etwa 100 Familien bestehen, davon 50 Familien mit einem landwirtschaftlichen und 50 Familien mit einem anderen beruflichen Hintergrund. Die einzelnen Kolonien sollten in 20 bis 30 Kilometern Abstand voneinander entstehen, damit es zu keiner tschechoslowakischen "Überbevölkerung" käme.⁴²⁴

Solche organisierten Auswanderungsprojekte konnten wegen der politischen Lage in der Sowjetunion nicht mehr verwirklicht werden. Ab dem Jahr 1933 wurde in keinem Teil der ČSR eine erhöhte Auswanderungsstimmung in Richtung Sowjetunion gemeldet. In diesen Jahren reisten nur ein Paar Dutzend Personen aus der ČSR in die UdSSR. Ihre Auswanderungsgründe bleiben aufgrund der unbedeutenden Anzahl ungeklärt. Möglicherweise handelte es sich um Personen, deren Ausreise nicht wirtschaftlich motiviert war, denn die wirtschaftliche Auswanderung in beiden ihren Formen – landwirtschaftliche und industrielle – war nun endgültig vorbei.

⁴²⁴ Der Meinung der Legionäre nach wäre für eine tschechoslowakische Kolonisierung der UdSSR ein Gebietsstreifen in Südsibirien (Akmolin, Altaj) bis hin zu Turkestan gut geeignet. Der Projekt würde zugleich eine staatliche Unterstützung für mittellose Tschechoslowaken darstellen – das notwendige Inventar sollte vom Staat zur Verfügung gestellt werden, ebenso sollte er auch für den Pachtzins und die Transportkosten aufkommen. Projekt vom Februar 1935: Ebd.

Politische Auswanderung

XI. Zur Rolle der KSČ

XI.1 Die wirtschaftliche Auswanderung aus der ČSR und die Kommunistische Partei

In der Darstellung der sowjetischen Einwanderungspolitik und während der Behandlung tschechoslowakischer Wirtschaftsmigration in der Zwischenkriegszeit wurde mehrere Male auf den politischen Hintergrund dieser Migrationsbewegung hingewiesen. Im Folgenden soll ein Versuch unternommen werden, die Stärke der politischen Auswanderungsmotivation und den Einfluss der politischen Parteien auf den Auswanderungsprozess darzulegen. Der Fokus dieser Teiluntersuchung wird sich auf die KSČ richten, wenngleich ihre Rolle in der Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR nicht eindeutig umrissen war.

Wir charakterisierten die wirtschaftliche Auswanderung in die Sowjetunion als eine industrielle (individuelle oder gruppenartige), und eine landwirtschaftliche (fast ausschließlich gruppenartige) Auswanderung. Sie bedeutete das Umsiedeln aus einem Land ins andere mit dem Ziel, eine feste neue Lebensunterhaltsquelle zu finden, verbunden mit dem Finden eines anderen, günstigeren politischen Umfeldes und der Möglichkeit, sich in ihm nach den eigenen politischen Anschauungen zu verwirklichen. Darunter verstand sich der Wunsch, am Aufbau des sozialistischen Staates UdSSR teilzunehmen und im Kommunismus zu leben. Diese Auswanderungsform war – bedingt durch äußere Umstände – typisch für die 20er Jahre.

Die Anteilnahme kommunistischer Parteimitglieder an den Auswanderungskommunen war ziemlich hoch, denn die KomSTO achtete darauf, dass zumindest die Kommunenleitung aus erfahrenen Kommunisten bestand. Es war wünschenswert, dass auch die Mehrheit der Kommunarden zur KSČ zählte – offensichtlich jedoch nicht zwingend⁴²⁵. Durch diese politische Regulierung sollte vermieden werden, dass Personen in die Sowjetunion einreisten, die mit dem sowjetischen sozialistischen Staatssystem nicht einverstanden waren oder es gar ablehnten.⁴²⁶ Die behandelten Beispiele der tschechoslowakischen Kommunen in der Sowjetunion zeigten jedoch deutlich, dass die Parteizugehörigkeit auch innerhalb der Kollektive zu einem Punkt werden konnte, bei dem die Ansichten der Kommunarden kontrovers sein konnten. Es wurde bereits berichtet, wie es innerhalb der Auswanderungskollektive zu Spaltungen kam, wobei die Parteimitglieder in Opposition zu Parteilosen oder enttäuschten bzw. ehemaligen Kommunisten standen. Derartige Geschehnisse in den Kommunen wurden in der ČSR gerne von der nichtkommunistischen Presse aufgegriffen. Auch wurde darauf hingewiesen, dass die missglückten Auswanderungskommunen Projekte

⁴²⁵ Die Kommunarden setzten sich in der Regel aus Vertretern des gesamten tschechoslowakischen politischen Spektrums zusammen. Ein Beleg dafür sind z.B. die Mitgliedlisten von Reflektor: NA, MZV-RPA, k. 448, s. Vystěhovalectví do SSSR–Reflektor.

⁴²⁶ Die Tatsache, dass gegen die Ausländer ab den 1930er Jahren verstärkt vorgegangen wurde, spricht dafür, dass man trotz der „Einreisekontrolle“ politisch unzuverlässige Personen vermutlich einwandern ließ.

kommunistischer politischer Führung waren. „Von Arbeitern zu Bettlern einfach und schnell“ titelten die Zeitungen, als sie von den Misserfolgen der Kommune Slovácko berichteten und erinnerten an deren „einst“ populären kommunistischen Vorstand Hřebačka⁴²⁷. Zur Abschreckung weiterer potenzieller UdSSR-Interessierter schrieb die Zeitung, gegen die Oppositionellen in der Kommune werde „auf bolschewistische Art“ vorgegangen, worauf einige Mitglieder in die ČSR zurückgekehrt seien: „So helfen die Kommunisten den Arbeitern und Bauern – sie treiben sie in die Gosse“.⁴²⁸

Die Kommunenauswanderung wurde nicht nur seitens der tschechoslowakischen Presse, sondern auch seitens der breiten interessierten Öffentlichkeit als eine kommunistische Auswanderung, und zwar als eine nicht nur von der KSČ organisierte oder veranlasste, sondern als eine Auswanderung von Kommunisten wahrgenommen. In gewisser Hinsicht mag dies auch stimmen, bedenken wir, dass die Einreise von Mitgliedern der KSČ bevorzugt wurde. Und auch wenn es außer den Berichten in der Presse keinen Hinweis auf die KSČ als eine Auswanderungsorganisation gab; selbst das Zielland UdSSR provozierte die Annahme, dorthin dürften nur Parteimitglieder einreisen.

Der Parteizugehörigkeit sowohl der Kommunenmitglieder als auch der industriellen Auswanderer wurde seitens der sowjetischen Organe stets eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt⁴²⁹. Bei der Beurteilung von Kommunen wurde viel stärker auf die Parteizugehörigkeit der Kommunarden geachtet. Dies hatte unterschiedliche Gründe: Die landwirtschaftlichen Kollektive, die sich auf dem Staatsterritorium der UdSSR ansiedelten, sollten nicht zu politischen Fremdkörpern oder antikommunistischen Inseln werden. Sollten sie ihre in den Pachtverträgen verankerte Aufgabe erfüllen – zur kulturellen und politischen Entwicklung der Umlandbevölkerung beizutragen – so musste auf die Wahl der „Lehrer“ besonders gut geachtet werden.⁴³⁰

Die Parteizugehörigkeit der industriellen Einwanderer spielte stets eine sekundäre Rolle. Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Ausstellung von Einreisebewilligungen blieb stets die fachliche Qualifikation des Betroffenen. War der Tschechoslowake ein Parteimitglied, so konnte er neben seiner Tätigkeit in der Fabrik oder im Betrieb noch zu politischen Zwecken eingesetzt werden. Außerdem konnte er – als ein „politisch geprüfter“ industrieller Einwanderer – natürlich viel schneller in der betrieblichen Hierarchie aufsteigen. Die Tatsache, dass die politische Zugehörig-

⁴²⁷ Vgl. hierzu Kap.VII.4.

⁴²⁸ Dieser und andere Zeitungsausschnitte zu tschechoslowakischen Auswanderern in der UdSSR archiviert in: NA, RPA, k. 448.

⁴²⁹ Belegbar anhand unterschiedlicher, in den Einwanderungsprozess eingebundener sowjetischer Institutionen. Insb. RGAE, f. 478. op. 7 und GARF, f. R-364, op. 1-8.

⁴³⁰ Die tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kommunen wurden von der Umlandbevölkerung – wie man es der jeweiligen lokalen Presse entnehmen darf – nie als eine politische oder gar kommunistische Einwanderungsgruppe angesehen, sondern stets als ein Kollektiv von Ausländern, die bestens technisch ausgestattet an der Melioration sowjetischen Bodens teilnahmen. Dies kann natürlich auch daran liegen, dass zum Zeitpunkt der Einreise tschechoslowakischer Kollektive der sowjetische Süden und der Kaukasus erst durch die Sowjets erobert werden musste. Denn erst in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wurde das sowjetische Dorf als politische Einheit politisiert. Somit lässt sich erklären, dass auch die lokale Presse die Einwanderer nicht politisch betrachtete, denn die Politisierung der lokalen Verwaltungsstrukturen setzte erst ein. Erst ab der Mitte der 1920er Jahre wurde auch verstärkt die lokale Bauernschaft ins Visier der Sowjets genommen. Vgl. hierzu z.B. Merl S. 1981: Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik (Diss.). München, S. 40f. u.a.

keit industrieller Arbeiter nur eine untergeordnete Rolle bei der Einreisekontrolle spielte, führte in den 1930er Jahren ein entschiedenes Misstrauen dieser Ausländergruppe gegenüber herbei.

Es ist nicht zu vergessen, dass bereits die tschechischen Einwanderer des 19. Jahrhunderts einen guten Ruf in Russland besaßen. Auch dank der tschechoslowakischen Kreditaktion von 1921 und der Beteiligung an der sog. Nansen-Aktion für Hungerleidende in Sowjetrußland weckten die Tschechoslowaken in der UdSSR ein starkes Vertrauen. Die industriellen Erzeugnisse und die Fachleute aus der ČSR waren populär. Der politisch-kommunistische Hintergrund der tschechoslowakischen Auswanderung in die UdSSR war zwar sichtbar, es lässt sich jedoch nicht behaupten, dass die Parteizugehörigkeit das entscheidende Kriterium für die Auswahl und Aufnahme der Immigranten aus der ČSR wäre. Die kommunistische Parteizugehörigkeit der Tschechoslowaken scheint eher ein Instrument ihrer Auswanderung in die UdSSR zu sein.

XI.2. Die Beteiligung der KSČ am Auswanderungsprozess

Die von den tschechoslowakischen Behörden registrierten und in vorliegender Arbeit bereits vorgestellten Fälle illegaler Auswanderungsagitation für die UdSSR hatten beinahe ausnahmslos einen kommunistischen Hintergrund. Die Agitatoren selbst waren einfache Kommunisten, manchmal lokale Parteifunktionäre. Ihre Anwerbungsversuche waren stets an die Parteimitgliedschaft gekoppelt. Im Falle der Auswanderungskommunen, sei es in dem gescheiterten Fall der Kommune Vsetín⁴³¹ oder sei es auch in den verwirklichten landwirtschaftlichen Auswanderungsprojekten – die hohe Anzahl kommunistischer Parteimitglieder, die Anwerbung von Kommunisten durch kommunistische Funktionäre, die kommunistischen Zellen innerhalb der Kollektive –, das kommunistische Element war allgegenwärtig. In den Archivbeständen der KomSTO sind Dokumente anzutreffen, die eine Kontaktaufnahme zwischen dem Narkomtrud und dem Volkskommissariat des Äußeren auf der einen und dem ZK der KSČ auf der anderen Seite belegen. So wurden vom ZK 13 Spezialisten aus Kladno⁴³² für die sowjetische Bergbauindustrie vermittelt, die im Juni 1921 in die UdSSR eingereist waren⁴³³. In einem anderen Fall (1923) wurden die Anträge auf die Ausstellung eines sowjetischen Visums direkt vom Sekretariat der KSČ eingereicht⁴³⁴. Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die KSČ durchaus eine viel stärkere Initiative zu ergreifen wusste.

Die Beispiele einer Beteiligung der KSČ am Auswanderungsprozess würden eine unendliche Reihe ergeben. Jedoch während die lokalen kommunistischen Funktionäre nur im Anwerbungsprozess stärker involviert waren, war die Beteiligung der hohen Parteifunktionäre eher einer

⁴³¹ Siehe hierzu Kap. VII.4.

⁴³² Siehe hierzu Kap. IX.1.

⁴³³ GARF, f. R-382, op. 4, d. 600, l. 146.

⁴³⁴ GARF, f. R-364, op. 1, d. 34, l. 65a. Es handelte sich um eine geplante Ausreise von 123 Tschechoslowaken. Nähere Einzelheiten konnten nicht festgestellt werden.

indirekten Art. Der Name des kommunistischen Abgeordneten Koutný fiel im Zusammenhang mit der Kommune Slovácko: Er begleitete die Bevollmächtigten der Kommune zu den Verhandlungen nach Moskau und leistete offenbar einen wirkungsvollen politischen Beistand. Kommunistische Abgeordnete und Senatoren unterstützten die Kommunarden auch am Abreisetag.

Den politischen Unterton der tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Kollektivauswanderung unterstreichen die Versammlungen von Anhängern der KSČ an Bahnhöfen, welche die Auswandererzüge passierten, die Ansprachen von kommunistischen Abgeordneten und Lokalfunktionären an Bahnsteigen, die Schmückung der Züge mit roten sowjetischen Flaggen, die „Internationale“, welche die Abfahrt des Zuges begleitete. Dies alles waren Elemente, die eindeutig politischer Natur waren.⁴³⁵

Richten wir unsere Aufmerksamkeit auf die Aktivitäten der Kommunistischen Funktionäre und der KSČ selbst, so stellen wir fest, dass sie in gewisser Hinsicht operativ arbeiteten. Das heißt, dass ihre Auswanderungsaktivitäten nicht von ihnen selbst ausgingen, sondern sich jeweils der aktuellen Auswanderungsstimmung in der Tschechoslowakei anpassten. Die Partei allein ergriff im Hinblick auf die Auswanderung keine eigene Initiative, sondern reagierte bloß auf die bereits aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus entstandenen Auswanderungsaktivitäten Anderer – darunter natürlich auch der Parteileute⁴³⁶ –, unterstützte sie und begleitete sie. Sie tat dies verstärkt im Zusammenhang mit der Formierung der landwirtschaftlichen Auswanderungskommunen in der Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts und dann erst in viel geringerer Intensität zur Zeit des sowjetischen Fünfjahresplanes. Die Partei selbst war kein Auslöser und Initiator tschechoslowakischer wirtschaftlicher Auswanderung in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit.

Es muss an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Auswanderungsgründe wirtschaftlicher Art waren. Die Tatsache, dass sich unter den Kommunarden zahlreiche Kommunisten befanden – regelmäßig im Kommunenvorstand vertreten – weist noch keineswegs auf einen politischen Auswanderungsgrund hin. Nicht zu vergessen, dass neben der Suche nach einer neuen Unterhaltsquelle zu den Auswanderungsmotiven auch der Wunsch zählte, am sozialistischen Staatsaufbau mitzuwirken und die eigene Arbeitskraft in den Dienst des Sozialismus zu investieren. Dass dieser Wunsch bei Kommunisten oder auch bei Enthusiasten aller Art zu beobachten war, liegt auf der Hand. Sie verließen die ČSR jedoch nicht aus Angst vor dem bestehenden Regime oder aus Angst vor Verfolgung oder dergleichen.

Wenn in älteren Aufsätzen von der Auswanderung aus der ČSR in die Sowjetunion die Rede war, so sprach man gerne von einem Solidaritätsakt tschechoslowakischen Proletariats, von

⁴³⁵ Vgl. z. B. Angaben des tschechoslowakischen MV über die Abfahrt des Interhelpo-Transportes im Sommer 1926: Dokumenty 1977: D. 207/ S. 252.

⁴³⁶ Es gehörte zur guten Moral aller Parteimitglieder, die geplante Ausreise in die UdSSR zu melden und sich die entsprechende Einwilligung von der Parteiführung einzuholen. Anderenfalls wurden sie in der Sowjetunion als Parteideserteure betrachtet und in vielen Fällen Repressionen oder Ausweisungen ausgesetzt. Vgl. hierzu Del' 1997: 18.

einer solidarischen Tat ausschließlich tschechoslowakischer Kommunisten.⁴³⁷ Es wurde keineswegs zugelassen, dass es sich um eine wirtschaftliche Auswanderung handeln konnte.

Der IV. Kominternkongress im Winter 1922 verabschiedete eine Resolution, die zu einem internationalen Beitrag zum sozialistischen Staatsaufbau aufrief. Sie forderte insbesondere Kommunisten auf, eigene konkrete Hilfe beim Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion zu leisten. Zum selben Zeitpunkt entstand auch die KomSTO als höchste Instanz, welche die internationale Einwanderung in die UdSSR koordinierte. Mit dem Kominternaufruf befasste sich auch der I. Kongress der KSČ von 2. bis zum 5.2.1923. Ein von B. Šmeral vorgetragenes Referat ging auf die Komintern-Resolution zurück. In der anschließenden Diskussion wurde der Beschluss formuliert, die breite Bevölkerung am Wiederaufbau Russlands zu beteiligen.⁴³⁸ Somit war ein Mitwirken der KSČ am Auswanderungsprozess vorprogrammiert. Einige hier bereits angeführten Formen belegen derartige Parteiaktivitäten auf diesem Feld.

Das Zentrale Exekutivkomitee der KSČ erteilte dazu jedoch keine konkreten Instruktionen an die Parteiinstitutionen. Es handelte sich hier lediglich um eine Initiative regionaler und lokaler Parteiorganisationen und -zellen, die unmittelbar auf Reisewillige einwirken konnten. Eine programmatische Agitationsrolle der KSČ-Führung ist hier allerdings nicht zu erkennen und nachzuweisen, wenngleich dies im Hinblick auf die politische Komintern-Linie erstaunlich sein mag. Eine aktivere Beteiligung der KSČ am Auswanderungsprozess wäre auch kaum vorstellbar: Dass eine politische Partei eine offene und gezielte Auswanderungsagitation betreiben und somit gegen das Gesetz verstoßen würde – einen solchen Eklat hätte sich die KSČ in der Zwischenkriegszeit kaum leisten können.

Die Annahme, dass es sich bei der kommunistischen Auswanderungspropaganda um keine zentral geführte Initiative handelte, könnte die Erklärung des Sekretariats des KSČ-Zentralkomitees vom Jahr 25.7.1931 unterstützen; in diesem Jahr erreichte die Auswanderung in die UdSSR ihren Höhepunkt überhaupt: Die Führung der KSČ stellte fest, dass viele ihrer Mitglieder in die UdSSR ausreisten. Sie erklärte dies für unverantwortlich und prangerte es als eine Initiative an, die hinter dem Rücken der Partei organisiert werde. Die Parteiführung sprach sich offen dagegen aus, dass die Auswanderer ihr ganzes Vermögen verkaufen und ausreisen, weil sich später oft herausstellen konnte, dass in der UdSSR für die Einwanderer nichts organisiert wurde. In der Resolution hieß es weiter: 1. Die Partei sei keine Auswanderungsorganisation, sie lehne die Bildung von Auswanderungsgruppen ab und übernehme für die Emigrationsbewegung in die UdSSR keine Verantwortung. Sie werde ihre Mitglieder zur Verantwortung heranziehen. 2. Das Zentralkomitee der KSČ erteile ihren Mitgliedern künftig keine Auswanderungserlaubnis, falls sie die Abreise hinter dem Rücken der Partei organisierten. 3. Diese Bewilligung werde auch dann nur unter der Bedingung erteilt, dass das Mitglied bereits über eine Arbeitsstellenzusage verfüge und

⁴³⁷ Vgl. Fano 1983: 57.

⁴³⁸ Ebd.: 58.

für seine Tätigkeit in der KSČ einen Ersatz besorge. 4. Die KSČ leiste keinerlei Unterstützung für die Auswanderer, egal welcher Art, und sie werde dies auch künftig nicht tun.⁴³⁹

Es bleibt unklar, ob derartigen Erklärungen Vertrauen geschenkt werden darf, nachdem wir die Formen der Beteiligung der KSČ am Auswanderungsprozess kennen lernten. Gerade in den stärksten Auswanderungsjahren 1931 und 1932 war die tschechoslowakische Polizei sehr wachsam und nahm alle Auswanderungsaktivitäten genauer ins Visier. Am 27.9.1932 übermittelte das Präsidium der Landesvertretung Prag dem MV-Polizeipräsidium einen Bericht über die Rekrutierungspraktiken der KSČ für die Sowjetunion. Das Zentrale Komitee der Komintern organisierte systematisch die Anwerbung hochqualifizierter Arbeiter in der ČSR für die Arbeit in der UdSSR. Die Anwerbung sei so praktiziert, dass die einzelnen kommunistischen Bezirkssekretariate zunächst instruiert würden, wie sie ihre Mitglieder über die Arbeits- und Auswanderungsbedingungen unterrichten sollten. Diese Kampagne verlief insbesondere in den Industriegebieten der ČSR. Die Parteiorganisationen vergaben dann an die Interessenten entsprechende Fragebögen (Personalien, Parteizugehörigkeit, Qualifizierung), welche ausgefüllt dann vom Vertrauensmann der Zelle unterzeichnet würden. Danach würden die Bögen an die übergeordnete Parteiorganisation und schließlich an die Bezirksorganisation der KSČ weitergeleitet und mit Vermerken versehen. So ausgefüllt und bestätigt – mit einem (Nicht)/Empfehlungsvermerk – würden die Bögen an eine Deckadresse in Prag geschickt und von dort aus direkt an die Zentrale der KSČ. Die KSČ schicke die Personalien an die Vertretung der UdSSR oder an die sowjetische Handelsvertretung in Prag weiter und diese nähmen mit den Interessenten selbst Kontakt auf.⁴⁴⁰

Dies ist ein weiterer Beleg für die Verwicklung der KSČ im Auswanderungsprozess, wenngleich die Beteiligung der Partei in diesem Fall viel direkter war. Sie trat in diesem Fall selbst als Organisator der Auswanderung in die UdSSR auf, erstmals – wenn man den polizeilichen Angaben Vertrauen schenkt – war ihre Beteiligung nicht nur indirekt. Die Recherche der Archivquellen lässt jedoch keine Schlüsse zu, dass die KSČ eine Partei wäre, die programmatisch und zentralisiert eine Auswanderung in die Sowjetunion organisierte. Sie war lediglich in vielen Fällen und mit unterschiedlicher Intensität an der Auswanderungsbewegung aus der ČSR beteiligt.

⁴³⁹ NA, MSP, k. 3985, s. H1-a1.

⁴⁴⁰ Anfang 1932 wurden die Fragebögen durch Kartonscheine ersetzt mit Informationstext auf tschechisch, deutsch, ungarisch, russisch. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang festgestellt, dass ein Mitarbeiter der sowjetischen Mission in Prag – Ilja Demenščenko – illegale Auswanderungssagitation betreibe: NA, MSP; k. 4049, s. H 4160.

XII. Die Formen tschechoslowakischer politischer Auswanderung in die UdSSR

XII.1. Temporäre (politische) „Auswanderung“

Die bereits erwähnten Formen und Kanäle tschechoslowakischer Auswanderung in die UdSSR unterschieden sich in einem wesentlichen Punkt von den noch vorzustellenden Migrationsformen. Während wir die landwirtschaftliche und die industrielle Form als zwei Untergruppen wirtschaftlicher Auswanderung identifizierten – als zwei aus wirtschaftlicher Lage heraus resultierende Auswanderungsformen, wenngleich mit einer ideologischen Verfärbung – existierten noch weitere Einwanderungskanäle und Formen, die sich allesamt unter dem Sammelbegriff politische Emigration zusammenfassen lassen.

In folgenden Kapiteln wird unsere Aufmerksamkeit den verschiedenen Formen politisch motivierter Auswanderung in die UdSSR zugewandt. Zahlreiche dieser „Auswanderungen“ dauerten nur ein paar Monate und ihre Frist war von vornherein festgelegt. Man könnte daher richtigerweise einwenden, es handelte sich hierbei um keine Auswanderung, sondern um einen Aufenthalt oder lediglich um eine Verlagerung des Lebensmittelpunktes für einen festgelegten kurz- oder längerfristigen Zeitraum in die Sowjetunion. Auf der anderen Seite schrumpften in zahlreichen Fällen die auch „Auswanderungen“ von Kommunarden und industriellen Fachleuten trotz der anfänglichen Absicht zu zeitlich überschaubaren Sowjetunion-Aufenthalten. Selbst die Industriefachleute – in der ersten Phase des Fünfjahresplanes in einer ganz beträchtlichen Anzahl – reisten für einen vorab vereinbarten Zeitraum in die Sowjetunion. Viele von ihnen verlängerten ihre Arbeitsverträge, einige kehrten zurück.

Die vorliegende Arbeit setzt sich jedoch zum Ziel, alle archivisch greifbaren Sowjetunion-Aufenthalte unabhängig von ihrer Dauer in die Untersuchung mit einzubeziehen. Im dritten Abschnitt dieser Arbeit werden diejenigen politischen Einwanderungskanäle und Formen vorgestellt, deren begrenzte „Auswanderungsdauer“ zu ihren Grundeigenschaften gehörte. Einige der politischen Emigrationen endeten in einem lebenslangen Aufenthalt in der Sowjetunion. Auch solche Auswanderungsformen werden im Einzelnen vorgestellt und ausführlich erläutert.

Korrekterweise müsste man unter den temporären und zeitlich begrenzten „Auswanderungen“ auch die politischen Delegationen tschechoslowakischer Arbeiter erwähnen. Zu regelrechten Schaubildfahrten avancierten diese Arbeiterausflüge erst ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre. Die Einzelheiten über die Teilnahme tschechoslowakischer Delegierter sind leider wegen der ungünstigen Quellenlage nicht im Detail überliefert. Eine genauere Untersuchung dieses scheinbar kleinen Aspektes würde sicherlich dazu beitragen, das psychologische Moment und die propagandistische Wirkung dieser Schaufenstereffekte besser zu verstehen. Denn die Wirkung des Gesehenen, des vermutlich Spontanen, die Glorifizierung der politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung in der UdSSR, muss von den über Parteigrenzen hinweg zusammengestellten Dele-

gationen zurück in die tschechoslowakische Heimat transferiert worden sein.⁴⁴¹ Inwieweit dieser Kulturtransfer auch auf andere potenzielle Auswanderer Wirkung zeigte – also: wurden etwa Absolventen technischer Fächer dadurch ideologisiert – lässt sich aufgrund der Quellenlage nicht klären.

Derartige Delegationen ähnelten in ihrer Ausführung (und dies ganz offiziell) einem kurzzeitigen Ausbildungskurs. Wenn im Folgenden von Aufenthalten tschechoslowakischer Kommunisten an der Lenin-Schule berichtet wird, so verdienen auch die kurzen Arbeiterdelegationen in der UdSSR wenigstens eine Erwähnung. Das Ziel einer kurzen ideologischen „Behandlung“ von ausländischen Delegierten machte man sich einfacher, indem man zum selben Zeitpunkt Delegationen aus unterschiedlichen Ländern aufnahm, möglichst aus verschiedenen Flügeln des politischen Spektrums. Logischerweise waren vor allem Vertreter des linken Flügels anwesend. Durch den Zusammenschluss vieler Nationalitäten wurde ein ideologischer Austausch angeregt.⁴⁴²

Neben den Delegationen, die lediglich kürzere UdSSR-Aufenthalte absolvierten, könnte man noch auf die Entsendung von KSČ-Funktionären in die Komintern-Strukturen hinweisen, die eine politisch motivierte Komplett- oder Teilverlegung des Lebensmittelpunktes in die UdSSR bedeuteten. Die Spitzenfunktionäre wurden durch die KSČ delegiert. Gleich nach der Konstituierung der KSČ in der Tschechoslowakei wurden Parteivertreter zur Komintern-Zentrale entsandt. E. Burian und K. Kreibich (später ersetzt durch M. Vaněk) vertraten ab Juli 1921 die KSČ beim Komintern-Exekutivkomitee (EKKI) in Moskau. Im EKKI-Präsidium saßen K. Kreibich, B. Šmeral und B. Jílek (die beiden Letzteren ab Juni 1922). Hinzugekommen in der ersten Hälfte der 1920er Jahre waren A. Neurath, A. Muna, J. Verčík, F. Dobrovolný und A. Zápotocký. Typischerweise hatte ein Delegierter jeweils mehrere Komintern-Posten inne. Ab dem Jahr 1926, welches zahlreiche Reorganisationsmaßnahmen in der Komintern mit sich brachte, kamen neue namhafte tschechoslowakische Kommunisten hinzu. O. Geschke für das Sekretariat der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn, J. Haken für das EKKI-Präsidium, 1929 wurde K. Gottwald in das Präsidium des EKKI delegiert.⁴⁴³ Eine ausführliche Untersuchung der Funktionen der KSČ-Würdenträger in den zahlreichen und verzweigten Strukturen der Komintern ist an dieser Stelle nicht notwendig. Es sollte nur erwähnt werden, dass die Übernahme von Ämtern in der UdSSR als Ausreise verstanden werden

⁴⁴¹ Vgl. Dazu interessante Ausführungen zum „Alltag“ österreichischer Arbeiterdelegationen in der UdSSR: Schafranek in: McLoughlin 1997: 13-48.

⁴⁴² Nur ein Beispiel zur Zusammensetzung einer Delegation aus verschiedenen Ländern unter tschechoslowakischen Beteiligung: Anlässlich des 18. Jahrestages der sozialistischen Revolution kam eine Delegation von insgesamt 144 Personen in die UdSSR. 30 davon waren aus Frankreich, acht aus Belgien, sechs aus Spanien, 15 aus England, 39 aus der ČSR, zehn aus Holland, fünf aus Dänemark, 13 aus Schweden, 14 aus Norwegen, drei aus Südafrika und eine Person aus den USA. Zur tschechoslowakischen Delegation: Zwölf Personen waren tschechische [so im Dokument, MS] und deutsche Sozialdemokraten, 13 Personen waren Mitglieder der KSČ, sechs waren tschechische [so im Original, MS] Sozialisten, acht Personen waren parteilos. Der Sinn bestand darin, die Delegierten "kurzzeitig auszubilden", damit sie nach ihrer Rückkehr über ihre Eindrücke aus der Sowjetunion ausführlich berichten konnten. Aus dem Komintern-Bericht über den Besuch ausländischer Arbeiterdelegationen in der UdSSR vom 24.2.1936, RGASPI, f. 495, op. 12, d. 144, l.2-17.

⁴⁴³ Vgl. hierzu sehr ausführlich und akribisch recherchiert Adibekov G. M. 1997: Organizacionnaja struktura Kominterna 1919-1943 [Die organisatorische Struktur der Komintern 1919-1943]. Moskva; ders. 2004: Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. Dokumenty 1919-1943 [Das Politbüro des ZK RKP(b)-VKP(b) und die Komintern. Dokumente 1919-1943]. Moskva.

könnte, wenngleich die Bezeichnungen „Emigration“ oder „Auswanderung“ hier keine formale Richtigkeit haben.

Die kommunistische politische Emigration in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit – und seien es nur kurzzeitige oder aber langzeitige Ausbildungs- oder Dienstaufenthalte – unterschied sich noch in einer weiteren unübersehbaren Eigenschaft von der wirtschaftlichen Auswanderung. Sie erfolgte in der Regel illegal, d.h. bei Verschleierung des wahren Auswanderungsgrundes (oder –zieles), unter Verwendung von gefälschten Papieren oder einer falschen Identität, abseits aller tschechoslowakischen Passbehörden und sowjetischen Vertretungen. Die Illegalität bezog sich hierbei auf das Auswanderungsland ČSR, denn die politischen Immigranten reisten legal in die UdSSR und ihre illegale Ausreise führte zu einem legalen UdSSR-Aufenthalt.

In die Rubrik temporäre Auswanderung fallen auch kurz- oder langfristige Aufenthalte tschechoslowakischer Staatsangehöriger in sowjetischen Ausbildungsanstalten, dabei wird die kommunistische Internationale Lenin-Schule⁴⁴⁴ genauer betrachtet und deren Hörer aus der ČSR fokussiert. Nicht nur die Hörer selbst, sondern auch die Existenz der ILS war geheim. Neben der mehrjährigen Ausbildung veranstaltete die ILS auch kurzfristig angelegte Internationale Lenin-Kurse.

XII.2. Die tschechoslowakischen Hörer der Internationalen Lenin-Schule

Der V. Komintern-Kongress im Sommer 1924 postulierte den bedingungslosen Führungsanspruch der VKP/b/ und verabschiedete Programmmaßnahmen zur deutlichen Festigung der Rolle der Partei in der sowjetischen Gesellschaft und der kommunistischen Welt und brachte grundlegende Schritte zur Festigung des stalinistischen Führungsstils auf den Weg. Eine konkrete Form zur Verwirklichung dieser allgemein formulierten Vorsätze und Programme bedeutete die Errichtung einer Ausbildungsanstalt für Kommunisten aus aller Welt, die kommunistisch-ideologisches Wissen vermittelte, welches die Hörer dann zu Gunsten der eigenen nationalen Partei im jeweiligen Heimatland einsetzen konnten. Die Aufenthalte tschechoslowakischer Hörer der ILS stellten einen latenten Auswanderungskanal dar.

Der Unterrichtsbetrieb, geplant zwar für das Jahr 1924, wurde erst 1926 tatsächlich aufgenommen⁴⁴⁵. Zu den Unterrichtsfächern gehörten Politökonomie, Leninismus und historischer Materialismus, Komintern-Geschichte, Geschichte der nationalen kommunistischen Parteien, Parteiaufbau, Gewerkschaftsfragen und andere. Die Lehrpläne entwickelten sich stets bzw. reagierten auf die neuesten Entwicklungen innerhalb der VKP/b/, die dann sowohl im Unterricht als auch in Form von „freiwilligen“ Vorträgen und Referaten diskutiert wurden. Dazu gehörten Bereiche wie illegale

⁴⁴⁴ Im Original: „Meždunarodnaja leninskaja škola“. Im Folgenden als ILS abgekürzt.

⁴⁴⁵ Die verspätete Betriebsaufnahme lag am Mangel an qualifizierten Lehrkräften: Schafranek in: McLoughlin 1997: 435ff.

Arbeit, Militärunterricht, Probleme des Trotzkismus und rechte Abweichungen innerhalb der VKP(b) und natürlich Übungen zur Realisierung der Beschlüsse der aktuellen Komintern-Kongresse.

Im Rahmen der Schule bestanden unterschiedliche Studienformen. Das eigentliche Studium an der ILS dauerte in der Regel zwei Jahre. Viele der Absolventen entschieden sich noch für eine anschließende Praxis in der UdSSR, sodass sich die Sowjetunion-Aufenthalte in die Länge zogen und Studienzeiten von drei Jahren, in Ausnahmefällen sogar vier Jahren, keine Seltenheit waren. Parallel existierten kurzzeitige Ausbildungsangebote, die sich anscheinend den beruflichen Belangen, zeitlichen Möglichkeiten und dem politischen Potenzial der einzelnen Hörer anpassten. Somit bestanden nebeneinander mehrere Ausbildungsformen mit mehr oder weniger komprimiertem Inhalt und dementsprechend unterschiedlicher Ausbildungslaufzeit. Betrachtet man die Zahlen der Hörer aus der Tschechoslowakei, so muss man bedenken, dass es sich um Absolventen unterschiedlicher Kurse handelte und die Kursteilnehmer in mehreren aufeinanderfolgenden Jahrgängen erfasst worden sein können, was die Verlässlichkeit der Zahlenangaben beeinträchtigt.

An der ILS studierten 1926 und 1927 Schafraneks Forschungen zufolge etwa 170 ausländische Kommunisten, die nach Sprachsektoren aufgeteilt waren. Die Tschechen (Hörer slowakischer Nationen werden in den 1920er Jahren nicht genannt) wurden dem Deutschen Sektor zugeordnet (zusammen mit Deutschen, Polen, Ungarn, Niederländern, Schweizern und Österreichern), daneben bestand ein Französischer Sektor, ein Englischer und ein Russischer Sektor, die wiederum Hörer mehrerer Nationalitäten umfassten⁴⁴⁶. Der offensichtliche Anstieg der Hörer aus der ČSR in den 1930er Jahren sorgte dafür, dass ein Tschechoslowakischer Sektor (Sektor B) infolge der Aufsplitterung der großen Sektoren in mehrere zahlenmäßig kleinere nationale Sektoren entstand.⁴⁴⁷

Die Teilnahme tschechoslowakischer Kommunisten an den Kursen der ILS war in den 1920er Jahren keineswegs zahlenmäßig hoch. In den mehrjährigen Kursen waren sieben Tschechoslowaken im Jahrgang 1926 bis 1928 vertreten, ein einziger im Jahrgang 1927/1928, drei Personen in der dreijährigen Ausbildung 1927 bis 1930 und wieder sieben im Zeitraum 1927 bis 1929⁴⁴⁸. Ein grundlegender Anstieg der Hörerzahl aus der ČSR konnte ab dem Jahr 1929 festgestellt werden; er lässt sich mit der Aktivierung der KSČ nach einem Führungswechsel in Zusammenhang bringen.

Das Jahr 1929 bedeutete eine entscheidende Änderung an der Spitze der KSČ und eine Radikalisierung ihrer Politik. Bereits im Jahr 1928 erlangte die jüngere Parteigeneration um Kle-

⁴⁴⁶ Ebd.: 438.

⁴⁴⁷ Die Entstehung eines Tschechoslowakischen Sektors muss – an Archivquellen belegbar – spätestens im Jahr 1930 erfolgt sein. Auch war von einem Tschechoslowakischen und nicht lediglich von einem Tschechischen Sektor die Rede, wie bei Schafranek (ebd.) irrtümlich angenommen. Vermutlich lag hier eine Verwechslung vor, denn die Bezeichnung Tschechischer Sektor, manchmal sogar Tschechische Parteischule ist in den Archivquellen gelegentlich anzutreffen. Genauso sprach man von nationalen Sektoren, obgleich im Tschechoslowakischen Sektor auch Hörer deutscher und ungarischer Nationalität vertreten waren. Der Sektor B bezeichnete also einen Zusammenschluss von Hörern tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit.

⁴⁴⁸ Verzeichnis tschechoslowakischer Studenten: RGASPI, f. 531, op. 1, d. 31, l. 31ff.

ment Gottwald dank einer Unterstützung der Komintern die Oberhand in der KSČ: Gottwald trat gegen die Parteiführung mit B. Jílek an der Spitze mit einer Kritik an der politischen Linie. Die neue kommunistische Generation besetzte im Laufe des Jahres 1928 die wichtigsten Parteiposten und führte eine radikale Politik der Zuspitzung des Klassenkampfes und eine aktivere Durchsetzung der kommunistischen Ideologie durch. Der V. KSČ-Kongress bestätigte die politische Gottwald-Linie und die Besetzung der höchsten Parteifunktionen⁴⁴⁹. Die Änderung des Führungsstils, die offensivere Politik und die Stimmenverluste der KSČ in den tschechoslowakischen Parlamentswahlen von 1929 dürfen sich in der verstärkten Suche nach geeigneten kommunistischen Kadern und in deren intensiver Ausbildung widerspiegelt haben. Denn ab 1929 stieg die Zahl der Hörer aus der ČSR wesentlich und es wurde ein eigenständiger Tschechoslowakischer Sektor (B) ins Leben gerufen.

Einzelheiten über den Delegationsmechanismus sind anhand der Quellen nicht genau rekonstruierbar. Der konkrete Adept scheint dabei jedoch eine passive Rolle gespielt zu haben. Durch Unterbreitung von Vorschlägen auf der Bezirksebene und durch deren Aufstieg durch die Kontrollorgane der gesamten Parteihierarchie wurden geeignete Kandidaten bestimmt und diese erst dann angesprochen. Dabei mussten gewisse formelle Voraussetzungen erfüllt werden: Eine mindestens dreijährige Parteimitgliedschaft bei Arbeitern und Bauern, eine fünfjährige bei Bediensteten. Erwartet wurde außerdem Erfahrung auf einem Parteiposten von wenigstens zwei Jahren Dauer. Das Aufnahmehöchstalter lag bei 35 Jahren.⁴⁵⁰

Der ausgesuchte Kandidat wurde mit Hilfe gefälschter Papiere unter entscheidender Mitwirkung der Abteilung für internationale Verbindungen⁴⁵¹ beim EKKI in die UdSSR transferiert. Der Neuankömmling wurde in Moskau von der OMS abgeholt und in einem Hotel untergebracht. Bevor er sein Studium aufnahm, wurde er einer „technischen Vorbereitungsarbeit“ unterzogen, um seine Bereitschaft zum Studium zu prüfen. Diese Prüfphase wurde als „Isolat“ bezeichnet und dauerte mehrere Wochen. Hier wurde die politische und persönliche Zuverlässigkeit des künftigen Studenten geprüft. Dies bedeutete eine grundlegende Kontrolle seines sowohl politischen als auch privaten Umfeldes. Im Isolat wurde der Adept auf seine konspirative Existenz an der ILS vorbereitet: Er musste einen Decknamen tragen und eine gefälschte „eigene“ Biografie auswendig lernen. Während der Prüfphase musste außerdem sichergestellt werden, dass der Student keinen von seinem Moskau-Aufenthalt in Kenntnis setzte⁴⁵²: Weder in der ČSR noch in Moskau durfte jemand erfahren, dass er das Studium an der ILS aufnahm. Kein Student durfte mit seinen Angehörigen in der Heimat korrespondieren, es sei denn mittels einer Deckadresse oder mittels der Adresse der Ver-

⁴⁴⁹ Zur Aktivierung der KSČ um 1928/1929 vgl. z.B. Šebek J. 1998: Parlamentní volby v roce 1929 [Die Parlamentswahlen im Jahr 1929]. In: ČČH 1, 124f.

⁴⁵⁰ Aufnahmehindernisse waren hingegen: Dienst in einer Kolonial- oder Interventionsarmee und bei der Polizei. Vom Studium waren ebenfalls Parteimitglieder ausgeschlossen, die einer Spionage verdächtigt waren und Parteimitglieder, die nach der Oktoberrevolution aus Sowjetrußland emigriert waren, kranke und (wegen Vermögensdelikt) vorbestrafte Parteimitglieder: Aufnahmebedingungen 1935-36: RGASPI, f. 531, op. 1, d. 56, l. 55.

⁴⁵¹ Otděl meždunarodnoj svjazi/OMS, später Otděl sekretnoj svjazi/Abteilung für geheime Verbindung/OSS

⁴⁵² 3.11.1935, Überführungsverfahren von ILS-Studenten, RGASPI, f. 531, op. 1, d. 70, l. 2.

tretung der KSČ beim EKKI. Derjenige, der diesen Aufnahmebedingungen im Isolat gerecht wurde, durfte das Studium an der ILS aufnehmen. In jedem Jahrgang fanden sich allerdings tschechoslowakische Kommunisten, die zurück in die ČSR fuhren. R. Slánský⁴⁵³, um wenigstens einen namhaften tschechoslowakischen kommunistischen Funktionär zu nennen, durfte sein Studium im Jahr 1930 nicht antreten⁴⁵⁴.

Die Hörer der selbst vor der sowjetischen Öffentlichkeit geheim gehaltenen ILS mussten vor dem eigentlichen Studium ihre eigene Identität aufgeben.⁴⁵⁵ Sie traten nur unter Decknamen auf und mussten selbst ihre Landsleute, die sie aus der Heimat namentlich kannten, mit dem Decknamen ansprechen. Sie durften keine Kontakte zur einheimischen Bevölkerung knüpfen, Beziehungen zu russischen Frauen waren untersagt.

Der beiden Jahrgänge 1929 und 1930 gehören mit 72⁴⁵⁶ tschechoslowakischen Hörern zu den zahlenstärksten. Das Studium, gegliedert in einen theoretischen und praktischen Teil, beinhaltete eine politische Grundausbildung (alle Facetten der Partei-, Komintern- und Gewerkschaftsgeschichte) und einen – je nach Studiumstyp – mehrwöchigen Aufenthalt in einer administrativen, landwirtschaftlichen oder industriellen Einrichtung der UdSSR, um die Sowjetwirtschaft von der praktischen Seite kennen zu lernen. Die tiefgehende politische Erziehung tschechoslowakischer Kommunisten an der ILS zeigte ihre Erfolge: „Die Genossen kamen mit typisch tschechoslowakischer Einstellung zu politischen und organisatorischen Fragen, mit ungenügenden theoretischen und praktischen Vorkenntnissen. Nach der Ausbildung ist nun eine deutliche Bolschewisierung der Genossen sichtbar“⁴⁵⁷.

Ab den 1930er Jahren lässt sich ebenfalls eine „Nationalisierung“ in der Unterrichtskonzipierung feststellen. Dies bedeutete, dass der Unterrichtsstoff viel stärker auf die Fragestellungen der jeweiligen nationalen Politik und der kommunistischen Partei einging. Zu diesem Zweck wurden neben den tschechoslowakischen Hörern auch Lehrkräfte aus der ČSR – auf Vorschlag der KSČ, der Kaderabteilung der ILS, der Komintern, des Sektorleiters⁴⁵⁸ u.a. – für den Unterricht in die UdSSR entsandt. Gleichzeitig wurden Würdenträger der KSČ oder der Tschechoslowakischen

⁴⁵³ Rudolf Slánský (*31.7.1901) trat im Jahr 1921 der KSČ bei. 1929 wurde er Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros. Von 1935 bis 1938 war er Parlamentsabgeordneter, 1938 ging er nach Moskau und wurde Mitglied der Auslandsleitung der KSČ. 1945 kehrte er in die ČSR zurück und wurde Generalsekretär der KSČ. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Bekämpfung der demokratischen Parteien und der Machtübernahme der Kommunisten im Jahr 1948 beteiligt und für die Verfolgung der Gegner der Kommunistischen Partei verantwortlich. Am 8. September 1951 wurde er als Generalsekretär entlassen und erhielt den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Am 23. November 1951 wurde er verhaftet und des Hochverrats angeklagt. In einem Schauprozess im November 1952 wurde er zum Tode verurteilt und am 3. Dezember 1952 zusammen mit zehn weiteren Mitangeklagten hingerichtet. 1963 wurde er juristisch rehabilitiert, fünf Jahre später auch von der Partei.

⁴⁵⁴ RGASPI, f. 531, op. 1, d. 23, l. 3.

⁴⁵⁵ Grundlegende Überlegungen zu stalinistischer Identitätsbildung und Identitätenwandel: Studer B., Unfried B. 1999: „Das Private ist Öffentlich“. Mittel und Formen stalinistischer Identitätsbildung. In: Historische Anthropologie. Kultur, Gesellschaft, Alltag 7, 83-108.

⁴⁵⁶ Die Zahlenangaben gehen in manchen Fällen auseinander. Unter RGASPI, f. 531, op. 1, d. 31, l. 31ff. finden sich Verzeichnisse tschechoslowakischer ILS-Studenten für den Zeitraum 1926-31, die insgesamt 138 Namen aufweisen. Für den Jahrgang 1929-1939 (zweijähriger Aufenthalt) 41 Personen, für das einjährige Studium 1930 noch 31 Personen.

⁴⁵⁷ Aus dem Bericht über die tschechische [so im Dokument, MS] Parteischule in Moskau. RGASPI, f. 495, op. 71, d. 401, l. 1-4.

⁴⁵⁸ Der Leiter des Tschechoslowakischen Sektors Gustav Oldner initiierte im Frühjahr 1934 die Einladung des Genossen Stoll [?, MS] von Rudé právo als Lehrer für die ILS: RGASPI, f. 531, op. 1, d. 56, l. 5.

Sektion beim EKKI zu Vorträgen geladen. Das hieß zugleich, dass neben der russischen Sprache noch die Sprachen der ČSR hinzukamen, denn es wurden auch einige der Lehrwerke speziell für die ILS in der ČSR konzipiert⁴⁵⁹. „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ hieß ein zu diesem Zweck von der KSČ fabriziertes Unterrichtsbuch. Bereits im Jahr 1933 musste es aus dem Umlauf gezogen werden⁴⁶⁰.

Innerhalb der ILS waren die tschechoslowakischen Kommunisten im Sektor B organisiert. Innerhalb dieses Sektors bestanden dann kleinere KSČ-, VKP/b/- oder Komsomol-Zellen neben unterschiedlichen kulturellen und politischen Zirkeln. An der Spitze des Sektors stand ein Leiter, der auch die sektorinterne „Jurisdiktion“ bei Verstößen gegen die Konspiration inne hatte. Zu den üblichsten und gleichzeitig schwersten Delikten gehörten die Beziehungen der Hörer des Sektors B zu russischen Frauen. Solche und ähnliche Vergehen wurden auf den Sektorsitzungen ausgetragen und in vielen Fällen zusätzlich in der ILS-Kaderabteilung und in der Tschechoslowakischen Sektion beim EKKI behandelt. Die Delikte wurden als Verstoß gegen die Parteimoral und die Konspiration gewertet, als unbolschewistisch, leichtsinnig, als Zeichen kleinbürgerlichen, eines ILS-Schülers unwürdigen Individualismus gewertet⁴⁶¹. Einen schweren Verstoß stellten auch die Preisgabe von Decknamen und Deckadressen dar. Auch Ausschreitungen nationalen Charakters innerhalb des Sektors B gehörten zu den Delikten. Die Slowaken klagten, sie würden von den Tschechen unterdrückt⁴⁶².

Zur politischen Arbeit innerhalb des Sektors gehörte auch die Aufarbeitung der aktuellen politischen Geschehnisse und des Unterrichtsstoffes. Zu diesem Zwecke wurde (wohl nur gelegentlich) eine Sektor-Zeitschrift herausgegeben, welche die Bezeichnung „Erfahrungsarchiv“⁴⁶³ trug. In einer deutsch-tschechischen Parallelausführung mit einigen ungarischen Beiträgen thematisierte die Zeitschrift neben aktueller Politik auch die Alltagsthemen in Moskau und an der ILS. Dazu gehörten Besprechungen von Stalins Reden und Äußerungen anderer kommunistischer Spitzenpolitiker (Gottwald, Dimitrov). Die Zeitschrift enthielt außerdem Anweisungen zur Wahrung der Konspiration, verurteilte "lautes Benehmen in der Straßenbahn und auf der Straße" und pries Klassenwachsamkeit.⁴⁶⁴

Die Archivquellen lassen erkennen, dass an der ILS während ihrer Existenz mindestens 233 kommunistische Hörer aus der ČSR studiert haben⁴⁶⁵. Als Studenten in unterschiedlich langen

⁴⁵⁹ Dies geht aus dem Sitzungsprotokoll der tschechoslowakischen Kommission des Mitteleuropäischen Ländersekretariats beim EKKI vom 14.3.1930 hervor: Lehrkräfte für die Tschechische Parteischule in Moskau sollten gewonnen werden. Der Genosse P. Reimann sollte bis zur Beendigung des diesjährigen Kurses in Moskau bleiben (Geschichte der Partei und der Komintern), außerdem wurde beschlossen, aus den Vorlesungskonzepten der jeweiligen Dozenten Lehrbücher in der ČSR herauszugeben. Bei den tschechoslowakischen Hörern sollte mehr Wert auf pädagogische und methodologische Aspekte gelegt werden, um sie besser auf die ideologische Schulung von Massen vorzubereiten. RGASPI, f. 495, op. 56, d. 4, l. 1.

⁴⁶⁰ Im Jahr 1933 wurden marxistische Einflüsse in dem Lehrwerk entdeckt: RGASPI, f. 495, op. 12, d. 134, l. 30.

⁴⁶¹ Vgl. hierzu Resolutionen des Sektor B: RGASPI, f. 531, op. 1, d. 56, l. 54.

⁴⁶² Vgl. Bericht aus dem Sektor B (1934): RGASPI, f. 531, op. 2, d. 52, l. 6.

⁴⁶³ Im Original „Archiv skušenosti“ [sic!]. Im RGASPI nur eine Ausgabe (1935) auffindbar.

⁴⁶⁴ RGASPI, f. 531, op. 1, d. 249, l. 1-84.

⁴⁶⁵ Im Zeitraum 1926-1931 waren es 138 Personen (RGASPI, f. 531, op. 1, d. 47, l. 17), 1932-1933 waren es 33 Personen (Ebd., l. 19), 1933-1934 26 Personen (31 Personen war die Aufnahmequote, 28 kamen an, 26 wurden aufgenommen).

Kursen oder als sog. Aspiranten in zwei- bis dreijährigen Studiengängen verbrachten sie eine lange Zeit in der UdSSR. Sie wurden sorgfältig ausgesucht und geprüft, um sie nach ihrer Ausbildung an der ILS in der ČSR zur politischen Arbeit einzusetzen. Durch Einbindung in die praktische Arbeit sollten die Hörer ihre erworbenen theoretischen Kenntnisse in die Praxis umsetzen können. Die Ausbildung an der ILS hatte zum Ziel, die Absolventen in der ČSR zur ideologischen Massenarbeit in den tschechoslowakischen kommunistischen Strukturen auf allen Ebenen – in einer Rolle als politische Instruktoren oder Mitarbeiter von propagandistischen Abteilungen – vorzubereiten. Das gesichtete Archivmaterial weist darauf hin, dass bereits mit dem Jahr 1934 der Zustrom tschechoslowakischer Hörer an die ILS infolge der Entwicklung in der Sowjetunion und an der ILS deutlich eingeschränkt wurde.

Die ausgesuchten Schüler hatten bereits eine längere Parteikarriere hinter sich, sodass sie als bewährt galten und nach der abgeschlossenen ILS-Ausbildung hohe Aufstiegschancen hatten. Die Durchsicht der zugänglichen Archivquellen liefert Belege, dass eine große Anzahl der kommunistischen Funktionäre während ihrer politischen Karriere einen ILS-Aufenthalt absolviert haben: Jan Bartosch (*1895), Rudolf Dölling (*1902), Napoleon Hauser (*1918), Rudolf Kohn (*1885), Jiří Kořátko (*1899), Šimon Lebovič (*1907), František Nedvěd (*1867), Robert Schenk (*1900), Ernst Schön (*1895), Viktor Stern (*1885). Es mag die Gunst des Schicksals gewesen sein, dass gerade die hier genannten Genossen vor dem Zweiten Weltkrieg zurück in die Sowjetunion geflohen sind⁴⁶⁶.

Die politische Entwicklung in der UdSSR ab Ende 1934 erfasste auch die ILS. Die stalinistischen Schauprozesse, die Liquidierung der Oppositionellen in der VKP/b/ und im staatlichen Verwaltungsapparat, der Kampf gegen etliche „Abweichler“, eine Atmosphäre kollektiver Bespitzelung und Denunziation waren Aspekte, die sich auch auf den Betrieb der ILS negativ auswirkten. Die harten Säuberungsmaßnahmen blieben der ILS als einer Brutstätte für politischen Nachwuchs nicht erspart. Nicht nur innerhalb des Ausländerkollektivs, sondern auch im Kreise der Lehrer breitete sich eine Misstrauensstimmung aus. ILS-Angehörige hatten Etwas zu befürchten: Nichteinhalten der stalinistischen Politik in der Stoffvermittlung, ungenügendes Thematisieren des Kampfes gegen die Trotzkisten gehörte zu den schweren Delikten eines Lehrers, unbolschewistisches Verhalten konnte hingegen jederzeit einem ILS-Studenten angehängt werden.

Im Jahr 1937 kam der Betrieb der ILS praktisch zum Erliegen. Schafranek bezeichnete die Entwicklung innerhalb der Schule als eine Kettenreaktion: Der Sturz der in Ungnade gefallenen ILS-Leiterin Kirsanova löste weitere durchgreifende Maßnahmen in der Kaderabteilung der Schule aus. Schafranek beschreibt dies als einen Wettlauf um die Nachweiserbringung der politischen Wachsamkeit jedes einzelnen Schulangehörigen. Dieser Wettbewerb lieferte dem Säuberungsme-

men (RGASPI, f. 531, op. 1, d. 62, l. 1) und im Zeitraum 1935-1936 wurden 36 Personen aus der ČSR zum Studium an der ILS zugelassen (Ebd., l. 16), davon waren 26 für die KSČ-Funktionäre und zehn für die KSM (Kommunistischer Jugendverband/Komsomol) vorgesehen (RGASPI, f. 531, op. 1, d. 56, l. 56).

⁴⁶⁶ Siehe hierzu Kap. XII.4.5., Tabelle 6.

chanismus immer neue und neue Verdächtige und Opfer. Die Schule wurde letztendlich im Jahr 1938 geschlossen – „verschlungen von der stalinistischen Konterrevolution“. ⁴⁶⁷

Biografischer Exkurs: Josef Salinger

Das Prager Nationalarchiv birgt in seinen Beständen das Schicksal eines ILS-Hörers des Jahrgangs 1934⁴⁶⁸, Josef Salinger (*1907). Laut der Vertretung der ČSR in Moskau handelte sich um ein moralisch entartetes und politisch unzuverlässiges Individuum schlechten Rufs. Der ledige Arbeiter Salinger wurde vom kommunistischen Parteisekretär in Žilina angewiesen, nach Prag zu reisen und sich bei der Redaktion der Genossenschaftszeitschrift „Včela“ (Die Biene) einzufinden. Hier bekam er von einer Frau Geld und wurde in ein Prager Hotel geschickt und von da aus in die Wohnung eines Arbeiters, der Václav genannt wurde. Nach Ablauf von drei Tagen traf er sich wieder mit der Frau aus der Zeitschriftenredaktion in einem Prager Restaurant, wo sie ihm einen Reisepass übereichte, in welchem zwar sein Foto eingeklebt war, die Personenbeschreibung jedoch auf einen 35-jährigen Mann passte und Salinger eher weniger entsprach. Gleichzeitig erhielt Salinger von der namentlich ihm nicht bekannten Frau ein versiegeltes Geleitschreiben, welches er in die eigenen Kleider einnähen musste. So ausgestattet und mit 1.200 Kronen in bar reiste er nach Deutschland, dann nach Riga und von da aus an die sowjetische Grenze. ⁴⁶⁹

An dem Grenzpunkt wurde er von sowjetischen Beamten kontrolliert. Nachdem er sich mit seinem Geleitschreiben ausgewiesen hatte, wurde er in Begleitung eines GPU-Mitarbeiters⁴⁷⁰ nach Moskau gebracht und in einem Komintern-Gebäude untergebracht, im Anschluss verbrachte er drei Tage im Hotel Lux⁴⁷¹. Danach wechselte er noch einmal die Unterkunft. Währenddessen durfte er sein Zimmer nicht verlassen und seine Parteidokumente wurden in Zusammenarbeit mit der KSČ geprüft. Danach konnte er das Studium an der ILS antreten – er wurde in das Schulgebäude im Moskauer Stadtzentrum (Straße Vorovskogo⁴⁷²) gebracht.

Nach der Ankunft in der Schule bekam er neue, landestypische Kleider, und trat nur noch unter seiner neuen einstudierten gefälschten Identität als Evžen Gerin auf. In der Schule traf er weitere tschechoslowakische Hörer, die er zum Teil zwar noch aus der ČSR namentlich kannte, sprach sie jedoch mit Decknamen an. Zum Unterrichtsstoff gehörten kommunistische Themen, aber auch die Vermittlung von militärischen Fertigkeiten. Es wurden ein Straßenkampf gegen die

⁴⁶⁷ Schafranek in McLoughlin 1997: 462-465.

⁴⁶⁸ NA, PMV-AMV 225, k. 1203, s. 2.

⁴⁶⁹ Salinger scheint nicht geahnt zu haben, dass er zum Studium an der ILS auserwählt wurde.

⁴⁷⁰ Glavnoje političeskoje upravljenje (auch: Gosudarstvennoje političeskoje upravljenje) = Staatliche politische Verwaltung.

⁴⁷¹ Das Hotel Lux fungierte als ein Komintern-Quartier für auswärtige Gäste.

⁴⁷² Hier siedelte die ILS von 1926 bis 1936. Danach, um die Schüler vor der sowjetischen Öffentlichkeit abzuschirmen, zog die Schule an den südlichen Stadtrand von Moskau in drei neu errichtete Häuser: Schafranek in McLoughlin 1997: 451.

„Polizei“ und ein Partisanenkrieg geübt. In seinem Jahrgang waren etwa 30 Tschechen, Slowaken und Deutsche aus der ČSR vertreten.⁴⁷³

Salinger traf sich während eines Sowchosenbesuches mit einer Russin, weswegen er von der Schule ausgeschlossen wurde (offiziell wegen einer „rechten Abweichung“). Er wandte sich an die tschechoslowakische Vertretung in Moskau und bat um die Repatriierung. Dies wurde jedoch in der ILS bekannt und Salinger wurde zur Sowchosenarbeit nach Samara geschickt, wo er drei Monate lang als politischer Agitator unter landwirtschaftlichen Arbeitern fungierte; wegen schlechter Verpflegung flüchtete er nach Moskau und bat bei der ILS um die Entsendung zurück in die Heimat. Hier wurde ihm mitgeteilt, dass er zunächst seine „rechte Abweichung“ zugeben und auskurieren sollte.

GPU schickte ihn als Maurer nach Tiflis, wo er zur Aufgabe hatte, unter den ausländischen Arbeitern, insbesondere den Deutschen, Spione und gefährliche antisowjetische Elemente aufzudecken. Hier bekam er die Einladung, einer „trozkistischen“ Gruppierung beizutreten. Dies wurde der GPU bekannt: Salinger musste nach Batumi und später nach Moskau fliehen, wo er um die Ausstellung eines ordentlichen Reisepasses bat, um in die ČSR zurückzukehren.

Am 29. März 1938 erschien Salinger persönlich bei der tschechoslowakischen Vertretung und äußerte den Verdacht, beobachtet und bespitzelt zu werden. Er gab an, dass er vermutlich für den Besuch der tschechoslowakischen Vertretung verhaftet werden könne. Nachdem er die Vertretung verlassen hatte, meldeten die Vertretungsmitarbeiter, dass Salinger auf seinem Weg von einem sowjetischen Polizisten und einem Geheimagenten verfolgt worden war, die üblicherweise die Vertretung observierten. Die Vertretung schloss ihren Bericht mit der sachlichen – und vermutlich so geschehenen – Annahme ab, Salinger werde höchstwahrscheinlich verhaftet und wegen Verrat verurteilt werden.

XII. 3. „Überführungssekretariat“ – ein latenter Einwanderungskanal

Neben den legalen Einwanderungskanälen, an deren Spitze in den 1920er Jahren die KomSTO stand, ab den 1930er Jahren dann die Immigrationsabteilungen des Volkskommissariats für Arbeit oder des Volkswirtschaftsrates, bestanden auch andere, illegale Einwanderungsmöglichkeiten für Interessenten aus der ČSR. Auf die ILS wurde bereits eingegangen: Sie stellte einen illegalen Einwanderungskanal dar, indem dem tschechoslowakischen kommunistischen Nachwuchs ein Aufenthalt in der UdSSR jenseits aller tschechoslowakischen oder sowjetischen Regulierungsbehörden ermöglicht wurde. Die Ausreise erfolgte mit Hilfe von gefälschten Dokumenten; reiste der Tschechoslowake mit eigenem Reisepass aus, so wurde der wahre Ausreisegrund ver-

⁴⁷³ Diese Angaben von Salinger stimmen mit dem Archivbefund überein.

heimlicht. Die Komintern stellte in Zusammenarbeit mit der ILS oder auch den nationalen kommunistischen Parteien einen großen illegalen Einreisekanal dar.

Die bereits nach dem Ersten Weltkrieg entstandene „Kommission für die Überführung von Mitgliedern der brüderlichen kommunistischen Parteien in die VKP/b/“ stellte eine weitere Gelegenheit für tschechoslowakische Kommunisten dar, illegal in die Sowjetunion auszureisen bzw. dauerhaft auszuwandern. Es handelte sich um einen von der KSČ jederzeit kontrollierbaren Auswanderungskanal, denn die Ausreise musste von ihr genehmigt werden. Die Aufnahme von Einwanderern aus anderen kommunistischen Parteien gehörte nicht zu den Hauptaufgaben der Kommission. Ihre Aufgabe war es, auf Antrag Mitglieder der KSČ aus unterschiedlichen Gründen aufzunehmen, mitunter auch diejenigen, die sich noch in der ČSR aufhielten und eine Auswanderung erst planten. Selbst die VKP/b/, neben der KSČ und der Komintern, war in den Einwanderungsprozess involviert.

Im Russischen Staatsarchiv der Sozialpolitischen Geschichte (RGASPI, f. 17, op. 98) werden alle überführungsrelevanten Dokumente in namentlichen Akten aufbewahrt⁴⁷⁴. Die Anzahl der von der KSČ in die VKP/b/ überführten Kommunisten muss beinahe 1.500 Personen betragen haben. Eine Durchsicht von über 140 persönlichen Akten überführter Personen lässt erkennen, dass nicht alle Überführten aus der ČSR auch tschechoslowakische Staatsbürger waren – schätzungsweise etwa 20 Prozent waren Ukrainer oder Russen; vermutlich Kriegsgefangene, die auf diese Art und Weise zurück in die UdSSR transferiert wurden. Weiterhin konnte bestätigt werden, dass die Aufnahme von Einwanderern keine Schlüsselfunktion der „Kommission“ war.

Die Hauptaufgabe der „Kommission“ bestand darin, den bereits auf anderen Wegen in die Sowjetunion eingereisten tschechoslowakischen Kommunisten die Mitgliedschaft in der VKP/b/ zu verschaffen. Unter den tschechoslowakischen Überführten handelte es sich um einige Gruppen: Die erste Gruppe machten landwirtschaftliche und industrielle Einwanderer aus der ČSR aus. Waren sie bereits vor der Auswanderung Mitglieder der KSČ, so durften sie – verschiedentlich motiviert – nun auch der VKP/b/ beitreten. Die Mitgliedschaft bedeutete für viele – nachdem beispielsweise ihre Kommune zerfallen oder ihr Arbeitsvertrag abgelaufen war – als ordentliche Mitglieder auf höhere Verbleibschancen in der UdSSR zu hoffen. Denn die nochmalige Verwendung ehemaliger ausländischer Kommunarden in der sowjetischen Landwirtschaft war nicht mehr erwünscht,

⁴⁷⁴ Die Durchsicht der fast 1.500 Personalien konnte im Rahmen der vorliegenden Arbeit natürlich nicht unternommen werden. Auch hätte dies – wie die Durchsicht einiger persönlicher Akten zeigte – für diese Teiluntersuchung keinen zusätzlichen Wert erbracht. Die Akten der überführten Mitglieder enthalten in der Regel nur die überführungsrelevanten Dokumente (Bestätigungen, Empfehlungen, Parteibücher etc.), jedoch keine Angaben über den weiteren Werdegang des Überführten in der UdSSR. Die Akten wurden im Zuge der Parteisäuberung um einige wenige Schriftstücke ergänzt, es scheint jedoch nicht die Praxis gewesen zu sein. Manchmal wurden sogar einige Dokumente der Akte entnommen, worauf noch heute vorhandene Vertreter hinweisen. Es ließ sich jedoch feststellen, dass einige der überführten Tschechoslowaken der Parteisäuberung zum Opfer fielen und langjährige Haftstrafen absitzen mussten. In einigen seltenen Fällen wurden ihre Überführungsakten in den 1960er Jahren wieder geöffnet, sodass sich heute einige Hinweise auf etwaige Rehabilitierungen etc. finden. Eine ausführliche Information über das Schicksal der Überführten und der stalinistischen Opfer unter ihnen würde allerdings bedeuten, jeden Namen einzeln auch in den Beständen anderer Archive zu recherchieren bzw. von den zuständigen Archivaren recherchieren zu lassen. Dies wäre mit einem weiteren administrativen, technischen und finanziellen Aufwand verbunden gewesen. Die nachstehende Untersuchung stellt sich zum Ziel, einen neuen Einwanderungskanal vorzustellen, muss jedoch auf eine zahlenmäßige Aufstellung tschechoslowakischer Überführter und auf eine Darstellung von Kollektivschicksalen verzichten.

genauso konnten auch industrielle Fachleute zum bestimmten Zeitpunkt einfach aus der Sowjetunion ausgewiesen werden. Als Mitglieder der VKP/b/ wurde ihnen jedoch eine andere Behandlung zu Teil, die für sie einen weiteren Verbleib in der UdSSR – ohne eine Einschaltung von Immigrationsbehörden – bedeuten konnte. Reiste ein tschechoslowakischer Kommunist und zugleich industrieller Spezialist in die UdSSR am Anfang der 1930er Jahre ein, so hatte er, nachdem seine Profession nicht mehr gefragt wurde, abzureisen. Die Parteimitgliedschaft in der KSČ konnte vielleicht zu einer Vertragsverlängerung führen, jedoch nicht zwangsläufig zu einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis. Als Mitglieder der VKP/b/ konnte man sich jedoch einer langfristigen sowjetischen Aufenthaltserlaubnis sicher sein.

Zur zweiten Gruppe von Überführten zählten fremde (d.h. nicht tschechoslowakische) Staatsbürger, die während ihres Aufenthaltes in der ČSR der KSČ beigetreten waren. Repräsentiert wurde diese Gruppe besonders von ehemaligen russischen Kriegsgefangenen, die in den 1920er Jahren in die Sowjetunion zurück kehrten. Deren Aufnahme in die VKP/b/ gestaltete sich viel komplizierter, da der Verdacht bestand, sie könnten der russischen „weißen“ Emigration in die ČSR angehört haben. Die im Archiv gesichteten Personalien lassen jedoch ebenfalls den Schluss zu, dass die Kandidaten bereits vor der Ausreise aus der ČSR in die Sowjetunion um die Aufnahme in die VKP/b/ ersuchten. Die Aufnahme in die VKP/b/ im Vorfeld erleichterte im wesentlichen Maß die Erledigung der Ausreiseformalitäten und die Aufnahme durch die Sowjetunion.

Ein drittes Segment der Überführten vertraten die tschechoslowakischen Kommunisten, die in die UdSSR auszureisen wünschten. Es handelte sich hierbei allem Anschein nach um Reihenmitglieder, die sich durch die Aufnahme in die sowjetische Mutterpartei eine Arbeitsstelle in der Sowjetunion sicherten. Sie stellten einen Aufnahmeantrag, warteten dessen positive Entscheidung ab und planten die Ausreise oder Auswanderung. Wurden sie aufgenommen, konnten sie – nun als Mitglieder der VKP/b/ – nach einer Arbeitsstelle in der Sowjetunion suchen. Hierbei galt ihre neue Parteimitgliedschaft und nicht, wie bei legalen Einwanderungskanälen, das wirtschaftliche Interesse der UdSSR als das entscheidende Kriterium. Die „Kommission“ spielte somit auch als Regulierungsorgan für die wirtschaftlichen Einwanderer aus dem kommunistischen Lager eine Rolle.

Der Einwanderungskanal „Überführungskommission“ wurde allerdings auch von rein politischen Emigranten benutzt. Einige seltene Fälle weisen darauf hin, dass die KSČ selbst die Ablieferung ihrer Mitglieder in die UdSSR veranlasste. Dies bedeutete in der Praxis, dass Mitglieder der KSČ, die mit ihrer kommunistischen Tätigkeit gegen die geltenden tschechoslowakischen Gesetze verstießen, zu ihrem eigenen „Schutz“ in die Sowjetunion abgeliefert werden durften. Die Archivquellen belegen, dass die Überführung eines tschechoslowakischen Parteimitglieds in die VKP/b/ nicht nur seine Ausreise verwaltungstechnisch erleichterte, sondern ihm weitere Möglichkeiten politischer Entfaltung und „Weiterbildung“ in der UdSSR eröffnete. Somit konnten die dem tschechoslowakischen Regime unbequemen Kommunisten ihrem politischen Engagement in der Sow-

jetunion weiter und geschützt nachgehen. Die Überföhrungskommission der VKP/b/ fungierte auch in solchen Fällén als Einwanderungsmittler.

Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, dass die Überföhrung in die VKP/b/ für den tschechoslowakischen Kommunisten seine sofortige Unterstellung unter die „parteiinterne“ Jurisdiktion bedeutete. Der Einwanderungskanal VKP/b/ stellte ein ausschließlich von kommunistischen Institutionen der ČSR und der Sowjetunion betriebenes und bewachtes politisches Migration sinstrument dar, denn nur mittels der VKP/b/ geprüfte und politisch zuverlässige Kommunisten durften einreisen. Es wurden die Dauer der KSČ-Mitgliedschaft, die entrichteten Beiträge, das politische Engagement außerhalb des Berufs und Ähnliches geprüft. Der Überföhrungsantrag des tschechoslowakischen Kommunisten musste von der parteilichen Betriebszelle mit anschließender Bestätigung durch die Kreis- oder Bezirksorganisation der KSČ empfohlen werden. In Moskau wirkte die Tschechoslowakische Sektion beim EKKI in Moskau bei der Abwicklung der Überföhrung entscheidend mit, denn sie war diejenige, die zusätzliche Informationen über den zu Überföhrenden in der Tschechoslowakei beschaffte und ihre Begutachtung an die Überföhrungskommission weiter leitete. Diese Sektion haftete somit für die politische Zuverlässigkeit der KSČ-Mitglieder.

Im Zusammenhang mit dem wachsenden Druck gegen die Oppositionellen innerhalb der VKP/b/ und der Festigung des stalinistischen Regimes wurden auch die überföhrten ausländischen Kommunisten neu auf ihre Standfestigkeit überprüft. Die Überföhrungskommission – bis dahin etwa vierteljährlich tagend – stellte im Jahr 1933 ihre Arbeit ein und alle Überföhrten wurden einer Säuberung unterzogen. Die einmal ad acta gelegten persönlichen Dokumente jedes überföhrten Kommunisten wurden einzeln neu herausgeholt, alle an dem Überföhrungsprozess beteiligten Institutionen und Privatpersonen wiederholt angeschrieben und konsultiert, die Parteipapiere und die Gutachten kontrolliert, die Arbeitgeber um ihre Stellungnahmen zu dem überföhrten Arbeitnehmer gebeten. Die ehemals in das Überföhrungsverfahren eingebundene Tschechoslowakische Sektion beim EKKI wurde dabei erneut zum Schiedsrichter – nur brachte diesmal ihre negative Stellungnahme dem Betroffenen eine Gefängnisstrafe oder gar den Tod⁴⁷⁵. Die Überföhrungen von ausländischen Kommunisten wurden ab 1936 wieder praktiziert, jedoch in einem äußerst beschränkten Ausmaß.

⁴⁷⁵ Vgl. hierzu die Funktion der Deutschen Sektion beim EKKI: Tischler C. 1999: „Es ist notwendig, über die Zugehörigkeit zur Partei zu entscheiden“. Zur Rolle der KPD-Föhrung bei der Verhaftung ihrer Mitglieder während des stalinistischen Terrors. In: Kinner K. (Hrsg.): Moskau 1938. Szenarien des großen Terrors. Leipzig, 99-108.

Biografischer Exkurs: Eduard Balaštiak

Ein Musterbeispiel der „Karriere“ eines tschechoslowakischen Überführten ist der Fall des am 30.7.1896 in der Slowakei geborenen Eduard Balaštiak. Wegen seiner politischen Betätigung auf dem Staatsterritorium der ČSR (Aufreizung und kommunistische Propaganda brachten ihm mehrmals Verhaftung) im Zeitraum 1921-1925 geriet er in eine schwierige Lage. Um einer weiteren Verfolgung durch die tschechoslowakische Polizei zu entkommen, entschied er im Jahr 1925 in die UdSSR umzusiedeln. Dank der Mithilfe des Exekutivkomitees der KSC und des Vertreters der KSC beim EKKI, B. Šmeral, wurde sein Überführungsantrag positiv entschieden. Die Überführung brachte Balaštiak auch eine neue Identität: Seinem persönlichen Wunsch zufolge wurden die Parteidokumente auf den Namen Vladimir Michajlovič Gromskij ausgestellt.

Nach der erfolgten Überführung besorgte ihm Šmeral eine Aufnahme an der ILS. 1926 wurde Gromskij von der VKP(b) letztendlich übernommen (bis dahin galt er als Kandidat, was in Wirklichkeit nur eine formale Verzögerung der Aufnahme war, in gewisser Hinsicht nur eine Bewährungszeit). Gromskij arbeitete von 1926 bis 1927 als Referent in Profintern (Gewerkschafts-Internationale) und Krestintern (Bauern-Internationale), ein Jahr später wurde er nach Vladimir abkommandiert, um in der neu eröffneten Redaktion der „Pravda“ als Abteilungsleiter zu arbeiten. Ein Jahr darauf wechselte er wieder nach Moskau zum Pravda-Verlag. 1930 kam er zum Unionskomitee für Presseangelegenheiten und gleichzeitig in die Zentrale Säuberungskommission beim EKKI. Auch in den Folgejahren arbeitete er in wichtigen Positionen.

Im Jahr 1936 wurde es ihm nicht ermöglicht, in die ČSR zurück zu kehren, stattdessen wurde er zur Arbeit nach Saratov abkommandiert. Noch in diesem Jahr wurde er im Zuge der Parteisäuberung von K. Gottwald persönlich des Trotzismus beschuldigt (er sollte Fehler begangen haben, die dem Ansehen der Partei schaden und – den Berichten seiner Parteigenossen zufolge – nach seiner Ankunft in der UdSSR Trotzist gewesen sein, die Trotzistische Ideologie unterstützen und Kontakte zu trotzkistischen Kreisen gepflegt haben) und einem „parteiinternen“ Ermittlungsverfahren unterworfen, infolgedessen Gromskij alle seine Positionen verlor und in den Fernen Osten zog.⁴⁷⁶

XII.4. Die Internationale Rote Hilfe im Einwanderungsprozess

XII.4.1. MOPR: Geschichte einer Institution

Die Beendigung des Ersten Weltkriegs und die Entwicklung in den Folgemonaten und -jahren bedeutete zugleich die Entfaltung zahlreicher revolutionärer Bewegungen und Befreiungskämpfe. Die Auseinandersetzung zwischen den „Weißen“ und den „Roten“ markierte wohl den

⁴⁷⁶ RGASPI, f. 17, op. 98, d. 10561, l. 1,3,9,10,19.

größten Revolutionskampf der Nachkriegszeit. Jedoch nicht nur in Sowjetrußland und der UdSSR wurden derartige politische Revolutionen ausgetragen. Auch in anderen europäischen Ländern sagten „rote“ Revolutionäre den lokalen „bourgeoisen“ nationalen Regierungen einen Kampf an. In zahlreichen europäischen und auch nichteuropäischen Ländern wurde gegen diese Revolutionäre mit äußerster Härte vorgegangen; diese Kämpfe forderten zahlreiche Opfer.

Zum Schutz der verfolgten Revolutionäre und zur Unterstützung von Angehörigen und ihren Familien entstanden etliche nationale Hilfsorganisationen. Um diese Hilfe für die Revolutionäre zu konzeptualisieren und zu zentralisieren, wurde durch den IV. Komintern-Weltkongress (November 1922) die Gründung einer internationalen Mutterorganisation initiiert, welche die losen Hilfsorganisationen abschirmen und ihre Tätigkeit koordinieren sollte. Diese Organisation war die Internationale Rote Hilfe (IRH), in der UdSSR trug sie die Bezeichnung MOPR⁴⁷⁷. Die nationalen Hilfsorganisationen wurden zu IRH-Sektionen umgewandelt oder an die IRL als Schwesterorganisationen eng angebunden. In etlichen Ländern der Welt mussten die IRH-Sektionen illegal arbeiten und trugen daher eher unscheinbare Bezeichnungen.

Die IRH forderte den Kampf gegen die kapitalistische Reaktion und unterstützte die Opfer dieses Kampfes durch Bereitstellung eines juristischen Beistandes (im Falle eines Gerichtsverfahrens), durch materielle Unterstützung (Gewährung von Geldhilfen, Beschaffung von Arbeit oder Wohnung), durch eine ideologische Förderung (Anschaffung politischer Literatur). Die IRH unterstützte auch die Familien von gefallenem Revolutionären, z.B. indem sie für das Studium der hinterlassenen Kinder durch Stipendien aufkam, oder durch Errichtung und Finanzierung von Kinderheimen⁴⁷⁸.

An der IRH-Spitze stand ein Exekutivkomitee, das aus mehreren nationalen Sektionen bestand. Einem Parteinetzwerk ähnelnd bestanden regionale und lokale IRH-Zellen und verbundene Organisationen, wie Frauen-, Kinder- oder Sportorganisationen. Die IRH bzw. MOPR führten eine politische Propaganda, wie Manifestationen, Interventionen und Pressearbeit durch, sie riefen zu grenzübergreifenden Demonstrationen oder Protestkundgebungen auf. Die IRH mobilisierte breite linksorientierte Massen nicht nur zur Umsetzung eigener Aufgaben, sondern natürlich auch zur Verwirklichung der politischen Ziele der VKP/b/, der Komintern und durch Übertragung ebenfalls der Ziele der nationalen kommunistischen Parteien.

Zu einer der Aufgaben von MOPR gehörte auch der Transfer von durch Kerker oder Gericht bedrohten Revolutionären aus dem jeweiligen Herkunftsland in die Sowjetunion. Diese Tätigkeit wurde vom illegalen Apparat von MOPR erledigt: Er stellte gefälschte Reisepässe aus und

⁴⁷⁷ Meždunarodnaja organizacija pomošči borcam revolucii (Internationale Hilfsorganisation für Revolutionshelden)

⁴⁷⁸ Zur IRL- bzw. MOPR-Geschichte vgl. neuere deutschsprachige Untersuchungen, z.B.: Hering S., Schilde K. (Hg.) 2003: Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921-1941). Opladen; Brauns N. 2003: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938). Bonn; Tischler C. 1993: Vom Helfer zum Verräter? Reaktionen der Internationalen Roten Hilfe auf die Massenverhaftungen deutscher Emigranten in der Sowjetunion 1936 bis 1938. In: Weber H., Staritz D. (Hg.) Kommunisten verfolgen Kommunisten. Berlin. Siehe auch: Sommer H. 1991: Literatur der Roten Hilfe in Deutschland. Bibliographie. Berlin.

organisierte in Zusammenarbeit mit der jeweiligen nationalen Sektion der IRL die Ausreise. Dabei musste es sich nicht nur um Auswanderung in die Sowjetunion handeln: MOPR wirkte auch bei der Umsiedlung eines Revolutionärs aus einem Staat in ein Drittland mit. MOPR stellt somit einen weiteren Einwanderungskanal dar, welcher ausschließlich für politische Emigranten reserviert war. Als Politemigrant galt – so die vom I. IRH-Kongress formulierte Definition – jede revolutionäre Persönlichkeit, welche von der Bourgeoisie-Regierung in ihrem jeweiligen Land verfolgt wird, sodass sie nicht nur keine Möglichkeit mehr sieht, ihre revolutionäre Tätigkeit weiter auszuüben, sondern gezwungen ist, das Land ganz zu verlassen.⁴⁷⁹

Der Frage der politischen Emigration wurde erstmals auf der IRH-Konferenz in Berlin im Mai 1925 erläutert. Es wurde festgehalten, dass zunächst andere europäische Länder (außer der UdSSR) bestimmt werden müssen, in denen Politemigranten, wenn auch nur temporär, aufgenommen werden können, und in diesen Ländern Emigrantenhäuser einzurichten. An erster Stelle stand Österreich, welches zu den wichtigsten Transitländern gehörte. Erst wenn eine dringende Gefahr⁴⁸⁰ bestehen sollte, durfte der Politemigrant in die UdSSR transferiert werden.⁴⁸¹ Die Sowjetunion galt als ein Aufnahmeland in letzter Instanz, d.h. erst wenn die Aufnahme in einem anderen kapitalistischen Land nicht möglich erschien, durfte die UdSSR als Zufluchtort gewählt werden. Entscheidend für einen Transfer in ein anderes Land war die aktive Teilnahme in einer national-revolutionären Bewegung⁴⁸².

In die Regelung der Einreise in die UdSSR waren neben MOPR (Legalisierungskommission und das Exekutivkomitee) auch die jeweiligen nationalen kommunistischen Parteien und auch das EKKI involviert. Sie unterzogen in gegenseitiger Zusammenarbeit jeden potenziellen Politemigranten bzw. eine Politemigranten-Gruppe einer strengen Kontrolle. Daraufhin stellte ein gemeinsames Aufnahmekomitee, das aus den Vertretern des EKKI und des EK MOPR bestand, eine vorläufige Einreiseerlaubnis aus, um "die Opfer der brutalen Maßnahmen vor der Verfolgung ihrer Behörden zu schützen"⁴⁸³.

Die Richtlinien zur Regelung der europäischen Emigration sahen in dem Transfer von Politemigranten in die UdSSR lediglich eine Versetzung aus einer nationalen Sektion in eine andere. Die Ausreise eines Politemigranten konnte erst nach einer grundlegenden Kontrolle erfolgen. Diese übten die beiden beteiligten Sektionen mit Einverständnis der zuständigen Zentralstellen aus. Jede Sektion hatte auch mit der Nachbarsektion sofort die geeigneten Grenzübergänge festzulegen. Die Übergangsstellen durften nur den mit der Ausreise der Emigranten beauftragten Funktioniären bekannt sein.⁴⁸⁴

⁴⁷⁹ Definition nach Del'1997: 68.

⁴⁸⁰ Unter einer akuten Gefahr verstand man eine mindestens dreijährige Freiheitsstrafe oder Todesstrafe.

⁴⁸¹ RGASPI, f. 539, op, 1, d. 57, l. 34.

⁴⁸² Ebd., l. 43. Die IRH – eindeutig kommunistisch profiliert – verstand sich allerdings als überparteilich und schrieb der kommunistischen Parteizugehörigkeit erst eine sekundäre Rolle zu.

⁴⁸³ Ebd., l. 28.

⁴⁸⁴ Ebd., l. 6.

Jede entsendende Sektion war verpflichtet, für die Politemigranten zu sorgen, d.h. ihnen ein sicheres Quartier, Verpflegung, Bekleidung, Krankenhilfe und eine den jeweiligen Verhältnissen angemessene finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Aufnahmesektion wiederum hatte noch die zusätzliche Aufgabe, dem Politemigranten bei der Arbeitsbeschaffung behilflich zu sein. In den Transferprozess waren Vertrauensleute in den Betrieben, Gewerkschaften, Zellen oder den politischen Fraktionen einzuschalten. Nach dem Transfer in die Sowjetunion oder in ein Drittland hatten die Politemigranten strenge Regeln der Konspiration zu wahren: Sie durften an ihrem neuen Aufenthaltsort keinerlei Mitteilungen über persönliche Erlebnisse, deretwegen sie ausgewandert waren, machen. Ebenso wenig durften sie Nachrichten über ihre Unterbringung und die Verhältnisse der jeweiligen Unterkunft in ihre Heimat gelangen lassen. Korrespondenz an die Angehörigen in der Heimat durfte nur durch die Zentralstellen befördert werden.⁴⁸⁵ Nach der Ankunft in dem neuen Land wurden von der jeweiligen nationalen Sektion (z.B. von der Tschechoslowakischen Roten Hilfe) Maßnahmen ergriffen, um dem Neuankömmling das Einleben zu erleichtern. Sollte für ihn keine entsprechende Arbeitsstelle vorhanden sein, so wurde ihm eine materielle Unterstützung für die Dauer von höchstens drei Monaten gewährt, bestehend aus finanziellen Mitteln fürs Essen und Wohnen und Sonderleistungen wie die medizinische Versorgung und Bereitstellung von Kleidung.⁴⁸⁶

Die Aufnahme eines Politemigranten aus dem Ausland durch die Sowjetunion hatte lediglich einen temporären Charakter. Es war vorgesehen, durch Bereitstellung einer neuen Arbeitsstelle dem Politemigranten eine materielle Existenz an seinem neuen Wohnort zu geben und dessen politische Weiterentwicklung zu fördern. Zu einem geeigneten Zeitpunkt – aus politischer Sicht – hatte der Politemigrant in die Heimat zurück zu kehren und seine angefangene legale oder illegale politische Tätigkeit fortzusetzen. Die Rückkehr hatte zu einem Zeitpunkt zu erfolgen, wenn die politisch aktive Person in ihrer Heimat keiner Unterdrückung oder Benachteiligung seitens des bestehenden politischen Regimes mehr ausgesetzt sein würde und die Personen nicht als vermeintliche Straftäter verurteilt werden könnten, wie dies konkret in der ČSR nach Ansicht der Berliner Konferenz stets der Fall wäre⁴⁸⁷.

Das Verfahren, welches zu einer Zuerkennung eines Politemigranten-Status mit allen zusammenhängenden Vorteilen führte, gestaltete sich sehr langwierig und schwierig. Denn jeder, der in die UdSSR aus einer ausländischen IRH-Sektion transferiert wurde, musste einem solchen Verfahren unterzogen werden, und nicht jeder, der mittels MOPR einreiste, bekam den begehrten Status zugesprochen. In Moskau wurde erneut von der Legitimierungskommission (in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Landesvertretung beim EKKI) geprüft, inwiefern die Ausreise aus der Heimat tatsächlich erzwungen und notwendig war. Die recherchierten Archivakten lassen erkennen, dass mindestens ein Drittel der Antragsteller zurückgewiesen wurde. Besonders streng behandelt wur-

⁴⁸⁵ Ebd.

⁴⁸⁶ Außerdem konnten dem Politemigranten zusätzliche Pauschalen ausgezahlt werden. Ebd., I. 45ff.

⁴⁸⁷ Ebd., I. 54.

den Anträge von Personen, die mittels einer anderen Einrichtung eingereist waren (z.B. Inturist) und sich erst nach ihrer Ankunft an MOPR wandten und um die Aufnahme als Politemigranten baten.

Die Aufnahmepraxis verschärfte sich weitgehend in den 1930er Jahren im direkten Zusammenhang mit den stalinistischen Säuberungen: Auch innerhalb des Politemigranten-Kreises wurden neue Kontrollen durchgeführt und Abweichler von der stalinistischen politischen Linie gesucht. Am Beispiel der steil ansteigenden Zahl der Politemigranten aus Deutschland nach 1933 zeigt sich deutlich, dass sich die Aufnahme als Politemigrant auf persönliche Kontakte beschränkte: Aufgenommen wurde in zahlreichen Fällen nur derjenige, welcher der Legitimierungskommission und der – in diesem Fall deutschen – Vertretung der kommunistischen Partei in Moskau persönlich oder namentlich ausreichend bekannt war. Die allgemein verbreitete Hysterie und Angst vor westlichen Agenten kennzeichnete somit auch das Aufnahmeprozedere. Auch änderte sich – insbesondere in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre – die politische Einstellung den Politemigranten gegenüber: Im Allgemeinen wurde befürwortet, Adepten auf einen Politemigranten-Status lediglich ideologisch zu unterstützen, auf eine physische Aufnahme durch die Sowjetunion jedoch zu verzichten.⁴⁸⁸ Die Veränderungen der 1930er Jahre in der sowjetischen Gesellschaft und in ihrer Aufnahmebereitschaft verliehen dem in der sowjetischen Verfassung proklamierten Recht auf eine (politische) Zuflucht einen rein formellen Charakter.

XII.4.2. Tschechoslowakische MOPR-Immigranten in der UdSSR

Die Aufgabe, die tschechoslowakischen politischen Emigranten, die auf der MOPR-Linie in die UdSSR einreisten, genauer unter die Lupe zu nehmen, erwies sich als äußerst schwierig. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, dass die ČSR in der Zwischenkriegszeit nicht zu den klassischen Auswanderungsländern von Politemigranten zählte. Die Zahl der kommunistischen Parteimitglieder, die mit ihrer legalen und insbesondere dann illegalen politischen Tätigkeit gegen die tschechoslowakischen Gesetze verstießen und in die UdSSR flüchten mussten, war keineswegs hoch. Die Darstellung von Schicksalen der tschechoslowakischen Politemigranten auf der MOPR-Linie greift zwar auf die über mehrere Archivbestände verstreuten Aktenstücke zurück, erlaubt es jedoch nicht, ein vollständiges Bild dieses Emigrationssegmentes nachzuzeichnen.

Die Recherchen in den Beständen von MOPR zeigten, dass erst am Ende der 1930er Jahre die Zahl der Politemigranten aus der ČSR sprunghaft anstieg. Die politischen Emigranten der letzten Jahre der Zwischenkriegszeit werden ausführlicher in einem eigenen Kapitel behandelt. An dieser Stelle soll unsere Aufmerksamkeit denjenigen seltenen Politemigranten zugewandt werden, die bereits in den 1920er bzw. am Anfang der 1930er Jahre die ČSR verließen. Notgedrungen

⁴⁸⁸ Zu den Veränderungen vgl. das Beispiel der deutschen Politemigranten bei: Del'1997: 69f.

musste an die Bestände eines nicht MOPR-Archivs zurückgegriffen werden, um von den tschechoslowakischen Politemigranten dieser Epoche mehr zu erfahren: Im Staatsarchiv der Russischen Föderation werden die Akten der Gesellschaft für gegenseitige Emigrantenhilfe⁴⁸⁹ aufbewahrt⁴⁹⁰. Dabei durfte festgestellt werden, dass diese Emigranten-Gesellschaft bereits vor der Entstehung von MOPR bestand und in den 1920er Jahren zusätzlich ein Heim für MOPR-Immigranten bereit stellte. Zu seiner stabilsten Belegschaft gehörten in den 1920er Jahren insbesondere die „roten“ Emigranten aus dem „weißen“ Ungarn. Das Wohnheim befand sich in Moskau am Voroncovo polje 3 und war für bis zu 200 Gäste ausgelegt. Die interne Statistik des OVP-Heimes für den Zeitraum vom März 1923 bis zum 15. Oktober 1924 verrät uns mehr über die nationale Zusammensetzung der Heimbelegschaft: 44 Politemigranten kamen aus Deutschland, 74 aus Polen, 16 aus Lettland, zehn aus Litauen, einer aus England, zwei aus Frankreich, 133 aus Bulgarien, einer aus Österreich, fünf aus Ägypten, zehn aus Estland, einer aus Finnland, 71 aus Ungarn, sechs aus der Türkei, 28 aus Italien, zwei aus Persien, einer aus Jugoslawien, sechs aus Bessarabien, vier aus Rumänien und einer aus Holland. Nur elf der Politemigranten kamen in dem Zeitraum aus der Tschechoslowakei⁴⁹¹. Die Zahl der im Heim weilenden Emigranten aus der ČSR änderte sich stets und schwankte zwischen zwei und acht Personen. Sie lebten nur kurzfristig im Heim, in der Regel höchstens ein paar Wochen. Danach wurde für sie in Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakischen Sektion beim EKKI und dem Zentralkomitee der Gewerkschaften eine geeignete Stelle ausgesucht. Die Fluktuation im Heim war somit sehr hoch, denn ein langfristiger Aufenthalt von Ausländern bedeutete hier eher eine Ausnahme.⁴⁹² So blieb der tschechoslowakische Politemigrant Josef Lacek kaum vier Wochen im Heim. Er kam in das Heim am 17.2.1923 und am 19.3.1923 wurde er bereits zu einer neuen Arbeitsstelle in Simferopol abkommandiert⁴⁹³.

Die Übernahme von Politemigranten in den Arbeitsprozess sollte außerhalb Moskaus erfolgen. Die sowjetischen Staatsorgane bemühten sich stets, eine passende Stelle für jeden Politemigranten zu finden. Viele von ihnen wünschten sich, in Moskau zu bleiben. Dies führte jedoch am Ende der 1920er Jahre zu einer extremen Arbeitslosigkeit gerade im Kreise der ausländischen Politemigranten. Ab 1928 wurde beschlossen, die Aufenthaltsgenehmigung für Politemigranten in der sowjetischen Hauptstadt nur in Ausnahmefällen auszustellen⁴⁹⁴. Trotz des privilegierten Status in der sowjetischen Gesellschaft hatten die Politemigranten eine zumutbare, nach gewerkschaftlichen Sätzen vergütete Arbeit anzunehmen⁴⁹⁵.

⁴⁸⁹ Im Original: „Obščestvo vzaimopomošči emigrantam“. Im Folgenden auch als OVP abgekürzt.

⁴⁹⁰ Archivbestand: GARF, f. R-1249, op. 1.

⁴⁹¹ RGASPI, f. 539, op. 4, d. 93, l. 2.

⁴⁹² Die Unterhaltungskosten im Heim betrugen pro Person und Tag 21 Rubel. Sie beinhalteten die Unterkunft, das Mittagessen und das Abendessen, den Tee zweimal täglich, den Friseurbesuch zweimal wöchentlich, die Nutzung von heimeigenen Kleinwerkstätten und die Wäschereinigung einmal pro Woche: GARF, f. R-1249, op. 1, d. 2 (2), l. 83 (Stand 1923)

⁴⁹³ GARF, f. R-1249, op. 1, d. 2 (1), l. 10.

⁴⁹⁴ Aus einem Schreiben des ZK MOPR an alle Ländersektionen beim EKKI vom 16.10.1928: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 316, l. 122.

⁴⁹⁵ Beschluss der MOPR-Konferenz (Berlin): RGASPI, f. 539, op. 1, d. 57, l. 6.

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass hier die Rede zwar von einzelnen tschechoslowakischen Politemigranten ist, dass allerdings der Politemigrant zusammen mit seiner ganzen Familie in die UdSSR zog. In einigen Fällen beantragten die Partner ebenfalls einen Politemigranten-Status, in einigen Fällen taten sie dies nicht, denn ein einziger Politemigrant brachte in der Familie die mit dem Status verbundenen Privilegien für die übrigen Angehörigen. Auch wenn uns also keine genaueren Zahlen darüber vorliegen, wie viele Politemigranten aus der ČSR in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit ausreisten, so möge an dieser Stelle nur an die mitgereisten Familienmitglieder erinnert werden.

Die Quellenlage lässt eine ausführlichere Betrachtung der Politemigranten aus der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit leider nicht zu, da wir von den wenigen Politemigranten der 1920er Jahre nur über bruchstückhafte Nachrichten verfügen. Wir dürfen allerdings guten Gewissens davon ausgehen, dass ihre Gesamtzahl etwa 40 bis 50 Personen betrug, denn nach einigen MOPR-Angaben lebten in der Sowjetunion noch am Anfang des faschistisch-sowjetischen Krieges 28 Politemigranten aus der ČSR, die allein im Zeitraum von 1917 bis 1937 nach Sowjetrußland bzw. in die UdSSR emigrierten.⁴⁹⁶ Vielversprechender und kompakter erscheinen dagegen die archivatischen Informationen über die Politemigranten aus der ČSR am Ende der 1930er Jahre, die einen homogenen Personenkreis darstellten, sodass dessen Aufgreifung konkretere Schlüsse erlauben könnte.

XII.4.3. Die Jahre 1938 und 1939 und die tschechoslowakischen Politemigranten

Der Anfang einer großen tschechoslowakischen Bevölkerungsmigration setzte bereits vor dem Abschluss des Münchner Abkommens ein. Veranlasst durch die Bedrohung durch das faschistische Deutschland und durch den sich bis zum Äußersten verschärfenden Terror der Henlein-Partei in den sudetendeutschen Randgebieten der ČSR kam es zu starken Migrationen ins Landesinnere. Nicht nur Tschechen oder Juden, sondern auch deutsche Antifaschisten emigrierten nach dem schicksalhaften 30. September 1938 in den tschechoslowakischen Reststaat. Für die meisten von ihnen handelte es sich dabei lediglich um eine Zwischenstation auf einem langen und schmerzhaften Weg in die Emigration im europäischen und nichteuropäischen Ausland.

Richten wir zunächst unser Augenmerk auf die Tschechen aus den durch das Dritte Reich okkupierten Gebieten: Rund 140.000⁴⁹⁷ Tschechen mussten ihre Häuser verlassen. Jedoch nur einige von ihnen hegten auch tatsächlich die Absicht, aus der ČSR letztendlich auszureisen. Sie ließen sich in dem Reststaat nieder, oft nur unweit ihrer ursprünglichen Wohnsitze und beabsichtigten, später in ihre Häuser zurückzukehren. Die Auswanderungsbereitschaft war bei den tschechischen Flüchtlingen eher gering und auch ihre Umsiedlungsabsichten waren nur temporär und

⁴⁹⁶ Siehe hierzu Kap. XII.4.5., Tabelle 6.

⁴⁹⁷ Zit. nach: Heumos 1989: 21. Die Zahlenangaben variieren jedoch manchmal sehr stark.

eher wirtschaftlich motiviert. Die Befürchtungen, sie könnten zum Ziel eines gezielten Durchgreifens werden, waren im Hinblick auf sie eher niedrig. Eine weitere viel stärker bedrohte Gruppe von Flüchtlingen stellten neben den sudetendeutschen Antifaschisten auch alle anderen politisch aktiven Personen dar.

Die Lage der politischen Flüchtlinge war ungünstiger als diejenige der wirtschaftlichen. Sie verschlechterte sich bereits nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens in erster Linie für Bewohner der abzutretenden Gebiete und eskalierte erst nach der Entstehung des Protektorats. Hierbei geht es um Verfolgungen seitens der neuen faschistischen Macht. Die tatsächliche Lebenslage der politischen Flüchtlinge änderte sich kontinuierlich während dieser gesamten Zeit. Eine etwas andere Stellung innerhalb der politischen Flüchtlinge hatten Flüchtlinge aus den Reihen der KSČ. Ihre entschiedene politische Ablehnung der politischen Linie der westlichen Großmächte und die Forderung nach einer aktiveren antifaschistischen Politik brachte ihnen eine gewisse Isolation innerhalb des tschechoslowakischen politischen Spektrums ein, welches eine passive Politik gegenüber dem Dritten Reich vertrat. Einen gravierenden Punkt auf dem Weg kommunistischer Parteimitglieder in die Illegalität brachte der Beschluss der Regierung Berans im Dezember 1938, die KSČ als politische Partei zu verbieten. Eine weitere politische Tätigkeit der KSČ war offiziell nicht mehr möglich; die tatsächlichen oder vermeintlichen kommunistisch aktiven Personen wurden einer polizeilichen Verfolgung ausgesetzt.

Der Verbot der KSČ löste Emigrationstendenzen unter den führenden Parteifunktionären aus. Bereits vor dem September 1938 beantragten einige die Ausstellung von Auswanderungspässen für die UdSSR: Es waren die kommunistischen Abgeordneten R. Appelt, R. Dölling, F. Schenk, die Senatoren der KSČ J. Wenderlich, K. Kreibich, K. Grössl und die Parteisekretäre J. Gall, A. Schramm und K. Benda, K. Bauerfeind und R. Rossmeisl. Unter den Antragstellern waren auch andere namhafte Kommunisten: L. Freund (Redakteur), K. Kneschke (Sekretär der Sportunion), O. Bayer (Genossenschaftsdirektor), F. Köchker (Genossenschaftsdirektor), R. Zapf (Mitglied der Landesvertretung), R. Korb (Chefredakteur der „Roten Fahne“), K. Babel (Sekretär und ehemaliger Abgeordneter), A. Hadel (ehem. Abgeordneter), H. Ehrlich (Redakteur) und andere.⁴⁹⁸ Einige führende Parteifunktionäre verließen die ČSR noch vor Dezember 1938: Darunter auch K. Gottwald (am 9.11.1938 per Flugzeug nach Paris) sowie seine Frau und Tochter, die gemeinsam am 12.12.1938 direkt nach Moskau flogen.⁴⁹⁹

Die meisten der hier aufgeführten Kommunisten fanden sich nur eine kurze Zeit später wieder in Moskau ein. Die Sowjetunion kam als Zufluchtsort lediglich für politische, vornehmlich kommunistische Emigranten in Betracht und selbst hierbei war ihre Aufnahmebereitschaft nicht sonderlich hoch. Der tatsächliche Grund, wieso die tschechoslowakische kommunistische Emigration gerade an dieser Stelle angeführt wird, liegt darin, dass die sowjetische Aufnahmeseite einen uns bereits geläufigen Namen trug: MOPR.

⁴⁹⁸ Aus dem Bericht des Landesamts Prag an den Ministerrat vom 26.10.1938: NA, PMV-AMV 225, k, 1055, s. Áč

⁴⁹⁹ Aus dem Bericht des Polizeipräsidiums Prag an den Ministerrat vom 9.11.1938: Ebd., s. 29

Doch der Weg tschechoslowakischer politischer Emigration in die UdSSR war noch viel steiniger und länger, denn er führte – wie bei den meisten Emigranten aus der Tschechoslowakei – über den Zwischenstopp Polen. Hier machten nicht nur die „organisierten“ Emigranten, sondern auch diejenigen Flüchtlinge Halt, die völlig außerhalb der internationalen Flüchtlingshilfe ausreisten. Die „organisierten“ Flüchtlinge waren diejenigen, die eine Unterstützung seitens der Flüchtlingshilfskomitees erhielten und/oder von dem tschechoslowakischen Institut für Flüchtlingsfürsorge beim MSP (ab November 1938) registriert wurden.

Polen sah der tschechoslowakischen Emigration auf das eigene Staatsterritorium nicht mit Begeisterung entgegen, duldete jedoch die Einreise von Tschechoslowaken in kleinen Gruppen. Es forderte allerdings eine Weiterreise innerhalb kürzester Zeit. Viel schwieriger wurde die Ausreise nach Polen nach der Entstehung des Protektorats, welche auch die Bewachung der Protektoratsgrenze durch deutsche Soldaten, SS-Angehörige und Zöllner mit sich brachte. Während die Ausreise nach Polen in der ersten Phase der Emigration – ab dem Münchner Abkommen bis zum 15.3.1939 – einen geregelten Charakter hatte, ähnelte die darauf folgende zweite Phase einer unkoordinierten Flucht. Die Flüchtlinge – oft ohne Geld und Ausweispapiere – gelangten auf unterschiedlichen Wegen nach Polen, meistens jedoch zu Fuß.⁵⁰⁰ Zusammen mit den Flüchtlingen der zweiten Phase zog auch der Großteil des zunächst in Prag beherbergten British Committee for Refugees from Czechoslovakia nach Polen um.

Ab März 1939 mussten wegen der deutschen Grenzkontrollen illegale Grenzpassierstellen angelegt und bedient werden. Diese Stellen wurden im kommunistischen Jargon „Grenzapparate“ genannt. Einige dieser Grenzapparate lagen einzig und allein in kommunistischen Händen und dienten der Überführung von vertrauenswürdigen Personen nach Polen. Einige erstreckten sich über mehrere Stellen der slowakisch-polnischen Grenze. Der Hauptverantwortliche für diese Teilstrecke war ab März 1939 K. Markus (*1909⁵⁰¹), deutsches Mitglied der KSČ. Er stattete die Emigranten auch mit den notwendigen Finanzen aus: Dieses Bargeld kam zum Teil vom nach Kraków umgesiedelten British Committee und zum Teil direkt von seiner Londoner Zentrale, womit die illegalen Grenzpassierpunkte somit nicht ausschließlich für kommunistische Emigranten dienen durften.⁵⁰²

Besonders gerne wurden illegale Grenzüberschreitungen im Gebiet von Moravská Ostrava vorgenommen. Hier unterhielt die kommunistische Emigration in Polen einen eigenen Grenzapparat, welcher in den Archivquellen ausschließlich „Apparat Arnošt-Vojtěch“ genannt wird.⁵⁰³ An diesem Grenzpassierpunkt wurden die Emigranten von einem Vertrauensmann und Kurier namens Oldřich illegal nach Polen geführt. Arnošt und Vojtěch hatten in Prag die Aufgabe, die von der

⁵⁰⁰ Vgl. hierzu Heumos 1989: 62f.

⁵⁰¹ RGASPI, f. 495, op. 71, d. 703, l. 37.

⁵⁰² Aus dem Bericht von Kurt Markus in seiner sowjetischen Emigration am 26.11.1940: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 708, l. 56-58.

⁵⁰³ Unter den beiden Decknamen verbergen sich: Arnošt= Dr. Hans Frank, Mitarbeiter von United Artists, kommunistisches Parteimitglied. Vojtěch= Dr. Bedřich Dostál, ein Angestellter bei der Bank Reunion. Ebd., l. 33-37.

kommunistischen Parteiführung in Polen und in der Sowjetunion delegierten Genossen an die Grenzpassierpunkte zu weisen und ihnen ebenfalls das notwendige Bargeld zur Verfügung zu stellen.⁵⁰⁴

Wie eine derartige illegale Grenzpassierung abgewickelt wurde, geht aus einigen Emigrantenberichten hervor. Die Kommunisten Dostál und Breitenfeldová, jeweils zusammen mit ihren Kindern, jeder ausgestattet mit 600 Kronen vom Apparat Arnošt-Vojtěch, reisten am 1.8.1939 an die polnische Grenze, wo sie sich mit dem Überführer Oldřich trafen. Hier bildeten sie zwei kleine Gruppen, indem Dostál und Breitenfeldová mit ihren Kindern die erste Gruppe bildeten und zuerst die Grenze passieren sollten. Dostáls Kinder sollten ihnen erst später folgen; bis dahin warteten sie in Vratimov im Bahnhofsrestaurant. Oldřich führte die erste Gruppe in Richtung Český Šenov, wo er sie einem dreizehnjährigen Mädchen übergab; dieses führte sie zu ihrem Elternhaus. Oldřich ging zurück, um die Kinder zur Übernachtung nach Kunčice zu bringen. Es wurde abgesprochen, dass Dostál und Breitenfeldová sich alleine um 1:30 Uhr nachts auf den Weg machen und an der polnischen Grenze wieder Oldřich treffen werden. Etwa 80-100 Meter von der Grenze wurden sie jedoch von der deutschen Grenzwatche erwischt und kontrolliert. Also taten die beiden Erwachsenen während sie zur Wache geführt wurden, als sprächen sie kein Deutsch und spielten ein Liebespaar vor, worüber die Grenzwatche nur lachte und sie wieder gehen ließ. Gemäß dem Notplan trafen sie sich in Vratimov wieder mit Oldřich und wiederholten – diesmal mit Erfolg – denselben Vorgang an den nächsten zwei darauf folgenden Tagen selbst bzw. mit der (zweiten) Kindergruppe erneut. Danach fuhren sie alle nach Katowice.⁵⁰⁵

Die Emigration aus dem Protektorat nach Polen bestand unterschiedlichen Angaben zufolge überwiegend aus Juden, jedoch wird auch der Anteil kommunistischer Emigranten ausdrücklich erwähnt.⁵⁰⁶ Politisch wurde die tschechoslowakische Emigration eindeutig von Kommunisten (darunter Sudetendeutschen), gefolgt von Sozialdemokraten und Sozialisten⁵⁰⁷ beherrscht. Aus politischer Sicht heraus waren die beiden Zentren tschechoslowakischer Emigration in Polen, Kraków und Katowice, eindeutig kommunistisch profiliert.

In diesen beiden polnischen Städten konzentrierten sich die Flüchtlinge: Denjenigen aus Österreich und dem Dritten Reich folgten nun auch die Emigranten aus der ČSR. Neben den bereits in Polen bestehenden Flüchtlingskomitees entstand im Sommer 1939 auch eine Interessenvertretung der tschechoslowakischen Flüchtlinge in Polen. Diese vertrat die Flüchtlinge nach außen, fungierte als Mittler bei der Visabeschaffung und bei der Abwicklung der Weiterreise, darunter vor allem nach Großbritannien. Das tschechoslowakische Komitee entstand mit der Absicht, den einzelnen tschechoslowakischen Gruppierungen in Polen eine gemeinsame Stimme zu geben. In Katowice wurden im angehenden Sommer 1939 an die 500 bis 800 tschechoslowakische politi-

⁵⁰⁴ Ebd.

⁵⁰⁵ Aus dem Bericht von Jaroslav Dostál über seinen Weg nach Polen vom 1.7.1940: Ebd., I. 8-28. Beide – Breitenfeldová und Dostál – emigrierten im September 1939 in die Sowjetunion: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 703, I. 24, 153.

⁵⁰⁶ Zit. nach: Heumos 1989: 63.

⁵⁰⁷ Ebd.: 72.

sche Flüchtlinge gezählt, zunächst organisiert in elf Gruppen, in Kraków waren es zwischen 400 bis 600 (einige in zwei größeren tschechoslowakischen Emigrantengruppen vertreten) und in der Nähe von Kraków konzentrierte sich die militärische Emigration.⁵⁰⁸ In den beiden Städten war die kommunistische Emigration mit noch jeweils einem Zentralkomitee vertreten, an dessen Spitze in Kraków J. Nový und in Katowice der kommunistische Schriftsteller J. Taufer stand. Taufer war auch der Leiter der tschechoslowakischen Politemigration in Polen. Er publizierte in "Polska zachodnia" und im "Powstaniec".⁵⁰⁹

Die beiden politisch-kommunistischen Gruppen lehnten gemeinsam den politischen Kurs Beneš („Orientierung auf westliche Imperialisten“) ab und verweigerten den Beitritt zu den tschechoslowakischen Legionen in Polen. Unmittelbar vor dem Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges trennten sich die politischen Vorstellungen der beiden Gruppen: Die Krakówer Leitung (Nový, Hájek, Jonáš) wollten plötzlich einen demonstrativen Beitritt zu den Legionen und schlossen außerdem einen formellen Pakt mit den Sozialdemokraten.⁵¹⁰

In dem nun gegründeten gemeinsamen Komitee aller Flüchtlinge aus der ČSR waren tschechoslowakische Vertreter unterschiedlicher politischer Strömungen anwesend. Neben Kommunisten waren in ihm auch Sozialdemokraten und Sozialisten vertreten. Zu den wichtigsten Aufgaben gehörte die Überprüfung und Aufstellung von Personen für die weitere Emigration ins Ausland. Da die zu vergebenden Einreisebewilligungen – hierbei ging es insbesondere um englische Visa – sehr knapp waren und eine strenge Selektion unter den Emigranten lief, wuchs dementsprechend die Rivalität innerhalb des Komitees unter den vertretenen politischen Gruppierungen und der Protektionismus. Die Oberhand im Komitee konnten die Kommunisten letztendlich für sich entscheiden: G. Spurný, der Leiter der Krakówer Politemigranten-Gruppe und J. Nový, ein Mitglied des ZK der Krakówer Kommunistengruppe, wurden zu den wichtigen Entscheidungsträgern im Auswanderungsverfahren. Die Wandlung des Kräfteverhältnisses im Komitee führte zu einer starken Polarisierung zwischen den politischen und wirtschaftlichen Emigranten. Die wirtschaftlichen Flüchtlinge wurden als Emigranten zweiter Klasse betrachtet und bei der Behandlung der Visafrage nachteilig behandelt.

Zu einer besonderen Annäherung kam es zwischen dem von nun an von Kommunisten angeführten Komitee und dem britischen Hilfswerk, welches ab April von Hermann Field angeführt wurde. Field soll den Begriff „politische“ Emigration auf die „kommunistische“ Emigration verengt haben und Heumos' Erläuterungen zufolge hierbei die Kommunisten bei der Beschaffung von Visa protegiert haben.⁵¹¹ Im RGASPI wurde ein ausführlicher Bericht einer tschechoslowakischen Kommunistin und Emigrantin in der Sowjetunion Nováková [Rita?, MS] entdeckt, welcher ahnen lässt, sie könnte während ihrer Tätigkeit als Sekretärin im Evidenzbüro des britischen Hilfswerks

⁵⁰⁸ Angaben von J. Dostál aus seiner sowjetischen Emigration (1.7.1940). Dostál gab hierbei offensichtlich die Zahl der bereits als „politisch“ registrierten Emigranten an: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 708, l. 38-42.

⁵⁰⁹ Ebd., l. 29-32.

⁵¹⁰ Ebd., l. 3.

⁵¹¹ Heumos 1989: 82ff.

ab dem 18. Mai 1939 und später als dessen Leiterin an der Bevorzugung kommunistischer Flüchtlinge beteiligt gewesen sein. Zu ihren Aufgaben gehörte nämlich die Anerkennung und die damit zusammenhängende Legalisierung der nicht-politischen Emigranten. All diese Aufgaben erledigte sie – ihrem Bericht zufolge – vollkommen selbstständig. Dadurch soll sie sämtlichen registrierten und auch nicht registrierten Emigranten, die zu der Zeit Kraków passierten, als Mitarbeiterin des Hilfswerks persönlich bekannt gewesen sein⁵¹².

Die Weiterreise aus Polen in die UdSSR geschah allem Anschein nach völlig unkoordiniert. Sie muss zwei Personensegmente umfasst haben: Stammkommunisten, für welche die Emigration in die UdSSR eine „Ehrensache“ war, und Personen, die nicht nach Großbritannien oder in ein anderes Land auswandern konnten. Darunter verstehen sich politische Emigranten, denen kein Visum für ein anderes Land Westeuropas ausgestellt wurde oder solche, deren Weiterreise sich derartig verzögerte, dass sie nicht mehr in Polen zu bleiben wünschten und daher die Sowjetunion als ihr nächstes Land wählten. Bei dieser Gruppe ist eine Weiterreise aus der UdSSR besonders anzunehmen.

Aus den russischen Quellen geht hervor, dass die Emigration aus Polen in die UdSSR in mittelgroßen Personengruppen erfolgte. Unklar ist jedoch, wie viele es insgesamt waren. Eine entscheidende Rolle spielte hierbei spätestens der Einmarsch faschistischer Truppen im September 1939. Die politischen Emigranten bewegten sich in Richtung Lwów, wo sie vom polnischen Klub ehemaliger politischer Häftlinge bei Bedarf betreut worden waren, bevor sie weiter in die UdSSR reisten und durch MOPR übernommen wurden. Auf dem Weg gen Lemberg trennten sich einzelne Personen von den Gruppen und versuchten auf eigene Faust ihr Glück.⁵¹³

Völlig außer Zweifel steht jedoch, dass bereits Anfang August 1938 mindestens 140 tschechoslowakische Politemigranten in der UdSSR eintrafen⁵¹⁴. Die Wege der noch in Polen verweilenden tschechoslowakischen Politemigranten gestalteten sich äußerst schwierig. Der politische Bruch zwischen der Kraków- und der Katowice-Gruppe brachte auch bestimmte Veränderungen in der Handhabung der Emigration in die UdSSR mit sich. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges schmiedeten die Gruppenleitungen zwei eigenständige Pläne zur Evakuierung der Emigranten. Ihr Ziel war Wolhynien. Die Katowice-Gruppe verstand sich als eine rein kommunistische Emigranten-Gruppe, welche die Sozialdemokraten und die Parteilosen von ihren Evakuierungsplänen ausschloss. Auf einen Sonderwunsch hin schloss sie allerdings die sudetendeutschen Emigranten ein. Die Gruppe Kraków stellte sich dagegen und ließ die Evakuierungspläne von einem gemeinsamen Koordinierungsausschuss ausarbeiten, in dem Vertreter der KSČ, der Sozialdemokraten und sogar einiger Wirtschaftsemigranten gemeinsam entschieden.⁵¹⁵

⁵¹² Bericht datiert am 24.1.1940: RGASPI, f. 495, op.71, d. 711, l. 4.

⁵¹³ Ebd., l. 5.

⁵¹⁴ Im MOPR-Heim Nr. 8 in Moskau weilten zum 16.8.1938 140 tschechoslowakische, fast ausschließlich kommunistische Politemigranten, denen in absehbarer Zeit Arbeitsstellen zugewiesen werden sollten. Unter ihnen befanden sich viele, die arbeitsunfähig waren (krank oder alt) und für welche die Möglichkeit einer ärztlichen Behandlung oder einer Rente beim Sekretariat der VCSPS erbeten wurde. GARF, f. 8265, op. 4, d. 75, l. 20-25.

⁵¹⁵ RGASPI, f. 495, op. 71, d. 708, l. 3.

Erzwingen durch die äußeren Umstände verlief die tatsächliche Emigration in die UdSSR doch anders, als die politische Polarisierung der beiden Gruppen vermuten ließ. Den entscheidenden Wendepunkt brachten die Kriegsvorbereitungen Deutschlands und die Mobilisierung Polens am Vorabend des Krieges. Diese Entwicklung traf einige der Emigranten unvorbereitet und ihre weitere Reise verwandelte sich rasch zu einer Flucht aus Polen. Die Emigration in die UdSSR stellte hierin keine Ausnahme dar. Die Mobilisierung Polens war ein klares Anzeichen für den bevorstehenden Krieg. Nach Absprache mit der KSČ-Leitung in der Sowjetunion mussten die politischen Emigranten Polen nun – geplant oder nicht – verlassen.

Die Frage nach der Evakuierung wurde unter den politischen Migranten in Polen nicht sorgfältig abgeklärt und geregelt. Daher begannen die Evakuierungsaktionen erst, als keine Züge mehr fuhren. Für die meisten erfolgte somit die Reise in den Osten zum Großteil zu Fuß. Die Überraschung durch den Krieg verursachte wohl, dass die Emigration der Katowice- und Kraków-Gruppe tschechoslowakischer Politemigranten in Richtung Osten weitgehend autonom und voneinander unabhängig abgewickelt wurde. Auch die politischen Vorsätze spielten hierbei keine entscheidende Rolle mehr. Die Gruppe in Katowice, die sich als eine rein kommunistische Gruppe von Politemigranten verstand, schloss bei der Flucht letztendlich auch Nicht-Kommunisten ein.

Am ersten Kriegstag wurden nämlich 140 Kommunisten und 40 Sozialdemokraten – beinahe alle kommunistischen Politemigranten in Katowice – zu Fuß gen Osten entsandt. Etwa 20 Personen (darunter auch der Berichterstatter O. Kaboš u.a.) fuhren jedoch mit dem Zug nach Kielce und absolvierten im Anschluss einen Teil der Strecke zu Fuß, bevor sie sich wieder der großen Gruppe anschlossen. Die Verbindung mit der Krakówer Gruppe konnte nicht aufrechterhalten werden. Nachdem einige unterwegs ausgeschieden waren, wurde die Gruppe hinter dem Wisla-Lauf neu konstituiert und machte sich weiter in Richtung Wolhynien auf den Weg. Wegen Versorgungsschwierigkeiten und aus Angst vor Soldaten mussten sie die Marschroute mehrere Male ändern. Nach 14 Tagen Fußmarsch umfasste die Gruppe noch 173 Personen, nachdem die Wirtschaftsemigranten zwangsweise ausgeschieden waren: "Hier trennten wir uns von etwa 20 Wirtschaftsemigranten, die sich an uns angehängt hatten, und schickten sie nach Lemberg".⁵¹⁶

Die erwähnte Evakuierungskommission in Kraków gab dagegen eine Anweisung aus, Gruppen von höchstens 30 Menschen zu bilden, jeweils mit einem Gruppenleiter an der Spitze. Die Flucht von tschechoslowakischen Politemigranten aus Kraków erfolgte nicht gemeinsam; genauere Angaben über ihre Gesamtzahl fehlen. Auch sie absolvierten ihre Flucht größtenteils zu Fuß. Als die Gruppen aufbrachen, ähnelte die Evakuierung einer panischen Flucht. Bereits an dem ersten Tag hatten die Frauen und Kinder keine Kraft mehr. Das interessierte den Leiter der Krakówer Evakuierungsaktion J. Jonáš nur wenig: "Es bleibe hier derjenige, der nicht mehr kann".⁵¹⁷ Die Gruppen verloren den Kontakt untereinander.

⁵¹⁶ Aus dem Bericht von O. Kaboš über den Verlauf der Evakuierung aus Polen: Ebd.

⁵¹⁷ Bericht über die Tätigkeit der politischen Emigration aus der ČSR und deren Leitung (6.12.1939): RGASPI, f. 495, op. 71, d. 703, l. 78

Nach mehreren Tagen des Herumirrens in der Gegend entschieden sich einige Evakuierte, nach Kraków zurückzukehren und von dort aus nach neuen Wegen in die UdSSR zu suchen. Sie erfuhren zu diesem Zeitpunkt auch, dass die UdSSR mit der Besetzung der Westukraine und Weißrusslands begann und suchten nach Alternativen. Sie gaben sich unterwegs als Bewohner der Westukraine aus und es gelang ihnen, die neu errichteten militärischen Kontrollpunkte zu passieren. Die erste Krakówer Gruppe kam an den letzten Septembertagen in Lemberg an. Einige Personen dieser Evakuierungsaktion blieben über Westwolhynien zerstreut.⁵¹⁸ Angekommen von nun an auf sowjetischem Staatsterritorium wandten sie sich mit ihren Aufnahmeanträgen an MOPR.

Aus den gesichteten zahlreichen Berichten über die Evakuierung politischer – darunter überwiegend kommunistischer – Emigranten aus den beiden Zentren Kraków und Katowice geht nicht eindeutig hervor, ob die ursprüngliche Absicht bestand, direkt in die UdSSR auszuwandern, oder ob es sich bei der Flucht in Richtung Osten eher um eine Suche nach einem neuen, sicheren Aufenthaltsort handelte. Es bleibt jedoch offensichtlich, dass ihr Weg in den Osten die tschechoslowakischen Politemigranten zu ihren Landsleuten in Westwolhynien führen sollte. Auch versuchten sie in kleinen Gruppen bei den altansässigen Tschechen oder Slowaken Unterschlupf zu finden. Dabei stießen sie allerdings auf Ablehnung und mangelndes Verständnis der örtlichen Bevölkerung.⁵¹⁹ Der Einmarsch der sowjetischen Armee, den sie bei ihren Fußmärschen unmittelbar erlebten, nahm ihnen eine Entscheidung ab: Sie beantragten die Zuerkennung des Politemigranten-Status und gingen in die Verfügungsgewalt von MOPR über.

Die Aufnahme durch MOPR bedeutete für die Politemigranten aus der ČSR in erster Linie finanzielle Zuwendungen und weitere Vorteile. Darunter dann vor allem die Zuteilung einer geeigneten Arbeitsstelle, für Bedürftige eine Abkommandierung zum Kurort, die Bereitstellung von Stipendien für Studierende usw. Eine bereits im Herbst gegründete Sonderkommission für die Politemigranten aus der Tschechoslowakei war eigens dafür zuständig, eine passende Arbeitsstelle für jeden Politemigranten einzeln zu finden. Aus den Beschlüssen der „Kommission zur Beurteilung von Autobiografien von Politemigranten aus der Tschechoslowakei“ geht eindeutig hervor, dass dabei viele der tschechoslowakischen Politemigranten deutscher Nation zur Arbeit in die Autonome Republik der Wolgadeutschen abkommandiert wurden.⁵²⁰

Bei der Verteilung von Arbeitsplätzen wurden die tschechoslowakischen Politemigranten, nachdem ihnen dieser Status zuerkannt worden war, in kleinen Gruppen zu ihren neuen Arbeitgebern geschickt. Diese Gruppen hatten einen eigenen Leiter an der Spitze. In den meisten Fällen wohnten diese Gruppen sogar im selben Haus oder gemeinsam in einem Betriebsheim zusammen. Zu den wichtigsten Stätten tschechoslowakischer politischer Emigration zählten die kleinen

⁵¹⁸ Bericht über die Tätigkeit der politischen Emigration aus der ČSR und deren Leitung (6.12.1939): Ebd., I. 80.

⁵¹⁹ Aus dem Bericht von O. Kaboš über den Verlauf der Evakuierung aus Polen RGASPI, f. 495, op. 71, d. 708, I. 3.

⁵²⁰ Sitzungsbeschluss: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 697, I. 3-18.

Orte Serpuchov, Puškino (Dünnstofffabrik) und Mitrovsko⁵²¹ im Moskauer Gebiet. Zu weiteren Zentren wurden Djatkowo⁵²², Kolomna⁵²³, Rostov⁵²⁴, Čeljabinsk⁵²⁵, Sverdlovsk⁵²⁶ und zahlenmäßig am stärksten Stalingrad⁵²⁷. Einige der Politemigranten fanden in einem Genesungsheim auf der Krim Zuflucht.⁵²⁸ Die tschechoslowakischen Politemigranten waren zusammen mit den spanischen Bürgerkriegsflüchtlingen praktisch in jeder Region der UdSSR anzutreffen. Von den politischen Emigranten aus der ČSR bekamen innerhalb der ersten Monate nach deren Ankunft in der Sowjetunion einigen Berichten zufolge bis zu 80 Prozent eine neue Arbeitsstelle. Die restlichen Prozente stellten insbesondere intellektuelle Berufe oder Personen dar, die wegen äußerst schlechter Russischkenntnisse zunächst keiner Beschäftigung in der UdSSR nachgehen konnten.⁵²⁹

Die über 450 tschechoslowakischen Politemigranten in der UdSSR fanden in den meisten Fällen eine qualifizierungsgemäße Beschäftigung in sowjetischen Betrieben. Viele der führenden kommunistischen Spitzenpolitiker traten der Auslandsführung der KSČ in Moskau bei oder fanden in den Komintern-Strukturen eine Verwendung: Es finden sich einige Übersetzer, Referenten, Mitarbeiter bei der tschechischsprachigen Rundfunksendung (ab 1940) und ähnliche Berufspositionen. Die politische Weiterentwicklung dieses Personenkreises im Rahmen ihrer Profession wurde durch die Komintern und MOPR gewährleistet. Aber auch die tschechoslowakischen Politemigranten in der Provinz sollten politisch weiter erzogen werden, denn der Politemigranten-Status sah vor, eines Tages zur politischen Arbeit in die Heimat zurück zu kehren. Die konzentrierte Arbeitsstellen- und Unterkunftszuweisung spricht dafür, dass die in Gruppen organisierten Politemigranten für die sowjetische politische Propaganda besser greifbar waren und MOPR über derartige Personengruppen leichter eine Kontrolle ausüben und rechtzeitig gegen potenzielle Abweichler vorgehen konnte.

Die Emigration in die UdSSR bedeutete zahlreiche Trennungen von Familien: Einigen Familienangehörigen gelang es, nach Großbritannien auszureisen. Dies betraf vor allem die weiblichen Familienangehörigen, für welche vorrangig ein englisches Visum besorgt wurde. Die Familienväter erschienen nun in der UdSSR und bemühten sich, den Rest der Familie in die UdSSR überführen zu lassen.⁵³⁰ MOPR versprach von Anfang an, für die Familienangehörigen – seien sie in der ČSR verblieben oder in ein Drittland emigriert – bei der Erledigung von Reiseformalitäten Sorge zu tragen. Eine Überführung aus dem Protektorat galt jedoch als äußerst kompliziert und

⁵²¹ Alle beschäftigt bei der Fabrik Nr. 198.

⁵²² Wohnhaft alle in Bazarnaja 4, Wohnung 3. Gruppenleiter: V. Baumgartel.

⁵²³ In Kolomna alle beschäftigt bei der Fabrik Nr. 86. Gruppenleiter: W. Richter.

⁵²⁴ Wohnhaft in Betriebsheim der Mikojan-Fabrik, Krasnoarmenskaja Straße, Haus 144. Gruppenleiter: Fr. Masopust.

⁵²⁵ Alle in der Traktorfabrik von Čeljabinsk beschäftigt. Gruppenleiter: J. Bartoš. RGASPI, f. 495, op. 71, d. 703, l. 109.

⁵²⁶ Alle in der städtischen Möbelfabrik beschäftigt. Eine Gruppe bestehend ausschließlich aus tschechoslowakischen Emigranten deutscher Nation. Leiter: R. Peschel. Ebd., l. 112.

⁵²⁷ Alle beschäftigt in der Stalingrader Traktorfabrik. Gruppenleiter: W. Wilhelm. Ebd., l. 104.

⁵²⁸ Ebd., l. 62, 63, 65, 67, 68, 71, 72.

⁵²⁹ Ein Bericht über den Verlauf der Evakuierungsaktion: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 711, l. 5.

⁵³⁰ Vgl. Berichte in: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 704, l. 9.

riskant, wenngleich MOPR über einige Kontaktpersonen mit Deckadressen im Protektorat verfügte, mit deren Unterstützung die Einreise abgewickelt werden könnte⁵³¹.

Das Schicksal der Politemigranten-Gruppen konnte im Einzelnen nicht weiter verfolgt werden. Für viele der Tschechoslowaken war die Sowjetunion nicht die Zielstation, sondern lediglich ein Zwischenstopp auf einer langen Reise. Selbst diejenigen, die ihr Politemigranten-Dasein in der UdSSR fristen wollten, mussten sich auf weitere Zwangsumsiedlungen einstellen. Der Ausbruch des faschistisch-sowjetischen Krieges brachte neue Evakuierungsmaßnahmen der sowjetischen Regierung mit sich. Die tschechoslowakischen Politemigranten wurden in größeren Gruppen in den Südosten der UdSSR umgesiedelt. Logischerweise musste auch die größte tschechoslowakische Politemigranten-Kolonie evakuiert werden: Die Stalingrader Gruppe wurde in einer Gesamtzahl von 46 Personen (30 Tschechen, fünf Juden, elf Slowaken) nach Kustanaj in Kasachstan evakuiert.⁵³² Andere Tschechoslowaken brachte die Zwangsumsiedlung nach Kokand oder nach Kujbyšev und Ufa im Uralgebiet.⁵³³

XII.4.4. Die sudetendeutsche Emigration und die Evakuierungspläne der Komintern

Die Frage nach der Evakuierung der sudetendeutschen Flüchtlinge wurde in der UdSSR um einiges früher aktuell als die Unterstützung der kommunistischen Politemigranten. Bereits im Winter 1938 wurde dieses Problem beim EK MOPR und in verschiedenen Kommissionen der Komintern thematisiert. Der Prozess der Legalisierung bei diesem Personenkreis zog sich jedoch in die Länge, sodass im Endeffekt nicht alle sudetendeutschen Antragsteller tatsächlich in die UdSSR einreisen konnten.

Die sudetendeutschen Flüchtlinge gehörten der ersten Welle der Migration in der ČSR an: Die Abtretung der Randgebiete der Tschechoslowakei an das Dritte Reich stellte eine enorme Gefahr für die sudetendeutschen Mitglieder der KSČ, aber auch für Angehörige der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und für antifaschistisch aktive Personen dar. All diese Personen waren zur Flucht in das Innere der ČSR gezwungen. Ihre Gesamtzahl betrug im Herbst 1938 an die 9.000 Personen⁵³⁴. Ein längeres Verbleiben dieses Personenkreises in der Rest-Tschechoslowakei wurde von der tschechoslowakischen Regierung mit äußerster Skepsis betrachtet. Sie wurden als politisch unzuverlässige Elemente angesehen, die aus langfristiger Sicht die innere Stabilität der ČSR gefährden könnten. Die sudetendeutschen Flüchtlinge waren somit zu einer Weiterreise prädestiniert.

⁵³¹ Ein Verzeichnis von 16 Ehefrauen tschechoslowakischer Politemigranten in der UdSSR, die im Protektorat lebten, als Kontaktpersonen mit Deckadressen archiviert in: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 703, l. 127ff.

⁵³² Ebd., l. 114.

⁵³³ RGASPI, f. 495, op. 71, d. 711, l. 89.

⁵³⁴ Zit. nach Heumos 1989: 23.

Die Frage der sudetendeutschen Flüchtlinge wurde im gesamteuropäischen Rahmen stark diskutiert und thematisiert.⁵³⁵ Auch in der Sowjetunion widmeten die MOPR und die Komintern dieser Frage ein enormes Interesse. Im Frühjahr 1939 wurde dieses inzwischen internationale Problem auch im ZK MOPR erläutert und es wurden einige grundlegende Leitlinien für die Aufnahme sudetendeutscher Flüchtlinge festgelegt. Die Sowjetunion gehörte nicht zu den Ländern, die der Aufnahme der Flüchtlinge und Politemigranten aus der ČSR besonders positiv gegenüber standen. Bogdanov, welcher die ZK-Sitzung am 5.3.1939 leitete, plädierte für eine Aufnahme von sudetendeutschen Flüchtlingen bis zu einer Personenhöchstzahl von 650. Über diese Grenze hinaus konnte nicht gegangen werden, da die Kapazitäten der Aufnahmeinstitution – MOPR – beschränkt waren. Es wurde beschlossen, aufgrund der von der Tschechoslowakischen Sektion beim EKKI gemachten Angaben und Vorschläge die Einreise abzuwickeln.

Nach einer Rücksprache mit der Moskauer KSČ-Führung und mit der tschechoslowakischen Regierung wurde beschlossen, dass die sudetendeutschen politischen Flüchtlinge auf Staatskosten der ČSR bis an die Grenze der UdSSR befördert werden sollten. Ab dort musste die MOPR für den weiteren Transport, die Verpflegung und medizinische Versorgung Sorge tragen. Geplant war die Einreise einer einzigen Personengruppe, die an dem Grenzpassierpunkt Negoreloe von einem Vertreter der MOPR und einer größeren Anzahl von Dolmetschern – es wurden sehr geringe bis keine Russischkenntnisse vorausgesetzt – in Empfang genommen werden.⁵³⁶ Nach der Ankunft in Moskau sollten die Flüchtlinge auf die verschiedenen MOPR-Heime verteilt werden.⁵³⁷

Die Abwicklung der Emigration der sudetendeutschen Flüchtlinge in die UdSSR fand unter der Ägide der KSČ statt. Ab Herbst 1938 wurden von der Partei in Prag Listen mit besonders gefährdeten Personen zusammengestellt. Auf diesen Listen befanden sich zum Zeitpunkt des KSČ-Verbotes 541 Namen sudetendeutscher Flüchtlinge. Diese Listen wurden im Januar 1939 von der Tschechoslowakischen Sektion beim EKKI gründlich geprüft. Dabei wurde eine strenge Selektion durchgeführt. Nur 227 Personen wurden von der Sektion zur Einreise empfohlen. Diese Auserwählten waren den Mitgliedern der Sektion persönlich bekannt und galten als zuverlässige und unmittelbar bedrohte Kommunisten. Die Sektion beschloss, die Einreise von 238 Flüchtlingen erst einmal abzulehnen, da sie der Sektion nicht persönlich bekannt waren. Es wurde empfohlen, über diese Emigranten noch zusätzliche Angaben aus der ČSR einzuholen. 15 Personen auf der Liste waren Flüchtlinge tschechischer Nation, die in dem besetzten Gebiet arbeiteten: Ihnen wurde eine Einreise aus dem Grund verweigert, dass sie keiner unmittelbaren Gefahr ausgesetzt seien.⁵³⁸

⁵³⁵ Zum Thema Sudetendeutsche und die Komintern bzw. die KSČ im Allgemeinen: Hilf R. 1964: Die Stellungnahme der Komintern und der KSČ zur Frage der Deutschen in den Sudetenländern. In: Bohemia 5, 334-407.

⁵³⁶ GARF, f. R-8265, op. 4, d. 81, l. 1-3.

⁵³⁷ Im MOPR-Heim Nr. 8 konnten 60-70 Personen, im Heim Nr. 7 40-50 Personen untergebracht werden. Im Heim „Seni“ konnten 45-50, im Heim des VCSPS 220 und in Heim in Monino 70 sudetendeutsche Flüchtlinge Platz finden. Die Unterbringung von weiteren 220 Personen war zu dem Zeitpunkt noch ungewiss: Ebd., l. 4.

⁵³⁸ 34 Genossen wurden nicht für die Auswanderung in die Sowjetunion vorgeschlagen, weil dazu der Meinung der Tschechoslowakischen Sektion nach kein zwingender Grund bestand. Einige jüdische Flüchtlinge wurden abgewiesen, da für sie die Gelegenheit bestünde, mit Hilfe jüdischer Organisationen in andere Länder auszuwandern. Zwei Parteige-

Die durchgeführte Selektion, für welche die KSČ und die Tschechoslowakische Sektion allein zuständig waren, zeigt deutlich, dass die Sowjetunion nur unter strengen Auflagen zur Aufnahme sudetendeutscher politischer Emigranten bereit war. So wurden alle Nicht-Kommunisten bereits im Vorfeld in Moskau aussortiert, genauso beschränkte sich die Aufnahme nur auf Personen, zu denen ein persönlicher Kontakt bestand. MOPR legte zwar die Höchstzahl der aufzunehmenden Sudetendeutschen fest, doch nur kaum die Hälfte davon wurde letztendlich in Betracht gezogen. Die Tschechoslowakische Sektion favorisierte die sog. „300-Liste“; dieser Begriff, welcher sich in der Terminologie der Sektion im Jahr 1939 fest einbürgerte, besagt selbst, wie viele sudetendeutsche Politemigranten durchkommen durften. Die Erfassung eines Politemigranten in diesem Verzeichnis glich einer Legalisierung durch eine MOPR-Kommission und garantierte dem Träger sowohl die sofortige Ausstellung eines sowjetischen Visums als auch die Anerkennung des Politemigranten-Status. Die ursprüngliche Zahl der aufzunehmenden sudetendeutschen Emigranten aus der ČSR wurde durch zusätzliche Eintragungen erhöht, bis die Liste tatsächlich etwas über 300 Namen umfasste.

Der Evakuierungsplan wurde in seinem kompletten Umfang, wie er von der MOPR Anfang März geplant worden war, nicht realisiert. Die Ereignisse in der ČSR und die Entstehung des Protektorats machten die ganzen Pläne samt der „300-Liste“ zunichte. Die Ausreise sudetendeutscher Flüchtlinge erfolgte im März und April 1939, einige konnten erst im Herbst in die UdSSR einreisen. Unter den ersten sudetendeutschen Politemigranten waren Frauen nur sehr gering vertreten. Sie weilten – viele von ihnen bereits ab Oktober 1938 – in Flüchtlingslagern in Böhmen und in Mähren. Als die Männer die ČSR illegal verlassen hatten, bestand für sie keine Möglichkeit, die nur bedingt bedrohten Ehefrauen und Kinder mitzunehmen. Dabei besorgten sich viele dieser Frauen noch im Herbst 1938 ein Ausreisevisum in die UdSSR.⁵³⁹ MOPR gewährte auf illegalen Wegen auch diesen Frauen eine materielle Unterstützung und organisierte deren Überführung in die Sowjetunion.⁵⁴⁰

Auch die sudetendeutschen Emigranten wurden auf die verschiedensten Betriebe in der Sowjetunion verteilt. Dieser Personenkreis stellt eine national homogene Gruppe dar, welche in der Auswanderungsgeschichte der tschechoslowakischen Staatsbürger in die Sowjetunion einzigartig bleibt. Die meisten führte die Emigration in die entlegendsten Regionen der UdSSR, nur wenige durften in der sowjetischen Hauptstadt bleiben. Ihr Schicksal ähnelte in seiner Entwicklung demjenigen der übrigen politischen Emigranten aus der ČSR. Es mag dahin gestellt bleiben, inwiefern die Emigration ihre Erwartungen erfüllte oder ob sie einen Wendepunkt in ihrem Leben bedeu-

nossen, die sich auf der Liste befanden, sollten in der ČSR bleiben, weil die Partei anderweitig über sie bestimmte. 16 Genossen wurden aus politischen Gründen nicht empfohlen. Bei den weiteren Mitgliedern konnte aus formellen Mängeln nicht entschieden werden: RGASPI, f. 495, op. 12, d. 701, l. 2. Die eigentlichen Namenslisten archiviert unter: Ebd., l. 3-31.

⁵³⁹ Anmerkungen der Tschechoslowakischen Sektion zur Liste der Politemigranten: RGASPI, f. 495, op. 71, d. 704, l. 4.

⁵⁴⁰ GARF, f. 8265, op. 4, d. 79, l. 177.

tete. Die Aufnahme durch die Sowjets bedeutete für sie – und es waren nicht viele – zunächst die Rettung. Doch auch sie wurden vom Krieg eingeholt.⁵⁴¹

XII.4.5. Die „Tschechoslowaken“ im sowjetischen Exil

Auf den vorhergehenden Seiten wurde denjenigen politischen Emigranten aus der Tschechoslowakei in den Jahren 1938 und 1939 Aufmerksamkeit geschenkt, welche auf der MOPR-Linie in die UdSSR einreisten. Darunter konnten zwei größere Personenkreise ausgemacht werden: Die tschechoslowakischen KSČ-Mitglieder und die Sudetendeutschen. Aus dem Gesichtspunkt der politischen Orientierung handelte es sich – beinahe ohne Ausnahmen – um kommunistische Parteimitglieder. Bei der Selektion, deren Durchführung verschiedene Institutionen inne hatten, wurden andere politische Personensegmente von der Einreise ausgeschlossen.

Es war bisher die Rede von denjenigen kommunistischen Emigranten, die von der MOPR aufgenommen und betreut wurden. Diejenigen Einwanderer der Jahre 1938 und 1939, welche inoffiziell einreisten und den begehrten Politemigranten-Status nicht beantragten, konnten weder von den sowjetischen Institutionen noch vom Verfasser erfasst werden. Individuelle Einreisen dieser Personen sind nicht auszuschließen, doch man darf davon ausgehen, dass ihre Zahl nicht sonderlich hoch war.

„Die kommunistische Emigration aus der ČSR in die UdSSR dürfte nicht mehr als 500-600 Personen umfasst haben“, schrieb P. Heumos in seiner Monographie zur Tschechoslowakischen Emigration in Westeuropa⁵⁴². Diese Schätzung, welche ohne Berücksichtigung sowohl tschechoslowakischer als auch russischer Archive abgegeben wurde, kann an dieser Stelle als äußerst zutreffend bezeichnet werden. Durch Recherchen in RGASPI konnten 461 Politemigranten aus der ČSR in der UdSSR ausgemacht werden. In der Gesamtliste werden nur in einigen wenigen Fällen mehrere Mitglieder ein und derselben Familie aufgezählt. Der Politemigranten-Status wurde in der Regel nur dem tatsächlichen politischen Flüchtling – meistens dem männlichen – zugesprochen, wenngleich sich dieser Status auf die gesamte Familie erstreckte. Somit ist also anzunehmen, dass die Gesamtzahl der aus der ČSR 1938/1939 eingereisten Emigranten in Wirklichkeit noch deutlich höher lag, wenn man die Familienmitglieder ohne Politemigranten-Status in die Rechnung mit einbezieht.

⁵⁴¹ Ein erhaltenes Verzeichnis von sudetendeutschen KSČ-Mitgliedern aus Moskau und der Moskauer Region, die vor dem Krieg evakuiert werden mussten (Stand 18.9.1941): Maria Klein (geb. 1918), Elsa Stoy (?), Lydia Selina (geb. 1907), Else Richter (geb. 1911), Franz Hölzel (geb. 1890), František Gittner (geb. 1897), Adolf Schnaubelt (geb. 1896), Richard Lorenz (geb. 1901), Erna Krippendorf (geb. 1908), Johann Bartosch (geb. 1895), Adolf Pompe (geb. 1890), Alfred Pompe (geb. 1920), Adolf Bergmann (geb. 1890), Ernst Riedl (geb. 1895), Franz Riedl (geb. 1923), Maria Riedl (geb. 1920), Ignaz Mittelbach (geb. 1887), Bruno Pilz (geb. 1890), Gisela Keller (geb. 1901), Franz Wild (geb. 1904), Oskar Mieke (geb. 1894), Ernst Eisert (geb. 1895). Alle aufgezählten Personen wurden samt Familien in den Osten der Sowjetunion evakuiert: GARF, f. 8265, op. 4, d. 109, l. 89-92.

⁵⁴² Heumos 1989: 275.

Zieht man von der Gesamtzahl tschechoslowakischer Politemigranten diejenigen Personen ab, die zum Kontingent der sudetendeutschen Flüchtlinge zählten (126 Personen), so bleiben 335 Politemigranten übrig. Weil die RGASPI-Bestände auch die aus der ČSR vor dem Jahr 1938 in die UdSSR eingereisten Tschechoslowaken berücksichtigt (28 Personen), werden diese nun von der Gesamtzahl ebenfalls abgezogen. Die Gesamtzahl der tschechoslowakischen Politemigranten (ohne das sudetendeutsche Kontingent) der beiden Jahre 1938 und 1939 sinkt somit auf 307 Personen. Eine hypothetische Hinzurechnung der Familienmitglieder bewegt uns an die Obergrenze der von Heumos vorgeschlagenen Spanne.

Unter den 307 Politemigranten finden sich 16 Sozialdemokraten, drei Mitglieder der VKP/b/ (offenbar bereits überführte KSČ-Mitglieder), zwei Mitglieder der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) und ein Mitglied der Agrarpartei. Die Gesamtzahl der kommunistischen Politemigranten aus der ČSR ab 1938 betrug 285 Personen.⁵⁴³ Aus dem sudetendeutschen Kontingent reisten 126 Personen in die UdSSR ein, davon gaben vier die KSČ-Mitgliedschaft nicht explizit an und zwei Personen waren keine KSČ-Mitglieder. Somit gehörten von den 126 sudetendeutschen Flüchtlingen mindestens 120 der KSČ an.⁵⁴⁴ Auch hier muss bedacht werden, dass die Familienangehörigen hinzu kamen.

Richten wir nun unser Augenmerk der nationalen Zusammensetzung der ersten Politemigranten-Gruppe zu: den nicht-sudetendeutschen KSČ-Mitgliedern. Die überwiegende Masse der Gruppe stellten Personen tschechischer mit 187 und slowakischer Nationalität mit 47 Personen dar. 34 der Politemigranten gaben ungarische, 20 jüdische, 16 ukrainische und drei russische Nationalität an. Deutsche KSČ-Mitglieder waren in der Gruppe also mit höchstens 28 Personen vertreten.

In vorliegender Arbeit wird zwischen den beiden Gruppen – kommunistische und sudetendeutsch-kommunistische – unterschieden, denn ihre Auswanderungsgeschichte differenziert sehr deutlich. In Wirklichkeit bezeichnet „sudetendeutsch“ in diesem Zusammenhang nur die Zugehörigkeit zu einer aus territorialer Sicht klar abgegrenzten Flüchtlingsgruppe. Ordnen wir also die sudetendeutschen Emigranten den deutschen Mitgliedern der KSČ zu, so waren die deutschen Kommunisten-Mitglieder an der Emigration aus der Rest-Tschechoslowakei und dem Protektorat in die UdSSR mit insgesamt (Personen ohne Angabe der Parteizugehörigkeit oder ohne Parteizugehörigkeit werden hierbei nicht mitgerechnet) mindestens 143 Personen beteiligt und nahmen hinter den Politemigranten der tschechischen Nationalität den zweiten Platz in der Rangliste ein.

Von allen 461 Emigranten waren 37 in politischen Strukturen der Sowjetunion tätig. Dazu zählte die Mitarbeit bei Verlagen politischer Literatur, beim Rundfunk (in unterschiedlichen Sprachen), die Tätigkeit in Kommissionen und Führungsgremien von der MOPR bis hin zu einer Funk-

⁵⁴³ Unter kommunistischen Parteimitgliedern wurden auch die – vorwiegend jungen – Komsomol-Mitglieder erfasst.

⁵⁴⁴ Darunter ein 16-jähriges Komsomol-Mitglied.

tion beim EKKI.⁵⁴⁵ Alle anderen Emigranten gingen verschiedenen Berufen nach, wenngleich darunter akademische Berufe überwogen. Dies wiederum bestätigt die Annahme, dass an der Auswanderung in die UdSSR die intellektuelle kommunistische Elite besonders stark vertreten war.

Das umfassende Kapitel über den „Einwanderungskanal MOPR“ soll mit einer knappen Anmerkung abgeschlossen werden. MOPR war keine Einwanderungsinstitution, sondern fungierte lediglich als Mittler für eine temporäre Aufnahme in der UdSSR. Dies bedeutete, dass der Aufenthalt der tschechoslowakischen Politemigranten einer Zuflucht zur Überbrückung eines bestimmten Zeitraumes glich. Dies wurde von MOPR klar formuliert, wenngleich für die Einwanderer der Rückkehrhorizont nicht klar umrissen war. Sie wurden in der Sowjetunion als politische Elite im Exil betrachtet, was gleichzeitig bedeutete, dass mit deren Rückkehr in die Heimat von Anfang an gerechnet wurde. Viele der tschechoslowakischen MOPR-Emigranten finden sich in der kommunistischen Führungsriege in der ČSR nach 1948 wieder. Die Emigration erfüllte somit ihre Funktion mit Erfolg.

Tabelle 6: Politemigranten aus der ČSR in der UdSSR in der Zwischenkriegszeit⁵⁴⁶

Name, Vorname	Geburtsjahr	Herkunftsland	Nationalität	In ab UdSSR	Parteizugehörigkeit	Anschrift UdSSR	Mitglied	Blatt
Ackermann Eugen	1913	ČSR	Ug	Sep. 39	Soz	Rovno	Soz	97
Alina Karel	1892	ČSR	Cz	Okt. 39	KSC	Buzuluk	KSC	153
Altrichter Josef	1901	ČSR	Dt	Sep. 39	SD	Rovno	KSC	1
Appelt Emi		ČSR	Dt		KSC	Moskau	KSC	41
Appelt Rudolf		ČSR			KSC	Moskau	KSC	40
Auslender Josef	1911	ČSR	Sk	Sep. 39	KSC	Moskau	KSC	153
Bachner Isidor	1895	ČSR	Dt		Soz	Rovno	Soz	97
Bachrich Oskar	1900	ČSR	Sk	Sep. 39	KSC	Donbass	KSC	17
Bacílek Adolf	1896	ČSR	Sk	Mai. 39	KSC	Moskau	KSC	17
Barbáš Pavel	1903	ČSR	Cz	Sep. 39	KSC	Rovno	KSC	23
Barbášová Anna	1904	ČSR	Cz	Sep. 39	KSC	Rovno	KSC	23
Barčovský	1903	ČSR	Sk		KSC		KSC	21

⁵⁴⁵ In die Gesamtsumme wurden auch acht Ehefrauen tschechoslowakischer Kommunisten aufgenommen, obwohl aus den Quellen nicht eindeutig hervor ging, ob sie in den politischen Strukturen tatsächlich tätig waren, oder ob ihre Namen darin nur wegen ihrer Ehemänner figurierten.

⁵⁴⁶ Die Spalte Nationalität enthält folgende Abkürzungen: „Cz“ für die tschechische, „Sk“ für die slowakische, „Ug“ für die ungarische, „Dt“ für die deutsche, „Ru“ für die russische und „Uk“ für die ukrainische Nationalität. Diejenigen Politemigranten, die ihre Nationalität als „jüdisch“ angaben, werden mit „Ju“ gekennzeichnet. Die Spalte „In der UdSSR ab“ beinhaltet Angaben über den Einreisezeitpunkt. Die Spalte „Parteizugehörigkeit“ dient einzig der Unterscheidung der sudestendeutschen Flüchtlinge von den übrigen politischen Flüchtlingen. Die tatsächliche Parteimitgliedschaft steht (in den meisten Fällen wiederholt) in der Spalte „Mitglied“ eingetragen. „Anschrift UdSSR“ enthält Angaben über den Wohnort jedes Politemigranten einzeln, so wie er ihm von MOPR zugewiesen wurde oder wie er der KSC-Führung in Moskau bekannt war. Alle Namen sind unter der Archivsignatur RGASPI, f. 495, op.71, d. 703 belegbar. Die letzte Spalte gibt das dem jeweiligen Namen entsprechende Archivalienblatt an. Die Tabelle gibt die Angaben so wieder, wie sie aus den Archivalien hervorgehen. Bei vielen der Personen könnten die fehlenden Informationen recherchiert werden. Da aber einige der Namen in Nachschlagewerken nicht auffindbar sind oder die Schreibweise mancher Namen nicht stimmt, entschied sich der Verfasser, die Lücken in der Tabelle zuzulassen. Die Berechnungen in dem vorausgehenden Kapitel dienen somit nur der Orientierung und sind keineswegs absolut.

Bartel Hilde	1914	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	1
Bartosch Jan	1895	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Puškino	KSČ	1
Bartosch Jaroslav	1903	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	1
Bartoschova Stefanie	1897	ČSR	Dt	Jul. 39	SD	Puškino	KSČ	1
Baruschka Rudolf	1907	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Djatkovo	KSČ	1
Basarad Fedor	1910	ČSR	Uk	1939	KSČ		KSČ	153
Baumbuškai Ivan	1914	ČSR	Uk	Okt. 39	KSČ	Kasachstan	KSČ	153
Baumgartel Václav	1901	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Djatkovo	KSČ	1
Beer Alexander		ČSR	Ug	Sep. 39	KSČ	Mitrovsko	KSČ	17
Beier Josef	1901	ČSR	Cz	1932	KSČ	Moskau	KSČ	23
Bejkovský Rudolf	1917	ČSR	Cz	Sep. 39			KSM	153
Benedikt Alfred	1904	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	23
Beneš Oskar	1913	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	23
Benešová Anna	1910	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	23
Bergman Josef	1905	ČSR	Cz	Okt. 39		Buzuluk		153
Bergmann Adolf	1890	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Kolomna	KSČ	1
Bergmann Hermann	1917		Cz		KSM	Rovno	KSM	98
Bernard Vilém	1912	ČSR	Cz	Sep. 39	Soz		Soz	153
Biheler Otto	1913	ČSR	Sk	Okt. 39	KSČ	Rovno	KSČ	17
Borek Vladimír	1920	ČSR	Cz	Mai. 39	KSM	Moskau	KSM	15
Borek Vlasta	1886	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSČ	23
Borkaňuk Sirena	1914	ČSR	Ju	Aug. 39	KSČ	Ukraine	KSČ	199
Borková Heda	1898	ČSR	Cz	Jun. 39	KSČ	Moskau	KSČ	23
Borovský Vladimír	1912	ČSR	Sk	1931			KSČ	153
Braunová Tylda	1908	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	17
Braunstein Evžen	1913	ČSR	Ju	Apr. 05	KSČ	Lemberg	KSČ	35
Breitenfeld Gustav	1910	ČSR	Cz	Jul. 39	KSM	Moskau	KSČ	15
Breitenfeldová Marie	1913	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	24, 153
Brožek Miroslav	1911	ČSR	Cz	Okt. 39	KSČ	Rovensk	KSČ	153
Čaban Gustav	1899	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Rovno	KSČ	154
Čadil Jan	1905		Cz		Soz	Rovno	Soz	97
Česar Alexander	1898	ČSR	Ug	Okt. 39	KSČ		KSČ	154
Chvátal Sylvestr	1894	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Djatkovo	KSČ	4
Cilling Vojtěch	1903	ČSR	Sk	1939	KSČ		KSČ	153
Ciner Arpad	1908		Ug		Ohne	Rovno	Ohne	97
Cinerova Katarina	1910		Ug		Ohne	Rovno	Ohne	97
Čobol Ivan	1893	ČSR	Uk	1939	KSČ		KSČ	154
Čuleň Marek	1887	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Opalich	KSČ	17
Czaban Gustav	1898	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Opalich	KSČ	24
Deri Petr	1897		Ug		KSČ	Rovno	KSČ	97
Dölling Rudolf	1902	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Moskau	KSČ	2
Döllingová Emi	1906	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Moskau	KSČ	2
Doms Hubert	1903	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	2
Domsová Mici	1909	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	2
Dostál Jaroslav	1900	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Opalich	KSČ	24
Dresel Leo	1918	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Djatkovo	KSČ	2
Durus Zuzana		ČSR	Sk		KSČ	Taškent	KSČ	21
Dužilo-Veinbergrová Gizela	1913	ČSR	Ju	1939	KSČ	Buzuluk	KSČ	154
Dvořák Bohumil	1911	ČSR	Cz	1939	KSČ	Kasachstan	KSČ	154
Ebon Peter	1913	ČSR	Dt	Sep. 39	KSČ		KSČ	158
Ehrenstein Kurt	1912		Sk		Ohne	Rovno	Ohne	97
Eisert Norbert	1890	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Djatkovo	KSČ	3
Eisertová Emilie	1890	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Djatkovo	KSČ	3

Eisler Ernst	1885	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Djatkovo	KSČ	3
Fabian Jan	1904	ČSR	Ug	Sep. 39	KSČ		KSČ	154
Faktor Richard	1914	ČSR	Dt	Sep. 39		Lemberg	KSČ	14
Fantlová Heda		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	38
Fedor Ivan	1903	ČSR	Ug	1939	KSČ		KSČ	154
Feiner Ignác	1890	ČSR	Ug	1939	KSČ		KSČ	154
Feiner Kurt	1916	ČSR	Cz	1939	KSČ		KSČ	154
Ferák Jan	1913	ČSR	Cz	Mrz. 39	KSČ	Vorošilovgrad	KSČ	24
Feráková Marie	1917	ČSR	Cz	Mrz. 39		Vorošilovgrad		24
Fiala Pavel	1914		Cz		Ohne	Rovno	Ohne	97
Fiala-Koutný Josef	1901	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ		KSČ	199
Fialová Růžena	1908	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ		KSČ	24
Ficnár Vilém	1912	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ		KSČ	24
Fidel Sigmund	1910		Dt		KPÖ	Rovno	KPÖ	97
Fidelová Gilda	1908		Dt		KPÖ	Rovno	KPÖ	97
Finkl Zoltan	1910	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Lemberg	KSČ	17
Fischel Karel	1901	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Serpuchov	KSČ	24
Fischmann Vladislav	1917	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ		KSČ	154
Fleischmann Arnold	1887		Cz		AgrP	Rovno	AgrP	97
Fodor Andrej	1894	ČSR	Ug	1939	KSČ	Frunze	KSČ	154
Foistl Josef		ČSR	Cz		KSČ		KSČ	24
Frank Jiří	1893	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ		KSČ	199
Frenkensteinová Trude	1910	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	25
Freschl Erik	1915	ČSR	Cz		KSM	Stalingrad	KSČ	15
Frešl Erik	1915	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	25
Friedrich		ČSR	Dt		KSČ	Moskau	KSČ	40
Frisch Edmund	1912	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Opalich	KSČ	18, 43
From Konstantin	1900	ČSR	Cz	1935	KSČ	Moskau	KSČ	25, 43
Fröml Otto	1903	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	3
Fuchs Vilem	1909	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Djatkovo	KSČ	3
Gaida Villi	1902	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	3
Galbová Štefanie	1906	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	18
Gere Ludmila	1903	ČSR	Cz	1932		Moskau		155
Gere Pavel	1901	ČSR	Cz	1932			KSČ	155
Gittner František	1897	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Kolomna	KSČ	3
Gittnerová Irma	1905	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Kolomna	KSČ	4
Goj Erwin	1905	ČSR	Cz	Okt. 39		Moskau		155
Goldberger Adolf	1889	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Lemberg	KSČ	18, 155
Gottwald Klement	1896	ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	40
Gottwaldová Marta		ČSR	Cz		KSM	Moskau	KSČ	15
Gregor Jan	1891	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovensk	KSČ	36
Grinwald Geza	1917		Ug		Ohne	Rovno	Ohne	97
Groß Henrich	1919		Dt		Soz	Rovno	Soz	97
Grünerová Liza	1910	ČSR	Ju	Sep. 39		Saratov		155
Grünwald Armin	1898	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Westukraine	KSČ	18
Grünwald Leopold	1901	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Moskau	KSČ	4
Haberman Samuel	1899	ČSR	Uk	1939	KSČ		KSČ	155
Habermanová Gizela	1905	ČSR	Uk	1939	KSČ		KSČ	155
Haftl Viktor	1913	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	25
Hahn Richard	1903		Dt		Soz	Rovno	Soz	98
Hájek Bohumír	1920		Cz		Soz	Rovno	Soz	97
Hájek Rudolf	1897	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	25
Haken Oldřich		ČSR	Cz	1932	KSČ	Moskau	KSČ	25

Hakenová Božena	1913	ČSR	Cz				KSM	155
Hanigová Lidie	1909	ČSR	Cz	Jun. 39	KSČ	Moskau	KSČ	25
Hartstein Vilém		ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Ivanovo-Voznesensk	KSČ	18
Hárus Jan	1894	ČSR	Cz	1934	KSČ	Moskau	KSČ	25
Harus-Dubský Jan	1892	ČSR	Cz	1934	KSČ		KSČ	199
Hauser Napoleon	1918	ČSR	Dt		SD	Lemberg	KSČ	15
Hečko Josef	1907	ČSR	Cz	Aug. 39	KSČ	Melitapol	KSČ	25
Hedeli Alexander	1919		Sk		KSM	Rovno	KSM	98
Hegen Josef	1907	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Moskau	KSČ	4
Henyšová Alžběta		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalino	KSČ	36
Herškovič Nikolaj	1910		Sk		Soz	Rovno	Soz	97
Herškovičová Gertruda	1912		Cz		Ohne	Rovno	Ohne	97
Hess Antonín	1907	ČSR	Dt		SD	Čeljabinsk	KSČ	4
Himmer Martin	1912	ČSR	Ju		KSČ	Stalingrad	KSČ	21
Hlom Karel	1893	ČSR	Cz	1932	KSČ	Moskau	KSČ	26
Hlomová Marie	1898	ČSR	Cz	1932	KSČ	Moskau	KSČ	26, 43
Hof Ferdinand	1907	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Sverdlovsk	KSČ	4
Hofman Gabriel	1908		Sk		Soz	Rovno	Soz	97
Hofman Ludevít	1914		Sk		Soz	Rovno	Soz	97
Holek Ondřej		ČSR	Sk	1939	KSČ	Kolomna	KSČ	18
Holub Miroslav		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Kameno-Podolsk	KSČ	26
Hölzel František	1890	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Mitrovsko	KSČ	4
Hölzel Walter	1903	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Rostov	KSČ	4
Homa Rudolf	1899	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Kirgisien	KSČ	155
Hönig Josef	1909	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	26
Hošek Jaroslav	1905	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Opalich	KSČ	26
Hošková Ema	1912	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Opalich	KSČ	26
Hruška Bohuš	1920	ČSR	Cz		KSM	Moskau		15
Hruška Josef		ČSR	Cz		KSČ		KSČ	27
Hrušková Božena		ČSR	Cz		KSČ			26
Hrušková Luisa	1895	ČSR	Cz	1933	KSČ		KSČ	26
Hübsch Rudolf	1908	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	4, 155
Hufnagelová Uršula	1922	ČSR	Dt	1934	SD	Buzuluk		155
Janoušková Marie	1881	ČSR	Cz	1933	KSČ	Moskau	KSČ	156
Jonáš Josef	1888	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	27
Josefsberg Rozalie	1888	ČSR	Ju	1939	KSČ	Buzuluk	KSČ	156
Juran Josef	1885	ČSR	Cz	Jul. 39	KSČ	Krim	KSČ	27
Káboš Ondřej	1912	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSM	18
Kačan Wilhelm	1919		Ju		Ohne	Rovno	Ohne	98
Kadalíková Věra		ČSR	Cz	1940	KSČ	Moskau	KSČ	157
Kadaňková Věra	1919	ČSR	Cz	Sep. 39	KSM	Lemberg	KSČ	36
Kaim Rudolf	1909	ČSR	Dt	Mai. 39	SD	Sverdlovsk	KSČ	6
Kamm Else	1912	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	5
Kamm Oswald	1909	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	5
Kappl Alois	1908	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Buzuluk	KSČ	157
Kasowitz Heinz	1904	ČSR	Dt	Sep. 39	SD	Lemberg	KSČ	14
Kasowitz Marie	1904	ČSR	Dt	Sep. 39	SD	Lemberg	KSČ	14
Keilhofer Karel	1909	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Rostov	KSČ	6
Keilová Anna	1909	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	27
Kelermann Alex		ČSR	Ug		KSČ	Moskau	KSČ	41
Keller Heinrich	1898	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Kolomna	KSČ	5
Kellerová Gisela	1901	ČSR	Dt	Jun. 39	SD	Kolomna	KSČ	5
Kinstlinger Alexander	1916		Sk		Ohne	Rovno	Ohne	97

Klein František	1913	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Mitišci	KSČ	4
Klein Hermann	1913	ČSR	Ug	1939	KSČ		KSČ	157
Klein Wilhelm	1910		Dt		Soz	Rovno	Soz	97
Kleinová Marie	1918	ČSR	Cz		KSČ	Mitišci	KSČ	5
Klier Josef	1897	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	4
Klierová Anna		ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	14
Klierová Anna				Sep. 39		Čeljabinsk	KSM	14
Klimpaťuk Nikolaj	1906	ČSR	Uk	Apr. 39	KSČ		KSČ	156
Kobylák Antonín	1909	ČSR	Cz	Okt. 39	KSČ		KSČ	157
Köhler Oskar	1904	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Serpuchov	KSČ	5
Kohn Rudolf	1885	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSČ	27
Kohnová Julie	1905	ČSR	Cz	Jan. 39	Ohne	Moskau	Ohne	156
Kohout Vojtěch		ČSR	Cz		KSČ		KSČ	27
Koláček Alois	1909	ČSR	Cz	Aug. 39	KSČ		KSČ	156
Köller Oskar	1904	ČSR	Dt	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSČ	156
Kolský Josef	1887	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	28
Konečný Karel		ČSR	Cz	1931	KSČ	Moskau	KSČ	27
Kopecká Hermína		ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	41
Kopecký Ivan	1925	ČSR	Cz		KSM	Moskau		15
Kopecký Václav		ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	40
Korb Robert		ČSR	Dt		SD	Moskau	KSČ	40
Korbová Heda		ČSR	Dt		KSČ	Moskau	KSČ	41
Košaryštan Jan	1912	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	18
Koss Jaroslav	1899	ČSR	dt	Apr. 39	SD	Djatkovo	KSČ	5
Kossová Marie	1899	ČSR	Dt	Sep. 39	SD	Djatkovo	KSČ	5
Koťátko Jiří	1899	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSČ	28
Koťátková Marie	1903	ČSR	Cz	1937	KSČ	Moskau	KSČ	28
Koťátková Mery		ČSR	Cz		KSM	Moskau		15
Koťátková Soňa	1928	ČSR	Cz	Mrz. 39	Ohne	Moskau	Ohne	156
Koudelová Anna	1917	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	28
Koza František		ČSR	Cz	1917			VKP(b)	28
Koza Koloman		ČSR	Cz				VKP(b)	28
Kraus Georg	1904	ČSR	dt	Apr. 39	SD	Moskau	KSČ	5
Krausová-Nováková Vlasta	1907	ČSR	Cz	1938	KSČ	Moskau	KSČ	157
Krejčí Emil		ČSR	Cz	1925	KSČ		KSČ	28
Krejčí Karel	1909	ČSR	Cz	Mrz. 39	KSČ	Moskau	KSČ	28
Krippendorfová Erna	1908	ČSR	Dt	Aug. 39	SD	Kolomna		5
Krosnář Josef		ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	41, 43
Krosnářová Jaroslava	1925	ČSR	Cz	Feb. 39				157
Krosnářová Marie		ČSR			KSČ	Moskau	KSČ	41
Krutilová Marie		ČSR	Cz		KSČ	Alma Ata	KSČ	157
Krpec Arnošt	1913	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	28
Kuper Běla	1916	ČSR	Ug	Okt. 39	KSČ		KSČ	157
Kuzmina Marie	1888	ČSR	Sk	1941	KSČ	Moskau	KSČ	157
Lacinová Lukerie	1901	ČSR	Ru	Jul. 39	KSČ	Krim	KSČ	157
Lacinová Růžena	1905	ČSR	Ru	Aug. 39	KSČ	Vorošilovgrad	KSČ	29
Langfelder Friedrich	1902	ČSR	Sk	1939		Ukraine		157
Lebenhard Josef	1885	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Sverdlovsk	KSČ	6
Lebovič Šimon	1907	ČSR	Ju	Sep. 39	KSČ	Lemberg	KSČ	21
Lenhard Josef	1885	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Buzuluk	KSČ	157
Líbezný Rudolf		ČSR	Dt	Sep. 39	SD	Donbass	KSČ	29
Linek Rudolf	1897	ČSR	Dt	Sep. 39	SD	Rovno	KSČ	14, 97
Linke Karel	1900	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Moskau	KSČ	6

Linková Ellse	1906	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Moskau	KSČ	6
Lorenz František	1908	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	6
Lorenz Richard	1911	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Kolomna	KSČ	6
Machač Mirek	1923	ČSR	Cz		KSM	Moskau		15
Machačová Božena	1903	ČSR	Cz	Mai. 39	KSČ	Moskau	KSČ	29, 43
Machačová Božena	1921	ČSR	Cz		KSM	Moskau		15
Maibaum Julius	1908	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Opalich	KSČ	19, 43
Major Štefán		ČSR	Ug		KSČ	Moskau	KSČ	41
Mandel Samuel	1887	ČSR	Ug	Okt. 39	KSČ	Buzuluk	KSČ	158
Mareš Jan	1914	ČSR	Cz		KSM	Stalingrad		15
Markus Kurt	1909	ČSR	Dt		SD	Lemberg	KSČ	37
Maryšková Božena	1908	ČSR	Cz	Jan. 36	KSČ	Moskau	KSČ	36
Masopust Fric	1907	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Rostov	KSČ	7
Matoušek Josef		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	38
Michal		ČSR	Ug		KSM	Moskau		15
Mieke Oskar	1894	ČSR	dt	Mrz. 39	SD	Djatkovo	KSČ	6
Mieková Marie	1894	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Djatkovo	KSČ	6
Mike Oskar	1894	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Vladimir	KSČ	157
Miková Anna	1894	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Vladimir	KSČ	157
Minc Herman	1892		Dt		Soz	Rovno	Soz	97
Mincová Margareta	1905		Dt		Ohne	Rovno	Ohne	97
Mincová Marie	1907	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	29
Mincová Táňa	1930		Dt		Ohne	Rovno	Ohne	98
Mittelbach Ignac	1887	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Mitišci	KSČ	7
Möckl Vilem	1896	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Kolomna	KSČ	6
Morsche Helmuth	1908	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	6
Možarovič Michal	1889	ČSR	Uk	Sep. 39	KSČ		KSČ	158
Mráček Jiří	1918		Cz		Ohne	Rovno	Ohne	98
Nameščuk Vasil	1915	ČSR	Uk	Okt. 39	KSČ	Karpatoukraine	KSČ	157
Nedvěd František	1867	ČSR	Cz	Jul. 39	KSČ	Krim	KSČ	30
Nejedlý Zdeněk		ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSM	30
Nisel Hermann		ČSR	Cz		KSČ		KSČ	158
Nováková Marie		ČSR	Cz	1938	KSČ	Moskau	KSČ	30, 43
Nováková Markéta	1910	ČSR	Dt	Sep. 39	SD	Lemberg	KSČ	37
Nováková Rita	1910	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	158
Nový Vilém		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	38
Odpadlík Pavel	1902	ČSR	Dt	Jul. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	7
Oldner Gustav		ČSR	Ug		KSČ	Moskau	KSČ	41, 43
Oldnerová M.		ČSR	Ug		KSČ	Moskau	KSČ	41
Opatrný Vendelín	1909	ČSR	Cz	Aug. 39	KSČ	Čeljabinsk	KSČ	30
Pächer Rudolf	1902	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Sverdlovsk	KSČ	7
Pecka Václav	1901	ČSR	Cz	Aug. 39	KSČ	Opalich	KSČ	30
Peksa František	1908	ČSR	Cz	1931	KSČ	Opalich	KSČ	30, 43
Perl Evžen	1910	ČSR	Ju	Sep. 39	KSČ		KSČ	158
Peschel Rudolf	1913	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Sverdlovsk	KSČ	7
Petránková Helena	1904	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	19
Petrisče Ivan	1891	ČSR	Uk	Sep. 39	KSČ		KSČ	199
Pich Miroslav	1919	ČSR	Cz	1940	KSM	Lemberg	KSČ	36
Pilz Bruno	1890	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Mitišci	KSČ	7
Plančák Stanislav	1900	ČSR	Uk	Okt. 39	KSČ		KSČ	158
Polzer Jan	1905	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	7
Pompe Adolf	1890	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Kolomna	KSČ	7
Pompe Alfred	1920	ČSR	Dt	Jun. 39	SD	Kolomna	KSČ	7

Ponduša František	1908	ČSR	Sk	1939	KSČ		KSČ	19
Poper Kurt	1908		Dt		Soz	Rovno	Soz	98
Pötzel Josef	1906	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	7
Procházka Jaroslav	1897	ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	31, 43
Procházka Karel	1892	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	30
Procházka Rudolf	1913	ČSR	Cz	Sep. 39	KSM	Stalingrad	KSČ	30
Prokůpek Václav		ČSR	Cz	1933	KSČ	Moskau	KSČ	31, 43
Rabbiner Fric	1920		Dt		Ohne	Rovno	Ohne	98
Raizman Bernard	1901	ČSR	Ju	Sep. 39	KSČ		KSČ	199
Rajchová Božena	1916		Sk		Ohne	Rovno	Ohne	98
Redisch Hugo	1904	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	31
Reicin Fric	1911	ČSR	Cz	Sep. 40	KSČ	Opalich	KSČ	31, 43
Reicinová Josefa	1909	ČSR	Cz	Sep. 40	KSČ	Opalich	KSČ	31
Reimannová Šůra	1902	ČSR	Ru	Mai. 39	KSČ	Opalich	KSČ	31
Reis Štefán	1909	ČSR	Sk	Mai. 39	KSČ	Moskau	KSČ	19, 43
Reisová-Nováková Eva	1913	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSČ	159
Renjáková Anna	1902	ČSR	Sk	1923	Ohne		Ohne	159
Richter Else								8
Richter Rudolf		ČSR	Dt		SD	Moskau	KSČ	16
Richter Willi	1904	ČSR	Dt		SD		KSČ	8
Riedel Ernst	1895	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Kolomna	KSČ	8
Riedel František	1923	ČSR	Dt	Mai. 39	SD	Kolomna	KSČ	8
Riedel Marie	1920	ČSR	Dt	Mai. 39	SD	Kolomna	KSČ	8
Riedel Marie	1897	ČSR	Dt	Mai. 39	SD	Kolomna		8
Rierner František	1883	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Opalich	KSČ	8
Röhner Emerich	1894	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Djatkovo	KSČ	8
Röhnerová Marie		ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Djatkovo		8
Rosenthal Ernst		ČSR	Cz		Ohne		Ohne	159
Rothová Františka		ČSR	Ug		KSČ	Moskau	KSČ	21
Rubinstein Geza	1914	ČSR	Ju	1939	Ohne		Ohne	158
Rubínštejn Imre	1908	ČSR	Ju	Sep. 39	Ohne		Ohne	159
Rubínštejn Michal	1920	ČSR	Ju	Sep. 39			KSM	159
Rubínštejnová Magda	1921	ČSR	Ju	Sep. 39	Ohne		Ohne	159
Sabo Štefan	1906	ČSR	Ug	1939	KSČ	Alma Ata	KSČ	159
Sabová Roza	1911	ČSR	Ju	Nov. 39	KSČ	Buzuluk	KSČ	159
Šajna Antonín	1888	ČSR	Cz	1930	KSČ	Moskau	KSČ	32, 43
Šajnová Anna	1902	ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	32
Šálek-Varga Roman	1896	ČSR	Uk	Sep. 39	KSČ	Karpatoukraine	KSČ	160
Samet Max	1901	ČSR	Ju	Apr. 39	Ohne	Kirgisien	Ohne	159
Schein Otto	1912	ČSR	Ug	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	21
Scheinbach Franz	1906	ČSR	Cz	1931	KSČ		KSČ	161
Scheinová-Karlová Margarita	1917	ČSR	Sk	Okt. 39	Ohne	Buzuluk	Ohne	161
Schenk Robert	1900	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Serpuchov	KSČ	10
Schilder Adolf	1895	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Sverdlovsk	KSČ	9
Schilder Jan	1923	ČSR	Dt	Jul. 39	SD	Sverdlovsk	KSM	9
Schilderová Marie	1901	ČSR	Dt	Jul. 39	SD	Sverdlovsk	KSČ	9
Schmidke Karel	1897	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	160
Schmidková Valerie	1902	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Moskau	KSČ	160
Schmutzer Antonín	1901	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Moskau	KSČ	10
Schnaubelt Adolf	1896	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Mitrovsko	KSČ	9
Schnaubeltová Ida	1901	ČSR	Dt	Aug. 39	SD	Mitrovsko	KSČ	9
Schneider Gustav	1919	ČSR	Dt	Mai. 39	SD	Kolomna	KSČ	10
Schneider Kurt	1919	ČSR	Dt	Okt. 39	SD		Ohne	161

Schön Ernst	1895	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Opalich	KSČ	10
Schönová Božena	1896	ČSR	Dt	Aug. 39	SD	Opalich	KSČ	10
Schramm August	1907	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Stalingrad	KSČ	10
Schreiber Bernard	1910	ČSR	Uk	1939	KSČ		KSČ	160
Schürlová Helena	1892	ČSR	Dt	Okt. 39	Ohne		Ohne	160
Schütz Josef	1910	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	10
Schvan Elsa	1914	ČSR	Dt	Okt. 39	KSČ		KSČ	160
Schwab Otto	1903	ČSR	Dt	1931	SD	Moskau	KSČ	11
Seina Anton	1888	ČSR	Cz	Feb. 32	KSČ		KSČ	161
Sekej Artur	1887	ČSR	Ug	Sep. 39	Ohne	Frunze	Ohne	159
Šenkyřík Rudolf		ČSR	Cz		KSČ		KSČ	32
Sidorjak Anna		ČSR	Uk	1931	Ohne		Ohne	159
Šimáček Rudolf		ČSR	Cz	1932	KSČ	Charkov	KSČ	32
Šimon Raimund	1913	ČSR	Cz	Mai. 39	Ohne		Ohne	160
Šindlér Vladimír		ČSR	Cz		KSM	Moskau		16
Široká Margit		ČSR	Sk		KSČ	Moskau	KSČ	42
Široký Vilo		ČSR	Sk		KSČ	Moskau	KSČ	40
Sitta Jan	1896		Cz		KSČ	Rovno	KSČ	98
Školník Josef	1906	ČSR	Ug	Mrz. 39	KSČ		KSČ	160
Skoparová Vlasta	1928		Dt		Ohne	Rovno	Ohne	97
Skopík František	1900	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	9
Škopík Franz	1900	ČSR	Dt	Mrz. 39	KSČ		KSČ	160
Slánská Josefa		ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	41
Slánský Rudolf	1901	ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	41, 43
Šmeral Bohumír	1880	ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	42
Šmeralová Soňa		ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	42
Šmidke Dragutín	1923	ČSR	Sk	Sep. 39	KSM	Opalich	KSM	19
Šmidke Karol	1897	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Opalich	KSČ	17
Šmidková Valerie	1902	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Opalich	KSČ	19
Soor Otto	1905	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Sverdlovsk	KSČ	9
Spirit Albín		ČSR	Cz		KSČ		VKP/b/	31
Spitzer Vojtěch		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Vorošilovgrad	KSČ	32
Stehlík Leo	1901	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	10
Stein Erik		ČSR	Cz		KSM	Moskau	KSČ	16
Stein Zikmund	1888	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSČ	33
Steiner David	1912		Sk		Soz	Rovno	Soz	98
Steiner Franz	1902	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	33
Steiner Vladislav	1914	ČSR	Ug	Mrz. 39	KSČ		KSČ	160
Steinerová Margita	1893	ČSR	Ug	Jun. 39	Ohne	Buzuluk	KSČ	160
Steinhart Friedrich	1903		Cz		Soz	Rovno	Soz	98
Steinhauer Hugo	1909	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rjazan	KSČ	33
Steinhauerová Marie	1910	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rjazan	KSČ	33
Steinová Růžena	1892	ČSR	Cz	1940	Ohne	Moskau	Ohne	160
Stern Heinz	1921	ČSR	Cz		KSM	Moskau		16
Stern Heinz	1897		Dt	Apr. 39	SD	Moskau	KSČ	14
Stern Karel	1906	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Moskau	KSČ	9
Stern Mor	1905	ČSR	Ju	Okt. 39	KSČ	Kirgisien	KSČ	160
Stern Viktor	1885	ČSR	Dt	1935	SD	Moskau	KSČ	9
Sternová Anna	1914	ČSR	Dt	Aug. 39	SD	Moskau	KSČ	9
Štětka Josef	1885	ČSR	Cz	Jul. 39	KSČ	Krim	KSČ	33
Štipka Albín	1895	ČSR	Cz	Jun. 39	LP	Kolomna	KSČ	31
Stoy Rudolf	1908	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Mitišci	KSČ	10
Stoyová Elsa	1912	ČSR	Dt	Apr. 41	SD	Buzuluk	KSČ	159

Süsmilich Rudolf	1902	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Rovno	KSČ	10
Süsser Karel	1905	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	8
Süssermann Jiří	1913	ČSR	Cz	Sep. 39	KSM	Ivanovo-Voznesensk	KSČ	32
Šved Josef		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	39
Šverma Jan	1901	ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	40
Švermová Jurka	1923	ČSR	Cz		KSM	Moskau		16
Švermová Marie		ČSR	Cz		KSČ	Moskau	KSČ	42, 43
Svítková Anna	1901	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Serpuchov	KSČ	19
Svoboda Ely		ČSR	Dt		KSČ	Moskau	KSČ	40
Synek Viktor	1903	ČSR	Cz	Aug. 39	KSČ		KSČ	159
Synková Božena	1908	ČSR	Cz	Aug. 39	KSČ	Opalich	KSČ	32
Synková Heda	1910	ČSR	Cz	Sep. 39	KSM	Ivanovo-Voznesensk	KSČ	32
Tančinec Marie	1923	ČSR	Uk	1939	Ohne	Kasachstan	Ohne	161
Taufer Jiří	1911	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	33
Tauferová Běla	1913	ČSR	Cz	Okt. 39	Ohne	Moskau	Ohne	161
Tausinger Albert	1912		Sk		Soz	Rovno	Soz	98
Thierberger Baruch	1908	ČSR	Ju	Okt. 39	KSČ	Rostov	KSČ	33
Thierberger Emil		ČSR	Cz		KSM	Rostov		16
Thierberger Josef	1905	ČSR	Ju	Okt. 39	KSČ	Rostov	KSČ	33
Toleroová Anna	1898	ČSR	Cz	1939	Ohne	Moskau	Ohne	161
Tomášek Alexander	1897	ČSR	Sk	Okt. 39	KSČ	Buzuluk	KSČ	161
Tomášek Anton	1896	ČSR	Sk	Sep. 39	KSČ	Buzuluk	KSČ	20
Tomek Josef	1889	ČSR	Cz	Jan. 40	KSČ	Puškino	KSČ	36
Tomiček Alfons	1914	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ		KSČ	33
Tomiček Alfons	1914	ČSR	Cz	Apr. 39			KSM	161
Tomková Anežka	1891	ČSR	Cz	Jan. 40	KSČ	Puškino	KSČ	37
Tomková Josefa		ČSR	Cz		KSM	Moskau		16
Tomková Vlasta		ČSR	Cz		KSM	Moskau		16
Trötcher František	1894	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Moskau	KSČ	11
Tschapek Gustav	1898	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Stalingrad	KSČ	11
Turek Karel	1900	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Djatkovo	KSČ	11
Turjanicová Anna	1910	ČSR	Uk	Aug. 39	KSČ		KSČ	161
Tvrdek Ludwig		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	38
Unger Artur	1903	ČSR	Ju	Sep. 39	KSČ	Gorki	KSČ	34
Unger-Svarz Julia	1909	ČSR	Dt	1936		Moskau		161
Valalík Karel	1891		Ug	Okt. 39	KSČ	Moskau	KSČ	162
Valalíková Margarita	1894		Ug	Okt. 39	Ohne	Buzuluk	Ohne	162
Valalíková Margarita	1921		Ug	Okt. 39	Ohne		Ohne	162
Valalíková Signe	1919		Ug	Okt. 39	Ohne		Ohne	162
Váňa Rudolf		ČSR	Cz		KSČ		KSČ	34
Vašíček	1905	ČSR	Cz		KSČ		KSČ	34
Vejevoda Karel	1905	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	34
Vetiška Rudolf	1895	ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSČ	34
Vetišková-Haniková Ludmila	1909		Cz	Apr. 39	KSČ	Moskau	KSČ	161
Vimmer Martin	1912	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	34
Vinerová Elisabeta	1907		Cz	Sep. 39	KSČ		KSČ	161
Vinner Karel	1899		Dt	Sep. 39	SD		Ohne	161
Vogel František	1890	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Gorki	KSČ	11
Vogel Franz	1900	ČSR	Dt	Apr. 39	SD		KSČ	154
Vogel Jan	1891	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	11
Vohradník Anton	1891	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Opalich	KSČ	34
Volalík Karol		ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	40

Volf Anna	1911		Dt	Apr. 39	SD		KSČ	161
Volf Kurt	1915	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Stalingrad	KSČ	34
Vozari Volf	1904		Ug	Okt. 39	Ohne	Moskau	Ohne	161
Vrbenská Božena	1910	ČSR	Cz	Jul. 39	KSČ	Krasnojarsk	KSČ	35
Vrbenský Anton		ČSR	Cz	Apr. 39	KSČ	Krasnojarsk	KSČ	35
Wagenknecht František	1913	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Moskau	KSČ	34, 43
Walter František	1890	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	12
Walter Rudolf	1917		Dt	Apr. 39	SD		KSČ	161
Waltrová Terezie	1894		Dt	Apr. 39	SD	Buzuluk	KSČ	161
Wassermann Šama	1882		Ug	1939	Ohne		Ohne	162
Weber Rudolf	1905	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	11
Weikert Martin	1914	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	11
Weis Emilie			Ug	1934	KSČ		KSČ	162
Weis Samuel	1899		Ug	Apr. 39	KSČ	Karpatoukraine	KSČ	161
Wild František	1904	ČSR	Dt	Sep. 39	SD	Rovno	KSČ	12
Wild Vilhelm	1915		Dt	Sep. 39	SD	Kameno-Podolsk	KSČ	14
Willert Anton	1902		Cz	1939	Ohne	Buzuluk	Ohne	162
Wöhl Vilém	1903	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Stalingrad	KSČ	11
Wolfová Anna	1911	ČSR	Dt	Apr. 39	SD	Čeljabinsk	KSČ	11
Wolner Zoltán	1911		Sk		Ohne	Rovno	Ohne	98
Železnák Ivan	1906		Uk	Okt. 39	KSČ	Karpatoukraine	KSČ	162
Ziková Božena		ČSR	Cz	Aug. 39	KSČ	Krim	KSČ	35
Zmrhal Antonín	1882	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	35
Zmrhalová Klára	1888	ČSR	Cz	Sep. 40	KSČ	Opalich	KSČ	35
Zrza Ladislav	1905	ČSR	Cz	Sep. 39	KSČ	Rovno	KSČ	35
Zuber Martin	1907	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Stalingrad	KSČ	12
Zumpe Emil	1907	ČSR	Dt	Mrz. 39	SD	Rostov	KSČ	12

Die Tschechoslowaken und die UdSSR

XIII. Die Emigration aus der ČSR: eine multinationale Migration

XIII.1. Die Zahlenmäßigkeit der „tschechoslowakischen“ Auswanderung in die UdSSR und deren „nationale Elemente“

Es wurde an mehreren Stellen dieser Arbeit auf den multinationalen Charakter der „tschechoslowakischen“ Auswanderung in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit hingewiesen. Gleichzeitig wurde darauf aufmerksam gemacht, wie schwierig sich die Frage nach der Klärung der nationalen Zusammensetzung dieser Auswanderung gestaltet. Auf der sowjetischen Aufnahmeseite fehlte es an funktionierenden Erfassungsmechanismen für die Einwanderer. Lediglich die politische Einwanderung, die mittels der MOPR, der Komintern und der VKP/b/ geschah, lässt die nationale Zuordnung – tschechoslowakisch oder deutsch – in einigen Fällen zu.

Die übrigen wirtschaftlichen Einwanderer wurden nicht nach Nationalitäten erfasst, sondern lediglich nach der Staatsbürgerschaft, wenngleich auch diese sowjetische Erfassungspraxis, falls man sie überhaupt so nennen darf, fragwürdig erscheint. Nur einige wenige Beispiele – so die deutsche Kommune „Pflug“⁵⁴⁷ – lassen die tatsächliche Nationalität der Auswanderer erkennen. Die Gründe für die mangelhafte Beachtung der Nationalität der ausländischen Einwanderer hängen zum Teil mit der stalinistischen Nationalitätenpolitik zusammen, welche die Herausbildung einer homogenen sowjetischen Nation anstrebte. Wurden seitens der sowjetischen Behörden Versuche unternommen, die Nationalität der Einwanderer im Nachhinein zu erfragen, so waren diese Absichten ausschließlich propagandistisch und ideologisch motiviert: Die erhobenen Zahlen sollten zur Anpassung des ideologischen Drucks auf die Ausländer und deren „kultureller Bedienung“ benutzt werden.

Schließlich bilden die Angaben des Statistischen Staatsamtes der Tschechoslowakei den wohl einzigen Anhaltspunkt, der einen Einblick in die nationale Zusammensetzung ermöglicht. Die tschechoslowakischen Statistiken der Zwischenkriegszeit unterschieden zwischen der tschechoslowakischen, russischen, deutschen, ungarischen und polnischen Nationalität, welche nach dem Prinzip der Selbstbestimmung des Auswanderers erfasst wurde. Alle übrigen Nationalitäten wurden unter „Andere“ zusammengefasst. Anhand der Erhebungen des tschechoslowakischen Statistischen Staatsamtes kann die nationale Zusammensetzung der Auswanderung aus der ČSR näher beobachtet und hinterfragt werden.

⁵⁴⁷ Vgl. hierzu Kap. VII.6.1.

Tabelle 7: Zahlenmäßige nationale Zusammensetzung der Auswanderer in die UdSSR nach Jahren⁵⁴⁸

Nat.	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
cs	156	380	353	1347	696	231	223	174	188	1777	999	92	85	100	41	10	3
rus	34	103	59	68	76	51	29	9	15	31	21	6	20	8	5	1	1
deu	10	29	31	173	140	52	16	18	22	372	181	21	17	13	0	0	0
ung	11	5	5	18	15	11	3	0	2	22	16	2	0	1	1	0	0
pol	1	1	2	7	14	2	6	6	1	6	40	0	1	0	0	0	0
sonst.	0	1	1	0	6	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0
Ges.	212	519	451	1613	947	347	277	207	228	2208	1258	121	123	122	48	11	4

Tabelle 8: Die Beteiligung unterschiedlicher Nationalitäten an der UdSSR-Auswanderung aus der ČSR in Prozent nach Jahren⁵⁴⁹

Nat.	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
cs	73,6	73,2	78,3	83,5	73,5	66,6	80,5	84,1	82,5	80,5	79,4	76	69,1	82	85,4	90,9	75
rus	16	19,8	13,1	4,22	8,03	14,7	10,5	4,35	6,58	1,4	1,67	4,96	16,3	6,56	10,4	9,09	25
deu	4,72	5,59	6,87	10,7	14,8	15	5,78	8,7	9,65	16,8	14,4	17,4	13,8	10,7	0	0	0
ung	5,19	0,96	1,11	1,12	1,58	3,17	1,08	0	0,88	1	1,27	1,65	0	0,82	2,08	0	0
pol	0,47	0,19	0,44	0,43	1,48	0,58	2,17	2,9	0,44	0,27	3,18	0	0,81	0	0	0	0
sonst.	0	0,19	0,22	0	0,63	0	0	0	0	0	0,08	0	0	0	2,08	0	0
Ges.	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Die Aufstellung der Nationalitäten, welche an der Auswanderung aus der Tschechoslowakei während der Zwischenkriegszeit gemäß den Angaben des Statistischen Staatsamtes teilnahmen, zeigt, dass sich Personen tschechoslowakischer Nation im entscheidenden Maß an der Auswanderung in die UdSSR beteiligten, und zwar stets mit mindestens etwa 70 Prozent. Im Schnitt wanderten von allen Auswanderern im Zeitraum 1922 bis 1938 die Tschechoslowaken zu 78,5 Prozent aus. An zweiter Stelle folgten die Auswanderer russischer Nationalität mit 10,2 Prozent und deutscher Nationalität mit 9,11 Prozent.⁵⁵⁰

Für den relativ hohen Anteil der Auswanderer aus der Tschechoslowakei russischer Nationalität können zwei Erklärungen abgegeben werden: Ihr Anteil von 19,8 Prozent im Jahr 1923, dem höchsten Stand während der Zwischenkriegszeit überhaupt, ist vermutlich auf den Transfer von kriegsgefangenen und demobilisierten russischen Soldaten oder Emigranten zurückzuführen. Diese mussten jedoch, um in der tschechoslowakischen Statistik erfasst zu werden, mit einem in der ČSR ausgestellten Reisedokument die Republik verlassen oder zum Abreisezeitpunkt die Staatsbürgerschaft der ČSR erlangt haben. Die steigenden Zahlen der tschechoslowakischen Auswanderer russischer Nationalität in der ersten Hälfte der 1930er Jahre lassen sich damit erklä-

⁵⁴⁸ Angaben berechnet oder zusammengestellt nach: Mitteilungen 1922/.../1938.

⁵⁴⁹ Ebd.

⁵⁵⁰ Personen ungarischer Nationalität machten von der Gesamtsumme aller Auswanderer im Zeitraum 1922 bis 1938 1,29 Prozent und polnischer Nationalität 0,79 Prozent aus. Alle Angaben wurden berechnet nach: Mitteilungen + entsprechender Jahrgang.

ren, dass es sich um Remigranten gehandelt haben kann. Ebenfalls und für die gesamte Zwischenkriegszeit kommen die Bewohner der tschechoslowakischen Karpatoukraine als Personen russischer Nationalität in Betracht.

Es ist uns heute nicht möglich, generelle Angaben über die nationale Zusammensetzung – tschechisch oder slowakisch – der Auswanderer in die UdSSR zu machen. Es ist lediglich möglich, ausgehend von den offiziellen Zahlen, gute Schätzungen der Zahlenmäßigkeit einzelner Nationalitäten aufzustellen. Von der Gesamtzahl aller Auswanderer (1922-1938) hatten 7.540 Personen ihren letzten Wohnsitz in Böhmen oder Mähren oder Schlesien, 1.069 stammten aus der Slowakei und 87 aus der Karpatoukraine. Wollen wir hypothetische Rückschlüsse auf die Nationalität der Auswanderer ziehen, so könnten wir davon ausgehen, dass die Anzahl der Tschechen unter den UdSSR-Auswanderern die Zahl der Slowaken sieben Mal überstieg.

Dies würde auch im Hinblick auf die Auswanderung im 19. Jahrhundert einige Schlüsse über das Migrationsverhalten der Slowaken zulassen: Bereits im 19. Jahrhundert wählten Hunderttausende Slowaken den Weg in die Emigration, um der starken repressiven Politik und der erdrückenden wirtschaftlichen Lage in Ungarn zu entkommen. Die meisten steuerten Länder in Westeuropa und insbesondere Übersee an. Nur wenige, wie bereits belegt, wählten Russland als Ziel ihrer Auswanderung. Dies würde dafür sprechen, dass die Tschechen beispielsweise nach Wolhynien auswanderten, wenngleich die Auswanderung auch ein gewisses wirtschaftliches Risiko bedeutete: Nicht jedem ist es gelungen, sich in der Ukraine erfolgreich wirtschaftlich zu behaupten. Anders als bei den Tschechen stellte die Rückkehr nach Hause für die gescheiterten Slowaken eine politische Gefahr dar. Diese wählten zu ihrer Ausreise deshalb nur diejenigen Länder aus, in denen sie keine offensichtlichen Wirtschaftsrisiken eingingen. Dieses Migrationsverhalten der Slowaken setzte sich während der Zwischenkriegszeit fort: Im Vergleich zu den hohen Auswandererquoten in der Slowakei⁵⁵¹ während der gesamten Zwischenkriegszeit wanderten relativ wenige von ihnen in die Sowjetunion aus. Sie wanderten in andere, „verlässlichere“ Länder aus und ließen sich dort dauerhaft nieder.

Während der Zwischenkriegszeit (1922-1938) verließen die ČSR 8.696 Personen mit einem tschechoslowakischen Reisedokument ungeachtet ihrer Nationalität und wanderten in die Sowjetunion aus. Insgesamt 537 von ihnen waren russischer, 1.095 deutscher, 112 ungarischer, 87 polnischer und zehn einer anderen Nationalität. Die Gesamtzahl von 8.696 entspricht den Angaben des Tschechoslowakischen Statistischen Staatsamtes und es handelte sich um die offizielle Zahl.⁵⁵² Die Zahl derjenigen Tschechoslowaken, die jemals in die Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit auswanderten – unabhängig von der Aufenthaltslänge – muss allerdings über den offiziellen Angaben liegen. Es kommen noch die politischen Emigranten hinzu (davon ein Großteil politischer Emigration aus der ČSR nach dem Münchner Abkommen), die Hörer der politischen Ausbildungskurse in Moskau und diejenigen Personen, die „partiintern“ in die UdSSR transferiert

⁵⁵¹ Vgl. Kap. IV.3., Tabelle 1.

⁵⁵² Angaben berechnet oder zusammengestellt nach: Mitteilungen 1922/.../1938.

wurden. So kann von einer Gesamtsumme der aus der Tschechoslowakei in die Sowjetunion Eingewanderten von etwa 9.500 Personen ausgegangen werden.

Sowohl diese Schätzungen als auch die niedrigeren offiziellen Zahlen können keineswegs die sekundäre Migration von tschechoslowakischen Staatsbürgern oder von Personen tschechischer oder slowakischer Nationalität berücksichtigen. An einigen Stellen dieser Arbeit wurde auf dieses allem Anschein nach nicht besonders verbreitete Phänomen der Einwanderung aus einem Drittland hingewiesen.

XIII.2. Der österreichische Schutzbund: Beispiel einer sekundären Emigration

Ab dem Anfang der 1930er Jahre gewannen in Österreich zunehmend die Nationalsozialisten an Einfluss. Die Landtagswahlen von 1932 bestätigten diese Tendenz. Der österreichische Bundeskanzler E. Dollfuß (Christlich-soziale Partei) ergriff Maßnahmen zur Festigung seiner diktatorischen Regierungsweise, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Dazu gehörte die Ausschaltung des Parlaments im März 1933 und die Paralisierung anderer politischer Strömungen. Dies bedeutete unter anderem eine blutige Auseinandersetzung des Dollfuß-Regimes mit den Sozialdemokraten im Februar 1934. Die Niederlage des Sozialdemokratischen Wehrverbandes (Schutzbund) bedeutete für die meisten seiner Mitglieder nur eins: den Weg in die Emigration.

Die Flucht der Schutzbundmitglieder in die Tschechoslowakei erfolgte dann noch im Februar: unorganisiert und ohne die Beteiligung eines Koordinierungszentrums. Lediglich unter den Schutzbund-Flüchtlingen aus Wien lassen sich größere Personengruppen erkennen.⁵⁵³ Die meisten österreichischen Flüchtlinge passierten in Fußmärschen die österreichisch-tschechoslowakische Grenze und begaben sich in die Obhut unterschiedlicher Institutionen in der ČSR. Ihre Gesamtzahl betrug an die 1.500 Personen, wenngleich die Angaben hierzu auseinander gehen.⁵⁵⁴ Nur wenige der Schutzbundmitglieder wählten einen anderen Weg in die Emigration: Einige Einzelpersonen flüchteten vor dem Dollfuß-Regime auch in die Schweiz oder nach Jugoslawien.

In der ČSR wurden sie als politische Flüchtlinge von den tschechoslowakischen politischen Parteien aufgenommen, unter ihnen die tschechoslowakische und die deutsche Sozialdemokratische Partei und das Auslandsbüro der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, welches seinen Sitz in Brno hatte. Die politischen Parteien in der ČSR brachten finanzielle Mittel auf und organisierten sogenannte „Patronate“, indem einzelne Schutzbundmitglieder von tschechoslowakischen Familien aufgenommen wurden. Die großen Emigrantengruppen wurden in mehreren Lagern in der ČSR untergebracht.

⁵⁵³ McLoughlin 1997: 159. Wien stellte das eigentliche Zentrum des sozialdemokratischen Lagers Österreichs dar.

⁵⁵⁴ Ebd.: 160.

Die tschechoslowakische Regierung zeigte sich von dem Zustrom österreichischer politischer Emigranten nicht gerade begeistert. In der ČSR herrschte eine hohe Arbeitslosigkeit und somit konnten die Österreicher keine Arbeitserlaubnis erhalten. Sie wurden von den politischen Parteien, von Einzelpersonen und von der Internationalen Roten Hilfe in der ČSR unterhalten; ihre Weiterreise war aufgrund des Beschäftigungsverbots so gut wie vorprogrammiert. Das einzige Land, welches bereit war, eine größere Personengruppe bestehend aus „Revolutionshelden“ aufzunehmen, war die Sowjetunion. Außer ihr nahm lediglich Norwegen die österreichischen Flüchtlinge auf. Im Hinblick auf die Weiterreise musste auch schnell gehandelt werden: Die tschechoslowakische Regierung signalisierte ihre Absicht, die Schutzbundmitglieder nach Österreich auszuweisen, zumal sich dort die Lage auch für politische Flüchtlinge etwas entspannte.

Die Schutzbundmitglieder, die selbst innerhalb des österreichischen sozialdemokratischen Lagers als „zu kommunistisch“ galten, begannen in der ČSR noch viel stärker sich dem linken politischen Spektrum zuzuneigen und sich stark zu radikalisieren. Dies führte zu einer Spaltung innerhalb der tschechoslowakischen Flüchtlingshilfe. Die tschechoslowakischen Sozialdemokraten, die eine hohe Summe Geld für den ersten großen Transport von Schutzbundmitgliedern in die UdSSR aufgebracht hatten, fühlten sich plötzlich fehl am Platze, indem sie für politisch Verbündete aufkamen, die sich mittlerweile „im Fahrwasser der Kommunisten“ bewegten und auch mit den geflüchteten Parteimitgliedern der 1933 verbotenen KPÖ paktierten⁵⁵⁵.

Das Ergebnis dieser neuen politischen Orientierung der Schutzbundmitglieder war ein Bruch innerhalb der Flüchtlingshilfe, in dem sich die tschechoslowakischen Sozialdemokraten von einer weiteren Unterstützung des Schutzbundes distanzieren und sie zu einer kommunistischen Angelegenheit erklärten. Die Sozialdemokraten versuchten zunächst die radikalisierten Schutzbundmitglieder von der eigenen Flüchtlingsfürsorge auszunehmen; nachdem dann der erste Schutzbund-Transport in die Sowjetunion abgefahren war, sagten sie sich von jeglicher weiteren Hilfe los. Gerade wegen des Schutzbundes wurde der Bruch zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten in der ČSR vollzogen.

Die Überführung der Schutzbundmitglieder in die UdSSR wurde bereits im Februar auch in Moskau thematisiert. Das Exekutivkomitee der Komintern verhandelte mit der Gesamtsowjetischen Zentralunion der Gewerkschaftsräte und der MOPR über mögliche Maßnahmen zur Aufnahme der österreichischen Flüchtlinge. Es wurde vereinbart, UnterkunftsKapazitäten freizustellen und einen Zulassungsmechanismus zu bestimmen. Nicht nur die in den Transferprozess eingebundene Internationale Rote Hilfe in Prag, sondern auch die sowjetische Vertretung in der ČSR war mit der Selektion der Schutzbundmitglieder betraut. Der wichtigste Gesichtspunkt hierbei war „nur Leute zu nehmen, die mit der Waffe in der Hand gekämpft haben“.⁵⁵⁶ Zwecks entsprechender Selektion

⁵⁵⁵ Vgl. zu der Spaltung und der politischen Polarisierung im Einzelnen: Ebd.: 164ff.

⁵⁵⁶ Schafranek 1996: 175.

führten die sowjetischen Vertretungsmitarbeiter nach einem Zufallsschema Gespräche mit einigen Schutzbundmitgliedern.⁵⁵⁷

Die Abreise der Schutzbundmitglieder erfolgte in Form von zwei großen Personentransporten im Frühling 1934, weitere kleinere Gruppen reisten nach und nach aus; dies dauerte bis Ende des Jahres 1934 an, danach reisten vermutlich nur noch Einzelpersonen aus. Die erste Gruppe verließ die Tschechoslowakei am 23.4.1934. Die Abreise wurde von einer kommunistischen Kundgebung unter polizeilicher Bewachung begleitet. Auf dem Bahnsteig versuchte die kommunistische Senatorin M. Stejskalová zu den Reisenden und Versammelten zu sprechen. Sie hob zu einer Ansprache an: „Hoch, die Wiener Barrikadisten!“, als sie von der Polizei festgenommen und abgeführt wurde.⁵⁵⁸

Die Abgereisten hinterließen eine politische Erklärung, das „Manifest der 305“, welches den Radikalisierungsprozess bestätigte und den erwähnten Bruch zwischen den beiden an der Flüchtlingsfürsorge beteiligten politischen Parteien nun endgültig herbeiführte⁵⁵⁹. Die Zahl 305 bezog sich hierbei auf die Zahl der Reisenden. In Wirklichkeit wurde das sowjetische Einreisevisum für 308 Personen ausgestellt⁵⁶⁰, McLoughlin zieht jedoch Beweise heran, die belegen, dass die Gruppe größer gewesen sein musste: Seinen Berechnungen zufolge muss die erste Gruppe mindestens 326 Personen umfasst haben⁵⁶¹. Die Überzähligen sollten sich der Gruppe einfach angeschlossen haben – darunter waren anscheinend einige Kader der KPÖ, über deren Abreise aus der ČSR parallel mit den sowjetischen Institutionen verhandelt wurde.

Die Neuankömmlinge wurden in die Kompetenz der MOPR überführt und es wurde ihnen der Politemigranten-Status zugesprochen. Daraus entwickelten sich unterschiedliche Privilegien, wie bereits dargelegt wurde.⁵⁶²

Dem zweiten Transport waren nach offiziellen polizeilichen Angaben 291 Schutzbundmitglieder⁵⁶³ beigetreten. Am 1.6.1934 um 14:41 Uhr verließ er den Prager Wilson-Bahnhof. Er machte noch am Abend in Moravská Ostrava Halt. Hier versammelten sich auf dem Bahnsteig an die 120 Menschen, vorwiegend deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten. Vor dem Bahnhof standen noch rund 130 weitere Personen, die einem Aufruf der KSČ gefolgt waren und von den Reisenden Abschied nehmen wollten. Es wurde gerufen: „Es lebe die Rote Front“, und „Es lebe die III. Internationale“; ähnliche Menschaufkommen wurden von der Polizei aus allen anderen Bahnhöfen gemeldet, welche der Zug passierte. Während der Fahrt warfen die Reisenden aus den Zugfenstern Flugblätter heraus, welche von der Polizei mühsam eingesammelt und beschlagnahmt werden mussten. Diese propagandistischen Schriftstücke schilderten die „wahren Auswande-

⁵⁵⁷ McLoughlin 1997: 163.

⁵⁵⁸ Präsidium des Landesamtes Brno an den Vorstand des Ministerrates vom 6.6.1934: NA, PMV-AMV 225, k. 1191, s. 4.

⁵⁵⁹ McLoughlin 1997: 164.

⁵⁶⁰ NA, PMV-AMV 225, k. 1191, s. 4.

⁵⁶¹ McLoughlin 1997: 167.

⁵⁶² Siehe hierzu Kap. XII.4.1.

⁵⁶³ Die Recherchen von McLoughlin ergaben eine genauere Zahl von 230 Personen: McLoughlin 1997: 167.

rungsgründe" und das Bekenntnis zum Kommunismus.⁵⁶⁴ Nach Angaben von McLoughlin war ein Großteil der Emigranten dieses Transports bereits Mitglied der illegalen KPÖ⁵⁶⁵.

Die weiteren Transporte der Schutzbundmitglieder in die UdSSR geschahen nun in kleineren Personengruppen: Diese wurden Ende September, Mitte Oktober und Anfang November 1934 organisiert. Eine etwas größere Gruppe umfasste noch etwa 30 Personen, die im Dezember 1934 in Moskau eintraf.⁵⁶⁶ Die österreichischen Politemigranten erwartete in Moskau ein volles Programm, das demjenigen einer Arbeiterdelegation um nichts zurückblieb: Betriebsbesichtigungen, Gespräche mit Vertretern der Politik und der Armee sowie Exkursionen zu den unterschiedlichsten Institutionen der UdSSR. Auf diese Weise wurden die Österreicher in das politische Leben in der Sowjetunion Mitte der 1930er Jahre eingespannt.

Die Schutzbundmitglieder wurden über mehrere sowjetische Städte verteilt, denn auch in ihrem Fall war ein Verbleiben in Moskau und auch Leningrad unerwünscht. Und obwohl sie einen privilegierten Status genossen, veränderten sich die Lebensbedingungen in der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre dermaßen, dass einige von ihnen an eine Rückreise nach Österreich zu denken begannen. Im Zeitraum 1934 bis 1938 remigrierten mindestens 150 Schutzbündler nach Österreich, weitere 60 folgten ihnen in den darauf folgenden drei Jahren. Von den insgesamt 700 Schutzbundmitgliedern, die über die ČSR in die UdSSR eingereist waren, meldeten sich 160 für den spanischen Bürgerkrieg. Mindestens 200 von den Schutzbündlern gerieten ins Visier des sowjetischen Innenministeriums. Erschießungen und Gulag-Einweisungen kennzeichneten auch den Alltag der Schutzbundmitglieder in der UdSSR am Ende der 1930er Jahre.⁵⁶⁷

Die Emigration des österreichischen Schutzbundes zunächst in die Tschechoslowakei und weiter in die UdSSR stellte ein für die Zwischenkriegszeit einzigartiges Beispiel einer sekundären Migration dar. Denn auch wenn es einzelne Fälle dieser Art von Migration über das Staatsgebiet der ČSR in die UdSSR gab, bleiben die Schutzbundmitglieder einzigartig als die größte und homogenste Gruppe von allen. Die Emigration der Österreicher aus der ČSR spiegelte sich in der offiziellen tschechoslowakischen Staatsstatistik nicht wider, weil die Schutzbundmitglieder mit eigenen Reisepässen die Emigration abwickelten und diese nicht registriert wurden. Dieser Emigrationsfall verdiente an dieser Stelle wenigstens eine kurze Erläuterung nicht nur als Beispiel sekundärer Emigration, sondern auch als Beispiel politischer Emigration und der Funktion der MOPR.

⁵⁶⁴ Polizeipräsidium Moravská Ostrava an das Präsidium des Landesamtes Brno vom 2.6.1934: NA, PMV-AMV 225, k. 1191, s. 4

⁵⁶⁵ McLoughlin 1997: 171.

⁵⁶⁶ Ebd.: 170.

⁵⁶⁷ Vgl. noch Schafraneks Recherchen zum Schicksal der Kinder von Schutzbundmitgliedern in der UdSSR: Schafranek H. 1998: Kinderheim № 6: österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil. Wien, und andere Arbeiten.

XIII.3. Der „deutsche“ Anteil an der „tschechoslowakischen“ Auswanderung

Die im vorausgehenden Kapitel dargelegte Emigration von Schutzbundmitgliedern über die ČSR in die UdSSR soll als eine Überleitung zu diesem Kapitel dienen, in dem der deutsche Anteil an der Auswanderung aus der Tschechoslowakei in die Sowjetunion genauer untersucht wird. Die sekundäre Emigration des Schutzbundes war in diesem Fall kein Teil einer tschechoslowakischen Auswanderung, wenngleich sie sicher berechtigt ihren Platz in dieser Untersuchung hatte. Vielmehr geht es nun darum, noch einmal zu betonen, dass die Tschechoslowakei während der Zwischenkriegszeit ein multinationaler Staat war, was sich zwangsläufig an der nationalen Zusammensetzung der Auswanderung bemerkbar machen musste.

Um noch auf die Zahlen zurückzukommen: Während der Zwischenkriegszeit (1922-1938) waren an der UdSSR-Auswanderung die Personen deutscher Nation mit 1.095 Personen beteiligt, was im Schnitt genau 9,11 Prozent entsprach⁵⁶⁸. Die Beteiligung deutscher Auswanderer blieb ansonsten relativ konstant und spiegelte somit die allgemeine Beteiligung an dem Auswanderungsprozess wider. Doch die statistischen Zahlen weisen einige „Höhepunkte“ deutschnationaler Auswanderung aus der ČSR auf, für welche nun eine Erklärung gefunden werden soll.

In den 1920er Jahren erkennt man gleich zwei Höhepunkte: Im Jahr 1926 lag die Beteiligung deutscher Auswanderer bei 14,8 und ein Jahr später bei 15 Prozent an der Gesamtauswanderung aus der ČSR. Diesen plötzlichen Anstieg um mehr als fünf Punkte gegenüber dem Vorjahr kann man jedoch sehr leicht erklären: 1926 formierte sich in Reichenberg die landwirtschaftliche Kommune Pflug, die ausschließlich aus Deutschen bestand. Diese Kommune reiste im Frühjahr 1927 in die UdSSR ein. Die Ausstellung der Reisepässe für diese über 100 Mitglieder zählende Gruppe musste sich somit eindeutig in der Statistik niederschlagen. Die Kommune Pflug stellte somit den einzigen Fall einer mononationalen Auswanderergruppe aus der ČSR in der Zwischenkriegszeit dar.⁵⁶⁹

Eine überdurchschnittliche Auswanderung von Deutschen konnte allerdings auch in den 1930er Jahren festgestellt werden. Hier bewegen sich die Zahlen in manchen Jahrgängen weit über dem Durchschnitt: Im Jahr 1931 war der Anteil deutscher Auswanderer 16,8 Prozent und im Jahr 1933 stieg der Anteil auf 17,4 Prozent. Während sich der Anstieg der Auswanderungsbeteiligung im Jahr 1931 mit der Weltwirtschaftskrise in Zusammenhang bringen lässt, indem die schwere wirtschaftliche Lage speziell die Deutschen mehr als sonst zur Auswanderung motivierte, muss für den Jahrgang 1933 eine andere Erklärung gesucht werden. Dabei kann gleichzeitig ein weiteres, vom zahlenmäßigen Umfang her jedoch deutlich geringeres Beispiel sekundärer politischer Emigration angesprochen und hinterfragt werden.

Dieser Anstieg kann vermutlich mit der kommunistischen Emigration aus Deutschland zur Zeit der Machtübernahme Hitlers und insbesondere nach dem Brand des Berliner Reichstagsge-

⁵⁶⁸ Vgl. hierzu Kap. XIII.1., Tabelle 8.

⁵⁶⁹ Zur Kommune Pflug im Einzelnen siehe Kap. VII.6.1.

bäudes im Februar 1933 in Zusammenhang gebracht werden, dessen die Kommunisten beschuldigt und einer Verfolgung ausgesetzt wurden. Sie wurden nun – zusammen mit den Sozialdemokraten – zu Anstiftern eines Bürgerkrieges erklärt. Die Repressionen waren jedoch am stärksten gegenüber den Kommunisten. In der Tat befürchtete auch die tschechoslowakische Regierung den Zustrom reichsdeutscher Kommunisten, weil bereits ein Jahr zuvor die Einwanderung eingesetzt hatte: Mitte des Jahres 1932 wurden in der ČSR 766 reichsdeutsche Flüchtlinge, davon 672 in Böhmen (inkl. Prag mit 369 Personen), 59 in Mähren/Schlesien und 35 in der Slowakei gezählt⁵⁷⁰.

Ab Anfang 1933 stellte sich die Regierung der ČSR offiziell gegen eine Aufnahme von Flüchtlingen aus Deutschland⁵⁷¹, insbesondere gegen die kommunistischen. Durch eine Regierungsanweisung vom 1.3.1933 wurden die Grenzwatchen verstärkt, um keinen illegalen Grenzübertritt zu ermöglichen. Die Anweisung besagte weiter, dass, falls sich deutsche Kommunisten bereits illegal auf dem Staatsterritorium der ČSR befänden, sie abgeschoben werden sollten. Wenn jedoch diese Flüchtlinge nachwiesen, wegen ihrer politischen Überzeugung und Tätigkeit in ihrem Heimatland verfolgt zu werden, könnten sie in ein anderes Nachbarland außer Deutschland ausgewiesen werden.⁵⁷²

Die statistischen Angaben zeigen jedoch, dass es in der Praxis dann doch anders aussah als geplant. Prag wurde von reichsdeutschen kommunistischen und sozialdemokratischen Flüchtlingen angesteuert und die erhobenen Zahlen zeigen, dass eine Zurückweisung wie geplant bereits an der Grenze nicht wirklich umgesetzt wurde, denn selbst die Parteizugehörigkeit erklärte die Emigrationsgründe ausreichend und legitimierte sie zugleich. Die tschechoslowakische Regierung war natürlich nicht blind und musste daher die politische reichsdeutsche Emigration zulassen, denn die Emigrationsgründe waren offensichtlich. Somit beschränkte sich die angestrebte Selektion an den Staatsgrenzen auf „politisch“ und „nicht-politisch“. Dieser Vorgang verursachte logischerweise, dass sich in Prag größere politische Emigrantengruppen bildeten, die wiederum ein Dorn im Auge der tschechoslowakischen Regierung waren.

Die Betreuung und die Unterstützung der reichsdeutschen Flüchtlinge⁵⁷³ übernahmen ähnliche Institutionen wie später bei den Schutzbund-Emigranten. Zunächst meldeten sich die politischen Parteien, später kamen noch andere Einrichtungen hinzu. Unter den ersten Hilfsorganisationen war die kommunistisch profilierte „Vereinigung zur Unterstützung deutscher Flüchtlinge“⁵⁷⁴ in Prag, deren Unterkunftskapazitäten für bis zu 90 Emigranten reichten. Außerdem konnte das

⁵⁷⁰ Stand Juni 1932: NA, PMV-AMV 225, k. 844, s. 4.

⁵⁷¹ Nach 1933 nahm die ČSR an die 20.000 reichsdeutsche Flüchtlinge auf und nahm somit in der Liste der Aufnahme-länder den zweiten Platz – nach Frankreich – ein. Vgl. hierzu: Röder W. 1992: Drehscheibe – Kampfposten – Fluchtstation. Deutsche Emigration in der Tschechoslowakei. In: P. Heumos, P. Bacher (Hg.): Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933-1939. München, 15-29. Ausführlicher zum Thema auch: Storch T. 1977: Die Beurteilung der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 durch die tschechoslowakische Regierung. In: Bohemia 18, 290-300.

⁵⁷² Ebd., s. 3.

⁵⁷³ Interessante Hinweise zum Alltag reichsdeutscher Flüchtlinge in der ČSR nach 1933 unter besonderer Berücksichtigung des literarischen Exils bei: Grossmann K. R. 1973: Die Exilsituation in der Tschechoslowakei. In: Durzak M. (Hg.): Die deutsche Exilliteratur. Stuttgart, 65-72.

⁵⁷⁴ Im tschechischen Original: „Sdružení ku podpoře německých emigrantů“.

Hilfswerk bis zu 170 Kostgänger am Tag empfangen. Von den tschechoslowakischen Kommunisten organisiert wurden ebenfalls „Solidarita – Rechtsschutz- und Sozialhilfvereinigung“, welche für eine Unterbringung bei wohlhabenden Parteimitgliedern sorgte⁵⁷⁵ (Kapazität etwa 530 Personen), und das „Šalda-Hilfskomitee für deutsche Emigranten“, welches die Unterkunftskosten von 50 Emigranten trug.⁵⁷⁶ Die Sozialdemokraten errichteten eigene Hilfswerke: „Fürsorge für deutsche Emigranten beim Einheitsverein der Privatangestellten“ (Betreuungskapazität zwischen 20-30 Personen)⁵⁷⁷ und die „Sozialdemokratische Fürsorge für Emigrantenhilfe“, welche bis zu 240 Emigranten bei der Unterbringung und Weiterreise unterstützte; beide agierten in Prag⁵⁷⁸. Als einzige nicht-politische Organisation organisierte das jüdische Hilfskomitee „Hicem“ eine Unterbringung der reichsdeutschen Emigranten im Ausland.⁵⁷⁹

Und die Anzahl der politischen Flüchtlinge stieg im Laufe des Jahres 1932 kontinuierlich: Dem tschechoslowakischen Innenministerium lagen die Zuwanderungsquoten für das Jahr 1933 am Anfang des Jahres 1934 vor: Gemeldet wurden 1.497 reichsdeutsche Emigranten⁵⁸⁰. Ihre Zahl veränderte sich seitdem praktisch nur gering: Sie wuchs im Laufe des Jahres 1934 auf 2.055 Personen an und erreichte somit den höchsten Stand.⁵⁸¹ Ein Jahr später sank die Zahl der reichsdeutschen Emigranten auf 1.316 Personen.⁵⁸²

Nach der Meinung der tschechoslowakischen Behörden lag die Anzahl der jeweils angegebenen Flüchtlinge in Wirklichkeit niedriger, denn sie gingen davon aus, dass viele von ihnen die ČSR verließen, ohne sich polizeiamtlich abzumelden. Dagegen wurden aber diejenigen politischen Flüchtlinge, die über gültige Reisedokumente und genügende finanzielle Mittel verfügten, nicht in die Statistik der Flüchtlinge aufgenommen. Die Statistiken des Innenministeriums erfassten nämlich nur diejenigen Personen, die politisches Asyl und den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekamen.⁵⁸³

Die tschechoslowakische Polizei beobachtete die Aktivitäten der reichsdeutschen Flüchtlinge auf dem Staatsterritorium der ČSR und stellte fest, dass die Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei unter den Flüchtlingen in der Regel nicht politisch aktiv waren und nur sporadische Kontakte zu politischen Kreisen pflegten. Bei dem kommunistischen Segment der Emigration wurde eine stärkere politische Aktivität beobachtet: So sollten die Kommunisten an illegalen grenzüberschreitenden Agitationen gegen das Hitler-Regime beteiligt gewesen sein. Außerdem seien

⁵⁷⁵ Im tschechischen Original „Solidarita – sdružení na obranu práv a sociální pomoc“.

⁵⁷⁶ Im tschechischen Original: „Šaldův komitét pro pomoc německým emigrantům“.

⁵⁷⁷ Im tschechischen Original: „Péče o německé emigranty při jednotném svazu soukromých zaměstnanců“.

⁵⁷⁸ Im tschechischen Original: „Sociálnědemokratická péče pro pomoc emigrantům“.

⁵⁷⁹ Polizeipräsidium Prag an PMV vom 22.10.1937: NA, PMV-AMV 225, k. 1115, s. 9.

⁵⁸⁰ Davon 1.189 Personen in Böhmen, 182 in Mähren/Schlesien, 123 in der Slowakei und drei in der Karpatoukraine: NA, PMV-AMV 225, k. 844, s. 3.

⁵⁸¹ Stand Ende Oktober 1934: Ebd.

⁵⁸² Davon: 1.071 Personen in Böhmen, 186 in Mähren/Schlesien, 103 in der Slowakei und eine in der Karpatoukraine: Stand zum 1.10.1935: Ebd. Stand der reichsdeutschen Flüchtlinge in der ČSR zum 1.12.1937: 1.399 insgesamt, davon 1227 in Böhmen, 123 in Mähren/Schlesien, 42 in der Slowakei und sieben in der Karpatoukraine: AMZV, V. sekce, k. 427.

⁵⁸³ Nach Angaben des Polizeipräsidiums Prag an das Innenministerium der ČSR vom 2.11.1934: NA, PMV-AMV 225, k. 844, sv. 3.

die deutschen Kommunisten in die illegale Tätigkeit der KSČ eingebunden worden und ständen in Kontakt zu Parteigenossen in ihrer Heimat.⁵⁸⁴

Die Frage, ob die reichsdeutschen kommunistischen oder auch sozialdemokratischen Flüchtlinge über die Tschechoslowakei in die UdSSR auswandern konnten, wurde erst im Sommer 1935 in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Komintern-Exekutivkomitees, der Tschechoslowakischen und der Deutschen Sektion der Komintern thematisiert. Besprochen wurde dabei insbesondere die schlechte materielle Lage der reichsdeutschen Emigranten in der ČSR, denn die Flüchtlinge durften keine Wirtschaftsaktivitäten entwickeln. Es wurde auf die Unmöglichkeit hingewiesen, die Flüchtlinge mit Hilfe ihrer Partei nach Deutschland zurückzuholen. Wegen der unzureichenden finanziellen Mittel konnten nur Einzelpersonen aus der ČSR in ihre Heimat zurückkehren.⁵⁸⁵ Bis zu diesem Zeitpunkt (August 1935) wurden 24 Einreisevisa für die reichsdeutschen Flüchtlinge in der ČSR bewilligt.⁵⁸⁶ Das gemeinsame Komitee stellte allerdings eine Dringlichkeitsliste zusammen, auf welcher im September 134 Namen reichsdeutscher Flüchtlinge standen.⁵⁸⁷ Das gesichtete Archivmaterial lässt jedoch den Schluss zu, dass diese Kommission lediglich auf einen Zustrom der reichsdeutschen politischen Flüchtlinge reagierte und somit die Einwanderung über das Staatsgebiet der ČSR noch vor dem Jahr 1935 eingesetzt haben muss.⁵⁸⁸

Die Komintern-Kommission wendete strenge Selektionskriterien an und ermöglichte die Einreise nur in begründeten Ausnahmefällen. Die recherchierten Archivalien weisen auf eine Einbindung der Abteilung für internationale Verbindungen in die Abwicklung der Einreise hin; dementsprechend war es ausgeschlossen, dass die reichsdeutschen Flüchtlinge in einer tschechoslowakischen Auswanderungsstatistik auftauchten. Und erfolgte die Weiterreise in die UdSSR mit einem sowjetischen Visum, dann mussten davon die tschechoslowakischen Behörden nicht unterrichtet werden. Die tschechoslowakische Statistik weist lediglich diejenigen Personen aus, denen ein Interimspass oder ein temporäres Reisedokument in der ČSR ausgestellt wurde, das sie zur Emigration einsetzen konnten.

Die Sichtung des Archivmaterials erlaubt nur uneindeutige Schlüsse, welche Ausmaße die sekundäre Emigration reichsdeutscher Flüchtlinge aus der ČSR in die UdSSR angenommen haben mag. Vermutlich ist jedoch der Anstieg der deutschnationalen Auswanderung in die UdSSR im Jahr 1933 und auch im darauf folgenden Jahr eben gerade den reichsdeutschen politischen Flüchtlingen zuzuschreiben. Die Zahlen aller Auswanderer aus der ČSR in die Sowjetunion zeigen jedoch, dass es sich bei den reichsdeutschen Flüchtlingen lediglich um Einzelpersonen gehandelt

⁵⁸⁴ Das Präsidium des Landesamtes Prag an das Präsidium des tschechoslowakischen Innenministeriums vom 15.11.1934: Ebd.

⁵⁸⁵ Protokoll der gemeinsamen Sitzung vom 13.8.1935: RGASPI, f. 539, op. 2, d. 688, l. 5.

⁵⁸⁶ Ebd., l. 6.

⁵⁸⁷ RGASPI, f. 539, op. 4, d. 132, l. 2, 9.

⁵⁸⁸ Zu Biographien und Schicksal reichsdeutscher kommunistischer Flüchtlinge in der UdSSR auch: Mallmann K.-M. 1998: Kommunisten. In: Krohn C.-D. u.a.(Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 3. Darmstadt, 493-506.

haben muss, die mit einem in der ČSR ausgestellten Reisedokument in die UdSSR ausgereist waren.⁵⁸⁹

⁵⁸⁹ Zur reichsdeutschen (darunter jüdischen) Emigration in der UdSSR und zum Schicksal der Emigranten: Tischler C. 1996: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933 bis 1945. (Arbeiten zur Geschichte Osteuropas 3). Münster.

XIV. Die Tschechoslowaken in der UdSSR (1921-1939)

XIV.1. Die tschechoslowakischen Einwanderer noch einmal in Zahlen: die sowjetischen Volkszählungen

In diesem abschließenden Abschnitt soll noch einmal der Blick auf die Tschechoslowaken in der UdSSR geworfen werden. Es soll auf die sowjetischen Volkszählungen und auf die Zahlenmäßigkeit der Tschechoslowaken in der Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit eingegangen werden. Dies stößt gleich zu Anfang auf ein grundlegendes Problem. Die während der Zwischenkriegszeit durchgeführten Volkszählungen wurden zum Teil für mangelhaft erklärt und nie ordnungsgemäß ausgewertet. Von den vier gesamtsowjetischen Volkszählungen – in den Jahren 1920, 1926, 1937 und 1939 – ist nur diejenige des Jahres 1926 für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung, die übrigen sind wegen unterschiedlicher Defizite nicht relevant, wie im Folgenden erläutert wird.

Die Volkszählung von 1920 wurde während des Krieges und zu einem Zeitpunkt durchgeführt, an dem die Westgrenze Sowjetrusslands noch nicht festgelegt war. Dementsprechend umfasste die Volkszählung nicht das gesamte Sowjetrussland: Teile der Ukraine, Weißrusslands, Sibiriens und des Kaukasus wurden in die Volkszählung nicht einbezogen. Dies gelang erst der darauf folgenden Volkszählung von 1926, welche die erste gesamtsowjetische Volkszählung überhaupt darstellte. Sie ist, wie bereits erwähnt, die einzige sowjetische Volkszählung der Zwischenkriegszeit, die ohne weiteres unangreifbar ist. Die beiden darauf folgenden Volkszählungen wurden aus unterschiedlichen Gründen bis heute nicht grundlegend ausgewertet.

Die sowjetische Volkszählung des Jahres 1937 stand von Anfang an unter einem ideologischen Stern. Im Gegensatz zur vorhergehenden Volkszählung wurde diese zu einer politischen Angelegenheit erklärt, die unter der direkten Ägide Stalins stand. Stalin war einer der Ersten, die noch weit im Vorfeld der Volkszählung bereits mit den Zahlen und Ergebnissen zu spekulieren begannen. Er erklärte auf dem XVII. VKP/b/-Kongress im Jahr 1934, dass die Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt 168 Millionen Menschen zähle. Er prophezeite eine Bevölkerungszahl von über 170 Millionen Menschen als Ergebnis der Volkszählung. Der Bevölkerungswachstum wurde als eine logische Folge des wachsenden Lebensstandards und als Resultat der sowjetischen Fünfjahrespläne betrachtet. Die Volkszählung erbrachte jedoch – nach späteren Untersuchungen – „nur“ 162 Millionen Menschen und erfüllte die Prognosen Stalins somit nicht. Die aus den schlechten Lebensbedingungen resultierende Sterbequote, die stalinistischen Repressionen und die Hungersnot im Jahr 1933 waren Gründe für die in Wirklichkeit stagnierende Bevölkerungsentwicklung. Mehrere Personen aus dem Organisationsbüro wurden für diesen „Misserfolg“ inhaftiert, zwei führende

Demographien der Volkszählung, I. A. Kraval' und O. A. Kvitkin, wurden hingerichtet. Die Volkszählung galt als „defekt“ und wurde für Jahrzehnte gesperrt.⁵⁹⁰

Ähnlich wie die Volkszählung von 1937 wurde auch die darauf folgende „Ersatzvolkszählung“ im Jahr 1939 nie komplett ausgewertet und publiziert, obwohl das statistische Material dazu erstaunlicherweise erhalten blieb. Die Ausarbeitung dieser Volkszählung unterbrach der Zweite Weltkrieg. Wegen einiger Defizite wurde sie auch später nicht ausgewertet und publiziert. Wenn gleich diese Volkszählung die ersehnten 170 Millionen Menschen auswies, wurde sie nur zu einem „internen“ Gebrauch der Institutionen oder Ministerien, welche sich nach ihren Belangen kürzere Skizzen anfertigen ließen, zugelassen. Nur wenige Teilergebnisse dieser Volkszählung wurden publiziert. So gibt es bis heute keine genaueren Angaben über die nationale Zusammensetzung der sowjetischen Bevölkerung am Ende der 1930er Jahre.⁵⁹¹

Somit fehlt es an Zahlenangaben über die sowjetischen Bewohner tschechoslowakischer Nationalität oder Staatsbürgerschaft über mehrere Jahre hinweg, die man den Auswanderungszahlen des Statistischen Staatsamtes der ČSR gegenüber stellen könnte. Unsere einzige verlässliche Quelle bleibt also die Volkszählung von 1926. Ab den 1990er Jahren wurden die sowjetischen Volkszählungen zunehmend zum Objekt historischen Interesses und mehrere russische Historiker wandten sich diesem Thema zu. Es wurden Versuche unternommen, anhand unterschiedlicher Quellen festzustellen, wie die Organisatoren der Volkszählung von 1926 vorgegangen waren und welche Differenzen in den Zahlen dies zur Folge haben konnte. Es wurde ebenfalls untersucht, durch Vergleich mit den Volkszählungen in anderen Ländern der Welt weitere mögliche Defizite aufzudecken und nachzurechnen.

Im Vergleich zu den Angaben über die Geburten in der UdSSR vor dem Jahr 1937 wurde festgestellt, dass Kinder im Alter bis zu drei Jahren in zahlreichen Regionen der UdSSR nicht immer gezählt wurden. In diesem Alterssegment wurde eine negative Abweichung je nach Regionen von zwei bis 13 Prozent festgestellt. Ebenfalls wurde festgestellt, dass in einigen Regionen (insbesondere Mittelasien u.a.) Frauen im Alter zwischen acht und 27 Jahren nicht sorgfältig erfasst wurden.⁵⁹²

Es ist an dieser Stelle nicht von Bedeutung, die rechnerischen Unklarheiten dieser Volkszählung darzustellen und zu erklären. Sie wird im Allgemeinen als gelungen und zuverlässig angesehen und – und dies ist besonders wichtig – weist im Hinblick auf die Erfassung von Nationalitäten keine Mängel auf. Den Ergebnissen dieser Volkszählung zufolge gaben 27.123 Personen als

⁵⁹⁰ Vgl. hierzu im Einzelnen z.B. Žiromskaja V. B. 1990: Vsesojuznyje perepisi naselenija 1926, 1937, 1939 godov. Istorija podgotovki i provedenija [Die gesamtsowjetischen Volkszählungen der Jahre 1926, 1937, 1939. Geschichte der Vorbereitung und Durchführung]. In: Istorija SSSR 3, 84-104, oder Pavlov G. A. 1972: Sovjetskije perepisi naselenija (1920-1959) [Sowjetische Volkszählungen (1920-1959)]. In: Sovjetskaja statistika za polveka (1917-1967gg.), 9-34.

⁵⁹¹ Vgl. hierzu im Einzelnen: Volkov A. 1990: Iz istorii perepisi naselenija 1939g [Aus der Geschichte der Volkszählung von 1939]. In: Vestnik statistiki 8, 45-56.

⁵⁹² Andreev E., Darskij L. 1990: Opyt ocenki čislennosti naselenija SSSR 1926-1941 [Ein Versuch um die Beurteilung der Bevölkerungszahlenmäßigkeit in der UdSSR 1926-1941]. In: Vestnik statistiki 7, 35.

Nationalität „tschechoslowakisch“ an, mehr als die Hälfte dieser Personen kamen aus der Ukraine.⁵⁹³ Nur 3.548 Personen gaben als Staatsbürgerschaft die ČSR an.

Nun wollen wir eine Migrationsbilanz der Tschechoslowaken während der Zwischenkriegszeit ziehen. In der ersten Volkszählung der russischen Geschichte im Jahr 1897 wurden im Zarenreich 50.388 Tschechen und Slowaken gezählt.⁵⁹⁴ Während des Bürgerkrieges – unterschiedlich motiviert – kehrten mindestens 10.000 altansässige Tschechen und Slowaken in die neu entstandene ČSR zurück⁵⁹⁵ (Legionen wurden nicht berücksichtigt), dafür reisten im Zeitraum 1922 bis 1926 wiederum 3.742⁵⁹⁶ Personen aus der ČSR in die Sowjetunion ein. Eine derartige einfache Rechnung ergibt somit eine Differenz von etwa 17.000 Personen, über deren Verbleib wir keine Auskünfte geben können, lediglich Spekulationen. Die Tatsache, dass die Personen aus der Volkszählung verschwanden, besagt, dass sie entweder physisch die Sowjetunion oder aber auf dem Papier die tschechoslowakische Nationalität verließen.

⁵⁹³ Selbst die tschechoslowakische Vertretung wusste im Mai 1928 nicht genau, wie viele Tschechen und Slowaken in der UdSSR lebten. Sie ging von 16.000 Tschechoslowaken aus: AMZV, II. sekce, k. 332.

⁵⁹⁴ Vgl. Kap. III.2.

⁵⁹⁵ Vgl. Kap. III.3.

⁵⁹⁶ Nach Mitteilungen 1922/.../1926.

Tabelle 9: Ergebnisse der Volkszählung von 1926⁵⁹⁷

Personen tschechoslowakischer Nationalität sortiert nach Muttersprache und Geschlecht										Tschechoslowakische Staatsbürger		
Nach Sowjetrepubliken und nach Stadtbevölkerung und Landbevölkerung	Gesamt			Personen mit der Muttersprache								
				Männer		Frauen		Gesamt				
	Männer	Frauen	Beide Geschlechter	ihrer Nationalität	Russisch	ihrer Nationalität	Russisch	ihrer Nationalität	Russisch	Männer	Frauen	Beide Geschlechter
RSFSR⁵⁹⁸	5680	4250	9930	4136	1340	3301	856	7437	2196	1649	632	2281
Stadtbevölkerung	2453	1562	4015	1498	858	957	555	2455	1413	1168	420	1588
Landbevölkerung	3227	2688	5915	2638	482	2344	301	4982	783	481	212	693
BSSR	350	300	650	165	31	123	38	288	69	11	4	15
Stadtbevölkerung	52	36	88	34	15	19	16	53	31	2	2	4
Landbevölkerung	298	264	562	131	16	104	22	235	38	9	2	11
USSR	8338	7753	16091	6940	722	6644	605	13584	1327	808	331	1139
Stadtbevölkerung	2110	1706	3816	1275	597	1045	498	2320	1095	518	256	774
Landbevölkerung	6228	6047	12275	5665	125	5599	107	11264	232	290	75	365
UzbSSR	146	44	190	105	31	23	21	128	52	65	20	85
Stadtbevölkerung	122	37	159	85	27	20	17	105	44	46	12	58
Landbevölkerung	24	7	31	20	4	3	4	23	8	19	8	27
SZSFSR	129	108	237	62	60	57	43	119	103	15	9	24
Stadtbevölkerung	123	96	219	59	57	52	37	111	94	15	9	24
Landbevölkerung	6	12	18	3	3	5	6	8	9	0	0	0
TurSSR	17	8	25	11	2	3	5	14	7	4	0	4
Stadtbevölkerung	17	7	24	11	2	2	5	13	7	3	0	3
Landbevölkerung	0	1	1	0	0	1	0	1	0	1	0	1
SSSR	14660	12463	27123	11419	2186	10151	1568	21570	3754	2552	996	3548
Stadtbevölkerung	4877	3444	8321	2962	1556	2095	1128	5057	2684	1752	699	2451
Landbevölkerung	9783	9019	18802	8457	630	8056	440	16513	1070	800	297	1097

Dank der Gegenüberstellung mit der sowjetischen Volkszählung von 1926 konnten wir die Zahl der Rückkehrer nach dem Ersten Weltkrieg in die ČSR korrigieren. Ging die Geschichtswissenschaft von 10.000 tschechoslowakischen Rückkehrern aus, so kann sie nun von einer höheren Zahl ausgehen.⁵⁹⁹ Möglicherweise ist mit einer noch viel höheren Differenz zu rechnen: Nach einigen Berechnungen stieg die Anzahl der in Russland lebenden Tschechen vor dem Ersten Welt-

⁵⁹⁷ Angaben zusammengestellt nach: Vsesojuznaja perepis 1926go goda. Moskva 1928.

⁵⁹⁸ RSFSR=Russische sozialistische föderative Sowjetrepublik, BSSR=Weißrussische sozialistische Sowjetrepublik, USSR=Ukrainische sozialistische Sowjetrepublik, UzbSSR=Usbekische sozialistische Sowjetrepublik, SZSFSR: Transkaukasische sozialistische föderative Sowjetrepublik, Turkmenische sozialistische Sowjetrepublik, SSSR=Union der sozialistischen Sowjetrepubliken/UdSSR.

⁵⁹⁹ Zu der Anzahl der Rückkehrer existieren keine zuverlässigen Statistiken. Die Angaben der Statistischen Staatsamtes besagen, dass im Zeitraum 1922 bis 1926 1.245 Personen aus der UdSSR in die ČSR umsiedelten. Dabei wird vom Statistischen Staatsamt darauf hingewiesen, dass diese Angaben lückenhaft sind, weil es keinen einheitlichen Erhebungsmechanismus gibt: Mitteilungen 1922/.../1926.

krieg weiter an. Nur in Wolhynien wuchs die Zahl der Personen tschechischer (oder slowakischer) Nation von 27.670 im Jahr 1897 auf 30.710 Personen im Jahr 1914.⁶⁰⁰

Dieser Sachverhalt würde dafür sprechen, dass die Rückkehrerwelle in die ČSR zahlenmäßig die zeitgleiche tschechoslowakische Auswanderung in die UdSSR überstieg, denn es ist unwahrscheinlich, dass so viele Tschechoslowaken aus der UdSSR in ein Drittland weitergereist wären. Eine Bekenntnis zu einer anderen Nationalität als ein weiterer möglicher Relativierungsaspekt ist an dieser Stelle zu berücksichtigen, wenngleich innerhalb eines so kurzen Zeitraumes zwischen den beiden Volkszählungen kein derartig starker Assimilierungsprozess eingetreten sein kann. Die Differenz kann neben dem physischen Verlassen der UdSSR oder dem Wechsel der Nationalität bei neugeborenen „Tschechoslowaken“ noch durch eine Sterbequote erklärt werden: Die hohe Sterblichkeit während des Ersten Weltkriegs und während der Hungersnot am Anfang der 1920er Jahre, von der z.B. die Ukraine sehr stark betroffen war, muss die Zahlenmäßigkeit der Personen tschechoslowakischer Nationalität beeinträchtigt haben.

XIV.2. Die Auswanderer selbst im Rückblick

Im Archiv des tschechoslowakischen Außenministeriums werden zahlreiche schriftliche Berichte der zurückgekehrten Tschechoslowaken archiviert. Diese geben Aufschluss über die Aus- und Rückwanderungsgründe und über die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion aus der Perspektive des Individuums. Eine Skizze aus diesen Berichten und die in ihr zum Teil enthaltenen widersprüchlichen Angaben sollen nun betrachtet werden. Ausgewählt wurden die Aussagen von Tschechoslowaken, die auf unterschiedlichen Wegen in die UdSSR gelangten. Vertreten sind die Altansässigen, die Kriegsgefangenen, die Kommunenmitglieder und die individuellen industriellen Einwanderer.

Für die Befragung von UdSSR-Rückkehrern wurden in der Tschechoslowakei spezielle Fragenkataloge angefertigt, die in erster Linie auf die Erhebung von politisch und militärisch verwertbaren Informationen zugeschnitten waren. So wurden den Rückkehrern Fragen zur militärischen Situation in der UdSSR, zur Roten Armee oder zur Wehrpflicht gestellt. Außerdem interessierte die zuständigen Polizeibeamten, ob in der sowjetischen Gesellschaft eine Bedrohung von Außen gespürt wird und wie die Sowjetunion auf einen potenziellen Krieg vorbereitet ist, bzw. ob und in welchem Ausmaß sie aufrüstet. Auf die meisten dieser Fragen konnten die Befragten in der Regel keine Antwort geben, denn sie traten mit diesen Bereichen kaum in Kontakt.

Wie aus den Berichten der tschechoslowakischen Auswanderer in der Zwischenkriegszeit hervorgeht, reisten sie in die UdSSR aus, weil sie dort auf bessere Lebensbedingungen als in der

⁶⁰⁰ Zit. nach Hostička V. 1998: Volyňští Češi a jejich perzekuce v Sovětském svazu [Die wolhynischen Tschechen und deren Persekution in der Sowjetunion]. In: Veber V.: Střední a východní Evropa v krizi XX. století [Das mittlere und das östliche Europa in der Krise des XX. Jahrhunderts]. Praha, 50.

ČSR hofften. Von Anwerbungsversuchen, Agitation oder gar einem ideologischen Hintergrund dieser Auswanderung wurde nichts erwähnt. Erstaunlicherweise äußerten sich die Befragten oft positiv über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sowjetunion. Auf der anderen Seite kehrten die Personen aus der UdSSR zurück, „weil sich die Lebensverhältnisse dermaßen verschlechtert hatten, dass es unmöglich war, dort weiter zu leben“. So berichtete F. Králík, der zusammen mit der Kommune Slovácko im Jahr 1925 abgereist war und im März 1933 zurückkehren musste.⁶⁰¹

J. Navrátil, Mitglied derselben Kommune, kehrte am Ende des Jahres 1933 aus der Sowjetunion zurück, weil er, seine Frau und drei Kinder keinen Hunger mehr leiden wollten. Er sagte aus, dass von der Kommune Slovácko nur noch vier oder fünf Familien in der Sowjetunion geblieben seien.⁶⁰² J. Hudeček, ein überzeugter Kommunist, übersiedelte im Jahr 1933 aus Frankreich in die UdSSR, um einer Strafverfolgung zu entkommen. Nachdem er seine Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen im sibirischen Kohlebecken Kusbass geäußert hatte, wurde er als Konterrevolutionär bezeichnet und aus der UdSSR ausgewiesen.

Für die tschechoslowakischen Einwanderer der 1920er Jahre ist der noch anhaltende Idealismus typisch. Trotz der katastrophalen Wirtschaftslage, die sie zur Rückreise zwang, hielten sie die Entwicklung in der Sowjetunion für positiv. Sie waren sich der Mängel des Systems bewusst, schrieben sie aber unqualifizierten Personen zu. „Infolge der Reformen in der UdSSR wird eine große Entwicklung erwartet“, so J. Gans (1926 individuell eingereist) im Hinblick auf die Kollektivierung und den Fünfjahresplan. Die Kollektivierung wurde seiner Auffassung nach nicht sorgfältig genug durchgeführt, er selbst blieb aber zuversichtlich: „Jeder Landwirt und jede Kolchose sollen wohlhabend werden...“.⁶⁰³

„Den Reformen schaut die Bevölkerung ruhig entgegen, [...] eine Ablehnung der Politik der sowjetischen Regierung durch die lokalen Exekutivorgane gibt es nicht, weil die Lokalbehörden mit der Regierungspartei einverstanden sein müssen“.⁶⁰⁴ Neben dem „guten“ Verhältnis zwischen den Behörden wird auch die einwandfreie Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Armee thematisiert: „Die Bevölkerung sympathisiert mit der Armee und diejenigen, die nach dem Wehrdienst entlassen werden, haben die Armee in guter Erinnerung, da es ihnen dort besser gegangen ist.“⁶⁰⁵ Ein ebenso gutes Verhältnis herrschte den Berichten der Auswanderer der 1920er Jahre zufolge auch zwischen den Einheimischen und den Ausländern. Gelegentlich wird von einer Verschlechterung des Verhältnisses gesprochen.

Diametral unterschiedliche Informationen enthalten die Berichte von altansässigen ukrainischen Tschechen und von Tschechen und Slowaken, die während des Krieges nach Russland gelangt waren und aus unterschiedlichen Gründen nicht zurückkehrten. „Das Verhältnis zu Aus-

⁶⁰¹ AMZV, II. sekce, k. 471, s. 6.

⁶⁰² Ebd.

⁶⁰³ Ebd.

⁶⁰⁴ (J. Gans) Ebd.

⁶⁰⁵ (F. Králík) Ebd.

ländern ist misstrauisch, sie [die Einheimischen] schauen nur, wie sie die Ausländer betrügen können“, geht aus dem Bericht von Josef Wrubel hervor. „Zu den Bedingungen des Jahres 1930 wäre ich noch gerne in Russland [sic!] geblieben, danach wurde das Leben auf dem Land unerträglich“. Die Hungersnot 1932/1933 gab Wrubel den letzten Stoß: „Es breitete sich Kannibalismus aus. In dem Dorf, wo ich wohnte, verschwanden etwa 60 Personen und viele Kinder. Nachts traute sich niemand, das Haus zu verlassen, aus Angst um das eigene Leben“. ⁶⁰⁶

Diese Berichte äußerten sich kritisch zu der Kollektivierung und zum Fünfjahresplan und zweifelten deren Erfolge an. Sie schilderten den Zustand der Industrie und der sowjetischen Landwirtschaft als schlecht, die Lebensbedingungen für Arbeiter als unerträglich und das Verhältnis zur Partei als misstrauensvoll. Sie berichteten von der Verfolgung aller, die sich kritisch dem System gegenüber zeigten. Sie gaben sich mit den schlechten Wohnbedingungen, mit dem niedrigen Lohn, mit dem Mangel an Lebensmitteln, mit der sowjetischen Bürokratie und der Staatsmacht nicht zufrieden. Diejenigen, die vor der Einreise kommunistischer Überzeugung waren, wurden durch den UdSSR-Aufenthalt vom Kommunismus „geheilt“. ⁶⁰⁷ Einige äußerten die Hoffnung, dass ein Krieg, den die Sowjetunion führen würde, den Regimesturz herbeiführen könnte. ⁶⁰⁸

Die Aussagen derjenigen, die eine längere Zeit in Russland und der UdSSR verbracht hatten, unterschieden sich grundsätzlich von den Berichten derjenigen, die erst in den 1920er Jahren in die Sowjetunion eingereist waren. Die Altansässigen und die ehemaligen Soldaten konnten über eine längere Zeit hinweg die Entwicklung in Russland und in der UdSSR verfolgen und hatten somit den Vergleich. Diejenigen, die in den 1920er Jahren in die UdSSR gekommen waren und sie am Anfang der 1930er Jahre wieder verließen, waren Auswanderer voller Enthusiasmus, die mit Begeisterung der „Mobilisierung“ der Sowjetunion entgegen sahen und sich zu einer Auswanderung bewegen ließen. Sie waren unmittelbare Teilnehmer des sozialistischen Staatsaufbaus, sie waren voller Ideale und sie identifizierten sich mit der Staatsideologie. Diese Personen, die bereits mit den Idealen in die UdSSR ausgewandert waren, waren viel leichter in die sowjetische politische Ideologie einzuspannen, als Menschen, welche die ganzen Wandlungen Russlands und der UdSSR hautnah erlebten. Sie glaubten den Versprechungen und den Reformen der sowjetischen Regierung und obwohl ihnen diese Reformbewegung die Lebensgrundlage nahm, waren sie weiterhin von ihrem künftigen Erfolg überzeugt. Dies bedeutete nicht, dass sie nun nach ihrer Ankunft in der ČSR zum Werbeträger für die UdSSR geworden wären. Sie waren sich der Mängel des sowjetischen Reformwesens und der Politik bewusst, hielten sie jedoch nicht für einen Systemfehler und glaubten dran, dass die Sowjetunion einen großen wirtschaftlichen Aufschwung vor sich hat.

Dieses Phänomen könnte als Beleg für das Streben der Sowjetführung nach einem „neuen Menschen“ angesehen werden. Denn im Kommunismus wird der Mensch „radikal umgearbeitet,

⁶⁰⁶ Ebd.

⁶⁰⁷ Ebd.

⁶⁰⁸ F. Horáček, in Russland ab 1886: Ebd.

[...], der künstlichen Auslese und einem psychologischen Training“ unterzogen, so Trotzki in seinem Buch „Literatur und Revolution“. ⁶⁰⁹ Dies geschehe durch die Hände jedes Einzelnen selbst ⁶¹⁰. Die Beispiele der Tschechoslowaken belegen, wie dieser „Umbearbeitungsprozess“ ausgelöst wurde: Durch überzogene Propaganda der sowjetischen Regierung, durch Inaussichtstellung besseren Lebensstandards, durch die Begeisterung für die Industrialisierung und den sozialistischen Staatsaufbau. Die Aussetzung der sowjetischen Propaganda und die Teilnahme an der kollektiven Begeisterung zeigten ihre Wirkung und führten eine Verzerrung des Realitätsbildes herbei, das bei den Einwanderern auftrat.

Eine etwas andere Entwicklung kann bei tschechoslowakischen Auswanderern beobachtet werden, die in die UdSSR eingereist waren und sie nach äußerst kurzer Zeit wieder verließen. Im Gegensatz zu der oben genannten Gruppe, die dem System wenigstens ein paar Jahre geben wollte, bedeutete ein nur kurzer Aufenthalt in der Sowjetunion einen sofortigen Bruch mit dem Kommunismus und dem Glauben an den sozialistischen Staat. Es waren vorzugsweise Personen, die nur mit einem zeitlich begrenzten Arbeitsauftrag in die Sowjetunion reisten, diesen zeitlichen Horizont vor Augen hatten und weniger anfällig für Propaganda waren. Sie reisten nach dem Vertragsablauf wieder in die ČSR zurück.

Die Entscheidung, zurückzukehren, muss allerdings den meisten Kommunenmitgliedern schwergefallen sein. Sie hatten ihre Häuser in der ČSR vor der Auswanderung verkauft und wollten nun nicht mittellos zurückkehren, nachdem sie sich mit ihrem Hab und Gut in der UdSSR niedergelassen hatten. Offensichtlich hatten es auch diejenigen Kommunenmitglieder leichter, die innerhalb kürzester Zeit den Mut fanden, in die Tschechoslowakei zurückzufahren, als diejenigen, die in einer abwartenden Haltung dem sowjetischen System eine Chance geben wollten. Diese Personen kehrten manchmal erst nach langen Jahren in die ČSR zurück. Das alte gewohnte soziale Umfeld fanden sie dort jedoch nicht mehr vor.

XIV.3. Ein ausgeklammertes Problem: Repressionen gegen die tschechoslowakischen UdSSR-Auswanderer der Zwischenkriegszeit. Ein Ausblick

Die Problematik der tschechoslowakischen Opfer des stalinistischen Regimes wurde bis heute nicht in ihrer ganzen Dimension aufgearbeitet, wenngleich bereits einige kleinere Versuche unternommen wurden. Das Thema wird von unterschiedlichen Mythen und Schätzungen in kosmischer Höhe begleitet. Eine Untersuchung dazu, inwieweit die in der Zwischenkriegszeit in die UdSSR eingereisten Tschechoslowaken Opfer des sowjetischen Regimes wurden, wäre im Rahmen vorliegender Arbeit weder möglich (und nicht angestrebt) noch sinnvoll, insofern es an entsprechenden grundlegenden Vorarbeiten fehlt.

⁶⁰⁹ Zit. nach Pipes: 101.

⁶¹⁰ Ebd.

Darunter ist die sichere Kenntnis der spezifischen Terminologie, aber auch die der Entwicklung und der Struktur staatlicher sowjetischer Institutionen und der Klassifizierung der repressiven Maßnahmen zu verstehen. In Russland wurde in den letzten 15 Jahren zu einigen Aspekten dieses Themas fruchtbar publiziert, sodass heute die Aufbewahrungsorte der relevanten Archivbestände ausreichend publik gemacht wurden. An diesem Thema arbeiten heute in Russland und Europa nicht nur einzelne Historiker, sondern auch zahlreiche wissenschaftliche Zentren und Institutionen, manchmal national profiliert („KARTA“ zur Erforschung polnischer Stalinopfer, Memorial etc.).

Die Erforschung des gegebenen Problems erschwert auch die Tatsache, dass es sich bei den tschechoslowakischen Einwanderern um keine geschlossene ausländische Kolonie, sondern um eine weite Verstreuerung von Einzelpersonen oder kleinere Personengruppen ohne einen spezifischen Zusammenhalt handelte, die für die Forschung kaum greifbare Anhaltspunkte hinterließen. Eine Ausnahme hierbei stellte die kompakte tschechische Bevölkerung der Ukraine dar; jedoch konnte auch hier das Ausmaß des stalinistischen Terrors nicht ausreichend erforscht werden.⁶¹¹

Unter den tschechoslowakischen stalinistischen Opfern lassen sich unterschiedliche Personenkreise erkennen. Dabei lassen sich diejenigen Tschechoslowaken, die bereits im 19. und im frühen 20. Jahrhundert einreisten, nicht von denjenigen trennen, die erst während der Zwischenkriegszeit in die UdSSR auswanderten. So wurden einzelne Fälle von altansässigen Tschechen oder Slowaken registriert, die während der Kollektivierung repressiven Maßnahmen seitens der sowjetischen Macht ausgesetzt waren. Die Kollektivierung wurde ohne Rücksicht auf Nationalität, Staatsbürgerschaft oder Religion durchgeführt, sondern nach einem einzigen Gesichtspunkt – der „Klassenzugehörigkeit“. Die Kleinbauern, die selbstständig ihre Landwirtschaft führten, sollten durch die Kollektivierung „proletarisiert“ werden, d.h. zu einer unterschiedslosen Menschenmasse eingeschmolzen werden.

Natürlich bestanden dabei auf sowjetischer Seite Bedenken, wie man bei der Kollektivierung ausländischer Bauern vorgehen sollte, vor allem im Hinblick auf unterschiedliche internationale oder bilaterale Abkommen, an welche die Sowjetunion gebunden war. Dagegen musste auch mit Ausländern, deren Staaten mit der UdSSR zwar keine Abkommen hatten, jedoch zu ihr formelle Beziehungen pflegten, anders umgegangen werden. Man war besorgt, dass die Kollektivierung von Ausländern eine antisowjetische Kampagne im Ausland auslösen und zu Kompensationsanträgen führen würde. So bestand für die Betroffenen in einem beschränkten Maße die Möglichkeit, die UdSSR zu verlassen. Dies sollte allerdings auch nicht zu einer Massenabwanderung führen. Die Ausländer erhielten außerdem die Möglichkeit, für den enteigneten Besitz einen Ersatz zu be-

⁶¹¹ Ein Versuch, durch die Berechnung von prozentualen „Opferquoten“ in dieses Thema einzudringen bei: Hostička 1998: 47-60.

antragen. Diese Kompensierung wurde jedoch in jedem beantragten Fall einzeln geprüft und führte nur selten zu einer Ersatzleistung.⁶¹²

Bei der Wahrnehmung der Kategorie „Ausländer“ beschränkte man sich auf die nichtsowjetischen Staatsbürger, weil von ihrer Seite für die Sowjetunion eine stärkere Gefahr ausging als im Falle der Kollektivierung von Personen z.B. tschechischer und slowakischer Nation, die bereits sowjetische Staatsbürger waren. Nur ein Bruchteil der in der Ukraine lebenden Tschechen und Slowaken waren auch tschechoslowakische Staatsbürger: 16.091 Personen gaben bei der Volkszählung von 1926 die Nationalität „tschechisch“ an, dagegen nur 1.139 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft. Somit schränkte sich der Kreis derjenigen ein, die während der Kollektivierung für die Sowjets tatsächlich zu Problemfällen werden konnten.

Sprechen wir von Repressionen seitens der sowjetischen Macht während der Kollektivierung, dann verstehen wir darunter die Maßnahmen der Regierung gegen diejenigen, die sich der Kollektivierung widersetzen, was für sie somit „strafrechtliche“ Konsequenzen zur Folge hatte. Der Tatbestand der Kollektivierung selbst wird hier nicht als eine Repressivmaßnahme betrachtet.

Die tschechoslowakischen Einwanderer der Zwischenkriegszeit steuerten die Ukraine nicht in einem größeren Maße an. Das zur landwirtschaftlichen Kolonisierung vorgesehene Land befand sich außerhalb der Ukraine, diejenigen ausländischen Kollektive, die sich hier niederließen, taten dies noch vor der Entstehung der Kolonisationsfonds. In der Ukraine selbst ließen sich keine tschechoslowakischen Kommunen nieder und somit ist von Opfern der Kollektivierung aus den Reihen der in den 1920er Jahren aus der ČSR eingewanderten Kolonisten nicht auszugehen. Auch in den anderen Gebieten der Sowjetunion wurden die tschechoslowakischen landwirtschaftlichen Einwanderer der Zwischenkriegszeit kaum im Zuge der Kollektivierung verfolgt.

Es ist besonders zu betonen, dass die Tschechoslowaken in der UdSSR der Zwischenkriegszeit kein Objekt von gezielten Repressionen waren, d.h. sie waren stets „nur“ diejenigen, die „mit darunter“ auftauchten oder die „mitreisten“, wenn es z.B. um die Deportierungen von Nationen ging. Daher gestaltet sich die isolierte Betrachtung des stalinistischen Terrors an den Tschechoslowaken besonders schwierig. Obwohl in den zentralen Archiven der Russischen Föderation zahlreiche Hinweise auf tschechoslowakische Opfer des stalinistischen Terrors vorhanden sind, bedeutet deren weitere Erforschung die Überwindung von zwei entscheidenden Hindernissen: Das erste hängt mit der Verteilung der Archivbestände oft über das ganze Staatsterritorium der Russischen Föderation zusammen. Somit ist eine Erforschung ohne eine Einbeziehung russischer Historiker vor Ort kaum möglich. Ebenfalls aus dem Bereich „Archiv“ kommt der problematische Fakt, dass – wenn es um Personalien geht – das zuständige Archiv oft lediglich auf schriftliche Anträge reagiert, eine persönliche Recherche durch den Forscher allerdings nicht erlaubt. Problematisch ist auch die nationale Zuordnung der Tschechoslowaken: Sie sind natürlich auch in der Kategorie

⁶¹² Eine Quelldokumentation hierzu: Pochomovič D., Tepcov N. 1992: Raskulačivali daže inostrancev. Dokumenty perioda kollektivizacii [Es wurden sogar Ausländer entkulakisiert. Dokumente der Kollektivierungsperiode]. In: Volkogonov D. A., Zav'jalov C. A.: Neizvestnaja Rossija. XX. vek II [Unbekanntes Russland. XX. Jahrhundert II]. Moskva, 324-336.

„Zigeuner“ oder „Juden“ versteckt, genauso können auch tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nation unter „Deutsche“ gesucht werden, die Ruthenen werden zu Ukrainern oder Russen erklärt etc.

Neben den repressiven Maßnahmen während der Kollektivierung sind tschechoslowakische Stalinopfer auch unter den politisch motivierten Auswanderern zu suchen. Im Zuge der Säuberungen im Parteiapparat wurden ebenfalls die Mitglieder der KSČ eingeholt. Vereinzelt weisen die Archivalien auf Opfer unter den Hörern der Lenin-Kurse oder unter den parteiintern überführten Kommunisten hin. Eine Säuberung muss auch die offiziellen Vertreter der KSČ in Moskau erfasst haben, genauso wie die tschechoslowakischen Mitarbeiter in den Strukturen der Komintern, der IRH und andere. So besteht der Archivbestand der Kommission für die Überführung aus einzeln gebundenen Personalakten der in die VKP/b/ überführten KSČ-Mitglieder. Die Durchsicht von 143 solcher Personalakten zeigte drei Fälle von Repressionen. Die persönliche Akte enthält jedoch jeweils nur die für die Überführung relevanten Dokumente und Belege. Bei den drei entdeckten Fällen konnte festgestellt werden, dass die Akte von der zuständigen Institution entweder zum Zeitpunkt der Repression benutzt oder zum Zeitpunkt der Rehabilitierung in den 1960er Jahren neu geöffnet wurde, um Einzelheiten über den Überführungsvorgang zu erfahren. Dabei wurden der Akte neue Vorgänge hinzugefügt.

Die Repressionen gegen die politischen Immigranten, die in der ersten Hälfte der 1930er Jahren begannen, erhielten ab 1939 eine neue Intensität. Diese bedeutete ab den 1940er Jahren die Deportationen von ganzen Nationen in den sowjetischen Osten, eine wachsende Zahl der Gulaghäftlinge und schließlich auch die „Sowjetisierung“ der neu gewonnenen Gebiete.

Die meisten Tschechoslowaken müssen von dem „großen Terror“ ab 1935 erfasst worden sein, der sich nun auf die gesamte sowjetische „Nation“ erstreckte. Darunter sind die bereits einzeln lebenden ehemaligen tschechoslowakischen Kommunenmitglieder, die industriellen Einwanderer der 1930er Jahre, die wolhynischen Tschechen und alle nicht näher greifbaren Tschechoslowaken zu vermuten, wenngleich uns der Umfang der Repressionen am Beispiel der Tschechoslowaken nicht genauer bekannt ist. Doch es war an dieser Stelle wichtig, wenigstens die Personengruppen und die Phasen des Terrors aufzuzeichnen und auf die Hauptschwierigkeiten der Forschung hinzuweisen.

Auf der tschechoslowakischen Seite wurde ab den 1990er Jahren das Interesse für die stalinistischen Opfer immer stärker. Eine mittlerweile größere Anzahl von Studien und Monografien zu Teilaspekten der Repressionen erschienen in den letzten Jahren. Diese kleinen Steinchen stellen nach und nach ein großes Mosaik zusammen, welches die nicht erforschten Aspekte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen beleuchtet. Dieser Beitrag soll dieses Mosaik nicht erweitern: Er skizziert lediglich die Archivlandschaft auf diesem Feld und weist noch einmal auf die Forschungslücken hin. Selbst die Darstellung der Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR in der Zwischenkriegszeit hätte man möglicherweise als eine wissenschaftliche Vorstufe für eine weitere

Erforschung des Schicksals der Tschechoslowaken in der UdSSR vorausgesetzt. Diese Voraussetzung wurde nun erfüllt.⁶¹³

⁶¹³ Literatur zum Thema: Archivquellen zum stalinistischen Terror und den Tschechoslowaken: Borák M. 2001: Materiály k perzekuci československých občanů v SSSR ve 30.-50. letech v ruských archívech [Materialien zu Persekutionen tschechoslowakischer Staatsbürger in der UdSSR in den 30er-50er Jahren in russischen Archiven]. In: Janák D.: Vězeňské systémy v Československu a ve střední Evropě 1945-1955 [Haftsysteme in der Tschechoslowakei und in Mitteleuropa]. Opava, 78-87. Weiterführend: Ders. 2002: České stopy v Gulagu [Tschechische Spuren im Gulag]. Opava; ders. 2003: Perzekuce občanů z území dnešní České republiky v SSSR [Die Persekution von Bürgern aus dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik in der UdSSR]. Praha; Topinka E. 2000: Některá fakta o represáliích proti Čechům v bývalém Sovětském svazu [Einige Fakten über die Repressionen gegen die Tschechen in der ehemaligen Sowjetunion]. In: Hrubý K., Brouček S. (ed.): Češi za hranicemi na přelomu 20. a 21. století. Sympozium o českém vystěhovalství, exulantství a vztahů zahraničních Čechů k domovu [Tschechen jenseits der Grenzen an der Wende des 20. und 21. Jahrhunderts. Symposium über tschechische Auswanderung, Exil und die Beziehungen der Auslandstschechen zur Heimat]. Praha, 63-67.

XV. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung

Auswanderung und Auswanderungsbereitschaft werden von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. Manche von ihnen kommen von außen, manche von innen. Sie unterscheiden sich von Fall zu Fall. Doch die meisten Auswanderer haben ein wichtiges Ziel – sie füllen Leere dort aus, wo es an Menschen fehlt, sie schließen Lücken, die in der Gesellschaft und im Arbeitsprozess fehlen, sie erledigen Aufgaben, für die sich sonst niemand findet. Auch bei der größten Gruppe der tschechoslowakischen Auswanderer in die Sowjetunion – den wirtschaftlichen Auswanderern – war dies der Fall. In Form von zeitlich beschränkten Migrationsphänomenen reisten sie in die Sowjetunion aus – um zu füllen, zu schließen, zu ersetzen.

Die Migrationstendenzen im Europa der 1920er Jahre wurden im entscheidenden Maße durch mehrere wirtschaftliche Faktoren begünstigt. Zu den wichtigsten zählte die Umstellung von Kriegswirtschaften zu Friedenswirtschaften, die Erschließung neuer, von nun an nationaler Wirtschaftsräume und die Entstehung neuer Binnenmärkte. Diese Veränderungen in Folge des Wirtschaftsaufbaus hatten in den meisten europäischen Staaten eine steigende Arbeitslosigkeit und Inflation zur Folge. Arbeitsmigration und die Suche nach neuen Lebensräumen stellten einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere dar. Zu den beliebtesten Einwanderungsländern der 1920er Jahre gehörten zweifellos die Vereinigten Staaten von Amerika, die allein aus Deutschland an die 600.000 Einwanderer aufnahmen.⁶¹⁴ Doch gerade am Beispiel der USA kann ein Abschirmungsprozess gegenüber den Einwanderern beobachtet werden: Bereits vor Mitte der 1920er Jahre setzte die amerikanische Regierung protektionistische Maßnahmen zum Schutz des eigenen Arbeitsmarktes um und verhängte strenge Einreisesperren. Dieses Vorgehen wurde auch in anderen europäischen Staaten nach und nach angewandt.

Das Aufnahmeland Sowjetunion handelte jedoch anders. Zwar ohne ein klares Einwanderungskonzept ermöglichte es weiterhin die Einwanderung von Interessenten aus aller Welt. Während die größten Einwanderungsländer der Welt allmählich die Einwanderung eindämmten, war es gerade die UdSSR, welche nach wie vor ihre Offenheit deklarierte. Somit wurde sie zum Ziel nicht nur „wirklicher“ Einwanderer, – Personen, die bedingungslos in die UdSSR einwandern wollten – sondern auch solcher, die aus oben geschilderten Gründen nicht in die anderen und wirtschaftlich sicherlich höher entwickelten Staaten ausreisen konnten. Darunter sind auch diejenigen zu verstehen, die ihre Auswanderungspläne bereits vor dem Ersten Weltkrieg hegten und sie zur Zeit des Krieges nicht realisieren konnten. Die Sowjetunion verhängte – zumindest offiziell – in den 1920er Jahren keine Einreisesperre. Und während in der Mitte der 20er Jahre andere Länder eine Einwanderung in einem begrenzten Ausmaß ermöglichten, war es gerade die UdSSR, die zu diesem Zeitpunkt von zahlreichen ausländischen Einwanderern heimgesucht wurde.

⁶¹⁴ Bade 2001: 259.

Die Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR erlebte während der Zwischenkriegszeit zwei Hauptphasen. In der ersten erreichte die Auswanderung von Bauern (oder Personen, die sich für solche hielten) ihren Höhepunkt, einige Jahre später waren es die Industriefachleute, deren Ausreise in die Sowjetunion ihren höchsten Stand erreichte. Beide Male wurde die Auswanderungsbewegung durch die wirtschaftliche Lage in der Tschechoslowakei ausgelöst – die extrem hohe Arbeitslosigkeit im Jahre 1923 feuerte die Formierung der landwirtschaftlichen Auswanderungskollektive genauso stark an wie die sinkenden Beschäftigungschancen für Industriearbeiter zur Zeit der Weltwirtschaftskrise.

Somit soll nicht etwa behauptet werden, dass eine Auswanderung in die UdSSR eine logische Folge der hohen Arbeitslosigkeit in der ČSR war. Doch war Migration als ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere den Tschechen und Slowaken auch im 20. Jahrhundert nicht fremd; bereits zur Zeit der Doppelmonarchie gehörte die Arbeitsmigration – die Verlagerung des Lebensmittelpunktes parallel zur neuen Arbeitsstelle – praktisch zum Alltag. Die Auswanderungsbereitschaft in der ČSR knüpfte somit an diese österreichisch-ungarische Tradition an und erlebte in den Notjahren in der Tschechoslowakei eine Renaissance. Doch die Lenkung des Auswanderungsstromes kam mehr von außen als von innen: Die beliebtesten Einwanderungsländer der Welt, die noch im 19. Jahrhundert von Personen aus aller Welt auf der Suche nach einer neuen Heimat angesteuert worden waren, führten nach und nach und unterschiedlich intensiv zahlreiche Einwanderungshemmnisse ein.

Neben dieser „natürlichen“ Lenkung des Auswanderungsstromes in diejenigen Länder, die ihre Pforten in schweren Zeiten noch offen ließen, kommt noch ein anderer wichtiger – ebenfalls von außen kommender – „Lenkungsaspekt“ hinzu. Die Sowjetunion deklarierte sich als ein offenes Einwanderungsland; die deklarierte Lebensweise in der Sowjetunion in den 1920er Jahren entsprach jedoch kaum den Vorstellungen eines ausländischen Arbeiters, egal aus welchem Land er auch kam. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen derjenigen, die zur Zeit des Fünfjahresplanes als technisches Personal einreisten und zum kleinen Segment der höchstqualifizierten und begehrtesten Industriefachleute gehörten, waren um einiges besser als diejenigen der gesamten sowjetischen Bevölkerung und auch der meisten anderen Ausländer. Auch sie veränderten sich jedoch sehr rasch und waren nach einigen wenigen Jahren dem Durchschnittsstandard angepasst.

Die Sowjetunion entwickelte kein umfassendes Konzept ihrer Einwanderungspolitik. Die Praxis der Einwandererzulassungen und das Kompetenzenchaos zeugen davon, dass sich das Konzept der Einwanderungspolitik ähnlich entwickelte wie die übrigen politischen Bereiche in der UdSSR: Nämlich als eine Fülle von legislativen Schritten, von denen der eine den nächsten überholte ohne jemals publiziert zu werden, die einen undurchschaubaren bürokratischen Berg entstehen ließen, den man nie wieder abräumen konnte. Zur Zeit der NEP wurde die Einreise von Fachpersonal zunächst ermöglicht, keine zwei Monate später wieder verboten, dazwischen kam die Hungersnot und amerikanische Rückkehrer standen vor der sowjetischen Tür.

Die Sowjetunion proklamierte in ihren Verfassungen das Zufluchtsrecht für alle, egal, ob die Einwanderung durch wirtschaftliche oder politische Umstände erzwungen war. In Wirklichkeit war die Einreise in die UdSSR während der Zwischenkriegszeit nichts Einfaches: In den 1920er Jahren konnten unter strengen Auflagen einige wenige tschechoslowakische landwirtschaftliche Gruppen einreisen. Die Kommunen reisten zu einem Zeitpunkt ein, zu dem die Niederlassung in der Ukraine nicht mehr möglich war, und ließen sich in den südöstlichen Regionen der UdSSR nieder (Nordkaukasus, Stalingrad, Saratov). Die Einreise der ausländischen Kommunen erfolgte zu einem Zeitpunkt, zu dem auch innerhalb der Sowjetunion große Zwangsumsiedlungen stattfanden. Die Bevölkerung der UdSSR war auf den Beinen und bewegte sich in Richtung Osten. Die ausländischen Kommunen nahmen gewissermaßen deren alten Platz ein. Dies war jedoch nicht Bestandteil eines einheitlichen Umsiedlungsplanes, in dem die landwirtschaftlich rückständige einheimische Bevölkerung in die menschenleeren Gebiete Sibiriens zwangsverlagert wurde und neue ausländische Einwanderer mit in der Sowjetunion bis dahin nie gesehenen Traktoren an ihre Stelle traten: Diese Migrationsströme existierten parallel nebeneinander und es weist nichts auf eine Verbindung zwischen ihnen hin.

Die sowjetische Einwanderungspolitik berücksichtigte somit nicht die Umsiedlungsprozesse, die es zu dem Zeitpunkt im eigenen Land gab. Die landwirtschaftliche ausländische Einwanderung wurde unter zwei wichtigen Aspekten betrachtet: finanzielle Unabhängigkeit und ideeller Nutzen. Die eingereisten Kommunen sollten mit eigenen finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um völlig unabhängig vom sowjetischen Staat auf dem Territorium der UdSSR agieren zu können. Die Praxis zeigte jedoch sehr schnell, dass sich eine fehlende Infrastruktur, fehlende Sanitäreinrichtungen, die ungünstigen klimatischen Bedingungen etc. nicht mit dem mitgebrachten Geld bezahlen ließen – oft genug hingegen mit dem Leben. Unterschiedliche zentrale und lokale Institutionen der UdSSR gewährten den Kommunen finanzielle Unterstützung – die Lebensdauer der Kommunen verlängerten sie dadurch jedoch nicht.

Der ideelle Nutzen der ausländischen Kommunen war wohl weniger von vornherein einkalkuliert als vielmehr erst erkannt worden, nachdem die Kommunen eingereist waren. Die ausländischen Kommunen sollten – abgesehen von maschinell Inventar, welches sie einführten – als kulturelle Kraft in den sowjetischen Regionen eingesetzt werden. Wie aus den Pachtverträgen hervorgeht, sollten sie eine kollektive Landwirtschaft führen, welche der lokalen Bevölkerung mit einem guten Beispiel voran geht: Eine Art Dauerlandschaftsausstellung und Potemkinsche Dörfer in einem. Doch den Kommunen blieb für diese Vorbildfunktion kein Geld übrig, später letztendlich nicht einmal mehr Personal. Spätestens jetzt wurde der KomSTO bewusst, welche wertvolle Vorzeigeeobjekte sie verlieren könnte und ergriff Maßnahmen, um die Lebenserwartung der Kommunen zu steigern und – und dies war nicht weniger bedeutend – um das Bild der Sowjetunion im Ausland zu verbessern.

Viele der gescheiterten Kommunarden berichteten in der ČSR über die Lage der sowjetischen Gesellschaft. Indem die KomSTO Maßnahmen zur finanziellen Sanierung der Kommunen ergriff sowie Schritte, „um das Bild der UdSSR in den Augen der Weltöffentlichkeit zu schützen“, erwies sie sich einen zweifachen Dienst. In der lokalen Presse erschienen Berichte über den Erfolg der Kommunen, die Errungenschaften der ausländischen Kollektive wurden präsentiert. Damit trat die Sowjetunion den Berichten der gescheiterten UdSSR-Auswanderer entgegen und verlängerte die Lebensdauer der Kommune über deren physische Existenz hinweg. Die Kommunen, die faktisch bereits nicht mehr bestanden, deren Bezeichnungen leere Hüllen blieben, feierten in der Lokalpresse weiterhin bedeutende Arbeitserfolge. Doch spätestens als die Kollektivierung einsetzte, waren diese zu Luftschlössern gewordenen einstigen Träume nicht mehr von Nutzen. Und fraglich bleibt ohnehin, ob sie überhaupt jemals einen Nutzen dargestellt hatten oder ob sie ein bloßes Instrument in den sowjetischen Händen waren, die einen Nutzen zu erwirtschaften wussten.

Die tschechoslowakischen Kommunen wurden unter die einheimischen Sowchosen aufgeteilt. Es bleibt unklar, ob mit deren Auflösung von Anfang an gerechnet worden war oder ob man geplant hatte, die tschechoslowakischen Kommunen (wenn sie erfolgreich gewesen wären) parallel zu den sowjetischen Kollektivwirtschaften bestehen zu lassen. Vermutlich wäre dies nicht wünschenswert gewesen. Eine fremdnationale Insel im Meer sowjetischer Sowchosen und Kolchosen hätte zur Brutstätte ideologischen Widerstands werden oder sich im Allgemeinen einer Assimilierung widersetzen können.

Die Untersuchung der sowjetischen Einwanderungspolitik zeigte ein Durcheinander auf, welches in der Regelung dieses Politikbereichs herrschte. Vielmehr entstand der Eindruck, dass die sowjetische Aufnahmebehörde nicht tatsächlich an ausländischen Einwanderern interessiert war, sondern lediglich Gleichgesinnte aufnahm. Die Lage in der UdSSR ließ eine Zuwanderung von ausländischen Arbeitern nicht zu. Die Sowjetunion der 1920er Jahre nahm jedoch im Sinne des proletarischen Internationalismus diejenigen auf, die am sozialistischen Staatsaufbau teilnehmen wollten und dem Staat finanziell nicht zur Last fielen. Während die anderen Einwanderungsländer der Welt eine strenge Selektion der Immigranten vornahmen, konnten finanziell abgesicherte (landwirtschaftliche) Kollektive in die UdSSR einreisen und de facto ihr Vermögen in den sozialistischen Staat investierten. Die Untersuchung der tschechoslowakischen Kollektive der 1920er Jahre zeigte jedoch, dass nicht alle Einwanderer sich tatsächlich ganz mit der politischen Ideologie der UdSSR identifizierten, was in einigen Fällen sogar zu gravierenden Differenzen innerhalb der Einwanderergruppen führte.

Ab dem Fünfjahresplan und den 1930er Jahren änderte die Sowjetunion die Praxis der Einwandereraufnahme. Die gewisse „Großzügigkeit“ der 1920er Jahre wurde durch eine pragmatische Aufnahmebereitschaft ersetzt, indem sich die Sowjetunion von der in ihrer Verfassung deklarierten Offenheit für alle Arbeiter abwandte und ausschließlich an qualifizierten, technisch profilierten Einwanderern interessiert war. Dieses Interesse dauerte lediglich ein paar Jahre. Den wirt-

schaftlichen Nutzen, den die übrigen Aufnahmeländer als entscheidendes Aufnahmekriterium viel früher erkannt hatten, wandte nun auch die Sowjetunion an. So blieb die UdSSR zur Zeit der Weltwirtschaftskrise eines der weniger Länder der Welt, die eine Einwanderung nicht nur zuließ, sondern auch förderte.

Der Nutzen, den die tschechoslowakischen industriellen Einwanderer der 1930er Jahre für die sowjetische Industrie brachte, war viel offensichtlicher als derjenige der tschechoslowakischen Kommunen. Denn die Industriefacharbeiter ersetzten die fehlenden einheimischen Kräfte während des ersten Fünfjahresplanes. Die tschechoslowakischen Fachleute waren in der sowjetischen Bergbau- und Metallverarbeitungsindustrie besonders stark vertreten. Die ausländischen Industriefachleute waren im entscheidenden Maße an der Einführung neuer Technologien beteiligt und trieben auf innovative Weise die Industrialisierung der Sowjetunion voran.

Die beiden Gruppen der tschechoslowakischen Auswanderer – landwirtschaftliche Kommunarden und Industriefachleute – spielten jedoch eine wichtige Rolle während der entscheidenden Prozesse in der UdSSR in der Zwischenkriegszeit – der Kollektivierung und der Industrialisierung des Landes. An diesen beiden Programmen, die zu einer vollkommenen Umstellung der sowjetischen Gesellschaft führten, waren die ausländischen Einwanderer, darunter diejenigen aus der ČSR, beteiligt. Sie leisteten somit eine ideelle und praktische Unterstützung der sowjetischen Führung bei der Verwirklichung der Landwirtschafts- und Industriekonversion. Sie wurden – wenn gleich nicht unbedingt planmäßig – zum pragmatischen Instrument, welches zur Realisierung der politischen Ziele und Vorhaben genutzt wurde.

Die tschechoslowakischen Auswanderer kannten diese Intentionen nicht. Die schwierige wirtschaftliche Lage in der ČSR zwang sie – in einigen Fällen unter dem Einfluss kommunistischer Agitation – zur Auswanderung in die UdSSR. Der Anteil kommunistischer Mitglieder unter ihnen war nicht hoch, bzw. (wie bei den Industriefachleuten) kaum bemerkbar. Sie vertrauten ihren Organisatoren und der sowjetischen Propaganda und glaubten, in der Sowjetunion eine neue Existenz aufbauen zu können. Umso schwerer wurden sie mit der sowjetischen Wirklichkeit konfrontiert. Die meisten der tschechoslowakischen Einwanderer der Zwischenkriegszeit verblieben nicht lange in der Sowjetunion – nach dem schrittweisen Zerfall der Kommunen oder nach Vertragsablauf kehrte ein Großteil in die ČSR zurück. Diejenigen, die an das sowjetische System glaubten oder zu glauben begannen, verzögerten in einigen Fällen die Heimreise.

Die Sowjetunion gab den tschechoslowakischen Migranten keine sichere Zukunft. Aus der Sicht der eingewanderten Tschechoslowaken erwies sich der in den meisten Fällen nur kurzzeitige Aufenthalt als ein gescheitertes Stück Biografie. Nicht nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion, sondern auch der wachsende politische Druck auf die Ausländer machten ein weiteres Verbleiben in der UdSSR unmöglich. Durch ihre Passpolitik versuchten die sowjetischen Behörden die Loyalität der Ausländer durchzusetzen, indem sie ihnen die sowjetische Staatsbürgerschaft aufzwingen wollten. Derjenige, der sie nicht rechtzeitig annahm, wurde schnell zum Ob-

jekt des Interesses des sowjetischen Volkskommissariats des Inneren. Ein ähnliches Schicksal ereilte auch diejenigen, der die sowjetische Staatsbürgerschaft zur Zeit des zweiten Fünfjahresplanes noch nicht besaß. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits schwierig, sie noch zu erwerben.

Die tschechoslowakischen Einwanderer der Zwischenkriegszeit bildeten keine „Kolonie“ auf sowjetischem Boden. Sie lebten in kleinen Gruppen über das gesamte Staatsterritorium der UdSSR verstreut; Kontakt untereinander hatten sie nicht. In der Sowjetunion der Zwischenkriegszeit existierten keine tschechoslowakischen Zeitschriften und Zeitungen, es sind keine Vereine – mit Ausnahme der altansässigen wolhynischen Tschechen – überliefert, es fehlen Hinweise auf eine kulturelle Anbindung der Auswanderer an ihre Heimat.

Die landwirtschaftliche und industrielle Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR hatte einen wirtschaftlichen Charakter, wenngleich man einen ideologischen Hintergrund dieser Migration nicht verschweigen kann. Viele der Auswanderer glaubten an den sozialistischen Staat und sahen in ihm auch die Verwirklichung eigener politischer Intentionen. Es muss sich hierbei nicht um Kommunisten gehandelt haben, sondern lediglich um Personen, die die tschechoslowakische Politik für ihre wirtschaftliche Lage verantwortlich machten. Innerhalb der Kommunen, bei denen eine Nachprüfung der Parteigesinnung der Auswanderer im begrenzten Ausmaß möglich ist, waren kommunistisch orientierte Mitglieder mit etwa einem Drittel der gesamten Belegschaft vertreten. Eine direkte Beteiligung der KSČ am Prozess der wirtschaftlichen Auswanderung konnte nicht nachgewiesen werden, wenngleich zugegebenermaßen eine direkte Einbindung der Partei zu erwarten gewesen wäre.

Der wirtschaftlichen Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR sahen die tschechoslowakischen Behörden gelassen entgegen. Die rechtlichen Mittel, die ihnen zur Lenkung oder Beschränkung der Auswanderung zur Verfügung standen, waren äußerst beschränkt. Die wahre Situation in der Sowjetunion war ihnen aus etlichen Berichten der tschechoslowakischen Vertretungen in der UdSSR bekannt und sie warnten lediglich die Interessenten vor einer Auswanderung; sie konnten sie ihnen allerdings nicht verbieten. Die Regierung der ČSR erkannte rechtzeitig das Interesse am Einwanderungsland UdSSR und versuchte – erfolglos – einige Konzepte zur Niederlassung tschechoslowakischer Auswanderer auf sowjetischem Boden zu entwickeln und zu fördern. Die Verwirklichung dieser nicht umgesetzten Pläne stieß jedoch auf mangelnde Kooperationsbereitschaft der sowjetischen Seite. Selbst die unsichere rechtliche und wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion ließ eine von der tschechoslowakischen Regierung organisierte Kolonisierung nicht zu.

Neben den zwei genannten wirtschaftlichen Auswanderungsformen gab es zwischen der ČSR und der UdSSR noch politische Auswanderungsformen. Die Sowjetunion wurde zur Brutstätte kommunistischen politischen Nachwuchses, welcher auch aus der Tschechoslowakei zu kurzzeitigen Bildungsaufenthalten eingereist war. Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Auswanderung wurde an der Abwicklung der politischen Auswanderung auch die KSČ beteiligt – sie suchte die

entsprechenden Adepten aus und organisierte in Zusammenarbeit mit der Komintern eine illegale Ausreise aus der ČSR für sie. Der politische Ausbildungsaufenthalt in der UdSSR war für den tschechoslowakischen „Schüler“ mit einem Wissensgewinn und einem Identitätsverlust verbunden. Die Ausbildungsanstalt der Komintern besorgte ihren Hörern neue Identitäten, die einzustudieren und zu benutzen waren. Mit dieser neuen Identität absolvierten die Hörer oft mehrjährige Studienaufenthalte in der Sowjetunion. Das erworbene Wissen transferierten sie nun in die ČSR: Straßenkämpfe mit der Polizei, Partisanenkrieg, illegale Parteitätigkeit – nun wieder unter der alten Identität.

Die Aufnahme von „Gleichgesinnten“, welche die ausländische Einwanderung der 1920er Jahre auszeichnete, galt ebenso für Immigranten, die aus politischen Erwägungen heraus die UdSSR als Ziel ihrer Ausreise wählten. Unberücksichtigt der Aufenthaltslänge wurde denjenigen die Einreise ermöglicht, die aus politischen Gründen nicht weiter in der ČSR zu verbleiben wünschten oder nicht konnten. Die Sowjetunion nahm all diejenigen auf, die wegen ihrer Parteitätigkeit oder -zugehörigkeit in der ČSR in Schwierigkeiten geraten waren. Auf illegalen Wegen wurden diese Personen in die UdSSR überführt und versorgt. Die stärkste Gruppe unter ihnen waren die Mitglieder der 1938 verbotenen KSČ, die auf unterschiedlichen Wegen über Polen in die UdSSR einreisten. Auch diese Exilanten wurden in der UdSSR als temporäre Einwanderer betrachtet: Man ließ diese Personen nicht – anders als bei den wirtschaftlichen Einwanderern – über das gesamte Staatsterritorium der UdSSR ansiedeln, sondern ließ sie in kleineren Gruppen beisammen, um sie jederzeit ideologisch „bedienen“ zu können. Beim Ausbruch des sowjetisch-faschistischen Krieges wurden diese Gruppen in entlegene Regionen der Sowjetunion transportiert, im damaligen Gebrauch sprach man von einer „Evakuierung“. Das weitere Schicksal dieser politischen Immigranten in der Sowjetunion ist nicht bekannt. Es ist anzunehmen, dass ein Teil vom stalinistischen Terror vielleicht noch im Laufe des Zweiten Weltkriegs betroffen wurde. Die aus zahlreichen Archivbeständen zusammengestellte Tabelle der tschechoslowakischen Politemigranten lässt erkennen, wie viele von ihnen in der Tschechoslowakei nach 1948 wichtige Posten bekleideten. Viele der Namen tauchen in den Archivquellen in unterschiedlichen Zusammenhängen auf: Manche der tschechoslowakischen kommunistischen Parteifunktionäre „absolvierten“ sowohl ihr politisches Studium im Ausbildungsland UdSSR als auch ihr Kriegsexil.

Unter dem Sammelbegriff politische Emigration wurden alle politisch motivierten Aufenthalte in der UdSSR zusammengefasst – von kurzfristigen Ausbildungsaufenthalten bis zu einem politischen, durch den Krieg erzwungenen Exil. Neben diesen Formen bestanden noch weitere Möglichkeiten einer illegalen Einreise in die Sowjetunion. Eine derartige Funktion übernahm das „Überführungssekretariat“, welches zuverlässige Parteimitglieder der KSČ in die UdSSR transferierte oder den Verbleib derselben in der Sowjetunion regelte.

Die Untersuchung der nationalen Zusammensetzung der Auswanderer aus der Tschechoslowakei zeigte, dass in der UdSSR kein zentrales Erfassungssystem für ausländische Auswande-

rer existierte und dass die Bestimmung der Nationalität nur in konkreten Ausnahmefällen möglich ist. Die Auswertung der Angaben des tschechoslowakischen Statistischen Staatsamtes hingegen ergab zum Beispiel eine überproportional starke Auswanderungsbewegung von Slowaken, die somit die „mobilste“ Nationalität innerhalb der Tschechoslowakei war. Sie jedoch steuerten die UdSSR in einem vergleichsweise geringen Maße an. Dies ließe einige Parallelen zum Migrationsverhalten der Slowaken im 19. Jahrhundert ziehen. Die Beteiligung der Auswanderer deutscher Nation aus der ČSR blieb unterproportional zum Bevölkerungsanteil.

Die ČSR wurde ab den 1930er Jahren verstärkt auch zum Einwanderungsland bzw. einem Zwischenhalt auf dem Weg aus einem Drittland in die Sowjetunion. Dies traf sowohl für die in der ČSR nicht gern gesehenen Mitglieder der KPD, die vor Hitler in die ČSR flüchteten, als auch für die Mitglieder des österreichischen Schutzbundes zu. Einige aus der zuerst genannten und beinahe die komplette zweitgenannte Gruppe wanderten weiter in die Sowjetunion. Sie stellen einzigartige Beispiele sowohl sekundärer Auswanderung als auch einer mononationalen Auswanderung aus der ČSR in die UdSSR dar. Eine spezielle Gruppe deutscher Auswanderer aus der ČSR in die Sowjetunion stellten die sudetendeutschen Kommunisten oder Sozialdemokraten dar, die in einer Gesamtzahl von höchstens 300 Personen von den sowjetischen Parteiinstitutionen aufgenommen wurden.

Nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Auswanderer zeigen eine gewisse ideologische Kontaminierung durch ihren UdSSR-Aufenthalt. Während die politischen Emigranten die politischen Umstände ihrer Auswanderung bereits in ihrer Bezeichnung mit sich tragen, so lässt sich bald auch eine Ideologisierung der wirtschaftlichen Auswanderer in der Sowjetunion feststellen. Diejenigen nichtkommunistischen und ideologisch nicht vorbelasteten wirtschaftlichen Auswanderer, die über einen längeren Zeitraum hinweg in der Sowjetunion lebten, wurden einer Strahlung stalinistischer Ideologie ausgesetzt, sodass sie, wenngleich sie vor dem Hunger aus der Sowjetunion zurück in die ČSR flüchteten, auch weiterhin an das Gute in der UdSSR glaubten – so belegen es zumindest einige Quellen, auch wenn man es kaum glauben mag.

Die meisten der Tschechoslowaken, die in der Zwischenkriegszeit in die UdSSR reisten, kehrten noch vor dem Zweiten Weltkrieg in die ČSR zurück. Die wirtschaftliche und politische Lage in der Sowjetunion machte ein weiteres Verbleiben im Land für die Tschechoslowaken unmöglich. Die Gegenüberstellung der tschechoslowakischen und sowjetischen Statistiken zeigte, dass die Remigration von Tschechoslowaken aus der UdSSR in die ČSR zahlenmäßig die tschechoslowakische Einwanderung übertreffen musste. Die genaue Betrachtung der Zahlen erwies, dass die Zahlenmäßigkeit der Tschechoslowaken in der UdSSR in der ersten Hälfte der 1920er Jahre trotz der Zuwanderung deutlich gesunken war. Als einer der entscheidenden Gründe hierfür wurde die Remigration genannt.

Die individuelle Perspektive der Migration stellte keinen zentralen Punkt in dieser Untersuchung dar. Die vorliegende Arbeit konzentrierte sich auf die Nachzeichnung von Kollektivschicksa-

len; sie nutzt jedoch in einigen Fällen den biographischen Ansatz, um dem Kollektivschicksal auch ein individuelles Gesicht zu geben. Sie tut dies gemäß der aktuellen Trends in der Geschichtswissenschaft oder auch in der Museologie. Ein Auswanderer als Individuum, den der Leser an die Hand bekommt, trägt zum besseren Verständnis der Auswanderungsprozesse, der Migrationspraxis und –politik bei. Denn selbst eine kleine Individualbiographie trägt in einer Wechselwirkung zur Vervollständigung des Kollektivschicksals oder zur Verifizierung und Bestätigung eines durch andere, „objektive“ Quellen rekonstruierten historischen Bildes bei, indem anhand eines Portraits eine für das Gesamte unentbehrliche Information gewonnen werden kann.

Die individuellen Schicksale und zwischenmenschlichen Beziehungen konnten kaum reflektiert werden. Die Art der recherchierten Archivalien – abgesehen vom eigentlichen Anspruch vorliegender Arbeit –, die im entscheidenden Maße institutioneller Natur waren, hätten eine Rekonstruktion von Individualperspektiven der Migration kaum ermöglicht. Doch liefert diese Arbeit mit ihrer Rekonstruktion des historischen Geschehens eine Grundlage zur Erforschung der „erlebten Geschichte“ und bietet die notwendigen Informationen für all diejenigen, die sich mit der subjektiven Verarbeitung historischer Erfahrung befassen möchten.

So lieferten die Archivalien – nicht wider Erwarten – auch kaum Aufschluss über die individuellen Beziehungen innerhalb der Ausländerkollektive und –kolonien und selbst über Kontakte zur einheimischen Bevölkerung bzw. zu den Landsleuten in der UdSSR. Doch es liegt die Vermutung nahe, dass es Kontakte zwischen den tschechoslowakischen Neueinwanderern und Alteingesessenen kaum gab: Die UdSSR-Einwanderer der Zwischenkriegszeit waren dank der sowjetischen Einwanderungspolitik von den bestehenden tschechischen oder slowakischen Zentren in der Ukraine abgeschnitten. Bruchstückhafte Nachrichten berichten lediglich von der Ablehnung der kommunistischen Emigration auf ihrem Fußmarsch 1939 nach Moskau durch die Tschechen in Wolhynien. Die gut gestellten tschechischen Bauern, denen die sowjetischen Kollektivierungsmaßnahmen die Lebensgrundlage genommen hatten, sahen den kommunistischen Emigranten nicht mit Begeisterung entgegen.

Die tschechoslowakische Auswanderung in die Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit stellt ein Phänomen einer für die Epoche unerwarteten und einzigartigen West-Ost-Migration dar, die vermutlich ohne Parallelen bleibt. Die starke Anziehungskraft des Einwanderungslandes UdSSR, das ideologische Potenzial, welchem bei dieser Migration eine tragende Rolle zukommt, unterscheidet diese Migration von allen anderen Wanderungsformen der Ära 1921 bis 1939. Kein Vergleich mit unterschiedlichen Wanderungsbewegungen der Zwischenkriegszeit wird eine ähnliche Bewegung erbringen. Die UdSSR, für welche die Aufnahme politisch-kommunistischer Einwanderer voraussehbar wäre, nahm auch andere, wirtschaftlich motivierte Ausländer auf. Suchen wir nach Vergleichsbeispielen in der Zwischenkriegszeit und nach den Auswanderungsmotiven, so finden sich unterschiedliche, darunter auch ganz persönliche Bewegungen. In Wirklichkeit handelte es sich jeweils um ein Konglomerat diverser Gründe, die nicht voneinander zu trennen sind.

Die Untersuchung des Themas zeigte, dass die Sowjetunion zwar diese unterschiedlichen Einwanderer aufnahm, nicht immer jedoch wusste, was sie mit ihnen anfangen sollte. Lediglich das Segment der politischen Einwanderer erwies sich für die UdSSR als willkommen – nämlich als künftiger Träger der Kommunismus-Ideologie. Die wirtschaftlichen Einwanderer wurden zwar von den Sowjets aufgenommen, jedoch aus ganz pragmatischen und nicht immer volkswirtschaftlichen Gründen. Das Schicksal beider Gruppen – der landwirtschaftlichen und der industriellen Einwanderer – endete praktisch in einer Tragödie. Diese wurde durch mehrere Faktoren beeinflusst, etwa die sowjetische politische Konzeptionslosigkeit.

Nicht für alle endete die Reise in der Sowjetunion. Die große Remigration der Tschechoslowaken – mehrheitlich der altansässigen, im 19. Jahrhundert eingewanderten Tschechen und Slowaken und deren Familien – setzte nach dem Zweiten Weltkrieg ein: Das tschechoslowakisch-sowjetische Abkommen vom 10.7.1946 regelte die Umsiedlung „sowjetischer“ Tschechoslowaken. Bis Mitte 1947 kehrten aus der Sowjetunion (im Jahr 1926 „noch ungesehene“) 33.080 Tschechoslowaken in die ČSR zurück, es handelte sich um eins der zahlenmäßig stärksten tschechoslowakischen Remigrantensegmente nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt.⁶¹⁵ Auch in den Folgemonaten setzte sich die Repatriierung in einem geringeren Maße fort. Die wolhynischen Tschechen, wie die Bezeichnung für alle in der UdSSR lebenden Tschechoslowaken üblich war, kehrten nach Jahren oder nach Jahrzehnten in ihre Urheimat zurück. Hier übernahmen sie nun – im Gegensatz zu ihren Landsleuten, deren Rückreise in die Tschechoslowakei aus Sowjetrußland nach dem Ersten Weltkrieg nicht erwünscht war – eine ihnen bereits bekannte Aufgabe – Lücken schließen, Leere füllen, als Ersatz fungieren.

⁶¹⁵ Zur Remigration siehe: Vaculík J. 1984: Reemigrace a usídlování volynských Čechů v letech 1945-1948 [Die Remigration und Ansiedlung der wolhynischen Tschechen in den Jahren 1945-1948]. Brno; Ders. 1989: Vznik Československa a reemigrace zahraničních Čechů [Die Entstehung der Tschechoslowakei und die Remigration von Auslands tschechen]. In: Češi v cizině 4, 110-119; Ders. 1993: Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků v letech 1945-1950 [Die Remigration von Auslands tschechen und –slowaken in den Jahren 1945-1950]. Brno, Ders. 2001: Die Remigration in die Tschechoslowakei 1945-1948. In: P. Heumos: Heimat und Exil. München, 99-109;

Archivquellen

Nationalarchiv (NA), Prag, Tschechische Republik

Bestände:

MSP	Ministerstvo sociální péče [Ministerium für soziale Fürsorge]
MV I-SR	Ministerstvo vnitra I – stará registratura [Innenministerium I – alte Registratur]
PMR	Předsednictvo ministerské rady [Vorstand des Ministerrates]
PMV-AMV 225	Ministerstvo vnitra I – prezidium, Praha – fond 225 [Innenministerium I – Präsidium, Prag – Bestand 225]
MZd	Ministerstvo veřejného zdravotnictví a tělesné výchovy [Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung]
ČÚZ I	Československý ústav zahraniční I [Tschechoslowakisches Auslandsinstitut I]
MPOŽ	Ministerstvo průmyslu, obchodu a živností [Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe]
MZV-RPA	Ministerstvo zahraničních věcí – Ruská pomocná akce [Außenministerium – Russische Hilfsaktion]

Archiv des Außenministeriums der Tschechischen Republik, Prag, Tschechische Republik

Bestände:

II. sekce	II. sekce (běžná spisovna) [II. Sektion (laufende Registratur)]
V. sekce	V. sekce (věcná spisovna) [V. Sektion (Sachregistratur)]

Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Moskau, Russische Föderation

Bestände:

R-8265	Zentral'nyj komitet MOPR [Zentralkomitee der MOPR]
R-5451	Vsesojuznyj central'nyj sovjet professional'nych sojuzov [Gesamtsovjetsche Zentralunion der Gewerkschaftsräte]
R-8350	Glavnyj koncessionnyj komitet pri Sovjete narodnych komissarov SSSR [Hauptkonzessionskomitee beim Rat der Volkskommissare der UdSSR]
R-364	Postojannaja komissija Sovjeta truda i oborony po trudovoj cel'skochozjajstvennoj i promyšlennoj immigracii i emigracii

[Ständige Kommission für die landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat]

R-382 Narodnyj komissariat truda RSFSR
[Volkskommissariat für Arbeit der RSFSR]

R-1249 Upravljenje upolnomočenogo po delam političeskich emigrantov pri Vserossijskom central'nom ispolnitel'nom komitete
[Amt des Bevollmächtigten für Angelegenheiten der politischen Emigranten beim Gesamtrussischen Zentralen Exekutivkomitee]

Russisches Staatliches Wirtschaftsarchiv (RGAE), Moskau, Russische Föderation

Bestände:

478 Narodnyj komissariat zemledelija RSFSR
[Volkskommissariat für Landwirtschaft der RSFSR]

Russisches Staatsarchiv der Sozialpolitischen Geschichte (RGASPI), Moskau, Russische Föderation

Bestände:

17 Central'nyj komitet KPSS
[Zentralkomitee der KPdSU]

495 Ispolnitel'nyj komitet Kominterna
[Komintern-Exekutivkomitee]

539 Meždunarodnaja organizacija pomošči borcam revoljucii
[Internationale Hilfsorganisation für Revolutionshelden]

531 Meždunarodnaja leninskaja škola
[Internationale Lenin-Schule]

Abkürzungsverzeichnis

EKKI	Komintern-Exekutivkomitee
GPU	Staatliche politische Verwaltung
ILS	Internationale Lenin-Schule
IRH	Internationale Rote Hilfe
KomSTO	Ständige Kommission für die landwirtschaftliche und industrielle Immigration und Emigration beim Arbeits- und Verteidigungsrat
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
Krestintern	Bauern-Internationale
KSČ	Komunistische Partei der Tschechoslowakei
MOPR	Internationale Hilfsorganisation für Revolutionshelden
MSP	Tschechoslowakisches Ministerium für soziale Fürsorge
MZV	Tschechoslowakisches Außenministerium
Narkomindel	Volkskommissariat des Äußeren
Narkomtrud	Volkskommissariat für Arbeit
Narkomzem	Volkskommissariat für Landwirtschaft
Profintern	Gewerkschafts-Internationale
RGAE	Russisches Staatliches Wirtschaftsarchiv
RGASPI	Russisches Staatsarchiv der Sozialpolitischen Geschichte
VKP/b/	Gesamtsowjetische Kommunistische Partei /Bolschewiki/
ČSČH (Československý časopis historický)	Tschechoslowakische historische Zeitschrift
ČČH (Český časopis historický)	Tschechische Historische Zeitschrift

Literatur

Publizierte Quellen und Archivbestandsaufnahmen

Adibekov G. M. 2004: Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. Dokumenty 1919-1943 [Das Politbüro des ZK RKP(b)-VKP(b) und die Komintern. Dokumente 1919-1943]. Moskva.

Amort Č., Klevanskij A. Ch., Voroběva Je. D. (Hg.) 1977 : Dokumenty i materialy po istorii sovjetsko-čechoslovackich otnošenij. T. 2 (avgust 1922-ijun' 1934 gg) [Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-tschechoslowakischen Beziehungen. Bd. 2. (August 1922-Juni 1934)]. Moskva.

Borák M. 2001: Materiály k perzekuci československých občanů v SSSR ve 30.-50. letech v ruských archívech [Materialien zu Persekutionen tschechoslowakischer Staatsbürger in der UdSSR in den 30er-50er Jahren in russischen Archiven]. In: Janák D.: Vězeňské systémy v Československu a ve střední Evropě 1945-1955 [Haftsysteme in der Tschechoslowakei und in Mitteleuropa]. Opava, 78-87.

Bugaj N. F. 2003: Po řešení pravitel'stva Sojuza SSR [Durch Beschluss der Regierung der UdSSR]. Moskva.

Kostjuško I. I. 1997: Materialy „osoboj papki“ Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) po voprosu sovjetsko-pol'skich otnošenij 1923-1944gg [Materialien der „persönlichen Akte“ des Politbüros des ZK RKP(b)-VKP(b) zur Frage der sowjetisch-polnischen Beziehungen 1923-1944]. Moskva.

Mironenko S. V. (Red.) 1997: Putevoditel'. Tom 3. Fondy Gosudarstvennogo archiva Rossijskoj Federacii po istorii SSSR [Archivführer, Bd. 3. Bestände des Staatsarchivs der Russischen Föderation zur Geschichte der UdSSR]. Moskva.

Pochomovič D., Tepcov N. 1992: Raskulačivali daže inostrancev. Dokumenty perioda kollektivizacii [Es wurden sogar Ausländer entkulakisiert. Dokumente der Kollektivierungsperiode]. In: Volkogonov D. A., Zav'jalov C. A.: Neizvestnaja Rossija. XX. vek II [Unbekanntes Russland. XX. Jahrhundert II]. Moskva, 324-336.

Podany V., Barvikova H. 1995: Russkaja i ukrajinskaja emigracija v Čechoslovackoj respublike 1918-1938. Putevoditel' po archivnym fondam i sobranijam v Češskoj respublike [Russische und ukrainische Emigration in der Tschechoslowakischen Republik 1918-1938. Ein Führer durch die Archivbestände und -kollektionen in der Tschechischen Republik]. Praga.

Dies. 2000: Emigrace z Ruska v meziválečném Československu. Prameny v českých, moravských a slezských archívech [Die Emigration aus Russland in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit. Quellen in böhmischen, mährischen und schlesischen Archiven]. Praha.

Sládek S., Běloševská L. 1998: Dokumenty k dějinám ruské a ukrajinské emigrace v Československé republice (1918-1939) [Dokumente zur Geschichte der russischen und ukrainischen Emigration in der Tschechoslowakischen Republik (1918-1939)]. Praha.

Sisler S. 1987: Přehled archivních pramenů k problematice vystěhovalectví z českých zemí v letech 1848 – 1938, uložených ve Státním ústředním archívu v Praze [Übersicht über die Archivquellen zur Problematik der Auswanderung aus den böhmischen Ländern in den Jahren 1848-1938, die im Staatlichen Zentralarchiv in Prag archiviert werden]. In: Češi v cizině 2, 281-334.

Vaculík J. 1990: Archivní prameny k problematice českého vystěhovalectví do Ruska a SSSR [Archivquellen zur Problematik der tschechischen Auswanderung nach Russland und in die UdSSR]. In: Kordiovský E. (Red.): XIX. Mikulovské sympozium (11.-12.10.1989) [XIX. Symposium von Mikulov]. Brno, 251-254.

Zabloudilová J., Baláž J., Bílek J. 1994: Informace o výkumu v moskevských archívech [Informationen zur Forschung in den Moskauer Archiven]. In: Historie a vojenství 3, 166-170.

Statistiken

Mitteilungen des tschechoslowakischen Statistischen Staatsamtes. Jg. 1922-1938. Praha.

Petrograd po perepisi 15 dekabnja 1910 goda [Petrograd nach der Volkszählung vom 15. Dezember 1910]. Vypusk I. St.-Peterburg, 1911.

St.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1890 goda [St. Petersburg nach der Volkszählung vom 15. Dezember 1890]. Vypusk I., St.-Peterburg, 1891.

St.-Peterburg po perepisi 15 dekabnja 1900 goda [St. Petersburg nach der Volkszählung vom 15. Dezember 1900]. Vypusk I. St.-Peterburg, 1903.

St.-Peterburg po perepisi 1869 goda [St. Petersburg nach der Volkszählung von 1869]. Vypusk I., St.-Peterburg, 1872.

Vsesojuznaja perepis 1926go goda [Die Gesamtsowjetische Volkszählung des Jahres 1926]. Moskva 1928.

Sekundärliteratur

Adibekov G. M. 1997: Organizacionnaja struktura Kominterna 1919-1943 [Die organisatorische Struktur der Komintern 1919-1943]. Moskva.

Ahlberg R. 1991: Das sowjetische Paßsystem. Ein Instrument bürokratischer Herrschaft. In: Osteuropa 41 (H. 8), 802-817.

Allworth E. 1980: Ethnic Russia in the USSR. The Dilemma of Dominance. New York u.a.

Ambrož V. 1922: Češi a Slováci v Rusku I. [Tschechen und Slowaken in Russland I.] In: Naše zahraničí 3, 97-100.

Ders. 1923: Češi a Slováci v Rusku II. [Tschechen und Slowaken in Russland II.] In: Naše zahraničí 4, 151-155.

Amort Č. (u.a.) 1975: Přehled dějin československo-sovětských vztahů v údobí 1917-1939 [Ein Überblick über die Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen im Zeitraum 1917-1939]. Praha.

Andreev E., Darskij L. 1990: Opyt ocenki čislennosti naselenija SSSR 1926-1941 [Ein Versuch um die Beurteilung der Bevölkerungszahlenmäßigkeit in der UdSSR 1926-1941]. In: Vestnik statistiki 7, 34-46.

Auerhan J. 1921: Přehled dnešního stavu a potřeb československého školství zahraničního [Eine Übersicht des heutigen Standes und der Bedürfnisse des tschechoslowakischen Auslandsschulwesens]. In: Naše zahraničí 2, 65-71.

Ders. 1922: Několik poznámek k zákonu o vystěhovalectví [Einige Anmerkungen zum Auswanderungsgesetz]. In: Naše zahraničí 2, 64-69.

Ders. 1926: Die sprachlichen Minderheiten in Europa. Berlin-Friedenau.

Ders. 1932: Odběr českých a slovenských časopisů zahraničními Čechy a Slováky [Der Bezug von tschechischen und slowakischen Zeitschriften durch die Auslands tschechen und -slowaken]. In: Statistický obzor 1+2, 81-86.

Baberowski J. 1995: Wandel und Terror: Die Sowjetunion unter Stalin 1928-1941. Ein Literaturbericht. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 43, 97-129.

Ders. 1998: Stalinismus "von oben". Kulakendeportationen in der Sowjetunion 1929-1933. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46, 572-595.

Ders. 2003: Der rote Terror: Geschichte des Stalinismus. München.

Ders. 2004: Stalinismus und Religion. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 52, 482-493.

Bade K. J. (Hg.) 1984: Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Bd. 2. Ostfildern.

Ders. 1990: Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster

Ders. 1993: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart. Cambridge.

Ders. 1994: Ausländer – Aussiedler – Asyl: eine Bestandsaufnahme. München.

Ders. 1999: Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück.

Ders. 2001: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. München.

Borák M. 2002: České stopy v Gulagu [Tschechische Spuren im Gulag]. Opava.

Ders. 2003: Perzekuce občanů z území dnešní České republiky v SSSR [Die Persekution von Bürgern aus dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik in der UdSSR]. Praha.

Botičková M. 1971: Poznámky k výzkumu povedomia etnickej prislušnosti u krajanských detí [Anmerkungen zur Erforschung des Bewusstseins ethnischer Zugehörigkeit bei den Kindern der Auslands Slowaken]. In: Slováci v zahraničí 2, 172-189.

Brandes D. 1988: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran. München.

Brauns N. 2003: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938). Bonn.

Brouček S. 1987: K příčinám a důvodům vystěhovalectví Čechů a Slováků mezi dvěma světovými válkami v dopisech adresovaných Emigračnímu ústavu v Praze [Zu den Auswanderungsursachen und -gründen von Tschechen und Slowaken in den dem Emigrationsamt in Prag adressierten Briefen]. In: Češi v cizině 2, 182-232.

Ders. 1999: Vystěhovalická politika meziválečného Československa [Die Auswanderungspolitik der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit]. In: Valenta J., Horáček E. (ed.): Československo 1918-1938. Osudy demokracie ve střední Evropě [Tschechoslowakei 1918-1938. Das Schicksal der Demokratie in Mitteleuropa]. Praha, 644-652.

Brunner G. 1988: Die Rechtslage der Minderheiten nach sowjetischem Verfassungsrecht. In: Brunner G., Kagedan A. (Hg.): Die Minderheiten in der Sowjetunion und das Völkerrecht. Köln, 23-56.

Ders., Kagedan A. (Hg.) 1988: Die Minderheiten in der Sowjetunion und das Völkerrecht. Köln.

Conquest R. 1988: Ernte des Todes: Stalins Holocaust in der Ukraine 1929-1933. München.

Češskoje toržestvo pravoslavija. K tridcatiletiju vossoedinenija s Pravoslavnoj cerkov'ju pervoj grupy čechov [Zum dreißigjährigen Jubiläum der Vereinigung der ersten Gruppe von Tschechen mit der Orthodoxen Kirche]. Petrograd 1901.

Dahlmann D. 1999: Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation: Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Essen.

Danilova E. N. 2002: Immigracionnaja politika i sozdanije trudovych kommun iz immigrantov i reemigrantov v SSSR v 1920-e gody [Die Immigrationspolitik und die Gründung der aus Immigranten und Remigranten bestehenden Arbeitskommunen in der UdSSR in den 1920er Jahren]. In: Vestnik Moskovskogo universiteta, serija 8, Istorija 1, 3-20.

Dejmek J. 1999: K československo-sovětským politickým vztahům ve druhé polovině třicátých let [Zu den tschechoslowakisch-sowjetischen politischen Beziehungen in der zweiten Hälfte der 30er Jahre]. In: ČČH 1, 80-105.

Ders. 2001: Edvard Beneš a fenomén Ruska mezi světovými válkami [Edvard Beneš und das Phänomen Russland in der Zwischenkriegszeit]. In: Slovanský přehled 2, 165-188.

Del' O. 1997: Ot illuzij k tragedii. Nemeckije emigranty v SSSR v 30-e gody [Von Illusionen zur Tragödie. Deutsche Emigranten in der UdSSR in den 30er Jahren]. Moskva.

Dehl O. 2000: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren. Berlin.

Dietzsch S. 1999: Die Lüge des Terrors oder wie übersteht man den Schrecken? In: W. Kasack (Hg.): Moskau 1938. Szenarien des Grossen Terrors. Leipzig.

Dluhošová H. 1996: Vystěhovalectví na Ukrajinu [Die Auswanderung in die Ukraine]. In: Češi v cizině 9, 48-66.

Dokladná zapiska o čechoslovackom voprose. Izdaniye Češkago Vspomogatel'nago obščestva v S.-Peterburge [Aktennotiz zur tschechoslowakischen Frage. Eine Publikation des Tschechischen Hilfsvereins in St. Petersburg]. St. Peterburg, 1914.

Doubek V. 2002: Česká emigrace do Ruska v druhé polovině 19. století [Die tschechische Emigration nach Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts]. In: 150 let Slovanského sjezdu (1848). Historie a současnost. Sborník referátů z vědeckého kolokvia 11. června 1998 v Praze [150 Jahre Slawischer Kongress (1848). Geschichte und Gegenwart. Sammelband mit Referaten des wissenschaftlichen Kolloquiums am 11. Juni 1998 in Prag]. Praha, 171-194.

Dubovický I. 1993: Právo a vystěhovalectví (Pokus o historicko-antropologickou interpretaci práva) [Das Recht und die Auswanderung. (Versuch um eine historisch-anthropologische Rechtsinterpretierung)]. In: Češi v cizině 7, 67-92.

Erler G. 1982: Stalinismus: Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg. Frankfurt/M.

Fano Š. 1983: Internacionálna pomoc československého proletariátu mladému sovietskemu štátu pri obnove národného hospodárstva [Die internationale Hilfe des tschechoslowakischen Proletariats für den jungen sowjetischen Staat beim Aufbau von dessen Volkswirtschaft]. In: Slovanské štúdie 1, 56-70.

Faßmann H., Münz R. 1996: Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen. Frankfurt am Main.

Faulenbach B. 1993: Diktatur und Emanzipation: zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991. Essen.

Fel'stinskij Ju. 1991: K istorii našej zakrytosti. Zakonodatel'nyje osnovy sovjetskoj immigracionnoj i emigracionnoj politiki [Zur Geschichte unserer Geschlossenheit. Legislative Grundlagen der sowjetischen Immigrations- und Emigrationspolitik]. Moskva.

Filip Z. 1998: Proces s českými učiteli na Ukrajině v roce 1931 [Der Prozess gegen die tschechischen Lehrer in der Ukraine im Jahr 1931]. In: Rýdl K.: Historia magistra vitae, vita magistra historiae, Praha, 62-69.

Firsov F. I. 1972: Georgij Dimitrov i Zapado-evropejskoje bjuro Kominterna [Georgij Dimitrov und das Westeuropäische Komintern-Büro]. In: Sobolev I. A.: Georgij Dimitrov – vydajuščijsja dejatel' kommunističeskogo dviženija [Georgij Dimitrov – eine herausragende Persönlichkeit der kommunistischen Bewegung]. Moskva, 80-131.

Freitag G. 2004: Nächstes Jahr in Moskau! Die Zuwanderung von Juden in die sowjetische Metropole 1917-1932 Göttingen.

Fußmann H. 1969: Auswanderung aus der österreichisch-ungarischen Monarchie 1869-1910. In: Horvath T., Neyer G. (Hg.) Auswanderung aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Wien, 33-55.

Gavrilova I. N. 2001: Naselenije Moskvy: istoričeskij rakurs [Die Bevölkerung Moskaus: ein historischer Zielkurs] Moskva.

Gel'fand V. S. 1992: Naselenije SSSR za 50 let (1941-1990) [Die Bevölkerung der UdSSR in 50 Jahren (1941-1990)]. Perm'.

Gestwa K. 2001: Herrschaft und Technik in der spät- und poststalinistischen Sowjetunion. Machtverhältnisse auf den „Großbauten des Kommunismus“, 1948-1964. In: Osteuropa 51/2, 171-197.

Goehrke C. 2005: Russischer Alltag. Sowjetische Moderne und Umbruch. Zürich.

Gog G. 1941: Sowjetkinder erzählen. Moskau.

Grobe-Hagel K. 1992: Russlands Dritte Welt. Nationalitätenkonflikte und das Ende der Sowjetunion. Frankfurt a.M.

Grossmann K. R. 1973: Die Exilsituation in der Tschechoslowakei. In: Durzak M. (Hg.): Die deutsche Exilliteratur. Stuttgart, 65-72.

Grund L. 1920: Česká Volyň a problém českých kolonií v Rusku [Das tschechische Wolhynien und das Problem der tschechischen Kolonien in Russland]. In: Naše zahraničí 1, 41-43 u. 125-126.

Ders. 1922: Úkoly našeho vystěhovalectví v Rusku [Die Aufgaben unserer Auswanderung in Russland]. In: Naše zahraničí 2, 69-74.

Hájková A. 1975: Strana v odboji. Z dějin ilegálního boje KSČ v letech 1938-1942 [Die Partei im Widerstand. Aus der Geschichte des illegalen Kampfes der KSČ in den Jahren 1938-1942]. Praha.

Heinemann-Grüder A. 2000: Der heterogene Staat. Föderalismus und regionale Vielfalt in Russland. Berlin.

Hering S., Schilde K. (Hg.) 2003: Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921-1941). Opladen.

Heroldová I. 1986: Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků po 2. světové válce [Die Remigration der Auslandtschechen und -slowaken nach dem Zweiten Weltkrieg]. In: Češi v cizině 1, 153-164.

Dies. 1992: Reemigrace po druhé světové válce [Die Remigration nach dem Zweiten Weltkrieg]. In: Češi v cizině 6, 44-47.

Dies. 1999: Reemigrace etnických Čechů po první a druhé světové válce. Plány, skutečnost, problémy. Paralely a rozdíly [Die Remigration ethnischer Tschechen nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Pläne, Wirklichkeit, Probleme. Parallelen und Differenzen]. In: Valenta J., Horáček E. (ed.): Československo 1918-1938. Osudy demokracie ve střední Evropě [Tschechoslowakei 1918-1938. Das Schicksal der Demokratie in Mitteleuropa]. Praha, 661-667

Heumos P. 1989: Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938-1945. Politisch-soziale Struktur, Organisation und Asylbedingungen der tschechischen, jüdischen, deutschen und slowakischen Flüchtlinge während des Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumentation. München.

Hildermeier M. 2000: Stalinismus und Terror. In: Osteuropa 50, 593-605.

Ders. 2004: Stalinismus. Göttingen.

Hilf R. 1964: Die Stellungnahme der Komintern und der KSČ zur Frage der Deutschen in den Sudetenländern. In: Bohemia 5, 334-407.

Hofman J. 1995: Češi na Volyni. Základní informace [Tschechen in Wolhynien. Grundinformationen]. Praha.

Hostička V. 1998: Volyňští Češi a jejich perzekuce v Sovětském svazu [Die wolhynischen Tschechen und deren Persekution in der Sowjetunion]. In: Veber V.: Střední a východní Evropa v krizi XX. století [Das mittlere und das östliche Europa in der Krise des XX. Jahrhunderts]. Praha, 47-60.

Huber P. 1993: Kominternorgane als Vorreiter der Repression. In: J. Koch (Hg.): Exil, Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse 13/2, 78-95.

Ders. 1994: Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau: Verteidiger und Gefangene der Komintern. Zürich.

Iwanow M. 1990: Polacy w związku radzieckim w latach 1921-1939 [Polen in der Sowjetunion in den Jahren 1921-1939]. Wrocław.

Jakušev J. A. 1933: Stěhování do Sibiře v době porevoluční [Die Wanderung nach Sibirien in der Nachrevolutionszeit] In: Statistický obzor 1+2, 72-76.

Jendryschik M. (Hg.) 1988: Unterwegs nach Eriwan. Reisen in die Sowjetunion 1918-1934. Halle.

Kárník Z. 2002: České země v éře První republiky. (1918-1938) II. Československo a České země v krizi a v ohrožení (1930-1935) [Die böhmischen Länder in der Ära der Ersten Republik. (1918-1938) II. Die Tschechoslowakei und die böhmischen Länder in der Krise und Bedrohung]. Praha.

Klevanskij A. Ch. 1962: Iz istorii čechoslovackich političeskich organizacij v Rossii (1914-fevral' 1917g.) [Aus der Geschichte der tschechoslowakischen politischen Organisationen in Russland (1914-Februar 1917)]. In: AN SSSR. Učennyye zapisky Instituta slavjanovedenija 25. Moskva, 60-102.

Ders. 1963: K istorii čechoslovackich političeskich organizacij i formirovanij v Rossii (fevral'-oktjabr 1917g.) [Zur Geschichte der tschechoslowakischen politischen Organisationen und Formierungen in Russland (Februar-Oktober 1917)]. In: AN SSSR. Učennyye zapisky Instituta slavjanovedenija 26. Moskva, 226-269.

Ders. 1965: Čechoslovackie internacionalisty i prodannyj korpus. Čechoslovackije političeskije organizacii i vojskije formirovanija v Rossii [Die tschechoslowakischen Internationalisten und das verkaufte Korps. Die tschechoslowakischen politischen Organisationen und militärischen Formierungen in Russland]. 1914-1921. Moskva.

Ders. 1987: Učastije čechoslovackich internacionalistov v bor'be za vlast' Sovjetov v Rossii [Die Teilnahme der tschechoslowakischen Internationalisten im Kampf der Sowjets um die Macht in Russland]. In: Manusevič A. Ja. Internacionalisty. Učastije trudjašichsja stran central'noj i jugovostočnoj Evropy v bor'be za vlast' v Rossii [Internationalisten. Die Beteiligung der Arbeiter aus den Staaten des zentralen und südöstlichen Europas im Kampf um die Macht in Russland]. Moskva, 176-222.

Klíma S. 1925: Čechové a Slováci za hranicemi [Tschechen und Slowaken jenseits der Grenzen]. Praha.

Kostjuško I. I. 2001: Pol'skoje nacional'noje menšinstvo v SSSR (1920-ye gody) [Die polnische nationale Minderheit in der UdSSR (1920er Jahre)]. Moskva.

Kozlov V. I. 1982: Nacional'nosti SSSR. Etnografičeskij obzor [Die Nationalitäten der UdSSR. Eine ethnographische Rundschau]. Moskva.

Krupnik I. I. 1978: Etničeskije gruppy v gorodach evropejskoj časti SSSR [Ethnische Gruppen in den Städten des europäischen Teils der UdSSR]. Moskva.

Křen J. 1969: Do emigrace. Západní zahraniční odboj 1938-1939 [In die Emigration. Der westliche Auslandswiderstand 1938-1939]. Praha.

Lenin W. I. 1955: Zur nationalen Frage. Berlin.

Martínková M. 1926: Život českých vesnic v USSR [Das Leben tschechischer Dörfer in der USSR]. In: Naše zahraničí 4, 177-185.

Maier R. 1990: Die Stachanov-Bewegung 1935-1938: Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft. Stuttgart.

Maimann H. 1977: Österreicher im Exil 1934 bis 1954. Wien.

Mallmann K.-M. 1998: Kommunisten. In: Krohn C.-D. u.a.(Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 3. Darmstadt, 493-506.

McLoughlin B. 1999: Österreicher im Exil – Sowjetunion: 1934-1945; eine Dokumentation. Wien.

Ders., Schafranek H. 1996: Die österreichische Emigration in die UdSSR bis 1938. In: Horvath T., Meyer G.: Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, 163-185.

Dies. 1997: Aufbruch – Hoffnung – Endstation: Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion, 1925-1945. Wien.

Mejstřík J. 2000: Češi ve světě 1918-2000. Lexikon krajanů, kteří se ve světě neztratili: 2000 jmen – 2000 osudů [Tschechen in der Welt 1918-2000. Ein Lexikon der Landsleute, die in der Welt nicht verloren gingen: 2000 Namen – 2000 Schicksale]. Praha.

Merl S. 1981: Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik (Diss.). München.

Mick Ch. 1995: Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Rußland-Politik 1928-1932. Stuttgart.

Moisejenco V. M. 1992: Naselenije Moskvy: prošloe, nastojaščeje, buduščee [Die Bevölkerung Moskaus: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft]. Moskva.

Müller R. 1998: „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934-1938). In: H. Weber, U. Mähler (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953. München u.a. 121-166.

Nenaševa Z. S. 2003: Američtí Češi a Rusko. Nerealizované projekty [Die amerikanischen Tschechen und Russland. Unverwirklichte Projekte]. In: Slovanský přehled 1, S. 87-96.

Olivová V. 1953: Postoj československé buržoasie k Sovětskému svazu v době jednání o prozatímní smlouvu z roku 1922 [Die Haltung der tschechoslowakischen Bourgeoisie gegenüber der Sowjetunion zum Zeitpunkt der Verhandlungen über das vorläufige Abkommen vom Jahr 1922]. In: ČSČH 3, 294-323.

Oltmer J. 2003: Migration steuern und verwalten: Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Göttingen.

Ders., Bade K. J. 2004: Normalfall Migration. Bonn.

Ders. 2005: Migration und deutsche Außenpolitik. Der deutsch-polnische Wanderungsvertrag von 1927 und die mitteleuropäischen Migrationsverhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 54/3, 399-424.

Ders. 2005: Migration und Politik in der Weimarer Republik. Göttingen.

Ders. 2006: Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs. Paderborn.

Otčet češskago vspomogatel'nago obščestva v St. Peterburge za 1914g [Bericht des Tschechischen Hilfsvereins in St. Petersburg für das Jahr 1914]. St.-Peterburg 1914. (u.a. Jahrgänge)

Pavlov G. A. 1972: Sovjetskije perepisi naselenija (1920-1959) [Sowjetische Volkszählungen (1920-1959)]. In: Sovjetskaja statistika za polveka (1917-1967gg.), 9-34.

- Pichlík K. 1995:** Čeští krajané v Rusku a první československý odboj [Die tschechischen Landsleute in Russland und der erste tschechoslowakische Widerstand]. In: Češi v cizině 8, 61-66.
- Pipes R. 2003:** Kommunismus. Berlin.
- Plaggenborg S. 1998:** Stalinismus: Neue Forschungen und Konzepte. Berlin.
- Plaggenborg S. 2000:** Grundprobleme der Kulturgeschichte der sowjetischen Zwischenkriegszeit. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 48, 109-118.
- Platten F. N., Neumann H. 1998:** Vom Zürcher Regen in die Moskauer Traufe. In: H. Weber, U. Mähler (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953. München u.a, 167-185.
- Polišenský J. 1989:** Česká a slovenská emigrace a nezávislost Československa [Die tschechische und slowakische Emigration und die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei]. In: Češi v cizině 4, 35-39.
- Poljakov I. A. 1992:** Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939g [Die gesamtsovetische Volkszählung des Jahres 1939]. Moskva.
- Pollák P. 1961:** Internacionálna pomoc československého proletariátu národom SSSR. Dejiny československého robotníckeho družstva Interhelpo v sovietskej Kirgízii [Die internationale Hilfe des tschechoslowakischen Proletariats für die Völker der UdSSR. Die Geschichte der tschechoslowakischen Arbeitergenossenschaft Interhelpo im sowjetischen Kirgisien]. Bratislava.
- Ders. 1969:** Die Einwanderung in die Sowjetunion in den zwanziger Jahren. In: Bohemia 10, 287-311.
- Puškarevič K. A. (o.D.):** Čechi v Rossii. Očerki po istorii immigracii [Tschechen in Russland. Ein Abriss der Immigrationsgeschichte]. St. Peterburg.
- Rak J. 1920:** Československá větev na Rusi [Der tschechoslowakische Zweig in Russland]. In: Naše zahraničí 1, 10-13.
- Robek A. 1987:** K problematice českého vystěhovalectví do Ruska v druhé polovině 19. století I. [Zur Problematik der tschechischen Auswanderung nach Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts I.]. In: Češi v cizině 2, 64-97.
- Ders. 1988:** K problematice českého vystěhovalectví do Ruska v druhé polovině 19. století II. [Zur Problematik der tschechischen Auswanderung nach Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts II.]. In: Češi v cizině 3, 4-20.
- Rogovin V. Z. 1998:** 1937: Jahr des Terrors. Essen.
- Rombach Ch. 2003:** Gelebte Solidarität: österreichische Schutzbundkinder in der Sowjetunion. 1934-1945. Wien.
- Röder W. 1992:** Drehscheibe – Kampfposten – Fluchtstation. Deutsche Emigration in der Tschechoslowakei. In: P. Heumos, P. Bacher (Hg.): Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933-1939. München, 15-29.
- Savický I. 1999:** Osudová setkání. Češi v Rusku a Rusové v Čechách [Schicksalhafte Begegnungen. Tschechen in Russland und Russen in Böhmen]. 1914-1938. Praha.
- Schafranek H. 1991 (Hg.):** Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion. Wien.
- Ders. 1998:** Kinderheim № 6: österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil. Wien.
- Schlögel H. (Hg.) 1994:** Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917-1941. München.
- Serapionova Je. P. 1995:** Rossijskaja emigracija v Čechoslovackoj respublike (20 – g 30-e gody) [Russische Emigration in der Tschechoslowakischen Republik]. Moskva.
- Simon G. 1986:** Nationalismus und Nationalitätenkonflikt in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft. Baden-Baden.
- Sirácky J. 1989:** Príkladné spolužitie v novej vlasti (Jihoslovanskí Slováci a Česi svorně na plat-forme celistvosti ČSR) [Ein beispielhaftes Zusammenleben in neuer Heimat (Die südslawischen Slowaken und Tschechen einträchtig für die Integrität der ČSR)]. In: Češi v cizině 4, 40-49.
- Sládek Z. 1966:** Odškodňovací akce Čechoslováků z Ruska [Die Entschädigungsaktion für die Tschechoslowaken aus Russland]. In: Slovanský přehled 3, 257-263;
- Sommer H. 1991:** Literatur der Roten Hilfe in Deutschland. Bibliographie. Berlin.

- Storch T. 1977:** Die Beurteilung der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 durch die tschechoslowakische Regierung. In: *Bohemia* 18, 290-300.
- Stadler K. 1974:** Opfer verlorener Zeiten: Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934. Wien.
- Stalin J. W. 1951:** Die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau. Berlin.
- Ders. ²1952:** Die nationale Frage und der Leninismus. Berlin.
- Ders. ³1952:** Marxismus und nationale Frage. Berlin.
- Stern A. H. (Ed.) 1920:** Lenins 21 Punkte. Der 11. Kongress der 111. Internationale in Moskau. Berlin-Fichtenau.
- Stöltling E. ³1991:** Eine Weltmacht zerbricht. Nationalitäten und Religionen in der UdSSR. Frankfurt a/M.
- Studer B., Unfried B. 1999:** „Das Private ist Öffentlich“. Mittel und Formen stalinistischer Identitätsbildung. In: *Historische Anthropologie. Kultur, Gesellschaft, Alltag* 7, 83-108.
- Svatoš J. 1927:** Československá emigrace na Kavkazu I. [Die tschechoslowakische Emigration im Kaukasus]. In: *Naše zahraničí* 1, 15-21.
- Šebek J. 1998:** Parlamentní volby v roce 1929 [Die Parlamentswahlen im Jahr 1929]. In: *ČČH* 1, 102-138.
- Šedivý J. 1988:** Sdružení Čechů a Slováků z Ruska a československá vláda 1919-1929 (podpory, dotace, subvence, odškodnění) [Die Vereinigung der Tschechen und Slowaken aus Russland (Hilfen, Zuwendungen, Subventionen, Entschädigungen)]. In: *ČSČH* 2, 212-237.
- Šedý R. 1923:** České osady na Ukrajině a Krymu I. [Tschechische Siedlungen in der Ukraine und auf der Krim I.]. In: *Naše zahraničí* 3, 121-123.
- Ders. 1923:** České osady na Ukrajině a Krymu II. [Tschechische Siedlungen in der Ukraine und auf der Krim II.]. In: *Naše zahraničí* 4, 172-178.
- Šiškin B. A. 2000:** Petrograd na perelome epoch. Gorod i jeho žiteli v gody revolucii i graždanskoj vojny [Petrograd an der Epochenwende. Die Stadt und ihre Bewohner in den Jahren der Revolution und des Bürgerkrieges]. St.-Peterburg.
- Španihel J. 1921:** České osady na Sibiři I. [Tschechische Siedlungen in Sibirien I.]. In: *Naše zahraničí* 1, 30-34.
- Ders. 1921:** České osady na Sibiři II. [Tschechische Siedlungen in Sibirien II.]. In: *Naše zahraničí* 2, 87-95.
- Tarle G. Ja. 1968:** Druž'ja strany sovjetov. Učastije zarubežnych trudjaščichsja v vosstanovlenii narodnogo chozjajstva SSSR v 1920 – 1925 gg [Die Freunde des sowjetischen Landes. Die Teilnahme ausländischer Arbeiter am Wiederaufbau der Volkswirtschaft der UdSSR 1920-1925]. Moskva.
- Topinka E. 2000:** Některá fakta o represáliích proti Čechům v bývalém Sovětském svazu [Einige Fakten über die Repressionen gegen die Tschechen in der ehemaligen Sowjetunion]. In: Hrubý K., Brouček S. (ed.): *Češi za hranicemi na přelomu 20. a 21. století. Symposium o českém vystěhovalectví, exulantství a vztahů zahraničních Čechů k domovu* [Tschechen jenseits der Grenzen an der Wende des 20. und 21. Jahrhunderts. Symposium über tschechische Auswanderung, Exil und die Beziehungen der Auslandtschechen zur Heimat]. Praha, 63-67.
- Tischler C. 1993:** Vom Helfer zum Verräter? Reaktionen der Internationalen Roten Hilfe auf die Massenverhaftungen deutscher Emigranten in der Sowjetunion 1936 bis 1938. In: Weber H., Staritz D. (Hg.) *Kommunisten verfolgen Kommunisten*. Berlin.
- Dies. 1996:** Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933 bis 1945. (Arbeiten zur Geschichte Osteuropas 3). Münster.
- Dies. 1999:** „Es ist notwendig, über die Zugehörigkeit zur Partei zu entscheiden“. Zur Rolle der KPD-Führung bei der Verhaftung ihrer Mitglieder während des stalinistischen Terrors. In: Kinner K. (Hrsg.): *Moskau 1938. Szenarien des großen Terrors*. Leipzig, 99-108.
- Thunig-Nittner G. 1970:** Die tschechoslowakische Legion in Russland. Ihre Geschichte und Bedeutung bei der Entstehung der 1.Tschechoslowakischen Republik. (Marburger Ostforschungen 30). Wiesbaden.
- Uherek Z., Valášková N., Brouček S. 1997:** Češi z Běloruska [Die Tschechen aus Weißrussland]. In: *Český lid* 3, 177-190.
- Urban G. R. 1986:** Stalinism: its impact on Russia and the world. Cambridge.

Ustav' Sojuza češskich občestv v' Rossii [Die Satzung der Union der tschechischen Vereine in Russland]. Kiev' 1915.

Ušakov A. V. (Red.) 1999: Otečestvennaja istorija. XX vek [Vaterländische Geschichte. XX. Jahrhundert]. Moskva.

Vacek J. 1998: Rok 1926 v historii SSSR a v životě emigrantů [Das Jahr 1926 in der Geschichte der UdSSR und im Leben der Emigranten]. In: Veber V.: Střední a východní Evropa v krizi XX. století [Das mittlere und das östliche Europa in der Krise des XX. Jahrhunderts]. Praha, 69-76.

Vaculík J. 1977: K některým otázkám reemigrace, osídlování a asimilace volyňských Čechů na Moravě a ve Slezsku v letech 1945-1952 [Zu einigen Fragen der Remigration, Ansiedlung und Assimilierung der wolhynischen Tschechen in Mähren und Schlesien in den Jahren 1945-1952]. In: Sborník prací FF UJEP (řada spol. věd.) 8, 7-26.

Ders. 1984: Reemigrace a usídlování volyňských Čechů v letech 1945-1948 [Die Remigration und Ansiedlung der wolhynischen Tschechen in den Jahren 1945-1948]. Brno.

Ders. 1989: Vznik Československa a reemigrace zahraničních Čechů [Die Entstehung der Tschechoslowakei und die Remigration von Auslands tschechen]. In: Češi v cizině 4, 110-119.

Ders. 1993: Reemigrace zahraničních Čechů a Slováků v letech 1945-1950 [Die Remigration von Auslands tschechen und –slowaken in den Jahren 1945-1950]. Brno.

Ders. 1997/1998/2000: Dějiny Volyňských Čechů I./II./III. [Die Geschichte der wolhynischen Tschechen I./II./III.]. Praha.

Ders. 2001: Die Remigration in die Tschechoslowakei 1945-1948. In: P. Heumos: Heimat und Exil. München, 99-109.

Valášková N. 1992: K adaptaci současné reemigrační vlny Čechů z Ukrajiny [Zur Adaptation der gegenwärtigen Remigrationswelle von Tschechen aus der Ukraine]. In: Český lid 3, 193-206.

Dies. 1996: Češi v Rusku [Tschechen in Russland]. In: Češi v cizině 9, 26-47.

Dies. 2000: Z Čech do Ameriky, z Ameriky do Ruska. Nerealizovaný projekt druhotné emigrace [Aus Böhmen nach Amerika, aus Amerika nach Russland. Unverwirklichte Projekte sekundärer Emigration]. In: Hrubý K., Brouček S. (ed.): Češi za hranicemi na přelomu 20. a 21. století. Symposium o českém vystěhovalectví, exulantství a vztahů zahraničních Čechů k domovu [Tschechen jenseits der Grenzen an der Wende des 20. und 21. Jahrhunderts. Symposium über tschechische Auswanderung, Exil und die Beziehungen der Auslands tschechen zur Heimat]. Praha, 67-73.

Volkov A. 1990: Iz istorii perepisi naselenija 1939g [Aus der Geschichte der Volkszählung von 1939]. In: Vestnik statistiki 8, 45-56.

Voráček E. 1996: Současné možnosti pramenného studia vývoje SSSR ve 20.-30. letech v ústředních ruských archívech [Gegenwärtige Möglichkeiten eines Quellenstudiums zur Geschichte der UdSSR in den 20er-30er Jahren]. In: Slovanský přehled, č. 3-4, 273-285.

Vydro M. Ja. 1976: Naselenije Moskvy [Die Bevölkerung Moskaus]. Moskva.

Weber H. 2001: Terror. Stalinistische Parteisäuberungen: 1936 – 1953. Paderborn.

Žiromskaja V. B. 1990: Vsesojuznyje perepisi naselenija 1926, 1937, 1939 godov. Istorija podgotovki i provedenija [Die gesamtsowjetischen Volkszählungen der Jahre 1926, 1937, 1939. Geschichte der Vorbereitung und Durchführung]. In: Istorija SSSR 3, 84-104.

Žuravlëv S. V. 2000: Inostrancy v Sovjetskoj Rossii v 1920-e – 1930-e gg. Istočniki i metody socialno-istoričeskogo issledovanija [Ausländer in Sowjetrußland in den 1920er-1930er Jahren. Quellen und Methoden der sozial-historischen Forschung] (Diss.). Moskva.

Ders. 2002: Inostrancy v Sovjetskom občestve 1920-1930-ch godov [Ausländer in der sowjetischen Gesellschaft der 1920er-1930er Jahre]. In: Trudy instituta rossijskoj istorii RAN 1999-2000/3. Moskva.

Žuravlev S. V. 2003: „Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion“: Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Berlin.